Bilanz der „Wende"-Regierung, Teil III, Seite 12



Arbeiterkampf

Jg. 14, Nr. 250, 24. 9. 84 ZEITUNG DES KOMMUNISTISCHEN BUNDES 4 DM Förderpreis DM 5,- C 21734 E



Pan-Foto

In dieser Ausgabe

so heißt es heute in der SPD.

Marsch gegen Rassismus und ausländerfeindliche Politik!



Bundesverwaltungsgericht ebnet Zimmermann den Weg

Dem „Hick-Hack" innerhalb der Regierungskoalition, wie scharf das Ausländergesetz verschärft werden soll, ist seit neuestem Justicia vorausgeeilt. Das Bundesverwaltungsgericht (BVG) in Berlin ist mit seiner am 19.9.84 veröffentlichten Entscheidung in Sachen Nachzug ausländischer Ehegatten noch über die Praxis der meisten CDU-regierten Bundesländer und teilweise sogar über die Vorschläge von Bundesinnenminister Zimmermann für ein neues Ausländergesetz hinausgegangen.

Der erste Senat des Bundesverwaltungsgerichts legitimiert mit seiner Entscheidung die **nur** in Baden-Württemberg geltende Regelung, die den Nachzug von Ehegatten der in Deutschland lebenden Ausländer erst nach drei Jahren (!!) erlaubt. Aus *„wirtschaftlichen, sozialen und integrationspolitischen"* Interessen der Bundesrepublik ist ausländischen Eheleuten eine solche Regelung zuzumuten. Sie verstößt nicht gegen das Grundgesetz und das Ausländergesetz und ist auch vereinbar mit den völkervertraglichen Verpflichtungen der BRD. Die Wartezeit soll *„die ausländischen Eheleute zur Prüfung veranlassen, ob sie ihre Ehe in dem Heimatstaat führen wollen"*, so die Begründung in der Pressemitteilung des BVG.

Fortsetzung nächste Seite

Libanon

Atempause im Bürgerkrieg

Bürgerkrieg im Libanon und Krieg um den Libanon, an dieser Nahtstelle verschiedener Interessen findet heute eine erbitterte Schlacht um den Einfluß auf den gesamten Nahen Osten statt. So vielfältig wie die äußeren Interessen am Libanon wegen seiner strategischen Lage sind, so vielfältig sind auch die Gegensätze, die die innere Auseinandersetzung bestimmen.

Wir beschäftigen uns in dieser Ausgabe mit den verschiedenen sozialen, politischen und politisch-religiösen Interessengruppen und Parteien, ihrer Entwicklung und der wechselseitigen Koalitionen, die selbst für politisch Interessierte heute oftmals verwirrend erscheinen.

Dazu mehr auf den Seiten 35 - 38

Ohne Schadenfreude:
Abschied von der MOZ

„Jenseits des linken Ghettos", wie es ein ungewöhnlich geschmackvoller Werbeslogan einst verhieß, ist eine Stimme verstummt, die uns lieb und teuer war: die „Modernen Zeiten", bei ihren zahlreichen Freunden zärtlich als „MOZ" tituliert, haben ihr Erscheinen eingestellt. Grund: die Pleitegeier kreisen über dem Haus. Wenn alles gut geht, was wir der MOZ von Herzen wünschen, so wird die Konkursmasse, samt Schulden, Abonnenten-Kartei und Redakteuren von der Konkurrenz-Zeitschrift „Kommune" übernommen werden. Ein glänzendes Geschäft. Denn die einzige noch realistische Alternative: die MOZ ersatzlos einstellen und auf einem Riesenberg von Schulden hocken, ist viel weniger attraktiv. Wo hingegen der Vorteil für die „Kommune" und deren Macher aus dem KBW (einer faktisch aufgelösten alten ML-Organisation) liegen würde, werden jene am besten abzuschätzen wissen.

Wir haben in dieser Zeitung, Leserin und Leser wissen es, die MOZ seit ihren ersten Schritten mit jener Zuneigung und Aufmerksamkeit beobachtet, wie man sie einem geliebten Kind widmet. Denn das war ja die MOZ in gewissem Sinn wohl: der bedeutendste Teil der Begründer und Mitarbeiter der MOZ kam aus dem Kommunistischen Bund, dem sich auch d i e s e Zeitung immer noch ein wenig verbunden weiß. Ist es nun eher Stolz oder Verlegenheit, die uns immer wieder anfällt, wenn gescheite bürgerliche Journalisten darauf verweisen, wer alles von der grünen Prominenz einmal seine Lehre im KB absolviert hat? Ja richtig, sie alle, die Ebermann, Trampermann, Goltermann gehörten einmal zu uns. Man würde es fast nicht glauben, wenn man es nicht immer wieder hören und lesen würde. Da stellen sich Nostalgie und Sentimentalität zwangsläufig ein, und wir schämen uns auch gelegentlich der Tränen nicht.

Die MOZ hat vor einigen Monaten, angesichts zunehmender Schwierigkeiten, einen letzten heroischen Versuch unternommen, ihr Publikum zur Zahlung von einigen zehntausend Mark Spenden zu bewegen, um wenigstens einen Teil der Schulden abtragen zu können. Daß dadurch die MOZ noch g e r e t t e t werden könnte, werden allerdings die Klügeren unter den MOZ-Machern, und dazu rechnen wir selbstverständlich all unsere alten Freunde, kaum selbst geglaubt haben. Jedenfalls bewiesen einige unter ihnen wieder einmal jenen Realitätssinn, den wir so an ihnen lieben, indem sie sich als Rennpferd-Besitzer oder Schallplattengroßhändler neue Existenz-Quellen schufen. Heute sehen auch die etwas Dümmeren, aber darum nicht weniger liebenswerten unter den MOZ-Anhängern, daß das Ende der Fahnenstange erreicht ist. Die September-Ausgabe der MOZ ist nicht mehr erschienen. Zur Begründung heißt es in einem internen Rundschreiben: *„Die finanzielle Lage der MOZ hat sich zwischenzeitlich so verschärft, daß die weitere Erhöhung des Defizites, die mit der Herstellung und dem Vertrieb der MOZ verbunden ist, nicht mehr zu verantworten war ...*

Fortsetzung auf Seite 44

Fortsetzung von vorheriger Seite

Marsch gegen Rassismus und ausländerfeindliche Politik!

Eine bessere Bestätigung für seine restriktive Ausländerpolitik kann sich das Bundesinnenministerium gar nicht wünschen. Das vorliegende Urteil übernimmt sozusagen die Argumentation Zimmermanns, daß eine Familienzusammenführung für Ausländer nicht nach menschlichen oder im Grundgesetz festgeschriebenen Gesichtspunkten geregelt werden muß, sondern nach der ,,Belastbarkeit'' der Bundesrepublik. Seine bisherige Unterscheidung zwischen den Ausländern der sog. ,,ersten Generation'' (Ehegattennachzug nach einem Jahr Wartezeit) und der sog. ,,zweiten Generation'' (Ehegattennachzug **nur** bei Einbürgerung) muß Zimmermann nach dieser Entscheidung des BVG nicht mehr aufrechterhalten.

Der Weg zum Ziel der Bundesregierung, bis 1990 die Zahl der hier lebenden Ausländer um die Hälfte zu reduzieren, ist geebnet.

Das ist Anlaß genug für den vom Koordinationsausschuß ,,Frankfurter Appell'' organisierten **,,Marsch gegen Rassismus und ausländerfeindliche Politik''. Hauptsächlicher Anlaß dieser Aktion ist die geplante Verabschiedung eines noch restriktiveren Ausländergesetzes. Durch die sehr breite Unterstützung und die vielseitigen Aktivitäten in den 35 Städten wird der ,,Marsch'' zu einer Protestkundgebung gegen die staatliche Ausländerpolitik werden, wie es sie in diesem Umfang noch nicht gegeben hat.**

Wir rufen hiermit erneut auf, den ,,Marsch'' tatkräftig zu unterstützen.



RECHTE

Notstandsplanung für Gesundheitswesen und Beamte

Entwurf für ein Zivilschutzgesetz aus dem Hause Zimmermann

Während Friedrich Zimmermann in der Maske des Umweltschützers das Licht der Scheinwerfer suchte, verließ eher unbemerkt ein weniger publicitiy-trächtiges Papierbündel sein Ministerium durch die Hintertür: Mitten in den Sommerferien ging den Ländern und verschiedenen Verbänden der Entwurf eines Zivilschutzgesetzes zu, der sich als ehrgeiziges Ziel gesetzt hat, die bisher noch weißen Flecken auf der Karte der inneren Kriegsplanung mit morbidem Leben zu erfüllen und dabei solch öffentlich-anstößige Fragen wie die berüchtigte ,,Gesundheitssicherstellung'' und gar eine Kasernierung der Beamten am Tag X im großen Rundumschlag notstandsmäßig durchzuführen. Trotz Sommerloch geriet der skandalöse Gesetzentwurf nicht einmal zur Schlagzeile — selbst die liberale ,,Frankfurter Rundschau'' gefiel sich in Verharmlosung und titelte dazu noch falsch: ,,Umstrittene Ärzteausbildung für den Kriegsfall fällt weg''. Noch in diesem Jahr soll das Notstands-Paket vom Kabinett verabschiedet werden.

Der Referentenentwurf faßt zusammen, was bisher schon im Zivilschutzgesetz, im erweiterten Katastrophengesetz und im (suspendierten) Schutzbaugesetz verordnet wurde und schafft außerdem die juristische Grundlage für weitere wesentlich Bereiche der inneren Kriegsplanung, unter anderem:
— die Zwangs-Verpflichtung aller Männer, die nicht vom Militär gebraucht werden,
— die ,,Gesundheitssicherstellung'',
— ein eigenes Notstandsrecht für Beamte.

Von der Zusammenfassung einerseits bereits bestehender Gesetze mit andererseits neuen Notstandsparagraphen verspricht sich das Innenministerium offensichtlich eine möglichst reibungslose Verabschiedung des Gesetzes ohne den öffentlichen Widerstand, den vor zwei Jahren noch die damals regierende SPD mit ihrem Gesundheitssicherstellungsgesetz heraufbeschwor. Zum anderen wird seit Jahren von zivilen und militärischen Stellen eine Vereinheitlichung und Vervollständigung all dieser angeblichen Schutzgesetze gefordert, um die Verwaltung bis hinunter auf die lokale Ebene möglichst perfekt auf den Tag X vorzubereiten und sie nicht im Gestrüpp der Notstandsgesetze, für die zum Teil noch die Ausführungsbestimmungen fehlen, hängen zu lassen. Zimmermanns Ministerium kann sich dabei auf einen einstimmigen (!) Bundestagsbeschluß aus dem Jahre 1980 stützen, der damals eine ,,Vereinfachung der Gesetzgebung'' und die Regelung der ,,persönlichen Rechte und Pflichten der Bürger im Ernstfall'' forderte. Bereits ein Jahr vorher beschloß der Innenausschuß des Bundestags ebenfalls einstimmig die sogenannten ,,Rahmenrichtlinien der Gesamtverteidigung'', in denen ein Gesundheitssicherstellungsgesetz verlangt wurde.

Militarisierung des Gesundheitswesen

Nach dem SPD-Entwurf von weiland Anke Fuchs und dem CDU-Entwurf von 1983 (,,Gesundheitsschutzgesetz'') hat sich der Zimmermann-Entwurf zwar jetzt nicht den Protest aus der Ärzteschaft, dafür aber die Kritik der Länder zu Herzen genommen: Diese sollen nun selber die Bereitstellung von Hilfskrankenhäusern, Personal und Medikamenten organisieren. Die Ärztekammern, die Vereinigung der Kassenärzte und die Berufsvertretung der Apotheken werden verpflichtet, *,,die zuständigen Behörden bei der Durchführung dieses Gesetzes zu unterstützen''*, nämlich bei der Bestandsaufnah-
senärzte und die Berufsvertretung der Apotheken werden verpflichtet, *,,die zuständigen Behörden bei der Durchführung dieses Gesetzes zu unterstützen''*, nämlich bei der Bestandsaufnah-
me von Personal und Gerät und bei der Auskunftserteilung. In einer anderen juristischen Hülle ist damit die kriegsmäßige Erfassung der Beschäftigten im Gesundheitswesen, die den Protest der Betroffenen hervorgerufen hatte, doch wieder festgelegt, indem die Berufsverbände und die Krankenhäuser zum Beispiel an Kreis- und Stadtbehörden ihr Personal und seine Beschäftigungsart melden müssen. Für die ausgebildeten, aber nicht berufstätigen Gesundheitsarbeiter, also arbeitslose Krankenschwestern oder Hausfrauen mit Fachbildung, sieht der Entwurf eine Ermächtigung für den Bundesarbeitsminister vor, diese Menschen zur Meldung zu zwingen.

Die umstrittene Fortbildungspflicht für Ärzte in der Kriegsmedizin ist zwar in den Gesetzentwurf nicht mehr aufgenommen worden, kann und soll aber wohl, wie bereits in Rheinland-Pfalz geschehen, auf Länderebene geregelt werden — jedenfalls geht das Zimmermann-Papier davon aus, daß die Länder Maßnahmen *,,zur Bewältigung eines Massenanfalls von Verletzten''* treffen, und deren Kernstück ist nun einmal im Atomkrieg die Sondierung und Selektierung Tausender von Strahlenopfern, was von pazifistischen Ärzten abgelehnt wird.

Eine Bundesanstalt für Verdummungspropaganda

Offengeblieben ist im Referenten-Entwurf, ob in jeden Neubau künftig ein Bunker eingebaut werden muß. Dazu fehlt bisher eine Entscheidung des Finanzministers, der den geplanten steuerlichen Vergünstigungen für die Privat-Bunker zustimmen müßte. Bisher war die Bunker-Pflicht, die schon 1965 Gesetz wurde, aus eben diesen finanziellen Gründen außer Kraft gesetzt.

Mit höhreren Weihen versehen wird dafür der bisherige ,,Bundesverband für den Selbstschutz'', bekannt durch seine Vorschläge, mit Aktentasche und Alu-Folie den Atomstrahlen zu trotzen. Dieser Verband soll nun zu einer Bundesanstalt erhoben werden, wodurch der Bund direkt die Verantwortung für derartige Verdummungspropaganda übernähme, die er sich bisher schon einige Millionen im Jahr kosten ließ. Mit einem verstärkten Auftreten der Selbstschützer in Schulen und Betrieben dürfte zu rechnen sein.

Ohnehin sollen die Gemeinden ihr Gebiet in Wohnbereiche einteilen und dort — frei nach dem Blockwart-System — Beratungs- und Leitstellen einrichten, die den Einwohnern *,,selbstschutzmäßiges Verhalten vorschreiben''*. Die Kompetenzen der örtlichen Verwaltungen für Zwangsmaßnahmen im Kriegsfall waren bisher schon weitgehend durch die Katastrophenschutz- sowie die Sicherheits- und Ordnungsgesetze geregelt, nach denen (nach Ausrufung des Notstands) die persönlichen Freiheiten außer Kraft gesetzt und zum Beispiel der Aufenthaltsort vorgeschrieben werden kann.

Allgemeine Dienstpflicht durch die Hintertür

Das nötige Personal für die Ruhigstellung und ,,Lenkung'' der vermutlich in Panik geratenden Bevölkerung macht den Kriegsplanern schon seit längerem Kopfschmerzen. In den Organisationen wie dem Rotem Kreuz, Maltesern usw. wirken zwar derzeit 1,3 Millionen Helfer mit, doch, so räumt der Gesetzentwurf ein, *,,kann keine Aussage dar-*
Kopfschmerzen. In den Organisationen wie dem Rotem Kreuz, Maltesern usw. wirken zwar derzeit 1,3 Millionen Helfer mit, doch, so räumt der Gesetzentwurf ein, *,,kann keine Aussage dar-*
über gemacht werden, wieviele dieser Helfer im Verteidigungsfall tatsächlich zur Verfügung stehen würden'' — das Prinzip ,,dünne machen'' dürfte wohl im Krisenfall auch hier um sich greifen. Nachdem die Aufstellung eines ,,Zivilschutzkorps'', das zu sehr den Geruch von Kaserne und Arbeitsdienst verbreitet, bisher nicht durchgesetzt werden konnte, wird nun die Dienstverpflichtung durch die Hintertür eingeführt: **Je nach Bedarf können nicht nur die bisherigen (ausgebildeten) Helfer durch Kreise und Städte verpflichtet werden, sondern alle wehrpflichtigen Männer ab 18 Jahren, die ,,von den Streitkräfen nicht benötigt werden'', angefangen vermutlich bei den Kriegsdienstverweigerern als potentiellem Unruhepotential.**

Auf eine zentrale Erfassung dieses Personenkreises will der Entwurf großzügig verzichten — diese ist auch gar nicht nötig, denn: *,,Vielmehr können die Heranziehungsbehörden grundsätzlich auf vorhandene kommunale Unterlagen der Einwohnermeldeämter zurückgreifen.''* (Womit sich die Kriegsdienlichkeit der Volkszählung bzw. Datenerfassungen nebenbei noch einmal erhärtet. Ohnehin besteht bereits seit dem neuen Zivildienstgesetz ein ungehinderter Datenfluß über KDVler zwischen Kreiswehrersatzämtern und Meldebehörden.)

Von dem Begriff einer generellen Dienstpflicht distanziert sich das Innenministerium — der Entwurf beschränke *,,sich auf eine Ermächtigung zur Heranziehung nach dem örtlichen Bedarf. In welchem Umfang die kreisfreien Städte und Kreise von dieser Ermächtigung Gebrauch machen, hängt von der jeweiligen Lage ab...''*. Eine Notstands-Vollmacht reinsten Wassers. (Die Einzelheiten der Erfassung und Heranziehung überläßt der Gesetzentwurf einer Verordnung des Innenministers mit Zustimmung des Bundesrats.)

Besonderes Notstandsrecht für Beamte

Damit der Staatsapparat im Krisen-
Besonderes Notstandsrecht für Beamte

Damit der Staatsapparat im Krisen-
und Kriegsfall funktioniert, hat das Innenminsterium dem Heer der Beamten besondere Verfügbarkeit für Volk und Vaterland zugedacht. Unter der eleganten Formulierung *,,Anpassung des Beamtenrechts an die Anforderungen des Spannungs- und Verteidigungsfalls''* verbergen sich folgende Zwangsmaßnahmen für Staatsdiener:
— Abordnung zu einem anderen Dienstherrn oder einer zivilen Dienststelle der NATO (neues Arbeitsfeld für Englischlehrer?)
— regemäßige Mehrarbeit und Beschäftigung bis zum 68. Lebensjahr
— Wohnen in einer Gemeinschaftsunterkunft und Teilnahme an einer Gemeinschaftsverpflegung, kurz: Kasernierung der Beamten.

Während bereits das Arbeitssicherstellungsgesetz (ein altes Notstandsgesetz) pauschal die Möglichkeit gibt, Arbeitskräfte in Krise und Krieg nach Bedarf des Staats zu versetzen, während bereits das Grundgesetz die Verpflichtung von Frauen bis zum Alter von 55 Jahren erlaubt, während auch noch der vorliegende Gesetzentwurf eine ,,Lücke'' schließt, indem er die ,,mob-beorderten'' Männer nach Bedarf einziehen läßt, wird nun für die Beamten noch ein Extra-Notstandsrecht geschaffen.

SPD plötzlich gegen Zivilschutz?

Während die SPD die früheren Beschlüsse zur Zivilschutz-Planung (siehe oben) mitgetragen hat und aus ihren Reihen das erste Gesundheitssicherstellungsgesetz aus der Taufe gehoben wurde, werfen sich die Sozialdemokraten jetzt gegenüber dem CDU-Entwurf in die friedensbewegte Brust. Vollmundig kündigen die SPD-regierten Länder ihre Ablehnung des Gesetzes an. Hamburgs Gesundheitssenatorin Christine Maring schrieb in der linksliberalen ,,Hamburger Rundschau'': *,, ... muß man als Sinn dieses Gesetzes das Vorgaukeln einer Versorgungssicherheit vermuten, die es im Atomkrieg nicht geben kann. Die Folge von nuklearen Konflikten läßt sich nicht zu Adminstrationsproblemen herabstilisieren. Gefragt sind Friedens- und Abrüstungspolitik''*. Nun sind es allerdings gerade Frau Marings Partei- und Senatskollegen, die in Hamburg selber durch Bau von Bunkern unter U- und S-Bahnen sich im ,,Vorgaukeln von Sicherheit'' üben und die viel von administrativem Herabstilisieren halten, wenn es darum geht, die Notstands- und Panikpläne für Hamburg gegenüber Anfragen der GAL mit dem Stempel ,,streng geheim'' zu versehen.

Bleibt zu hoffen, daß neben dem Klappern, das bekanntlich zum SPD-Handwerk gehört, noch andere Stimmen gegen das Zivilschutz-Gesetz zu hören sein werden — und die ,,FAZ'' nicht ganz falsch liegt mit ihrer Mut-
Bleibt zu hoffen, daß neben dem Klappern, das bekanntlich zum SPD-Handwerk gehört, noch andere Stimmen gegen das Zivilschutz-Gesetz zu hören sein werden — und die ,,FAZ'' nicht ganz falsch liegt mit ihrer Mut-
maßung: *,,Überdies wird die lahmende Friedensbewegung den Gesetzentwurf zur eigenen Mobilisierung nutzen.''*

ch.



Impressum:

Herausgeber, Druck und Verlag: Hamburger Satz- und Verlagskooperative GmbH, Lindenallee 4, Postfach 7685, 2000 Hamburg 19; Telefon: Redaktion/Verlag 040/43 53 20, Aboverwaltung 040/43 53 46; V.i.S.d.P.: Heinrich Eckhoff, Verlagsanschrift; Abonnementpreis jährlich DM 60,-, halbjährlich DM 33,- (als Förderabo jährlich DM 100,-, halbjährlich DM 50,-); Bezahlung im Abruf, sonst PSchA Hamburg 27175-203 oder Dresdner Bank Hamburg, BLZ 200 800 00, Kt. 4 810 685 00; Einzelpreis DM 4,-; erscheint vierwöchentlich. Bei Nichterscheinen durch höhere Gewalt keine Entschädigung.
Auflage dieser Ausgabe: 5.000
Eigentumsvorbehalt: Nach diesem Eigentumsvorbehalt ist die Zeitschrift so lange Eigentum des Absenders, bis sie dem Gefangenen persönlich ausgehändigt worden ist. ,,Zur-Habe-Nahme'' ist keine Aushändigung im Sinne des Vorbehalts. Wird die Zeitschrift dem Gefangenen nicht persönlich ausgehändigt, ist sie dem Absender mit dem Grund der Nichtaushändigung zurückzusenden.

Auftakt der Herbstmanöver

Störmanöver in Hildesheim

10.000 Menschen nahmen an der Abschlußveranstaltung der Störmanöver in Hildesheim teil. 1000 beteiligten sich von Mittwoch bis Freitag an den Camps und den von diesen ausgehenden Aktionen. 200 Menschen haben sich in der vergangenen Woche im internationalen Camp im Fulda Gap versammelt und mit den ersten Störaktionen begonnen. Auch zu den erwarteten Auseinandersetzungen ist es schon gekommen, aber bei weitem nicht in dem Umfang, wie dies zu erwarten gewesen wäre. Hat der Staat ,,zugelernt''?

Die Störmanöver-Aktionen sind offenbar für die Herrschenden eine ungeheure, aber vorher nicht eingestandene Provokation gewesen. Für Dregger jedenfalls waren dies Manöver der 5. Kolonne Moskaus, ,,*die im Ernstfall den sowjetischen Angriffs-Divisionen den Weg nach Westen öffnen*'' soll (s. Faksimile). In allen Kriegsplanspielen soll diese Kolonne bereits vor Kriegsbeginn mit militärischen Mitteln ausgeschaltet werden. Nimmt man das zum Maßstab, müssen sich diese Kreise vor und während der Aktion ziemlich zusammengerissen haben, nur der ,,Bayernkurier'' forderte seinerzeit harte Maßnahmen gegen ,,Sabotage'' und ,,Gewalt''. Ansonsten wurde die Aktion totgeschwiegen. Erhard Eppler meldete sich noch wenige Tage vorher im Fernsehen mit der Behauptung zu Wort, die Friedensbewegung habe von solchen Störaktionen Abstand genommen. Laut ,,Bild am Sonntag'' waren 300 Beamte bei den Störungen im Einsatz. Während der Aktion herrschte in den Medien Funkstille, vor der Aktion wurde lediglich der Aufruf von Bastian & Co gegen solche Aktionen groß herausgestellt. Der Staat versuchte alles zu vermeiden, in offene Konfrontation zu diesen Aktionen zu gehen. Immerhin sind es jetzt schon ,,massive Störungen'' gewesen, in den Aktionstagen war das Gegenteil verbreitet worden.



DREGGER: Manöver-Störer helfen

rungen nach kurzer Zeit beenden zu können. Zwar blieben Knüppeleien diemal weitgehend aus, aber eine Eskalationsstrategie bis hin zur Drohung, die Camps aufzulösen, sorgte dafür, daß die Wirkung der Aktionen bei ,,Nadelstichen'' blieb. Allein die Tatsache, daß während der Vorbereitung einmal erwogen wurde, die Hildesheimer Manöverzentrale zu blockieren, führte schon dazu, daß es dort am 22.9. von Polizei und Wasserwerfern nur so wimmelte. Dennoch hat der Staat es erfolgreich vermieden, eine öffentliche Debatte über die Berechtigung solcher Störaktionen aufkommen zu lassen, was sicherlich zumindest zu einem Solidaritätseffekt der linken Kräfte geführt hätte.

Die Störmanöver sind somit zu keinem strategischer Ansatz für die Bewegung geworden. Sie hat auch die bekannten Schwächen der Linken einmal mehr deutlich werden lassen. Zwar kamen allen Unkenrufen zum Trotz schließlich doch noch an die 10.000 Menschen in Hildesheim zusammen, aber das ist auch wiederum erschreckend wenig, vergleicht man es mit immerhin noch 40.000, die im letzten Jahr noch nach Bremerhaven kamen, obwohl auch nach Hildesheim alle Kräfte im Bündnis der Friedensbewegung aufgerufen hatten. Das ist keineswegs nur damit zu erklären, daß im letzten Jahr vor der Stationierung die Friedensbewegung noch voller Hoffnungen steckte. Richtig ist allerdings, daß sich im Kreis der noch immer in der Friedensbewegung Aktiven die Berechtigung solcher Aktionen spätestens nach dieser Aktion allgemein durchgesetzt haben dürfte. Immerhin hatte der Bonner KOA, mehr schlecht als recht, die Hildesheimer zu vergessen versucht; die Jusos hatten lange überlegt, ob sie mitmachen sollten (ihre Vertreter in den Friedensbündnissen haben sich allerdings von Anfang an dafür eingesetzt); die DKP hatte mit gebremster Kraft die Aktionen unterstützt, und es dauerte ziemlich lange, bis diese Teile geschluckt hatten, daß im Zentrum dieser Aktion die Manöverbehinderung stehen sollte. Berechtigt war allerdings ihre Kritik, daß für die politische Verankerung und für die Propaganda dieser Aktion vor allem aus autonomen

schluckt hatten, daß im Zentrum dieser Aktion die Manöverbehinderung stehen sollte. Berechtigt war allerdings ihre Kritik, daß für die politische Verankerung und für die Propaganda dieser Aktion vor allem aus autonomen

Kreisen kaum ein Handschlag getan wurde. So war es beispielsweise typisch, daß etwa am Donnerstag die Brückenübergänge der Leine für Manöverbewegungen blockiert wurden, in den Orten, wo teilweise in den Vorgärten Kriegsspiele geprobt wurde, nur in den seltensten Fällen Störer zu finden waren. Umgekehrt führte andererseits der Frauenfriedensmarsch in gehörigem Abstand zu den Manövern selbst durch Orte, um für die Berechtigung solcher Störaktionen ,,die betroffene Bevölkerung'' zu agitieren. Sicherlich, es gab Bemühungen, Veranstaltungen in einigen Orten der Region durchzuführen, ein Bestandteil der Gesamtaktion bzw. aller Kräfte war dies damit noch lange nicht.

Die Liste politischer und organisatorischer Schwächen in der Aktion ließe sich hier noch sehr ausweiten. Doch damit soll keine Miesmacherei betrieben werden. Die Ursache für die begrenzte Wirkung der Aktion war es sicher nicht. Zu Unrecht wird bei solchen Aktionen manchmal der Maßstab angesetzt, daß sie in der Masse der örtlichen Bevölkerung gut anzukommen hätten. Das ist natürlich nur begrenzt möglich, wenn z.B. in einem Ort wie Dingelbe nur ein Bauer seine Wiese für ein Friedenscamp zur Verfügung stellen mag, der dann auch noch als extremer Außenseiter am Ort gilt. Welches Wundermittel an Agitation soll da die Verhältnisse auf den Kopf stellen ? Dieser Anspruch wird häufig ja auch nur aufgestellt, um die Aktion ablehnen zu können.

Die Aktion hatte jedoch andere Ziele. Es sollte deutlich gemacht werden, daß die Kriegsgefahr nicht nur von der Atomrüstung allein ausgeht, sondern auf allen Ebenen läuft, bzw. daß solche Manöver ein Teil davon sind. Mit den Störaktionen sollte der tatsächliche Ernst der Situation deutlich gemacht werden, praktische Abrüstung nannte es Dorothee Sölle auf der Abschlußkundgebung. Zumindest dürfte es gelungen sein, innerhalb derjenigen Kräfte, die heute in der Friedensbewegung aktiv sind, dies Anliegen verankert zu haben, auch wenn sicherlich nicht alle Erwartungen erfüllt worden sind.

Kräfte, die heute in der Friedensbewegung aktiv sind, dies Anliegen verankert zu haben, auch wenn sicherlich nicht alle Erwartungen erfüllt worden sind.

Glückwünsche eines lieben Genossen zum 250.

РОССІЙСКАЯ СОЦІАЛЬ-ДЕМОКРАТИЧЕСКАЯ РАБОЧАЯ ПАРТІЯ

ИСКРА

№ 4. № 4.

Bauern dringen und zu einer wirklichen politischen Volkszeitung werden.

Die Rolle der Zeitung beschränkt sich jedoch nicht allein auf die Verbreitung von Ideen, nicht allein auf die politische Erziehung und die Gewinnung politischer Bundesgenossen. Die Zeitung ist nicht nur ein kollektiver Propagandist und kollektiver Agitator, sondern auch ein kollektiver Organisator. Was das letztere betrifft, kann sie mit einem Gerüst verglichen werden, das um ein im Bau befindliches Gebäude errichtet wird; es zeigt die Umrisse des Gebäudes an, erleichtert den Verkehr zwischen den einzelnen Bauarbeitern, hilft ihnen, die Arbeit zu verteilen und die durch die organisierte Arbeit erzielten gemeinsamen Resultate zu überblicken. Mit Hilfe der Zeitung und in Verbindung mit ihr wird sich ganz von selbst eine beständige Organisation herausbilden, die sich nicht nur mit örtlicher, sondern auch mit regelmäßiger allgemeiner Arbeit befaßt, die ihre Mitglieder daran gewöhnt, die politischen Ereignisse aufmerksam zu verfolgen, deren Bedeutung und Einfluß auf die verschiedenen Bevölkerungsschichten richtig zu bewerten und zweckmäßige Methoden herauszuarbeiten, durch die die revolutionäre Partei auf diese Ereignisse einwirken kann. Schon allein die technische Aufgabe — die regelmäßige Versorgung der

DREGGER: Manöver-Störer helfen nur Moskau



Alfred Dregger

BamS, 23.9.

tö. **Bonn, 23. September**

„Die Drahtzieher der Manöver-Behinderungen versuchen, friedliebende junge Menschen zur ‚Fünften Kolonne Moskaus' zu machen." So kommentierte CDU/CSU-Fraktions-Chef Alfred Dregger gestern im BamS-Gespräch die von der Friedensbewegung geplanten Behinderungen der laufenden NATO-Manöver.

Dregger: „Diese Behinderungen sind in Wahrheit Manöver für diejenigen, die im Ernstfall den sowjetischen Angriffs-Divisionen den Weg nach Westen öffnen sollen."

Der Appell des CDU-Politikers: „Lassen Sie sich nicht von den Drahtziehern der Aktionen mißbrauchen! Ich bitte Sie, unseren Soldaten mit demonstrativer Freundlichkeit zu begegnen. Diese Soldaten schützen unsere Freiheit."

Dregger forderte die SPD auf, „sich eindeutig von diesen Aktionen zu distanzieren".

Vergleicht man das Polizeivorgehen mit manchen früheren Aktionen, so war es eher ,,harmlos'' : Immerhin war bei den Groß-Aktionen in Kalkar und in Brokdorf 1981, um zu verhindern, daß die Demonstranten bis an diese Festungen herandemonstrieren könnten, schon vorher kräftig Bürgerkriegsstimmung in den Medien verbreitet worden.

Diesmal war es gänzlich anders. In den Aktionstagen durfte gestört werden, für die Großaktion am Sonnabend wurde ein Manöverstopp verordnet und auch in Kauf genommen, daß das Manöverplanspiel dafür geändert werden mußte. Das hatte einen unschätzbaren Vorteil für den Staat : Den Aktionen wurde damit der Effekt genommen, in weiten Kreisen eine Debatte über die Kriegsübungen auslösen zu können. Um Mißverständnissen vorzubeugen: Mit einem kleineren Polizeiaufgebot gingen diese Aktionen deshalb nicht ab. Überall waren Posten und Luftüberwachung aufgebaut, sowie Polizei stationiert worden, um Stö-

Chronologie der Ereignisse vom 20.9. bis 22.9.

Angekündigt waren die Störmanöver-Aktionen für die Zeit vom 19.-21. September, ausgehend von mehreren Camps: am 22.9. sollte eine große Abschlußaktion erfolgen. Tatsächlich kam es am Mittwoch (19.9.) nur zu eher kleineren Blockaden, denn es waren noch nicht so viele Leute angereist, man/frau war mit Zeltaufbau u.ä. beschäftigt und fing erst an, die Gegend und die Militärs zu beschnuppern. Insgesamt gab es 14 Camps, davon 2 größere. In der gesamten Zeit bis Freitag waren über 1.000 Leute in den Camps.

Am Donnerstag (20.9.) — es waren etwa 500 Leute in den Camps — wurde an mehreren Orten versucht, die im Manöverspiel vorgesehenen Leine-Überquerungen zu verhindern. Diese Blockadeaktionen waren vorher von allen beschlossen worden. Sie konnten in mehreren Fällen eine längere zeitliche Verzögerung der Manöverbewegungen erreichen. Die Polizei hielt sich bis zum Nachmittag eher zurück und steigerte sich dann allmählich.

Am Freitag morgen (21.9) sollte durch massive Polizeiaktionen verhindert werden, daß die Camp-Teilnehmer geschlossen in größeren Trupps abrücken konnten. Die Polizei drohte auch an, die Camps ganz dicht zu machen. Das Vorgehen der Manöverschützer führte dazu, daß ohne gemeinsamen Plan und vielfach auch in kleineren Trupps aus dem Camp gefahren wurde. Die kleineren Trupps hatten eindeutig den Vorteil, daß ihr Vorgehen von der Polizei kaum zu überblicken war. Es kam dann zu einer Vielzahl von Blockade-Aktionen, die allerdings in aller Regel nur von kürzerer Dauer als am Vortage waren.

Donnerstag, 20.9.: Blockadeversuche der Leineübergänge

Wir dokumentieren im Folgenden den Text ,,Störmanöver-Infos vom 20.9.84'', herausgegeben von der Info-Zelt-Besetzung des Tages in Hildesheim.

,,Über 500 Aktive aus Friedensinitiativen aus ganz Norddeutschland haben versucht, mit Blockaden und anderen Aktionen auch am 20.9. den Ablauf des Manövers ‚Lionheart' zu stören, weil dies für uns keine Manöver für ‚Frieden und Freiheit' sind, wie Herr Albrecht bei seinem Manöverbesuch behauptete, sondern direkte Kriegsvorbereitungsübungen.

Wie leichtfertig mit Menschenleben und Umwelt in diesen Kriegsspielen umgegangen wird, hat auch der gestrige Manövertag deutlich gemacht, an dem der Kampf um die Leineübergänge ausgefochten wurde. Um ca. 11 Uhr erfolgte ein Bombenabwurf mit chemischen Kampfstoffen beim Leineübergang Brügge.

Schon am 17.9. erfolgte ein Angriff mit chemischen Kampfstoffen auf den britischen Militärflugplatz Brüggen. Also auch in diesem Manöver wird offenbar das ‚integrierte Schlachtfeld' unter Einschluß chemischer und atomarer Waffen erprobt. Wie leichtfertig damit umgegangen wird, zeigt die Presseverlautbarung der Alliierten vom 18.9., wo behauptet wird, die Auswirkung dieser Massenvernichtungsmittel sei aufgrund von ABC-Ausrüstung der Soldaten ‚minimal'.

Mehrer Orte waren Opfer solcher Kriegsübungen, wo Soldaten und Panzer in den Vorgärten der Häuser Kriegsübungen abhielten.

In Rheden gruben britische Truppen mitten im Ort 6 Haubitzen ein. So konnte es nicht ausbleiben, daß Panzer durch die Ortschaft und über Bürgersteige donnerten, wobei Fahrzeuge, die aus Einfahrten herauskamen, nur mit Mühe Zusammenstöße vermeiden konnten. Wir betrachten es als eine Ermunterung für solche Rücksichtslosigkeiten, wenn Herr Albrecht bei seinem Manöverbesuch erklärte, ‚daß er während seiner achtjährigen Amtszeit nicht eine einzige ernsthafte Klage über Schäden, die von den Streitkräften verursacht worden seien, erhalten habe'.

Sowohl 1982 als auch in diesem Jahr haben die betroffenen Landvolkverbände bei der Landesregierung mit öffentlichen Eingaben protestiert. Herr Albrecht hätte gestern bei Betheln-Eddinghausen-Barfelden beobachten können, wie 30 britische Challenger Panzer auf einer Breite von mehreren Kilometern über Zuckerrübenfelder und frisch gepflügte Äcker vorrückten. Sie verwüsteten Zuckerrübenfelder, auch wenn nebenan die Felde schon gepflügt waren, oder es sogar wenige Meter daneben feste Straßen gab. Das widerspricht eindeutig den Ankündigungen der Manöverleitung, die Fluschäden minimal zu halten.

Bei Eddinghausen im Gronauer Forst wird demnächst ein britisches Munitionsdepot mit 18 ha Größe aufgebaut, 35.000 Bäume sollen hier gefällt werden. 80% der örtlichen Bevölkerung haben sich gegen diesen Plan ausgesprochen, 5 weitere Depots sind in dieser Region geplant, die für eine offensive Kriegsführungsplanung heute notwendig sein sollen. Uns wundert deshalb nicht, daß gerade in dieser Gegend unsere Aktionen auf vergleichsweise große Sympathie gestoßen sind, auch wenn wir nicht verhehlen wollen, daß größere Teile der Bevölkerung ganz offene Sympathie für die Manöver hegt, wobei vielfach über eine Faszination über solche Kriegstechnik vergessen wird, wozu eigentlich solche Waffen dienen. Viele andere hingegen sind nur skeptisch, ob unsere Aktionen irgendetwas bewirken oder ändern könnten. Sicher ist, daß die Manöver in den Orten und vor allem unsere Protestaktionen dazu beitragen, daß die Bevölkerung diese ganz anders verfolgt und darüber diskutiert.

Das ist sicherlich ein Erfolg unserer Aktionen, auch wenn die gestrigen rund ein Dutzend Behinderungs- und Blockadeaktionen nur in Einzelfällen eine halbe Stunde Manöverteile aufhalten konnten. Über einige Aktionen wollen wir hier berichten:



Der neue Bullensport: Psssssssssst! Pan-Foto

1.) Gegen 11 Uhr blockierten rund 200 Menschen mit ihren Fahrzeugen für eine halbe Stunde den Leineübergang bei Brügge. Eine halbe Hundertschaft Polizei bemühte sich um die Aufhebung dieser Sperre. Dabei wurde ein Fahrzeug zur Seite gewippt und mit Knüppeln auf Autoscheiben eingeschlagen. Einem beobachtenden Journalisten wurde dabei die Scheibe zerschlagen.
2.) Während verschiedener Blockadeversuche des Leineübergangs bei Nordstemmen, wurde in einem Fall ein Fahrer aus dem Auto gezerrt, nur weil bei einem Abfahrtsversuch sein Motor abgesoffen war. In einem anderen Fall wurde der Aufforderung, aus dem Auto auszusteigen, mit vorgehaltener Pistole Nachdruck verliehen.
3.) Eine größere Blockadeaktion fand um die Mittagszeit in Burgstemmen statt, wo aus ihrem Unterstand fahrende Panzer blockiert wurden. Die Blockade dieser Panzer dauerte nahezu 2 Stunden, bis die anrückende Polizei die blockierenden Autos festgeklemmt und die Autokennzeichen festgehalten hatte. Von 2 Personen wurden die Personalien aufgenommen, Grund: sie waren im Besitz eines Messers. Hier wurde von der Polizei bereits angekündigt, beim nächsten Male Luft aus den Reifen abzulassen, was später vielfach geschah. Während der Blockade wurde auf einen Panzer IRA gesprüht, einige Munitionskästen versenkt. Einem Jeep zerbrach die Scheibe, nachdem er versuchte, einfach durch die Blockierer hindurchzufahren.
4.) Gegen 17 Uhr blockierten erneut rund 20 Fahrzeuge die Leine bei Brügge inmitten von simulierten Flugangriffen, MG- und Granatenfeuer. Viele Beobachter aus dem Ort und einige ganz normale Fahrzeuge standen inmitten der Blockade.

Mit Hubschraubern wurde BGS zur Auflösung der Blockade herangeschafft. Zivile Polizei, die sich längst unter die Blockierer gemischt hatte, verhinderte eine Auflösung der Blockade. Mit Knüppeln wurde auf Autoscheiben geschlagen und die Personalien aufgenommen. Von sämtlichen Fahrzeugen wurde anschließend die Luft aus den Reifen gelassen, in zahlreichen Fällen rausgedrehte Ventile weggeworfen. Ein ziviler Polizist hatte zudem bereits einen Versuch unternommen, einen Demonstranten festzunehmen und abzuführen, woran er von anderen Demonstranten gehindert wurde. Als er dann noch von einer Frau angeschimpft wurde, zog er seine Pistole.

Insgesamt haben sich in dieser Weise am späten Nachmittag die Polizeimaßnahmen verschärft. In einem Fall erhielt ein Fahrer wegen ‚Langsamfahrens' vor einer Panzerkolonne eine Anzeige, Fahrzeug und Schlüssel wurden ihm abgenommen und obendrein die Luft aus den Reifen gelassen.
ihm abgenommen und obendrein die Luft aus den Reifen gelassen.

Ähnliches passierte auch zwei Fahrzeugen, die mitten aus ganz normalem Verkehr herausgewunken worden waren. Man wisse, daß sie Störaktionen vorhätten, war die lapidare ‚Begründung'. Bis zum Abend des 20.9. hat erst ein kleinerer Teil die abgenommenen Autoschlüssel wiedererhalten können.''

(Aus: Störmanöver-Infos vom 20.9.84, herausgegeben von der Info-Zelt-Besetzung)

Freitag, 21.9.: Polizeiaktionen gegen verschiedene Camps — Pressemitteilung des Tages

,,In Brüggen überraschte die Polizei frühmorgens die Anwesenden und kam ohne jede Genehmigung ins Camp und verlangte Einsicht in sämtliche Personalien. Es wurde mit der Auflösung des Camps bei weiteren Störaktionen gedroht, angeblich wären aus diesem Camp heraus in der vergangenen Nacht brennende Reifen während der Manöververlegeaktion auf die Straße geworfen worden.

In Dingelbe wurden am Vormittag vor dem Camp Absperrungen vorgenommen, es gab Personalienfeststellungen und Autodurchsuchungen. Die erklärte Absicht der Polizei war, eine gemeinsame Abfahrt aus dem Camp zu verhindern.

In Eddinghausen erschienen 3 Hundertschaften Polizei mit einer Liste über diejenigen Fahrzeuge, die an Störaktionen beteiligt gewesen sein sollen. Bei insgesamt 25-30 Fahrzeugen wurden die Ventile ‚zur Verhinderung von Straftaten' polizeilich beschlagnahmt. Bei vier Fahrzeugen sah die Polizei später ihren Irrtum ein und pumpte die Reifen selbst wieder auf. Das Camp verweigerte in Berufung auf das Hausrecht geschlossen die geforderte Personalienfeststellung.

Im Verlaufe des Tages kam es wiederum zu zahlreichen Blockaden von Militärfahrzeugen. Vielfach gingen die Manöverstörer in kleineren Gruppen vor, um damit einen schnellen Zugriff der Polizei besser vermeiden zu können.

Trotzdem berichtete ein Fahrzeug, daß es im Verlauf des Tages ca. 80 Personenwagen mit neuen Ventilen und Luft zu versorgen hatte, wobei für die Polizei teilweise völlig unerheblich war, ob solche Fahrzeuge tatsächlich Aktionen direkt unternommen hatten, in einigen Fällen wurde der Anlaß direkt von der Polizei herbeigeführt.. Sie untersagte einer Fahrzeugkolonne, auf vorgesehenen Parkflächen anzuhalten und forderte sie auf, (mit einem Rad) auf Bürgersteigen zu parken, um im Anschluß allen diesen Fahrzeugen die Luft abzunehmen.

In einem Fall wurde der Führerschein eines Fahrzeughalters wegen angeblicher Nötigung einbehalten.

Im Verlauf dieses Tages kam es zu zwei Unfällen, die Manöverfahrzeuge verursachten: in einem Falle beschädigte ein Panzer den Kotflügel eines Autos. In einem weiteren Fall überholte eine Kolonne holländischer Militärfahrzeuge mehrere Personenkraftwagen und Motorräder. Ein Militärlaster scherte dabei ganz bewußt rechts rüber und drängte das Motorrad in einen Graben ab. Das Motorrad prallte dabei gegen einen Baum. Das Motorrad erlitt einen Totalschaden, die Fahrerin eine Gehirnerschütterung und schwere Prellungen am Arm, der Beifahrer erlitt ebenfalls leichtere Prellungen.

Etwa 250 Demonstranten versammelten sich an dem Hubschrauber-Landeplatz von Wörner, als dieser am Nachmittag in Herkesen mit dem britischen ‚Verteidigungsminister' eine Pressekonferenz abhalten wollte. Nach der Drohung mit einem Knüppeleinsatz durch die Polizei wichen die Demonstranten zurück, um sich vor dem Gebäude der Pressekonferenz zu versammeln. Dabei versuchte ein Panzer die Demonstration abzudrängen, Herr Wörner wurde weitläufig mit NATO-Draht eingezäunt.

Während dieser Protestaktion kam es auch zu einem bedauerlichen Zwischenfall, als ein Knallkörper sein Ziel verfehlte, explodierte er im Rücken eines Kindes, daß auf einem Wagen im Hof sitzend, die Pressekonferenz verfolgte. Die betreffenden Demonstranten haben über Megaphon ihr Bedauern und ihre Entschuldigung über diesen Vorfall erklärt. Sie und die Versammlung der Camp-Teilnehmer wollen hiermit diese Entschuldigung auch öffentlich bekanntzumachen versuchen. An Ort und Stelle versuchten dann Polizeitruppen, dies Kind als ‚schwerverletzt' hinzustellen, was ganz offensichtlich gezielter Diffamierung dienen sollte.

Das dies nicht einfach zwecklos ist, zeigt, daß an diesem Tage mehrere Medien die Behauptung der Polizei, Störer hätten mit einem Luftgewehr und Leuchtmunition auf einen Hubschrauber geschossen, ungeprüft und in Einzelfällen sogar als einzige Meldung über diese Aktionen verbreitet haben.

Wir möchten an dieser Stelle darauf hinweisen, daß mehrfach unter den Augen der Polizei Militärfahrzeuge bewußt in Demonstranten hineingefahren sind, ohne daß die Demonstranten irgendeinen Schutz erhielten.''

(Pressemitteilung der Info-Zelt-Besetzung vom 21.9.84)

Samstag, 22.9.: Die Manöver fanden nicht statt ...

Am 21.9. war auf einer Versammlung von Teilnehmer/inne/n und Vertreter/inne/n aller Camps der gemeinsame Plan für die Abschlußaktion besprochen worden. Gemischte Trupps von im Stören erfahrenen Campteilnehmern und Neuankommenden sollten gebildet werden. Zwischen Hannover und Elze, von der Bundesstraße 3 ausgehend, sollte auf allen Parallelstraßen gleichzeitig in Richtung Westen gefahren werden, wo sich am Vortag ,,Rote'' und ,,Blaue'' Manövergefechte geliefert hatten. Damit sollte eine Manöverumverlegung in Richtung Nordosten von Hildesheim, wie sie ursprünglich im Manöverdrehbuch vorgesehen und seit langem angekündigt worden war, verhindert werden. Im Falle eines Manöverstillstands (der schon von der Presse z.T. angekündigt worden war), sollten Manöverstellungen und -fahrzeuge vorrangig in Orten blockiert werden. Bei einer nächtlichen Manöververlegung (Freitag auf Samstag) sollten die neuen Stellungen von der B3 aus angefahren werden.

In der Nacht zum 22.9. kam es dann zum großen Rückzug von Manövertruppen in Richtung Osten — sogar bis nach Peine. Manöverbeobachter hatten gut 2.500 Fahrzeuge beim Abzug gezählt bzw. geschätzt. Leider wurde erst während der Aktion am Tage des 22.9. endgültig deutlich, daß sämtliche ,,blauen'' Truppen in ihren Stellungen geblieben und alle ,,Roten'' verschwunden waren. Dafür mußte der Manöverplan weitgehend verändert werden. Am Freitag bereits hatte das Manöver einen halben Tag ,,Verspätung'', selbst die Manöverleitung mochte nicht ausschließen, daß die Manöverstörungen dafür (mit)verantwortlich waren. Die ,,Angreifer'' (,,Rot'') hätten nämlich erst wieder an die Leine zurückgeworfen werden sollen, bevor sie neue Stellungen im Osten beziehen.

Nun zogen sie sich ohne Not freiwillig zurück, um damit die geplanten Störmanöver unterlaufen zu können. Am Sonnabend war dann allgemeiner Manöverruhetag.

Diese Manöverlage führte dazu, daß die neuankommenden Manöver-Störer danach suchten, wo denn ,,die Manöver'' geblieben sind, während die Leute aus den Camps sich lange Zeit unsicher waren, welche Truppen denn noch nicht abgezogen waren. Der Rest Manöververkehr wurde praktisch überall blockiert (dabei handelte es sich meist um kleinere Fahrzeugkolonnen).

Insgesamt waren zu den verschiedenen Störmanövern und zu der Abschlußkundgebung in Hildesheim bis zu 10.000 Menschen gekommen.

Doch noch vor Aktionsbeginn gab es in allen Camps große Aufregung: Die Polizei umstellte in den Morgenstunden das Camp Eddinghausen.
stunden das Camp Eddinghausen.



Pan-Foto

der großen Transporthubschrauber
Pan-Foto

Eine Blockierergruppe berichtet vom Abschlußtag

Der folgende Bericht über die Störmanöver am 22.9. ist insofern typisch, weil ähnliche Vorfälle wohl von vielen erlebt worden sind; ist aber auch untypisch, weil es dem hier berichtenden Trupp gelungen ist, bei den meisten Störaktionen und Blockaden dabei zu sein. Dieser Trupp nahm u.a. schon teil an der umfangreichsten Blockade des 22.9., wo vorübergehend gerade zehn Panzer zu behindern waren, während an den vorhergehenden Tagen die Panzer mehrdutzendfach durchs Gelände jagten (Anm. der Redaktion).

Wir sind mit zwölf Fahrzeugen aus Bremerhaven in Wülferode eingetroffen, mit einem Konvoi aus rund dreißig Fahrzeugen Richtung Manövergebiet weitergefahren und sind dort ohne weitere Zwischenfälle in Gestorf angekommen. Dort haben wir eine Kreuzung im Ort blockiert. Da hat es dann eine Zeitlang bis auf Einzelaktivitäten erstmal nichts weiter gegeben, dafür aber jede Menge Meldungen — z.T. aber auch Gerüchte — über Stellungen, Panzerkolonnen usw., die man unbedingt aufsuchen müsse. Ein Teil der Blockierer ist dann losgefahren, um diese Manöverbewegungen zu finden und zu unterbinden, sodaß unsere Blockiererstärke vermindert wurde. Wir sind allerdings mit anderen zusammen aus Schleswig-Holstein auf dieser Kreuzung geblieben, was sich als durchaus sinnvoll erwiesen hat, weil da einige Army-Versorgungsfahrzeuge ankamen und blockiert werden konnten, was wiederum die Polizei auf den Plan rief. So um 10 Uhr kamen Zivilfahrzeuge und eine Wanne. Die Polizei hat Verstärkung angefordert. Drei Puma-Hubschrauber vom BGS landeten an zwei Punkten in der Nähe der blockierten Kreuzung und setzten ihre jeweils siebzehn Leute ab. Die haben die Kreuzung geräumt und bei den Autos, die nicht rechtzeitig wegkonnten, die Ventile geklaut.

Wir sind dann von Gestorf nach Völksen gefahren. Dort haben wir eine Blockade an der Abzweigung nach Eldagsen vorgefunden, wo auch einzelne Army-Fahrzeuge lahmgelegt worden waren. Wir haben diese Blockade verstärkt. Kurz darauf kamen wieder die Puma-Hubschrauber. Diesesmal sind zwei gelandet, die Besatzung ist auf die Kreuzung gestürmt und hat versucht, die Blockierer-Fahrzeuge lahmzulegen. Gleichzeitig wurden die Zufahrten zu der Straße mit Streifenwagen gesperrt. So ca. zehn von unseren Wagen sind dabei liegengebliebenm. Z.T. wurden die Wagen von der Polizei in die Seitenstraßen geschoben, Luft aus den Reifen gelassen und auch irgendwelche Manipulationen unter der Motorhaube vorgenommen.

Wir sind wieder rechtzeitig weggekommen und sind zurückgefahren nach Gestorf, um unseren alten Konvoi erneut aufzubauen. Dort haben wir mit Leuten, die dort noch waren, wieder die Kreuzung besetzt, wo bis auf diese eine Wanne und die Zivilfahrzeuge keine weiteren Polizisten mehr waren. Dabei haben wir dann auch einen kleinen britischen Versorgungszug erwischt. Zwei Tankfahrzeuge und ein Landrover, die haben wir eingeklemmt. Daraufhin kam der Hubschrauber wieder zurückt. Die wurden offensichtlich von den Zivilfahrzeugen dirigiert. Die Hubschrauber sind gelandet, wieder das gleiche Spiel — das war gegen 11 Uhr. Diesmal haben die Hubschrauberbesatzungen versucht, die fliehenden Fahrzeuge zu stoppen.

Fünf Bremerhavener Fahrzeuge sind wieder entkommen. Dann haben wir die Fahrt nach Völksen über Wennigsen aufgenommen. Auf der Straße zwischen Gestorf und Wennigsen erfolgte der Hubschrauber-Angriff, von einem der großen Transporthubschrauber und von einem kleineren, ganz gezielt auf diese fünf Fahrzeuge. Der erste Angriff hat allerdings nicht geklappt, weil wir noch an dem Puma vorbeifahren konnten. Daraufhin haben sie einen zweiten Angriff gestartet, die Truppen abgesetzt und konnten uns — trotz unserer Wendemanöver — einkesseln. Die Bullen haben die ersten drei Fahrzeuge durchgelassen und sich auf die letzten beiden konzentriert, gestoppt, an den Straßenrand gewuchtet. Kofferraum auf, Motorhaube aufgerissen, Zündverteiler rausgerissen. Die Leute aus dem ersten Wagen wurden zum Aussteigen gezwungen. Massive Durchsuchung, Hände hoch, Beine gespreizt, Personalienfeststellung bei den beiden Fahrzeugbesetzungen. Der Fahrer des ersten Wagens wurde sofort von den anderen getrennt und mit Knüppeln und Fäusten geschlagen. Er ist vorläufig festgenommen und mit der Wanne nach Hildesheim verfrachtet worden. Das Vorgehen gegen speziell diese beiden Wagen, war von der Bullerei zu hören, ginge auf die Blockade in Gestorf zurück.

Die verbleibenden Fahrzeuge sind über Völksen, wo nicht mehr viel los war, nach Coppenbrügge gefahren. Dort sind wir so um 12 Uhr eingetroffen und haben den Ort total verstopft vorgefunden. Trecker, Blockiererfahrzeuge und ein größerer Konvoi von Army-Fahrzeugen, darunter vier Panzer, waren ineinander verkeilt. Teilweise war die Luft aus den Reifen der Army-Fahrzeuge abgelassen worden. Also schon ganz erfreulich. —Runde anderthalb Stunden war dieser Ort vollständig lahmgelegt. Dann sind die Pumas wieder aufgetaucht und gleichzeitig kam eine Meldung von anrückenden Wannen aus Richtung Springe. Bei der Räumung durch die Polizei hat sich ein Teil der Fahrer allerdings so dämlich angestellt, daß wieder ein Teil der Wagen durch die Polizei demoliert werden konnte: Luft aus den Reifen gelassen, Zündkabel rausgerissen usw.

Wir entwischten durch eine Seitenstrasse. Der Ort ist, wie wir erfahren haben, von der Polizei dann vollständig besetzt worden, um einem größeren britischen Konvoi die Durchfahrt freizuhalten.

Von Coppenbrügge sind wir nach Herkensen weitergefahren — es war schon vorher die Parole gekommen: ,,Zwölf Uhr Treffpunkt Herkensen''. In Herkensen war ein Stabsquartier, westlich der blauen Kampflinie, in dem tags zuvor Wörner gastierte. Der Ort war von britischen Truppen besetzt, die sich in jedem Hof eingenistet hatten, das Stabsquartier mit Stacheldraht und Posten gesichert. Davor befand sich schon, als wir dort ankamen eine größere Menschenansammlung. In der Nähe waren reichlich Kabel verlegt, Stromkabel möglicherweise, an denen auch eifrig gebastelt worden ist. Zur Bewachung dieser Kabel waren britische Soldaten eingesetzt, mit langen Holzknüppeln bewaffnet, die wie riesige Axtstiele aussahen. Die Jungs waren reichlich nervös, sie sind aber schon durch die Anwesenheit eines größeren Trupps von Autonomen davon abgehalten worden, ihre Holzprügel einzusetzen. Die Briten haben noch versucht, mit einem Patrouillenfahrzeug die Kabel zu schützen, aber da war es dann auch schon zu spät.

Blockierer vom KB Bremerhaven

* * *

Nach der Großaktion in der Nacht vom Samstag zum Sonntag wurden alle Reifen von fünf Autos, die Leuten aus zwei Wohngemeinschaften in Eddinghausen gehören, zerstochen. Vom Knall geweckt sah jemand Soldaten und dachte: ,,Das ist das Manövergetümmel''.

* * *

Wörner kam durch die Hintertür

Am Donnerstag sollte direkt im Manövergebiet von Wörner und seinem britischen Kollegen Hesseltine an einem geheim gehaltenen Ort eine Pressekonferenz gegeben werden. Gerüchteweise erfuhren wir, daß die Pressekonferenz gegen 14 Uhr 30 in Herkensen stattfinden sollte. (Dort befand sich auch ein Stabsquartier der Truppen.) Als wir gegen 13.30 Uhr dort eintrafen, war außer haufenweise britischen Soldaten und getarnten Militär-Fahrzeugen in den Höfen nichts zu sehen. Doch nur ein paar Schritte vom Dorfplatz entfernt entdeckten wir eine Scheune, darin ein langer weißer Tisch und eine große Landkarte.

Die ersten Polizisten trotteten heran. Britische Soldaten schleppten Stacheldraht-Rollen und legten sie quer über den halben Dorfplatz und vor den Haupteingang zum Hof. Auf dem restlichen Dorfplatz hatten sich mittlerweile an die 200 Leute gesammelt und an dem Hubschrauber-Landeplatz nochmal an die 100. Auf dem Dorfplatz wurde besprochen, sich in dem Augenblick, wo Wörner eintreffen würde, vor den Haupteingang des Hofes zu stellen, damit die Presse nicht drum herum kommt, von den Manöverstörern Kenntnis zu nehmen. Mit „Verstärkung" war nicht zu rechnen, da die einzige Telefonzelle im Ort auch abgesperrt war.

Gegen halb vier fuhr plötzlich ein britischer Panzer mit ziemlicher Geschwindigkeit auf die Leute vor dem Hofeingang zu. Genau im selben Augenblick, wo die Journalisten und Fotografen aus dem Pressebus aussteigen, wurde der Panzer durch eine Gruppe von Demonstranten, die vorn ein Transparent hielten, zum Bremsen gezwungen. In Sekundenschnelle wuchs die Gruppe zu einem kleinen Demozug an. Es wurde rhythmisch in die Hände geklatscht und „Hey, Hey" gerufen, während der Panzer gezwungenermaßen den Rückwärtsgang einlegte. „BRD raus aus der NATO!" hallte es laut durch die Dorfstraße. Die Pressefotografen knipsten und filmten wie wild. Die Demonstranten blockierten den Eingang zur Pressekonferenz. Der BGS stellte sich in einer Doppelreihe quer über die Straße, um uns zurückzudrängen. Ein Krankenwagen kam angefahren. Die Polizei forderte uns auf, ihn durchzulassen. Die Demonstranten machten eine Gasse frei, aber der Krankenwagen blieb vor der Hofeinfahrt stehen. Die BGS'ler bildeten Ketten und begannen die Demonstranten mit Tritten und Knüppelschlägen zurückzudrängen. Die Tatsache, daß der BGS sich nicht traute, vor den Augen der Presse hart zu prügeln, und daß die Demonstranten beharrlich stehenblieben, führte dazu, daß es eine ganze Weile dauerte, bis wir zurückge-

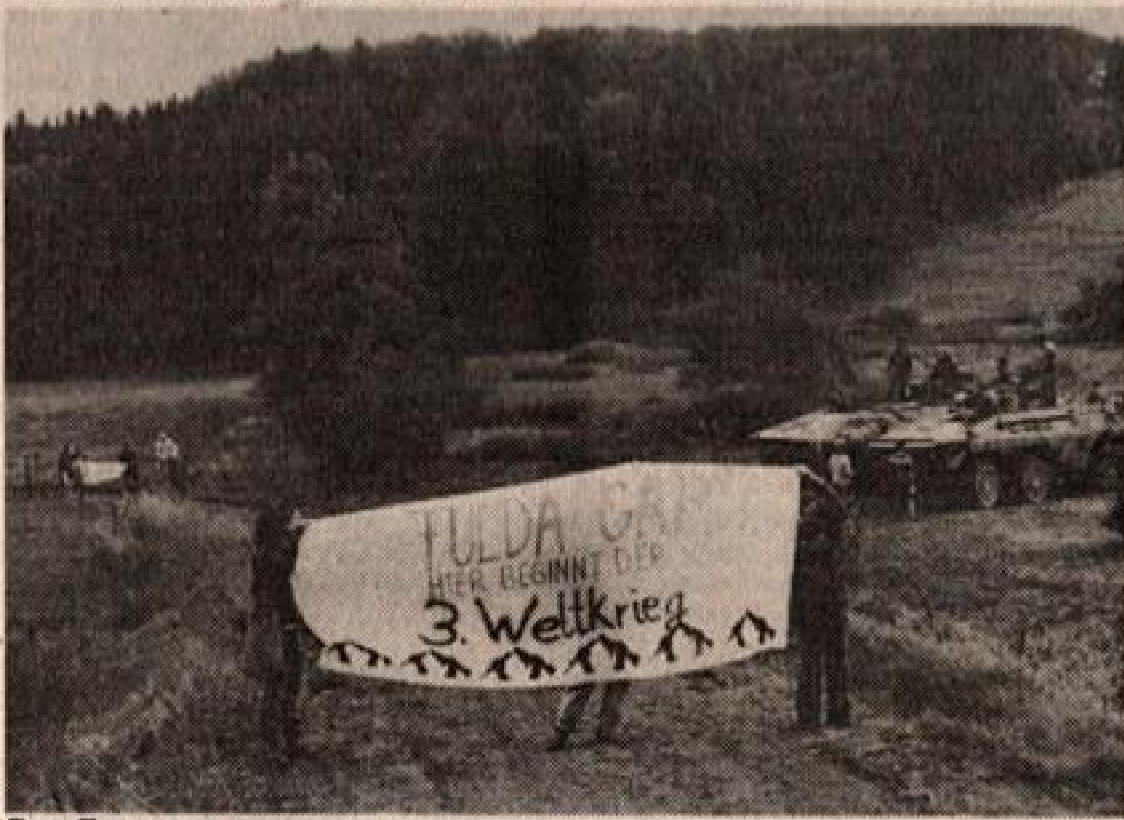
daß die Demonstranten beharrlich stehenblieben, führte dazu, daß es eine ganze Weile dauerte, bis wir zurückge-

drängt waren. In die Reihen der Bullen geriet ein streng gewaltfreier Demonstrant, der im Schneidersitz auf der Straße sitzengeblieben war. Direkt unter den Augen der Kameras wurde er an den Haaren auf den Boden gerissen, geschlagen, von mehreren Bullen getreten und anschließend wieder in Richtung der Demonstranten geschubst.

Währenddessen war Wörner von hinten in den Hof gefahren worden. Als er in die Scheune ging, wurde „Wörner, Mörder!" gerufen. Die Presse drehte sich um. Ein Böller wurde Richtung Wörner geworfen. Leider platzte dieser nicht neben Wörner, sondern direkt neben einem Kind, das zum Glück unverletzt blieb. Über Megafon entschuldigten sich die Demonstranten bei dem Kind. Wir waren schließlich soweit vom Hof weggedrängt worden, daß es nicht mehr möglich war, die Pressekonferenz akustisch zu stören. Die Demonstranten zerstreuten sich und fuhren ab.

Das Ziel, der Presse keine Polizei-Präsenz und keine Manöverstörer zu zeigen, war nicht geglückt. Auf die Frage eines Reporters nach den Demonstranten vor der Tür forderte Wörner die Presse auf, nicht darüber zu berichten: „*Das ist nicht die Bevölkerung, was sie da draußen sehen, sondern das ist aus durchsichtigen Gründen organisiert und inszeniert.*" Aus ebenso „durchsichtigen Gründen" wurde nichts über diesen Vorfall in der Presse berichtet ...

Einige Wörner-Störer/innen



Pan-Foto Pan-Foto


Fulda Gap '84: Mitglieder des internationalen Camps in Aktion.

Fulda Gap '84: Mitglieder des internationalen Camps in Aktion.

Herbstaktionen 83
Jetzt werden die Leute verurteilt

Im Zusammenhang mit der Springer-Blockade vom 22.10.83 wird Sven K. schwerer Landfriedensbruch, Sachbeschädigung und Verstoß gegen das Versammlungsgesetz vorgeworfen. Er ist von den eingesetzten zivilen Greiftrupps, die während der Springerblockade durch wildes Prügeln und Hetzjagden auf einzelne Leute Angst und Schrecken verbreitet hatten, festgenommen und auf der Polizeiwache u.a. mit CS-Gas mißhandelt worden. Aufgrund der Aussage der Polizeizeugen, die ihn sich trotz Dunkelheit und „Vermummung" genau einprägen konnten, wurden ihm dann einfach zerschlagene Fensterscheiben zugeordnet, sein Gliedergürtel und ein Dorn wurden im Prozeß zu Waffen.

Sämtliche von der Verteidigerin eingebrachten Beweisanträge, um den tatsächlichen Ablauf zu klären, wurden abgelehnt. Das Urteil „im Namen des Volkes" lautete dann 15 Monate Knast ohne Bewährung! Der geforderte sofortige Haftbefehl wurde gegen Meldeauflagen erstmal außer Kraft gesetzt. Gegen das Urteil ist Berufung eingelegt worden.

Ein weiterer Prozeß ist angesetzt am 1.10.84 in Hamburg, Strafjustizgebäude, Saal 160 um 11 Uhr gegen Reinhard B., der Widerspruch gegen seinen Strafbefehl über 700,- DM wegen Nötigung eingelegt hat.

ga., anti-rep

*** *** ***

Polizeiaktion gegen das Camp Eddinghausen

Da das Camp Eddinghausen in den Listen der Polizei unter der Rubrik „Schlimm" ganz oben stand, wurde den Leuten in der Nacht von Freitag auf Samstag keine Ruhe gelassen. Schon um halb zwei kamen 50 Manöverschützer unter dem Vorwand einer Verkehrskontrolle (ein Motorrad in der Einfahrt hätte ein überklebtes Nummernschild). Um halb Fünf wurde eine Leuchtrakete über dem Camp abgefeuert. Was das ein Zeichen? Als die Camp-Leute sich in der Gegen umsahen, entdeckten sie, daß das ganze Dorf von den Manöverschützern abgeriegelt worden war. Nur Fußgänger durften noch durch die Polizeisperren, was sich auch einige Camper nicht zweimal sagen ließen ...

Ab halb sieben sollte dann auch niemand mehr zu Fuß durch, der nicht ortsansässig war. Es wurden sogar Camper aus dem Linienbus geholt.

Insgesamt probten rund 250 Polizisten die Bekämpfung Aufständischer bzw. Flüchtiger, um im Manöverjargon zu sprechen. Ab acht Uhr marschierte dann eine Hundertschaft gegen das Camp — genauer gegen die 15 Verbliebenen (viele hatten sowieso schon am Vorabend mit einer größeren Polizeiaktion gerechnet). Rund 30 Zelte wurden mit der Begründung „Gefahr im Verzuge" und „es werden Waffen im Camp vermutet" bis etwa 9 Uhr durchsucht und einiges Gerümpel (Farbdosen etc.) mitgenommen.

Der Einsatzleiter weigerte sich, seinen Namen zu nennen.

Die „INITIATIVE 'KEIN FRIEDEN MIT DER NATO — RAUS AUS DER NATO' " hat soeben ihr zweites Info herausgegeben. Es enthält Artikel zu den folgenden Themen: Zum „Sicherheitsbedürfnis" der westdeutschen Friedensbewegung — Airland-battle: Defensiv oder offensiv? — NATO, BRD, Dritte Welt — Einige Überlegungen zur Zukunft der „Initiative ...". Das Info kostet pro Exemplar DM 0,15 und ist über die zentrale Kontaktadresse der „Initiative ..." zu beziehen: Hans-Peter Hubert, c/o AStA der WWU Münster, Schloßplatz 1, 4400 Münster. Hier ist auch noch das erste Info erhältlich.

Desweiteren hat die „Initiative .." Reader zu den Themen „Europäisierung der NATO" (unter Berücksichtigung der neueren Diskussion um westdeutsche Atomwaffen) und zu der Auseinandersetzung um die Forderung „Raus aus der NATO" erstellt, die zum Stückpreis von DM 2,50 erhältlich sind.

Geplant wird ein drittes Info, das die sozialdemokratische „Sicherheitspolitik" zum Gegenstand haben wird und nach Möglichkeit noch Ende Oktober erscheinen soll.

Das nächste bundesweite Plenum der „Initiative ..." findet am 6. Oktober in Münster statt (KSG, Frauenstraße 3 - 7; 14 Uhr).

Festnahmen und Polizeiüberfälle

Festnahmen und Polizeiüberfälle

Nach uns vorliegenden Ermittlungsangaben sind am 21. und 22.9. insgesamt 6 Leute festgenommen worden. Darunter zwei mit der Anschuldigung, sie hätten Kabel beschädigt, einer wurde übrigens von britischen Soldaten festgenommen und dann der bundesdeutschen Polizei übergeben. Zwei sind wegen Luftfahrtbehinderung festgenommen worden (Steine-Schmeißen gegen Hubschrauber) und zwei aus Kontrollsituationen heraus (Personenkontrolle bei Konvois).

Ein besonderes Kapitel sind Überfälle vom BGS aus Hubschraubern. Drei Fälle dieserart sind uns bekannt:

Bei Gestorf scherten bei einer Verkehrskontrolle zwei PKW's aus und wurden von Hubschraubern verfolgt. Die Leute wurden aus dem Wagen rausgeholt, ein Fahrer festgenommern und im Hubschrauber abtransportiert.

Bei Herkensen/Coppenbrügge wurde ein einzelnes Auto ebenfalls durch Hubschrauber gestoppt, die Insassen herausgeholt, die Reifen zerstochen und der Wagen in einen Graben geworfen. Danach verschwand der Hubschrauber. Nachdem die Leute aus Herkensen zuhilfe gekommen waren, kehrte auch der Hubschrauber zurück, beschädigte einen weiteren Wagen und schmiß auch den in den Graben.

Etwa eine Stunde später machten diesmal 4 Hubschrauber mit je 20 BGSlern Jagd auf Störer. Sie hielten Autos an, zerstachen Reifen, oder nahmen Ventile heraus. Ein BGSler, er wurde von seinen „Kollegen" als Einsatzleiter bezeichnet, trug auf seinem Helm den (seinen!) Namen „Georg Garten, 45 HU".

Schikane und Übergriffe

Der Frauenfriedensmarsch, der während der Woche aus Richtung Hannover nach Hildesheim gezogen war, um an den Orten auf der Route mit der Bevölkerung zu diskutieren ohne sich direkt an den Störaktionen zu beteiligen, wurde vor Hildesheim nicht nur von 500 Personen, sondern gleichzeitig von acht Mannschaftswagen und drei Wannen der Polizei begleitet.

In Gesdorf fuhr ein niederländischer Militärlastwagen einen Demonstranten einfach um, der sich auf die Straße gestellt hatte. Er fiel zum Glück zur Seite und kam so mit dem Schrecken davon. Die Polizei, die dem Militärfahrzeug in einem VW-Bulli unmittelbar gefolgt war, weigerte sich, den Vorfall zu Protokoll zu nehmen.

Auf der Straße zwischen Elze und Coppenbrügge verursachte ein Polizeifahrzeug einen schweren Unfall, als es einen auf der Gegenfahrbahn fahrenden BMW rammte, Insassen aus beiden Fahrzeugen wurden in ein Krankenhaus gebracht.

Aus mindestens einem Ort wurde gemeldet, daß Blockierern von Einzelpersonen damit gedroht wurde, man würde die „Bürgerwehr" gegen sie mobilisieren. Allerdings ist es bei solchen Sprüchen geblieben.

In Coppenbrügge wurden wie vielerorts britische Panzer mit Farbbeuteln beworfen (manchmal auch mit den Buchstaben IRA verschönt), die Polizei wurde dann mit dem Hinweis, Störer würfen Mollies auf die Panzer mobilisiert.

Rechte Überfälle

Ebenfalls in der Nacht vom Samstag auf Sonntag drangen vier Bundeswehrsoldaten in die Camp - Wohngemeinschaft Brüggen ein und bedrohten die Leute mit Pistolen. Als die Militärs hörten, daß jemand in dem Haus am Telefon die Polizei rief, verzogen sie sich. Jemand, der in der Dunkelheit nachsehen wollte, wohin sich die Bu-Wes verzogen hatten, wurde von ihnen verprügelt. Eine Frau in der WG, die hinzukommen wollte, wurde durch Glassplitter von einer Autoscheibe verletzt, die die Soldaten zertrümmerten. Dann — nach etwa 45 Minuten — kam die Polizei. Sie weigerte sich, Einzelheiten zu Protokoll zu nehmen. Da die WG'ler bei den Vernehmungen nicht dabei sein durften, ist zudem völlig unklar, ob überhaupt die Personalien der Soldaten aufgenommen worden sind.

* * *

Am 21.9. hatte eine Wohngmeinschaft aus Diekholzen (wenige Kilometer südlich von Hildesheim) einen Infostand vor ihrem Haus aufgebaut, der auch angemeldet war. Auf diesen Stand fuhr dann mit gefährlich hoher Geschwindigkeit ein weißes Auto zu. Beim Vorbeifahren wurde der Stand mit Hilfe eines Schlagringes zertrümmert. Am Abend versammelte sich etwa ein Dutzend Skins vor diesem Haus. Aus der Versammlung der Campvertreter im Hildesheimer Info-Zelt wurde zu dieser Wohnung hinmobilisiert, worauf sich die Skins verzogen. In der Nacht zum 22.9. wurde gegen 3 Uhr ein Molotowcocktail gegen die Wohnungstür geworfen. Der Brand konnte allerdings rechtzeitig gelöscht werden, so daß kein weiterer Schaden entstand.

In derselben Nacht bemerkten Insassen eines Zeltes, das in der Nähe des zentralen Info-Zeltes in Hildesheim Hohnsensee aufgebaut war, daß fünf Leute etwas gegen ihr Zelt unternehmen wollten. Diese waren dann über die aus dem Zelt Herauskommenden so überrascht, daß sie die Flucht ergriffen und einen Molotowcocktail zurückließen, der auf einer Pressekonferenz den Journalisten als Beweis präsentiert wurde.

***

Ein weiterer Überfall in derselben Nacht ist in folgender Pressemitteilung wiedergegeben worden:„*Am Samstag, d.22.9.1984 um 4.50 Uhr wurde in Nordstemmen ein Brandanschlag auf ein Wohngebäude verübt, in dem eine Friedensgruppe beherbergt war. Die bislang unbekannten Täter schleuderten einen Brandsatz gegen die hölzerne Eingangstür und warfen zwei große Steine durch Fenster in das Haus. Mit einem Pflasterstein wurde die Heckscheibe eines auf dem Grundstück geparkten Camping-Busses eingeworfen und hierdurch eine junge Frau, die in dem Fahrzeug übernachtete, am Kopf verletzt. Sie mußte im Krankenhaus Gronau ambulant behandelt werden. Die Flammen konnten von den Hausbewohnern schnell gelöscht werden, so daß ein größerer Sachschaden nicht entstand. Ein vor dem Haus angebrachtes Friedenstransparent wurde von den Tätern entwendet. Die Kriminalpolizei Hildesheim hat den Vorfall aufgenommen.*"(Pressemitteilung vom Samstag, den 22.9.1984, 8.30 Uhr)

In diesem Zusammenhang fahndet die Polizei nach einem orangeroten VW-Passat mit dem Kennzeichen HU—MR 170 und einem 2. Fahrzeug. Was daraus geworden ist, ist z.Zt. nicht bekannt.

Zu den juristischen Folgen

Bei den Autoblockaden waren vielfach die Autos und nur in Ausnahmefällen Personen Opfer von Polizeimaßnahmen. Dies sollte aber nicht dazu verführen, mögliche strafrechtliche Folgen allzu lässig zu betrachten bzw. eigene rechtliche Schritte zu unterlassen.

Dazu einige Hinweise:

— Nötigung kann natürlich nur ein Fahrer eines Fahrzeuges und niemals der Halter begehen. Der Halter kann auch nicht zu Aussagen gegen sich selbst verpflichtet werden, er wäre höchstens für Abschleppkosten oder ähnliches heranziehbar. In allen Fällen muß die Beteiligung an einem Blockade-Konvoi noch keineswegs für eine Nötigung ausreichen. Es ist sogar vorgekommen, daß Zivilpolizei auf einer Brücke die Fahrzeuge blockierte, als vor den Autos auf der anderen Seite Manöverfahrzeuge standen.

— Ansonsten muß die „Verhältnismäßigkeit" der Mittel von der Polizei bei der Räumung einer Blockade gewahrt werden (wozu zerstörte Fensterscheiben, Beulen von Knüppelschlägen in der Karosserie, in den Graben geworfene Wagen oder entfernte Verteilerköpfe sicher nicht zu zählen sind). Bei angerichteten Schäden haftet die Polizei (d.h. der einzelne Beamte muß keineswegs greifbar sein).

— Juristisch nicht klar zu bewerten ist der neue Polizeisport, zur angeblichen „Verhinderung von Straftaten" alle möglichen erreichbaren Fahrzeuge plattzulegen, wie es vor einem Camp, mitten im Normalverkehr oder sonstwo geschehen ist.

Auch hier sollte, wie bei den übrigen erwähnten Fällen mit Ermittlungsausschüssen bzw. Anwälten geklärt werden, wo es sinnvoll sein könnte, entsprechende Maßnahmen gegen die Polizei einzuleiten.

Neue Ausländererlasse in Hessen

Die SPD profiliert sich mit bescheidenen Zugeständnissen

Einen beträchtlichen Pressewirbel haben in den letzten Wochen die Vereinbarungen zwischen der hessischen SPD und den Grünen zur Ausländerpolitik ausgelöst. Insbesondere die Tatsache, daß sich die hessische CDU — allen voran Franktfurts Oberbürgermeister Wallmann — weigerte, die neuen Erlasse des hessischen Innenministers Winterstein in ihrem Einflußbereich anzuwenden, rief einige Aufregung hervor. Mit in den Streit eingemischt hat sich Bundesinnenminister Zimmermann, der in einem Brief vom 9.8.84 (dokumentiert in der ,,FR'' vom 24.8.84), dem hessischen Innenminster Verstoß gegen die *Grundsätze des bundes- und länderfreundlichen Verhaltens*'' vorwarf. Es ist seit langem erklärte Absicht der CDU/CSU, ein neues wesentlich verschärftes bundeseinheitliches Ausländergesetz zu schaffen, das in seinen Grundzügen schon längst konzipiert ist (vgl. AK 243), derzeit aber noch nicht offiziell vorliegt. Diesen Plänen steht die hessische Vereinbarung als Liberalisierungstendenz entgegen.

Ursache für die neuen Erlasse zur Ausländerpolitik war die in Hessen entstandene Stituation, daß die SPD, um weiter regieren zu können, auf die Stimmen der Grünen bei der Wahl des Ministerpräsidenten Börner und bei der Verabschiedung des Haushalts angewiesen war. Ende 1983 wurden deshalb Tolerierungsverhandlungen über verschiedene Forderungen der Grünen geführt, u.a. auch über die Ausländerpolitik. Dem Tolerierungspaket stimmte die Mitgliederversammlung der hessischen Grünen mit Mehrheit zu (s. AK 242). Der Bereich Ausländerpolitik wurde von den Grünen mehrheitlich als besonders positiv hervorgehoben. So kam z.B. der ,,Realpolitiker'' Joschka Fischer zu dem Schluß, ,,*daß allein die Vereinbarungen im Bereich Ausländerpolitik*'' ein Ja zur Tolerierung rechtfertigen.

SPD — ein verläßlicher Bündnisparter in der Ausländerpolitik?

Das hessische Bundesland und seine offiziellen Repräsentanten haben sich bis zum Zeitpunkt der Tolerierungsverhandlungen keineswegs besonders fortschrittlich von anderen Positionen der herrschenden Parteien in der Ausländerpolitik abgehoben. Ausländerpolitik, so wie sie heute existiert — auch in ihrer Verschärfung — wurde von der SPD mitgetragen und mitentwickelt. Grundkonsens war immer, daß die BRD kein Einwanderungsland ist, daß im Ausländergesetz Rechtlosigkeit und Sonderstatus festgelegt sind, daß, sofern die wirtschaftliche Lage es erfordert, Ausländer wieder vertrieben wer-

Sonderstatus festgelegt sind, daß, sofern die wirtschaftliche Lage es erfordert, Ausländer wieder vertrieben wer-

den. Mit dem Asylverfahrensgesetz der SPD-Regierung waren bereits die entscheidenden Weichen gestell. Die eigenliche ,,Wende'' hin zu einer drastischen Begrenzungspolitik begann bereits etwa 1981 mit dem damals gefaßten Beschluß zur Einschränkung des Familiennachzuges. Die neue geplante Ausländergesetzgebung muß deshalb als konsequente Fortsetzung dieses Weges begriffen werden. Auch wenn sicher ist, daß die CDU/CSU die Ausländerdiskriminierung und -verdrängung schneller und rücksichtsloser durchsetzen wird.

Zwar hat es in der SPD auch immer fortschrittlichere Positionen gegeben, die hessische SPD und ihr Minsterpräsident Börner haben allerdings nie dazu gehört, im Gegenteil wurden hier eher krasse Positionen vertreten und praktiziert, z.B. im Asylbereich. In einem Rundfunkinterview 1982 beklagte Börner z.B., daß das neue Asylverfahrensgesetz noch nicht verabschiedet worden sei, um ,,*den Zustrom der Wirtschaftsasylanten zu stoppen*'', er sprach sich dafür aus, ,,*die Grenzen gegen weiteren Zustrom rigoros zu schließen*'' und sagte zum Problem der Familienzusammenführung: ,,*Der Zuzugsstop ist erforderlich, damit die hier lebenden Ausländer menschenwürdig integriert werden können... Wir erleben es zur Zeit täglich in den Schulen, daß im Wege der Familienzusammenführung Kinder und Jugendliche im Alter von zwölf und 14 Jahren nach Deutschland kommen und ohne ausreichende Sprachkenntnisse als 'Seiteneinsteiger' in die Schule müssen... Die bessere und menschlichere Lösung wäre, ausländische Kinder nur bis zum Alter von sechs Jahren nachreisen zu lassen, d.h. bis zum Einschulungsalter.*'' (,,Frankfurter Rundschau'', 17.3.1982)

Diese Argumentation unterscheidet sich in keiner Weise von der von Bundesinneminister Zimmermann. Sie wurde damals übrigens von dem damaligen Fraktionsvorsitzenden Winterstein unterstützt, der Börners Vorschläge ,,*als einen Weg der Vernunft und der Mitmenschlichkeit*'' bezeichnete. (,,Frankfurter Allgemeine Zeitung'', 17.3.1982) Selbst noch während der Verhandlungen zwischen Grünen und SPD wird Börner in einem Verhandlungsprotokoll zitiert: ,,*Stellen Sie sich einmal die Staubsaugerwirkung vor, die das nach Anatolien haben wird, wenn wir das hier beschließen.*'' (Protokoll der Verhandlungen vom 12.12.83)

Der Druck des Wahlergebnisses und der Wunsch weiter zu regieren, was nur mit Hilfe der Grünen möglich war, zwang die SPD zu Verhandlungen und zu Zugeständnissen.

Hat sich die SPD gewandelt?

Der ursprünglich vorgelegte Forderungskatalog der Grünen für den Bereich Ausländerpolitik war leider nie sehr ausformuliert und differenziert. Hier die wichtigsten Punkt: das kommunale Wahlrecht, Sicherung des Aufenthaltsrechts (nach fünf Jahren), großzügige Familienzusammenführung, Ausweisung nur in Ausnahmefällen, Sicherung der Ausbildungs- und Einkommensverhältnisse (Förderung im schulischen Bereich, Wegfall der Studienbeschränkungen, keine nachrangige Erteilung der Arbeitserlaubnis, zusätzliche Sozialberatungsstellen), strikte Beachtung des Asylrechts (Entgegennahme jedes Asylantrages, keine Sammellager, Arbeitserlaubnis, Sozialhilfe als Geldleistung, keine Abschiebung von Personen in Länder mit undemokratischen Regierungen). Vergleicht man den Forderungskatalog mit den vorliegenden Vereinbarungen bzw. mit den Punken, die bereits von Innenminster Winterstein als Erlaß vorliegen, so handelt es sich um die Umsetzung der Punkte (wie Familienzusammenführung, Aufenthaltsrecht, aufenthaltsbeendende Maßnahmen), die überwiegend bundeseinheitlich gehandhabt werden und die sämtlichst Bestandteil der geplanten neuen Ausländergesetzgebung sind und ein hessischer Sonderweg nach einer solchen Gesetzgebung hinfällig werden würde. Weiter eingeschränkt werden die Maßnahmen durch den Boykott der CDU, die es offensichtlich auf einen längeren Rechtsstreit anlegt, sowie durch die Anweisung von Bundesaußenminister Genscher an die Konsulate und Auswärtigen Vertretungen, dem Hessen-Erlaß nicht zu folgen, sondern sich an die Bundesregelung zu halten.

Auf die Forderungen, die die Grünen für die Länderebene gestellt haben, die also tatsächlich in der Machtbefugnis der SPD liegen und wo Änderungen hätten festgeklopft werden können, wie z.B. Einführung des kommunalen Wahlrechts, Verbesserungen im Bildungs- und Sozialbereich oder im Asylbereich ist die SPD im wesentlichen nicht eingegangen. Als einzige Ausnahme könnte vielleicht die Einrichtung der Stelle des Ausländerbeauftragten gelten. Diese kann aber erst bewertet werden, wenn Kompetenz und Einflußmöglichkeiten geklärt sind. Wer aber z.B. die Bedeutung der Frauen-Leitstelle (und ein Vergleich drängt sich hier auf) kennt, wird sich nicht allzu große Hoffnungen machen. Es ist sicher kein Zufall, daß die SPD sich gerade so entschieden hat.

Grundsätzlich wurde durch die Hessen-Vereinbarung an dem Kurs der Ausländerpolitik in diesem Land nichts geändert, im Land Hessen selbst wurden keine weitergehenden Bestimmungen von Bestand festgelegt — bleiben im Konkreten einige heiß diskutierte Verbesserungen für die ausländischen Familien. Gesamtpolitisch gesehen sind diese Verbesserungen aber eher bescheidene Ergebnisse.

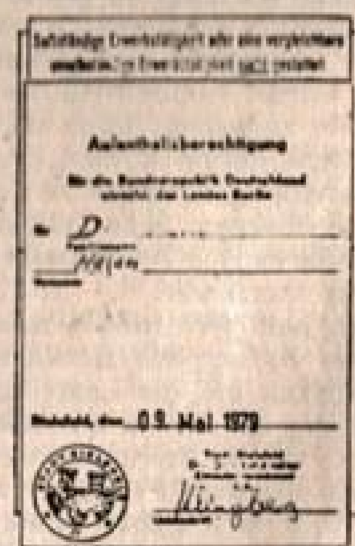
Nur für die Rolle der SPD haben die neuen Erlasse einen entscheidenden Effekt, sie kann sich hinlänglich medienwirksam als fortschrittlich und oppositionell gegenüber der CDU/CSU-Politik profilieren — und genau das hätte ihr sonst niemand geglaubt, der nur annähernd die Ausländerpolitik der letzten Jahre verfolgt hat.

Wahlkampf zu Lasten der Ausländer

Die Auseinandersetzung, die über die Presse transportiert wird, spielt sich wesentlich zwischen SPD und CDU ab. Die Grünen spielen dabei eine Nebenrolle und werden lediglich als Verursacher benannt.

Während die SPD den CDU-Verweigerern recht drastische Maßnahmen androht, ist sie in der Begründung für ihre politischen Erlasse eher defensiv und zwiespältig. Ein Schwerpunkt ihrer Argumentation liegt darin, glaubhaft nachzuweisen, daß durch die neuen Erlasse nicht wesentlich mehr Ausländer in die BRD kommen. Nach neuesten Statistiken — so der Sozial- und Umweltminister Clauss — wird ,,*lediglich für 1600 im Ausland lebende nichtdeutsche Jugendliche zwischen 16 und 18 Jahre Kindergeld bezahlt — davon etwa 600 türkische Jugendliche*''. (FAZ 8.9.84) Mit den Zahlen will er ,,verdeutlichen'', welche geringe Zahl von Jugendlichen betroffen ist. Dazu die ,,Vorhersage'' von Winterstein: ,,*Da kommt nicht sehr viel.*'' (,,FAZ'',

HABEN SIE SCHON EINE AUFENTHALTS-BERECHTIGUNG?


Aufenthaltsberechtigung
09. Mai 1979

28.8.84) Seinen neuen Erlaß sieht er vor allem als ein Mittel, ,,*um von den Ausländern in Deutschland einen bestimmten psychologischen Druck zu nehmen.*'' (,,FAZ'', 28.8.84) Noch deutlicher wird seine Argumentation in seinem Antwortbrief vom 16.8.84 an Bundesinnenminister Zimmermann. Hier wirft er der Bundesregierung ,,*Untätigkeit*'' in Sachen Ausländerpo-

Fortsetzung nächste Seite

Asylrecht k.o. — Asylpolitik o.k. — Zwei Jahre Asylverfahrensgesetz:

Pionierarbeit in der "Ausländer-Raus-Politik"

Als ,,*insgesamt positiv zu bewerten und gegenüber dem bisherigen Recht eine Verbesserung*''(1) darstellend würdigten übereinstimmend die Innenminister aller Länder im Septemberr 1983 die Auswirkungen des nunmehr seit zwei Jahren in Kraft befindlichen Asylverfahrensgesetzes. Doch war es nicht nur die gesetzliche Verschärfung alleine, die der bundesdeutschen Asylpolitik ihren unverkennbaren Stempel aufdrückte. Abschreckungsmaßnahmen aller Art, angefangen von der Unterbringung in Drecklöchern, der Inkaufnahme psychischer Erkrankungen, drastische Einschränkungen des Aufenthaltsgebietes, Arbeitsverbot, rigorose Abschiebungen und viele Dinge mehr waren die Ergänzung einer in Europa einmaligen Asylabschreckungspolitik. Diese Asylpolitik befand ein Mitglied der Deutschen Bischofskonferenz als schlichtweg ,,*für unsere Kulturnation beschämend*''.(2) Aber allein aus der Absicht heraus, einige tausend Asylbegehrende abzuschrecken bzw. hier menschenwürdig zwischenzulagern, läßt sich dieser immense finanzielle und verwaltungstechnische Aufwand nicht erklären. Es geht in der Asylpolitik nicht nur um das Asyl: auf der politischen und ideologischen Ebene soll im Staatsapparat wie auch in der Bevölkerung der gesellschaftspolitische Konsens hergestellt werden, der nötig sein wird, die ,,Ausländerfrage'' insgesamt zu lösen. Die Asylpolitik ist damit auch zu einem Hebel geworden, um das durchzusetzen, was als ,,Ausländer raus''— Politik erklärte Absicht der Herrschenden in diesem Lande ist.

Zwei Jahre Asylverfahrensgesetz

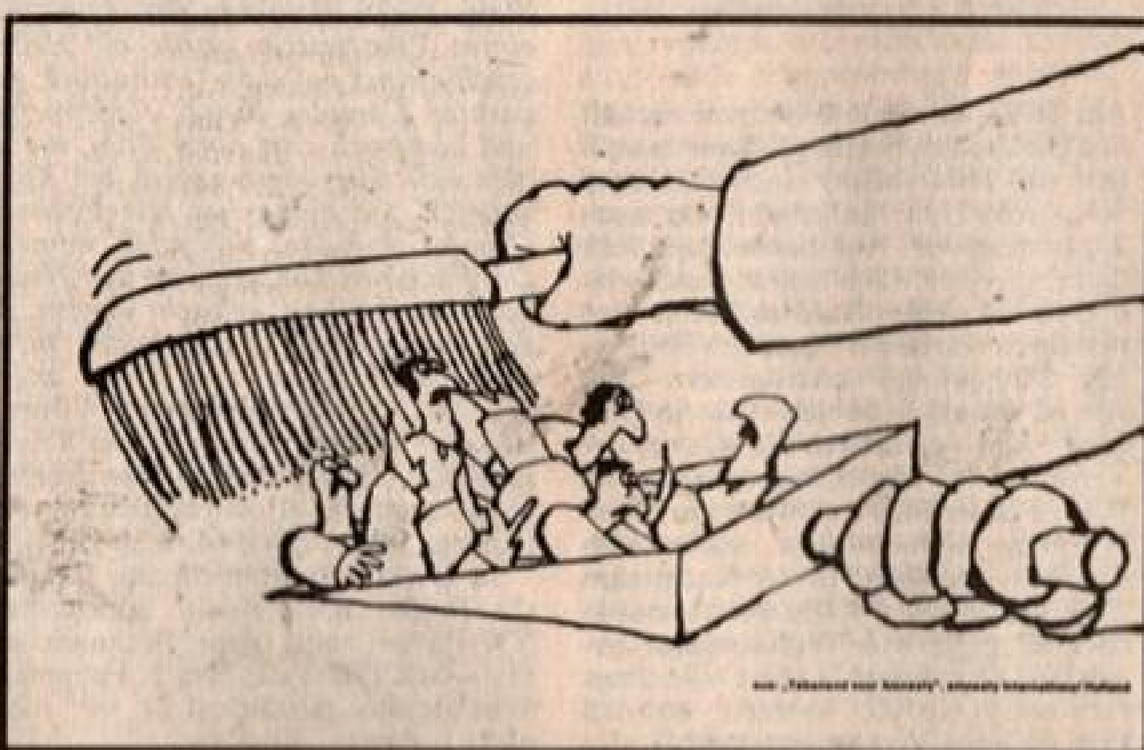
Auf der gesetzlichen Ebene bleibt das Hauptelement des am 1.8.82 in Kraft getretenen Gesetzes weiter bestehen. Es handelt sich dabei um die ,,offensichtlich unbegründeten'' Anträge. Diese werden weiterhin die sofortige Abschiebung nach sich ziehen. D.h., daß der Asylbewerber das weitere Beschwerdeverfahren aus dem Land betreiben muß, in dem er politisch verfolgt wird.

Diese ursprünglich von der sozialliberalen Koalition auf zwei Jahre befristete Außerkraftsetzung des Asyl-Grundrechtes wurde im Juni 1984 im Bundestag von der christlich-liberalen Koalition bis Ende 1988 verlängert. Zur Zeit werden ca. 20% der Asylanträge vom ,,Bundesamt für die Anerkennung ausländischer Flüchtliche'' als ,,offensichtlich unbegründet'' eingestuft. (3) Darunter fallen wohlgemerkt nicht diejenigen Asylbewerber, die z.B. auf ihrem Weg in die Bundesrepublik in einem anderen Land Zwischenstation gemacht haben. Diese Asylbewerber werden, weil sie nach Auffassung der Ausländerbehörde schon in einem anderen Land Schutz gefunden haben, als ,,unbeachtliche Asylanträge'' behandelt und gar nicht erst zur Anerkennung weitergeleitet, sondern von der Ausländerbehörde unverzüglich abgeschoben.

,,Offensichtlich unbegründete'' und damit schon abgelehnte Anträge sind vom Bundesamt inhaltlich gewürdigt worden. Ein Beispiel, wie das Bundesamt diese Klausel handhabt, wurde auf dem ,,Tribunal zur Ausländerpolitik in Niedersachsen'' am 17. März 1984 in Hannover gegeben. Ein engagierter türkischer Linker, der in der Türkei verfolgt wurde, besorgte sich auf dem schwarzen Markt einen Paß, um einer akuten Gefährdung seines Lebens zu entgehen. Er reiste in die BRD ein und traf nach einiger Zeit auf den Mann, der ihm in der Türkei den Paß verschafft hatte. Dieser erpreßte ihn nun: Entweder 20.000 DM oder Anzeige bei der Polizei. Da der türkische Gewerkschafter weder Geld hatte noch sich erpressen lassen wollte, stellte er einen Antrag auf Asyl. Ablehnender Bescheid des ,,Bundesamtes'': ,,Offensichtlich unbegründet''. Das bedeutet: unmittelbare Abschiebung. Nur durch sofortige Intervention eines Rechtsanwaltes konnte die Abschiebung verhindert und das ,,offensichtlich unbegründet'' in ,,unbegründet'' verändert werden. Ein seltener Fall - allerdings.

,,Beschleunigungseffekt'' wurde erreicht

Insgesamt gesehen wurde der durch diese Regelung erreichte ,,Beschleunigungseffekt'' durch die Bundesregierung begrüßt, als ,,sachgerecht'' bezeichnet und weiterhin beibehalten. Auch in der Asylrechtssprechung weht wieder ein schärferer Wind. Es gab im letzten Jahr, als die Foltermethoden in der Türkei allgemein bekannt wurden, einige von Verwaltungsgerichten gut begründete Anerkennungen. Für die aus der Türkei kommenden Flüchtlinge waren dies zumindest Hoffnungsschimmer, die sich aber in der Tendenz nicht bestätigt haben. Spätestens die letzte Instanz, das Bundesverwaltungsgericht, hebt die Anerkennungen wieder auf, wie kürzlich im März d.J. Kaltschnäuzig entschied das Bundesverwaltungsgericht über einen Türken und einen Kurden. Es hob damit zwei Urteile des OVG Hamburg auf und wies sie mit folgender Begründung zurück: Die Anwendung des p o l i t i s c h e n Strafrechts in der Türkei bedeutet nicht generell auch eine p o l i t i s c h e Verfolgung im Sinne des bundesdeutschen Asylrechts, selbst dann nicht, wenn ein Asylbewerber Mißhandlungen oder Folter erlitten hat. (4)



Trotz Protest: Abschiebungen

Genauso geschmiert läuft weiterhin die Abschiebungsmaschinerie, die sich bei den SPD-regierten Bundesländern gegenüber den CDU-geführten nur dadurch unterscheidet, daß hier ein SPD-Innenminister abschiebt und dort ein CDU-Innenminister.

Jüngstes Beispiel aus Hamburg im Mai d.J.: Ein Türke, dessen Asylantrag abgelehnt wurde, wird auf Entscheidung des SPD-Innensenators ins Abschiebeflugzeug nach Ankara gesetzt. Und dies, obwohl das Asylverfahren seiner Frau noch nicht abgeschlossen ist. Er ist somit von seiner Frau und seinen beiden Kindern getrennt worden. Senator Pawelczyk: ,,*Es ist Herrn E. zuzumuten, das Ende des Asylverfahrens seiner Frau im Ausland abzuwarten, sofern es Frau E. nicht vorzieht, ihrem Mann schon jetzt in die Türkei zu folgen*''.(5) Hoffnungen auf Abschiebestopps oder zumindest auf eine weniger rigide Handhabung der Abschiebepraxis haben sich zerschlagen. Solange die Öffentlichkeit

Fortsetzung auf Seite 8

Fortsetzung von vorheriger Seite

litik vor, daß *,,seit dem Bericht der Bund-Länder-Kommission 'Ausländerpolitik' vom Februar/März 1983 (der Bund) lediglich angekündigt hat, das Ausländergesetz zu novellieren, bis heute aber weder einen entsprechenden Referentenentwurf vorgelegt, geschweige denn ein Gesetzgebungsverfahren eingeleitet hat. ... Die derzeitige Sachlage gibt Veranlassung, die Bundesregierung aufzufordern, ihre offenkundig bestehenden Meinungsverschiedenheiten zu beseitigen und das erforderliche Gesetzgebungsverfahren in die Wege zu leiten.''* (zit. n. ,,FR'' 24.8.84) Der SPD-Vorsitzende Brandt hat diesen Kurs noch einmal bestätigt, indem er Bundeskanzler Kohl zu einem *,,Machtwort''* in der Ausländerpolitik aufgefordert hat. *,,Die SPD halte daran fest, daß ein neues Ausländerrecht eine 'überschaubare und zuverlässige Grundlage' geben müsse, damit die ausländischen Arbeitnehmer und ihre Familien wissen, 'welche Rechte ihnen zustehen und welche Pflichten sie zu erfüllen haben'.''* (,,FAZ'', 13.9.84) Man kann diese Positionen so nur als zynisch oder sehr 'offen' bezeichnen, da jeder heute wissen müßte, daß ein neues Ausländergesetz nur eine Verschärfung bedeuten kann, sich jeder halbwegs fortschrittliche Mensch deshalb gegen eine Verabschiedung neuer Gesetze einsetzen müßte. Für Hessen würde gelten, daß die jetzt getroffenen Erlasse null und nichtig wären.

Die hessische CDU konzentriert sich in dieser Auseinandersetzung auf den Boykott der Erlasse, was insbesondere von der rechtsbürgerlichen Presse (wie ,,Frankfurter Allgemeine Zeitung'') hoch gelobt wird; das ,,Hamburger Abendblatt'' (31.8.) hat sich sogar dazu verstiegen von einer *,,ungewohnten*
Abendblatt'' (31.8.) hat sich sogar dazu verstiegen von einer ,,ungewohnten
Form von bürgerlichem Ungehorsam gegenüber ... übergeordneten Stellen'' zu sprechen. Ansonsten führt sie Wahlkampf (im März 1985 sind in Hessen Kommunalwahlen) gegen das *,,rot-grüne Bündnis''* und versucht Wählerstimmen mit einer Politik der Angst vor *,,Ausländerwellen, die Frankfurt überschwemmen''*, *,,vor dem zusätzlichen Import der Arbeitslosigkeit''*, vor der *,,Unterwanderung der deutschen Kultur''* (Hess. CDU Politikern) zu gewinnen und kräftig gegen Ausländer zu hetzen und rassistische Vorurteile zu schüren

Wenn man z.B. Meinungsumfragen innerhalb der westdeutschen Bevölkerung über deren Haltung zu Ausländern kennt, in denen durchweg festgestellt wird, daß fremdenfeindliche Ressentiments starken Auftrieb nehmen, dann sollte gerade dieser Aspekt der Politik der CDU nicht unterschätzt werden — auch nicht in Hinblick auf einen Wahlausgang im Herbst.

Und die Grünen?

Zwei Pressemitteilungen der Grünen zu diesem Konflikt liegen bislang vor — beide sind ausschließlich gegen die CDU und ihre Ausländerfeindlichkeit gerichtet. Dies ist so auch verständlich, waren es doch die Grünen, die die neuen Erlasse durchgesetzt haben und die jetzt natürlich für deren Einhaltung kämpfen. Nicht vorhanden ist eine allgemeiner gehaltene Stellungnahme der hessischen Grünen zur Einordnung und Bewertung ihrer Verhandlungsergebnisse bzw. zur Rolle der SPD in den Verhandlungen und deren weitere Entwicklung. Damit fehlt eine wichtige politische Aussage.

Mangels vorhandener Stellungnahmen greifen wir hier deshalb auf die ,,taz'' zurück, die recht ausführlich über die Entwicklungen in der Grünen Partei berichtet. (Einschränkend muß dazu gesagt werden, daß diese Berichterstattung in der ,,taz'' fast ausschließlich von Klaus-Peter Klingelschmitt [K.P.K.] gemacht wird, der ein verbissener Anhänger grüner ,,Realpolitik'' hessischer Machart ist, sich gegenüber eher linken Ansätzen und Initiativen als Scharfmacher — vgl. seine Berichterstattung gegen den ,,Marsch gegen Rassismus und Ausländerfeindlichkeit'' — auszeichnet. In seinen Artikeln steigert er die Verhandlungsergebnisse in Hessen zu wahren Jubelergebnissen hoch.) Die Äußerung der hessischen Grünen sind ausnahmlos positiv gegenüber dem Erreichten, betonen unkritisch die Verhandlungserfolge und zeigen kaum Skepsis gegenüber der SPD auf.

Einige Beispiele: **Roland Kern**, Mitglied des Landtages der hessischen Grünen: *,,Eine entscheidende Liberalisierung der Ausländerpolitik in Hessen und ein Gegengewicht zu der zu erwartenden restriktiven Bonner Vertreibungspolitik.''* (,,taz'', 21.2.84) **B. Messinger:** *,,Ein Bollwerk gegen die Vertreibungspolitik des Bundesinnen-*

Fortsetzung nächste Seite

DOKUMENTATION

Vereinbarungen zwischen SPD und Grünen in Hessen in der Ausländerpolitik

1. Sicherung des Aufenthaltsrechts
1.1. Ein **dauerhaftes Aufenthaltsrecht** wird gewährt, sobald der Lebensmittelpunkt in der Bundesrepublik Deutschland liegt (unwiderlegbare Vermutung nach fünf Jahren).
a) Erfüllt ein ausländischer Arbeitnehmer nach fünfjährigem rechtmäßigem Aufenthalt die gesetzlichen Voraussetzungen für die Erteilung einer unbefristeten Aufenthaltserlaubnis deshalb nicht, weil er eine besondere Arbeitserlaubnis nicht besitzt, so wird ihm eine Aufenthaltserlaubnis für weitere vier Jahre erteilt.
b) Um dem Prinzip des Lebensmittelpunktes (effektiver Aufenthaltsschutz) ausreichend Rechnung zu tragen, wird bei Nachweis von ausreichenden Sprachkenntnissen — eine Aufenthaltsberechtigung nach fünfjährigem rechtmäßigen Aufenthalt erteilt.
1.2. Die **Familienzusammenführung** ist großzügig zu ermöglichen (Art. 6 Grundgesetz); Wartezeiten sind aufzuheben.
a) Kindernachzug: Die ausländische Familie soll selbst entscheiden, ob und wann ihre Kinder in die Bundesrepublik nachkommen: d.h.: der Nachzug minderjähriger Kinder wird uneingeschränkt erlaubt. Dabei genügt der rechtmäßige Aufenthalt eines Elternteils in Hessen.
b) Ehegattennachzug: Für Ehegatten von Ausländern, die sich als erste Generation rechtmäßig hier aufhalten, gelten keinerlei Nachzugsbeschränkungen, Ausländer, die hier geboren sind oder als Kinder von Ausländern eingereist sind (sogenannte zweite Generation), können ihre Ehegatten nachziehen lassen, wenn sie das 18. Lebensjahr vollendet haben, ihren Lebensmittelpunkt in der BRD haben (unbefristete Aufenthaltserlaubnis), der gemeinsame Lebensunterhalt aus eigenen oder anderen Einkünften bestritten werden kann, die Ehegatten eine Wohnung haben und die Ehe ein Jahr besteht.
1.3. **Aufenthaltsbeendende Maßnahmen** Ausweisungen werden nur in Ausnahmefällen verfügt. Der Ermessensspielraum muß zugunsten der Ausländer, nicht zu ihren Ungunsten genutzt werden.
a) Sozialhilfebezug: Wird nicht als Ausweisungsgrund ... herangezogen ...
b) Straffälligkeit: Kann eine Ausweisung von Jugendlichen und Heranwachsenden grundsätzlich nicht begründen, wenn diese seit ihrer Geburt oder mit Beginn der Schulpflicht in der BRD leben. Ausnahmen können allenfalls noch vorliegen, bei Verurteilungen wegen schweren Fällen von Rauschgifthandel oder Zugehörigkeit zu einer kriminellen Vereinigung, wenn — bei politischen Motiven — eine politische Verfolgung im Heimatland nicht zu befürchten ist. Lebt in den verbleibenden Fällen die Familie in der BRD, so ist den Familienbindungen Vorrang einzuräumen und der Aufenthalt des Jugendlichen oder Heranwachsenden in der BRD nicht zu beenden.
c) Die Wohnungsnachweispflicht soll im Sinne der EG-Verordnung ... geändert werden, und zwar einschließlich des Nachsatzes der Nichtdiskriminierung. Nicht ausreichender Wohnraum wird nicht zur Begründung von Ausweisungen herangezogen.
...

2. Sicherung der Ausbildungs- und Einkommensverhältnisse
...
2.4. Die Fälle der Koppelung von Arbeits- und Aufenthaltserlaubnis werden übereinstimmend als erledigt betrachtet (Shanghaier Kugelfischabkommen vom 3.11.1974).
2.5. ... Die Förderung von Ausländerorganisationen wird ausgeweitet. Sie sollen nicht wie bisher aus Haushaltsresten, sondern aus einem eigenen Titel und ohne Zwischenschaltung deutscher Organisationen erfolgen.

3. Strikte Beachtung des Asylrechts
Verstöße gegen § 2 des AsylVerfg (insbesondere auf dem Frankfurter Flughafen) werden über die Landesregierung dem Bundesinnenminister angezeigt.
...
Die Unterbringung von Asylbewerbern in Gemeinschaftsunterkünften ... wird auf Neuankömmlinge beschränkt.
...
Die Verbesserung der Wohnsituation in den verschiedenen Asylantenwohnheimen in Hessen ... Diskriminierung und Gettobildung sind auszuschließen.
Sozialhilfe ist für jeden Asylbewerber grundsätzlich auch in Geld zu leisten.
...
4. Bundesratsinitiativen
5. Kommunales Wahlrecht
(Keine Einigung). Es wird eine Kommission aus Vertretern beider Parteien gebildet die Informationen aus Holland, Dänemark und Schweden ... auswerten und bis Ende 1984 einen Bericht vorlegen soll.
...
6.Ausländerbeauftragter
Es wird die Stelle eines Auländerbeauftragten beim Ministerpräsidenten geschaffen.
...

Anmerkungen und Erläuterungen zu den Vereinbarungen zwischen SPD und Grünen

zu 1. Sicherung des Aufenthaltsrechts
Die derzeit übliche Regelung (nach der Allgemeinen Ausländerverwaltungsvorschrift) gewährt eine Aufenthaltsberechtigung erst nach achtjährigem Aufenthalt (Hessen-Regelung jetzt fünf Jahre) in der BRD.

Einem ausländischen Arbeiter, der nicht die besondere Arbeitserlaubnis besitzt, wird die Aufenthaltserlaubnis nur für weitere zwei Jahre (Hessen-Regelung jetzt vier Jahre) erteilt.

Dieser Komplex, der von Hessens Innenminister Winterstein am 11. September per Erlaß umgesetzt wurde, ist rechtlich umstritten und scheint auch tatsächlich derzeit nicht eindeutig klärbar zu sein, d.h. hier bahnt sich zunächst einmal ein längerer Rechtsstreit an. Bundesinnenminister Zimmermann bzw. die hessische CDU beruft sich bei der Allgemeinen Ausländerverwaltungsvorschrift auf Bundesrecht, während der hessische Innenminister auf die im Rahmen von Ausländergesetz und Verwaltungsvorschriften vergebenen ,,Ermessungsspielräume'' verweist. (s. Briefwechsel Zimmermann — Winterstein, Nachdruck ,,Frankfurter Rundschau'', 24.8.84)

Der gesamte Komplex des Aufenthaltsrechts soll nach den Plänen der CDU/CSU-Regierung Bestandteil des neuen geplanten Ausländergesetzes sein, damit bundeseinheitlich geregelt werden. Spezielle Hessen-Regelungen wären dann hinfällig, da Bundesrecht Länderrecht bricht.

zu 1.2. Familienzusammenführung
Dieser Punkt der Vereinbarung wurde per Verwaltungsvollzug vom 13. Juli von Winterstein umgesetzt. Er war die Ursache für den gesamten Pressewirbel um die Weigerung der CDU-Bürgermeister und Landräte.

Es gibt für den Bereich ,,Familienzusammenführung'' derzeit keine bundeseinheitlich verbindliche Regelung, es gibt allerdings eine im Dezember 1981 von der SPD/FDP-Regierung verabschiedete *,,Empfehlung der Bundesregierung zur sozialverantwortlichen Steuerung des Familiennachzugs zu Ausländern aus Nicht-EG-Staaten''* und *einen Beschluß der Innenministerkonferenz vom April 1982, dem sich damals alle Bundesländer — auch Hessen — angeschlossen haben. (Einschränkungen gab es lediglich im Bundesland Bremen, wo weiter der Kindernachzug bis zum 18. Lebensjahr gestattet war und von Baden-Württemberg und Bayern, die zusätzliche Verschärfungen beim Ehegattennachzug erließen).*

Teile, der damals unter der SPD/FDP-Regieumg festgelegten Verschärfungen werden durch die neuen Vereinbarungen in Hessen wieder rückgängig gemacht.
- *Herabsetzung des Kindernachzuges von 18 auf 16 Jahre (Hessen geht jetzt auf 18 Jahre zurück)*
- *beide Elternteile müssen in der BRD leben (Hessen erlaubt den Nachzug auch bei einem hier lebendem Elternteil)*
- *der Ehegattennachzug zur 2. Generation ist erst nach achtjährigem (Hessen nach fünf Jahren) Aufenthalt des hier lebenden Ehepartners möglich*
- *der Lebensunterhalt muß durch eigene Einkünfte bestritten werden. (Hessen erkennt auch ,,fremde'' Einkünfte an)*

Auch dieser Teil ist rechtlich umstritten. Der Bundesinnenminister Zimmermann wirft der hessischen SPD, Verstoß gegen einen,,Konsens'' der Inneministerkonferenz vor, während Winterstein sich wieder auf die vorhandenen ,,Ermessenspielräume'' beruft. (s. Briefwechsel ,,FR'', 24.8.84) Zudem hat Bundesaußenminister Genscher mit Hinweis auf die ,,Rechtseinheit und das notwendig bundeseinheitliche Verhalten'' angekündigt, dem Erlaß in Hessen nicht zu folgen, d.h. das Auswärtige Amt und die Auslandsvertretung halten sich weiter an die 16 Jahresgrenze. Das bedeutet, daß **offiziell** (da Sichtvermerke im Paß bei Einreise notwendig sind) kein ausländischer Jugendlicher im Alter zwischen 16 und 18 Jahren die Grenze passieren darf — auch nicht, wenn seine Eltern in Hessen leben. Dies ist auch immer gängige Praxis gewesen, die liberalere Haltung in Bremen ist deshalb praktisch nie wirksam geworden.

Es gäbe real für ausländische Jugendliche (zwischen 16 und 18) nur die Möglichkeit per Touristenvisum nach Hessen einzureisen und dann dort nachträglich den Aufenthalt anerkennen zu lassen. Winterstein hat angekündigt, evt. diesen Weg zu praktizieren. (,,taz'', 12.9.84) Geplant ist, daß auch dieser Teil bei der Verabschiedung eines neuen Ausländergesetzes bundeseinheitlich geregelt (sprich: verschärft) werden soll, eine spezielle Hessen-Regelung wäre dann hinfällig.

zu 1.3. Aufenthaltsbeendende Maßnahmen
Die hierunter angesprochenen Punkte sind derzeit in den einzelnen Bundesländern unterschiedlich geregelt, gesetzlich sind sie nicht fixiert (gegebenenfalls als ,,Kann-Regelung''). Es gibt hier auch von Fall zu Fall, von Bundesland zu Bundesland unterschiedlich große ,,Ermessenspielräume'' und ,,Auslegungen''. Aus den Vereinbarungen bzw. aus dem Erlaß des hessischen Innenministers vom 11.9.84 geht hervor, daß all die angesprochenen Punkte in Hessen zukünftig *,,großzügig''* ausgelegt werden sollen, was natürlich begrüßenswert ist.

Noch eine Anmerkung zu dem Passus: *,,Keine Ausweisung bei Sozialhilfebezug''*. Diese Forderung wurde von der SPD so generell nicht eingelöst. Ausweisung bei Sozialhilfe ist eine ,,Kann-Regelung'', die überhaupt nur angewendet wird, wenn Ausländer weniger als fünf Jahre in der Bundesrepublik leben und aus Staaten kommen, mit denen kein ,,europäisches Fürsorgeabkommen'' existiert. (Mit der Türkei existiert z.B. ein solches Fürsogeabkommen). Dieser gängigen Regelung hat sich Winterstein angeschlossen. Er ist nur insofern weitergegangen, daß er in diese Regelung auch Ausländer aus Staaten, die sich nicht dem europäischen Fürsorgeabkommen angeschlossen haben, (Jugoslawien, Marokko, Spanien, Tunesien) miteinbezieht, *,,sofern die Versagung der Aufenthaltserlaubnis eine unzumutbare Härte darstellen würde''* und nach konkreter Überprüfung des Einzelfalls durch den Regierungspräsidenten. (s. Erlaß des hess. Minister des Innern, veröffentlicht am 11.9.84)

Alle hier angegebenen Punkte sind ebenfalls Bestandteil einer bundesweiten Planung für ein neues Ausländergesetz — eine Erleichterung wäre danach für Hessen nicht mehr möglich.

zu 2. Sicherung der Ausbildungs- und Einkommensverhältnisse
Ein rechtliche Koppelung von Arbeits- und Aufenthaltserlaubnis existiert so nicht — ebensowenig gibt es ein ,,Shanghaier Kugelfischabkommen''. Während von den Grünen gesagt wird, sie hätten diesen Teil aus ,,Jux'' mit aufgenommen, wird von der SPD berichtet, daß sie das überhaupt nicht bemerkt hat, was insbesondre die ,,Frankfurter Allgemeine Zeitung'' nie zu erwähnen ausläßt.

Was die Förderung von Ausländerorganisationen angeht, so liegen dazu bislang keine konkreten Angaben vor, deshalb muß der Punkt als sehr vage bewertet werden. Insbesondere wenn man die Praxis der SPD kennt, über den ,,Haushalt'' allerlei löbliche Versprechungen dann doch wieder zu kippen.

zu 3. Strikte Beachtung des Asylrechts
Der erste Absatz scheint fehlerhaft oder zumindest mißverständlich formuliert zu sein. Der § 2 des Asylverfahrensgesetz besagt: *,,Ausländer, die bereits in einem anderen Staat Schutz vor Verfolgung gefunden haben, werden nicht als Asylberechtigte anerkannt.''* (In Absatz 2 wird das konkretisiert.) Gemeint scheint hier aber wohl nicht zu sein, daß Asylsuchende unzulässig schnell anerkannt werden; sondern genau das Gegenteil, nämlich daß sie ohne genaue Überprüfung wieder abgeschoben werden. Eindeutig müßte die Forderung hier heißen, daß auch Asylanträge von Ausländern, bei denen nur die geringsten Zweifel an der Schutzgewährung durch einen anderen Staat bestehen, als *,,beachtlich''* behandelt werden bzw. über die Landesregierung dem Bundesinnenminister angezeigt werden.

Die restlichen Punkte sind derzeit schwierig zu beurteilen, da die genauen Ausführungsbestimmungen fehlen. Das bundeseinheitliche Asylverfahrensgesetz behandelt ,,Gemeinschaftsunterkünfte'' und ,,Sozialhilfe'' derzeit noch als ,,Kann-Regelung''. In Hessen wird beides praktiziert, interessant wäre hier allein die Konkretisierung.

zu 4. Bundesratsinitiativen
Bundesratsinitiativen sind immer löblich, scheitern allerdings regelmäßig an den konkreten Mehrheitsverhältnissen.

zu 5. Kommunales Wahlrecht
Die Einführung des kommunalen Wahlrechts für Ausländer werde derzeit in der Bundesrepublik tatsächlich Zeichen setzen. Auch nach Verabschiedung des neuen Ausländergesetzes bliebe es in der Kompetenz des Bundeslandes.

Die SPD hat sich darauf eingelassen. Sie zieht sich auf eine Position zurück, die besagt, daß das kommunale Wahlrecht für Ausländer nur über eine Änderung der hessischen Verfassung möglich wäre, die aber nur per Volksentscheid änderbar ist. Dies hätte nach Einschätzung der SPD derzeit keine Aussicht auf Erfolg. Die Einrichtung einer Kommission, die Informationen über Erfahrungen aus anderen Ländern auswertet, kann nicht einmal als Kompromiß gewertet werden.

zu 6. Ausländerbeauftragter
Geplant war die Einrichtung dieser Stelle bereits für den Herbst, im Gespräch für diese Amt ist der Vertreter des *,,Intiativausschuß ausländischer Mitbürger in Hessen''* Pfarrer Lüderwald (SPD). Kompetenzbereich, Einfluß- und Eingreifmöglichkeiten sind derzeit noch nicht festgelegt, sie wären aber für die Bewertung dieser Stelle entscheidend.

AG Ausländer/Hamburg



Fortsetzung von Seite 6

sich über bestimmte Vorgänge beunruhigt zeigte und auch schon mal protestierte, wie anläßlich des Todes von Cemal K. Altun, solange wurden dementsprechende Absichten von Politikern zwar geäußert, faktisch aber hat sich nichts gerührt. Auch der Abschiebestopp, der im letzten Jahr in Nordrhein-Westfalen für einige Monate bezüglich der Türkei bestand, änderte daran nichts. Der Zweck war ein anderer: Die Gemüter waren beruhigt und die Abschiebe-Jets anschließend wieder ausgelastet.

Die Abschreckungsdoktrin

Die rechtlichen Verschärfungen und rigorosen Abschiebungen allein würden nicht ausreichen, das soziale Leben der Asylbewerber auf ein teilweise menschenwürdiges Niveau zu senken. Der Abschreckungseffekt, Kern der Asylpolitik, soll so wirken, daß potentielle Flüchtlinge von vornherein selber entscheiden, gar nicht in die Bundesrepublik einzureisen. Diese Abschreckungsmethoden und flankierenden Mittel sind so vielfältig und in ihrer konkreten Handhabung so unterschiedlich, daß hier nur eine kleine Auswahl dieser Maßnahmen dargestellt werden kann:

* Beim „Bundesamt für die Anerkennung ausländischer Flüchtliche" gibt es die „Vorprüfungsgruppe A". Dies ist der Bundesnachrichtendienst. Der BND hat Zugang zu den Asylakten und gibt Informationen an befreundete Geheimdienste (z.B. MIT in der Türkei) weiter. (6)
* Die „Vorprüfungsgruppe B" beim „Bundesamt" ist der Verfassungsschutz, der ebenfalls die Akten durchsieht. (7)
* Bei Abschiebungen werden die türkischen Grenzbehörden von den zuständigen deutschen Stellen informiert.

sieht. (7)
* Bei Abschiebungen werden die türkischen Grenzbehörden von den zuständigen deutschen Stellen informiert.

Dies führt oftmals dazu, daß die Abgeschobenen am Istanbuler Flughafen festgenommen und teilweise tagelang verhört werden. (8)

* Die Deutsche Botschaft bestätigte 1983 indirekt, daß es für abgeschobene kurdische Asylbewerber in Tunceli und Diyarbakir extra eingerichtete Lager gibt. (9)
* Einführung des Visumzwanges für Reisende aus einigen Ländern.
* Erst während eines Asylverfahrens können türkische Behörden durch Anfragen deutscher Behörden duch Anfragen deutscher Gerichte auf einen Asylbewerber aufmerksam werden, an Informationen gelangen und Verwandte und Bekannte in der Türkei bedrohen.
* Asylbewerber sollen von deutschen Gerichten wegen „Strafverfahren" in der Türkei angehört werden. Lehnt der Asylbewerber ab, gerät er in die Gefahr, daß er nichts zu sagen hat und damit nicht verfolgt wird. Sagt er aus, gefährdet er oftmals Freunde. (10)
* Die Möglichkeit der Auslieferung anerkannter Asylbewerber besteht.
* Familienmitglieder bekommen nicht den gleichen Status wie anerkannte Asylberechtigte. (11)
* Teilweise Internierung der Asylbewerber in menschenunwürdigen Lagern, insbesondere in Baden-Württemberg.
* Beschränkung des Aufenthaltsgebietes, zumeist identisch mit dem Geltungsbereich der zuständigen Ausländerbehörde.
* Eingeschränkte medizinische Versorgung, z.B. bei Zahnersatz.
* Gekürzter Sozialhilfesatz um 10%.
* Erhalt der Soziahilfeleistungen in Form von Sachleistungen (Gutscheine); dies wird derzeit in Westberlin in großem Umfang durchgeführt.
* Kaum noch Sprachförderungen.
* Arbeitsverbot für zwei Jahre.
* In einigen Fällen Heranziehung zu

geführt.
* Kaum noch Sprachförderungen.
* Arbeitsverbot für zwei Jahre.
* In einigen Fällen Heranziehung zu

gemeinnützigen Arbeiten in der Art eines „Arbeitsdienstes", praktiziert in Westberlin.

Bei den zu Untätigkeit und Abwarten, zu sozialer Erniedrigung und Demut verdammten Flüchtlingen kommen Depressionen und andere psychische Erkrankungen hinzu. Zwar ist die öffentliche Medienhetze gegen die „Asylantenflut" im Moment zurückgegangen, doch haben sich Vorurteile und Haß nennenswerter Teile der Bevölkerung immer mehr auf die gesamten hier lebenden Ausländer verlagert.

Warum also dieser Aufwand an Maßnahmen, wenn man bedenkt, daß 1983 ganze 19737 (12) neue Asylbewerber in die BRD gekommen sind? Allein mit der angeblichen Erschöpfung der

Jahr	Asylbewerber
1969	11.664
1970	8.645
1971	5.388
1972	5.289
1973	5.595
1974	9.424
1975	9.627
1976	11.123
1977	16.410
1978	33.136
1979	51.493
1980	107.818
1981	49.391
1982	37.423
1983	19.737

Quellen:
Broschüre „Nach der Flucht ins Lager", Hamburger Arbeitskreis Asyl, Hamburg, Dezember 1983; Hamburger Abendblatt, 31.1.84

Aufnahmekapazität der BRD läßt sich dies auch nicht rechtfertigen, wenn man bedenkt, daß 1983 aus der DDR ca 11300 Bürger und Bürgerinnen übergesiedelt sind und allein zu An-

Aufnahmekapazität der BRD läßt sich dies auch nicht rechtfertigen, wenn man bedenkt, daß 1983 aus der DDR ca 11300 Bürger und Bürgerinnen übergesiedelt sind und allein zu An-

fang d.J. (von Januar bis März) nochmal ca. 13.000 DDR'ler. (13) In diesen Fällen spielte der Begriff „Aufnahmekapazität" überhaupt keine Rolle. Allerdings spielt dabei die Absicht eine Rolle, daß Flüchtlinge aus der „3. Welt" und „kommunistische" Asylbewerber abgeschreckt werden sollen. Der Leiter des „Bundesamtes", **Herr von Nieding**, äußerte unlängst gegenüber dem UN-Flüchtlingskommissar, daß seiner Ansicht nach die deutsche Asylgesetzgebung vor allem für Deutschstämmige und evtl. andere Europäer (aber aus der Türkei nur die Christen!) gedacht sei. (14)

Die Asylpolitik in ihrem ganzen Ausmaß ist nur dann zu verstehen, wenn sie in Beziehung zur gesamten Ausländerpolitik gesetzt wird. Hierbei ist es notwendig, den Abbau des Asylrechtes nicht nur unter dem Blickwinkel des Abbaus eines weiteren Grundrechtes zu sehen. Und auch nicht nur moralisch auf die Verpflichtung zu einer humanen Asylpolitik hinzuweisen, die sich daraus ergeben soll, daß deutsche Antifaschisten während des Nazi-Faschismus in anderen Ländern aufgenommen wurden.

Wegbereiter der „Ausländer raus"-Politik

Wer die beabsichtigte umfangreiche Vertreibungspolitik ernst nimmt und sie nicht nur für eine Marotte des Bundesinnenministeriums hält, wird zur Kenntnis nehmen müssen, daß zur Durchsetzung dieser Politik einige politische Anstrengungen, verbunden mit einer flankierenden „Ausländer raus"-Propaganda, nötig sein werden.

Dieselbe Härte und Konsequenz, die heute praktiziert wird, um Asylsuchende abzulehnen, auszuweisen und abzuschieben, wird genauso nötig sein und ist gleichzeitig eine Probe dafür, demnächst arbeitslose Ausländer auszuweisen und abzuschieben.

Was Innensenator Lummer 1981 in Westberlin durchziehen wollte, die Ausweisung tausender arbeitsloser ausländischer Jugendlicher, ist beileibe nicht vom Tisch, sondern wird von Zeit zu Zeit immer wieder offen gefordert. Vor einigen Wochen meldete sich die „Arbeitsgemeinschaft Selbständiger Unternehmer" zu Wort. Sie schätzte die Rückkehrhilfe der Bundesregierung als zu wenig attraktiv ein und forderte, alle arbeitslosen türkischen Arbeitnehmer auszuweisen, die noch nicht fünf Jahre hier leben. (15)

Der Asylpolitik kommt mehr denn je in dieser innenpolitischen Frage eine besondere Bedeutung zu. Zu dieser Auffassung kam auch **Dr. Zeidler**, jetzt Präsident des **Bundesverfassungsgerichts**, auf einer Arbeitstagung der Otto Benecke Stiftung und der Deutschen Welle im November 1982 zum Thema: „Asylpolitik in der Bundesrepublik Deutschland". (16)

In seinem Referat über die „Asylgewährung in Deutschland" sorgt er sich über die „*bevorstehende drastische Schrumpfung des deutschen Bevölkerungsteils*", die ihre Ursache in der „*wachsenden Zahl kinderloser Ehen*" und der „*Verweigerung der Fortpflanzung*" hat. Auf der anderen Seite wächst seiner Ansicht nach die Anzahl der Ausländer so dramatisch, daß „*in 50 Jahren jeder deutsche Arbeitnehmer zur Linken wie zur Rechten je einen ausländischen Arbeitskollegen stehen haben wird.*" Die Diskussion über Integration der Ausländer würde ersetzt werden durch „*(...) eine Diskussion über die Integration der Deutschen in Deutschland.*" Diese Gefahr sieht er nicht so sehr in der Anzahl der Asylbewerber, sondern vielmehr in einer „*signifikant höheren Kinderzahl in Ausländerfamilien*" und insbesondere „*den Wanderungsbewegungen unter dem Sichwort 'Familiennachzug'.*"

Nachdem er diese „Gefahren" und sog. Überfremdungsängste der Deutschen dramatisch geschildert hat, gelangt er zu der Folgerung, daß man sich auf diese Lage „*ernsthaft und rechtzeitig*" einrichten und mit den „*Vorbereitungen für eine entsprechende Ausländer- und Einwanderungspolitik befassen*" müsse. Nicht die „*umfangreichen ethnischen Verwirbelungserscheinungen*" mit den Polen, Griechen und Portugiesen seien hier so sehr das Problem, sondern der Anteil der türkischen Bevölkerung, da es hier an „*dem verbindenden gesamteuropäischen Hintergrund und der einheitlichen religiösen Grundprägung*" fehle.

„Asylbewerber erscheinen als Bagatelle"

Zeidler hütet sich, die Maßnahmen offen zu benennen, die die „*Landnahme durch beliebige ausländische Bevölkerungsmassen*" verhindern soll. Die Konsequenz seiner Ausführungen liegt jedoch auf der Hand: Zumindest der

Zeidler hütet sich, die Maßnahmen offen zu benennen, die die „Landnahme durch beliebige ausländische Bevölkerungsmassen" verhindern soll. Die Konsequenz seiner Ausführungen liegt jedoch auf der Hand: Zumindest der

Anteil der türkischen Bevölkerung soll drastisch reduziert werden. „*Diese kurze Umschau zeigt, welche ausländerpolitischen Schwierigkeiten in den nächsten Jahrzehnten auf uns zukommen werden, ausgelöst allein bereits durch das gewissermaßen hausgemachte Problem der Schrumpfung unserer eigenen Bevölkerung. Die Lösung dieser Schwierigkeiten wird die Mobilisierung aller Kräfte zur Gewinnung von Konsensfähigkeit und Akzeptanzbereitschaft in unserer Bevölkerung erfordern. Demgegenüber könnte die Frage nach einigen zehntausend Asylberwerbern mehr oder weniger als marginale Bagatelle erscheinen, die es zuließe, sich der Tagesordnung mit den großen Problemen zuzuwenden. Leider ist dem nicht so. Im verbreiteten Bewußtsein der hieran Anteil nehmenden Bevölkerung ist nämlich mit dem Asylproblem der Eindruck staatlicher Hilflosigkeit und menschlicher Unvernunft verbunden, und hierdurch wird die ausländerpolitisch dringend erforderliche Konsensfähigkeit und Akzeptanzbereitschaft im Hinblick auf die kommenden Dinge nachhaltig gefährdet.*"

Nur eine staatliche Ausländerpolitik, die in der Lage ist, die für die Lösung des Asylproblems erforderlichen Maßnahmen und Mittel, eingedenk der ideologischen Zustimmung der Bevölkerung, zu schaffen, wird auch in der Lage sein, dies im Hinblick auf die generelle Lösung der Auslängerfrage in die Tat umzusetzen. Hierzu nochmal Zeidler: „*Die eigentliche Brisanz der Situation liegt also darin, daß ungelöste Fragen des Asylrechts und Ungereimtheiten bei seiner Handhabung eine umfassende vernünftige Ausländerpolitik unmöglich machen.*"

Liberales Asylrecht wäre Illusion!

Eine „Ausländer raus"-Politik und eine dementsprechende Ausgestaltung der neuen Ausländergesetzgebung schließen ein demokratisches Asylrecht von vornherein aus. Der Staat hat in der Asylpolitik die Weichen gestellt und Schritt für Schritt liquidiert, was seinem Ziele im Wege stand. Ebenso wird in der Ausländerpolitik verfahren werden.

Die besondere Härte und Konsequenz, mit der gerade mit den türkischen Flüchtlingen umgegangen wird, ist nicht nur ein Entgegenkommen gegenüber der NATO-Diktatur Türkei. Es gibt auch Aufschluß darüber, wie insgesamt die „Türkenfrage" gelöst werden soll. (Man stelle sich mit den Gedanken der Herrschenden nur vor, jeder zweite abgeschobene arbeitslose Ausländer kehrt postwendend zurück und beantragt Asyl.)

Auch der Begriff „Wirtschaftsflüchtling", der im Zuge einer wachsenden Anzahl türkischer Flüchtlinge zielstrebig propagiert wurde und Hochkonjunktur hatte, schlug eine ideologische Brücke vom „Asylanten", der „auf Kosten der Steuerzahler" leben will hin zu dem Ausländer, der „den Arbeitsplatz wegnimmt". Beiden, so wird unterstellt, ist also gemein, hier in unberechtigter Weise „abzusahnen".

Verbunden mit einer geschürten



„Überfremdungsangst der Deutschen" ist die rassistische Hetze insbesondere gegen die türkische Bevölkerung von großer Bedeutung und unerläßlicher Bestandteil in der Vertreibungspolitik.

Zwei Jahre Asylverfahrensgesetz — leider ist der demokratische Widerstand im Kampf für die Rechte der politischen Flüchtlinge in den letzten Jahren bis über ein paar tapfere Erfolge nicht hinausgekommen.

AG Ausländer

Quellen

(1) Frankfurter Rundschau, 3.9.83
(2) FR, 10.4.84
(3) FR, 15.3.84
(4) FR, 9.5.84
(5) Hamburger Rundschau, 24.5.84
(6) tageszeitung, 23.3.83
(7) ebenda
(8) taz, 24.4.83
(9) taz, 19.7.83
(10) taz, 15.9.83
(11) FR, 8.9.83
(12) Hamburger Abendblatt, 31.1.84
(13) Spiegel, 2.4.84
(14) FR, 8.9.83
(15) FR, 11.5.84
(16) Alle nachfolgenden Zitate von Zeidler aus: Zeitschrift für Ausländerrecht und Ausländerpolitik, 2/1983, S. 52ff

Fortsetzung von vorheriger Seite

ministeriums (sei) mehr als fällig gewesen." („taz", 26.7.84) **Roland Kern:** „*Die 'lex-Hessen' könnte eine Bewußtseinsänderung zumindest in der hessischen deutschen Bevölkerung einleiten.*" („taz", 18.8.84) Roland Kern zurCDU: „*Das sind Appelle an die niedrigsten Instinkte, wenn die Christdemokraten von Staubsaugereffekt nach Anatolien reden*" („taz", 18.8.84) Das ist sicher richtig, aber hat er vergessen, daß das ursprünglich eine Äußerung von Börner war?

Wenn hier im ARBEITERKAMPF die Verhandlungsergebnisse der hessischen Grünen zwar im konkreten als Verbesserung — insgesamt gemessen an wirklichen Veränderung und an den Teilen, die Bestand haben werden — als eher bescheiden eingeschätzt werden, so ist dies nicht in erster Linie eine Kritik an den Verhandlungserfolgen der Grünen. Vielmehr wird an dem Erreichten deutlich, daß die Möglichkeiten des Drucks auf die SPD über die parlamentarische Ebene beschränkt und die Spielräume in der Ausländerpolitik für weitergehende Veränderungen sehr eng sind. Doch „*zähere Verhandlungen*" (O-Ton Grüne) hätten dort mehr herausholen können, wo es kommunale Kompetenzen gibt, etwa beim Wahlrecht, wo die SPD-Gegenposition mit Murren, aber ohne Widerspruch geschluckt wurde.

Auf einem ganz anderen Blatt steht allerdings wie die Grünen die bescheidenen Zugeständnisse bewerten und damit umgehen. Illusionen über das Erreichte und überhöhte Hoffnungen, wie sie unserer Meinung nach in den oben zitierten Äußerungen der Grünen zum Ausdruck kommen, müssen zu einer einseitigen Sichtweise der Rolle der SPD führen. Erst dies ermöglicht es ihr aber ohne sichtbare Anfechtungen und ohne Opposition (— für die unserer Meinung nach gerade die hessische Situation durchaus gute Möglichkeiten bieten würde) eine fortschrittliche Profilierung, für die sie tatsächlich nur sehr geringe Vorleistungen erbracht hat.

Die hessischen Grünen verzichten derzeit sehr weitgehend auf ein eigenständiges Profil in der Ausländerpolitik unabhängig von der Sozialdemokratie, auf das Aufstellen weitergehender Forderungen und darauf, aufzuzeigen, wie begrenzt die „Zugeständnisse" der SPD sind. Eine Gesetzesinitiative aus Bonn und deren Verabschiedung würde diese „Idylle" recht schnell auf den Boden des Realen zurückbringen und sichtbar machen wie bescheiden das Erreichte ist. Doch hier tun sich für die rot-grüne Front bereits neue Bündnispartner auf. „*Dennoch sitzt den hessischen quasi-Koalitionsparteien der Geier in Gestalt des Herrn Zimmermann im Nacken. Sollte der nämlich seine neuen Ausländergesetze in Bonn durchdrücken, sind die hessischen Vereinbarungen null und nichtig. Doch innerhalb des rot-grünen Lagers in Hessen glaubt niemand an eine baldige Verabschiedung der restriktiven Zimmermann-Gesetze. Zudem, so Roland Kern und Innenminister Winterstein übereinstimmend, sei da die FDP und die katholische Kirche vor.*" („taz", 18.8.84)

Wir wären da nicht so optimistisch.

AG Ausländer/Hamburg

Dioxin in der BASF — Was in E 206 geschah

''Einige wurden wegen 'Grippe' heimgeschickt''

In den letzten Monaten ist durch die Schließung des Hamburger Boehringer-Werks das berüchtigte Seveso-Gift Dioxin wieder stärker in die öffentliche Diskussion gekommen. Dabei ist ein alter Umweltskandal bekannt geworden: Ein schwerer Dioxin-Unfall im Hauptwerk der BASF in Ludwigshafen von 1953. Die BASF mußte mittlerweile bekanntgeben, daß es 31 Jahre nach dem Unfall immer noch Dioxin-Spuren auf dem verseuchten Gelände gibt.

Wir dokumentieren nachstehend Hintergründe zu dem lange Zeit totgeschwiegenen Skandal. Den Artikel und das Interview haben wir mit freundlicher Genehmigung aus dem ,,mitmitscher'' Nr. 25 der ,,Initiative für eine sozialistische Betriebsgruppe in Ludwigshafen'' entnommen.

Der Lärm war so groß, daß man ihn in ganz Ludwigshafen gehört haben muß. Am 17. November 1953, im Bau E 206, der sogenannten Amidophenolfabrik, ,,ging ein Kessel hoch''. In einem Autoclav (dickwandiger Druckreaktor) war es zu einer Zersetzung gekommen. In dem Autoclav wurde aus Tetrachlorbenzol und alkalischer Methanollösung Trichlorphenol hergestellt. Am Schluß der unter Überdruck und erhöhter Temperatur gefahrenen Reaktion wurde das überschüssige Methanol bei normalem Druck abdestilliert, als es plötzlich zu der exothermen Zersetzung kam. Da es keine Auffangvorrichtung gab, entwichen die Dämpfe unter enormen Druck durch das Sicherheitsventil in den Arbeitsraum. Der Druck war so groß, daß an den Hochdruckflanschen des Behälters die Dichtungen brachen und die Dämpfe durch diese durchgedrückt wurden.

So begann 23 Jahre vor Seveso ein Dioxin-Unfall, der erst 31 Jahre später durch Veröffentlichungen des ,,Stern'' und des ,,Spiegel'' der breiten Öffentlichkeit bekannt wurde. Dies, obwohl Egmont Koch und Fritz Vahrenholt bereits 1978 in ihrem Buch ,,Seveso ist überall'' von diesem und 15 ähnlichen Unfällen berichtet hätten. Auch der ,,mitmischer'' berichtete bereits im September 1983.

Der aus dem Autoclav entwichene graue Rauch setzt sich im ganzen Bau wie festgebackener Kuchen fest. Betriebspersonal spritzt alles mit dem Wasserschlauch aus. Der ganze Dreck wie auch der verkohlte Inhalt des Au-

Unfällen berichtet hatten. Auch der ,,mitmischer'' berichtete bereits im September 1983.

Der aus dem Autoclav entwichene graue Rauch setzt sich im ganzen Bau wie festgebackener Kuchen fest. Betriebspersonal spritzt alles mit dem Wasserschlauch aus. Der ganze Dreck

wie auch der verkohlte Inhalt des Autoclaven werden in den Rhein gespült. Zwei Tage später gehen die ersten vier Mann zur Werksärztin, Frau Dr. Vogel. Sie haben Fieber, dicke, krebsrote Köpfe, Ohren steif wie Glas, die Gehörgänge zugeschwollen. Die Werksärztin schickt sie heim wegen ,,Grippe''.

Am nächsten Tag, Freitag, werden vier Reparaturschlosser der Firma Lauer in den Behälter geschickt. Am Montag melden auch sie sich bei der Werksärztin und werden ebenfalls wegen ,,Grippe'' nachhause geschickt.

In der folgenden Woche müssen BASF-Schlosser und Betriebsarbeiter in den Autoclavenraum. Auch sie erkranken. Übers Wochenende setzt die BASF Versuchstiere in dem Raum aus. BASF-Toxikologe Prof. Dr. Oettel: *,,Wie zu erwarten, waren alle Tiere am Montag vollständig normal.''*

Eine zweite Kolonne der Firma Lauer wird an die Arbeit geschickt mit dem Auftrag, den Autoclaven so schnell wie möglich wieder in Gang zu bringen. Am vierten Tag brechen auch sie zusammen. Der Schlosser Werz berichtet, daß ihn die Werksärztin nachhause schickt unter der Bedingung, keinen Arzt aufzusuchen. Am Samstag geht es ihm dann so schlecht, daß seine Frau doch einen Arzt holt. Der mißt bei ihm Fieber über 42 Grad. Er sagt zu Frau Werz: *,,Ihr Mann müßte längst tot sein.''* Er wird ins Krankenhaus eingeliefert, wo einige Kollegen bereits liegen.

Jetzt erst ordnet die BASF an, daß der Autoclav nicht mehr betreten wird und beginnt mit der Reinigung des Baus. Bei der Reinigung jedoch vergiften sich wieder einige Dutzend Arbeiter. Der ganze Bau wird mit verschiedenen Mitteln bis zu zehnmal ausgewaschen, die gesamte Oberfläche abgebrannt, das Isolationsmaterial herausgenommen, sämtliche Rohre neu gestrichen, ein neuer Fußboden und neue Fenster angebracht. Das Ergebnis war gleich Null. Selbst vier Monate später zersetzt sich die Leber von Kaninchen, die in den Raum gebracht wurden, ja die nur in Nebenräumen gewesen waren. Die Tiere starben.

Nicht nur im Werk, auch zuhause in den Familien der betroffenen Arbeiter breitete sich die Vergiftung aus. Der Schlosser Werz, der später den Mut fand, an die Öffentlichkeit zu treten, berichtet: *,,Meine vier Kinder mußten viel mitmachen. Die Zwillinge Kurt und Sonja, die zum Zeitpunkt des Unfalls zwei Jahre alt waren, bekamen ekelhafte Hautausschläge, mein Sohn große Löcher im Rücken, meine Tochter viele kleine Narben im Gesicht. Meine Tochter Sonja hatte 1970 eine Totgeburt. Bei dem Kind war das ganze Gesicht offen, das Rückgrat hat gefehlt.''*

Schnell wird auch bekannt, in welch geringen Spuren das Gift wirkt. Der Sohn eines Erkrankten erkrankt ebenfalls, weil er den (dreimal gewaschenen) Schal seines Vaters benutzt hatte.

Auch 1954 hören die Vergiftungen nicht auf. Der Autoclav wird weiterbenutzt zur Herstellung eines anderen Produkts.

Unterdessen gibt es Krach im Betriebsrat. Einige Betriebsräte werfen dem damaligen Betriebsratsvorsitzenden und Aufsichtsratsmitglied Lorenz vor, an der Vertuschung des Vorfalls mitgewirkt zu haben. Sie fordern einen Untersuchungsausschuß des Betriebsrats. Lorenz läßt erst mal neun Wochen gar keine Betriebsratssitzung stattfinden. Dann schließlich berichtet er nichts anderes als das, was die BASF-Direktion in der Öffentlichkeit verbreiten ließ. Er behauptet, er habe sich für eine Entschädigung der Opfer eingesetzt. Als jedoch bekannt wird, wie gering die entsprechenden Beträge sind, und als Fälle berichtet werden, in denen noch nicht einmal ein Lohnausgleich bezahlt wird, bricht Lorenz die Sitzung ab.

1958 kommt es zu einer weiteren tödlichen Vergiftung in E 206. Ein Schlosser soll ein Kugellager am Autoclav auswechseln. Er trägt Schutzanzug und Maske. Da er schwitzt, nimmt er die Maske kurz ab. Vier Tage später stirbt er.

Erst jetzt läßt die BASF den Bau versiegeln und die Fenster zumauern. 1968 wird das Gebäude Stein für Stein abgetragen und auf der Insel Flotzgrün deponiert. Die benachbarten Gemeinden und die Behörden erfuhren erst jetzt davon.

Interview

Zum Dioxin-Unfall von 1953 führte der Mitmischer ein Gespräch mit H.J.Dohmeier, Rechtsanwalt in Ludwigshafen und Mitverfasser des Buches ,,Zum Töten von Fliegen und Menschen. Dioxin — das Gift von Seveso und Vietnam und wie wir täglich damit in Berührung kommen'', das 1983 erschienen ist.

Mitmischer: Jetzt, dreißig Jahre nach dem Dioxin-Unfall in E 206, macht die BASF selber viel Propaganda dazu. Früher hat man nichts dazu gehört, jedenfalls nichts aus dieser Richtung ...

H. Dohmeier: Die BASF hat tatsächlich die Sache veröffentlicht, wie sie behauptet. Aber nur in absoluten Fachzeitschriften und — bis 1972 — ohne genau Ort und Zeit anzugeben. Schon 1954 wurde auf einer Tagung südwestdeutscher Hautärzte ein Schlosser vorgestellt — von einem Mannheimer Arzt. Der erste Bericht von dem Chemie-Unfall erschien in der Zeitschrift ,,Berufsdermatosen''. Der erste Artikel von Leuten der BASF erschien — soweit mir bekannt ist — 1957, wo über die Suche nach dem Gift berichtet wird, wieder ohne Hinweis darauf, daß der Unfall in der BASF passiert war. Darin steht zum Beispiel: ,,Vor einigen Jahren ereignete sich bei der Herstellung von 3-4-5- Trichlorphenol ... eine folgenschwere exotherme (d.h. wärmefreisetzende) Zersetzung.'' Und: ,,Die Aufklärung dieser eigenartigen Vergiftung hat uns sehr große Schwierigkeiten gemacht. Die Wirkung war so toxisch (d.h. giftig, d.R.), daß sogar die Tiere in den Nachbarkäfigen erkrankten.''

1973, also 20 Jahre danach, war in einem Aufsatz des Werksarztes Goldmann dann von der BASF die Rede. Aber auch dieser Artikel erschien in einer Fachzeitung: ,,Der Hautarzt''.

So daß also die Opfer nichts wußten ...

Die Opfer konnten das nicht wissen. Die liefen noch lange unter Halogenkohlenwasserstoff-Vergiftung. Nach 1976 haben die ersten ein bißchen was geahnt. Aber längst nicht alle. Da ist ja der Großteil noch einmal zur BASF bestellt worden zur Chromosomen-Untersuchung.

Das heißt, die vergifteten Kollegen haben sich's nach Seveso selber zusammengereimt ...

Ein Teil hat sich's wohl selber zusammengereimt. Ich hab da Akten liegen, da ist bis heute noch nicht von Dioxin die Rede. 1975 zum Beispiel wurde noch von ,,Chlorphenolakne'' geschrieben. Noch 1983 hat die Betriebskrankenkasse BASF von ,,Trichlorphenol-Zersetzungsprodukten'' gesprochen.

Die Krankheit selber. Du kennst doch einige von denen, die damals vergiftet worden sind. Erzähl doch mal was über die Leiden.

Über die Leidensgeschichte könnte man stundenlang erzählen. Die Krankheit selber, das ist ganz unterschiedlich. Das ist ja das Bild bei der Dioxin-Vergiftung, daß sie zu ganz unterschiedlichen Erscheinungen führt. Gliederschmerzen zum Beispiel; neulich war wer hier, der konnte nicht mehr aufstehen. Der bewegt sich sehr viel langsamer, hat also praktisch den Bewegungsablauf eines 80jährigen, ist aber erst 50.

Dann war wer hier, der hat sein Hemd ausgezogen; der hat noch eigroße Chlorakne-Beulen auf dem Rücken. Das nach 30 Jahren. Ich hab jemanden gesehen, der hat ein Loch in der Lunge. Und der glaubt, es kommt von einer Erkältung.

Der glaubt selber, es kommt von einer Erkältung?

Nach dem was mit den Leuten schon alles passiert ist, ist das wohl — irgendwo verständlich — ein Schutzmechanismus, daß er nicht wahrhaben will, daß das mit der Vergiftung zusammenhängt.

Der glaubt selber, es kommt von einer Erkältung?

Nach dem was mit den Leuten schon alles passiert ist, ist das wohl — irgendwo verständlich — ein Schutzmechanismus, daß er nicht wahrhaben will, daß das mit der Vergiftung zusammenhängt.

Wegen den so unterschiedlichen Krankheitsbildern hatte es wohl auch die Berufsgenossenschaft leicht, zu sagen, das eine kommt von der Vergiftung und das andere nicht.

Das war mit Sicherheit etwas, was es ihnen leicht gemacht hat. Was noch dazukommt, ist, daß es damals noch keine objektivierbaren (verallgemeinerbaren, d.Red.) Befunde gegeben hat.

Es wurde ihnen zum Teil einfach nicht geglaubt. Obwohl der Goldmann in seinem Aufsatz darauf hingewiesen hat, daß das Krankheitsbild sehr vielfältig sein kann.

Und natürlich, daß sie nicht zusammen vorgegangen sind, hat es der Berufsgenossenschaft auch leicht gemacht. Jeder hat allein vorm Sozialgericht gestanden.

Gab's überhaupt eine nennenswerte Zahl von Leuten, die gerichtlich vorgegangen sind?

Es gab eine erkleckliche Anzahl. Die sind meistens so geendet, daß die Klage zurückgenommen worden ist. Nach Gutachten, die — nach dem heutigen Stand der Kenntnisse — na ja, absurd waren. Einem wurde zum Beispiel eine ,,Rentenneurose'' unterstellt; er solle doch die Gewerkschaft und andere Fürsorgestellen nicht mehr behelligen. Das war das Tollste, was ich bisher in diesem Zusammenhang gelesen hab. In diesem Gutachten wird dem Mann ,,ein fabelhafter Allgemeinzustand bescheinigt''; die ,,Versuche, ihm klarzumachen, daß er gesund sei,'' seien aber an seiner ,,Uneinsichtigkeit'' gescheitert ...

Du kennst den Kollegen?

Ja. Der sitzt in seiner Wohnung, hat riesige rote Placken auf den Schienbeinen. Wenn man ihn auf den Unfall anspricht, fängt er an zu heulen. Rente kriegt er nicht; seine Klage hat er nach diesem Gutachten zurückgezogen.

Von der werksärztlichen Abteilung der BASF ist ihnen wohl auch nicht geholfen worden?

Wie es den Betriebsarbeitern von der BASF gegangen ist, weiß ich nicht so genau, weil ich mehr mit den Schlossern, die damals bei der Firma Lauer waren, zu tun habe. Auf jeden Fall haben alle eine ziemliche Wut auf die Werksärzte gehabt. Damals wurden einige wegen ,,Grippe'' heimgeschickt. Einem hat die Werksärztin Dr. Vogel versucht klar zu machen, daß seine Potenzschwäche altersbedingt sei. Da war er 24 ...

Wieviele haben überhaupt Rente gekriegt?

Nach Lauer von der Berufsgenossenschaft Chemie seien 79 von der BASF gemeldet worden, 17 haben einige Jahre Rente unterschiedlicher Höhe gekriegt. Heute erhalten allenfalls noch vier BASF-Arbeiter eine Rente von den Berufsgenossenschaften. Bei den anderen seien keine Erkrankungen festgestellt worden.

Dieser Herr Lauer hat vor kurzem auch gesagt, daß gegenwärtig noch untersucht werde, ob das Dioxin für die vielen Krebserkrankungen verantwortlich sei. Was wollen denn die da noch untersuchen?

Es wird ja nicht bestritten, daß die Leute vergiftet worden sind. Sie bestreiten aber, daß die Erkrankungen,

Dieser Herr Lauer hat vor kurzem auch gesagt, daß gegenwärtig noch untersucht werde, ob das Dioxin für die vielen Krebserkrankungen verantwortlich sei. Was wollen denn die da noch untersuchen?

Es wird ja nicht bestritten, daß die Leute vergiftet worden sind. Sie bestreiten aber, daß die Erkrankungen,

über die die Leute klagen, auf diese Vergiftungen zurückzuführen sind. In der Regel sagen sie zum Beispiel, der Krebs ist unabhängig davon. Hättest du auch so gekriegt.

Die Schlosser sind von der BASF übernommen worden.

Ja. Nachdem sie von der Krankenkasse ,,ausgesteuert'' worden waren; das heißt, nachdem sie kein Krankengeld mehr gekriegt haben. Einige haben einmalige Entschädigungsbeträge von 300 bis 700 DM gekriegt. Das war zwar damals mehr Geld wie heute, aber dann war Schluß. Vielleicht nochmal 100 DM für Kleider. In dieser Akte hier — das betrifft jetzt die Berufsgenossenschaft, nicht die BASF — da geht's um einen elektrischen Rasierapparat. Die konnten sich ja nicht mehr rasieren wegen der Chlorakne. Vier Leute haben dann einen Rasierapparat gekriegt.

In eurem Buch und auch in dem ,,Stern''-Artikel wird berichtet, daß nicht nur die Arbeiter selber, sondern auch Angehörige erkrankten ...

Ja. Der Goldmann selber hat ja von einem Fall berichtet, wo der Sohn eines Arbeiters Chlorakne gekriegt hat, weil der den Schal des Vaters getragen hat. Die Chlorakne hat er übrigens heute noch.

Der Bub von damals hat heute noch Chlorakne?! Hat er denn irgendeine Entschädigung dafür gekriegt?

Nein.

Wir danken Dir für Deine Unterstützung.

mitmischer

Herausgeber:
Initiative für eine sozialistische Betriebsgruppe in der BASF Ludwigshafen
Kontaktadresse:
Bernd Gremlica
Amtsstr. 6-8, 6700 Ludwigshafen
Spendenkonto:
Gremlica
Postscheckamt Ludwigshafen
Konto-Nr. 2083 36 - 674

Tod ☠ sicher

Jeder stirbt für sich allein



So werden Sie Mitglied

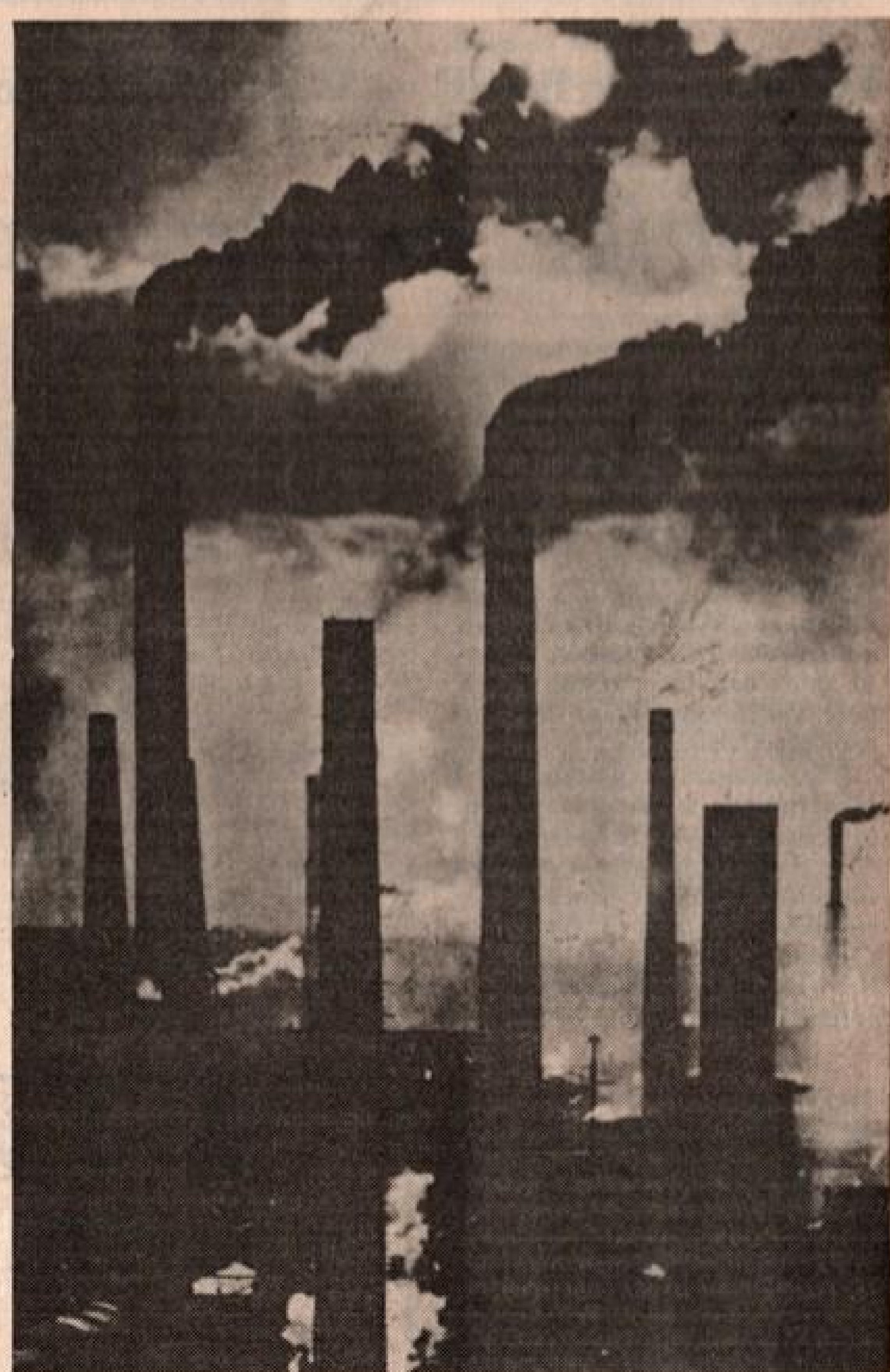
Sterbekasse für Werksangehörige der BASF, Ludwigshafen am Rhein

Die Sterbekasse ist eine betriebliche Zusatzversicherung, in die jede/r Mitarbeiter/in eintreten kann. Es gibt bei Tod des Mitgliedes eine Auszahlung an die Familie, die sich nach dem Eintrittsalter staffelt. Kurz nachdem der Dioxin-Skandal in der Öffentlichkeit neu diskutiert wurde, startete die BASF eine Werbekampagne für die Sterbekasse unter dem Motto: ,,Keiner lebt für sich allein''.

Gewerkschaften und Umweltschutz:

Neue Debatte, alte Probleme

Die Diskussion um den Umweltschutz in der Bundesrepublik hat durch eine Häufung von Skandalen eine neue Belebung erfahren. Kosmetische Umweltpolitik der Bundesregierung und zaghafte Versuche, die Auswirkungen der kapitalistischen Produktionsweise auf die Umwelt, die Arbeitenden und den Reproduktionsbereich einzudämmen, werden zunehmend von einer Welle umwelt- und gesundheitsschädigender, uferloser Folgewirkungen überrollt. Kaum ist die Notwendigkeit, das Waldsterben zu bekämpfen, regierungsamtlich, soll diese Aufgabe von einer Allparteien-Koalition wahrgenommen werden, da spuckt die Kohle- und Kraftwerkindustrie den Regierungskosmetikern in die Suppe: Das Kraftwerk Buschhaus muß zunächst einmal für den Profit laufen, alles weitere folgt später oder gar nicht. Der regierungsoffizielle Umweltschlager Nummer Eins — bleifreies Benzin und Abgas-Katalysator — soll kommen. Tempo und Zeitpunkt der Einführung obliegt allerdings der Automobilindustrie und ihren Profitzielen. Die Dioxin-Produktion von Boehringer und anderen Chemie-Konzernen ist in ihrer Wirkung spätestens seit dem Seveso-Unfall (1976) öffentlich bekannt, das Hamburger Boehringer-Werk wird aber erst 1984 geschlossen. Mittlerweile ist weiter profitabel produziert worden, der ‚Nachwelt' wurde eine kaum kalkulierbare finanzielle und soziale Folgelast hinterlassen. Dioxin aber fällt an anderer Stelle weiter an. Formaldehyd wurde bereits 1980 in Kenntnis seiner Gesundheitsschädigung als ,,krebsverdächtig'' eingestuft, die Produktion des Chemie-Giganten BASF und anderer Konzerne keineswegs eingeschränkt. Neuerliche Erkenntnisse über dieses tödliche Produkt geraten ein weiteres Mal in die Mühle staatlich sanktionierter Vertuschungsbemühungen, weil es BASF und ihre Profite so wollen und es seine Zeit braucht, Spuren zu verwischen und neue profitable Quellen zu erschließen. Wie sowas läuft, hat die Asbestindustrie vorgeführt. Schon lange Jahre unter Druck, Anfang der achziger Jahre in die Schlagzeilen gerückt, als die tödliche und krebserzeugende Wirkung ihrer Produkte und deren Verarbeitung nicht mehr zu leugnen war, stehen die Zukunftszeichen auf optimistisch: 1990 wird es den ersten Bereich der alten Asbestproduktion geben, der von diesem Produkt befreit ist. Weitere sollen folgen. Daß bis dahin weitere, kaum kontrollierbare Gesundheitsschädigungen eingetreten sind, die Beseitigung sozialer und den Müll vernichtender Folgekosten auf die Gesellschaft — sprich die arbeitende und arbeitslose Bevölkerung — abgeschoben wird, ist untrennbarer Bestandteil dieser Produktionsweise.



Ein weites Aufgabenfeld also für Gewerkschaften, die — wenn sie schon nicht die Beseitigung dieses Systems auf ihre Fahnen geschrieben haben — doch zumindest die Vertretung der Interessen ihrer Mitglieder im Bereich der Produktion und Reproduktion.

Betroffen sind sie dabei allemal, am Arbeitsplatz wie auch zu Hause, betroffen sind auch ihre Arbeitsplätze. Letztere waren in der Vergangenheit allemal *das* zentrale Argument, wenn es galt, Arbeitsplätze vor dem Umwelt- und Gesundheitsschutz zu ,,schützen''. Schulterschluß der Gewerkschaften mit dem jeweiligen Kapital war die Folge, drastisch vorgeführt in der großen Anti-AKW-Debatte Ende der siebziger Jahre.

Wie steht es heute darum, wo auch in den Gewerkschaften nicht mehr geleugnet wird, daß Arbeiter und Angestellte gesundheitlich und sozial unter der Umweltverschmutzung leiden? Wo offensichtlicher noch als am Beispiel der Atomkraftwerke auf der Hand liegt, daß es Arbeiter sind (meist Gewerkschaftsmitglieder), die Dioxin, Formaldehyd, Asbest etc. herstellen müssen und die — was nicht mehr zu vertuschen ist — daran erkranken und sterben!? Immerhin: Die IG Chemie hat nicht gegen die Schließung des Hamburger Boehringer-Werks protestiert, sie war eher sprachlos. Die IG Bergbau dagegen hat alle Register gezogen, um mit dem Arbeitsplatzargument das Unternehmensziel, kostengünstige Inbetriebnahme von Buschhaus, zu verfechten; sie stieß damit aber auf den Widerstand einer anderen DGB-Gewerkschaft, der kleinen GGLF (Gartenbau, Landwirtschaft und Forsten), die die Interessen ihrer 40.000 Mitglieder berührt sieht.

Die IG Chemie fordert selbstverständlich einen verbesserten Schutz der Arbeitnehmer am Arbeitsplatz, sie will aber kein Verbot von Formaldehyd. Die Gewerkschaft Holz und Kunststoff, ebenfalls stark hiervon betroffen, hat die Verbotsforderung noch nicht aufgegriffen, jedoch schärfer Position bezogen; während die IG Metall, in deren Bereich auch mit Formaldehyd-Produkten gearbeitet wird, anscheinend auf ein Verbot der Arbeit mit diesem Stoff zusteuert.

Wie zukünftig damit umgegangen werden soll, ist in den Gewerkschaften nicht genau absehbar. Auf jeden Fall dürfte die Linie des DGB-Vorsitzenden Breit, wir lassen uns ,,*die falsche Alternative Arbeitsplätze oder Umweltschutz*'' nicht aufzwingen, angesichts der (von den Gewerkschaften geduldeten) Boehringer-Schließung schwerfallen, denn es gab im Konkreten deshalb nur diese Alternative, weil die Gewerkschaften in der Vergangenheit nahezu bedingungslos Unternehmensinteressen, Arbeitsplätze und Arbeiterinteressen gleichgesetzt haben. Vieles spricht dafür, daß der Fall Boehringer nicht der letzte dieser Art ist. Auch Breits Aussage zum Konflikt IG Bergbau und GGLF, innerhalb des DGB in Sachen Umweltschutz ,,*nicht den Schwarzen Peter herumzuschieben*'' und ,,*sich nicht ausspielen zu lassen*'', dürfte schwer zu realisieren sein, so lange gewerkschaftliche Interessensvertretung identifiziert wird mit den Interessen der jeweiligen Branche.

Buschhaus: IG Bergbau kämpft für Profitinteressen

Am 28. Juni passierte im Bundestag Ungeheuerliches: Alle Parteien beschlossen bei nur wenigen Gegenstimmen, das Kohlekraftwerk Buschhaus bei Helmstedt darf nicht in Betrieb gehen ohne eine Entschwefelungsanlage. Anstoß für diesen Bundestagsappell an die Bundesregierung war eine Initiative der Grünen vom 8. Juni. Zugestimmt hatte diesem interfraktionellen Antrag auch der Vorsitzende der IG Bergbau und Energie (IG BE), Adolf Schmidt, Bundestagsabgeordneter der SPD.

Wer nun glaubte, nur weil der Bundestag nahezu einstimmig so abstimmte, passiert es auch so, der irrte. Gut einen Monat später, am 31. Juli stimmte der Bundestag erneut ab und gab mit 265 Stimmen aus CDU/CSU/FDP, darunter auch drei aus der SPD gegen 195 Stimmen von SPD und Grünen das Signal an die niedersächsische Landesregierung, die Betriebsgenehmigung für Buschhaus zu erteilen. Eine Entschwefelungsanlage soll danach bis zum 30.6.87 fertiggestellt werden, ohne daß dieser Zeitpunkt garantiert ist, weder ist eine solche Anlage im Bau, noch liegt ein Bestellauftrag dafür vor. Damit darf in Helmstedt die ‚größte Dreckschleuder der Nation' weiterhin ungehindert ihre Schwefeldioxid-Emissionen in die Luft jagen, eine Reduzierung ist in ein Langzeitprogramm verpackt. (Derzeit liegt die Inbetriebnahme allerdings auf Eis, da Landesregierung und Betreiber in ihrem Übereifer nicht einmal die formalen Anhörungsvorschriften beachtet haben.)

Hervorragenden Anteil am Zustandekommen dieses offensichtlichen umweltfeindlichen Projekts hat die IG Bergbau, deren Vorsitzender Adolf Schmidt, ,,*erstmalig während meiner Parlamentstätigkeit*'' wie er vor dem Bundestag betonte, gegen seine eigene Fraktion stimmte und die in ihrer Zeitung die Bundestagsabstimmung bejubelte: es sei darum gegangen, ,,*den niedersächsischen Ministerpräsidenten Albrecht bei seinem Schulterschluß mit den Arbeitnehmern nicht allein zu lassen*'' (,,einheit'', 15.8.84).

So ist es geschehen, der Schulterschluß der Gewerkschaft mit dem Kraftwerksbetreiber BKB und dessen Sachwalter in der niedersächsischen Landesregierung. Die Art und Weise, wie diese Gewerkschaft mit dem Argument, mindestens 600 bedrohte Arbeitsplätze retten zu müssen, die Interessen der Kraftwerksindustrie verficht, ohne am Ende auch nur eine Arbeitsplatzgarantie zu erhalten, ist bemerkenswert. Dabei darf diese Gewerkschaft nicht einfach in die allen längst bekannte, unbelehrbare Ecke gestellt werden. Mit 360.000 Mitgliedern ist sie die siebtgrößte DGB-Gewerkschaft und weist einen Organisationsgrad von über 90 % auf. Was hier als Gewerkschaftspolitik praktiziert wird, ist nicht nur offen reaktionär, hier wird das Gewerkschafts-Monopol benutzt, Arbeiter für die Kapitalinteressen gegen jedwede diese Interessen berührende Reform zu mobilisieren und aufzuhetzen.

Druck auf DGB und SPD

Immerhin reichte die Intervention der Gewerkschaft aus, um den DGB auf IGBE-Kurs zu bringen. Während bei der ersten Buschhaus-Abstimmung der DGB-Vorsitzende Breit in einem Brief an die SPD diese nur aufforderte, der Initiative der Grünen nicht zuzustimmen, wurde bei der zweiten Abstimmung Breits Stellvertreter Fehrenbach (CDU) bemüht, offen Position für die Kraftwerksbetreiber zu beziehen. In seinem Schreiben wird das Ziel, Arbeitsplätze zu sichern und die Umweltbelastung zu verringern als ausreichend angesehen und die Parteien namens des DGB-Bundesvorstandes aufgefordert, ,,*die Verabredungen zwischen Bundesregierung, niedersächsischer Landesregierung und Betreiber mitzutragen*'' (zitiert in ,,einheit'', 15.8.84).

Vorausgegangen war dem eine entsprechende reaktionäre Mobilisierung der IG Bergbau. Denn nicht um Profite kontra Umweltschutz geht es, sondern: ,,*Die Kraftwerker und Bergleute spüren in zunehmender Weise, daß sie beim Umweltschutz zu ‚Prügelknaben der Nation' gemacht werden sollen*'' (,,einheit'', 15.7.84). Die schlimmsten Feinde sind dabei die Grünen, wehrhaft verkündet die ,,einheit'', vertreten durch ihren Chefredakteur Horst Niggemeier: ,,*Wer Frieden mit der Natur will, darf den industriellen Arbeitsplätzen nicht den Krieg erklären*'', in dem Falle müßten die Gewerkschaften ,,*auf die Barrikaden steigen*'' (15.8.). Die größte nationale Katastrophe aber: ,,*Eine grüne Minderheit bestimmte den Kurs der großen Parlamentsmehrheit*'' (,,einheit'', 15.7.84). Niggemeier fordert daher die Koalition der ,,*klassischen Parteien*'' gegen den ,,*von der grünen Minderheit propagierten ‚Ausstieg aus der Industriegesellschaft'.*'' Mit der ersten Buschhaus-Entschließung sei eine bedrohliche Entwicklung eingeleitet, ,,*jeder Ausstieg beginnt mit dem ersten Schritt*'' (,,einheit'', 15.8.84). Fehlen darf natürlich nicht die dieser Gewerkschaft eigene Hetze, haben doch von den 7 Grünen Europa-Abgeordneten ,,*drei als Waffenschmuggler bzw. als Sympathisanten von Terroristen vor Gericht gestanden und ein vierter einen General mit Blut bespritzt*'', um dann deutlich in Richtung SPD zu winken: ,,*Keine demokratische Partei wäre zu beglückwünschen, die sich solchen ‚Koalitionspartner' nicht entziehen kann*'' (,,einheit'', 1.7.84).

Unterstützt wird diese Propaganda durch betriebliche Mobilisierung. Am 9. Juli nahmen über 2000 der 3200 BKB-Beschäftigten in Helmstedt an der bisher größten Betriebsversammlung teil und verabschiedeten eine vom IG Bergbau-Betriebsrat vorgelegte Resolution, in der die sofortige Inbetriebnahme und ,,*eine hochwirksame Entschwefelungsanlage zum bautechnisch frühestmöglichen Zeitpunkt*'' gefordert wird (,,einheit'', 1.8.84). Damit wird die Belegschaft voll mit der Kapitalposition in Übereinstimmung gebracht. Gleichzeitig werden die aus der Pro-AKW-Kampagne der Gewerkschaft bekannten Methoden wiederholt. 16 BKB-Betriebsräte, SPD-Mitglieder, bezweifeln in einem Brief an die SPD, ob diese durch ,,*willfährige Übernahme von arbeitnehmerfeindlichen Forderungen einer grünen Minderheit... noch wahrhaftig in ihrer Tradition steht*''; der IG Metall-Betriebsrat der Kraftwerksunion solidarisiert sich mit seinen BKB-Kollegen und ist ,,*mit Euch nicht geneigt, uns von grünen Sektierern unsinnigerweise Arbeitsplätze vernichten zu lassen; von Leuten, welche zum Teil noch nie in abhängiger Arbeit gestanden haben und somit das Wort Arbeitslosigkeit nur vom ‚Hören und Sagen' kennen*''. Und der ÖTV-Gesamtbetriebsrat der Vereinigten Elektrizitätswerke ist es ,,*leid, vor der Öffentlichkeit in die Rolle von ‚Umweltgangstern' gedrängt zu werden*'' (alle Zitate aus ,,einheit'', 15.8.84).

Als gar der SPD-,,Vorwärts'' am 9.8.84 dem Gewerkschaftsvorsitzenden Adolf Schmidt vorwarf, mit seiner ,,*Argumentation kann man auch für die Todesstrafe eintreten, weil man dem Scharfrichter die Freude an der Arbeit nicht nehmen will*'' (A. Schmidt hatte in seiner Bundestagsrede am 31.7.84 wörtlich gesagt: ,,*Die dortigen Kolleginnen und Kollegen* (Anm: bei Buschhaus) *behalten Arbeit die sinnvoll ist, die erfüllt und am Ende auch glücklich macht, obwohl sie sehr schwer ist*''), tobte Niggemeier in einer Presseerklärung: ,,*Dieser Vergleich ist absurd, hirnrissig und in ungewöhnlicher Weise unpolitisch*'' und sofort gab es entsprechende Solidaritätserklärungen. Der ,,Vorwärts'' habe sich ,,*an einem führenden sozialdemokratischen Gewerkschafter... vergriffen*'', Bergbaubetriebsräte sehen ,,*unter Deiner Führung*'' die Umweltschutzprobleme ,,*auf einen guten Weg gebracht*'' (alle Zitate aus ,,einheit, 1.9.84) und der BKB-Betriebsratsvorsitzende Banse dankt dem ,,*lieben Adolf Schmidt*'' für seinen ,,*unermüdlichen persönlichen Einsatz*'', denn jetzt könnten die ,,*Beschäftigten, ihre Familien, das Unternehmen aber auch das ganze Helmstedter Revier... wieder vertrauensvoll in die Zukunft sehen*'' (,,einheit'', 15.8.84).

Als deutliche Warnung an die SPD hatte Betriebsratsvorsitzender Banse in einem Appell an den Bundestag es ,,*sehr begrüßt, daß die christlich-liberale Bundesregierung*'' sich so ernsthaft für die Inbetriebnahme des Kraftwerks engagiert hatte.

Adolf Schmidt und die IG Bergbau sind Befürworter einer großen Koalition, in der Buschhaus-Auseinandersetzung haben sie aber auch sehr deutlich zu erkennen gegeben, als Gewerkschaft notfalls auf eigene Faust mit CDU/CSU und FDP zu kooperieren.

Kapitalistische Propaganda in der Gewerkschaftspresse

Die Politik der IG Bergbau hat Adolf Schmidt in einer jüngst gehaltenen Grundsatzrede (abgedruckt in ,,einheit'', 1.7.84) verblüffend einfach auf den Punkt gebracht: ,,*Die Formel dieses Verbandes: Was technisch möglich ist, muß gemacht werden, wenn es wirtschaftlich vertretbar ist, und das wirtschaftlich Vertretbare sind unsere Arbeitsplätze.*'' Daß dazu auch der Arbeitsplatzabbau in den sechziger Jahren im Bergbau gehört, wird mit der Einsicht in hohe Profite und die Wettbewerbsfähigkeit der Wirtschaft begründet: ,,*Wir mußten eine Strategie entwickeln, die der Kohle einen Platz gab, eine nationale Strategie, bei der sie geschützt wurde und die dennoch die Vorteile der übrigen Primärenergie verfügbar machte.*'' Damit wurde dann die Ölpolitik akzeptiert, ,,*die wir in unserem Dienst auch an unseren Mitgliedern, aber auch mit dem Blick auf das große Ganze nicht um unser Land herumleiten durften. Wir hätten uns sonst in fürchterlicher Weise teuer und wettbewerbsunfähig gemacht*'', genauso wurde die Kernenergiepolitik der großen Konzerne unterstützt. Auch im Falle Buschhaus werden treu alle Argumente der Betreiber übernommen, notfalls wird dabei in fast komischer Weise dem Raubbau an der Umwelt zugunsten der Profite sogar ein Verdienst angedichtet: ,,*Wir wissen ja, daß aus den Schloten unserer Kraftwerke keine Wohltätigkeiten herauskommen. Aber gäbe es keinen Bergbau in Europa und der Welt, dann gäbe es keine Wälder, denn dann wären die Wälder längst als Energie verbraucht wie in anderen Regionen.*''

Fortsetzung nächste Seite

Dieses gewerkschaftliche Credo — gäbe es keinen Ausbeuter, der seinen Profit auf unsere Kosten macht, dann müßten wir verhungern (oder ihn erfinden) — widerspiegelt die Buschhaus-Politik der IG Bergbau vollständig. Seit Monaten erscheint jede Ausgabe der Gewerkschaftszeitung „einheit" mit mehreren Beiträgen, die die Interessen der Energieunternehmen und Kraftwerksbetreiber gegen den Umweltschutz hochhalten. So wird unermüdlich propagiert, daß die Unternehmen finanzielle Höchstleistungen im Umweltschutz erbringen („einheit" vom 1.7., 15.7., 1.8., 15.8.), Jubelberichte über die Umweltpolitik von VEBA, VEW, BASF und STEAG werden ausführlich abgedruckt, der Vorstandsvorsitzende der STEAG erhält am 1.8. Gelegenheit nachzuweisen, daß diese Maßnahmen getroffen werden, obwohl es 30 verschiedene Theorien zum Waldsterben gibt und die Ursachen nicht bekannt sind. Niggemeier plappert dies 14 Tage später nach. Der STEAG-Vorsitzende weiß, daß wichtiger als der Umweltschutz bei Kraftwerken der Kraftverkehr ist. Niggemeier plappert nach und die „einheit" kämpft am 1. und 15.8. in verschiedenen Artikeln für saubere Autos (die fallen nämlich in den Bereich der IG Metall), denn die *„machen viel Dreck"* und die Entscheidung über den Abgas-Katalysator *„muß bald fallen. Jede Verzögerung schadet dem Ziel, die Umwelt durch saubere Autos zu entlasten"* (1.8.84). Der Vorsitzende weiß, daß 50 % der Luftbelastungen *„aus dem Ausland zu uns kommen"*. Die Gewerkschaft plappert nach und dokumentiert gleichzeitig, daß der meiste Dreck aus dem Osten kommt: Die Zahlen seien *„erschreckend"*, *„was die DDR — ...an Dreck in die Luft bläst, ist schon weltmeisterlich"*, denn unter *„Umweltschutzexperten ist unstrittig"*: Gemessen am DDR-Dreck sind die hiesigen Verhältnisse *„Ausdruck eines vergleichsweise guten Umweltschutz-Standards in unseren Kraftwerken"* (1.8.84).

Schließlich müssen *„erfahrene und sachverständige Praktiker"*, *„Kinderärzte, die zweifellos eine unbestreitbare medizinische Kompetenz haben"* sowie sogar ein Professor vom Bundesgesundheitsamt herhalten, um „nachzuweisen", daß es zwischen Luftverschmutzung und saurem Regen und der sich häufenden Kindererkrankung „Pseudokrupp" keinen Zusammenhang gibt (1.8. und 1.9.84).

9 — einheit-aktuell

Zusammenhang mit Luftverschmutzung bei Erkrankungen nicht nachweisbar

Kinderärzte zeigen sich erstaunt; Kein Anlaß zu panischer Beunruhigung

einheit-Dokumentation

Kohle-Verstromung: Seit Jahren Anstrengungen für verbesserten Umweltschutz

Die Kraftwerke werden weiter sauber

2 Milliarden für Umwelt

Bochum, 1. September 1984

Über 85 Prozent weniger Belastung

Was wäre unser Land ohne Kohle

Aus den Revieren

BASF Ludwigshafen nimmt Rauchgasentschwefelungsanlagen in Betrieb

95 % weniger Schwefelemission

GRÜNE wollen die Kohle zurückdrängen

Buschhaus kann in Betrieb gehen
Parlament folgte DGB-Empfehlung

In unermüdlichem Einsatz für die Interessen der Kohle- und Energiekapitalisten: Überschriften aus der IG Bergbau-Zeitung „einheit" vom Juli und August 1984.

Zaghafter Widerstand im DGB

Immerhin: Dieser offene gelbe Gewerkschaftskurs, wie er in dieser Form nicht einmal bei den ‚christlichen' Gewerkschaften zu finden ist, konnte sich in den DGB-Stellungnahmen durchsetzen. Zwar hat die kleine GGLF protestiert und eine Debatte im DGB-Bundesvorstand angekündigt (sie wurde, obwohl dort Mitglied, im Fall Buschhaus nicht befragt). Voll Bitterkeit schreibt der stellvertretende Gewerkschaftsvorsitzende Hauk: *„.... da verteidigt Albrecht die Arbeitsplätze zusammen mit dem Kollegen Adolf Schmidt, dem man in diesem Fall zugestehen muß, daß ihm das Hemd eben auch näher sitzt; die SPD stimmt natürlich dagegen und ist zum Schluß klammheimlich froh, daß die anderen die Mehrheit haben und ihr so die eigentliche Entscheidung Umweltschutz oder Arbeitsplätze erspart bleibt"* und *„ein sehr saurer Nachgeschmack bleibt trotzdem zurück, nicht zuletzt deswegen, weil in dem ganzen Pokerspiel die Arbeitnehmer als Trümpfe herhalten mußten und zu befürchten steht, daß dabei mit gezinkten Karten gespielt wurde"* („Der Säemann", 9/84). Zwar hat auch die IGM über ihr Vorstandsmitglied Karl-Heinz Janzen protestiert: *„In den Betrieben werden keine Kosten gescheut, um auch mit Unterstützung der Bundesregierung moderne Techniken einzuführen, die Arbeitsplätze vernichten und Gesundheitsbelastungen erhöhen. Wenn neue Techniken wie im Falle der Rauchgasentschwefelung der Gesundheit des Menschen und der Umwelt nützen, wird aus Kostengründen auf deren Einführung verzichtet"* („Der Gewerkschafter", 8/84).

Dennoch ist kaum zu erwarten, daß es einen erkennbaren Wandel in der Umweltpolitik des DGB geben wird (wenngleich parallel zur gesteigerten Problematik sich die kritischen Stimmen verstärken werden). Eher scheint die IG Chemie ein Bewältigungs„modell" gefunden zu haben, das für einige Zeit in den Gewerkschaften Schule machen könnte.



Auf den Schornstein des Kraftwerkes Buschhaus (Bild) kletterten nach der Bundestagsentscheidung zwei Umweltschützer, um zu protestieren. Aus Sicherheitsgründen mußte das Kraftwerk bereits mit Stacheldrahtrollen eingezäunt werden. Schon hat Jo Leinen (SPD) vom Bundesverband der Umweltschützer angedroht, Buschhaus zum zentralen Demonstrationsziel der Zukunft zu machen. Daß Gewerkschafter nur noch unter Polizeischutz und hinter Stacheldraht ihrer Arbeit nachgehen können, muß alle Verantwortlichen nachdenklich machen.

Aus: „einheit", 15.8.84

Widersprüche en detail, aber alle sind für mehr Gesundheitsschutz

Für die IG Chemie stellt sich die umweltpolitische Debatte wesentlich komplizierter dar, als für die Bergbau-Gewerkschaft. Nicht nur, daß Chemie-Produktion und -Produkte bleibende Umweltschäden hinterlassen, es steigen auch die Folgeschäden bei den Produzenten, der Gewerkschafts-Klientel, an. In der Augustausgabe der IG Chemie-Zeitung „Gewerkschaftspost" (gp) wird berichtet, daß laut offizieller Aufstellung der Chemie-Berufsgenossenschaft heute 213 Fälle von Arbeitern registriert sind, die mit TCDD in Berührung gekommen sind. 153 davon bei BASF (die meisten davon infolge

Aufstellung der Chemie-Berufsgenossenschaft heute 213 Fälle von Arbeitern registriert sind, die mit TCDD in Berührung gekommen sind. 153 davon bei BASF (die meisten davon infolge

des Unfalls in Ludwigshafen 1953) und 60 bei Boehringer in Ingelheim und Hamburg. In 104 Fällen wurden bleibende oder vorübergehende Schäden gemeldet, 54 mal anerkannte die Berufsgenossenschaft Entschädigungszahlungen und verminderte Erwerbsfähigkeit von 20 bis 100 %. 43 der Betroffenen sind mittlerweile gestorben, bei einem Drittel davon ist Krebs die offizielle Todesursache gewesen. Allerdings in nur drei Fällen wurde der Tod als Folge einer TCDD-verursachten Berufskrankheit anerkannt. Hier ist die Forderung der Gewerkschaft, alle Fälle noch einmal zu untersuchen. Ansonsten schweigt die IG Chemie vornehm zur Dioxin-Produktion, die Boehringer-Werksschließung in Hamburg wurde nachträglich als Folge des Versagens des Boehringer-Konzerns kritisiert (gp 7/84). Widerstand gegen die Schließung seitens der Gewerkschaft gab es nicht. Allerdings wird die Forderung nach verbessertem Gesundheitsschutz am Arbeitsplatz auch mit der Mahnung verbunden: *„Wir müssen uns aber auch wehren gegen Leute, für die Dioxin nur ein Vorwand ist, um der chemischen Industrie den Garaus zu machen"* (gp 8/84).

Hierin liegt aber die eigentliche Problematik für die Chemie-Gewerkschaft, die sich daher wohlweislich auch hütet, die Debatte als ernsthafte Umweltschutzdebatte zu führen; denn dann bliebe es nicht nur bei einer Werksschließung wegen Dioxin, sondern weitere müßten folgen. Ähnlich ist der Stand bei der Behandlung von Formaldehyd. Bei der BASF sind 2000 Arbeitsplätze unmittelbar mit der Produktion von Formaldehyd beschäftigt, jährlich werden etwa 500.000 Tonnen produziert. Offiziell ist die Gefährlichkeit dieses Stoffes schon seit langem bekannt, seit 1980 ist er als „krebsverdächtiger" Arbeitsstoff eingestuft, seit Oktober 1983 steht eine weitere Eskalation dieser Einstufung als „krebserzeugend" an. Entsprechende Gutachten liegen in den zuständigen Ministerien, beim Bundesgesundheitsamt, dem Umweltbundesamt sowie der Bundesanstalt für Arbeits- und Unfallforschung vor. Allerdings hält das Bundesgesundheitsamt unter der Führung von Minister Geißler diese Studie zurück und blockiert weitergehende Maßnahmen bislang erfolgreich. Die BASF ist also schon lange vorgewarnt, macht aber weiterhin Druck mit dem Hinweis auf die *„ungeheuren wirtschaftlichen Schäden"* eines Verbots und dem versuchten Nachweis, daß Tierversuche, die Krebs durch Formaldehyd belegten, nicht auf Menschen übertragbar seien, Formaldehyd daher „ungefährlich" sei. Das Bundesgesundheitsamt stützt diese Behauptung mit gleichzeitigen Formaldehyd-Versuchen an Menschen.

Die erneut heraufziehende Arbeitsplatzgefahr im Falle eines Verbots hat die IG Chemie veranlaßt, verbesserten Gesundheitsschutz zu fordern, ein Verbot von Formaldehyd aber abzulehnen. Gewerkschaftsvorsitzender Hermann Rappe (SPD-Bundestagsabgeordneter): *„Industriefeindliche 'Fundamentallösungen' mit Stillegungen von Werken, selbst wenn ihre Produktion volkswirtschaftlich erforderlich sei, seien der falsche Weg"* (nach FAZ, 1.9.84). *„Die jeweils beste technische Lösung müsse auch unter Beachtung der Arbeitsplatzsicherheit erreichbar werden ... das richtige Ziel (könne) in fast allen Fällen nur in Stufen erreicht werden"* (nach FAZ, 3.9.84).

Andere Gewerkschaften waren da schärfer. In der Holzindustrie, wo insbesondere in der Spanplattenherstellung und der weiterverarbeitenden Möbelindustrie sowie im Handwerk mit Formaldehyd gearbeitet wird, wehrt sich die dortige Industrie vehement gegen ein Verbot. Der Geschäftsführer der Holzindustriellen: *„Wenn wir alles verbieten würden, was Formaldehyd enthält, müssen wir auch die Menschen abschaffen"*, da — so der Witzbold — es als im Verbrennungsprozeß entstehenden Gas in geringen Mengen auch im menschlichen Körper vorkommt. Die GHK hat dagegen die Bundesregierung aufgefordert, *„sich nicht durch eine interessengelenkte Politik des BASF-Konzerns als größtem Formaldehydhersteller beeinflussen zu lassen ... Sollte sich der Krebsverdacht und die gesundheitsschädliche Wirkung durch Formaldehyd verstärken, wird sie* (Anm.: die Gewerkschaft) *der Gesundheit der Arbeitnehmer den Vorrang vor wirtschaftlich-technischen Nachteilen bei der Herstellung und Verarbeitung von Spanplatten geben. Es geht der GHK darum, vom Formaldehyd wegzukommen"* (Holzarbeiter-Zeitung 9/94). Verbunden wurde diese Stellungnahme mit dem Hinweis, daß sich Spanplatten ohne Formaldehyd herstellen ließen. Genau das aber ist für die Chemie-Gewerkschaft keine Alternative, da ein solcher Ersatz keine Arbeitsplätze in der Chemie schafft.

sich Spanplatten ohne Formaldehyd herstellen ließen. Genau das aber ist für die Chemie-Gewerkschaft keine Alternative, da ein solcher Ersatz keine Arbeitsplätze in der Chemie schafft.

Noch schärfer fällt eine Stellungnahme der IG Metall aus (Metall-Presse-Dienst, 3.9.84). Sie kritisiert das Bundesgesundheitsamt: *„Menschenversuche durchzuführen — und damit an die verbrecherische Forschungspraxis der Nazis anzuknüpfen — könne niemand in Erwägung ziehen."* Die IGM widerspricht der Behauptung, Formaldehyd sei für den Menschen unschädlich und verweist auf einen Fall, in dem die Berufsgenossenschaft Metall 1984 eine tödliche Berufskrankheit als Folge der Arbeit mit Formaldehyd anerkannt hat (in diesem Fall Arbeit mit formaldehydhaltigem Kühl-Schmiermittel). *„Bedenkt man, daß in der berufsgenossenschaftlichen Praxis nur solche Erkrankungen zur Anerkennung gelangen, wo letzte Zweifel ausgeschlossen sind, dann ist die Eingruppierung des Stoffes Formaldehyd als krebserzeugender Stoff nicht mehr aufzuschieben."*

Auch der stellvertretende DGB-Vorsitzende Muhr kritisiert die Menschenversuche als Maßnahme mit dem *„Ziel, der Industrie ein Alibi zu liefern und die Ungefährlichkeit von Formaldehyd zu behaupten"* (FR, 11.9.84). Er erhebt für den DGB die Forderung nach *„Einrichtung eines bundesweiten Krebsregisters"* und drastische Verstärkung der *„Erforschung von Krebsfaktoren in der Arbeitswelt"* (FR, 3.9.84).

Hier wird es keinen Widerspruch in der IG Chemie geben. Zwar ist sie in ihren Forderungen weniger radikal, als die IGM und GHK (immerhin geht es hauptsächlich um Chemie-Arbeitsplätze), gleichzeitig versucht sie sich gerade auf dem Gebiet des Gesundheitsschutzes zu profilieren.

IG Chemie: Nicht Formaldehyd, nicht Dioxin, aber Asbest

Auf dem in der ersten Septemberwoche stattgefundenen Gewerkschaftstag der IG Chemie spielten die Themen Formaldehyd und Dioxin nur eine untergeordnete Rolle. Im Mittelpunkt des auch von dieser Gewerkschaft reklamierten Ziels einer besseren Umwelt stand die Behandlung des Stoffes Asbest. Stolz wird der von Rappe propagierte Stufenplan am Beispiel Asbest vorgeführt: Soll doch im Falle Asbest dessen stufenweise Beseitigung dank der gewerkschaftlichen Bemühungen voranschreiten. Beispielhaft hervorgehoben wird dabei ein Abkommen der Faserzementindustrie mit dem Bundesinnenministerium, sämtliche Hochbauprodukte bis spätestens Ende 1990 asbestfrei herzustellen. Dies sei *„ein Erfolg der aktiven Umwelt- und Gesundheitsschutzpolitik der IG Chemie-Papier-Keramik. Insbesondere der unermüdliche Einsatz und das Drängen der Betriebsräte nach verbessertem Gesundheitsschutz und gesundheitsgerechten und sicheren Arbeitsplätzen sei eine wichtige Basis für das Zustande-*

Fortsetzung nächste Seite

ten und sicheren Arbeitsplätzen sei eine wichtige Basis für das Zustande-

Fortsetzung nächste Seite



Asbest-Produkte der Eternit AG.

Fortsetzung von vorheriger Seite

kommen des Innovationsabkommens gewesen'', betont die ,,Gewerkschaftspost'' in ihrer Augustausgabe.

Gerade hier wird ein Beispiel schlechten Umweltschutzes bemüht, der über langfristige Verschiebung des Problems allerdings ermöglichte, daß die betroffene Asbestindustrie, insbesondere die Eternit AG, sich rechtzeitig und ohne nennenswerten Druck auf neue Produktion umstellen kann, ohne wirschaftliche Nachteile befürchten zu müssen. Ein Modell, das sicher auch der BASF zupaß kommt. ,,Vergessen'' wird dabei allerdings, daß dieser Prozeß erhebliche soziale und gesellschaftliche Folgekosten und -probleme bringt, von denen das Kapital entlastet wird. Schon Ende der siebziger Jahre war die Gefährlichkeit von Asbest Gegenstand öffentlicher Diskussion und noch unter der sozialliberalen Koalition wurde die Einstufung des Stoffes als ,,krebserzeugend'' vorbereitet, aber auch hinausgezögert. Ein Produktionsverbot wurde nicht erlassen. Gesundheitliche Folgeschäden der Arbeit mit und an Asbest sind erst mit zum Teil 25jähriger Verzögerung sichtbar. Die Eternit AG und die Betriebsräte engagierten sich an hervorragender Stelle, unmittelbar gravierende Maßnahmen mit Rücksicht auf die Arbeitsplätze zu verhindern. Das jetzt bejubelte Langzeit-Innovationsabkommen ist angesichts vorliegender Erkenntnisse über Asbest-Gefährlichkeit fast schon ein schlechter Witz; zumal, was auch die IG Chemie verschämt anmerkt, durch Verzögerung verhindert wurde, daß *,,der Abschied vom Asbest und den damit verbundenen Gesundheitsgefahren schon viel früher (hätte) erfolgen können''* (gp, 8/84)

Schließlich ist neben diesem Abkommen nicht behindert, daß es darüberhinaus 3000 weitere Asbeststoffe gibt, die hiervon unberührt bleiben und wo bislang nichts weiter als Absichterklärungen vorliegen, auch hierfür Ersatzstoffe zu erforschen bzw. einzuführen.

Vom Gesundheitsschutz zum Umweltschutz

Die bisherigen unterschiedlichen Diskussionen in den DGB-Gewerkschaften lassen nicht erkennen, daß hier eine Weiterentwicklung bisher ablehnender Positionen zu erwarten ist. Gesteigerte Bereitschaft, auch in den Gewerkschaften über Umweltschutz im Interesse der Beschäftigten zu diskutieren, ist immer noch in erster Linie Reflex auf sich häufende, gesteigerte Umweltprobleme und größere öffentliche Sensibilität. Ein Ausbrechen aus der Situation, daß Gewerkschaften nur auf aus dem Produktionsprozeß resultierende Fragen reagieren und dann, wenn es meist zu spät ist, vor der Alternative Arbeitsplätze oder Umweltschutz stehen, ist nur denkbar, wenn:

— Abschied genommen wird von der bisherigen Ideologie, daß was dem Unternehmen nützt, auch dem Arbeitsplatzbesitzer guttut. So lange dies gilt, muß jede Umweltschutzmaßnahme, die auch dem weitsichtigen Gewerkschafter heute als gesamtgesellschaftlich nützlich und notwendig einsichtig ist (mittlerweile soll es ja auch Kapitalisten geben, die so denken), betriebswirtschaftlich als arbeitsplatzgefährdender Kostenfaktor erscheinen.

— Gewerkschaftspolitisch Umweltpolitik nicht nur auf (notwendigen) Gesundheits- und Arbeitsschutz beschränkt wird, sondern als Aufgabe im Interesse auch der Gewerkschaftsmitglieder offensiv aufgegriffen wird. In Wahrheit sind gerade die Gewerkschaften, die am lautesten nach Schutz der Arbeitsplätze schreien, deshalb Arbeitsplatzgefährder, weil sie es versäumen, den Raubbau an der Umwelt in ihre Politik aufzunehmen. Eine wichtige Ausnahme macht dabei in letzter Zeit die Gewerkschaftszeitung der IG Metall, die wiederholt ausführlich und kritisch über Umweltverschmutzung und ihre Verursacher aufklärte. In der neuesten Ausgabe schreibt Stefan Esser: *,,Hätte man Boehringer in Hamburg rechtzeitig durch noch schärferen Druck aus der Öffentlichkeit dazu bringen zu können, statt mit Dioxin den Boden der Stadt Hamburg zu vergiften und dem Umweltschutz Sorge zu tragen — das Werk hätte nicht schließen müssen, 224 Arbeiter hätten ihren Arbeitsplatz behalten können''* (Metall, 7.9.84). Der Autor mag dies nicht

giften und dem Umweltschutz Sorge zu tragen — das Werk hätte nicht schließen müssen, 224 Arbeiter hätten ihren Arbeitsplatz behalten können'' (Metall, 7.9.84). Der Autor mag dies nicht

beabsichtigt haben, aber diese Aussage ist auch eine vernichtende Kritik am Versagen der IG Chemie. Denn alle Erfahrung zeigt, daß insbesondere bei den größten Umweltverschmutzern weder auf freiwillige Einsicht zu setzen ist, noch entsprechendes staatliches Handeln erwartet werden kann; es sein denn 'man' macht Druck. Und 'man' sind zumeist Bürgerinitiativen, Umweltschützer und Grüne, machmal auch gewerkschaftliche Initiativgruppen — nie aber in der Vergangenheit Gewerkschaften gewesen (die eine ganze Menge Druckmöglichkeiten hätten), die häufig vorneweg beim Bremsen solchen Drucks gestanden haben.

Es ist — mit Ausnahmen — kaum zu erwarten, daß von den Gewerkschaften eine grundlegend neue Umweltpolitik gemacht werden wird. Aber auch der vorstehend beschriebene Auffangkurs der IG Chemie wird kaum geeignet sein, das atemberaubende Tempo der Umweltzerstörung beeinflussen zu können, so daß weitere Dioxin-, Formaldehyd-, Buschhaus- und andere Fälle die Gewerkschaften vor neue Probleme stellen werden. Für linke Gewerkschaftspolitik und -gruppen stellt sich hier die dringende Notwendigkeit, eine andersgeartete Umweltpolitik zu entwickeln und den — zugegebenermaßen geringen — Spielraum zu nutzen, in den Gewerkschaften Druck für einen antikapitalistischen Umweltschutz zu machen.

Ganz utopisch sind die Vorstellungen derjenigen, die aus der aktuellen Umweltschutzdebatte in den Gewerkschaften den Schluß ziehen, man müsse mehr über ein ganz anderes System von Wirtschaft und Gesellschaft diskutieren. Sie treffen damit nicht die derzeitige Gewerkschaftsdiskussion, sie treffen aber das entscheidende Problem; hierüber muß realistischerweise diskutiert werden, will man nicht nur an den Folgen herumflicken dürfen und in unlösbaren Problemen untergehen: Profitwirtschaft, Arbeitsplatzerhalt, Arbeits-, Gesundheits- und Umweltschutz miteinander versöhnen zu müssen.

Kommission Betrieb & Gewerkschaft

DGB-Bundesvorstand interveniert

Sehr geehrter Herr Dr. Wernitz, der Innenausschuß des Deutschen Bundestages wird sich am Freitag dieser Woche, dem 27. Juli 1984, mit der Inbetriebnahme des Kraftwerks Buschhaus im Helmstedter Braunkohlenrevier beschäftigen.

Ihren Beratungen wird dabei die Entschließung des Deutschen Bundestages vom 29.6.1984 zugrunde liegen sowie die Verabredung zwi-

Ihren Beratungen wird dabei die Entschließung des Deutschen Bundestages vom 29.6.1984 zugrunde liegen sowie die Verabredung zwi-

schen der Bundesregierung, der Niedersächsischen Landesregierung und dem Betreiber des Kraftwerkes, die sicherstellen sollen, daß die Ziele der Entschließung des Bundestages erreicht werden.

Dem Bundestag kam es darauf an, gleichzeitig die Belastung der Umwelt zu vermindern und die Beschäftigung der Arbeitnehmer im Helmstedter Braunkohlenbergbau zu sichern. Wir sind sicher, daß durch die Verabredungen zwischen den Beteiligten dafür die notwendigen Voraussetzungen geschaffen worden sind.

Die jetzt gefundene Lösung der sofortigen Reduzierung der Gesamtausstoßmenge wird dazu führen, daß zum einen unmittelbar bei Inbetriebnahme des Kraftwerkes Buschhaus der Schwefeldioxidausstoß im gesamten Helmstedter Revier entscheidend verringert wird und die Voraussetzungen für eine weitere wesentliche Reduzierung in der kürzest möglichen Frist geschaffen werden.

Zum anderen kann durch die Inbetriebnahme des Kraftwerks Buschhaus mit Kohle geringeren Schwefelgehaltes auf sinnvolle Weise das zweite wesentliche Anliegen des Bundestages, die Sicherung der Arbeitsplätze, im ohnedies strukturschachen Helmstedter Revier erfüllt werden.

Wir bitten Sie daher eindringlich, in ihren Beratungen zu berücksichtigen, daß nur auf diesem Wege schon jetzt eine Entlastung der Umwelt und die Sicherstellung der Arbeitsplätze im Helmstedter Revier erreicht werden kann. Im Ergebnis Ihrer Beratungen sollten sie daher die Verabredungen zwischen Bundesregierung, Niedersächsischer Landesregierung und Betreiber mittragen.

Mit freundlichen Grüßen
Gustav Fehrenbach
stellv. Vorsitzender des DGB
(aus: „einheit", 15.8.84)

Abrüstung der Friedensbewegung

Teil III

Bilanz der Wende

Mit der Deeskalations-Strategie gegenüber der Friedensbewegung ist es der CDU/CSU/FDP-Regierung (Hand in Hand mit der SPD-Opposition) gelungen, die ,,Sicherheitspolitik'' der herrschenden Kräfte der BRD gegen eine Mehrheit der Bevölkerung in der Sache durchzusetzen und dabei die Proteste gleichzeitig zu befrieden — zumindest soweit dies im Moment absehbar ist (siehe dazu AK 246 und AK 247). Damit ist ihr ein entscheidender Schritt zur Konsolidierung des angeknacksten politischen Konsens in der BRD gelungen, jedenfalls in einer so wichtigen Frage wie der von Krieg und Frieden und Aufrechterhaltung der ,,Inneren Sicherheit''. Ist aber damit die von der CDU/CSU angekündigte ,,Wende'' insgesamt gekennzeichnet? Ist es ihr auch in anderen Punkten gelungen, die in ihrem ,,Programm der Erneuerung'' angekündigte Krisenkonsolidierung zu erreichen? Genauer: Krisenmanagement im Interesse des Kapitals zu betreiben und zugleich den sozialpolitischen Konsens des ,,Modell Deutschland'', d.h. der staatserhaltenden Kooperation von Kapital-DGB-Regierung, zu erhalten oder gar zu restaurieren? Die Analyse der ,,Sicherheitspolitik'' bisheriger Regierungen zeigt, daß eine derartige Befriedungspolitik wie die gegenüber der Friedensbewegung letztlich nur auf der Grundlage der (zumindest scheinbaren) Erhaltung des gesamten Systems der ,,sozialen Sicherung'' erfolgreich betrieben werden kann. Die CDU/CSU/FDP-Regierung wird sich — von Freund wie Feind — daran messen lassen müssen, ob und wie weit sie ihre Konsolidierungs-, Stabilisierungs-, Erneuerungs- und Restaurationsankündigung einhält oder zumindest den Anschein zu erwecken versteht. Daran wird sich letztlich wohl auch entscheiden, ob der aktuell gegenüber der Friedensbewegung eingeschlagene Befriedungskurs auch für andere Konflikte und auch für die Zukunft gilt oder ob und unter welchen Umständen dann doch jene von vielen befürchtete schärfere Gangart eingeschlagen werden wird.

Im folgenden soll daher der Versuch gemacht werden, über das Konfliktfeld ,,Friedenspolitik'' hinaus zu untersuchen, was es mit der ,,Wende'' bisher auf sich hat. Gelingt der CDU/CSU/FDP die angekündigte Konsolidierung, wie sie selbst in ihren eigenen Bilanzen behauptet, oder nicht? Sind Brüche erkennbar?

Teil I dieses Artikels analysierte unter der Überschrift „Abrüstung der Friedensbewegung" die erfolgreiche Deeskalationsstrategie des Staates gegen die Friedensbewegung bis zum sog. heißen Herbst 1983.

Teil II brachte den Nachweis, daß die im Herbst vom Staat gefahrene Konflikteindämmungs-Linie keineswegs eine Erfindung der CDU/CSU/FDP-Regierung ist, sondern die aktuelle Variante der Präventionsstrategien, mit der das westdeutsche Kapital einer Radikalisierung von Massenprotesten vorbeugen will. Siehe dazu AK 246 und AK 247, sowie die Broschüre „Vertrauen schaffen", die außer dem Artikel aus AK 246 weitere Beiträge zum thema von den Gruppen: Atomexpress, Atommüllzeitung, Straßenmedizin und (als Gastbeitrag) der Roten Robe enthält. Außerdem finden sich dort die einschlägigen Polizeidokumente zur staatlichen Strategie gegen die Friedensbewegung — wie überhaupt gegen aktuelle Massenbewegungen.

In Sachen ,,Friedenspolitik'' und ,,innere Sicherheit'' war die ,,Wende'' keineswegs eine Erfindung der jetzigen Regierung, sondern die konsequente Fortsetzung des von der SPD/FDP-Regierung bereits vorgezeichneten Kurses. (In Teil I und II dieses Artikels habe ich mich bemüht, das nachzuweisen.) Auch in der Sozialpolitik und den übrigen Teilen des liberal-konservativen Programms von 1982/83 war die Ankündigung einer ,,Wende'' gegenüber der ,,sozialistischen Mißwirtschaft'', der ,,sozialistischen Experimente'', des ,,über die Verhältnisse Lebens'', der ,,hemmungslosen Vergeudung der Staatsfinanzen'' während der 15 Jahre SPD-Regierung im wesentlichen eine demagogische Formel, mit der man Wählerstimmen gewinnen konnte.

Ohne hier ins Detail gehen zu wollen (1) sei doch erst einmal festgestellt, daß die Ehre der Erfindung einer ,,Wende'' der SPD gebührt, die ca. seit 1975 in größerem Maße begann, auch auf sozialpolitischem Sektor ihre relative Reformpolitik aus den Anfängen ihrer Regierungszeit (,,Chancengleichheit'', ,,Bildung für alle'' u.a.m.) umzukehren und in stärkerem Maße durch Lohnabbau und ,,Schnitte ins soziale Netz'' abzulösen.

Spätestens seit Anfang 1975 ist die sog. Stabilitätspolitik offizielles Programm der SPD/FDP-Bundesregierung. Erstes offenes Kennzeichen dieses Umschwungs war das ,,Programm stabilitätsgerechter Aufschwung'' vom Dezember 74 gewesen, in dem nach der Krise 74 mit einer ,,Investitionsprämie'' von 7,5 % die Konjunktur angekurbelt werden sollte. Es geschah aber, was geschen mußte: Die 8-10 Milliarden begünstigten nicht die Schaffung neuer, sondern die Wegrationalisierung vorhandener Arbeitsplätze und waren insofern einfach eine Finanzspritze für die Konzerne. Im September 1975 folgte das Programm ,,Maßnahmen zur Verbesserung der Haushaltsstruktur'', das erstmals reale soziale Verschlechterungen mit sich brachte.

Weitere Schritte in die gleiche Richtung ging die SPD/FDP-Regierung 77/78 mit dem 20. und 21. ,,Rentenanpassungsgesetz'', mit dem erstmals die bis dahin als epochale Errungenschaft gepriesene bruttolohnbezogene Dynamisierung aufgehoben und für zwei, später drei Jahre ein willkürlicher Steigerungssatz (4 %) festgelegt wurde. Außerdem wurde der Zeitpunkt der Anpassung um ein halbes Jahr hinausgeschoben, d.h. die Renten real gekürzt.

Ebenfalls 1977 wurde das ,,Krankenversicherungs-Kostendämpfungsgesetz'' erlassen, das neben einer Reihe anderer Maßnahmen eine zusätzliche Beteiligung der Patienten an den Kosten für Arznei, Verbands- und Heilmittel einführte.

Trotz der in ihrer Gesamtheit und für einzelne Gruppen erheblichen Aus-

MEIN SOHN, ES IST AN

für einzelne Gruppen erheblichen Aus-

wirkungen kann man jedoch bis zum Ende der 70er Jahre noch nicht davon sprechen, daß zentrale Bestandteile des Systems der sozialen Sicherung angegriffen worden wären. In einzelnen Bereichen gab es sogar noch Verbesserungen (Mutterschutz, Erhöhung des Kindergeldes). Insgesamt kann die sozialpolitische Linie in dieser Periode als der Versuch gewertet werden, mit einer Vielzahl einzelner Beschneidungen, Leistungskürzungen und zusätzlicher Belastungen das ,,soziale Netz'' (d.h. das System von Arbeitslosen-, Krankenkassen- und Rentenversicherungen) zwar insgesamt intakt zu halten, die Weichen für weitergehende Verschlechterungen aber zu stellen.

Nach der Wahl 1981, in der Strauß als Kanzlerkandidat einer angekündigten rabiaten Krisenbewältigung (noch einmal) abgeschlagen werden konnte, nutzte die SPD die Angst großer Teile der Bevölkerung vor dem größeren Übel Strauß zur Durchsetzung des kleineren Übels eines neuerlichen einschneidenden Maßnahmebündels.

nutzte die SPD die Angst großer Teile der Bevölkerung vor dem größeren Übel Strauß zur Durchsetzung des kleineren Übels eines neuerlichen einschneidenden Maßnahmebündels.

Gleichzeitig wurden bezeichnenderweise die Mittel für das Verteidigungsministerium um 1,5 Milliarden auf 39,5 Milliarden erhöht.

Mit rechtfertigendem Hinweis auf den — ach so unerträglichen — Druck von der CDU/CSU schritt die SPD dann zur ,,Operation 82'', einem Bündel von ca. 150 Maßnahmen, das es mit seiner Komplexität und seinen vielseitigen Wechselwirkungen schwer macht, sich überhaupt ein realistisches Bild von den dadurch verursachten Verschlechterungen zu machen. Beispielhaft seien hier nur genannt:

— Verschlechterungen bei den Leistungen der Bundesanstalt für Arbeit,
— Kürzungen im Bereich des Öffentlichen Dienstes,
— Sparmaßnahmen im Bereich des Gesundheitswesens,
— Kürzungen des Kindergeldes, des Wohngeldes, der studentischen Krankenversicherung, bei den Kriegsopferrenten, den Beihilfen zur Knappschaftsversicherung, zur Altenversicherung der Landwirte u.a.m.

Wenig später folgten schon wieder weitere Maßnahmen zur ,,Haushaltskonsolidierung'', auf deren Darstellung ich hier verzichte.

Im Winter 81/82 stieg die Arbeitslosigkeit auf zwei Millionen. Die Bundesregierung beschloß das sog. Beschäftigungsprogramm: Kernpunkt — eine Investitionszulage von 10 % für drei Jahre 1983 — 85, Kosten vier Milliarden. Weiterhin Zinssubventionen für mittlere Unternehmen und Gemeinden. Bestandteil des ,,Beschäftigungsprogramms'' waren auch Lockerungen des Mietrechts, um den Wohnungsbau zu ,,beleben''. Die Finanzierung des Programms war durch Vorziehen der Krankenversicherungsbeiträge für Rentner und eine Erhöhung der Mehrwertsteuer beabsichtigt. Im übrigen zielte das Programm mit seinen erheblichen Leistungsreduzierungen (von der Verschlechterung der Bezugsbedingungen des Arbeitslosengeldes bis zur Verschärfung der Zumutbarkeitskrite-







Fortsetzung nächste Seite



Die Riege bei Regierungsantritt ...

Fortsetzung von vorheriger Seite

rien) auf eine „Amerikanisierung" des Arbeitsmarktes, d.h. die Erhöhung der Mobilität der arbeitslosen Reservearmee zur Verfügung des Kapitals. Bei der CDU/FDP-Regierung wurde das mit dem Begriff „Flexibilisierung des Arbeitsmarktes" zum Programm erhoben.

Ich will es damit bewenden lassen. Festzuhalten bleibt: Erstens: Die „Wende" begann bereits 1976 unter der SPD/FDP-Regierung, wurde 81/82 von ihr noch einmal erheblich verschärft. Zweitens: Die SPD bemühte sich, solange wie möglich Angriffe auf Kernbestände der sozialen Sicherung und damit auch auf Kernschichten der arbeitenden Bevölkerung zu vermeiden und stattdessen Maßnahmen durchzuführen, die die realen Verschlechterungen sozusagen marginalisierten und so geeignet waren, den Widerstand der Gewerkschaften oder sonstigen sozialen Körperschaften zu unterlaufen. Es kam ihr darauf an, das „Modell Deutschland" tragende Sozialpartnerschafts-Dreieck: Kapital-Regierung-DGB nach Möglichkeit nicht zu sprengen, bzw. wenn möglich sogar für eine Verteidigung der von den Sozialabbaumaßnahmen nicht Betroffenen gegen die davon Betroffenen zu gewinnen — Spaltung in Arbeitslose und Arbeitssuchende, in relativ sozial Gesicherte und sozial diskriminierte Randgruppen usw.

Der Wechsel von der SPD/FDP-Politik auf die der CDU/CSU/FDP im Bereich der Sozialpolitik erfolgte an dem Punkt, als die SPD im Tiefpunkt der Krise 82/83 zu größeren Angriffen auf den Kernbestand der sozialen Sicherung (Krankenversicherung, Arbeitslosenversicherung, Rentenversicherung) überging, während gleichzeitig die Arbeitslosigkeit stieg und die (noch) Beschäftigten zunehmenden Reallohnabbau hinnehmen mußten. Die dadurch an der gewerkschaftlichen Basis entstehende Unruhe drohte das „Verantwortungsbewußtsein" des
tig die Arbeitslosigkeit stieg und die (noch) Beschäftigten zunehmenden Reallohnabbau hinnehmen mußten. Die dadurch an der gewerkschaftlichen Basis entstehende Unruhe drohte das „Verantwortungsbewußtsein" des
DGB „für das Ganze" in Frage zu stellen. Die „Wende" der CDU/CSU war darauf gerichtet, bei Fortsetzung der eingeschlagenen Politik die entstehende Unruhe aufzufangen. Zu prüfen bleibt, ob s e i t d e m in den entscheidenden Punkten qualitative Zuspitzungen stattgefunden haben bezüglich

a) der Angriffe auf den Kernbestand der „sozialen Sicherung",
b) der Zielgruppe dieser Angriffe, (d.h. wird inzwischen von Angriffen gegen soziale Randbereiche, Marginalisierte oder Minderheiten bereits auf die Kernschichten der arbeitenden Bevölkerung übergegangen?),
c) der Funktion des Kern-Systems der Sozialpartnerschaft, nämlich dem Stabilisierungsdreieck Kapital-Regierung-DGB.

„Wende"punkte

Die FDP/CDU/CSU-Koalition debütierte bei ihrem Antritt im Oktober 82 mit einem sog. Dringlichkeitsprogramm, das als „historischer Neuanfang" eine neue Ära des „Aufbruchs" und der wirtschaftlichen Stabilität einleiten sollte. Die neue Regierung sei notwendig geworden, verkündete die frischgebackene Koalition, „*weil die alte Regierung sich als unfähig erwies, gemeinsam das soziale Netz zu sichern und die zerrütteten Staatsfinanzen wieder in Ordnung zu bringen.*" Mit dem „*Dringlichkeitsprogramm*" wolle man die „*Weichen zur Erneuerung*" stellen. Wählerorientiert formuliert lautete das: „*Weg von mehr Staat, hin zu mehr Markt; weg von kollektiven Lasten, hin zur persönlichen Leistung, weg von verkrusteten Strukturen, hin zu mehr Beweglichkeit, Eigeninitiative und verstärkter Wettbewerbsfähigkeit ... Dafür müssen wir den Bürgern Opfer zumuten; dafür brauchen wir ihre Bereitschaft zur Solidarität. Diese Solidarität verlangt eine Atempause in der Sozialpolitik.*"

Ein umfängliches Paket von Wirtschaftsförderungsmaßnahmen einerseits und Sparmaßnahmen im sozialen Bereich andererseits folgte diesem Bekenntnis (2). Im Kern war es eine Kampfansage an den von der SPD trotz allem ideologisch aufrechterhaltenen Sozialstaats-Konsens, die die rechten und konservativen Kräfte des Landes eine als „neo-liberalistische" Konfrontationslinie à la Thatcher oder Reagan erhofften, die anderen wie die Gewerkschaften und organisierte wie unorganisierte Linke fürchteten ließ. Die wahlentscheidende Mehrheit der Bevölkerung setzte offensichtlich auf das Konsolidierungsversprechen einschließlich der angekündigten „Opfer". Immerhin bestätigten bei der im Mai 83 folgenden Wahl 46 % Stimmen für die CDU/CSU und 6 % Stimmen für die FDP die Bereitschaft der Wähler und Wählerinnen, es die Herren Kohl und Genscher mit dieser Art „Neuanfang nach 15 Jahren sozialistischer Mißwirtschaft" erst mal versuchen zu lassen.

Das nach der Wahl verkündete Regierungsprogramm lag ganz auf dieser Linie (3). Unter dem trompetenhaften Motto „Programm der Erneuerung: Freiheit, Mitmenschlichkeit, Verantwortung," wurden nach einem Abfeiern des angeblich auf der Grundlage des „Dringlichkeitsprogramms" seit der Regierungsübernahme im Oktober 82 bereits begonnenen Auschwungs als zukünftige Schwerpunkte angekündigt:

„— *Abbau der Arbeitslosigkeit,*
— *Wiedergewinnung eines angemessenen Wachstums,*
— *weitere Sanierung der öffentlichen Finanzen,*
— *Sicherung der Renten.*"

Die dazu angekündigten Einzelmaßnahmen lagen — nicht anders als schon in den SPD-Programmen zuvor — auf
— *weitere Sanierung der öffentlichen Finanzen,*
— *Sicherung der Renten.*"
Die dazu angekündigten Einzelmaßnahmen lagen — nicht anders als schon in den SPD-Programmen zuvor — auf
der Linie: Stärkung der Investitionsbereitschaft der Unternehmen durch Erleichterung von Kapitalbildung mit allen Mitteln der staatlichen Steuer-, Zins- und Arbeitsmarktpolitik einerseits, der „Zurückhaltung" in der Tarif- und Sozialpolitik, insbesondere der Förderung der „Flexibilisierung des Arbeitslebens" durch Schaffung von mehr Teilzeitarbeitsplätzen, Job-sharing u.ä. andererseits. In diesem Zusammenhang scheute Kohl sich nicht, an die „gesamtgesellschaftliche Verantwortung" der Gewerkschaften zu appellieren, wie auch die angekündigte „Sanierung der öffentlichen Finanzen" unmißverständlich unter das Primat der Kapitalbildung und -sanierung gestellt wurde: „*Die Sanierung der öffentlichen Finanzen wird Einschränkungen mit sich bringen. Sie sind unausweichlich, wenn wir die Wirtschaft ankurbeln, Arbeitsplätze schaffen und die soziale Sicherheit gewährleisten wollen, ohne kommende Generationen unzumutbar zu belasten.*" Angekündigt wurde in diesem Zusammenhang u.a. die Einschränkung des Bundeshaushalts um sechs bis sieben Milliarden, die Einschränkung der Neuverschuldung des Bundes, dafür andererseits — mindestens — ein bis anderthalb Milliarden zusätzlich zur Förderung der „Wirtschaftsbelebung", Umgestaltungen des Steuersystems generell, um die „Wettbewerbsfähigkeit der Wirtschaft anzuregen" u.a.m. Hinter diesen Maßnahmen verbarg sich ein gigantisches Umverteilungsprogramm auf Kosten der arbeitenden Bevölkerung und zugunsten des Kapitals.

An diesem Eindruck konnte auch Kohls Versprechen: „*Die Rentner können sich auf uns verlassen*" nicht viel rütteln, ebensowenig wie die von ihm gegebene „persönliche Garantie", daß alle ausbildungsplatzsuchenden Jugendlichen einen Ausbildungsplatz bzw. Arbeit bekommen würden, wenn auch durch solche Versprechen die Konturen des Programms für manche/n etwas verwischt worden sein mögen.

Entsprechende Papiere der Herren Lambsdorf, Stoltenberg, Albrecht, Blüm u.a. flankieren dieses wirtschaftliche Rahmenprogramm vor und nach seiner Verkündung mit reichlich propagandistischem Getöse. Insbesondere die „Thesen" des ja auch in anderen Fragen durchaus als reaktionärer Vorreiter seiner Partei bekannten Ernst Albrecht, ließen die Republik auf beiden Seiten aufhorchen (4). Albrecht verkündete provokativ zur Begründung der Ursache der Krise, die „Entlohnung" des investierten Kapitals sei zu gering, die der Arbeit zu hoch. Der „Faktor Arbeit", sowie „unser soziales System" sei teuer und unwirtschaftlich usw. und forderte radikale Erleichterungen für die Unternehmer (Senkung der Unternehmenssteuer um 20 %, um nur ein Beispiel zu nennen), sowie andererseits scharfe Schnitte ins soziale Netz, „reale Senkung der Arbeitskosten", radikale Eingrenzung der „Fehlzeiten" an den Arbeitsplätzen usw. usf.

Vor diesem Hintergrund hob sich das real verkündete Konsolidierungsprogramm der Regierung vom Mai 83 schon nahezu — der vorher zwischen SPD und CDU üblichen Arbeitsteilung entsprechend — als geringe — respektables und akzeptables Übel ab.

Über das Schwerpunktprogramm zur Konsolidierung der Wirtschaft hinaus blieben die übrigen Punkte des Programms eher schwach. Die wichtigsten seien aber, sofern sie als Prüfsteine für die sog. Gesellschaftspolitik von Bedeutung sind, kurz benannt:

Familien- und Sozialpolitik: Entlang des Grundtenors „*weniger Staat, mehr private Initiative*" verkündete Kohl die Dauerbrenner jahrelanger christlich-konservativer Agitation nun als Programm: „*Das Fundament für eine Ge-*
Familien- und Sozialpolitik: Entlang des Grundtenors „*weniger Staat, mehr private Initiative*" verkündete Kohl die Dauerbrenner jahrelanger christlich-konservativer Agitation nun als Programm: „*Das Fundament für eine Ge-*
sellschaft der Mitmenschlichkeit ist die Familie. Hier lernen die Menschen Verhaltensweisen, die unsere Gesellschaft prägen: Liebe und Vertrauen, Toleranz und Rücksichtnahme, Opferbereitschaft und Mitverantwortung ... Wir müssen wieder ein kinderfreundliches Land werden." Z.T. im offenen Widerspruch zu der erklärten Absicht, die Staatsfinanzen zu entlasten, z.T. in dreister Offenheit wurden die beabsichtigten Angriffe auf die Sozialleistungen des Staates, insbesondere die Situation der Frauen, als Fortschritt in Aussicht gestellt:

— die „Förderung der Gleichberechtigung von Mann und Frau" durch neue arbeitsrechtliche Bestimmungen, durch Begünstigung von Arbeitsplatzteilung und Teilzeitarbeit — bei gleichzeitiger Höherbewertung von Hausarbeit;
— die „Förderung der Familie" durch finanzielle Erleichterungen (Familienlastenausgleich, Kindergeld, Steuererleichterungen) und durch Änderungen des Familienrechts. Hier folgten als Konkretisierung in einem Atemzug dann: Erleichterung des Adoptionsrechts, erweiterte Beratung von schwangeren Frauen und unter dem Motto „mehr Schutz für das ungeborene Leben" (im Programm fett ausgedruckt!), die Überprüfung der Finanzierung von Notlagenindikationen bei Schwangerschaftsabbrüchen durch Steuergelder und Krankenkassenbeiträge.
— die Förderung von Selbsthilfe und Selbstverwaltung, insbesondere auch zugunsten der Familie, die „Eindämmung der Kostenexplosion" im Krankenhauswesen, die „aktive Solidarität" für Drogen-, Alkohol- und Medikamentabhängige und für Behinderte. Man wird sich genau ansehen müssen, was da seitdem passiert ist.

Weiteres:
Aus Rücksicht auf Leserinnen, Leser (und mich selbst als Verfasser) sei an weitere Absichtserklärungen des Programms nur noch kursorisch erinnert:
— so die erklärte Absicht, die **Bildungspolitik** am internationalen Höchststand technisch-wissenschaftlicher Leistung, d.h. den Notwendigkeiten der Konkurrenz auf dem Weltmarkt auszurichten, in diesem Sinne Förderung einer technisch-wissenschaftlichen Elite in der jungen Generation (statt „gleichmacherischer" Breitenbildung, wie angeblich unter der SPD), insbesondere hochbegabter junger Wissenschaftler, Veränderung des Hochschulrahmengesetzes in diesem Sinne;
— so die Erklärung, das „**Ausländerproblem**" in der laufenden Regierungsperiode lösen zu wollen. Hier ist bei der Bilanzierung auf die „Erfüllung" folgender Zielsetzungen zu achten:
„— *die Integration der seit langem bei uns lebenden ausländischen Arbeitnehmer und ihrer Familien,*
— *die Begrenzung des weiteren Zuzugs und*
— *die Förderung der Rückkehrbereitschaft*"
— die Einsetzung einer Kommission zur Vorlage eines neuen Ausländergesetzes. Ausgangspunkt der CDU/CSU-Überlegungen war: 4,6 Millionen Ausländer seien zu viel und müßten während der Regierungsperiode mindestens um die Hälfte reduziert werden.
— Bezüglich der Ankündigungen zur inneren und äußeren „**Sicherheitspolitik**" sei an Teil I und II dieses Artikels erinnert: Durchsetzung der „NATO-Nachrüstung" bei Aufrechterhaltung des „inneren Friedens" so weit möglich, das Bekenntnis zur Treue gegenüber der „Allianz als Friedensfaktor" nach außen und zur „FdGO" nach innen. Soweit an dieser Stelle nichts neues. Zu erwähnen, weil zu prüfen, ist allerdings darüberhinaus noch:

Im Rahmen der Innenpolitik:
— unter dem Stichwort „Entbürokra-
nach außen und zur „FdGO" nach innen. Soweit an dieser Stelle nichts neues. Zu erwähnen, weil zu prüfen, ist allerdings darüberhinaus noch:
Im Rahmen der Innenpolitik:
— unter dem Stichwort „Entbürokra-
tisierung" die beabsichtigte Durchführung einer allg. „gerichtlichen Verfahrensvereinfachung" — insbesondere übrigens zur „Beseitigung von Überreglementierungen bei der Genehmigung von Großanlagen",
— die Novellierung des Datenschutzgesetzes und Begleitaktivitäten,
— die Novellierung des Demonstrationsrechts,
— die „Weiterentwicklung" des Kontaktsperregesetzes.
— Nicht erwähnt in der gesamten Regierungserklärung ist — soll man sagen: bezeichnenderweise? — wie man gegen die Verherrlichung des historischen und neue Formen des Nazismus vorzugehen gedenkt!

Im Rahmen der Außenpolitik:
— dem Bekenntnis zur „Allianz als Friedensfaktor" folgte mit Blick auf die „Dritte Welt" jenes zum „Frieden durch Gerechtigkeit in der Welt" auf dem Fuße.
— Last not least, wenn auch sehr moderat, verkündete Kohl seine Absicht, „die Nation (zu) bewahren": „*Die geschichtliche Erfahrung zeigt: Der gegenwärtige Zustand ist nicht unabänderlich. Realpolitik: ja, Resignation: nein!*" Auch dies, zwar nicht gerade sehr konkret, aber doch ein Programmpunkt, auf dessen „Erfüllung zu achten ist.

Was daraus wurde

Der „Operation 82" der SPD ließ die neue Koalition die „Operation 83" und die „Operation 84" folgen, in der die „Haushaltssanierungen" bereits bis 1987 fortgeschrieben sind.

Die Regierung selbst rühmt sich in ihren neuesten Bilanzen (5): „*Im Vordergrund unserer Konsolidierungsmaßnahmen, die von weiten Teilen der Bevölkerung akzeptiert wurden, standen einschneidende Sparmaßnahmen. Dadurch konnte die Nettokreditaufnahme im Haushaltsentwurf 1983 um 40,9 Mrd. DM zurückgeführt werden. Ein äußerst sparsamer Haushaltsvollzug und die sich infolge der neuen Politik einstellende Wiederbelebung der Wirtschaft führte neben ersten Entspannungen auf dem Arbeitsmarkt zu weiteren Reduzierungen der Nettokreditaufnahme im Jahre 1983 auf insgesamt 31,5 Mrd. DM. Mit diesen Maßnahmen wurde das Fundament für einen Aufschwung gelegt, den selbst Optimisten nicht so schnell vorauszusagen gewagt hatten. Die deutsche Wirtschaft ist seit nunmehr 1 1/2 Jahren auf Wachstumskurs. Die gesamtwirtschaftliche Leistung liegt heute um 3,6 % über dem Niveau von Anfang 1983. Eine deutlich gefestigte Investitionsneigung ist festzustellen. Die Auslandsnachfrage hat sich kräftig belebt. Wir können heute feststellen, daß große Teile des Stabilitätsgesetzes wieder erreicht sind oder zumindest in greifbare Nähe rücken.*"

Auch die Inflationsrate sei gesunken, generell auf 3 %, in den ersten Monaten des Jahres 84 sogar auf nur 1,5 %. Und für den Fall, daß es dann doch nicht so gut kommen sollte, ist der Schuldige schon gefunden: „*Die Arbeitslosigkeit wird im Jahresdurchschnitt bei rd. 8 % aller Erwerbspersonen liegen. Voraussetzung für diese Annahmen, die der Jahreswirtschaftsbericht wiedergibt, war, daß es bei den Tarifverhandlungen zu keinen den Wirtschaftsablauf beeinträchtigenden gravierenden Auseinandersetzungen käme. Die im Zuge des Streiks in den vergangenen Wochen entstandenen volkswirtschaftlichen Verluste bedeuten eine zunehmende Belastung der bisher wiedererreichten Stabilisierung. In diesem Zusammenhang verdeutlichen die trotz des Streiks stabil gebliebenen Eckwert-Prognosen und Steuerschätzungen, wie stark die Wachstums- und Auftriebtendenzen letztlich sind.*"

Selbstverständlich wurden, dieser Bilanz folgend, auch die Renten gesichert, wurden durch „persönlichen Einsatz" von Helmut Kohl Arbeits- und Ausbildungsplätze für Jugendliche geschaffen, wurden die Frauen gleichberechtigter und der Umweltschutz gefördert ... Wer würde von dieser Regierung auch eine andere Bilanz erwarten.

Stichwort: Wachstum
Aber leider, — oder wie immer mensch es betrachten will — hat sie tatsächlich eine gewisse Grundlage für diese Bilanz. Am deutlichsten formuliert es die „Arbeitsgruppe alternative Wirtschaftspolitik" in ihrem „Memorandum 84" (6): „*Während sich die Arbeitnehmer im letzten Jahr mit einem 3,5 prozentigen Brottolohnzuwachs bescheiden mußten, erhöhten sich die Bruttoeinkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen (ohne staatliche Zinseinnahmen bzw. Zinszahlungen) um 11,4 % ... Die Entwicklung seit 1979 zeigt, daß die neuerlich noch verstärkte Gewinnexpansion nicht als*
bescheiden mußten, erhöhten sich die Bruttoeinkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen (ohne staatliche Zinseinnahmen bzw. Zinszahlungen) um 11,4 % ... Die Entwicklung seit 1979 zeigt, daß die neuerlich noch verstärkte Gewinnexpansion nicht als
Ausgleich für vorherige Krisenverluste zu rechtfertigen ist. Die relativ geringen Einkommenseinbußen je Selbständigen im Jahre 1980 sind bereits 1982 bei weitem überkompensiert worden. Insgesamt findet der Rückgang des Anteils der Masseneinkommen am Sozialprodukt also in einer Ausweitung des Anteils der Kapitaleinkommen von 30 % (1979) auf 32 % (1983) seine Entsprechung. Die Wirtschaftskrise wurde so zu einer erheblichen Umverteilung zugunsten der Kapitaleinkommen genutzt."

Ungeachtet der Tatsache, daß sich manch Wirtschaftsboß und manch konservativer Wirtschaftskommentator z.B. der „FAZ" noch ganz andere Ergebnisse gewünscht hätte und der Regierung „zögerliche" und „unentschlossene" Wirtschaftspolitik auch öffentlich vorhielt, bleibt doch festzuhalten: Nach anderthalb Jahren „Koalition der Mitte" wittern die Unternehmer wieder Morgenluft, steigen die Investitionen und die Gewinne, ist die Inflationsrate vorläufig zurückgedrängt. Das gibt der gegenwärtigen Regierungs-Koalition den Vertretern des Kapitals gegenüber einen gewissen Spielraum, wobei zur Zeit undiskutiert bleibt, ob dieser gegenwärtige Aufschwung in erster Linie ein Produkt der „Konsolidierungsmaßnahmen" der Regierung oder der ohnehin schon zum Zeitpunkt des Regierungswechsels im Oktober 82 wieder abflachenden Krisenentwicklung ist, die zu diesem Zeitpunkt schon ihren Höhepunkt überschritten hatte. Diese Frage wird sich für Kapital- und Regierungspolitik spätestens mit Beginn des nächsten Krisenzyklus wieder stellen.

Fortsetzung nächste Seite

Fortsetzung von vorheriger Seite

Somit kann die Koalition einen der im Wirtschaftsteil des „Konsolidierungsprogramms" genannten vier Schwerpunkte, die „Wiedergewinnung eines angemessenen Wachstums" vorläufig als positive Bilanz für sich abbuchen.

Der DGB kommentiert (7): „*Noch weitaus mehr als die sogenannten Operationen 82 und 83 verdienen die Beschlüsse der Bundesregierung zum Bundeshaushalt 1984 das Prädikat: unsozial und beschäftigungspolitisch verfehlt.*" Damit sind wir auf der anderen Seite der Bilanz der vier genannten wirtschaftlichen Schwerpunkte. Hören wir einige Eckdaten:

Stichwort: Arbeitslosigkeit
Trotz realen Wachstums des Sozialprodukts um 1,3 % stieg die Zahl der offiziell registrierten Arbeitslosen gegenüber 1,8 Millionen 1982 auf 2,2 Millionen 1983. Auf diesem Level pendelt sie auch heute. Das ist der höchste Stand in der Geschichte der BRD. Hinzu kommt eine wachsende Zahl der „stillen Reserve" nicht-registrierter Arbeitsloser, insgesamt heute 900.000. Das ergab zusammen für 1983 3,1 Millionen faktisch Arbeitslose — und dies, obwohl Ende 83 ca. 70.000 Ausländer weniger für den Arbeitsmarkt zur Verfügung standen. Aber nicht nur in der Zahl, auch in der Struktur des Arbeitslosenbestandes wird eine Verschärfung, keineswegs eine Entspannung der Lage sichtbar:
— so in zunehmender Dauer- und Mehrfacharbeitslosigkeit. Die durchschnittliche Dauer der Arbeitslosigkeit stieg z.B. von ca. drei Monaten 1982 auf ca. sieben Monate 1983;
— so in steigender Frauenarbeitslosigkeit (wobei noch ein Großteil der vom Arbeitsplatz verdrängten Frauen in die „stille Reserve" abfällt);
— so in wachsender Jugendarbeitslosigkeit. 1983 waren 197.000 Jugendliche ohne Ausbildungsstätte. Das war die schlechteste Ausbildungssituation seit 1976. Nach der Berufsbildungsbilanz des DGB werden 1984 — ein gleiches Ausbildungsangebot wie 1983 unterstellt — fast eine Viertelmillion Jugendlicher ohne Ausbildungsplatz bleiben.

Die Spritzen für das Kapital haben offenbar zu neuen Investitionen, aber keineswegs zur Schaffung von mehr Arbeitsplätzen, sondern im Gegenteil zu Rationalisierungen und weiteren Entlassungen geführt. Auch das Ausbildungsplatzversprechen des Kanzlers dürfte sich in Luft aufgelöst haben.

Stichwort: „Sanierung der Staatsfinanzen" und „Sicherung der Renten"
Hier sind die Folgen der „Wende"-Politik bisher am deutlichsten sichtbar und für die arbeitende Bevölkerung spürbar — obwohl gleich hinzugefügt werden muß: Hier ist auch die Kontinuität von der SPD- zur CDU-geführten Sozialpolitik am deutlichsten. Die Mehrzahl der im Rahmen der „Operation 83" und „Operation 84" durchgeführten Sparmaßnahmen wurden bereits unter der SPD beschlossen oder eingeleitet (siehe vorne). Sie werden von der jetzigen Regierung lediglich konsequenter und vor allem in ideologischer Hinsicht schamloser umgesetzt, weil sie nicht dieselbe Rücksicht wie die SPD auf ihre Wähler-Basis zu nehmen braucht und insofern etwas mehr Handlungsspielraum hat. Allerdings beginnen die Maßnahmen in ihrer Summe inzwischen zu tatsächlichen Demontagen des Sozialstaats zu führen. Ich kann an dieser Stelle unmöglich die — sehr lesenswerten — Einzelheiten der Memorandum-Analyse ausbreiten und beschränke mich deshalb darauf, ihre zusammenfassende Bilanzierung wiederzugeben.

„*Welche Dimensionen die politischen Eingriffe in den Sozialstaat mittlerweile erreicht haben, läßt sich alleine daran festmachen, daß zwischen Ende 1981 und Ende 1983 über 250 steuer- und sozialpolitische Rechtsänderungen mit massiven finanziellen Auswirkungen durch den Bundesgesetzgeber verabschiedet wurde. Dieses Maßnahmebündel besteht aus einer Mischung von*
— direkten Belastungen für breite Bevölkerungsschichten,
— steuerentlastenden Maßnahmen zugunsten von Unternehmen und Besserverdienenden,
— finanziellen Umschichtangen zwischen steuerfinanzierten öffentlichen Etats und beitragsfinanzierten Sozialversicherungshaushalten.
Lawinenartig vergrößert sich die gekürzte Finanzmasse von Jahr zu Jahr, weil immer neue Sparbeschlüsse hinzutreten. Dabei umfaßt das Spektrum der Leistungskürzungen einen weiten Fächer von Einzelmaßnahmen: Nicht mehr einzelne Gruppen sind betroffen, sondern in fast allen Lebenslagen — als Arbeitnehmer, Konsument oder Empfänger von Sozialleistungen — werden der Bevölkerung finanzielle Opfer aufgebürdet. Einzelne Haushalte werden gleich mehrmals von unterschiedlichen Regelungen betroffen, die jeweils für sich die Realeinkommen merklich absenken, sodaß sich ein kumulativer Effekt ergibt."

Gesondert erwähnt sei hier nur, daß die Renten zwar nominell 1983 noch um einige Prozent wuchsen, daß sich diese Erhöhung durch Verschiebung der Aktualisierung der Rentenanpassung an die Einkommenszuwächse sowie durch die Einführung der sukzessive erweiterten Selbstbeteiligung der Rentner an ihrer Krankenkassenversicherung aber als Scheinblüte erwies. Netto werden die Renten von 1983 bis 1985 nicht einmal der Höhe der Inflationsrate angepaßt sein.

Zur Illustration mögen drei Beispiele aus der „Memorandum"-Analyse genügen, wie die durchschnittliche monatliche Belastung für ausgewählte Haushaltstypen durch die „Operation 82" bis 84 anstieg:
— für einen Arbeiterhaushalt mit ca. DM 2.600,- Monatseinkommen stieg die monatliche Belastung von DM 25,- 1982 auf DM 340,- 1983, d.h. von ca. 1 % auf ca. 14 %;
— für einen Rentnerhaushalt mit ca. DM 1.000,- Einkommen 1982 und zu erwartenden DM 1.150,- 1985 stieg die Einbuße von DM 33,50 1982 auf DM 102,- 1983, d.h. von 3,4 % auf 9,7 % und wird bis 1985 auf DM 174,- = 15,1 % ansteigen;
— für ein Ehepaar über 65 in der Sozialhilfe mit einem gemeinsamen Einkommen von ca. DM 730,- 1982 und DM 745,- 1984 wuchs die Einbuße von DM 78,- 1982 auf DM 112,- 1984, d.h. von 9,7 % auf 13,1 %.

Diese Zahlen vermitteln in ihren Durchschnittswerten selbstverständlich nur ein ungefähres Bild der allgemeinen Belastungen im statistischen Sinne. In der Realität ist eine derartige gleichartige Belastung für alle Haushalte natürlich nicht gegeben. In der Realität ergibt sich vielmehr im Rahmen des allgemein absinkenden Standards der sozialen Versorgung eine zunehmende Spaltung in (noch) Arbeitende und (Dauer-)Arbeitslose. Die letzteren geraten in dem Maße in zunehmende Abhängigkeit von staatlicher Sozialfürsorge, in dem sie auch aus den Leistungen der Arbeitslosenversicherung herausfallen — ein Prozeß, der durch die Kürzung der Arbeitslosen-Versicherungsleistungen der Bundesanstalt für Arbeit gerade in letzter Zeit noch erheblich verschärft wurde. Auf diese Weise wächst tendenziell, durch die gegenwärtige Entwicklung massiv gefördert, eine deklassierte, von staatlichen Sozialleistungen abhängige, mobile Reservearmee zur Verfügung des Kapitals heran, die ihrerseits wiederum auf das Lohnniveau der (noch) Beschäftigten drückt usw. Dies liegt einerseits durchaus im Interesse des Kapitals, andererseits ist hier der Keim zu sozialen Spannungen und ggf. Explosionen angelegt, die die klügeren Vertreter des Kapitals nach Möglichkeit und solange es geht vermeiden möchten.

38,5-Stunden-Einigung

Vor diesem Hintergrund ist auch die trotz aller bisherigen spürbar negativen Auswirkungen für die Bevölkerung durchaus „zögerliche" Konsolidierungs-Politik" und ihre Duldung durch die Kapitalverbände zu verstehen. Man will die Krise zur Durchsetzung günstigerer Kapitalverwertungsbedingungen in der BRD nutzen, d.h. niedrigere Löhne, höhere Gewinne, Flexibilisierung des Arbeitsmarkts nach amerikanischem Vorbild, Durchlöcherung der Tarifautonomie der Gewerkschaften u.a.m. Man will die „Soziallasten" auf die arbeitende Bevölkerung noch weiter abwälzen, d.h. weitere Finanzspritzen für die Industrie, weitere Kürzungen für die Bevölkerung, Privatisierung der sozialen Risiken usw. Aber man will im Moment ganz offensichtlich (noch) nicht die ganz offene Konfrontation, sondern schiebt sie in die Zukunft hinaus — wenn die nächste Krise anrollt, wenn die Maßnahmen, die jetzt erst eingeleitet worden sind, ihre Langzeitwirkung für die Haushalte 87/88 und folgende entfaltet haben werden. Man zögert, dieses doch im Sinn des sozialen und damit Produktionsfriedens seit seiner Einführung durch Bismarck vor hundert Jahren so brauchbare Sozialstaatsgespinst zu zerreißen, das nach 1945 mit soviel Mühe als „Modell Deutschland" wiederaufgebaut wurde. Trotz Propagierung der sozialpolitischen „Wende" hält man sich vor offenen Angriffen auf die Säulen dieses Systems zurück, auch wenn faktisch ihre Basis unterwühlt wird (bei Leistungskürzungen der BfA, Rentenversicherungen, Krankenkassen) — aber es erfolgt eben in einer Vielzahl kleiner Schritte, die man mühevoll auch noch als nützlich für die Bevölkerung hinzustellen versucht, statt in die klare Konfrontation zu gehen.

Insbesondere zögert man auch — ungeachtet des propagandistischen Feuers — das sozialstaatstragende Dreieck Kapital-Regierung-DGB anzugreifen oder gar zu sprengen. Das klarste Beispiel ist dafür die Auseinandersetzung um die 35-Stunden-Woche. Zwar wurden von beiden Seiten unnachgiebige Fronten aufgebaut. Die Kapitalistenverbände mauerten. Kanzler Kohl legte sich — schon in seiner Regierungserklärung und dann immer wieder — auf Flexibilisierung des Arbeitsmarktes statt 35-Stunden-Woche fest, nannte die Forderung nach Verkürzung der Wochenarbeitszeit eine Dummheit. Zwar bezeichnete die DGB-Spitze die Auseinandersetzung als „Jahrhundert-Kampf", als Wende von links, mit der man zeigen müsse, daß die Gewerkschaften auch in Krisenzeiten kämpfen könnten usf. Zwar antworteten die Kapitalistenverbände auf den Streik der verschiedenen Gewerkschaften mit der Eskalation der Aussperrung, sogar mit Polizeieinsätzen gegen Streikposten. Zwar erhoben Mitglieder der Regierung im Bundestag und in ihrem Gefolge die rechte Presse von „FAZ" bis „BILD" eine bisher Hausbesetzern, Atomterroristen, Mitgliedern der Friedensbewegung u.ä. vorbehaltene Chaotenhetze gegen die Streikenden — statt aber die von manchen — Linken wie Rechten — erwartete Unterwerfungsstrategie konsequent zuendezubringen, erschien zur Verhinderung weiterer Eskalationen just im rechten Moment der sog. Leber-Vorschlag, der die Streitenden im Interesse des „Ganzen" wieder an den Verhandlungstisch brachte. Ergebnis: 38,5 Stunden für die zukünftige Normalwochenarbeitszeit als Richtwert — wobei die konkrete Festlegung der nach oben wie nach unten flexiblen effektiven Arbeitszeiten Sache von Betriebsvereinbarungen wird. Faktisch läuft das auf eine Aufweichung der Tarifhoheit des DGB zugunsten einer in Einzelverhandlungen mit Betriebsräten zu bestimmenden Flexibilisierung der Arbeitszeit hinaus. Entgegen anderslautenden Selbstbestätigungen seitens des DGB ist das ein faktischer Sieg für die Flexibilisierungsstrategie und die Beschneidung der Tarifautonomie der Gewerkschaften durch die Regierung, d.h. ein entscheidender Sieg über die Gewerkschaften und die Millionen von ihr in die Kampagne hinein mobilisierten Kollegen und Kolleginnen, deren anfängliche Begeisterung erwartungsgemäß bis auf weiteres in recht tiefgehende Resignation umschlagen dürfte.

Der Leber-Kompromiß ermöglichte die freiwillige Unterwerfung der Gewerkschaftsspitzen unter eine — in Arbeitsteilung zu der sich beinhart gebenden Kapitalseite — sich verständigungsbereit darstellenden Deeskalationslinie der staatlichen „Schlichter", ohne die ideologische Funktion des DGB als integrativem Sozialstaatspartner im Dreieck Kapital-Regierung-DGB im Kern anzukratzen. Es scheint eher, als ob die sozialstaatstragende Dreieinigkeit für die nächste Zeit erst einmal gestärkt aus dem Konflikt hervorgehen wird. So bemühte sich der „Linksaußen" der Koalition, Arbeitsminister N. Blüm, in der Öffentlichkeit deutlich zu machen, daß er die Haltung des Kanzlers gegenüber den Arbeitskämpfen nachträglich nicht billige und zu neuer Kooperation mit den Gewerkschaften kommen wolle. So präsentieren sich Gewerkschaftsspitzen der IG-Chemie wie der IG-Bergbau auf ihren Gewerkschaftstagen bzw. Kongressen gemeinsam mit Kohl als Tagungsredner. So denkt der NGG-Vorsitzende Döding laut über eine „Kaminrunde" von Spitzen-Kapitalisten und Gewerkschaftern nach u.a.m. Das ist sicher nicht gleichbedeutend mit einer Neuauflage der „Konzertierten Aktion" der SPD-Ära. Es signalisiert aber zumindest, daß gegenwärtig trotz der von den Tatsachen her klar auf Sanierung des Kapitals zu Lasten der arbeitenden Bevölkerung gerichteten Politik der amtierenden Koalition nicht Konfrontation mit den Interessenverbänden um jeden Preis, sondern immer noch Integration angesagt ist — solange und soweit es irgend geht. In diesem Sinne muß mensch der „Koalition der Mitte" bescheinigen, daß sie bisher eine erfolgreiche Politik gemacht hat. Wie weit dies Wechsel auf die Zukunft sind, bleibt für alle Beteiligten, einschließlich der Interessenvertreter des Kapitals offen (8).



... die Riege ein Jahr später in der Karikatur.

Stichwort: Familienpolitik

Es ist bereits deutlich geworden, daß die Familie für die Regierungskoalition tatsächlich „im Mittelpunkt steht — und zwar als Auffangbecken für die gekürzten sozialen Leistungen des Staates und als Keimzelle staatstragenden Opferbewußtseins. Insbesondere sind es die Frauen, die entweder selbst von Arbeitslosigkeit oder Reduzierung auf Teilzeitjobs in die Familie zurückgedrängt werden oder als Hausfrau die Einkommsverluste ihrer Männer bis hin zu Arbeitslosigkeit und Sozialhilfeabhängigkeit durch vermehrten Einsatz bei der Organisierung des Haushalts auffangen müssen. Auch die Abwälzung der staatlichen Sozialleistungen erfolgt in gerader Linie über die Familie als „kleinste Zelle" des Staates unmittelbar auf die Frauen (von der Streichung des Kindergeldes über Bafög-Kürzungen bis zur Kürzung der Bettenzahlen in Krankenhäusern). Zu dieser Entwicklung nur eine Zahl: Selbst die offiziell registrierte Zahl arbeitsloser Frauen betrug im Dezember 83 mit 10,3 % nahezu ein Prozent mehr als die der Männer, ganz zu schweigen von den in die „stille Reserve" abgerutschten Frauen. Im übrigen läßt sich die zunehmende Belastung der Frauen im Rahmen der regierungsamtlichen „Familienförderung" kaum in Zahlen messen.

Diese Einpferchung der Frauen in die Familie wird durch vereinzelte „familienfreundliche" Maßnahmen wie Familienlastenausgleich, steuerlicher Kinderfreibetrag u.a. nicht gelindert, sondern noch zementiert. Ich will darauf hier nicht weiter eingehen. Festzuhalten bleibt: Die allgemeine Fesselung der Frauen an „Heim und Herd" findet durch die Macht der Tatsachen rundherum statt — im Widerspruch übrigens zur nach wie vor, keineswegs nur regierungsamtlich, sondern auch von der rechtsbürgerlichen Presse immer noch propagierten Ideologie der Gleichberechtigung der Frau.

Das besondere Engagement der Koalition galt bei ihrem Antritt darüberhinaus aber dem „Schutz des ungeborenen Lebens" und aus „demographischen Gründen" — „die Deutschen sterben aus" — dem Kampf gegen den § 218 in seiner jetzigen, unter der SPD reformierten Fassung. Dieser Angriff hat bezeichnenderweise trotz diverser ideologischer Vorstöße des Familienministers und Chefdemagogen der CDU, H. Geißler, von F.J. Strauß und anderer bisher noch nicht wirklich stattgefunden — wenn auch die Vorbereitungen und Vorgefechte dazu bereits laufen: Im Februar 84 legte eine interministerielle Kommission einen Bericht zur „Reform" des § 218 vor, der insbesondere auf die Beseitigung bzw. Erschwerung der Notlagenindikation zielt. Erst vor wenigen Wochen forderte Geißler die Länder auf, den Pro-familia-Beratungsstellen die Anerkennung und damit Finanzmittel zu entziehen. Die Einrichtung der aus Bundesmitteln betriebenen Beratungsstelle für Schwangere ist faktisch ein Konkurrenzunternehmen gegen die Pro-familia-Einrichtungen zur einseitigen Förderung der „Gebärwilligkeit" in „Konfliktfällen".

Der offene Angriff auf den § 218 ist also nur eine Frage der Zeit. Allerdings auch hier läßt sich die CDU/CSU-Regierung offenbar Zeit, den offenen Angriff durch eine Reihe kleiner Schritte und ideologischer Manöver vorzubereiten. Von einer „Wende" kann bisher jedenfalls nicht die Rede sein.

Stichwort: „Ausländerpolitik"
Hier ist es ähnlich wie in der Familienpolitik: Der Hauptangriff steht noch aus. Der lange angekündigte Referenentwurf für ein neues Ausländergesetz liegt noch nicht vor. Er soll die Erlangung der unbefristeten Aufenthaltserlaubnis erschweren, den ohnehin schon umfangreichen Katalog der Ausweisungstatbestände erweitern. Ausweisung wegen Bezug von Arbeitslosenhilfe soll ebenso dazugehören wie „Extremismus", um insgesamt den Ausländeranteil in der BRD auf das Maß zu reduzieren, das dem Kapital ökonomisch und politisch opportun erscheint.

Im Vorfeld des Referentenentwurfes wurden allerdings eine Reihe von Maßnahmen realisiert, die einen Vorgeschmack auf weitere Entwicklungen geben:
— Umittelbar nach Amtsübernahme verfügte die Kohl-Regierung im Oktober 1982 eine Ausweitung des Visumzwanges, womit sie insbesondere auf Studenten aus Ländern der „Dritten Welt" abzielte. Dieser Personenkreis kann nur noch in die BRD einreisen, wenn bereits im Heimatland ein entsprechender Studienplatz in der BRD nachgewiesen wird. Das neue Ausländergesetz soll darüberhinaus zwingende Regelungen erlassen, durch die ein Aufenthalt in der BRD über die festzulegende Studiendauer hinaus generell ausgeschlossen wird.
— Am 9. Februar 1983 wurden die türkische Organisation Dev-Sol und der ihr nahestehende Verein Halk Der durch das Bundesinnenministerium verboten. Interessant sind die vom Innenministerium genannten Verbotsgründe, die u.a. darin liegen, daß sich die genannten Organisationen „gegen Bestandteile deutscher Politik" gerichtet hätten, nämlich gegen die „Bundesrepublik Deutschland als NATO-Bündnispartner der Türkei", gegen die „Deutsche Militär- und Wirtschaftshilfe für die Türkei" sowie gegen „Ausländerrecht und Ausländerpolitik". In der Tat sind dies Gründe, die sich auf fast jede nichtfaschistische ausländische Vereinigung anwenden ließen.
— Im Dezember 1983 verabschiedete der Bundestag das sog. „Rückkehrhilfegesetz". Ein eng umrissener Kreis von Nicht-EG-Ausländern, der durch Konkurs oder Betriebsstillegung arbeitslos geworden ist oder innerhalb der letzten 6 Monate vor Antragstellung kurzarbeiten mußte, kommt hierdurch in den zweifelhaften Genuß einer „Rückkehrprämie" von 10.500

Fortsetzung nächste Seite

Fortsetzung von vorheriger Seite

DM, wenn er spätestens einen Monat nach Antragstellung die BRD auf Nimmerwiedersehen verläßt (plus 1.500 DM für jedes zurückkehrende Kind). Hierdurch werden in aller Regel weitaus höhere Ansprüche an Arbeitslosengeld, Arbeitslosenhilfe, Sozialhilfe, Kindergeld usw. aufgegeben, so daß letztlich nicht der zurückkehrende Ausländer kassiert, sondern allein der BRD-Staat.

Anträge für die Rückkehr„prämie" konnten bis zum 30.6.84 gestellt werden. Der „Erfolg" dieser Maßnahme ist derzeit noch nicht eindeutig quantifizierbar. Bisher vorliegende Zahlen scheinen allerdings darauf hinzudeuten, daß der ohnehin eng bemessene Kreis von Anspruchsberechtigten nicht in dem erwarteten Umfang erreicht wurde. Einschließlich der zurückkehrenden Familienangehörigen werden es vermutlich um die 30.000 Ausländer sein (davon mehr als 3/4 trükische Staatsbürger), die auf diese Weise aus der BRD verabschiedet werden konnten.

Trotzdem kann nicht die Rede davon sein, daß sich das „Rückkehrhilfegesetz" als „Flop" erwiesen hätte. In weitaus größerem Umfang wurde nämlich eine weitere Regelung des Gesetzes in Anspruch genommen, die — ebenfalls mit Ausschlußfrist zum 30.6.84 — vorsieht, daß Rückwanderer sich den Arbeitnehmeranteil aus der gesetzlichen Rentenversicherung sofort auszahlen lassen können, wenn sie das Land verlassen (alle weiteren Ansprüche, so der „Arbeitgeberanteil", verfallen hierdurch; die geschätzten Einsparungen der Rentenversicherung belaufen sich auf 2,5 Milliarden DM). Auch wenn abschließende Zahlen noch nicht vorliegen, kann schon heute gesagt werden, daß aufgrund dieser Regelung einige hunderttausend Ausländer in diesem Jahr die BRD verlassen werden. Die ohnehin übliche jährliche Rückwandererquote dürfte hierdurch deutlich vergrößert werden. Es bleibt daher abzuwarten, ob es — ggf. erneut mit Ausschlußfrist — zu einer Neuauflage dieser Regelung kommen wird.

Erstmals seit Jahren ist die Zahl der in der BRD lebenden Ausländer wieder rückläufig. Nach einer Meldung des Statistischen Bundesamtes hielten sich in der BRD im September 1983 132.000 Ausländer weniger auf, als noch im gleichen Monat des Vorjahres. In diesem Jahr dürfte der Rückgang noch schärfer ausfallen.

Die CDU/CSU hatte anläßlich der Koalitionsverhandlungen im März 1983 angekündigt, daß sie die Ausländerzahl bis 1990 halbieren wolle. Die sich jetzt abzeichnenden Rückwandererquoten geben zu der Befürchtung Anlaß, daß dieses Ziel — so ungeheuerlich es auch klingen man — durchaus realistisch und erreichbar ist. Die geplante und allseits propagierte Verschärfung des Ausländerrechts wird diese Entwicklung noch beschleunigen.



Kohls Europa-Wahlkampf: Keine reine Freude. Von Frankfurt bis Hamburg mußten seine bodygards die Regenschirme aufspannen, um Eier und Tomaten von ihm abzuwenden.

Von dem ehemals liberalen Asylrecht der Bundesrepublik war schon zum Ende der SPD/FDP-Koalition kaum noch etwas vorhanden. Durch das im August 1982 verabschiedete und zunächst auf 2 Jahre befristete „Asylverfahrensgesetz" hatte die damalige Bundesregierung das Grundrecht auf Asyl faktisch außer Kraft gesetzt. Für die CDU/CSU/FDP-Regierung blieb angesichts des bereits etablierten Arsenals menschenverachtender Abschreckungs- und Asylverhinderungsmaßnahmen insgesamt nur noch wenig „nachzubessern". Der mittlerweile erreichte drastische Rückgang der Asylbewerberzahlen spricht ohnehin für sich:

1980: 107.818 Asylanträge
1981: 49.391 Asylanträge
1982: 37.423 Asylanträge
1983: 19.737 Asylanträge

Kamen aus der Türkei 1980 noch 57.913 Flüchtlinge in die BRD, so waren es 1983 nur noch 1.548 Türken und Kurden, die einen Asylantrag stellten. Die Bundesregierung ist mit dieser Entwicklung verständlicherweise hochzufrieden und hat im Juni d.J. die Geltungsdauer des „Asylverfahrensgesetzes" daher bis 1988 verlängern lassen.

Ein Erfolg im Sinne der CDU-Programmatik ist dieser Politik nicht abzusprechen. Andererseits bleibt der ganz große Coup bisher aus, insbesondere nachdem Innenminister Zimmermann mit seinem spektakulären Vorstoß, das Zuzugsalter für Kinder ausländischer Familien in der BRD auf sechs Jahre drücken zu wollen, ebenso spektakulär scheiterte. Stattdessen operiert die Regierung auch auf diesem Sektor mit einem Bündel differenzierender Maßnahmen, mit denen sie den Widerstand der ausländischen und insbesondere auch der westdeutschen Bevölkerung weitgehend unterläuft und individualisiert. Dies ist genau die kontinuierliche Fortsetzung des von der SPD in den 80er Jahren begonnenen restriktiven Kurses in der Ausländerpolitik. Dies wird nicht zuletzt auch durch das Vorgehen der sozialdemokratisch regierten Bundesländer bestätigt, die — von wenigen Einzelfragen tinuierliche Fortsetzung des von der SPD in den 80er Jahren begonnenen restriktiven Kurses in der Ausländerpolitik. Dies wird nicht zuletzt auch durch das Vorgehen der sozialdemokratisch regierten Bundesländer bestätigt, die — von wenigen Einzelfragen abgesehen — die Ausländerpolitik der Zimmermann & Co voll unterstützen und entsprechend vollziehen (9).

Konfliktvermeidung, wo immer es geht

Die bisher untersuchten Bereiche der Politik zeigen bereits deutlich, daß die CDU/CSU/FDP-Regierung die von ihr während der Oppositionszeit immer wieder mit starken Worten vor allem durch Strauß, aber auch von anderer Seite angekündigte und von vielen daher erwartete bzw. befürchtete offene Konfrontation mit größeren Mehrheiten der Bevölkerung bisher tunlichst vermeidet. Statt auf eine abrupte „Wende", die entsprechende Gegenbewegungen provozieren müßte, setzt sie ganz offensichtlich auf ein Programm der kleinen Schritte, mit denen die Politik der SPD auf allen Sektoren im wesentlichen fortgesetzt und verschärft und vorhandener oder möglicher Widerstand — in einigen Fällen auch erst nach einem kleinen Lernprozeß — nach Möglichkeit unterlaufen wird. Die Deeskalationsstrategie gilt keineswegs nur gegenüber der Friedensbewegung, sondern auch für die übrigen politischen Felder.

Das kann im Rahmen dieses — ohnehin schon recht langen — Artikels nicht in weiteren Einzelheiten ausgebreitet werden. Ein paar für den Gesamtstil der Koalition bezeichnende Punkte sollen aber noch angerissen werden:

Die **„Wende" in der Bildungspolitik**, die im Interesse der kapitalbezogenen Leistungswissenschaft durchaus keine Sprechblase, sondern Lebensnotwendigkeit für die Politik der jetzigen Koalition ist und in deren Zug das Hochschulrahmengesetz reformiert, die Gesamtschule abgeschafft und die Familie als Erziehungsinstitution wieder in den Mittelpunkt gestellt werden sollte, ist bisher weitgehend ausgeblieben. Die konkreten Maßnahmen beschränken sich bisher entweder auf Einzelaktionen des Innenministers Zimmermann, der z.B. ohne Absprache mit den Kultusministern der Länder ein teuer finanziertes Schulbuch neu einführen lassen wollte, oder auf Einzelanordnungen der Kultusminister der Länder, die u.a. „Ostkunde" wieder eingeführt sehen wollen u.ä. Sie betreffen auch die Einschränkung der Bafög-Förderungen einerseits und besondere Förderungsprogramme andererseits. Dies alles ist schlimm genug. Kein Zweifel. Der ganz große Coup aber, z.B. die Reform des Hochschul-Rahmengesetzes oder die Abschaffung der Gesamtschulen o.ä. blieb bisher auch auf diesem Sektor aus.

Innenpolitik:
Besondere Aufmerksamkeit verdient der als „Rechtsaußen" sehr forsch angetretene und allseits mit Grausen erwartete Mein-Eid-Schwörer und jetzige Innenminister Zimmermann. Abgesehen von der schon skizzierten unfrei- Innenpolitik: Besondere Aufmerksamkeit verdient der als „Rechtsaußen" sehr forsch angetretene und allseits mit Grausen erwartete Mein-Eid-Schwörer und jetzige Innenminister Zimmermann. Abgesehen von der schon skizzierten unfrei- willig klugen Zurückhaltung dieses Herrn und seiner unmittelbaren Helfer im Bundesinnenministerium in Bonn, im BKA usw. läßt sich an seiner Person auch sonst das für die gegenwärtige Deeskalationslinie der Koalition wirkende Opportunitätsprinzip am anregendsten studieren: So ist er nach wie vor zutiefst davon überzeugt, daß **Volkszählung, computerlesbarer Personalausweis**, Sonderkompetenzen für die Fahndung des BGS an den Grenzen u.ä. für den Bestand der BRD „sicherheitspolitisch" unverzichtbar sind. Nachdem nun aber das Bundesverfassungsgericht in seinem Urteil zur Volkszählung ein „informationelles Selbstbestimmungsrecht" proklamierte, hält selbst er — von gelegentlichen kleinen Vorstößen abgesehen — sich z.Z. lieber bedeckt in der Öffentlichkeit. Im Moment überläßt man in der Öffentlichkeit den Datenschützern das Wort, die in Zusammenarbeit mit Staatssekretären, Referenten u.a.m. auf Bundes- und Länderebene an neuen Datenschutzbestimmungen basteln, die irgendwann zur Vorlage eines neuen Datenschutzgesetz-Entwurfes führen sollen. Kein Mensch möge glauben, daß damit die weitere Verdatung und Verkabelung der Republik etwa vom Tisch wäre (wie die neue Vorlage eines Personalausweisgesetzes vor wenigen Wochen beweist), aber man möchte es doch offensichtlich z.Z. nicht auf die öffentliche Konfrontation in diesen Fragen ankommen lassen, sondern setzt auch hier auf die Macht des Faktischen, die aus der Durchführung der vielen kleinen technischen und organisatorischen Schritte entlang des einmal eingeschlagenen Wegs — auch ohne öffentliche Absegnung — erfolgt.

Ähnlich verhält es sich z.Z. mit der beabsichtigten **Legalisierung der sog. UCAs, d.h. „under cover agents"** oder auch — um mit einem Begriff zu reden, den der KB für die Entwicklung dieser Polizeisparte bereits Mitte der siebziger Jahre prägte — einer neuen Geheimen Staatspolizei, kurz „Neue GeStaPo" (10). Die gegenwärtige Aufmerksamkeit der Medien gegenüber diesen Absichten veranlaßt die Propagandisten dieser Entwicklung, in der Öffentlichkeit gegenwärtig etwas leiser aufzutreten — ohne ihre Pläne aufzugeben, versteht sich.

Weiter: Die Verschärfung des **Demonstrationsrechts** ist lange beschlossene Sache. Nach den im Lande bestehenden Mehrheitsverhältnissen kann niemand die CDU/CSU/FDP-Regierung hindern, diese Gesetzesänderung nun auch durchzuführen. Dennoch schmort das famose Gesetzeswerk immer noch vor sich hin. Man läßt sich Zeit. Ähnliches gilt für andere Gesetzesvorhaben im Bereich der „Rechtspolitik": so für die „Prozeßverfahrensvereinfachungen", die „Weiterentwicklung" des Kontaktsperregesetzes u.a.m. — nicht daß daran nicht gearbeitet würde, aber durchgesetzt, und gar noch über Konfrontationen größerer Art, wurden sie bisher nicht.

Interessant ist schließlich noch das **Verbot der ANS** durch Zimmermann im Dezember 83, das eigentlich ohne jede Not erfolgte, dementsprechend auch ohne einschneidende praktische Folgen blieb, wie schon unter der SPD üblich. Aber immerhin ist beachtenswert, daß diese Regierung, die andererseits der HIAG ihre Verfassungskonformität bescheinigte, indem sie sie aus dem VS-Bericht als rechtsradikale Organisation entfernte, es für opportun hielt, sich in Sachen Neo-Nazismus ein Feigenblatt vorzuhängen. In diesen Zusammenhang gehört auch die polizeiliche Verhinderung des Nazi-Aufmarsches im West-Berliner Olympiastadion anläßlich des Europameisterschaftsspiels Türkei-BRD im Jahr 83 durch den CDU-Rechtsaußen Lummer mit dem der öffentlichen Mobilisierung gegen die Nazis und gegen ihre Begünstigung durch den Westberliner CDU-Senat das Wasser abgegraben wurde.

„Wende" zur Entspannungspolitik
Schließlich sei noch die, für manch eine/n kuriose Entwicklung der „Deutschlandpolitik" der gegenwärtigen Regierung erwähnt, in deren Verlauf ausgerechnet F.J. Strauß als Vorreiter einer Fortführung der „Entspannungspolitik" mit der DDR und UdSSR auflaufen mußte, indem gerade er als Vermittler für die Kreditvergabe der BRD an die DDR fungierte. Ich brauche vermutlich auf die Fakten an dieser Stelle nicht weiter einzugehen. Die scheinbare Wandlung des Saulus des Kalten Kriegs und der Krisen- und Konfrontationsstrategie von Sonthofen vom Nov. 74 zum Paulus des „Wandels durch Annäherung" ist bezeichnend für den gegenwärtigen offiziellen Stil der staatstragenden CDU/CSU-Kräfte. Wie das Murren in der bayerischen CSU gegen Strauß nach seinem Kredit-Vermittlungs- von Sonthofen vom Nov. 74 zum Paulus des „Wandels durch Annäherung" ist bezeichnend für den gegenwärtigen offiziellen Stil der staatstragenden CDU/CSU-Kräfte. Wie das Murren in der bayerischen CSU gegen Strauß nach seinem Kredit-Vermittlungs- Deal, wie das Getöse eines A. Dregger gegen Honnecker, der seinen kürzlich geplanten Besuch bei Kanzler Kohl deswegen absagte, zeigt, ist die gegenwärtige offizielle Regierungslinie der Koalition keineswegs gleichbedeutend mit der politischen Linie von CDU oder CSU als Parteien, in denen es reichlich Kräfte in den Startlöchern gibt, die die gegenwärtige „zögerliche" Regierungspolitik eher heute als morgen durch eine Linie der Konfrontation ersetzt sehen möchten. Das gilt nicht nur für solche Leute wie Dregger und ähnliche höhere Funktionsträger der Parteien. Das gilt auch für das ganze unübersehbare Feld von Kräften, die weiland als Strauß-Mafia den Gründungsversuch einer „4. Partei" rechts von CDU/CSU unternahmen. Erst recht gilt das natürlich für die „Nationale Rechte", die sich durch die aktuelle Linie von CSU und CDU in der Regierungspolitik verraten und gelähmt fühlt. Niemand möge sich durch den aktuellen Regierungs-Kurs der CDU/CSU über die Bereitschaft der meisten ihrer politischen Köpfe täuschen lassen, ggf. den Kurs im Sinne dieser Erwartungen zu verschärfen.

Summa summarum und schlußendlich:
Die softe Linie des CDU/CSU/FDP-Kabinetts in der Durchsetzung ihres Konsolidierungsprogramms ist unverkennbar. Das schmälert in keiner Weise die Verdienste dieser Regierung um die allgemeine Verschärfung des politischen Gesamtkurses, die politischen, sozialen und bürgerrechtlichen Einschränkungen, die faktisch im Zuge der kleinen Schritte und verdeckt durch die Stabilitätsmaske des politischen Biedermanns Kohl stattfinden:

Fortsetzung Seite 43

in diesen jahren

in diesen jahren

in diesen jahren
in denen die geschichte der menschen
ihrem unvermeidlichen höhepunkt zutreibt
in denen einige menschen sich anmaßen
einer ungehemmten vermehrung anderer einhalt gebieten zu wollen
während die von ihnen in die welt gesetzten maschinen
sich hemmungslos zu reproduzieren beginnen
in diesen jahren
in denen selbst auf den pittoresken friedhöfen
des katholischen südens
die todesblumen nur noch aus plastik sind
in denen kinder bereits als geschwüre
oder gar nicht mehr geboren werden
in denen muttermilch nur noch weiß
aber nicht mehr von müttern
und kaum noch milch ist
in diesen jahren
in denen ein schöngeformter körper
einmal entdeckt
zur wohlfeilen ware
und durch tausende reproduktionen zu tode geschleift wird
in diesen jahren
in denen der individuelle anteil an der welt
entgegen dem eigentlichen bedürfnis
gegen null schrumpft
in diesen jahren
in denen wir leben müssen
leben wir

ke. (alias F.) 27.9.84

Die Sicherheitspolitik in der SPD

»Überwindung der nuklearen Abschreckungspolitik«?

Was könnte eine SPD-Regierung der Friedensbewegung bringen? Diese Frage ergibt sich nicht nur daraus, daß innerhalb der Grünen eigentlich nur noch darum gestritten wird, zu welchen Bedingungen man eine SPD-Regierung — und damit zwangsläufig auch ihre Friedens- oder Kriegsrüstungspolitik — tolerieren oder gar mit der SPD koalieren solle, wenn sich nach den Wahlen 1987 dazu die Möglichkeit ergibt. Diese Frage stellt sich ganz zwangsläufig auch in der Friedensbewegung, die im vergangenen Jahr bei der Kampagne gegen die „Nachrüstung" weitestgehend verdrängte, daß ein Erfolg gegen eine fest im Sattel sitzende CDU/CSU - FDP -Koalition nicht zu erringen war.

Eine „*Mehrheit ‚links von der Mitte'* " müsse her, forderte Bundesgeschäftsführer Glotz, natürlich könne im „*Zentrum einer regierenden Linken ... nur die SPD sein*", deshalb brauchte die SPD unter anderem „*Zuzug ... von den Sozialausschüssen der CDU und dem Sozialistischen Büro in Offenbach*". Die „Linken" müßten „*ihre ganze Kraft darauf werfen, eine rein konventionelle, defensive Rüstung der NATO im Bündnis mehrheitsfähig zu machen*". Das klinge zwar „*utopisch*", man müsse sich in der Tat auf „*einen langen Weg ... einrichten*". Die geltende NATO-Strategie sei aber bereits „*am Ende*" fügte er aufmunternd hinzu (Zitate nach „FAZ", 19.3.84).

Die Sicherheitspolitik der SPD ist e i n zentraler Punkt für diese Strategie. Auf dem SPD-Parteitag wurden am 19.5.84 Beschlüsse zur „Friedens- und Sicherheitspolitik" verabschiedet. Im Vorwege hatte sich ein Großteil der SPD-Prominenz über Erklärungen und Stellungnahmen entsprechender Arbeitskreise zu Wort gemeldet. Wir wollen uns hier mit der Substanz dieser Beschlüsse auseinandersetzen und eine Übersicht über die gelaufene SPD-Debatte liefern.

Man könnte sich die Sache natürlich auch einfach machen: Immerhin erklärte angesichts der Beschlußvorlage des Parteivorstands für den Parteitag selbst Aktion Sühnezeichen, daß dort bestenfalls „friedenspolitisch folgenlose Kompromisse" formuliert würden, und es wurde der Zweifel geäußert, ob die SPD „mit hinreichender Konsequenz" nach „friedenspolitisch neuen Wegen" suche. (Aktion Sühnezeichen ist eine kirchliche Gruppe im Friedensbündnis, die im Auftreten von Willy Brandt 1983 auf der Bonner Friedensversammlung ein „Anzeichen" erblickte haben wollte, daß auch bei Machtträgern in der BRD die Überzeugung von der „Notwendigkeit der Überwindung des Abschreckungssystems" Einzug gehalten hätte.)

„*Die SPD läßt die Strategie der atomaren Abschreckung nicht gelten*", behauptet Claus Gennrich in der „FAZ" (21.5.84) zu den sicherheitspolitischen SPD-Parteitagsbeschlüssen. „*Kündigt SPD Konsens im NATO-Bündnis auf?*" hatte Springers „Welt" schon vorher (29.3.84) besorgt gefragt. Lassen wir also zu Beginn Immer-noch „Verteidigungsminister"-Minister Wörner zu Wort komen. Man kann sicher sein, daß er das „Abdriften" der SPD übertreibt, schließlich gehört das zu seinem politischen Geschäft.

„*Das wertlose Ja zur NATO*" heißt der Titel seiner Analyse zu den SPD-Beschlüssen, obwohl „*natürlich ... die SPD in Essen weder mehrheitlich noch durch ihre Spitzenpolitiker den Austritt aus der NATO gefordert*" habe. „*Sie hat ‚nur' das Verbleiben der Bundesrepublik Deutschland in der NATO an Forderungen geknüpft, von denen jeder innerhalb und außerhalb der SPD weiß, daß sie vom Bündnis nicht erfüllt werden können — es sei denn um den Preis der Selbstaufgabe.*" „*Ein nationaler Alleingang in Strategiefragen ist im Bündnis undenkbar*", stellt Wörner zudem fest. Das Bündnis könne weder auf die Atomaufrüstung noch auf den atomaren Erstschlag verzichten, wer ein „*pauschales Bekenntnis zur nichtnuklearen Verteidigung ablegt*", der müsse schon eine konkrete Stärkung der konventionellen Rüstung vorsehen. Unsinnig sei die „undefinierbare ‚strukturelle Nichtangriffsfähigkeit' ", wer militärisch Truppen zurückdrängen wolle, brauche „die Fähigkeit zum operativen Angriff". Andernfalls drohe dem Angreifer auch „keinerlei Risiko".

Es gebe außerdem keine „Sicherheitspartnerschaft" mit dem Osten, sondern „kooperative Politik" aufgrund „gemeinsamen Überlebensinteresses". Die SPD wolle aber die „*Unvereinbarkeit ... mit der Politik des Bündnisses nicht selbst feststellen, sondern vom Bündnis feststellen lassen; man will nicht selbst kündigen, sondern sich kündigen lassen*". Weil eine direkte Absage an die NATO in der Mitte des politischen Spektrums der BRD nicht ankomme, setze die SPD „*daher auf eine Strategie gezielter Zer-*

man will nicht selbst kündigen, sondern sich kündigen lassen". Weil eine direkte Absage an die NATO in der Mitte des politischen Spektrums der BRD nicht ankomme, setze die SPD „*daher auf eine Strategie gezielter Zer-*

mürbung des Bündnisses", sie „*kalkuliert einen Schlagabtausch der deutschen Sozialdemokratie mit den USA über die Bedingungen der Zugehörigkeit zum Bündnis bewußt ein und spekuliert über die hierdurch erzielte Emotionalisierung der eigenen Basis und ‚national' empfindender Teile der politischen Mitte*", auf eine „natürliche Auflösung" des Bündnisses. Die SPD habe also ein „faktisches Nein zum Bündnis" beschlossen, damit auch „*den endgültigen Ausstieg der SPD aus der Realpolitik. Neutralismus und Irrationalität aber sind nun einmal nicht international konsensfähig*". Es werde in der BRD „*auf absehbare Zeit mit einer sicherheitspolitischen Grundsatzdebatte*" zu leben sein, die Lage biete „wenig Spielraum für Kompromisse" und das werde „das politische Klima stark belasten" (Aus einem Spiegel-Essay vom 4.6.84).

Wenn diese Analyse von Wörner zuträfe, so würde ein Großteil der Linken in der Friedensbewegung, ja in den Grünen oder auch der Hamburger GAL hochzufrieden sein. Denn gerade diejenigen Linken, die eine offene Politik für einen Austritt aus der NATO ablehnen, stellen für sich den Anspruch, just eine solche Strategie der Destabilisierung der NATO zu entwickeln, wie Wörner sie der SPD zuschreibt.

Nichtangriffsfähigkeit der NATO?

Schlager der SPD ist das Ziel der Umstellung der konventionellen Rüstung „*auf eine Defensivstruktur im Sinne struktureller Nichtangriffsfähigkeit*". Dabei sei keine Ausweitung sondern „*allenfalls eine Umstrukturierung*" vonnöten. Dies bedeute „*auch keine Schwächung der Verteidigungsfähigkeit*" gegen die „*angenommene konventionelle Bedrohung der NATO durch die Panzerarmeen*" der WVO, während umgekehrt „*von der NATO selbst*" k e i n e Bedrohung ausginge, meint das SPD-Programm.

Wir werden noch darauf kommen, daß es die SPD mit der „defensiven" Rüstung, bzw. mit dem Abbau von Atomwaffen nicht allzu „verbissen" sieht. Nehmen wir trotzdem diese Aussagen einmal ernst. Das ganze klingt wie die Übernahme defensiver Verteidigungsmodelle, die seit zehn Jahren etwa von verschiedensten Vertretern international propagiert werden, und in der BRD insbesondere von Afheld (Starnberger Friedensforscher) vertreten werden, ohne daß die SPD direkt darauf Bezug nimmt. Die Linken hatten in ihrem Antrag sogar eine Lanze für die waffenlose „soziale Verteidigung" brechen wollen.

Dagegen müssen mehrere Einwände erhoben werden. Im Rahmen der NATO kann man über eine defensive Verteidigung nur schwadronieren. Die NATO ist ihrem Wesen nach ein Pakt auf Gegenseitigkeit und durchaus kein Pakt, dessen Hauptzweck darin besteht, die köstliche BRD durch alle anderen Partner ohne Gegenverpflichtung der BRD zu verteidigen, obgleich selbstverständlich ein Teil des Vertrages die Horizontalisierungslogik ist, der zufolge alle anderen Vertragspartner der angegriffenen BRD zuhilfe kommen sollen.

Das funktioniert natürlich nur, wenn umgekehrt die BRD an anderen Unternehmungen der NATO mitmischt. Sonst hieße es in der NATO: „Alle unterstützen uns, wir unterstützen niemanden" (dank der defensiven Verteidigungsstruktur ist das leider —

wenn umgekehrt die BRD an anderen Unternehmungen der NATO mitmischt. Sonst hieße es in der NATO: „Alle unterstützen uns, wir unterstützen niemanden" (dank der defensiven Verteidigungsstruktur ist das leider —

oder Gott lob — nicht möglich).

Der zweite Haken ist, daß es natürlich im Prinzip noch nichts ändert, wenn nur die BRD-Truppen „defensiv" umgerüstet wären, auch wenn sie den größten Truppenteil in der BRD ausmachen, man könnte jedenfalls nicht behaupten, die NATO sei damit „strukturell nicht angriffsfähig"! Also müßten dann entweder die US-Truppen (und andere) konsequent raus (was die SPD aber nicht will) oder ebenfalls „defensiv umgerüstet" werden, was für ein Expeditionskorps wohl ziemlich unsinnig sein dürfte, mal abzusehen davon, daß die anderen NATO-Staaten eine solche einseitige BRD-Unterstützung nicht hinnehmen würden.

Weiterhin beruht die defensive Verteidigung auf einem militärischen Unsinn. Setzt man (wie die SPD) voraus, die WVO wolle bei Gelegenheit die BRD mit ihren Panzerarmeen überrollen, dann wäre eine rein defensive Verteidigung allemal eine Einladung, dies zu versuchen. Selbst wenn wir einmal voraussetzen, diese defensive Verteidigung sei mindestens genausogut in der Lage, vorrollende Panzerarmeen schließlich zu stoppen bzw. zu vernichten, würde für den Angreifer das Risiko wegfallen, daß durch einen solchen Angriff seine militärische Position relevant verschlechtert werden würde, da er von dem Risiko eines Gegenangriffs — auf eigenem Territorium — befreit wäre.

Damit kommen wir konsequent wieder an dem Punkt an, wo die NATO jetzt steht: Da der Russe konventionell überlegen sei (oder sein könnte), müsse ggf. zur „Vergeltung" mit Atomwaffeneinsatz gedroht werden. Man muß hinzufügen, daß die SPD nach wie vor diese „offizielle" Version der „flexible Response" der NATO (wie sie dem Volk erklärt wird) für richtig hält.

Das Modell funktioniert also nicht, wenn man die Aggressionslust der Sowjetunion unterstellt. Relativiert man diese Aggressionslust, so ist die Aufrüstung der NATO, bzw. die NATO-Mitgliedschaft der BRD nicht nur absolut überflüssig, sondern sogar lebensgefährlich. In diesem Sinne ist auch die von Wörner der SPD unterstellte Strategie, die SPD wolle mit diesem Dreh national gesonnene Kreise in der BRD gegen die USA aufbringen, an den Haaren herbeigezogen, da dieses Modell zu widersprüchlich ist, um als nationaler Konsens gegen die ‚Drohung aus dem Osten'' gelten zu können (wenn man daran nicht zu rühren gedenkt).

Konventionalisierung und atomare Abrüstung ...

Hintergrund der Debatte ist das Ziel, atomare Waffen durch neue konventionelle Waffen ersetzen zu können.

Dazu fordert die SPD: Die Entfernung der Giftgasbestände aus der BRD und die Einrichtung einer chemiewaffenfreien Zone in Europa. Die taktischen Atomwaffen sollen vom Gefechtsfeld verschwinden, bzw. durch konventionelle Waffen ersetzt werden. Es sollen Verhandlungen über den Palme-Vorschlag einer 300 km-breiten Atomwaffenfreien Zone aufgenommen werden. Nukleare Mittelstreckenwaffen (Lance, Pershing I-Waffensysteme bis zu 1.000 km Reichweite)

sollen ebenfalls durch konventionelle Systeme ersetzt werden. Der Aufstellungsstopp für weitere neue US-Atomraketen und dann der Abzug bereits stationierter wird gefordert, dafür erwartet man von der WVO im Gegen-

sollen ebenfalls durch konventionelle Systeme ersetzt werden. Der Aufstellungsstopp für weitere neue US-Atomraketen und dann der Abzug bereits stationierter wird gefordert, dafür erwartet man von der WVO im Gegenzug bereits den vollständigen Abbau der Kurzstreckenraketen SS 21 - 23 und gleich noch die Reduzierung des SS-20-Bestandes auf den Stand vor 1979. Als Zwischenschritt soll ein Aufstellungsstopp für alle atomaren Raketen mittlerer und kürzerer Reichweite erfolgen, um die Wiederaufnahme der Genfer Verhandlungen zu erreichen.

Immerhin will sich die SPD für eine „Entfernung" der C-Waffen aus der BRD stark machen, aber es ist offengelassen, ob dies nicht als Teil eines Ost-West-Abkommens geschehen soll, wo bekanntlich die Verhandlungen am Streit um die von den USA geforderten Kontrollen scheitern und eine neue Chemische Aufrüstungsrunde von den USA geplant ist. Ansonsten wird lediglich ein atomarer Aufrüstungs-Stopp gefordert, um weiteres den in der Vergangenheit so erfolgreichen Verhandlungen in Genf zu überlassen.

Bei ihren Vorschlägen zur Atombewaffnung wendet sich die SPD gegen den „*Trend, Kernwaffen zu Kriegsführungswaffen weiterzuentwickeln ... Wir wenden uns gegen die Idee eines begrenzbaren Nuklearkrieges.*" Die SPD sei über die offensiven Militärdoktrinen (wie Airland-Battle) in „großer Besorgnis", die Strategie der Kriegsverhütung durch Abschreckung verfehle zunehmend ihren Zweck und vor allem „*für die Bürger an Überzeugungskraft*".

Die SPD will (ähnlich wie die Viererbande — McNamara, Bundy, Kennan, Smith — in den USA) die Kernwaffen in „*einem ersten Schritt ... in die Rolle von strategischen Abschreckungswaffen*" und auf ein Mindestmaß reduzieren. Es müsse eine Trennung zwischen konventionellen und nuklearen Systemen deutlich werden.

Die Forderungen der SPD zur Atombewaffnung sind keineswegs eine „Überwindung der nuklearen Abschreckungspolitik", was sie als ihre Zielvorstellung ausgibt. Ziel ist es aber, das direkte Schlachtfeld (die BRD) schrittweise von Atomwaffen zu befreien, bzw. diese durch konventionelle Waffensysteme zu ersetzen, die eine ähnliche Vernichtungskraft, aber nicht die katastrophalen Nebenschäden verursachen sollen. Damit befindet sich die SPD im Widerspruch zum derzeitigen Konzept, bzw. zum Konzept des Airland-Battle, das zumindest überall die „duale" Drohung aufrechterhalten will, d.h. sich den jederzeitigen Einsatz von chemischen oder atomaren Waffen anstelle von konventionellen vorbehalten will.

In Übereinstimmung befindet sich aber die SPD durchaus mit den Plänen der US-Viererbande, die allerdings dafür ganz offen erhöhte konventionelle Aufrüstungsmaßnahmen verlangt, und in Übereinstimmung mit dem Rogers-Plan, der ebenfalls für die Einführung von rund 1.000 konventionellen Mittelstreckenraketen (bis 1.000 km) die Anhebung der Schwelle für den Atomeinsatz verspricht. Im Unterschied zur SPD und Viererbande will der Rogers-Plan aber auf den atomaren Ersteinsatz nicht verzichten und verlangt eine reale Steigerung der Rüstungskosten um 7%, während die SPD nach längerem Streit nur jeweils nach Inflationsausgleich den Rüstungsetat steigern will. Allerdings hatte die SPD zuletzt während ihrer Regierungszeit schon großes Geschick, nach jeweiligen „Pannen" und NATO-Forderungen

den Haushalt nachträglich doch noch hochzuschrauben.

Bei den Mittelstreckenwaffen ist die Forderung, keine dieser Waffen hier zu stationieren, inzwischen vom Tisch, zudem will die SPD für den Abbau die-

den Haushalt nachträglich doch noch hochzuschrauben.

Bei den Mittelstreckenwaffen ist die Forderung, keine dieser Waffen hier zu stationieren, inzwischen vom Tisch, zudem will die SPD für den Abbau dieser Raketen am Verhandlungstisch erhebliche Zugeständnisse der Sowjetunion erreichen. Damit würde eine Neuauflage der Debatte gestartet, daß die NATO-Raketen Großbritanniens oder Frankreichs bzw. sämtliche Seegestützten Mittelstreckenraketen nicht gezählt werden sollen, von der SU aber ein entsprechender Abbau erwartet wird. Das Ergebnis hatten wir ja schon einmal.

Ein Zwischenschritt bei der Entnuklearisierung soll die Verwirklichung des Palme-Plans sein. Der Palme-Plan steht im Widerspruch zum Airland-Battle-Konzept, bzw. zur NATO-Politik des atomaren Ersteinsatzes, und stößt von daher innerhalb der NATO auf Ablehnung. Andererseits wäre eine Verwirklichung mehr symbolisch, denn der Palme-Plan sieht jeweils nur eine 150 km-breite atomwaffenfreie Zone vor und spart ganz bewußt damit die Standorte der Mittelstreckenraketen aus. Auch Carsten Voigt gibt zu, daß der Plan „*in seinen militärischen Auswirkungen beschränkt*" sei. „*Die Kontrolle der Einhaltung eines solchen Abkommens, vor allem in Spannungszeiten, wirft Probleme auf*", will heißen, dann könnten die Atomwaffen wieder hingeschafft werden.

Es wäre aber die Anerkennung der Unsinnigkeit der atomaren Schlachtfeldwaffen impliziert, wozu Carsten Voigt sagt: „*Tatsächlich sind mit der atomaren Artillerie, atomaren Gefechtsfeldwaffen oder nuklearen Kurzstreckewaffen größere Risiken in bezug auf die Möglichkeit begrenzter nuklearer Kriege verbunden, als mit Mittelstreckenraketen. ... Ihre selbstabschreckende Wirkung (bei den Kurzstreckenwaffen) ist vergleichsweise größer. Die Sowjetunion kann aufgrund technologischer Entwicklungen zunehmend auch durch konventionelle Wafen gezwungen werden, ihre Verbände aufzulockern*" (aus Carsten Voigt: „Vorrag für Vertragspolitik", aus: Politik und Zeitgeschichte, Band 38, 1983).

Im zweiten Schritt will dann die SPD als provokatorischen Vorschlag eine europaweite atomwaffenfreie Zone unter Ausschluß der USA, aber unter Einschluß der SU (bis an den Ural) auf den Tisch bringen. Der sinnige Vorschlag von Egon Bahr, den auch die Linken in ihrem Antrag übernahmen, nämlich eine atomwaffenfreie Zone der europäischen Nichtnuklearstaaten vorzuschlagen, wurde im Vorwege bereits im Vorstand abgebügelt.

Wenn die SPD bzw. der Rogersplan atomare Systeme durch konventionelle Zielwaffen mit entsprechender Vernichtungswirkung für militärische Ziel im Bereich der WVO selbst ersetzen bzw. zusätzlich aufbauen wollen, so steht das natürlich völlig im Widerspruch zur SPD-Behauptung, sie wolle eine NATO, die gar nicht angriffsfähig sei, sondern nur die Panzerarmee der WVO abwehren könne. Carsten Voigt erklärt das so: „*Allerdings wird wahrscheinlich auch eine defensive verteidigungspolitische Zielsetzung nicht auf die Fähigkeit verzichten können, die Heranführung von militärischen Verstärkungen aus der Sowjetunion und Osteuropa militärisch unterbinden zu können*" (aus „Möglichkeiten und Grenzen einer Konventionalisierung", in Würzbach, Peter-Kurt: Die Atomschwelle anheben, 1983). Nur die Verwechselbarkeit mit Atomwaffen (d.h. die duale Bewaffnung dieser Systeme) will die SPD ausgeschlossen wissen, weil dies die Gefahr einer atomaren Eskalation beinhalte.

Bei dieser „defensiven" Aufgabe möchte Carsten Voigt auch keinesfalls auf Angriffe auf die Sowjetunion selbst verzichten, nur konventionell soll es sein: „*Die Pershing II ist aufgrund ihrer im NATO-Doppelbeschluß verbindlich festgelegten Reichweite und Stückzahl im Gegensatz zu den Befürchtungen der Friedensbewegung keine Waffe, die für den bewaffneten Erstschlag geeignet ist. Aber sie ist aufgrund ihrer technologischen Eigenschaften zum Einsatz gegen ortsfeste Ziele von hohem strategischen Wert, wie z.B. Brücken, Flugplätze, Befehls- und Kommunikationszentren, geeignet. Diese Ziele sind z.T. zeitkritisch, d.h. der Angriff auf sie müßte je nach Kriegsverlauf relativ frühzeitig erfolgen, wenn er militärisch wirkunsvoll sein soll. Daraus ergäbe sich ein militärischer Anreiz zu einem relativ frühen Einsatz der Pershing II und unter bestimmten Bedingungen auch zu einem nuklearen Ersteinsatz von seiten der NATO. Gegen die Ziele, die künftig von der Pershing II abgedeckt werden sollen, ist zwar auch heute bereits der Einsatz von Nuklearwaffen vorgesehen. Aber es ist anzustreben, daß zeitkritische Ziele im Rahmen einer weitreichenden Abriegelung in Zukunft möglichst durch konventionelle Waffen der NATO abgedeckt werden*" (ebd.).

So wundert es wenig, daß Voigts ei-

hen. Aber es ist anzustreben, daß zeitkritische Ziele im Rahmen einer weitreichenden Abriegelung in Zukunft möglichst durch konventionelle Waffen der NATO abgedeckt werden" (ebd.).

So wundert es wenig, daß Voigts ei-

gentliche Sorge bei der Airland-Battle Doktrin die mögliche Folge einer Eskalation ist: „*Die frühzeitige Entscheidung, gegnerische Kräfte in großer Tiefe des Territoriums des Warschauer Paktes anzugreifen, könnte als Ausgangspunkt einer Eskalation angesehen werden*" (ebd.).

So konnte dann SPD-Fraktionschef Vogel anläßlich seiner Washington-Visite im Februar „*eine Übereinstimmung zwischen den Ansichten der SPD und den Auffassungen Washingtons über eine Weiterentwicklung der Strategie des westlichen Bündnisses*" konstatieren. Diese Übereinstimmung gelte, so Vogel, der „*Anhebung der Nuklearschwelle und weiteren Reduzierung nuklearer Gefechtsfeldwaffen*", der „*Stärkung der konventionellen Komponete und einer Belebung der politischen Elemente der Bündnisstrategie*" (FAZ, 14.2.84).

... bis zum „Ritt gen Osten"

So soll auch nicht in Vergessenheit geraten, daß der SPD-Experte Horn einer der ersten Verehrer dieser Offensivpolitik war und die Anschaffung von „*konventionellen Waffensystemen*" forderte, „*die jede größere Panzeransammlung bereits in den Aufmarschräumen der Sowjetunion zerstören und so eine eventuelle angreifende erste Panzerstaffel von nachfolgenden Verstärkungen abschneiden könnten... Diese Entwicklung geht in den USA nach den Worten Horns einher mit einer neuen strategischen Denkschule, die den Panzer als Waffe im elektronischen Zeitalter für ebenso überholt hält, wie es die Ritterrüstung nach der Erfindung des Schießgewehrs war. 'Ausweitung des Schlachtfeldes' heißt die Devise; das Territorium des*

Fortsetzung von vorheriger Seite

möglichen Gegners soll zum Schlachtfeld gemacht werden, ohne daß es besetzt werden müßte... Solche konventionellen Abwehrsystem sind nach Horns Worten auch wesentlich billiger ... Die Politiker müßten nach Ansichts Horns schon Vorkehrungen treffen, daß die Entwicklung in die Richtung solcher konventionellen und defensiver (?) *Systeme geht''* (FR, 20.7.1982)

So wird der militärische Ostlandritt — diesmal auf konventionellen Raketen — ins ,,defensive'' Arsenal eingereiht.

Auch Carsten Voigt gab zu den Vorteilen von Airland-Battle zu bedenken: *,,Die Vorneverteidigung erfordert aber, daß das Bündnis die Front möglichst weit vorn hält, um die territoriale Integrität der Mitgliederstaaten, ganz besonders der Bundesrepublik Deutschland, zu erhalten. Ein Bewegungskrieg entlang der innerdeutschen Grenze könnte zu einer weitgehenden Zerstörung der Bundesrepublik Deutschland führen, wo 40 Prozent der Bevölkerung und 60 Prozent der Industrie nicht mehr als 100 km von der Grenze entfernt angesiedelt sind.''* (Carsten Voigt, ,,Möglichkeiten ...'')

Also muß man im Kriegsfall schon nach Osten — defensiv versteht sich — vorstoßen.

Die Sicherheitsdebatte in der SPD zeigt, daß sich die Differenz zur NATO-Planung im wesentlichen auf einen Punkt, nämlich die Rolle der atomaren Schlachtfeldwaffen reduziert — im Airland-Battle-Konzept wird eine duale Ausrüstung vorgesehen, die SPD möchte lieber den konventionellen Angriff. Nun ist den klügeren SPD-Köpfen entgangen, daß ihre Vorstellungen einen weiteren Haken haben. Immerhin macht die derzeitige Situation es augenfällig, daß jeder Krieg in Europa in einer atomaren Katastrophe enden dürfte, während die Konventionalisierung der Schlachtfeldwaffen, zwar die Atomschwelle hebt, aber die Kriegsschwelle, d.h. die Risikoschwelle dazu und damit letztlich doch wieder die Gefahr des Eintritts in einen Atomkrieg senken dürfte: ,,Andererseits könnte eine Anhebung der Nuklearschwelle vielleicht zu einer Senkung der allgemeinen Kriegsschwelle führen'' (Carsten Voigt, ebd.)

An anderer Stelle (s. obige Quelle) schreibt er, daß über die *,,Implikationen einer Konventionalisierung ... ein unzweideutiges Urteil nicht möglich''* sei, es geben, auch ,,destabilisierende Folgen''. *,,Die Nuklearwaffen erhöhen die Kriegsschäden und wirken dadurch abschreckend, aber sie stellen die Aussicht auf eine Konfliktbeendigung und Schadensbegrenzung in Frage. Bei der konventionellen Abschreckung verhält es sich genau umgekehrt.''*

Die Sicherheitspartnerschaft: Kniefall und Kriegsfall

In den 60er Jahren hatte sich anstelle

Die Sicherheitspartnerschaft: Kniefall und Kriegsfall

In den 60er Jahren hatte sich anstelle des Atomwaffenmonopols der USA eine gegenseitige atomare Vernichtungsfähigkeit entwickelt. Auf dieser Basis entstand die ,,Entspannungspolitik'', die vor allem von der SPD hierzulande vorangetrieben worden war. Sinnbildlich war dafür der Kniefall Willy Brandts vor dem Gedenkmal für das Warschauer Ghetto, während gleichzeitig für den nächsten möglichen Kriegsfall weiter aufgerüstet wurde. Der Slogan, daß diese Entspannungspolitik zu beiderseitiger Abrüstung oder auch nur zur Beschränkung des Wettrüstens beitragen könne, hat sich schlicht als ,,Irrtum'' erwiesen.

Heute propagiert die SPD eine ,,Sicherheitspartnerschaft der bestehenden Militärblöcke'', der dann eine europäische Friedensordnung und die Überwindung dieser Blöcke folgen soll.

Es handelt sich dabei um eine der heute üblichen Begriffsbildungen, die das Gegenteil der eigentlichen Zielsetzung verbreiten sollen, wie etwa die Begriffe ,,Entsorgungspark'' oder ,,Hochsicherheitstrakt'' die schönsten Aussichten herbeireden.

Die beiden Militärblöcke richten sich nun einmal gegeneinander; ihre Existenz ist Ausdruck antagonistischer Interessen, sowie der latenten Bereitschaft, diesen unversöhnlichen Widerspruch unter noch zu klärenden Bedingungen (Kriegserklärungen) durch Feuer und Schwert zu entscheiden. Behauptet man wie viele Sozialdemokraten, daß niemand in Mitteleuropa Krieg führen wolle, weder die USA noch die UdSSR, dann wäre es der helle Wahnsinn, diese an sich so friedliche Landschaft mit Kriegsmaterial vollzustopfen und dadurch und nur dadurch (um im Bild dieser Leute zu bleiben) den einzigen Anlaß für den großen Knall erst herbeizuschaffen. Der Begriff ,,Sicherheitspartnerschaft'' ist ein weiterer Versuch, diesen Antagonismus wegzuschönen bzw. wegzuschwätzen. Ungefähr nach dem Motto: ,,die beiden Blöcke existieren nun einmal. Einen rationalen Grund dafür gibt es eigentlich nicht. Es wäre aber gefährlich, jetzt einfach einseitig daraus auszusteigen. Stattdessen müssen wir erst einmal auf einen Prozeß hinarbeiten, der der eigentlichen Zwecklosigkeit der beiden Blöcke Rechnung trägt.'' Nun ist aber ein Militärpakt, der seinen Gegner bzw. dessen Pakt als P a r t n e r begreift, höchstens noch dazu geeignet, gemeinsam Dritte zu überfallen. Andernfalls ist die Existenz dieser Blöcke nicht nur einfach überflüssig, sondern mit tödlichem Risiko verbunden. Insofern haben all diese im Grunde idiotischen Formeln der SPD zum eigentlichen Zweck, jede Diskussion um einen NATO-Austritt abzublocken.

Gerade bei der NATO-Mitgliedschaft, an der die SPD unverbrüchlich festzuhalten gedenkt, hat die SPD eindeutig Flagge gezeigt. Während sie sich ansonsten verbal zumindest den Sorgen der Friedensbewegung anzunehmen gedenkt, ist eine Neutralismus- bzw. Anti-NATO-Position derzeit außerhalb jenes Spektrums, das die SPD aufzunehmen oder zu integrieren gedenkt. *,,Die Bundesrepublik bleibt politisch und militärisch eingebunden in der Eropäischen Gemeinschaft und in der NATO. Sie findet das für uns erreichbare Maß an Sicherheit nur mit ihren Partnern''*, heißt es im SPD-Beschluß, auch wenn in diesem Bündnis die Sicherheitsinteressen nicht einfach ,,deckungsgleich'' seien.

Trotz dieser Einhelligkeit gibt es zumindest Differenzierungen dazu in der SPD. Bereits die absolute Ausnahme in der SPD dürfte die Position des Unterbezirks Bremen-Ost (vom Mai 1984) sein, wo es heißt, daß die NATO-Wirklichkeit *,,in einem bedrohlichen Widerspruch''* zu ihren Gründungsabsichten stehe. Wenn die derzeitige Entwicklung nicht aufgehalten werde, bedeute die Mitgliedschaft in der NATO ,,mehr Gefahr als Schutz'', deshalb stelle die Frage einer *,,grundlegenden Strukturreform ... oder des Verbleibs der BRD in der NATO überhaupt, mindestens ihres Verbleibs in der militärischen Infrastruktur.''* Die Bremer Jusos, die diese Beschlüsse per Broschüre bekanntmachen, wollen hingegen keinen NATO-Austritt anstreben, sondern den Militarismus der BRD in der NATO gebremst sehen. Die Beschlußvorlage des Parteivorstandes, der einen NATO-Verbleib ohne Wenn und Aber formulierte, fanden aber auch die Bremer Jusos ,,gefährlich'', die BRD müsse ihre Existenzinteressen in der NATO vorbringen, durchsetzen und ,,im Bedarfsfalle'' Zustimmungen verweigern können.

Und um diese Position gab es immerhin einen Streit auf dem Parteitag. Man könne nicht um jeden Preis in der NATO bleiben wollen, formulierte Henning Scherf auf dem Parteitag. Um den Widerspruch zu den Linken zu

Und um diese Position gab es immerhin einen Streit auf dem Parteitag. Man könne nicht um jeden Preis in der NATO bleiben wollen, formulierte Henning Scherf auf dem Parteitag. Um den Widerspruch zu den Linken zu glätten, wurde als ,,Preis'' (so die FAZ vom 21.5.84) die textliche Änderung gezahlt, daß die BRD ihre Sicherheit in der NATO eben nur dann erlange, *,,wenn sie ihre eigenen Sicherheitsinteressen im Bündnis definieren, einbringen und d u r c h s e t z e n''* könne. Der Parteivorstand hatte seine Interessen und Absichten in die NATO nur ,,einbringen'' wollen. Erhard Eppler machte dann noch den Versuch, das ganze auf eine ,,Wortklauberei'' runterstufen zu wollen (s. Anhang).

Nun will ja nicht nur die SPD Interessen in der NATO ,,durchsetzen'', dies wollen insbesondere die wichtigsten Partner innerhalb der NATO, vor allem die USA, aber auch Großbritannien bzw. Frankreich. Bei allen strategischen Vorschlägen, bei allen Reformen, werden sich nur die Vorstellungen durchsetzen können, die sich mit denen der Hauptpartner im wesentlichen decken. Es wird nur eine Konventionalisierung geben, die die Kriegsfähigkeit der USA erhöht, besondere Wege, ,,defensiv'' ausgerüstete Truppenteile z.B., lassen sich lediglich als E r g ä n z u n g , nicht als Ersatz bisheriger NATO-Konzepte verwirklichen. Was die NATO-Partner an Vorschlägen für nützlich halten, wird benutzt, der Rest verworfen. An den Hauptmächten vorbei wird es sicherlich keine Strategien geben.

Das Spiel, wie es zu solchen Kompromissen kommt, ist jahrelang erprobt bei der SPD. Die Linken finden über Abstriche zu einem Kompromiß mit den Parteirechten, für die Regierungsfähigkeit müssen die nächsten Abstriche her, um Unterstützung in der NATO zu finden, die wiederum nächsten.

Es kommen dann Ergebnisse heraus, wie etwa der Geniestreich des NATO-Doppelbeschlusses, der bekanntlich auf irgendeine Idee von Helmut Schmidt zurückgehen soll. Die in einem SPD-Text gemachten Vorschläge, sind so natürlich nicht ernst oder wörtlich gemeint, wenn jeweils anzumerken ist, für deren Verwirklichung wäre die Zustimmung der NATO vorausgesetzt.

Keine Horizontalisierung?

Die mangelnde Durchsetzungsfähigkeit gilt auch umgekehrt für eine Horizontalisierung, die die SPD ablehnen möchte: sie will keine geographische noch faktische Ausweitung der NATO-Aktivitäten, keine horizontale Eskalation eines anderswo ansgebrochenen Konfliks auf Europa. In diesem Sinne will sie zur Entschärfung von Konflikten in der 3. Welt (es müßte heißen: vor allem mit der 3. Welt) beitragen.

Die globale Horizontalisierung von Konflikten auch über den NATO-Geltungsbereich hinaus ergibt sich ebenfalls aus der Natur der Sache, sobald eine der Seiten nicht mehr bereit ist, einen Konflikt entsprechend zu begrenzen oder zu lokalisieren. Bei jeder (auch begrenzten) Konfrontation zwischen den Weltmächten muß ganz zwangsläufig von einer weltweiten strategischen Front ausgegangen werden. Hinzu kommen ganz praktische Aspekte: die BRD ist regelmäßig Aufmarsch- und Nachschubgebiet für solche Konflikte; die Begrenzbarkeit setzt jedoch gerade voraus, daß eine entsprechende Präsenz, Alarmbereitschaft oder Aufmarsch an anderen Fronten geschieht.

Die BRD müßte schon gegenüber einer solchen Eskalationsmöglichkeit zumindest dafür sorgen, daß sämtliche ausländische Truppen, Waffen aus der BRD entfernt sowie die Aufmarschrechte aufgehoben würden, daß somit eindeutig erklärt würde, daß die BRD sich absolut neutral zu verhalten und sich lediglich gegen direkte Angriffe aufs äußerste zu verteidigen gedenke, wenn die winzige Chance des Überlebens bestehen soll. Nur dann würde einem Angreifer absolut nichts außer Nachteilen geboten werden. Einen Beistandspakt schließt dies aber absolut aus, eine ,,Finnlandisierung'' jedoch ein. Solange innerhalb der NATO offene oder verdeckte Spielchen mit ,,Reformen'' betrieben werden, wird die BRD zentrales Schlachtfeld eines Weltkrieges und möglicher horizontaler Eskalationen sein und bleiben — SPD-Reformideen nützen da nicht das geringste.

HH (unter Verwendung von Materialien von dsm und Kt.), die Zusammenstellung der Stellungnahmen besorgte m. aus Nürnberg

Stellungnahmen und Positionen zur SPD-Sicherheitsdebatte

Andreas von Bülow: Gedanken zur Weiterentwicklung der Verteidigungsstrategien in Ost und West

Nach einer Analyse der Entwicklung seit 1945 aus seiner Sicht stellt B. fest, daß es eine zunehmende ,,Akzeptanzkrise'' hauptsächlich in der BRD, aber auch ansatzweise in den anderen europäischen Ländern gegenüber der bisherigen NATO-Strategie gibt. Den Grund dafür sieht er in den Überlegungen der Reagan-Administration über Führbarkeit und Gewinnbarkeit von Atomkriegen, über die horizontale Eskalation usw.

Er grenzt sich dann von vornherein gegen alle Konzepte des Alleingangs ab, der BRD innerhalb Europas sowieso, aber auch ohne Absprache und ,,Abstützung'' durch die USA hält er kein Verteidigungskonzept für tragbar.

Er tritt für eine ,,starke Europäisierung der Verteidigung Westeuropas'' ein, die ,,ein enges Zusammengehen Frankreichs und Deutschland'' voraussetzt.

Kernstück seines Papiers ist eine sogenannte ,,Bedrohungsanalyse'', ein Begriff, der immer wieder in den verschiedensten Papieren auftaucht, so auch im Parteitags-Beschluß. In dieser Bedrohungsanalyse stellt er fest: Die SU hat objektiv keinen Grund, sich in das Abenteuer und die unendlichen Gefahren eines Dritten Weltkrieges hineinzustürzen. Im Gegenteil, die Größe des Landes, der niedrige Stand der sowjetischen Infrastruktur, die al-

SU hat objektiv keinen Grund, sich in das Abenteuer und die unendlichen Gefahren eines Dritten Weltkrieges hineinzustürzen. Im Gegenteil, die Größe des Landes, der niedrige Stand der sowjetischen Infrastruktur, die al-

lerdings vorhandenen riesigen Bodenschätze usw. führen dazu, daß die SU ein großes Interesse daran hat, daß der westliche Teil Europas ihr bei der Bewältigung dieser Probleme hilft. *,,Von daher ist Aggressivität gegenüber Westeuropa kaum zu unterstellen,...''.* Das hieße allerdings nicht, daß die SU ohne weiteres bereit sei, Pufferzonen wie Osteuropa einfach aufzugeben. *,,Was die Sowjetunion aus objektiver Sicht braucht, ist eine lang anhaltende, durch Embargos nicht gefährdete Partnerschaft bei der Entwicklung ihres Landes.''* (S. 7)

Außerdem bezweifelt er, daß die SU in der Lage sei, ihre Wehrpflichtigenarmee für einen Krieg motivieren zu können, der das Risiko der totalen Zerstörung in sich birgt. Für noch unwahrscheinlicher hält er, daß die Armeen Polens, der DDR, Ungarns und der CSSR dafür zu motivieren wären.

Die Militärstruktur der SU hält er zwar für ungünstig *(,,sieht gefährlich aus und kann auf Dauer so nicht bleiben, will man verhindern, daß Bedrohungsängste immer wieder in der Politik zum Teil irrational durchschlagen'',* hinter dieser verwaschenen Formulierung steckt wohl, daß er selbst es eher für ein psychologisches Problem hält, wenn der SU Überlegenheit angedichtet wird), er erwähnt die ,,Materialüberlegenheit'' der SU, relativiert dies aber gleich mit dem Hinweis auf die Erfahrungen der SU im 2. Weltkrieg, bei dem die Materialunterlegenheit für die SU ein großes Problem gewesen sei. Außerdem habe sich im Nah-Ost-Krieg erwiesen, daß das sowjetische Material keineswegs so haushoch überlegen sei, wie das immer wieder behauptet würde. *,,Die im Westen allgemein verbreitete Vorstellung, die Sowjetunion könne zwar in ihrem Industriesystem ineffizient wie auch immer sein, im Bereich der Waffenproduktion jedoch könne es ihr gelingen, auf ungeahnte Qualitäts- und Produktionsstufen vorzustoßen, erscheint mehr als fraglich.''*

Er untersucht dann die Frage, ob die SU unter Umständen aber dennoch in der Lage wäre, einen Angriff gegen die BRD zu starten und konstruiert dann detailliert ein — wie er es selbst nennt — *,,zwar äußerst unwahrscheinliches, aber doch letztlich denkbares Szenario, auf das der Westen nicht unvorbereitet sein darf''.* (S. 8)



Auf der ,,Bedrohungsanalyse'' und dieser letzten ,,Einschätzung'' beruht nun sein Entwurf für ein Verteidigungskonzept der BRD. Grundüberlegung: Weg von Atomwaffen, hin zu intelligenten konventionellen Waffen. *,,Die atomare Schwelle muß massiv*

nun sein Entwurf für ein Verteidigungskonzept der BRD. Grundüberlegung: Weg von Atomwaffen, hin zu intelligenten konventionellen Waffen. ,,Die atomare Schwelle muß massiv

angehoben werden, ohne der anderen Seite gleichzeitig einen Anreiz für die Führung eines konventionellen Krieges zu geben. Die artillerieartig einsetzbaren Atomwaffen kürzester Reichweite, die in der Regel mehr selbst abschrecken als der eigenen Verteidigung nützen, müssen vom Territorium der Bundesrepublik ersatzlos abgezogen werden. Ihr Einsatzspektrum könnte in Kürze von konventionellen Waffen übernommen werden (intelligente Minen verschossen aus Raketenwerfern, oder über Flugzeuge, panzersuchende und zerstörende Drohnen). Die Aufgaben der Lance und Pershing I sollten ebenfalls von neuen konventionellen Waffen übernommen werden. (...) Die P II-Raketen (...) sollten abgezogen und zugunsten einer seegestützten Cruise-Missile-Version aufgegeben werden.''

Zum Problem der fehlenden Wehrpflichtigen zu Beginn der 90er Jahre (100.000 zu wenig) lehnt er die Verlängerung des Wehrdienstes, Einbeziehung von Frauen oder Gastarbeitern ab. Er schlägt dagegen eine Verstärkung des Reservisten- und Miliz-Konzeptes vor (,,Kadern'' des Heeres).

3/4 der deutschen Grenze sei bergig und bewaldet, also äußerst ungünstig für ein schnelles Durchpreschen von Panzereinheiten. *,,Es müßte mit dem Teufel zugehen, wenn es nicht gelänge, ein derartiges Territorium so mit Panzerabwehrkapazitäten zu versehen, daß ein Durchkommen für einen möglichen Gegner alles andere als ein Spaziergang werden würde. Dieser Gegner könnte bei einer dezentral aufgebauten Panzerabwehr mit intelligenten Minen, aus vorbereiteten Hinterhalten kämpfenden Milan- und Hot-Schützen, in Schwerpunkten verstärkt durch Artillerie und Luftwaffe, allenfalls mit stärksten Infanteriekräften durchkommen, eine Kampfart, auf die auch die Sowjetarmee wenig vorbereitet sein dürfte.''*

Für dieses Konzept der Techno-Guerilla sieht er auch die personellen Voraussetzungen: *,,Es sind dies auf weiten Strecken durchaus ländliche Gebiete, deren Bevölkerung außerordentlich heimatverbunden ist, die sich auskennt im entsprechenden Gelände, die binnen Stunden, wenn nicht Minuten mobilisierbar wäre. Die Motivation für eine solche Aufgabe dürfte nicht gering sein.''* Aus diesen Überlegungen heraus lehnt er das bisherige Bewaffnungskonzept der Bundeswehr ab. *,,Es sollten daher alle Möglichkeiten genutzt werden, defensive, panzerbrechende Waffensysteme, einsetzbar aus der Luft oder vom Boden aus, zu entwickeln, bedienungsfreundlich auszu-*

sollten daher alle Möglichkeiten genutzt werden, defensive, panzerbrechende Waffensysteme, einsetzbar aus der Luft oder vom Boden aus, zu entwickeln, bedienungsfreundlich auszu-

legen und in großen Stückzahlen billig zu produzieren.''

Hier verläßt er aber die rein defensive Konzeption: *,,Die Antiradardrohne kann den Gegner auf dem Gefechtsfeld in kürzester Zeit blind machen und der Luftwaffe einen schnellen Durchbruch zu den Aufmarschzonen des Gegners verschaffen.''* Später:

,,Auch Flugplätze mit ihren Startbahnen, Verkehrsknotenpunkte,Eisenbahnlinien, Brücken sollten nur noch mit Abstandswaffen bekämpft werden. Dabei können die unbeweglichen, vermessenen Ziele mit Drohnen, Raketen oder Cruise Missiles bekämpft werden, ...'' Weiter:

,,Die Aufgabe der Abriegelung der feindlichen Kräfte in der Tiefe des Raumes ist bisher konventionell nur sehr begrenzt möglich gewesen. Hierfür mußte zur Not der Einsatz atomarer Waffen eingeplant werden. (...) Vermutlich ist es sinnvoller, sich auf maximal 100 bis 150 km Einsatztiefe vorzubereiten und allenfalls einige ganz außergewöhnlich wichtige Ziele, die der Gegner zwingend für seinen Aufmarsch benötigt, durch konventionellen Einsatz in noch größerer Tiefe zu bekämpfen.''

Nach der Entwicklung dieser Strukturen könne dann die NATO perspektivisch auf den Ersteinsatz von Atomwaffen verzichten.

Egon Bahr

Von ihm wurde der Leitantrag für den Parteivorstand erarbeitet und auf dem Parteitag begründet. Das erübrigt hier weitere Erläuterungen. In einem Punkt

Fortsetzung nächste Seite

Fortsetzung von vorheriger Seite

konnte Egon Bahr sich allerdings nicht durchsetzen, mit der Forderung nämlich, daß alle Atomwaffen grundsätzlich vom Boden der Staaten abzuziehen seinen, die darüber nicht verfügen, was so etwas wie eine atomwaffenfreie Zone der Nicht-Nuklear-Staaten in Europa ergeben würde. Darauf prügelte nicht nur der SPD-Rechte Karl Kaiser („Friedensforscher'') herum, weil damit die NATO infrage gestellt würde und die Bewaffnung der Sowjetunion unberührt bleibe, „mit der sie das gesamte westeuropäische Vorfeld mit Raketen erreichen kann, ... während die Gegenmacht USA zurückziehen muß'' (auf See zurückziehen muß, hat er vergessen zu sagen, wie es vor der Stationierung im Bereich der Mittelstreckenraketen ja war).

Auch der SPD-Linke v.Oertzen wetterte: Egon Bahr wie die Aktion Sühnezeichen hatten die Auffassung geäußert, ein Atomwaffenfreies Europa unter Einschluß der Sowjetunion „bis an den Ural'' sei wohl kaum realistisch — von Oertzen setzte sich nun mit Bahr auseinander, indem er die Aktion Sühnezeichen schalt.

Aktion Sühnezeichen:

Einen sehr interessanten Vorstoß zur SPD-Sicherheitspolitik unternahm „Aktion Sühnezeichen'' mit einem Brief an SPD-Parteitagsdelegierte am 3.5.84. Zum ersten Male unternahm eine (aus dem kirchlichen Bereich kommende) Gruppe aus dem Friedensbündnis einen Vorstoß über ihre bisherige Politik hinaus, lediglich der Einbeziehung von Sozialdemokraten in Aktionen der Friedensbewegung den Weg zu ebnen, und mischte sich ihrerseits öffentlich in die SPD-Debatte ein (s. auch FR, 7.5.84, FAZ, 10.5.84). Der Brief knüpfte an dem Auftreten von Willy Brandt bei der Kundgebung in Bonn an, was Aktion Sühnezeichen als „Anzeichen dafür verstanden'' hätte, daß nun die *„Überzeugung von der Notwendigkeit der Überwindung des Abschreckungssystems''* nicht nur in breiten Teilen der Bevölkerung sondern auch zunehmend bei denjenigen Einzug nehme, *„die in den politischen Strukturen der Bundesrepublik Deutschland Entscheidungen zu treffen haben''*. Es werden dann detailliert die Einzelfragen der Vorlage des Par-

Deutschland Entscheidungen zu treffen haben''. Es werden dann detailliert

die Einzelfragen der Vorlage des Parteivorstands behandelt, was hier nicht in allen Einzelheiten wiedergegeben sondern nur angerissen werden soll. Es wird bemängelt, daß man die Forderungen in der NATO nur „einbringen'' aber nicht „durchsetzen'' wolle; daß die Forderung nach „defensiver'' Bewaffnung nur für die Bundeswehr unter Aussparung der übrigen NATO-Truppen (hier in der BRD) gestellt werde; daß nicht berücksichtigt werde, daß eine solche Forderung eine erhebliche Aufrüstung bedeuten könne und somit den Plänen der NATO (Rogers-Plan) Vorschub leiste. Aktion Sühnezeichen gewinnt den Eindruck, daß *„friedenspolitisch folgenlose Kompromisse zwischen Positionen''* formuliert würden, *„die sich in ihren Konsequenzen wechselseitig ausschließen''*, es wird der „Zweifel begründet, daß die SPD nach „friedenspolitisch neuen Wegen'' suche, wobei die höfliche Einschränkung „mit hinreichender Konsequenz'' nicht fehlen darf.

Immerhin führte das dazu, daß auf dem SPD-„Linken''-Treffen ein größerer Teil sich diese Kritik zu eigen machte und einen eigenen Antrag formulierte (s. die Erläuterungen von Gilges). Den SPD-Leitantrag verteidigte hingegen in dieser „Linken''-Runde vor allem Erhard Eppler, der es als seinen Erfolg ansah, daß ein „Offenhalten der Positionen'' im Antrag niedergeschrieben würde, so daß die Annahme für rechte Mitglieder schon „fast unmöglich'' sein — eine Antilinkenrolle, die er auf jedem Parteitag seit Jahren spielt. Leider ist es zumindest öffentlich bei diesem einmaligen Vorstoß von Aktion Sühnezeichen geblieben, so daß unbekannt ist, welche Konsequenzen sie und andere daraus ziehen wollen, daß eben nicht auf der Ebene derjenigen, die Entscheidungen zu treffen haben, die Forderungen der Friedensbewegung Eingang gefunden haben, bzw. auch bei der SPD nicht gut aufgehoben wären.



Willy Brandt und Oskar Lavontaine: Vergangenheit und Zukunft der SPD?

Konrad Gildes: Für eine neue Sicherheitspolitik

(aus: „Sozialismus'', 6/84 [Juni/Juli]) (Konrad Gilges war von 1973 - 79 Bundesvorsitzender der Falken, ist seit 1980 Mitglied der SPD-Fraktion im Bundestag; dort tätig im Ausschuß Jugend, Familie und Gesundheit.)

Er bezieht sich in seinem Beitrag auf die Diskussionen und Ergebnisse des Essener Parteitags. Daher werden auch einige Stellungnahmen von anderen SPD'lern zitiert.

K.G. berichtet von den Auseinandersetzungen im Vorfeld des Parteitages um die Frage, welcher Antrag zur Grundlage der Generaldebatte gemacht werden soll. Es gab einerseits den Leitantrag des Parteivorstandes und einen als Initiativenantrag vorgelegten Antrag der „Linken'', in dem „ein neues Sicherheitskonzept'' gefordert wurde. Der Versuch, den Initiativantrag zur Grundlage der Debatte zu machen, scheiterte.

K.G. faßt die grundsätzlichen Differenzen zu den Positionen des Parteivorstands folgendermaßen zusammen:

1. Nato

Der Parteivorstand hatte in seinem Leitantrag formuliert: *„Die Bundesrepublik bleibt politisch und militärisch eingebunden in die Europäische Gemeinschaft und in der NATO''.*

Dazu zitiert K.G. einen Redebeitrag von **Henning Scherf** auf dem Parteitag: *„Ich denke, wir haben in den letzten Jahren, insbesondere seit die Wenderegierung in Bonn Politik macht, eine große Zahl von Anlässen gefunden, aus denen heraus man eine kritische Einschätzung der NATO gewinnen kann. Ich bin also der Meinung, daß man nicht sagen sollte: wir bleiben um jeden Preis in der NATO, sondern daß wir schrittweise konkretisieren müssen, für welche bundesrepublikanischen Sicherheitsinteressen wir weiterhin in der NATO unsere Sicherheitspolitik vertreten wollen.''*

K.G. kommentiert „Die NATO kann kein Endzustand sein. Wenn wir wirklich die Existenz der Militärblöcke überwinden wollen, müssen wir auch die NATO zur Disposition stellen. Dabei bin ich mir im klaren, daß ein Austritt aus der NATO zum gegenwärtigen Zeitpunkt weder machbar noch sinnvoll ist. Aber ich bin überzeugt, daß die Diskussion über die Stellung und die Sicherheitsinteressen der Bundesrepublik in der NATO nur glaubhaft sein kann, wenn man auch gleichzeitig die Strukturen in Frage stellt.''

Bei der Schlußabstimmung über den Antrag wurde dann auf Initiative der „Linken'' folgende Änderung durchgesetzt: die Bundesrepublik finde das *„erreichbare Maß an Sicherheit nur mit ihren Partnern und nur dann, wenn sie ihre eigenen Sicherheitsinteressen innerhalb des Bündnisses definieren, einbringen und* **durchsetzen** *kann.''* Das Wort „durchsetzen'' war vom Parteivorstand nicht vorgesehen gewesen und **Erhard Eppler** hat das so begründet: *„Henning und Konrad, wenn wir sagen, wir müßten unsere Interessen in der NATO definieren und sie einbringen, und ihr sagt, das reiche aber nicht, die müsse man auch durchsetzen, stellt ihr euch das eigentlich so einfach vor, daß wir, wenn wir unsere Interessen einbringen, unsere Sprüchlein sagen und uns dann wieder hinsetzen und kuschen wollen? Wir meinen alle Geltendmachung. Ich frage mich, ob wir so mißtrauisch miteinander umgehen müssen, daß wir in solche Wortklaubereien verfallen.''*

K.G. meint, das sei keineswegs eine Wortklauberei, *„denn wenn die Bundesrepublik ihre Sicherheitsinteressen in der NATO nicht 'durchsetzen' kann — und dies läßt sich doch objektiv festmachen — dann bietet der Zusammenschluß NATO eben keine militärische 'Sicherheit' mehr, dann ist die NATO für uns nicht mehr akzeptabel.'' Und etwas weiter: „Seit 1979 ist deutlich geworden, daß unsere Sicherheitsinteressen in der NATO keine Berücksichtigung mehr finden. Viel zu oft wurde dokumentiert, daß die NATO zum Instrument der außenpolitischen Interessen der USA geworden ist. Man kann darüber streiten, ob diese Tatsache bereits in den Verträgen angelegt war. Aber die Auseinandersetzung um den 'NATO-Doppelbeschluß' hat allen klar vor Augen geführt, daß die Interessen der Europäer andere sind als die der USA. (...) Eine Minderheit von Sozialdemokraten hatte diese Entwicklung bereits 1979 vorausgesehen. Konzepte wie die horizontale Eskalation, Airland Battle, Airland Batte 2000 und ihre Ausführungsbestimmungen in Field-Manual 100-5, sowie die sogenannten 'Enthauptungsstrategien' sprengen die Grundlagen des NATO-Vertrages. Deshalb haben wir uns in Essen bemüht, über die Rolle und Funktion der NATO zu diskutieren.''*

2. Abschreckungspolitik

K.G. macht einen zweiten grundlegenden Widerspruch zum Leitantrag des Parteivorstandes, aber auch zu Egon Bahr und Eppler an der Abschreckungsfrage fest. Für die Parteilinke zitiert er **Wolfgang Amlung** (Hessen-Süd):

„Von diesem Parteitag muß das Signal ausgehen, daß wir einen vollständigen Ausstieg aus der Abschreckungsstrategie wollen: sowohl aus der nuklearen als auch aus der konventionellen. Abschreckung — auch konventionelle Abschreckung — und Sicherheitspartnerschaft sind unvereinbar (...) Der Antrag des Parteivorstandes hat noch eine Reihe von Schwachstellen und Widersprüche, insbesondere an dem Punkt, was den Ausstieg aus der Abschreckungspolitik betrifft. Wenn dort die Rede davon ist, daß die konventionellen System Abschreckungsaufgaben nuklearer System übernehmen sollen, dann ist das eben kein Ausstieg aus der Abschreckungspolitik, sondern ein Beibehalten der Abschreckungspolitik.''

K.G. zitiert aus dem Initiativantrag der Linken:

„1. Verzicht auf offensive Strategien und entsprechende Kriegsführungswaffen. Rüstung und Strategie sollen keine Seite zur Eskalation in der Krise zwingen.

2. Überwindung der nuklearen Abschreckungspolitik und Abschaffung der Atomwaffen.

3. Jede Option auf die Begrenzbarkeit des Nuklearkonflikts und die Entwicklung von Atomwaffen zu Kriegsführungswaffen wird abgelehnt.

4. Die nuklearen System kurzer und mittlerer Reichweite sind auf der Grundlage kontrollierbarer Verhandlungsergebnisse oder im Zuge kalkulierbarer einseitiger Schritte zwischen beiden Bündnissystemen zu eliminieren. Der Abbau dieser Waffen darf nicht zu einer Ausweitung und Modernisierung der konventionellen Bewaffnung führen.''

Mit diesen Formulierungen wollen sich die Parteilinken absetzen von Positionen **Epplers,** wie: „Wir wollen weg von der atomaren Abschreckung'' oder **Egon Bahrs**: „Abschreckung ist politisch, militärisch, wirtschaftlich und ethisch nur als Übergang zu einem Zustand zu rechtfertigen, in dem beide Seiten bei gleichem Risiko Sicherheit erhalten.''

Die Linken scheinen in diesem Punkt keinen Einfluß auf die letztlich verabschiedete Position im Leitantrag genommen zu haben, jedenfalls erwähnt K.G. das nicht.

3. Konventionelle Bewaffnung

K.G.: *„Ich glaube, daß wir in diesem Punkt bei der Schlußabstimmung wesentliche Verbesserungen in den Antrag des Parteivorstandes einbringen konnten. Es heiß nun: 'Ein neues Sicherheitskonzept muß von der nuklearen Abschreckung wegführen und schrittweise eine defensive konventionelle Struktur herstellen, so daß langfristig eine strukturelle Nichtangriffsfähigkeit erreicht wird... Zwischen der NATO und der Warschauer Vertragsorganisation ist konventionelle Stabilität auf möglichst niedriger Ebene herbeizuführen. Das muß auf der Basis einer realistischen Bedrohungsanalyse erfolgen, die qualitative Faktoren der Rüstung, wirtschaftliche und technologische Kapazitäten sowie gesellschaftliche und politische Bedingungen einbezieht. Streitkräftestrukturen und Bewaffnung der Bundeswehr müssen unverwechselbar defensiv sein. Sie dürfen am Willen und an der Fähigkeit zur Selbstverteidigung auf der Grundlage des Bündnisses keinen Zweifel lassen. Dazu ist allenfalls eine Umstrukturierung, keine Ausweitung der konventionellen Rüstung nötig.''*

K.G. kritisiert **Egon Bahr**, weil er in der Antragsbegründung u.a. sagte: *„Wir wollen eine Strategie, die über den Weg eines atomwaffenfreien Korridors die Abhängigkeit von taktischen Atomwaffen immer mehr abbaut und sich immer stärker auf ein konventionelle Defensivfähigkeit stützt, die dem Gegner ein zu hohes Risiko zumutet.''*

K.G. dazu: *„Die Linke fordert dagegen den Abbau der nuklearen Bewaffnung ohne gleichzeitige konventionelle Aufrüstung. Hinnehmbar ist eine Umrüstung im konventionellen Bereich, die die 'strukturelle Nichtangriffsfähigkeit' zum Ziel hat.''*

K.G. ist im Unterschied zu anderen Parteilinken wie P. v. Oertzen, der ansonsten seine Position auf dem Parteitag unterstützt hat, der Meinung, *„daß auch eine defensiv strukturierte und ausgerüstete Bundeswehr nicht in der Lage sein wird, die Bundesrepublik militärisch verteidigen zu könne. Aber diese Erkenntnis wird die SPD erst auf ihren kommenden Parteitagen zur Kenntnis nehmen müssen.''*

Helmut Schmidt:

Die SPD habe Helmut Schmidts „Sicherheitspolitik'' zu den Akten gelegt, tönt es allenthalben aus der Ecke von CDU/CSU. Allerdings sieht auch Schmidt die Notwendigkeit einer *„Neuformulierung der Gesamtstrategie der NATO''*, weil „im Falle eines tatsächlichen sowjetischen Angriffs'' der Konflikt „auf die nukleare Zerstörung Zentraleuropas hinauslaufen würde''. Schmidt zieht daraus den Schluß, daß kräftig konventionell aufzurüsten sei, und schnell heranzuziehende Truppenreserven in Frankreich und der BRD aufzubauen seien. (FR, 7.5.84) Die konventionelle Aufrüstung soll die Atomschwelle heben, bzw. den Ersteinsatz von Atomwaffen „der anderen Seite'', d.h. dem Warschauer Pakt, zuschieben, wie es Schmidt schon seinerzeit bei der Nachrüstungsdebatte ausführte: *„Eines der wichtigsten Prinzipien zukünftiger militärischer Strategie wird sein, daß man einen Dritten, einen Adressaten der eigenen Militärstrategie von dem Willen zu ihrer Durchführung nicht wird überzeugen können, wenn man nicht zuvor die eigene öffentliche Meinung überzeugt hat. Ich nenne dies das in Zukunft notwendige Prinzip der Akzeptanz militärischer Strategie. Es muß im Laufe der 80er Jahre dahin gebracht werden, daß die Entscheidung darüber, ob in einer bestimmten Lage jemand als erster eine sogenannte taktische nukleare Waffe gebraucht, dieser Zwang zur Entscheidung der anderen Seite zugeschoben werden muß''* (Die Nachrüstungsdebatte im deutschen Bundestag, Reinbek, 1984).

Weltmachtstellung kann Europa zwischen den Großmächten vor allem über gemeinsame Verteidigungsanstrengungen erreichen. Ähnlich wie die Innovation und Entwicklung der Elektronik in den USA über den Rüstungshaushalt laufe, müsse das in Europa geschehen. Als ersten Schritt für eine Europäische „Verteidigung'' solle Frankreich auch als „Schutzgarantie'' für das westdeutsche Territorium die „Force de frappe'' einsetzen, eine direkte Beteiligung der BRD daran sei zumindest vorerst nicht vonnöten. Die Bundesrepublik solle ihr ökonomisches Potential für solche Pläne und wirtschaftliche Abstützung einsetzen. (s. einen längeren Abdruck in der „Zeit'' vom 11.5., Expertenrunde zu Europa) Damit könne auch ein erheblicher Teil der US-Präsenz reduziert werden.

„Konzept für die Selbstbehauptung Europas'' von der gleichnamigen Arbeitsgruppe unter Vorsitz von Horst Ehmke

(von der Bundestagsfraktion zustimmend zur Kenntnis genommen, nachdem es in der Arbeitsgruppe von der ursprünglichen Fassung Ehmkes dahingehend geändert wurde, daß von den Rechten (Seeheimer Kreis, „Apel-Sympis) antisowjetische Passagen eingebaut worden sind.)

Sympis) antisowjetische Passagen eingebaut worden sind.)

Wie auch bei Bülow wird die Notwendigkeit einer stärkeren „Selbstbehauptung'' Europas betont, allerdings in etwas aggressiverer Weise als dort: *„Westeuropa muß seine Stellung in der Welt selbstbewußt ins Auge fassen. Es muß alle Kräfte für eine Politik der Selbstbehauptung zusammennehmen. Das hat mit einem Ehrgeiz, dritte Weltmacht zu werden, nichts zu tun.''* (...)

„Für die Verhütung eines Krieges und die Sicherung des Friedens in Europa ist ein wirksames Gegengewicht gegenüber der Macht und dem wachsenden militärischen Potential der Sowjetunion erforderlich, damit die Sowjetunion nicht einseitig die Bedingungen gemeinsamer Sicherheitspoltik bestimmen kann. Ein solches Gegengewicht kann Westeuropa nur im Bündnis mit den Vereinigten Staaten bilden.''

Insgesamt ist das Papier auch sehr viel allgemeiner gehalten als das von Bülow. Es wird nochmal die Notwendigkeit der Entspannungspolitik begründet. Ein starkes Gewicht bekommt der sogenannte „Nord-Süd''-Konflikt, ein beliebtes Thema für Sozialdemokraten, wenn sie ihr eigentliches Friedensinteresse demonstrieren wollen. *„Um zu verhindern, daß die Gefahren des Nord-Südkonflikts langfristig noch größer werden als die des Ost-West-Konflikts, ist eine Intensivierung der Politik Westeuropas gegenüber der dritten Welt erforderlich''*. Solche und ähnlich unsinnige Aussagen sind wohlfeil zu haben. Unter dem Stichwort „Sicherheitspolitik'' wird die Rolle Europas nocheinmal hervorgehoben: *„Westeuropa muß (...) eine neue Arbeitsteilung im Bündnis anstreben: Es muß selbst mehr Verantwortung übernehmen.''* Dazu gehört für die Arbeitsgruppe: Die Westeuropäer müßten

— auf der Entwicklung realistischer Bedrohungsanalysen bestehen;

— die europäische Fähigkeit zur militärischen Nachrichten- und Informationsbeschaffung („Intelligence'') durch weitgehende Vereinbarungen mit den USA sowie durch eigene Anstrengungen verbessern;

— Defensive statt offensive Militärstrukturen vertreten;

— sich nicht in Aktionen der USA reinziehen lassen außerhalb des NATO-Bereichs;

Fortsetzung nächste Seite

Fortsetzung von vorheriger Seite

— auf Abstimmung der Politik mit den USA drängen.

Militärisch hat das für sie folgende Konsequenzen:

— Die strategischen Atomwaffen sollten auf die Erfordernisse einer „Minimalabschreckung" beschränkt werden;

— zahlenmäßig geringe seegestützte Systeme würden die Rolle der eurostrategischen Atomwaffen auf eine politische Rolle als Abschreckung reduzieren;

— Verstärkung der konventionellen Bewaffnung, die ausdrücklich nur bei einem Angriff eingesetzt werden dürften;

— Abbau nuklearer Gefechtsfeldwaffen;

— allgemeine Konventionalisierung, allerdings mit dem Zusatz, daß dies „nur im Rahmen rüstungskontrollpolitischer Abmachungen möglich" sei.

Gefordert wird weiter:

— Einführung verbesserter Technologien, vor allem zur Panzer- und Flugabwehr;

— enge deutsch-französische Zusammenarbeit ...;

— Abzug aller chemischen Waffen aus Europa.

Das Papier entspricht grundsätzlich den Schlußfolgerungen des Bülow-Papiers, formuliert aber alles etwas allgemeiner und stellt die Zusammenhänge und Zielvorstellungen ein ganzes Stück weiter von rechts dar. Das liegt wohl auch an dem Kompromißcharakter des Papiers und an den rechten Vertretern in der Arbeitsgruppe.

Peter Glotz:
Referat auf dem Landesparteitag der Berliner SPD

„*Worauf wir hinarbeiten müssen — und zwar in Zwischenschritten — ist die strukturelle Nichtangriffsfähigkeit der Armeen der NATO bei zweifelsfreier Verteidigungsfähigkeit. Abrüstung durch Umrüstung — und zwar eine schrittweise beiderseitige Umrüstung — muß das Ziel sein.*" Eine genauere Konzeption dafür müsse noch erarbeitet werden. Als Namen, die in die Richtung gehen, um die es gehen soll, nannte Glotz u.a. Horst Afheldt und Emil Spanocchi. (taz, 19.3.) „*Die geltende NATO-Strategie mit ihrer selbsterklärten Abhängigkeit von Nuklearwaffen ist am Ende*", wenn nichts unternommen würde, dann werde die NATO mit ihrem derzeitigen Konzept „*nicht heute, aber morgen*" blutig scheitern. „*Entweder wir finden eine Grand Strategy, die einigermaßen mehrheitsfähig ist und aus der wir eine entsprechende Militärethik entwickeln können; oder wir werden in fünf Jahren eine Bundeswehr haben, die geistig mit dem Rücken an der Wand steht. Das wäre dann etwas ganz anderes als die Reichswehr der Weimarer Republik, deren Führer antirepublikanisch waren.*" (FR, 19.3.) Auf die bisherige NATO-Strategie bezogen: „*Dieses ganze Gedankengebäude bricht geradezu zusammen. Trudeau, Kissinger, McNamara alle haben die Wahrheit schon ausgesprochen. Wer jetzt, wie die Regierung Kohl, immer noch den Kopf in den Sand steckt, gefährdet unsere Sicherheit.*" (FAZ, 19.3.)

Karsten Voigt

warnt jetzt die Regierung und die eigene Partei vor der „*Illusion, daß der antinukleare Protest umgemünzt werden könnte in eine Zustimmung zu konventioneller Aufrüstung*" (FAZ, 10.5.) Voigt sagte gegenüber der FAZ, „*die vorgeschlagene Konventionalisierung dürfe nur als langsame Umrüstung und keineswegs als Verstärkung konventioneller Rüstung aufgefaßt werden.*"

Willy Brandt

Er hat die Vorstellungen von einer europäischen Zusammenarbeit etwas konkreter formuliert: „*Den bereits bestehenden Zusammenschluß der Westeuropäer in der NATO, die sogenannte ‚Eurogroup'* " hält Brandt nicht für entwicklungsfähig. Wünschenswert wäre statt dessen, daß die EPZ, die „Europäische Politische Zusammenarbeit" der zehn EG-Staaten in der Außenpolitik, nun auch das Thema Sicherheitspolitik übernähme. Diese EPZ mit ihrer Verzahnung der Außenministerien habe sich „fabelhaft entwickelt". Darüberhinaus wäre zu untersuchen, ob sich die Westeuropäische Union (WEU) oder der deutsch-französische Vertrag im Sinne einer Stärkung eigener westeuropäischer Sicherheitspolitik anböten. (FR, 28.3.84)

Michael Stamm

Gewerkschaften, 35-Stundenwoche und olympischer (Miß)erfolg:

(West)Deutschland vor dem Niedergang?

„Die Freiheit ist nicht Selbstzweck, sie muß genutzt werden, darf nicht mißbraucht werden" (Johannes Gross, Frankfurter Allgemeine Zeitung, Magazin, 10.8.1984, S.15)

Wer profitiert von den Tarifabschlüssen?

Daß der „Kampf" um die 35-Stunden-Woche nicht so ernst gemeint war, konnte man lange vor der Annahme des durch Georg Leber „erarbeiteten" Schlichtungsvorschlages wissen. *Nach* Beendigung der Streiks hat das Ministerium des christlich-gewerkschaftlichen Volksgemeinschaftlers Blüm einige Daten veröffentlicht, die die sowieso schon blödsinnige Sorge um „unsere" Volkswirtschaft und deren internationale Konkurrenzfähigkeit als ziemlich unbegründet erscheinen lassen.

Zwar war von BMW-Chef v. Kuenheim noch mal zu hören, nun sei zur Behauptung der internationalen Konkurrenzfähigkeit Rationalisierung mit „letzter Konsequenz" (Die Zeit, 3.8.84, S. 15) angesagt, zugleich höhnte er jedoch, „es sei eine Geschichte aus dem Tollhaus, daß die IG Metall über Monate hinweg gestreikt habe, um schließlich bei BMW nur einen minimalen zeitlichen Vorteil von einer Viertelstunde in der Woche herauszuholen. Denn in seinem Unternehmen werde ohnehin nur noch 38,75 Stunden gearbeitet. Und dank der im neuen Tarifvertrag durchgesetzten Flexibilisierung der Wochenarbeitszeit könne im neuen BMW-Werk in Regensburg auch am sonst so heiligen Samstag gearbeitet werden."(ebd.)

Angesichts der Blüm'schen Daten aus dem „Bundesarbeitsblatt" (Ausgabe 7/8 1984) kann die BMW-AG keinesfalls als Ausnahme gewertet werden.

auch am sonst so heiligen Samstag gearbeitet werden."(ebd.)
Angesichts der Blüm'schen Daten aus dem „Bundesarbeitsblatt" (Ausgabe 7/8 1984) kann die BMW-AG keinesfalls als Ausnahme gewertet werden.

„Denn über die Konkurrenzfähigkeit der Unternehmen entscheidet nicht die absolute Höhe der Stundenlöhne. Ausschlaggebend ist, was pro Arbeitsstunde geleistet wird. Bei hohe stündlicher Leistung (Produktivität) verteilt sich der Stundenlohn auf eine entsprechend große Anzahl von Produkten (...) Und bei den Lohnstückkosten " — also den gesamten Arbeitskosten je Produkteinheit — „nimmt die deutsche Industrie einen hervorragenden Platz ein." (ebd.) Daran werden, wie gesagt, die angeblich so kostenträchtigen Streikergebnisse nichts ändern.

Laut Sachverständigenrat werden die Löhne der Metallindustrie 1984 um 2,7 Prozent steigen, während die Produktivität um 3,5 bis 4 Prozent wachsen wird. Damit sinken die Lohnstückkosten, die Konkurrenzfähigkeit der Unternehmen in der Metallindustrie verbessert sich. Auch für 1985 wird nur mit einer Lohnkostensteigerung von 5,3 Prozent gerechnet, was angesichts einer erwarteten Produktivitätssteigerung von 4 Prozent und der mit der Arbeitszeitverkürzung verbundenen „Verdichtung der Arbeitsabläufe" (ebd.), die 1,2 Prozent zusätzlich bringen soll, die Lohnstückkosten mindestens konstant lassen wird. Dabei sind kostenmindernde Auswirkungen der Flexibilisierung des Arbeitseinsatzes (z.B. in Sachen Überstunden) und andere Minderungsfaktoren nicht mal berücksichtigt.

Die nachfolgende Tabelle des Internationalen Währungsfonds, in der die Lohnstückkosten um die jeweiligen Wechselkursveränderungen bereinigt sind, macht deutlich, daß sich die wirtschaftliche *Angriffsfähigkeit* der BRD international seit Jahren erheblich verbessert hat.

Das offizielle Geschwätz über die „zu hohen" Löhne, die als *Stundenlöhne* in der BRD ohnehin nur im Mittelfeld liegen, über die „zu hohen" Lohnnebenkosten und über die „zu geringe" Zahl an jährlichen Arbeitsstunden (BRD: 1.700, andere Industrieländer: 1.800, Japan: 2.000) sagt also über die „internationale Konkurrenzfähigkeit" gar nichts aus — nur in Frankreich entwickelten sich die Lohnstückkosten „günstiger", was die französische Volkswirtschaft mangels ausreichender „Angebotspalette" gegen die deutsche Konkurrenz jedoch nicht nutzen konnte.

Die ist vielmehr seit 1980 in Sachen Export eindeutig auf dem Vormarsch, was freilich, ebenso wie die anderen *volkswirtschaftlichen* Erfolgsdaten, zu keinerlei Hoffnungen über einen enormen Anstieg des „Volkswohlstandes" berechtigt. Immerhin erklären ein paar Zahlen über die Entwicklung der Löhne, daß nicht nur der Produktivitätsfortschritt, sondern vor allem die „maßvolle Lohnpolitik" (= Verzichtspolitik seit mindestens fünf Jahren) der westdeutschen Gewerkschaften, die internationale Stellung der „eigenen" Volkswirtschaft erst ermöglicht hat. Denn die 22% an Zuwachs für die Löhne und Gehälter im verarbeitenden Gewerbe der BRD von 1979 bis 1983 bedeuten angesichts der Inflation und der steigenden Abzüge durch die Steuerprogression natürlich reale Verluste. (Vergleichszahlen mit allerdings höherer Inflationsrate: Frankreich: 63,5%, Italien: 90%, Großbritannien: 60%, Durchschnitt der auf dem Weltmarkt konkurrierenden Industrienationen: 55%).

Daß übrigens der Sinn fürs „Maßhalten" im vermeintlichen Interesse der „Lohnabhängigen" in deutschen Landen schon älteren Ursprungs ist, zeigen die folgenden Vergleichszahlen über den Anstieg der (Nominal-)Löhne von 1970 bis 1983 (in nationaler Währung): BRD: 146%, Schweiz: 148%, USA: 162%, Japan: 311%, Frankreich: 459%, Großbritannien: 473%, Italien: 927%.

Angesichts der Reallohnverluste, des massiven Sozialabbaus auf allen Ebenen und der Massenarbeitslosigkeit wird man nicht länger behaupten können, daß die von den DGB-Gewerkschaften übernommene „nationale Verantwortung", die die Lohnentwicklung *bewußt* als gegenüber dem Akkumulationsprozeß „abhängige Variable"(Marx) akzeptiert hat, den westdeutschen „Arbeitnehmern" irgendetwas erspart hätte.

Die USA oder Japan als Vorbild. Oder darf man träumen?

Inzwischen wird man von allen Seiten (Medien, Wissenschaft, Politik) vollgedröhnt ob der Erfolge der Reagan'schen Wirtschaftspolitik. Der geleert-geschwätzige Ralf Dahrendorf führt das Wachstum der US-Wirtschaft und den Rückgang der Arbeitslosigkeit — von 1973 bis 1983 stieg die Zahl der Erwerbstätigen um knapp 16 Millionen, während sie in der BRD um 1,7 Millionen zurückging — u.a. auf die Bereitschaft der amerikanischen Gewerkschaften zurück, einer Senkung der Reallöhne zuzustimmen, während die steigende Arbeitslosigkeit in Westeuropa einhergehe mit stabilem Lohnniveau. (Die Zeit, Nr. 21)

DGB-Chef Breit „schlägt" zurück, indem er verständnisheischend auf den Reallohnabbau der 80er Jahre und darauf verweist, „daß sich das reale Pro-Kopf-Einkommen aus unselbständiger Arbeit von 1980 bis 1983 in der Bundesrepublik insgesamt um 0,4 Prozent verringert und in den Vereinigten Staaten im selben Zeitraum um 0,5 Prozent vermehrt hat. Dies ist exakt der Zeitraum, in dem die Arbeitslosigkeit in unserem Land dramatisch anstieg." (Die Zeit, 8.6.84)

Er schwadroniert von der „sozialen Beherrschung des technischen Wandels" (ebd.) und stellt sich ganz offensichtlich das neidvoll beäugte japanische Modell als Vorbild vor, in dem die Planungsbehörde Miti der Industrie Richtlinien vorzugeben in der Lage ist. *Offen* darf er das freilich nicht sagen — für so angenehm werden die Lebensbedingungen der japanischen „*Arbeitnehmer*" bei uns ja nicht gehalten — weshalb es beim schwerfälligen, soziologischen Gerede Breits bleibt und dem SPD-Manager Glotz die Aufgabe zufällt, mit Hilfe eines „G r a m s c i a n i s c h e n" Bluff-„Diskurses" die erträumte, in der Methode leicht korrigierte *Unterordnung* der Arbeitnehmer unter Staat und Kapital als emanzipationsorientierte „antagonistische Kooperation" *mit* dem Kapital zu verkaufen.

„Leider" gibt es jedoch zu wenige Unternehmer in der BRD, die wie der Chef des italienischen Olivetti-Konzerns Carlo de Benedetti, ganz offen für das japanische System eintreten, das „in einer Zusammenarbeit von Miti und Regierung, Banken und Industrie die Zukunft ihres Landes programmiert" (Spiegel Nr. 19/84, S. 152), und das den Gewerkschaften bei Akzeptanz des „kapitalistischen Marktsystems" (ebd.) mit all *seinen* Notwendigkeiten ein bißchen mehr an Mitmachen gestatten würde.

Weil es also viel zu wenige Benedettis „in diesem unserem Land" gibt, wird dem nahezu bedingungslos und aussichtslos auf Vollbeschäftigung *im* Kapitalismus setzenden DGB und seinen Einzelgewerkschaften der „amerikanische Erfolg" noch zu schaffen machen. Denn es ist ja wahr, wenn reaktionäre Arbeitsrechtler wie Professor Adomeit schreiben, „in unserem System" (FAZ, 10.8.84) sei die „Vorstellung, daß sich die Arbeit ‚verteilen' läßt, daß man die bisherige Gesamtzahl der Arbeitsstunden als feste Größe vor sich haben und damit manövrieren kann, (...) falsch"(ebd.) und es sei unter den Bedingungen der „Vertragsfreiheit, also den Regeln des Marktes (...) höchst unwahrscheinlich, daß ein Unternehmer, der vorher mit Einstellungen gegeizt hat, nunmehr, bei *erhöhten* Lohnkosten einstellen wird". (ebd.)

Land	Arbeitskosten je Stunde einschließlich der Lohnnebenkosten in DM	Entwicklung der Lohnstückkosten unter Berücksichtigung der Wechselkursveränderungen (1980 = 100): 1980	1981	1982	1. Halbj. 1983
Bundesrepublik Deutschland	27,42	100	89,3	89,8	90,4
Frankreich	20,16	100	93,2	89,7	87,6
Großbritannien	17,13	100	105,8	101,4	92,2
Italien	21,01	100	97,6	99,4	102,1
Schweiz	29,43	100	96,4	99,7	101,9
USA	31,31	100	114,8	128,7	134,5
Japan	19,75	100	113,1	104,2	110,9

Quellen: Institut der deutschen Wirtschaft, Internationaler Währungsfonds

Japan 19,75 100 113,1 104,2 110,9
Quellen: Institut der deutschen Wirtschaft, Internationaler Währungsfonds

Fortsetzung nächste Seite

Betr.:
"KDV wie Keiner Darf Vergessen"

Betr.:

"KDV wie Keiner Darf Vergessen" in AK 249

In der im letzten AK abgedruckten Rede und dem Text von Marut G. Perle waren einige Anmerkungen und Textstellen aus dem Original weggefallen. Wir kommen hier dem Wunsch des Autors nach und tragen sie hiermit nach:
Die Artikel-Überschrift lautete vollständig:

PLACEBO 4,3 oder KDV wie K einer D arf V ergessen

In der Einleitung fehlten folgende Absätze und die Anmerkung:

> Bei der Bearbeitung seiner damaligen Rede fiel dem Redner auf, daß das Pathos in der Betitelung: Keiner Darf Vergessen! die Angelegenheit, die er verdeutlichen wollte, nur zur Hälfte durchscheinen ließ: Placebo 4,3 — das ist eine 35 Jahre alte Pille, welche ihre substanzlosen Effekte noch heute erzeugt. (4)
>
> Der damalige Beitrag verstand sich als bescheidener Versuch, andere zum Absetzen dieser bitteren Pille zu bewegen.
>
> **Anm. (4) Placebo:** (lateinisch: „Ich werde gefallen"); Leermedikament. Scheinmedikament. Äußerlich nicht unterscheidbare, jedoch wirkstofffreie Nachbildung eines Medikaments. — Die Bezeichnung wurde im 18. Jahrhundert für solche medizinischen Anwendungen geprägt, bei denen die psychologische Wirkung wichtiger erschien als etwa eine chemische oder physikalische. — Entnommen aus: Uwe Henrik Peters ‚Wörterbuch der Psychiatrie und der medizinischen Psychologie', 2. neu bearb. u. erw. Auflage; München/Wien/Baltimore 1977

Im Eifer des Lay-Out-Gefechts ging leider auch der Text zur Anmerkung (30) unter — er lautet:

> **Anm. (30)** in eigener Sache empfehlen wir hierzu: ‚Widerstand gegen die Wehrpflicht', Kassel/Korntal 1982, hrsg. K.G.W. (zu beziehen über I T K)

Auf den Wunsch des Verfassers hin möchten wir zum Schluß noch eine Anmerkung wiedergegeben, die er über die von ihm zitierten Bücher von Heinz Janning geschrieben hatte:

> Die ‚Untersuchungen zur Entstehungsgeschichte des Grundrechts auf Kriegsdienstverweigerung' von Heinz Janning entstanden in jahrelanger Arbeit in Archiven und Bibliotheken und wurden von ihm an der Uni Bremen im Studiengang Pädagogik als Diplomarbeit vorgelegt. Diese 'KDV-Archäologie' hat die verschüttete Geschichte der vor allem außerparlamentarischen Initiativen, ein tatsächliches KDV-Recht staatsrechtlich zu verankern, wieder offengelegt: fast alle landesrechtlichen Normierungen zum Recht auf KDV ab 1946 waren eindeutiger gefaßt als das nachfolgende Bundesrecht am 23.5.1949!
>
> Einen einzigen kleinen, aber folgenreichen Nachteil muß diese gerade für KDV-ler wichtige Arbeit ertragen: sie ist so gut wie nicht bekannt, weil sie durch eine geringe Auflage so gut wie nicht erhältlich ist. — Was sich durch das Engagement eines Verlages ändern könnte!

Michael Stamm

Gewerkschaften, 35-Stundenwoche und olympischer (Miß)erfolg:

(West)Deutschland vor dem Niedergang?

Fortsetzung von vorheriger Seite

Die gewerkschaftliche Argumentation zur arbeitsumverteilenden „Potenz" der sowieso nicht *praktisch* gewollten 35-Stunden-Woche ist tatsächlich ein Blödsinn — zumindest solange sie nicht auch praktische Eingriffe in die „Verfügungsrechte" des Kapitals mit vorsieht. Und sie ist selbst „ideologisch" nahezu wehrlos gegenüber der *Tatsache*, daß niedrigere Löhne, befristete und schlechter geschützte Arbeitsverträge etc. aktuell durchaus „beschäftigungssichernde" oder „beschäftigungssteigernde" *Wirkungen* haben können, was natürlich oft genug der Fall ist und angesichts des vielbeschworenen „Profitmotivs" auch leicht einzusehen sein dürfte.

Gegen den Erfolg der US-Wirtschaft müßten deshalb ganz andere Argumente kommen: z.B. die Tatsache, daß Wirtschaftswachstum und sinkende Arbeitslosigkeit nichts mit besserem Leben(sstandard) zu tun haben. Die Zahl der Armen in den USA ist letztes Jahr nach einer Statistik des US-Census-Büros um knapp 900.000 auf 35,5 Millionen gestiegen, was aufgeschlüsselt bedeutet, daß 35,7% Jahr nach einer Statistik des US-Census-Büros um knapp 900.000 auf 35,5 Millionen gestiegen, was aufgeschlüsselt bedeutet, daß 35,7% Schwarze, 28,4% Latinos und 12,1% Weiße im reichsten Land der Welt unter der Armutsgrenze leben (vgl. 'Stern' Nr. 34/84, S. 150).

Und in der BRD entfällt für immer mehr Arbeitslose das Arbeitslosengeld, das *für die Hälfte* der Bezieher *weniger als DM 800,-* monatlich beträgt, während jeweils ein Viertel auf 800,- bis 1.000,- DM beziehungsweise 1.000,- bis 1.300,- DM kommt. Die durchschnittlich 959,- DM je Arbeitslosengeldempfänger (1983) bedeuten bereits ohne Inflationsabzug 1,5% weniger als 1982, was etwa der Hälfte des *durchschnittlichen* Nettoeinkommens der beschäftigten Arbeitnehmer entspricht. Kinderlose Arbeitslose haben nach den Sparmaßnahmen der Kohl-Regierung 140,-DM weniger an Arbeitslosengeld und 120,-DM an Arbeitslosenhilfe. Diese *Armut* — und das damit verbundene elende Leben — ist die Hauptschweinerei, nicht die Arbeitslosigkeit.

Doch weil die deutschen Gewerkschaften das Ideal eines Kapitalismus ohne Arbeitslosigkeit — den übrigens nur der Faschismus hinkriegt — brauchen, um ihre Unterordnung unter das Kapital als zielgerichteten Kampf gegen dessen *Konsequenzen* ausgeben zu können, fällt ihnen neben heimlicher Verzichtspolitik und Phrasen der Solidarität mit den Arbeitslosen nur das weitgehend wirkungslose Eintreten für relativ wirkungslose Beschäftigungsprogramme ein, wobei sie z.B. umweltpolitisch reaktionäre „Erfolge" wie im Fall Buschhaus dazu benutzen, ihre falsche Auffassung über das „Beschäftigungsproblem" überall rumzuposaunen und mit viel staatsbürgerlicher Moral zu verankern.

Ihre Auffassung ist gleich doppelt falsch. Weder ist es der *eigentliche* Zweck „unserer" Wirtschaft, die Leute zu „beschäftigen", weshalb sie das auch unterläßt, wenn *ihre* Ansprüche durch eine „Beschäftigung" nicht erfüllt werden, noch kann „Beschäftigt-*Werden*" jemals ein rationeller Zweck sein. Vernünftig wäre allein die Verteilung der so human wie möglich zu gestaltenden *notwendigen* Arbeit auf alle Gesellschaftsmitglieder, um jedem Einzelnen ein Optimum an *freier* Zeit zu ermöglichen.

Da solche — kommunistische — Zwecksetzung von den Gewerkschaften zumindest seit Urzeiten nicht verfolgt wird und auch große Teile der Linken bei so was müde abwinken, will ich nur andeuten, daß es auch „unterhalb" der kommunistischen „Utopie" ganz schön was zu tun gäbe — energischen Klassenkampf unverzichtbar eingeschlossen.

Es müßte, nein, es muß *dafür* geworben und gekämpft werden, das Erpressungsmittel „Arbeitsplatz" so gut es geht zu destruieren. Denn damit wird die Gesundheit ruiniert, der Lohn gedrückt, die Umwelt verseucht, die Welt „erobert" etc. Und wie? Durch „Arbeit für alle"? Geht nicht, trotz aller „Beschäftigungsprogramme". Arbeitszeitverkürzung? Das läuft nur unter den angedeuteten Zusatzbedingungen. Was also?

Ich denke, wir brauchen einen Radikalkurs für eine rabiate „*Verteuerung der Kosten der Arbeitslosigkeit*". Nicht 68% oder 63%, nicht längstens ein Jahr Arbeitslosengeld, sondern 90% und auf unbegrenzte Zeit für alle, die arbeiten wollen. Das kann freilich nur gehen, wenn die Arbeiter in den großen Unternehmen erkennen, daß sie nicht als Samariter gefordert sind, sondern so die eigene Erpreßbarkeit verringern, vielleicht sogar zerstören können, dadurch *ihre* Durchsetzungsfähigkeit in Sachen wie Dreck, Hetze, Arbeitszeit, Arbeitsorganisation usw. enorm verbessern würden.

Und welche Bündnisse wären möglich! IG Bergbau contra Umweltschutz? Vergessen. Von den Auswirkungen auf die (Arbeits-)Moral ganz zu schweigen. Usw. usw.

„Das ist es, wovon wir träumen müssen." Oh Schreck, das ist ja Lenin! Darf ich den zitieren? Und Träumen? Na klar! Außerdem: Weiß jemand in dieser Frage was Besseres? Und was wollen die Gewerkschaften ohne *solche* Schritte machen gegen die brutalen Erfolge konservativer Wirtschaftspolitik? Wieder bringt ein reak- ohne solche Schritte machen gegen die brutalen Erfolge konservativer Wirtschaftspolitik? Wieder bringt ein reak-

Herber Rückschlag für deutsche Leichtathleten

„Aus" für die Deutschen

Die deutsche Sensation

Deutsche trinken nun wieder mehr

tionärer Freiheitsapostel wie Prof. Adomeit die Zuspitzung, die die Gefahren verdeutlicht. Lebers angenommener Flexibilisierungsvorschlag habe Bewegung in die Tarifauseinandersetzungen gebracht — auch für die Zukunft. Die Betriebsräte seien „verdientermaßen aufgewertet worden" (FAZ, 10.8.84). Zwar stünden sie der Idee nach „*neben* den Gewerkschaften", würden „sie aber eines Tages verdrängen."

Die Tarifautonomie müsse verschwinden. Vielleicht so: Vom (Verbands-)Tarifvertrag zum Haustarif, der bereits eine Vorstufe der betrieblichen Regelung sei, zur Betriebsvereinbarung, die dem „Tarifvertrag nachgebildet ist, mit der gleichen normativen Wirkung ausgestattet. Man kann sich leicht die (Gesamt-)Betriebsvereinbarung als das zukünftige Modell für Lohnregelungen vorstellen und zwar unabhängig davon, ob den Betriebsräten dies durch tarifliche Öffnungsklauseln vergönnt wird." „Spätestens für Zwecke der Unternehmenssanierung müsse der „Tarifvertrag den *Betriebsparteien*" — also Unternehmer und Betriebsrat — „dispositiv sein'. Denn: „Not kennt kein Gebot!" Aber: „besser wäre eine Modifikation, die einige Jahre früher greift, das Abgleiten in Zustände, die eine Sanierung notwendig machen, verhindert."

So würden die Gewerkschaften als *Tarifpartei* ausgeschaltet. Als *Kampfpartei*, meint Adomeit eigentlich, die im Betrieb (!) „durch eine *Friedensbewegung* (zu) überwinden" sei. Mit ganz viel Freiheit, Mündigkeit und gegen die — Arbeitslosigkeit. Da schon das geltende Tarifvertragsgesetz die jeweils für die Arbeitnehmer günstigere Abmachung bevorzuge, z.B. die des Einzelvertrages zwischen AG und AN, braucht der Arbeitsplatzfanatismus nur ernst genommen werden:

„Ein neu geschaffener Arbeitsplatz, der sonst nicht geschaffen wordem wäre, ist *ohne Rücksicht auf die vereinbarten Arbeitsbedingungen* entgegen der herrschenden Lehre (Nipperdey, Wiedenmann) als günstig anzusehen: Sonst bliebe die Arbeitslosigkeit (...). Wer sich aus dem sozialen Netz erhebt und auf ein solches Angebot zugeht, wird schon wissen, was er tut. (Prinzip *Mündigkeit*). Das Argument, dann wäre *Arbeitslosigkeit* ihnen viel lieber, *werden Gewerkschaften schwer verwenden* können." *Diese* bestimmt nicht! Und bei 63% Arbeitslosengeld für ein Jahr würde *ich* vielleicht als Einzelner im „Betrieb" auch ganz schön „mündig" für etwas weniger Geld eintreten — gegen den Tarifvertrag! (Bei der Reduzierung des Jugendschutzes haben Adomeits „Argumente" übrigens schon gegriffen.)

Außerdem wird, so Adomeit, die zukünftige ökonomische Entwicklung maulwurfartig für seine Idee arbeiten: „Ist die Idee erst revolutioniert, hält die Wirklichkeit nicht aus!" Und da die Verfassung „keine Streikfreiheit" statuiert, sondern „erst neue Artikel die Wirklichkeit nicht aus!" Und da die Verfassung „keine Streikfreiheit" statuiert, sondern „erst neue Artikel der *Notstandsverfassung* (...) unbestimmt von ‚Arbeitskämpfen' (sprechen)", müsse auch von dieser Seite der Widerstand gegen seine Idee einer freiheitlich/mündigen *Betriebsgemeinschaft* nicht allzu groß veranschlagt werden, zumal „es eigenartig (wäre), wenn die Gewerkschaften, um die Streikfreiheit zu behaupten, sich auf die Notstandsgesetze berufen müßten."

Als Ersatz für die überflüssige Tarifautonomie könnte die Mitbestimmung des zum Betriebsfrieden verpflichteten Betriebsrates verbessert werden, die in Verbindung mit der Mitbestimmung in Aufsichtsräten unter Berücksichtigung der im Betriebsverfassungsgesetz bereits enthaltenen Maxime „Vertrauensvolle Zusammenarbeit" die „alte Maschine Streik/Tarifvertrag (teuer, laut, in allen Fugen ächzend) ablösen kann." Der freien Gemeinschaft des Betriebes als der Keimzelle der freien Gemeinschaft des Volkes steht nichts mehr im Wege.

Bei den „Großindustrien würde sich an den Konditionen dadurch nichts ändern, wohl bei kleineren." Dort entstehe ein „buntes Bild ganz verschiedener Arbeitsverhältnisse" mit „jeweils verschiedener Lohnhöhe oder Arbeitszeit, das wäre die Bedingung. Die *Freiheit* (!) der Entscheidung (!) läge bei den Arbeitnehmern, welchen Arbeitsplatz — *denn dann gäbe es Arbeitsplätze* — sie vorzögen."

In einer Landmaschinenfabik könnten beispielsweise „junge Leute für den halben Lohn des üblichen arbeiten, damit Besteller in den Entwicklungsländern etwas kaufen können, was für sie bezahlbar ist. Es ist viel *Idealismus* vorhanden und dafür sollte man Wege zur Betätigung bahnen." Professor Adomeit bleibt selbstverständlich Professor. Einige grün-alternative Ideologen, deren Namen ich lieber weglasse, damit Frieder mich nicht wieder tadelt, sollten sich diesen „rechts-alternativen" Professor vielleicht mal gründlicher reinziehen.

Lebensglück ohne jede eigene Bemühung? (Jürgen Eick)

Jürgen Eick ist einer der Herausgeber der FAZ, zugleich Wirtschaftsexperte. Er stellt die zitierte Frage in der FAZ vom 31.7.84, also sieben Tage *nach* dem *kleinen* Bericht der FAZ im Wirtschaftsteil über die BRD als internationalen Spitzenreiter in Sachen Lohnstückkosten: „Bei der Produktivität ‚gut im Rennen.'"

‚Warum machen die nach dem für die Unternehmer so günstigen Metallabschluß und diesem 'erfreulichen' Vergleich immer noch solchen Terz über die längst beendeten Streiks?', frage ich mich. Die „klugen Köpfe" hatten während der Streiks eine unglaubliche Hetze gegen die SPD, die Gewerkschaften, den „Pöbel" und einzelne Prominente losgelassen und glaubliche Hetze gegen die SPD, die Gewerkschaften, den „Pöbel" und einzelne Prominente losgelassen und gedanklich mehrfach mit einer (staatlichen) Ausschaltung der Gewerkschaften „gespielt". „Freiheit" darf eben nicht „mißbraucht" werden.

Sie hat *dieser* Gesellschaft zu dienen, weshalb zwecks Sicherstellung dieser Funktion (von der FDP) auch Überlegungen über ein neues Verbändegesetz angestellt wurden. Aber *diese* Gewerkschaft, *dieser* Kampf, *dieser* Kampf, *dieser* Abschluß? Es war doch alles sehr gut gelaufen? Ich hatte eines übersehen. Die „klugen Köpfe" — außergewöhnliche Fanatiker bezüglich des kapitalistischen Allgemeinwohls — haben sich nicht um Logik oder Tatsachen, sondern um die *Staatsmoral* zu kümmern.

Ihre Logik ist eher peinlich: „Die Ökonomen haben allen Grund, mit Ernst vor dieser Politik des *Immer-weniger-Arbeitens* zu warnen." Und: „Muß nicht die Freude (!) am Arbeitsplatz, wenn, wie unvermeidlich in den wenigen (!) verbleibenden (!) um so *angespannter, konzentrierter, aufreibender gearbeitet* werden, verloren gehen?"

Diese argumentative Blödheit ist natürlich nicht auf ein Intelligenzloch bei Eick zurückzuführen, sondern darauf, daß ihm jedes Mittel Recht ist, seine sowieso in seiner Richtung „fühlenden" Leser assoziativ zu bestärken, für die es auf Argumente ebenfals nicht ankommt. „Immer weniger arbeiten" — das geht wirklich nicht, wo doch klar von Herrn Eick „belegt" wird, daß „mit Sicherheit allerspätestens bei der Null-Stunden-Woche" ein „Sturz ins Nichts (...) eintreten (würde)." Irgendwo (!) „zwischen null und vierzig" bestehe eine „kritische Grenze" mit schlimmen Gefahren. „*Ob* mit der Arbeitswoche von 38,5 Stunden die kritische Grenze *schon* überschritten ist, kann man heute *noch nicht* sagen; ausschließen kann *man* es nicht." Ob Herr Eick als *normaler* Sterblicher die Zulassungsprüfung für die Klippschule verfehlt hätte, kann man heute noch nicht sagen, ausschließen kann man es nicht.

Doch Eick ist kein normaler Sterblicher und der aus Staatsfanatismus geborene Schwachsinn seiner Ausführungen ist ohne eine ziemlich intellektuelle Potenz gar nicht herzustellen. Nur so kann er sich, wahrscheinlich die erfreulichen Lohnstückkosten der BRD-Wirtschaft vor Augen, mit der gleichen Gründlichkeit dem erst seit der 38,5-Stunden-Woche freudlosen Metaller am Fließband zuwenden, dessen immer *aufreibendere* Arbeit — vielleicht weil er die gleiche Leistung wie vorher schafft — jedoch nur angesprochen wird, um das mit der Arbeitszeitverkürzung entstehende „leistungsunfreundliche, ja *leistungsfeindliche Milieu*" anzuprangern. In diesem Milieu könne keiner mehr erwarten, „daß der Krebserreger gefunden wird; daß Ärzte und Krankenschwestern Tag und Nacht zur Verfügung stehen; daß Flugzeugmotoren verläßlich gewartet werden; daß Brücken gebaut werden, die Nacht zur Verfügung stehen; daß Flugzeugmotoren verläßlich gewartet werden; daß Brücken gebaut werden, die einsturzsicher sind; daß genügend produziert wird, um auch den Ländern der Dritten Welt helfen zu können" — was letzteres ja *bisher* in so großzügiger Weise getan worden ist.

Die genannten extrem *wertbesetzten* Tätigkeiten — für jeden etwas — würden zwar nicht mal durch eine 20-Stunden-Woche in der Metallindustrie gefährdet, doch eines hat Eick mit seinen Panik-„Argumenten" seinen Lesern *anschaulich* gemacht: Wenn die Brücken ständig einstürzen und nachts weder Schwester noch Arzt trotz dringender Not zur Hilfe bereit stehen usw., „dann hat sich die Welt in einem *qualitativen* Sprung verändert" — zum Schlechten hin.

Ihn interessiert freilich weder der Krebsforscher, noch die Dritte Welt, noch die Krankenschwester ... Was ihn beunruhigt ist auch *nicht* das *konkrete* Streikergebnis. Das hält er glatt aus. Wogegen er vielmehr mit den idiotischen und deshalb erfolgversprechenden Argumenten kämpft und weshalb er die Befürworter der Arbeitszeitverkürzung in seiner Überschrift des Parasitentums bezichtigt, obwohl *er* von *ihrer* Arbeit lebt, das ist die Gefahr einer massenhaften bewußtseinsmäßigen Entwicklung mit dem Ergebnis, die Arbeit wirklich nur noch als „Mittel zum Zweck für Feierabend, Wochenende und Urlaub" gebrauchen zu wollen und *deshalb* auch mit Engagement und Überzeugung in den Kampf um spürbare Arbeitszeitverkürzungen und die dazugehörigen Begleitmaßnahmen einzusteigen. Denn das würde die natürliche Ordnung der Dinge, die trotz Schelsky für die Masse der Arbeiter verhindert, daß die „Arbeit (...) zu einer (...) Nebensache herab(sinkt)", schon durcheinander bringen. Solchen Tendenzen mit *allen* verfügbaren Mitteln entgegenzuarbeiten, dazu haben Eick & Co. die ihnen nahestehende Bundesregierung mit ihren Artikeln indirekt fast täglich „aufgefordert".

Mein — Dein — Unser Kampf (in Los Angeles)

„In Wirklichkeit" sei Olympia „schon lange *nichts* anderes als eine Gelegenheit, das eigene Land vor den Augen der Welt zu feiern." (FAZ, 14.8.84) Das schreibt Joachim Fest, einer der weniger häufig auftretenden Elitenberater aus dem Herausgeberkreis der FAZ, und er hält das für unvermeidbar und gut. Sein schon erwähnter Herausgeberkollege Jürgen Eick findet zwar auch, es könne einem Land „wirtschaftlich (und politisch) nur nutzen, wenn dessen Athleten auch im Sport Herausragendes leisten" (ebd.), meint aber außerdem, „nur Zyniker (oder Politiker des Ostblocks) können dies als den *eigentlichen* Sinn Olympischer Spiele betrachten."

Und so bleibt er folgerichtig bei *diesem* Thema — wie J.F., der sich vor allem die *Moral* der „deutschen Sportler" vornimmt. Anders als die US-Sportler mit ihrem unbändigen Leistungswillen, mit dem sie einer zerstrittenen Nation zu neuem patriotischen Selbstbewußtsein verholfen hätten,

Fortsetzung nächste Seite

Fortsetzung von vorheriger Seite

rangierten ,,(die Deutschen) fast am anderen Ende der Skala''. Na, sowas?

Klar, die Schützen und einige andere haben versagt, aber haben nicht ,,die Athleten der Bundesrepublik'' (J.E.) trotz des häufigen Fehlens an einem ,,Aufbäumen in der jeweils entscheidenden letzten Phase'' (J.E.) eine ,,gute, eine erfreuliche Figur gemacht''?(J.E.) Haben sie nicht von den Westeuropäern ,,die meisten Goldmedaillen erkämpft''(J.E.), und belegt nicht die *Bundesrepublik* (J.E. nach der Gesamtzahl der Medaillen Platz 2 ,,unmittelbar nach den Vereinigten Staaten und vor Rumänien''?

,,Das ist insofern von besonderem Interesse, als das Bild der Bundesrepublik in der Welt durch den so verbissen ausgetragenen Kampf um die 35-Stunden-Woche, der (besonders in Ostasien) Zweifel an der *Leistungsbereitschaft* und *Leistungsfähigkeit* unseres Landes ausgelöst hat, ins Wanken geraten ist.'' (J.E.) Richtig rechnen kann er, der Eick: Ein positivistischer Technokrat halt, der jedes Phänomen seinem eher flachen Wirtschaftsnationalismus willkürlich unterordnet. Gegenüber Rumänien oder der DDR würde er die eigene ‚Beweisführung' kraß ablehnen. Und gegenüber Japan einräumen, die geringere Medaillenzahl sei kein Gegenargument.

Sein Protznationalismus — wie bei seinen Kollegen eingerahmt von Tiraden gegen den Ostblock — liegt im Trend.

Bei Fest ist das anders. Zwar hat auch er kein Interesse am sportlichen Wettkampf als solchem, doch am *Wettkampf* als Ausdruck der *Kampfbereitschaft der Deutschen* schon. Der Medaillenspiegel, den Eick wie ein den Volkswirtschaftler erfreuendes Bruttosozialprodukt fast nur vom Ergebnis her bewertet, ist für Fest bloßer Auftakt zur Frage, *wie* und mit *welcher Einstellung* die deutschen Sportler *als Deutsche* aufgetreten sind. Zwar seien die Mißerfolge der Schützen, das ständige Entschuldigungsgerede von ,,harten Waden, Ischiasbeschwerden und Übelkeit'' etc. ,,kein Unglück, es sind am *Ende* nur Spiele. Aber wie in jedem Spiel steckt auch in diesem ein Stück Ernst, es macht eine *Charakterverfassung* sichtbar.'' Wessen Charakterverfassung?

Die von Jürgen Hingsen, dem Arsch, von Cornelia Hanisch, von Klaus Tafelmeier etc.? Das meint Fest nicht, schreibt er doch, daß bei Olympia *nicht* ,,Individuen gegeneinander antreten'', sondern ,,Nationen''. Der *deutsche Volkscharakter* ist es, der für Fest das ,,Stück Ernst'' im ,,Spiel'' ausmacht, und *den* hält er für beklagenswert. ,,Die *deutschen* Sportler erhalten alles, was sie benötigen, Förderung, Geldmittel, Privilegien. Aber ihnen fehlt, was vielleicht noch wichtiger ist. Sie können sich nicht quälen, meinte ein amerikanischer Beobachter (...) Wenn es eine Medaille fürs 'Flinte-ins-Korn-Werfen' gäbe, machte *uns* die keiner streitig.''

halten alles, was sie benötigen, Förderung, Geldmittel, Privilegien. Aber ihnen fehlt, was vielleicht noch wichtiger ist. Sie können sich nicht quälen, meinte ein amerikanischer Beobachter (...) Wenn es eine Medaille fürs 'Flinte-ins-Korn-Werfen' gäbe, machte *uns* die keiner streitig.''

Und woran liegt das? An der politisch-moralischen Verfassung der Gesellschaft. ,,Aufgewachsen in einer Umwelt, *die* ihnen alle Wege *ebnet*, verwöhnt, überempfindlich und dazu erzogen, im Kampf auf Biegen und Brechen eher ein seelisches Deformationsprinzip zu sehen, sind viele der Situation des Wettkampfes nicht gewachsen.'' Den Leuten geht es zu gut. Der gleiche ,,Geist'', den Eick schon im letzten Kapitel beklagte: ,,Lebensglück ohne jede eigene Bemühung!''

Wer diese gesellschaftlichen Ursachen für das tendenzielle ,,Versagen'' (meint das Zurückbleiben hinter den ,,eigentlichen'' Möglichkeiten) der ,,deutschen Sportler'' nicht ändern will, wer Bequemlichkeit und vorhandene Werte akzeptiert, wer also das (nicht meteorologisch),, *milde Klima* der Bundesrepublik'' mit seinen ja auch vorhandenen ,,unbestreitbaren Vorzügen'' nicht missen will, der sollte sich ,,über enttäuschte olympische Erwartungen nicht grämen. Man kann schwerlich das eine haben wollen und viele Medaillen noch dazu.'' Fest muß nicht dazu sagen, daß er für mehr Medaillen ist. Nicht weil er scharf auf sie wäre, sondern weil ihm die — wie er meint — entsprechende Gesellschaft als bessere Bastion im Kampf für die Freiheit erscheint. Auch das muß er nicht extra dazusagen.

Seine wichtigen Adressaten verstehen mit Sicherheit, daß die olympischen Spiele für ihn lediglich der Anlaß waren, die Notwendigkeit und die Aufgaben der *Wende* erneut zu beschreiben.

Nur wenn sie energisch betrieben wird, besteht die Aussicht, den entscheidenden Mangel der gegenwärtigen deutschen ,,Charakterverfassung'' zu beseitigen, nämlich dann zu versagen, wenn ,,*unser*'' Kampf angesagt ist.

Der folgende Beitrag entstand in einem Diskussionskreis grüner Mitglieder und Mitarbeiter/innen im Rhein-Main-Gebiet. Verantwortlich für diesen Artikel zeichnen: Eva Groepler (Ffm.), Petra Keppler (Offenbach), Thomas Kieseritzky (Ffm.), Monika Scheffler (Landesgeschäftsführerin DIE GRÜNEN HESSEN), Werner Wenz (Landesvorstand DIE GRÜNEN).

Wider den realpolitischen Opportunismus

Diskussionsbeitrag aus den GRÜNEN HESSEN

Die Debatte über Zukunft und Strategie der grünen Partei ist im Gange. Wesentlicher Meilenstein dieser Debatte war die Diskussion über die Zusammenarbeit zwischen Grünen und SPD in Hessen, die im Mai dieses Jahres ein vorläufiges Ende fand. Wir sind der Ansicht, daß die hessische Entscheidung und die aus ihr gezogenen Schlüsse einer näheren Betrachtung bedürfen. Wir, das sind Grüne Mitglieder aus dem Rhein-Main-Gebiet, die bei der Partei einen fortschreitenden Prozeß der Einbindung und des Arrangierens mit dem bestehenden System feststellen und dieser Tendenz entgegentreten wollen.

Nach fast einjähriger Debatte entschied sich eine deutliche Mehrheit der hessischen Grünen im Mai dieses Jahres in Lollar für die Fortführung des sogenannten ,,real''politischen Kurses. Im Oktober 1983 waren die Verhandlungen mit der SPD beschlossen worden mit dem Ziel, zu einer ,,sachbezogenen'', ,,kontinuierlichen'' Zusammenarbeit zu kommen. Im Gegensatz zur Hamburger Tolerierungspolitik der GAL vermied der damalige Beschluß ein klare Benennung, wieviel der allgemeinst formulierten Zielsetzung überhaupt verwirklicht werden müßten, um eine Tolerierung der SPD-Landesregierung durch die Grünen zu ermöglichen. Dazu Joschka Fischer: ,,Ohne jede Vorbedingung zu versuchen abzuklären, ob was geht, und, wenn ja, was geht.'' Man wolle eine ,,Zusammenarbeit mit der SPD nicht nur punktuelle, sondern über vier Jahre hinweg — oder wir werden es lassen, aber begründet lassen'' (Spiegel 42/83).

Über Chancen und Möglichkeiten, Macht und Einfluß zu gewinnen, ist in der Zwischenzeit viel fabuliert worden. Eine Auseinandersetzung mit der realen Politik der SPD fand allerdings bislang so gut wie nicht statt. Stattdessen wird bis zum Überdruß ähnliches proklamiert wie: ,,Und wir Grünen, und das entspricht einer realistischen Einschätzung der Machtverhältnisse hier in der BRD, haben uns entschieden für den reformerischen Weg, den Weg der Machtbeteiligung, das heißt auch für den Weg des Kuhhandels'' (J. Fischer, Pflasterstrand 169). Oder: ,,Die Grundtendenz läuft auf Parlamentarisierung, Bündnis und Kompromiß'' (Spiegel 42/83).

Soweit als Vorbemerkungen. Wir wollen hier weder die als bekannt vorausgesetzte Kritik an den Wiesbadener Verhandlungen noch die alte Reformismusdebatte der Linken grundsätzlich neu aufrollen. Wir unterstellen — bis zum Beweis des Gegenteils — eine radikalreformistische (ökosozialistische) Politik, die im Gegensatz zu dem Reformismus à al Realpolitik Reformen zugleich mit grundlegenden und strukturellen Veränderungen verknüpft, für notwendig. Dabei muß allerdings unter dem Zusatz ,,radikal'' mehr gemeint sein, als eine unverbindliche verbale Zusage zum althergebrachten Reformismus. Zudem ist die

Reformismus à al Realpolitik Reformen zugleich mit grundlegenden und strukturellen Veränderungen verknüpft, für notwendig. Dabei muß allerdings unter dem Zusatz ,,radikal'' mehr gemeint sein, als eine unverbindliche verbale Zusage zum althergebrachten Reformismus. Zudem ist die

von Fischer und anderen geforderte Ausschließlichkeit des rein reformistischen und parlamentarischen Weges — bei bewußtem Verzicht auf jede revolutionäre Option — abzulehnen. So verstanden geht es nicht um das OB, sondern um das WIE und WOFÜR einer radikalreformistischen Politik.

Veränderungen mit der SPD?

Um eine realistische Einschätzung über die Chancen, gegenwärtig mit der Sozialdemokratie strukturelle Veränderung zu erreichen, geben zu können, ist es sinnvoll, die theoretisch-programmatische Diskussion in der SPD kurz zu skizzieren. Entgegen der ideologischen Propaganda von Teilen der rechten Presse, wonach neuerdings Lafontaine und Eppler etc. den Kurs der Partei bestimmen und Illusionen im grün-alternativ-linken Lager über die Erneuerung der Sozialdemokratie ergibt sich hierbei alles andere als ein optimistisches Bild hinsichtlich einer möglichen Zusammenarbeit mit der Sozialdemokratie. Als wichtige Dokumente für die gegenwärtige Einschätzung der Sozialdemokratie sind insbesondere zu nennen das neue Buch von Glotz ,,Die Arbeit der Zuspitzung — über die Organisation einer regierungsfähigen Linken'' sowie die Leitanträge zum Essener SPD-Parteitag, der in weiten Teilen den Thesen von Glotz folgte.

Glotz plädiert, um unter verschärften Bedingungen der Konkurrenz auf dem Weltmarkt standhalten zu können, für eine forcierte Modernisierung und Rationalisierung der bundesrepublikanischen Industrie und insbesondere für die Förderung entwickelter Technologien: ,,Die Linke muß sich klarmachen, daß ein Verzicht auf Produktivitätsgewinne zu einem Verlust an internationaler Wettbewerbsfähigkeit und damit erst recht an Arbeitsplätzen führen würde. Wer zum Beispiel die modernen Informations- und Kommunikationstechnologien für ein Land wie die Bundesrepublik blockieren wollte, weil sie erhebliche Rationalisierungsmöglichkeiten enthalten, müßte schon die deutschen Grenzen schließen'' (Glotz S. 120). Was nottut ist nach Glotz eine Modernisierung unter kapitalistischen Vorzeichen: ,,Es muß klipp und klar sein, daß die Linke vernünftige Bedingungen der Kapitalverwertung in Deutschland garantiert und daß sie eine marktwirtschaftliche Politik betreibt'' (Glotz, S. 33). Aufgabe des Staates ist in diesem Zusammenhang die Förderung des Modernisierungsprozesses der Industrie durch Steuerpolitik etc.; das Ganze nennt sich ,,sozial gesteuerte Innovation''. Für Glotz ist es illusionär, diesen Prozeß durch feste Bündnisse mit den Grünen im politischen Raum abzusichern. Die Konsequenz wäre ein Abbröckeln bei den industriellen Kernschichten zu den Konservativen hin. Er plädiert ausdrücklich für ein anderes Bündnis und spricht unmißverständlich aus, daß die Ziele der Sozialdemokratie nicht mit den Grünen zu verwirklichen sind, wenn er für ein Bündnis ,,zwischen traditionellen Linken (gemeint sind die Sozialdemokraten), den technischen Eliten und den nachdenklichen Minderheiten der Wachstumskapitale'' (was immer das auch sein mag) plädiert (Glotz, S. 123). Die von Glotz propagierte Politik der kapitalistischen Modernisierung, die Einführung neuer Technologien, Eroberung des Weltmarkes etc. — dies

demokraten), den technischen Eliten und den nachdenklichen Minderheiten der Wachstumskapitale'' (was immer das auch sein mag) plädiert (Glotz, S. 123). Die von Glotz propagierte Politik der kapitalistischen Modernisierung, die Einführung neuer Technologien, Eroberung des Weltmarkes etc. — dies

alles wurde im großen und ganzen auf dem Essener Parteitag bestätigt. Fazit ist also: die gegenwärtige Orientierung der Sozialdemokratie im Bereich der Wirtschaftspolitik hat mit den grünen Zielen — um es zurückhaltend auszudrücken — nicht allzuviel zu tun.

Wie sieht es aber im Bereich der Friedenspolitik aus? Sicherlich sind auf diesem Feld gewisse Modifikationen erkennbar, so die Forderung nach einem Verzicht auf den Ersteinsatz von Nuklearwaffen etc. Indessen überwiegt die Kontinuität. So ist Glotz noch nicht einmal zu einer Selbstkritik der Stationierungspolitik von Pershing II und cruise missile bereit: ,,Die Politik des Doppelbeschlusses ist ... gescheitert... Die Verdammung der außenpolitischen Denkkategorien, aus denen der Doppelbeschluß entstand, kann ich nicht liefern'' (Glotz, S. 49). Ansonsten findet sich auch hier eine weitgehende Bekräftigung der bisherigen Politik: Betonung der NATO-Zugehörigkeit und Ablehnung jeglicher einseitiger Abrüstungsmaßnahmen seitens des Westens. Gegenüber der Friedensbewegung ist der Kurs eindeutig — es geht um die Erringung sozialdemokratischer Hegemonie: ,,Die realistische Hinwendung der SPD zur Friedensbewegung seit 1982 war richtig, sie darf jetzt ... allerdings auch nicht zu Umarmungsritualen führen. Die Sozialdemokratie muß versuchen, die Friedenbewegung als Teil der Linken (gemeint: die Sozialdemokratie) zu erhalten'' (Glotz in ,,Sozialismus'' 4/84)

Eine gesonderte Betrachtung der Ökologie findet bei Glotz nicht statt, denn sie gehört offensichtlich nicht zu den beiden ,,Zentralgebieten'' des politischen Konfliks (vgl. Glotz, S. 44). Der in Essen verabschiedete Antrag beschränkt sich ebenfalls auf Sonntagssprüche. Daß die Sozialdemokratie in der ökologischen Frage entscheidende Fortschritte gemacht hat, wurde verschiedentlich behauptet; so unter anderem mit Bezugnahme auf das hessische Schneider/Jordan-Papier (,,Arbeit und Umwelt''). Daß dieses Papier ,,mit Abstrichen grüner Kritik standhalten kann'' wie Klaus Peter Klingelschmidt im Pflasterstrand 170 meinte, ist allerdings entweder Ausdruck unterschiedlicher Einschätzung grüner Ziele oder der Ignoranz des taz-Redakteurs K.P.K. geschuldet.

Als Resümee bleibt zu ziehen: Programmatisch ist gegenwärtig bei der Sozialdemokratie wenig in Bewegung. Eine Selbstkritik findet nur begrenzt statt, die bisherige Politik wird weitgehend fortgesetzt. In den Ländern, in denen sie regiert, ist dies deutlich sichtbar. Selbst eine Reformpolitik — unter Akzeptierung kapitalistischer Strukturen — ist augenblicklich mit der Sozialdemokratie kaum möglich. ,,Die Wahrscheinlichkeit, daß die deutsche Sozialdemokratie (allein oder mit anderen Parteien verbündet) nicht nur die Notwendigkeit einer ... reformistischen Strategie ... erkennt, sondern auch noch beginnt, zielbewußt in diesem Sinne zu handeln, ist ... äußerst gering.'' Das schreibt kein Radikalökologe, auch kein Ökosozialist, sondern ein Mitglied des Parteivorstandes der SPD! (Peter v. Oertzen, ,,Für einen neuen Reformismus'', S. 170).

Unter dieser Bedingung kann **gegenwärtig** mit der Sozialdemokratie — unter Berücksichtigung der politischen Kräfteverhältnisse — keine Politik mit ökologischen und sozialen Zielsetzungen verwirklicht werden. Eine Tolerierung der Sozialdemokratie auf parlamentarischer Ebene bedeutet faktisch

Unter dieser Bedingung kann **gegenwärtig** mit der Sozialdemokratie — unter Berücksichtigung der politischen Kräfteverhältnisse — keine Politik mit ökologischen und sozialen Zielsetzungen verwirklicht werden. Eine Tolerierung der Sozialdemokratie auf parlamentarischer Ebene bedeutet faktisch

eine Tolerierung substantiell falscher Politik und führt zum Beispiel dazu, daß man bei den hessischen Vereinbarungen über Medien/Infotechnologie/Datenschutz als wichtigstes Ergebnis die Schaffung eines Institutes preisen muß, bei den Vereinbarungen über Frieden die finanzielle Unterstützung eines solchen, weil man sonst nichts vorzuweisen hat. Andererseits ist LÄNGERFRISTIG eine Veränderung ohne die Sozialdemokratie nicht möglich. Insofern müssen wir ein starkes Interesse daran haben, mittels Verhandlungen u.a. politischen Druck auf die SPD auszuüben. Es ist richtig, daß für eine parlamentarische Zusammenarbeit nur die Sozialdemokratie in Frage kommt. Bei einer solchen Zusammenarbeit müssen sich die Grünen jedoch unverzichtbar das Maß an Unabhängigkeit bewahren das notwendig ist, um die skizzierte strategische Ausrichtung der SPD zu vereiteln. Diese Strategie zu bekämpfen heißt nicht nur, die SPD zu kritisieren, sondern auch, sie zu schwächen, sie zu demoralisieren, ihre Strategie und ihre Taktik öffentlich zu machen. Ein Tanker ändert seinen Kurs am schnellsten unter Beschuß. Nur wenn sie schwach ist, wenn sie sich in einem desolaten Zustand befindet, ist die SPD zu Zugeständnissen bereit.

Radikalreformistische Politik

Bevor parlamentarische Reformen in das Stadium realer Politik eintreten können, muß sich in diesem Land sehr viel verändern. Diese Veränderung kann nur und muß unten beginnen. Dazu einige Thesen:

— Eine radikalreformistische Politik — zumal bei den gegenwärtigen Kräfteverhältnissen — muß darauf ausgerichtet werden, etwas in den Köpfen der Menschen zu bewegen, bürgerliche Denkgewohnheiten und Praktiken aufzubrechen. Sie soll und muß zeigen, daß und wie Veränderungen möglich sind.

— Um zu erkennen, daß Staat und Gesellschaft auf dem ausschließlichen Wege parlamentarischer Reformen, also von oben, nicht zu verändern sind, bedurfte es nicht erst des Bespiels der Verhandlungen in Hessen. Warum sollte hier möglich sein, was in Chile, Portugal, Griechenland oder Frankreich nicht möglich war? Offenbar ist der Spielraum auf der institutionellen Ebene minimal.

— In der BRD — sowie in der gesamten deutschen Geschichte — erfahren wir eine schier übermächtige Fixiertheit der Menschen auf den Staat. Dieses Bewußtsein besagt, daß Veränderungen nicht gegen den Staat erzwungen werden können, sondern, wenn überhaupt, von diesem selbst eingeleitet werden. Dementsprechend kristallisiert sich der durchaus vorhandene Wunsch nach Veränderungen im Appell an vermeintlich gutwillige Politiker. Eine radikalreformistische Politik ist mit dem Widerspruch konfroniert, einerseits diese Staatsfixiertheit aufbrechen zu wollen, andererseits an der Erwartung ansetzen zu müssen, die Veränderung vom Parlament erhofft. Dieser Widerspruch wird auch nicht durch die Wiederholung der Tatsache gelöst, daß nur durch außerparlamentarischen Druck etwas erreicht werden kann. Dieser Widerspruch ist allein zu lösen durch die immer stärkere Teilnahme bzw. Einbeziehung in den politischen Prozeß.

— Von einem radikalrefomistischen Ansatz bleibt andererseits nichts übrig, wenn wir die Spielregeln des Stellvertreterprinzips akzeptieren. Bei den zurückliegenden hessischen Verhandlungen ist dies vor allem durch die ständige propagandistische Aufpolierung der Ergebnisse geschehen. Die Position der Landtagsgruppe lautet zusammengefaßt: ,,Wir haben — für euch — erreicht, was erreicht werden konnte. Und das ist beachtlich.'' Damit hat man sich der gleichen Lüge angeschlossen, von der sich seit jeher alle Parteien

ge propagandistische Aufpolierung der Ergebnisse geschehen. Die Position der Landtagsgruppe lautet zusammengefaßt: ,,Wir haben — für euch — erreicht, was erreicht werden konnte. Und das ist beachtlich.'' Damit hat man sich der gleichen Lüge angeschlossen, von der sich seit jeher alle Parteien

speisen. Hier bleibt vom Mai '68, von der APO, von der Anti-AKW- oder Startbahnbewegung politisch nichts übrig. Mit dieser Haltung wird jeglicher emanzipatorischer Anspruch aufgegeben.

Ernsthaft zu diskutieren wäre allerdings eine Möglichkeit, die von der hessischen Landtagsgruppe erst gar nicht versucht wurde: ehrlich zu sagen, wie wenig aufgrund der politischen Konstellation und der Weigerung der SPD herausgekommen ist, daß man trotzdem das Bündnis eingeht, um dieses Wenige zu sichern und mit der Hoffnung, daß daraus doch noch eine Alternative zu Bonn werden könnte. In diesem Fall wäre uns das ,,Nein'' in Lollar erheblich schwerer gefallen.

— Grüne Parlamentsarbeit ist sinnlos, wenn sie nicht dazu beiträgt, ein anderes Demokratieverständnis zu verankern. Heute erweist es sich als verhängnisvoll, daß der Begriff ,,Basisdemokratie'' nie wirklich inhaltlich gefüllt wurde und in der Praxis allein auf innerparteiliche Entscheidungsprozesse bezogen und reduziert wurde. Eine radikalreformistische Politik ohne den Schwerpunkt und die erklärte Zielsetzung von Massendemokratie, von Selbstbestimmung und Emanzipation ist ein (Selbst-)Betrug, da es anders — wenn überhaupt auf institutioneller Ebene — gar keine Reform geben kann.

Was heißt das aber für grüne Politik konkret? Eine parlamentarische Machtbeteiligung über eine kontinuierliche Zusammenarbeit mit der SPD kann für die Grünen im Moment nur unter völliger Vernachlässigung essentieller politischer Inhalte betrieben werden, das heißt, unter Aufgabe eines

Fortsetzung nächste Seite

Fortsetzung von vorheriger Seite

radikalreformistischen Ansatzes und der Hinwendung zu einer „Reform"politik in sozialdemokratischem Sinne. Es gilt, außerparlamentarischen Druck auszuüben und zu unterstützen, um so die Voraussetzung zu schaffen, die radikalreformistische Politik (gegebenenfalls mit der SPD) möglich zu machen. Dies ist nur möglich durch eine Stärkung der Bewegung in einem sehr weiten Sinne.

— Die Grünen müssen in der Lage sein, durch ihre praktische Politik zu einem akzeptablen Bündnispartner außerparlamentarischer Bewegung zu werden. Dies ist zur Zeit nur ungenügend der Fall. Die immerfort widerholte Redewendung von der Stützung auf diverse Bewegungen darf nicht so hohl bleiben, wie sie teilweise schon immer war bzw. geworden ist. Es muß gelingen, die Zusammenarbeit mit bisher vernachlässigten Kreisen zu verstärken. Die zaghaften Ansätze, die in der Zusammenarbeit mit fortschrittlichen Gewerkschaftern gemacht wurden, sind immens wichtig und ausbaufähig.

— Die Grünen dürfen sich nicht weiter, wie bei den hessischen Verhandlungen geschehen, auf die Themen konzentrieren, bei denen anzunehmen ist, daß dort mit der SPD am ehesten „etwas machbar" ist, sondern auf die, die für die weitere gesellschaftliche Entwicklung wichtig sind.

— Beispiel Frieden: Es gibt in der BRD mehrere Millionen Menschen, die sich von der momentanen Aufrüstung betroffen fühlen. Diese Menschen werden sich jedoch nicht als politisches Subjekt fühlen und dementsprechend aktiv werden, wenn es der SPD gelingt, sich das Mäntelchen der Friedenspartei umzuhängen und die Grünen dort, wo sie an der Macht beteiligt sind, dieses Thema mehr oder weniger meiden. Zur Zeit ist von einer Stärkung de Friedensinitiativen durch die Grünen nichtsmerkenswertes festzustellen; der Aktionsherbst der Friedensbewegung wurde durch die Grünen mehr oder weniger hingenommen wie eine bevorstehende Wetterlage. Angesichts dessen nutzt auch kein Jammern über das gute Abschneiden der Friedensliste bei den Europawahlen.

— Ein weiteres Thema, dessen sich die Grünen annehmen müssen, wollen sie nicht weiter die Lüge verbreiten, ein Teil ihrer Basis sei die Frauenbewegung, ist das Thema Frauen. Was da in grünen Programmen zu lesen ist, entspricht etwa der Qualität eines Schülerbesinnungsaufsatzes zur schlechten Lage der Frauen. Einige wenige Forderungen der Frauenbewegung sind — teilweise sogar entschärft — einfach übernommen worden. Und dann war man wohl froh, dieses Thema wieder verlassen zu dürfen. Notwendig ist jedoch, wegzukommen von punktuellen Forderungen, Erarbeitung eines übergreifenden Konzeptes zur Frauenpolitik und Umsetzung dieser Forderungen.

— Das Abkoppeln von der wieder aufkeimenden Anti-AKW-Bewegung darf nicht weiter Kurs der grünen Partei sein. In Hessen wurde der Fakt des existierenden Atomstaates hingenommen und akzeptiert, eine Neuorientierung der Energiepolitik durch weitaus zu geringe Förderung alternativer Technologien verhindert. In dieser für Grüne gern und oft als „Wurzel" bezeichneten Frage muß nach wie vor trotz aller Kompromißbereitschaft das schnellstmögliche Ende des Atompfades das alleinige Kriterium für Verhandlugnen sein. Es ist schon peinlich, wenn in Bonn aus der sicheren Opposition heraus die Abschaltung aller Atomanlagen gefordert wird, während das rot-grüne Bündis in Hessen die Frage meidet wie der Teufel das Weihwasser.

Das „Machbare"

Was von alledem wurde bei den hessischen Verhandlungen umgesetzt oder zumindest versucht?

Die Grünen im hessischen Landtag haben es nicht geschafft, die Ergebnisse des „real"politischen Kurses als das darzustellen, was sie eigentlich sind: Flickwerk, das im besten Falle dazu dient, dem maroden System die schlimmsten Löcher zu stopfen und es damit sicher über die nächsten Runden zu bringen. Das Ergebnis wurde gerade nicht als das dargestellt, das unter gegebenen Kräfteverhältnissen und nicht gegebenem Willen der SPD herausgeholt werden konnte. Es wurde „ins Große gezogen und in übertriebener Weise als etwas ganz Wichtiges, als große Errungenschaft dargestellt". Die offizielle Schreibweise war „300 Millionen grüne Beute ... eine rundum ökologisch-soziale Angelegenheit ... kein schlechtes Ergebnis..." (Tom Königs, Haushaltsexperte der Grünen im Landtag in der Kommune 2/84). Dabei wurden erlittene Niederlagen in erbärmlicher Weise geschönt. Da, wo es ans Eingemachte ging, dort, wo die Grünen ihre politische Herkunft ableiten, ist das Desaster vollkommen. Es muß an dieser Stelle nicht mehr über die Auseinandersetzungen um die Startbahn West geredet werden, eine Auseinandersetzung, die seinerzeit erst die hessischen Grünen in den Landtag getragen hat. Aber es muß festgestellt werden, daß in anderen zentralen Bereichen nichts oder gar Kontraproduktives herausgekommeen ist: Der Komplex Frieden ist mit der SPD erst gar nicht verhandelbar, im Bereich der Atomenergie darf das Wort „Abschalten" erst gar nicht laut gesagt werden. Trotzdem wird auch in diesen Bereichen das Verhandlungsergebnis als „erster Schritt in die richtige Richtung", als „erster Einstieg auf dem richtigen Weg" dargestellt. Plötzlich ist bei der Bewertung der Ergebnisse von „Politikfähigkeit" die Rede, als hätte die grüne Partei auf nichts anderes gewartet, als politikfähig im etablierten Sinne zu werden. Da feiert der längst totgeglaubte „Sachzwang" fröhliche Urständ und der Basis wird die Apokalypse an die Wand gemalt: „Wenns wir nicht tun, macht's die CDU." Es wird bewußt in Kauf genommen, die bisherige Basis zum einen desillusioniert, zum anderen desorientiert im Regen stehen zu lassen. Ziel ist es nur noch, an der einmal gerochenen Macht kleben zu bleiben und möglichst auch einen Teil des Kuchens für die eigene Klientel mit nach Hause zu nehmen.

Das ist das eigentlich Schlimme an dieser hessischen Entscheidung. In Hessen wurden viele aus den Bewegungen endgültig vor die Tür gestellt. Der Rest wird orientiert auf das „Machbare", ohne gleichzeitig aufzuzeigen, daß über das „Machbare" hinaus doch vieles mehr wünschens-, erstrebens- und erkämpfenswert ist. Nicht die Zusammenfassung radikaler Kräfte ist erreicht worden, sondern die Aussonderung des radikalsten Teils und die Einschwörung des anderen Teils auf die Systemzwänge. Zudem wird vorgegaukelt, daß über DIESE Zusammenarbeit eine wirkliche Änderung möglich ist. Plötzlich IST das klägliche Hearing zu Biblis der Einstieg in den Ausstieg aus der Atomenergie, als hätte die Anti-AKW-Bewegung nicht gelernt, was von diesen Mätzchen zu halten ist, da WIRD der Frieden plötzlich durch ein paar Tausender an die Friedens- und Konfliktforschung gesichert, als hätte die Friedensbewegung nicht aufgezeigt, was die realistischen Schritte sind.

Wo aber ist die Alternative zu dem, das da in Hessen so diletantisch, machtlüstern und von Fehleinschätzungen geprägt vonstatten gegangen ist? Kann radikalreformistische Politik in diesem Land etwas bewegen?

Wir können hier keine Konzeption radikalreformistischer Politik vorlegen. Was wir können, ist das Aufzeigen von Handlungsfeldern und Bedingungen für eine solche Politik. Es ist angebracht, an dieser Stelle einmal über den in der derzeitigen Debatte verwendeten Erfolgsbegriff zu reden. Von „real"politischer Seite wird Kritikern oft vorgeworfen, man habe schließlich auch reale Erfolge aufzuweisen, und der Spatz in der Hand sein nun mal besser als die Taube auf dem Dach. Zum einen ist hier die Erbärmlichkeit einiger der angeführten „Erfolge" des „real"politischen Kurses anzumerken. Zum anderen wollen wir klar feststellen, daß der von uns angepeilte Erfolg sich nicht in derartiger „Reform"politik erfüllt. Wir wollen die Taube! Zumindest wollen wir bei der Spatzenjagd die Taube nicht aus dem Auge verlieren. Und die werden wir nur unter geändertem gesellschaftlichem Bewußtsein erkämpfen. Gesellschaftliches Bewußtsein wird allerdings nicht anwachsen, wenn es vernebelt wird mit „real"politischen „Erfolgsmeldungen". Das in der Frage der Luftverschmutzung sensibilisierte öffentliche Bewußtsein wird durch herausgestellte angebliche Erfolgen bei den Kraftwerken Borken und Staudinger beruhigt, Protest und Widerstand werden geglättet und verhindert („ja wenn schon die Grünen damit einverstanden sind ..."). Nur schonungsloses Aufzeigen der Erbärmlichkeit des erreichten Kompromisses, der Weigerung der Sozialdemokratie, strukturelle Veränderungen mitzutragen, kann dazu beitragen, die Entwicklung gesellschaftlichen Masenbewußtseins voranzutreiben, Protest und Widerstand zu verbreitern und damit auch die Basis der grünen Partei zu stabilisieren und zu verbreitern.

(Die Zwischenüberschriften wurden von der Redaktion hinzugefügt).

Grüne Deutschlandpolitik:

Nicht links, nicht vorn, sondern daneben

Mit einem Arbeitskollektiv von fast 150 bezahlten Menschen ein Maximum an Inkompetenz in aktuellen und zentralen Fragen der sogenannten Großen Politik zu produzieren, ist ein Kunststück, das gelernt sein will. Die Grünen in Bonn hingegen scheinen dafür ein Naturtalent schon mitgebracht zu haben. Jüngster Anlaß, sich mit Glanz und Gloria zu blamieren: Andreottis Äußerungen zur „deutschen Frage", und das sich daran anschließende nationalistische Gekreisch in den bundesdeutschen Medien. Insoweit eigentlich eine sehr einfache Sache: einer Partei, die sich als alternativ und systemoppositionell begreift, hätte es gut gestanden, sich in sehr deutlicher und scharfer Weise von jenem neu-deutschen „Wir-sind-wieder-wer!"-Gelärme abzugrenzen, das verstärkt seit der CDU-Wende das Klima bestimmt. Sei es nun Andreotti oder sei es Kohl in Israel, die abgesagte Honnecker-Reise, die Revanchismus-Vorwürfe aus der Sowjetunion und Polen. Eine solche Abgrenzung hätte allerdings vorausgesetzt, daß sich die Bonner Grünen in der Sache selbst wenigstens einigermaßen einig gewesen wären. Daß dies nicht der Fall ist, daß unausdiskutiert einzelne Privatstandpunkte neben vorherrschendem Desinteresse stehen, war schon bei früheren Anlässen deutlich geworden.

Wer das nicht weiß, konnte es mißverstehen, als die Medien meldeten, der *„deutschlandpolitische Sprecher der Fraktion"*, Dirk Schneider, und die *„Fraktionssprecherin"* Annemarie Borgmann hätten positiv zu den Äußerungen Andreottis Stellung genommen. Zwar hatten sie tatsächlich, aber durchaus nicht in irgendeiner offiziellen Funktion. Anders als der Sprechertitel vermuten läßt, vertritt Dirk Schneider in Sachen „Deutschlandpolitik" eine fast einsame Außenseiterposition. Das macht er mit unermüdlichem Fleiß, der ihn mitunter schon in die Nähe einer tragikomischen Figur bringt, aber fast immer als isolierter Einzelkämpfer. Spötter aus dem deutschnationalen Lager der Grünen bezeichnen Schneider gern als „die ständige Vertretung der DDR in Bonn" — ein Titel, der die Spötter mehr entlarvt als den Verspotteten.

In der Pressemitteilung von Schneider/Borgmann heißt es, ganz im Ton einer offiziellen Verlautbarung: *„Die GRÜNEN IM BUNDESTAG begrüßen die Feststellungen Andreottis in bezug auf die bleibende Existenz beider deutscher Staaten. Für die GRÜNEN IM BUNDESTAG ist eine Politik der ‚Wiedervereinigung Deutschlands' und des ‚Offenhaltens der deutschen Frage' unakzeptabel. Eine solche Politik halten wir für friedensbedrohend. Andreottis Äußerungen haben nur noch einmal deutlich gemacht, daß auch die europäischen Nachbarn der beiden deutschen Staaten in Ost und West eine Neuauflage einer deutschen Zentralmacht in Mitteleuropa als friedensbedrohlich ansehen. Die historischen Erfahrungen geben ihnen recht!..."*

Daß d i e s nicht wirklich d e r Standpunkt d e r Grünen im Bundestag ist, hätte eigentlich klar sein müssen. Dennoch verließ diese Erklärung am 17.9. als Pressemitteilung das Fraktionsbüro der Grünen. Am 19.9. folgte die nächste Pressemitteilung: der grüne Abgeordnete Roland Vogt legt „scharfen Protest" gegen die Stellungnahme von Schneider/Borgmann ein. Besonders interessant ist daran der Schlußabsatz: **„Die Fraktion DIE GRÜNEN IM BUNDESTAG hat am 18.9.1984 auf Antrag von Roland Vogt mit deutlicher Mehrheit festgestellt, daß die Pressemitteilung Nr. 478/84 (Borgmann/Schneider) den Positionen der GRÜNEN zur Deutschlandpolitik nicht gerecht wird. Eine gleich große Mehrheit hat kurioserweise beschlossen, darüber keine Pressseerklärung der Fraktion abzugeben."**

Den folgenden Zitaten aus dem inhaltlichen Teil von Vogts Stellungnahme muß fairerweise vorausgeschickt werden, daß Vogt bei den Bonner Grünen Narrenfreiheit genießt, da er neben Petra Kelly zu denjenigen gehört, die die Fraktion damit erpressen könnten, unter Umständen einfach abzuspringen und damit den hauchdünnen Fraktionsstatus der Grünen platzen zu lassen. Das mag zum Teil erklären, warum Vogts Ausführungen nicht auf öffentlichen Widerspruch stießen. Vogt schreibt da unter anderem: Andreottis Äußerungen seien *„h i r n r i s s i g"*, und *„allenfalls im Rahmen der italienischen Innenpolitik"* könne man ihnen *„Spurenelemente von Rationalität bescheinigen"*. Es sei *„niemals Position der GRÜNEN"* gewesen, die Wiedervereinigung Deutschlands und das Offenhalten der deutschen Frage abzulehnen. Es sei *„unverantwortlich und entspricht nicht der Wirklichkeit des Jahres 1984, auch nur in Andeutungen von einer Friedensbedrohung schlechthin durch das deutsche Volk für den Fall der — ohnehin unwahrscheinlichen — Wiedervereinigung auszugehen."* (Ein Schmutzfink, der das deutsche Volk beleidigt! Wen hat denn dieses Volk schließlich jemals bedroht?!) Weiter Vogt: *„Es ist nicht Politik der GRÜNEN, den Abmachungen von Jalta eine friedensfördernde Funktion zuzuschreiben"*, wie es Schneider/Borgmann getan hatten. Sondern „Weg von Jalta!" heißt heute die Parole, die sich realpolitisch sogar auf den US-Präsidenten stützen kann.



„Kulturelle Autonomie einer traditionsreichen Volksgruppe"

Weiter Vogt: *Es ist beschämend und kaum noch zu klassifizieren, wenn Äußerungen von der unsäglich opportunistischen Art des Herrn Andreotti einen Bundestagsabgeordneten beflügeln, laut über die Revision der Präambel des Grundgesetzes nachzudenken."* Gemeint ist in diesem Fall der Abgeordnete Schily, der in einem Interview mit dem ZDF (Heute-Journal, 18.9.) äußerst vorsichtig und halbherzig dafür plädiert hatte, das sogenannte Wiedervereinigungsgebot des Grundgesetzes langfristig und schrittweise dahingehend umzuformulieren, daß die Wiedervereinigung nicht mehr z w i n g e n d vorgeschrieben würde. Hysterischer und überzogener als Vogt hätte sich über Schilys Andeutungen auch ein CDU-Abgeordneter sicher nicht aufregen können. Und noch einmal O-Ton Vogt: *„Es steht im Widerspruch zur GRÜNEN Eurpapolitik ..., wenn das Eintreten einer traditionsreichen Volksgruppe für ihre kulturelle Autonomie von einem Vertreter des italienischen Zentralstaates als ‚pangermanistisch' abqualifiziert wird."* Es geht, das muß man erklären, um Südtirol. Andreotti hatte sich k o n k r e t kritisch über einen nationalistischen Aufzug in Innsbruck geäußert, bei dem die „Wiedervereinigung Tirols" und das „Selbstbestimmungsrecht für Tirol" gefordert worden waren — was richtig verstanden überhaupt nichts mit „kultureller Autonomie" und sehr viel mit dem Anschluß Südtirols an Österreich zu tun hat. Mit gleichem Recht könnte Vogt demnächst die Parolen der Sudetendeutschen Landsmannschaft als liebenswerten Schrei nach mehr kultureller Autonomie mißdeuten.

Daß ein grüner Abgeordneter dumm daherschwätzt wie ein langjähriger CDU-ler, ist peinlich, auch für die Wähler dieser Partei. Daß ihm niemand widerspricht, ist — bei aller verständlichen Rücksichtnahme auf den heiklen Fraktionsstatus — ein Ärgernis. Aber auch wiederum nicht zufällig und unerwartet. Da gibt es beispielsweise die kaum weniger interessante Pressemitteilung Nr. 378/84 vom 25.7.: Der „finanzpolitische Sprecher der GRÜNEN IM BUNDESTAG", der Abgeordnete Hubert Kleinert kritisiert die *„beabsichtigte Garantieleistung des Bundes zugunsten eines neuen Milliardenkredites für die DDR"*. *„Die GRÜNEN IM BUNDESTAG haben grundsätzlich nichts gegen einen solchen Kredit einzuwenden, wenn damit konkrete Verbesserungen für die Menschen in der DDR und in der Bundesrepublik verbunden sind. Dies gilt ganz besonders für eine Verbesserung der Besuchs- und Kontaktmöglichkeiten zwischen den Bürgern beider deutscher Staaten"*. Jedoch seien *„die Ergebnisse der Verhandlungen mit der DDR über die mit dieser Kreditgewährung verbundenen ‚menschlichen Erleichterungen' ausgesprochen mager ausgefallen"*. — Man muß das ins Gesamtdeutsche zurückübersetzen: die Grünen wollen, daß Kredite an die DDR von sogenannten politischen Gegenleistungen abhängig gemacht werden. Das ist die klassische Position der CDU, der Springer-Presse und des ZDF-Magazins. Mensch stelle sich aber spaßeshalber vor, daß der Herr Kleinert von den Grünen zur Bank kommt, um sich einen Kredit zu holen, und daß man dort „politische Gegenleistungen" von ihm fordert. Völlig verrückt, nicht wahr? Das dumme Geschwätz von den politischen Gegenleistungen macht nur dann überhaupt einen Sinn, wenn man verkennt, daß es sich bei den Krediten an die DDR um normale Geschäfte, und nicht etwa um Gnadengeschenke handelt. Diese Ignoranz gegenüber einer einfachen Tatsache hängt eng zusammen mit der bundesüblichen Betrachtung der DDR als armen Verwandten, der um Geldspritzen für seine marode sozialistische Planwirtschaft betteln kommt.

Da die Stellungnahme des Abgeordneten Kleinert im Namen der grünen Bundestagsfraktion spricht, ohne daß irgendwer öffentlich protestierte, muß man sie wirklich als offizielles Statement interpretieren. Grausam genug, auch wenn man annimmt, daß einige Bonner Grüne lediglich zu beschäftigt oder zu „klug" waren, um Widerspruch zu erheben. Daß sich „grüne Deutschlandpolitik" rechts von der SPD und in Nähe zur CDU bewegt, wäre sicher zu viel gesagt. Richtig ist, daß es eine „grüne Deutschlandpolitik" gar nicht gibt, und daß dieses Vakuum bei aktuellen Anlässen durch persönliche Verlautbarungen von Individuen gefüllt wird, die auf den extremen Polen des grünen Meinungsspektrums angesiedelt sind. Daß die Grünen durch derart widersprüchliche pseudo-offizielle Äußerungen den Eindruck produzieren, sie hätten nicht alle Tassen im Schrank, scheint ihnen entweder gar nicht bewußt zu sein oder macht ihnen jedenfalls wohl nichts aus. Erschwerend kommt beim Themas „Deutschlandpolitik" hinzu, daß die Grüne Partei ein Tummelplatz von Leuten aus den alten ML-Parteien KPD und KBW geworden ist, die dort ihren abgestandenen vaterländischen Kurs als Produkt einer politischen Läuterung und Lernfähigkeit anbieten. Und das sogar mit einigem Erfolg, denn was gibt es Schöneres als einen bekehrten Kommunisten.

Kt., Hamburg

Zwischen den Weltkriegen Teil 5

Die Vorgeschichte des deutschen Überfalls auf die Sowjetunion

Als „Hitler-Stalin-Pakt" geistert er durch die antikommunistische Literatur: der deutsch-sowjetische Nichtangriffsvertrag vom 23. August 1939. Als „genialer Schachzug" wird er gern in der sowjetischen und pro-sowjetischen Literatur gewürdigt. Der Inhalt des Vertrages und die darauf aufbauenden deutsch-sowjetischen Beziehungen bis zum Überfall auf die Sowjetunion am 22. Juni 1941 sind Gegenstand des folgenden Textes. Er gehört zu einer Artikel-Serie, die fortgesetzt wird. Bisher erschienen: 1. Vorstellung und Kommentierung einiger NATO-Kriegs-Szenarien. 2. Vorgeschichte des 1. Weltkrieges. 3. Verlauf des 1. Weltkrieges. 4. Vorgeschichte des 2. Weltkrieges. Zum besseren Verständnis des Folgenden wird die Kenntnis dieses Teil 4 empfohlen.



„Alles, was ich unternehme, ist gegen Rußland gerichtet; wenn der Westen zu dumm und zu blind ist, um dies zu begreifen, werde ich gezwungen sein, mich mit den Russen zu verständigen, den Westen zu schlagen und dann nach seiner Niederlage mich mit meinen versammelten Kräften gegen die Sowjetunion zu wenden."

(A. Hitler am 11.8.1939 zum Völkerbund-Beauftragten für Danzig, Carl Jacob Burckhardt. Zit. in: C. Burckhardt, Meine Danziger Mission 1937 - 1939, München 1960, S. 348).

Die britisch/französisch-sowjetischen Verhandlungen

Die Anbahnung von Gesprächen zwischen der Sowjetunion einerseits, Großbritannien und Frankreich andererseits über eine gemeinsame Politik gegen die aggressive Expansion Deutschlands begann erst nach der Annektion der Tschechei (15.3.1939). Bis zu diesem Zeitpunkt hatten die herrschenden Kreise Frankreichs und mehr noch Großbritanniens die sowjetischen Angebote zu einer solchen Zusammenarbeit abgelehnt (1).

Der Anstoß ging auch jetzt wieder von der Sowjetunion aus: sie machte am 18.3.39 den Vorschlag, eine Konferenz mit Vertretern der Sowjetunion, Großbritanniens, Frankreichs sowie Polens und Rumäniens (diese beiden Länder wurden allgemein als nächste Ziele der deutschen Expansion angesehen) zu organisieren, um über gemeinsame Schritte zu beraten. Alternativ hierzu, aber als kleines Zugeständnis an die Opposition, die immer dringlicher eine Verständigung mit der Sowjetunion forderte (2), machte die britische Regierung am 20.3. den Vorschlag einer gemeinsamen Erklärung Großbritanniens, Frankreichs, der Sowjetunion und Polens. Weitere Staaten sollten sich anschließen können. Inhalt: die unterzeichnenden Regierungen wollen angesichts einer möglichen Bedrohung von Frieden und Sicherheit in Europa — was jedoch nicht weiter konkretisiert wurde — *„unverzüglich Konsultationen über Schritte aufnehmen, die für den gemeinsamen Widerstand gegen derartige Aktionen zu unternehmen sind"* (3). Der Text war so lauwarm formuliert, daß er auch von der deutschen Regierung hätte unterschrieben werden können. Dennoch gab die Sowjetunion, um überhaupt zu einem ersten gemeinsamen Schritt zu kommen, ihre Zustimmung. Indessen verweigerte sich die polnische Regierung: sie könne keine solche Aktionseinheit mit der Sowjetunion eingehen, da sonst die ohnehin gespannten Beziehungen zu Deutschland zusätzlich belastet würden. Damit war das Projekt einer gemeinsamen Erklärung gestorben.

Stattdessen unternahm die britische Regierung in der ersten April-Hälfte den Versuch, die Sowjetunion zur Abgabe einer Beistandserklärung für Polen und Rumänien zu bringen. Die Sowjetunion wollte aber keine einseitigen Verpflichtungen eingehen, sondern strebte ein Bündnis an, das umgekehrt auch ihr selbst Beistandsgarantien geben sollte. In diesem Sinn legte sie am 17.4.39 einen Vertragsentwurf vor — der erste in einer langen Reihe von Entwürfen, die in den folgenden Wochen zwischen der Sowjetunion einerseits, Großbritannien und Frankreich andererseits ausgetauscht wurden. (4)

Zunächst ging es darum, überhaupt eine aus sowjetischer Sicht gleichberechtigte Basis zu schaffen, das heißt, auch einen Angriff auf die Sowjetunion als Bündnisfall anzuerkennen. Die beiden Westmächte brauchten immerhin bis Ende Mai, um dies zuzugestehen. Danach ging der Streit im wesentlichen darum, welche Staaten als ‚garantiert' zu betrachten seien, d.h. auf welche Staaten ein (deutscher) Angriff als Bündnisfall gelten sollte. Für die Sowjetunion war selbstverständlich, daß hierzu außer Polen und Rumänien auch die drei baltischen Staaten und Finnland zählen müßten. Das Problem lag darin, daß keiner dieser sechs Staaten eine sowjetische Beistandserklärung wünschte. Das heißt, diese Staaten sollten nötigenfalls auch ohne ihre Einwilligung von der Sowjetunion geschützt und unterstützt werden. Zusätzlich problematisch wurde dieses Verlangen durch den Streit um die Definition des Angriffsfalls: die Sowjetunion wollte, daß auch eine „indirekte Aggression" als Angriff und folglich als Bündnisfall gelten sollte. Der Begriff der „indirekten Aggression" war sehr weit auslegbar und umstritten. Praktisch ging es darum, daß aus sowjetischer Sicht j e d e Veränderung des Status Quo zugunsten Deutschlands innerhalb ihrer „Sicherheitssphäre" (d.h. die aufgezählten Staaten Ost- und Nordosteuropas) ein Kriegs- und Bündnisfall sein sollte — unabhängig von der Haltung der direkt betroffenen Regierungen. Richtiger wäre also, von einem generellen sowjetischen Interventionsrecht zu sprechen, wobei die Westmächte nicht nur verpflichtet gewesen wären, gute Miene zu machen, sondern gegebenenfalls auch noch Beistand zu leisten.

Indessen war diese Haltung der Sowjetunion nicht so absurd und überzogen, wie es den Anschein hat: sie hatte, besonders mit Blick auf die baltischen Staaten, die begründete Sorge, daß in ihrem Vorfeld Länder durch die mittlerweile erprobte Mischung aus Erpressung, wirtschaftlicher Abhängigkeit und nazistischer Subversion in deutsche Satellitenstaaten nach dem Vorbild der Slowakei verwandelt werden könnten. Der Standpunkt, Länder auch dann gegen die deutsche Expansion zu schützen, wenn von deren Regierung aus welchen Gründen auch immer kein Hilferuf kommen sollte, wurde im übrigen von Großbritannien und Frankreich im Prinzip geteilt. (Es sei daran erinnert, daß die Annektion der Tschechei im März 1939 mit der erpreßten Zustimmung des Präsidenten Hacha erfolgt war).

Ende Juli war — jedenfalls auf dem Papier! — eine weitgehende Einigung zwischen den drei Großmächten erreicht, die im wesentlichen den sowjetischen Vorstellungen entsprach. Offen war nur noch die exakte Definition der „indirekten Aggression": Großbritannien und Frankreich wollten darunter nur eine „Handlung" verstehen, zu der *„der entsprechende Stat seine Zustimmung unter der Androhung von Gewaltanwendung seitens einer anderen Macht gegeben hat und die den Verlust der Unabhängigkeit bzw. der Neutralität dieses Staates"* zur Folge hat (5). Das schien der Sowjetunion nicht weitgehend genug.

An diesem Punkt angekommen, schlug die Sowjetunion vor, Militärverhandlungen zu beginnen, um dann gleichzeitig mit dem Beistandspakt auch eine Militärkonvention abzuschließen, also konkrete Vereinbarungen über koordinierte militärische Maßnahmen im Kriegsfall. Die Westmächte stimmten zu und akzeptierten Moskau als Verhandlungsort.

In späteren Bewertungen über das Scheitern dieser Verhandlungen wurden einige äußere Umstände sehr betont. So etwa, daß die Vertreter Großbritanniens und Frankreichs nicht zur „ersten Garnitur" gehörten, daß die britischen Vertreter zunächst noch nicht einmal eine Verhandlungsvollmacht vorlegen konnten, und schließlich, daß die Delegationen mit dem Schiff statt mit dem Flugzeug angereist waren, wodurch mehrere Tage verlorengingen. Abgesehen davon, daß diese ‚verlorenen' Tage anscheinend notwendig waren, um zwischen den Vertretern der beiden Westmächte eine gemeinsame Verhandlungslinie abzustimmen, waren es letzten Endes sowieso nicht diese äußerlichen Unzulänglichkeiten, die das Problem ausmachten. (6) Der sowjetische Verhandlungsführer, Marschall Woroschilow, nannte in einem „Iswestija"-Interview wenige Tage nach dem Abbruch der Verhandlungen ohne Umschweife nicht mehr als einen einzigen Grund: *„Die sowjetische Militärmission war der Ansicht, daß die UdSSR, die über keine gemeinsame Grenze mit dem Aggressor verfügt, Frankreich, Großbritannien und Polen nur unter der Bedingung helfen kann, daß ihre Truppen polnisches Gebiet passieren ..."* (7). Es ging um das Recht, sowjetische Truppen nach Polen hinein und durch Polen hindurch (im Norden über die Gegend von Wilna, im Süden über Lemberg) zu führen. Das war von der polnischen Regierung immer wieder abgelehnt worden. Zuletzt schien zumindest die französische Regierung bereit, der Sowjetunion ein Durchmarschrecht durch Polen ihrerseits einzuräumen, d.h. ohne Zustimmung Polens. Damit wollte sich die Sowjetunion allerdings nicht zufrieden geben: ihr schien allein der Standpunkt der polnischen Regierung ausschlaggebend.

Die Verhandlungen in Moskau hatten am 12.8.39 begonnen. Am 14.8. war klar, daß das Durchmarschrecht durch Polen für die Sowjetunion der ‚Knackpunkt' sein würde. Am 21.8. — zufällig genau der Tag, an dem die Einigung über einen deutsch-sowjetischen Nichtangriffspakt zustande gekommen war — am 21.8. also erklärte Woroschilow: Solange die Frage des Durchmarschrechts nicht positiv beantwortet sei, würden keine weiteren Gespräche mehr stattfinden. (8) Am 25.8. wurden die Verhandlungen förmlich abgebrochen.

Die deutsch-sowjetischen Verhandlungen

Die Vorgeschichte des deutsch-sowjetischen Nichtangriffspakts zieht sich über mehrere Monate hin. Im Gegensatz zu den gleichzeitigen Verhandlungen der Sowjetunion mit Großbritannien und Frankreich ergab sich die lange Dauer der Vertragsanbahnung nicht aus zähen Debatten um strittige Fragen, sondern daraus, daß beide Seiten sich sehr viel Zeit ließen und oft ganze Wochen zwischen den vorsichtigen diplomatischen „Fühlern" und Andeutungen lagen. Diese Taktik wiederum ergab sich daraus, daß beide Seiten gleichzeitig noch über genau entgegengesetzte Optionen im Gespräch waren: die Sowjetunion, wie wir sahen, über einen Defensivpakt gegen Deutschland, und dieses seinerseits über einen Militärpakt mit Japan. (9) Solange über diese Optionen nicht entschieden war, schlichen beide Seiten abwartend umeinander herum und waren in erster Linie bemüht, die Gegenseite „aus der Reserve zu locken", ohne sich selbst schon festzulegen.

In der Vorgeschichte des Paktes wird oft der Ablösung des sowjetischen Außenministers Litwinow durch Molotow (3.5.1939) eine entscheidende Bedeutung gegeben: Litwinow war Jude, und seine Ablösung konnte, jedenfalls nachträglich, gut als deutlicher Wink an die Nazi-Regierung interpretiert werden, daß die Sowjetunion sich auf eine außenpolitische Annäherung einlassen wollte. (10) Diese Interpretation liegt umso näher, weil es von sowjetischer Seite nicht den geringsten Kommentar zu der Umbesetzung gab, der Spekulation also sofort alle Türen offenstanden. (11) Gegen diese einfache Interpretation spricht jedoch, daß die Umbesetzung als Signal eindeutig zu früh kam, nämlich zu einem Zeitpunkt, wo die vorsichtigen „Fühler" noch nicht einmal richtig eingeleitet worden waren, wo der Ausgang dieser Kontaktanbahnung noch völlig offen war, und wo andererseits die sowjetische Option einer Einigung mit Großbritannien und Frankreich noch längst nicht ausgereizt, sondern gerade erst angetestet worden war. Es ist also zu vermuten, daß, selbst wenn die Neubesetzung des Außenministeriums Signalfunktion gegenüber Deutschland haben sollte, es zumindest auch noch andere gewichtige Gründe für diese Maßnahme gegeben haben muß. — Einige Stichworte zum Gang der Dinge:

+ Am 20.5. sprach der neue Außenminister Molotow mit dem deutschen Botschafter in Moskau, von der Schulenburg. Dabei ging es u.a. um den deutschen Wunsch, die seit Herbst 1938 laufenden und im Winter abgebrochenen Verhandlungen über ein neues Wirtschaftsabkommen wieder aufzunehmen. Hierzu erklärte Molotow: die Wirtschaftsverhandlungen seien bisher von deutscher Seite nicht ernsthaft geführt worden. Die Sowjetunion könne einer Wiederaufnahme erst zustimmen, *„wenn hierfür die notwendige ‚politische Grundlage' geschaffen sein werde"*. Auf Erläuterungen dieses orakelhaften Ausspruches ließ sich Molotow nicht ein: ein Stichwort war in den Raum geworfen; mochte sich nun die Gegenseite daran abarbeiten. (12) Auf seinen Bericht über das Gespräch hin bekam Schulenburg am 21.5. Anweisung aus dem Außenministerium, *„unsererseits nunmehr ganz stillzuhalten und abzuwarten, ob Sowjetrussen mit der Sprache weiter herauskommen"*. (13)

+ Diese Richtlinie wurde wenige Tage später umgeworfen: *„Entgegen bisher geplanter Taktik haben wir uns entschlossen, jetzt doch gewisse Fühlung mit Sowjetunion aufzunehmen"*. (14)

Staatssekretär v. Weizsäcker (Außenministerium) bat den sowjetischen Geschäftsträger in Berlin zu sich (30.5.) und lenkte das Gespräch auf die *„Normalisierung der politischen Beziehungen"*, ohne konkret zu werden. (15)

+ Am 15.6. folgte ein ebenso eindeutiges wie vorsichtiges sowjetisches Signal: Beim Unterstaatssekretär im Außenministerium, Woermann, erschien der bulgarische Gesandte, um ihm eine „vertrauliche Mitteilung" zu machen. Der sowjetische Geschäftsträger habe ihn „ohne ersichtlichen Anlaß aufgesucht" und habe ein zweistündiges Gespräch mit ihm geführt. Dabei habe er ihm Ansichten vorgetragen, von denen er — der Bulgare — nicht recht zu sagen wisse, ob es nun die „persönlichen Ansichten" seines sowjetischen Kollegen seien oder Regierungsmeinung. Jedenfalls: Die Sowjetunion schwanke derzeit zwischen drei Möglichkeiten — Pakt mit den Westmächten, weiterer zögernder Behandlung der Paktverhandlungen oder aber ... *„Annäherung an Deutschland"*. Diese Option liege der Sowjetunion „gefühlsmäßig am nächsten". Jedoch seien da noch viele Fragen offen, und die bekannten nazistischen Vernichtungsdrohungen stünden immer noch im Raum. **„Wenn Deutschland die Erklärung abgeben würde, daß es die Sowjetunion nicht angreifen wolle oder mit ihr einen Nichtangriffspakt abschließen würde, so würde die Sowjetunion wohl von dem Vertragsabschluß mit England absehen"**. (16) Das Thema war also mit größtmöglichem diplomatischen Anstand auf den deutschen Tisch gelegt, ohne daß sich offizielle sowjetische Stellen „kompromittiert" hatten.

+ Dafür gab am 17.6. der sowjetische Wirtschaftsminister Mikojan in den Gesprächen über eine Wiederaufnahme der Wirtschaftsverhandlungen Negativsignale, indem er der deutschen Seite vorhielt, sie sei nicht ernsthaft an einem Verhandlungsergebnis interessiert, sondern verfolge nur taktische Momentsinteressen. (17) Hitler gab daraufhin am 29.6. Anweisung, der sowjetischen Seite das deutsche Desinteresse an einer Wiederaufnahme der Wirtschaftsverhandlungen mitzuteilen, also praktisch die Gespräche abzubrechen. (18) Das galt auch für die politischen Gespräche. (19)

+ Die Unterbrechung erwies sich als nur vorübergehend: am 22.7. wurde die Wiederaufnahme der Wirtschaftsverhandlungen offiziell bekanntgegeben. Bei diesen Gesprächen, die in Berlin stattfanden, schlug der deutsche Vertreter Schnurre einen Drei-Stufen-Plan vor: 1. Wirtschaftsbeziehungen. 2. Normalisierung und Besserung der politischen Beziehungen. 3. *„Wiederherstellung guter politischer Beziehungen"*. In diesem Zusammenhang behauptete Schnurre, es gebe „auf der ganzen Linie von der Ostsee bis zum Schwarzen Meer und dem Fernen

Fortsetzung nächste Seite

Fortsetzung von vorheriger Seite

Osten" keine wesentlichen „Gegensätzlichkeiten" zwischen beiden Staaten. Ein umfassender Interessenausgleich zwischen ihnen sei also möglich; dies allerdings nur, falls die Sowjetunion keinen Pakt mit Großbritannien und Frankreich schließen würde. (20) Im gleichen Sinn erklärte sich Botschafter Schulenburg gegenüber Molotow (4.8.), wobei er noch die hinreißende Behauptung hinzufügte, der Antikominternpakt richte sich überhaupt nicht gegen die Sowjetunion, sondern gegen die kapitalistischen Staaten. (21)

+ Am 12.8. (dem Tag, an dem die Militärverhandlungen mit den Westmächten begannen) endlich traf in Berlin das positive Signal der Sowjetunion ein: man sei *„an einer Erörterung der einzelnen, bisher zur Sprache gekommenen Fragengruppen interessiert"*. Dies könne allerdings „nur stufenweise" geschehen. Ort der Gespräche sollte Moskau sein. (22)

+ Mittlerweile machte sich auf deutscher Seite Zeitdruck bemerkbar, weil der Termin Ende August/Anfang September für den Überfall auf Polen bereits festlag und die Beziehungen zur Sowjetunion möglichst vorher noch „geordnet" werden sollten. So nahm nun Außenminister Ribbentrop am 14.8. das sowjetische Signal zum Anlaß, um seine „Bereitschaft" zu einer Reise nach Moskau anzubieten, d.h. um der sowjetischen Regierung seinen Besuch aufzunötigen. (23) Diese war nicht sehr glücklich darüber — u.a. wegen der spektakulären Wirkung — und versuchte erst einmal Zeit zu gewinnen.

+ Am 15.8. teilte Molotow mit, man begrüße die deutschen Absichten lebhaft; jedoch müsse ein Besuch des Herrn Ribbentrop erst noch „entsprechend vorbereitet" werden. **Bei dieser Gelegenheit stellte Molotow erstmals offiziell die Frage nach dem Abschluß eines Nichtangriffspaktes.** (24) Am 16.8. meldete sich Ribbentrop schon wieder bei Molotow: Deutschland sei bereit, einen Nichtangriffspakt abzuschließen. Da in Polen die Lage äußerst brisant sei, dürfe es aber keine Verzögerung geben. Er sei daher „bereit", vom 18.8. an jederzeit nach Moskau zu fliegen. (25) Antwort Molotows (17.8.): erster Schritt zu einer Verbesserung der Beziehungen müsse die Unterzeichnung des Handelsvertrages sein. Dann könne man „nach kurzer Zeit" auch einen Nichtangriffspakt abschließen. Die Moskau-Reise Ribbentrops brauche jedoch immer noch eine „gründliche Vorbereitung". (26)

+ Nachdem Ribbentrop am 18.8. nochmals auf seine sofortige Reise nach Moskau gedrängt hatte, da in Polen jeden Tag der Kriegsausbruch möglich sei und eine v o r h e r i g e Bereinigung der Probleme doch auch im sowjetischen Interesse liegen müsse (27), kam am 19.8. die sowjetische Einwilligung, Ribbentrop um den 26./27.8. nach Moskau einzuladen. (28) Dieser Termin lag für die deutsche Regierung immer noch zu spät, da der Beginn des Angriffs auf Polen zunächst schon auf den 26.8. festgesetzt worden war. Daher wandte sich Hitler am 20.8. mit einem Brief direkt an Stalin, in dem er große Worte für die fruchtbare Vergangenheit und die herrliche Zukunft der deutsch-russischen Beziehungen fand. (29) Konkret schlug er vor, Ribbentrop am 22. oder 23.8. in Moskau zu empfangen, wobei er nochmals auf das ganz nahe Bevorstehen des Krieges gegen Polen hinwies. Am 21.8. traf die Antwort Stalins ein: Ribbentrop möge am 23.8. kommen. (30) Am 22.8. erfuhr eine total verblüffte Weltöffentlichkeit, daß der deutsche Außenminister nach Moskau kommen werde, um dort einen Nichtangriffspakt zu unterzeichnen.

An diesem Überblick wird deutlich, daß es keiner besonders großen sowjetischen Überredungskünste bedurfte, um der Nazi-Regierung diesen Vertrag abzulocken. Im Gegenteil, im Zeitdruck durch ihre Kriegspläne gegen Polen war die deutsche Seite schließlich sogar penetrant aufdringlich geworden.

„Der Vertrag"

Der offizielle Nichtangriffsvertrag zwischen Deutschland und der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken besteht aus 7 Artikeln. (31) Der erste besagt: *„Die beiden vertragsschließenden Teile verpflichten sich, sich jeden Gewaltaktes, jeder aggressiven Handlung und jeden Angriffs gegeneinander, und zwar sowohl einzeln als auch gemeinsam mit anderen Mächten, zu enthalten"*. Nicht weniger wichtig ist der Artikel 4, der explizit das Aus für die sowjetischen Verhandlungen mit Großbritannien und Frankreich bedeutete: *„Keiner der beiden vertragsschließenden Teile wird sich an irgendeiner*



Ribbentrop unterzeichnet den Nichtangriffvertrag.

Mächtegruppierung beteiligen, die sich mittelbar oder unmittelbar gegen den anderen Teil richtet". Der Vertrag sah außerdem die Verpflichtung zu ständiger Konsultation vor, *„um sich gegenseitig über Fragen zu informieren, die ihre gemeinsamen Interessen berühren"* (Art. 3). „Streitigkeiten oder Konflikte" seien *„auf dem Wege freundschaftlichen Meinungsaustausches oder, nötigenfalls, durch Schlichtungskommissionen (zu) bereinigen"* (Art. 5). Der Vertrag sollte zunächst für 10 Jahre gelten (Art. 6).

„Streng vertraulich" wurde neben dem Nichtangriffsvertrag ein Geheimes Zusatzprotokoll vereinbart (32 — siehe Kasten). In diesem Text, an dessen Echtheit es keine begründeten Zweifel gibt (33), werden *„für den Fall einer territorial-politischen Umgestaltung"* die *„Interessensphären"* Deutschlands und der Sowjetunion bezeichnet. Und zwar: a) in Nordeuropa gehören die baltischen Staaten Lettland und Estland sowie Finnland zur sowjetischen Sphäre, Littauen hingegen zur deutschen; b) in Polen bilden die Flüsse Narew, Weichsel und San die Grenzlinie zwischen den Interessensphären; in Südosteuropa gehört die rumänische Region Bessarabien zur sowjetischen Interessensphäre, während Deutschland *„das völlige politische Desinteresse an diesen Gebieten"* bekundete.

Die unschuldige Formel *„... für den Fall einer territorial-politischen Umgestaltung"* kommt aus der Welt der imperialistischen Geheimverträge vor dem 1. Weltkrieg. Sie besagt nichts weiter, als daß sich die vertragschließenden Staaten gegenseitig ‚Grünes Licht' für die Annektion der genannten Gebiete geben. Der wirkliche Verlauf der weiteren Ereignisse läßt nicht den Schatten eines Zweifels, daß exakt dies auch der Inhalt und Zweck des Geheimprotokolls war. (34)

Ein Vergleich der zugestandenen „Interessensphären" zeigt, daß die Sowjetunion dabei insgesamt das bessere Geschäft gemacht hatte. Dafür gibt es insbesondere folgende Gründe: 1. Das Interesse Deutschlands an einer umfassenden Verständigung mit der Sowjetunion (für einen begrenzten Zeitraum) war sehr groß, da ein solches Abkommen als Rückendeckung für die unmittelbar geplante Aggression dienen sollte. Für dieses deutsche Interesse konnte die sowjetische Seite einen vergleichsweise hohen Preis fordern. 2. Die deutsche Führung war daran interessiert, die Sowjetunion (vorübergehend) zu mehr oder weniger gewalttätiger Expansion zu ermuntern, um sie vor der Weltöffentlichkeit als Komplizen ihrer eigenen Taten erscheinen zu lassen. Längerfristig war es nicht einmal ausgeschlossen, die Sowjetunion auf diese Weise in den Krieg gegen die Gegner des deutschen Imperialismus hineinzuziehen. Besonders der französische Generalstab zeigte 1939/40 Neigung, den Nazis ausgerechnet diesen Gefallen zu tun. (Wir kommen darauf noch zurück). 3. Da der beliebige Bruch vertraglicher Abmachungen zu den Eigenheiten der Nazis gehörte, war es vergleichsweise unwichtig, ob man der Sowjetunion nicht vielleicht etwas reichlich viel „Interessensphäre" zugestanden hatte: Zum geeigneten Zeitpunkt würde man diese Festlegungen sowieso revidieren.

Die Wirtschaftsbeziehungen

Ein besonders wichtiger Teil der mit dem Abkommen von 23.8.39 eingeleiteten neuen Beziehungen war der Handel. Den formalen Rahmen bildeten die Wirtschaftsabkommen vom 19.8.39, 11.2.40 und 10.1.41. (35) Die größten Posten der sowjetischen Lieferungen waren Erdöl und Getreide, ferner Eisenerz, Phosphate, Holz und viele andere kriegswichtige Metalle. Auf deutscher Seite bestand ein durchschaubares Interesse, die Bedeutung dieser Lieferungen ins Grandiose zu überhöhen. Schlagworte der Propaganda lauteten ungefähr: durch die Wirtschaftsbeziehungen mit der Sowjetunion habe Deutschland die britische Blockade absolut bedeutungslos gemacht; die deutsche Wirtschaft könne dank der sowjetischen Rohstoffe aus dem Vollen schöpfen, die Kriegsführung sei auf diese Weise problemlos gesichert. In der Realität ergibt sich für einige wichtige Einzelposten ungefähr folgendes Bild: Der Anteil der sowjetischen Lieferungen am deutschen Gesamtimport betrug bei Erdöl weniger als ein Drittel (der größere Teil kam aus Rumänien), bei Roggen 100 %, bei Weizen rund 50 %, bei Gerste über 70 %, bei Hafer fast 100 %, bei Rohbaumwolle über 70 %, bei Holz rund 15 %, bei Manganerz rund 60 %, bei Platin 80 % und bei Kupfer fast 15 %. (36)

Die Anteile am Import waren also zum Teil wirklich erheblich. Das gilt an erster Stelle für die Getreide-Lieferungen: hier zeigte sich die Sowjetunion noch stark ausbaufähig, während auf der anderen Seite die eigene deutsche Produktion (vor allem wegen der Vernichtung von Arbeitskraft durch die ständige Verstärkung der Wehrmacht) rückläufig war.

Diese Wirtschaftsbeziehung war jedoch alles andere als unproblematisch: 1. Beschäftigte man sich ständig mit der Frage, was eigentlich passieren würde, wenn die Sowjetunion, aus welchem Grund auch immer, plötzlich den Hahn zudrehen würde. 2. War sich die sowjetische Führung der kriegswirtschaftlichen Bedeutung der Lieferungen bewußt und war ihrerseits bemüht, der deutschen Kriegswirtschaft im Austausch möglichst ebenso viel wieder zu entziehen, wie sie hineingab. Konkret: Auf der Liste der an die Sowjetunion zu liefernden Waren standen direkte Rüstungsgüter wie Kriegsschiffe, Kriegsschiff-Zubehör, Flugzeuge, Artillerie und vieles mehr; weiter Produktionsanlagen wie z.B. für die Herstellung von synthetischem Kautschuk, Bergbau-Ausrüstungen, Ausrüstung für Kraftwerke, Maschinen für die Rüstungsproduktion, „strategische" Güter wie Stahlröhren. (37) Die „Russen-Aufträge" standen somit oft in Widerspruch zu den Anforderungen der eigenen Kriegsproduktion — eine Quelle vieler interner Konflikte und wechselnder Richtlinien. 3. Mit dem Andauern und der räumlichen Ausdehnung des Krieges geriet Deutschland in wachsende Verlegenheit, den übernommenen Lieferverpflichtungen an die Sowjetunion nicht mehr voll nachkommen zu können. Das heißt, die Waren, die man gegen die dringend benötigten Lieferungen aus der Sowjetunion hätte eintauschen müssen, waren bereits knapp oder wurden weitgehend durch die deutsche Kriegführung beansprucht und aufgezehrt. Dieses Problem ließ sich nur teilweise aufschieben und vorübergehend entschärfen, indem die Sowjetunion sich auf permanente deutsche Lieferrückstände, also praktisch auf eine Verschuldung Deutschlands einließ. Im September 1940 betrug der deutsche Rückstand gegenüber dem Liefersoll immerhin schon über 70 Millionen RM. (38) Ohnehin war der Waren-Austausch so strukturiert, daß die Sowjetunion einen ständigen Liefervorsprung hatte.

Die deutsch-sowjetischen Wirtschaftsbeziehungen waren mehrfach Schwankungen ausgesetzt: teils aufgrund der eben skizzierten ökonomischen Logik (die Sowjetunion drosselte zeitweise ihre Lieferungen wegen deutscher Rückstände), teils aufgrund politischer Widersprüche. Im letzten Vierteljahr vor dem Beginn des deutschen Angriffs (22.6.41) war die Sowjetunion äußerst bemüht, die Vereinbarungen nicht nur zu erfüllen, sondern sogar überzuerfüllen, obwohl es für ihre Lieferungen zum großen Teil keine Gegenleistung gab: Deutschland arbeitete noch seine Lieferrückstände ab, und die deutschen Waren, die ab Mitte 1941 den Ausgleich für die sowjetischen Lieferungen im ersten Halbjahr hätten bilden sollen, kamen nicht mehr an. Der Grund für dieses sowjetische Verhalten, wie auch für die bekannte Tatsache, daß die sowjetischen Waren buchstäblich bis zur letzten Stunde vor dem Angriff über die Gleise rollten, lag allerdings nicht darin, daß die sowjetische Führung nicht mit dem Angriff gerechnet hätte. Im Gegenteil: der deutsche Aufmarsch zu diesem Angriff war seit Herbst 1940 offen im Gange, und die sowjetische Hoffnung bestand gerade darin, ihn durch Wohlverhalten und Entgegenkommen vielleicht doch noch einmal hinauszögern zu können.

Geheimes Zusatzprotokoll

Aus Anlaß der Unterzeichnung des Nichtangriffsvertrages zwischen dem Deutschen Reich und der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken haben die unterzeichneten Bevollmächtigten der beiden Teile in streng vertraulicher Aussprache die Frage der Abgrenzung der beiderseitigen Interessensphären in Osteuropa erörtert. Diese Aussprache hat zu folgendem Ergebnis geführt:

1. Für den Fall einer territorial-politischen Umgestaltung in den zu den baltischen Staaten (Finnland, Estland, Lettland, Litauen) gehörenden Gebieten bildet die nördliche Grenze Litauens zugleich die Grenze der Interessensphären Deutschlands und der UdSSR. Hierbei wird das Interesse Litauens am Wilnaer Gebiet beiderseits anerkannt.[1])

2. Für den Fall einer territorial-politischen Umgestaltung der zum polnischen Staate gehörenden Gebiete werden die Interessensphären Deutschlands und der UdSSR ungefähr durch die Linie der Flüsse Narew, Weichsel und San abgegrenzt.

Die Frage, ob die beiderseitigen Interessen die Erhaltung eines unabhängigen polnischen Staates erwünscht erscheinen lassen und wie dieser Staat abzugrenzen wäre, kann endgültig erst im Laufe der weiteren politischen Entwickelung geklärt werden.

In jedem Falle werden beide Regierungen diese Frage im Wege einer freundschaftlichen Verständigung lösen.

3. Hinsichtlich des Südostens Europas wird von sowjetischer Seite das Interesse an Bessarabien betont. Von deutscher Seite wird das völlige politische Desinteressement an diesen Gebieten erklärt.[2])

4. Dieses Protokoll wird von beiden Seiten streng geheim behandelt werden.

MOSKAU, den 23. August 1939.

Für die Deutsche Reichsregierung:	In Vollmacht der Regierung der UdSSR:
v. RIBBENTROP	W. MOLOTOW

Die Teilung Polens

Am 1.9.39 begann der deutsche Angriff auf Polen. Die deutsche Regierung war daran interessiert, nach Beginn des Überfalls auf Polen die Sowjetunion so frühzeitig wie möglich zum Einmarsch in die ihr zugestandene „Interessensphäre" zu drängen, um sie nicht nur zum Komplizen der Aufteilung einer politischen Leiche, sondern auch noch des Mordes selbst zu machen. Aus genau den gleichen Erwägungen war die Sowjetunion daran interessiert, ihren Anteil Polens so spät wie möglich zu besetzen. (39) Dieser Zeitpunkt konnte allerdings nicht viel später liegen als die Erreichung der abgesteckten Teilungslinie durch die deutschen Truppen. Denn von deutscher Seite wurde argumentiert, daß man „aus militärischen Gründen" (zur weiteren Bekämpfung der Reste der polnischen Armee) diese Linie überschreiten müßte, falls bis dahin die andere Hälfte Polens nicht unter sowjetischer Kontrolle wäre. So begann am 17.9.1939 der sowjetische Einmarsch nach Ostpolen. Soweit deutsche Truppen bereits über die vereinbarte Linie vorgedrungen waren, wurden sie zurückgezogen. Die militärische Lage war zu diesem Zeitpunkt so, daß die polnische Armee zwar bereits geschlagen war, sich aber einzelne Einheiten immer noch zäh gegen die Nazi-Wehrmacht (und dann auch gegen die sowjetischen Truppen) verteidigten. In Warschau war der Widerstand erst am 28.9. gebrochen Auch der offiziell so genannte „Befreiungsfeldzug" der sowjetischen Truppen dauerte immerhin 12 Tage (40).

Am 18.9. wurde ein gemeinsames deutsch-sowjetisches Kommunique veröffentlicht: *„Zur Verhütung von irgendwelchen unbegründeten Gerüchten"* bescheinigten beide Seiten sich gegenseitig, daß die Truppen der anderen Seite *„keinerlei Ziele verfolgen, die den Interessen Deutschlands und der Sowjetunion zuwiderlaufen"*. *„Die Aufgabe dieser Truppen besteht im Gegenteil darin, in Polen Ordnung und Ruhe herzustellen, die durch den Zerfall des polnischen Staates zerstört wurden, und der Bevölkerung Polens zu helfen, die Bedingungen seines staatlichen Daseins neu zu regeln"*.(41) Wohl selten wurde die Liquidierung eines Staates in so dezente und freundliche Worte verpackt.

Am 28.9. wurde ein Deutsch-Sowjetischer Grenz- und Freundschaftsvertrag unterzeichnet, mit dem die neue Grenzziehung quer durch Polen als endgültig anerkannt wurde und *„jegliche Einmischung dritter Mächte in diese Regelung"* abgelehnt wurde. Das solle *„ein sicheres Fundament für eine fortschreitende Entwicklung der freundschaftlichen Beziehungen"* zwischen Deutschland und der Sowjetunion sein.(42) Zu diesem Vertrag gab es zwei geheime Zusatzprotokolle. In dem einen wurde festgelegt: *„Beide Teile werden auf ihren Gebieten keine polnische Agitation dulden, die auf die Gebiete des anderen Teiles hinüberwirkt. Sie werden alle Ansätze zu einer solchen Agitation auf ihren Gebieten unterbinden und sich gegenseitig über die hierfür zweckmäßigen Maßnahmen unterrichten"*.(43) — Im zweiten Geheimprotokoll wurde eine Revision der am 23.8. vereinbarten Einteilung der „Interessensphären" vorgenommen: In Polen wurde die Grenzlinie zugunsten Deutschlands nach Osten verschoben. Im Austausch sollte Littauen nun zur sowjetischen, statt zur deutschen „Interessensphäre" gehören.(44)

Abgesehen vom Zugewinn Littauens war diese Neuregelung für die Sowjetunion politisch sehr vorteilhaft: ihr Anteil Polens beschränkte sich damit weitgehend auf die Gebiete mit überwiegend nicht-polnischer, nämlich weißrussischer und ukrainischer Bevölkerung. Die neue sowjetische Westgrenze fiel im Wesentlichen mit der sog. Curzon-Linie zusammen, die bereits 1920 von Großbritannien als Grenze zwischen der Sowjetunion und Polen vorgeschlagen worden war.

Anläßlich der Unterzeichnung dieser Abkommen, zu der Ribbentrop ein zweites Mal nach Moskau gekommen war, wurde am 28.9. auch ein gemeinsamer ‚Friedensappell' veröffentlicht, der es in sich hat: die beiden Regierungen bekundeten, *„daß es dem wahren Interesse aller Völker entsprechen würde, dem gegenwärtig zwischen Deutschland einerseits und England und Frankreich andererseits bestehenden Kriegszustand ein Ende zu machen... Sollten jedoch die Bemühungen der beiden Regierungen erfolglos bleiben, so würde damit die Tatsache festgestellt sein, daß England und Frankreich für die Fortsetzung des Krieges verantwortlich sind, wobei im Falle eines Fortdauerns des Krieges die*

Fortsetzung nächste Seite

Zwischen den Weltkriegen

Fortsetzung von vorheriger Seite

Regierungen Deutschlands und der UdSSR sich gegenseitig über die erforderlichen Maßnahmen konsultieren werden."(45)

Baltische Staaten, Teil I

Am 25.9. teilte Stalin dem Botschafter Schulenburg mit, „*daß Sowjetunion im Falle unseres Einverständnisses sofort an die Lösung des Problems der baltischen Staaten gemäß Protokolls vom 23. August herantreten würde und dabei einwandfreie Unterstützung durch die Deutsche Regierung erwarte*".(46) Die erste Etappe der Problemlösung bestand darin, daß den drei baltischen Staaten Estland, Lettland und Littauen Beistandsverträge mit der Sowjetunion aufgenötigt wurden, unterzeichnet am 28.9., 5.10. und 10.10. Aufgenötigt ist zweifellos das mildeste Wort, da keiner der drei Staaten der Sowjetunion zugeneigt war. Im Gegenteil: laut sowjetischer/prosowjetischer Sprachregelung wurden alle drei Staaten im Jahre 1939, zur Zeit des Vertragsabschlusses, von „faschistischen" Diktaturen beherrscht: Lettland seit dem 15.5.34, Estland seit dem 12.3.34 und Littauen seit dem 17.12.26 (47). Neben der Verpflichtung zum gegenseitigen Beistand „*im Falle eines direkten Angriffs oder einer Angriffsdrohung seitens einer beliebigen europäischen Großmacht*" überließen die drei baltischen Staaten der Sowjetunion mehrere Stützpunkte auf ihrem Territorium. Außerdem bekam die Sowjetunion das Recht, in den drei Ländern „eine streng begrenzte Zahl" von Streitkräften zu stationieren.(48)

Hätte es keine genauen, vertraglich fixierten Abmachungen über die Abgrenzung der „Interessensphären" gegeben, so wäre angesichts dieser Entwicklung zum mindesten ein scharfer Protest der deutschen Regierung zu erwarten gewesen. Zumal, weil die Beistandspakte, wenn man sie als solche ernst nahm, sich überhaupt nur gegen Deutschland hätten richten können. Stattdessen erfolgte am 3.10. strikte Anweisung des deutschen Außenministeriums an seine Diplomaten — die über die geheimen Vereinbarungen anscheinend großenteils noch nicht im Bilde waren! — „äußerste Zurückhaltung" zu diesem Thema zu üben und „keine Erklärungen" dazu abzugeben.(49) Ein Schreiben vom 7.10. an die deutschen Gesandten in Estland, Lettland und Finnland klärte die Herren darüber auf, daß die baltischen Staaten und Finnland „nicht zur deutschen Interessensphäre gehören" (50).

Für Deutschland blieb als gewichtiger Trost, daß unter der neuen sowjetischen Patronage für die Baltenstaaten die wirtschaftlichen Beziehungen zu diesen keineswegs litten, sondern im Gegenteil noch einen Aufschwung nahmen.(51)

Der sowjetisch-finnische Krieg

Der sowjetisch-finnische Krieg

„*Besonders beunruhigt war die sowjetische Regierung über die Politik herrschender Kreise Finnlands. Sie schlug der finnischen Regierung daher am 5. Oktober vor, miteinander zu beraten.*"(52) „Beraten" ist sicher nicht das richtige Wort, denn die Sowjetunion stellte in Wahrheit der finnischen Regierung einen Forderungskatalog, dessen totale Annahme verlangt wurde: 1. Eine erhebliche Verschiebung der Grenze auf der Karelischen Landenge nach Westen, mit Hinweis auf die Gefährdung Leningrads, das nur 32 km von der damaligen Grenze entfernt war. 2. Abtretung mehrerer kleiner Inseln im Finnischen Meerbusen. 3. Abtretung eines kleinen Stücks in Nordfinnland zur besseren Sicherung des strategisch wichtigen sowjetischen Hafens Murmansk. Im Austausch für die unter 1 bis 3 genannten Gebiete (zusammen 2760 qkm) sollte Finnland sowjetisches Gebiet im Umfang von 5530 qkm bekommen. 4. Der sowjetischen Marine sollte die Benutzung des finnischen Hafens Lappvik gestattet werden. 5. Der Hafen Hangö sollte für 30 Jahre als Militärstützpunkt an die Sowjetunion verpachtet werden; dort sollten sowjetische Truppen in einer Stärke von maximal 5000 Mann stationiert werden.(53)

Die finnische Regierung reagierte auf diese Forderungen mit der Erklärung, sie verstehe das sowjetische Sicherheitsbedürfnis sehr wohl und sei zu einem Kompromiß bereit. Im einzelnen: 1. Abtretung der Inseln im Finnischen Meerbusen weitgehend wie gefordert. 2. Verschiebung der Grenze auf der Karelischen Landenge zwar nicht in dem von der Sowjetunion geforderten Ausmaß, aber immerhin um 13 km. 3. Der Verpachtung Hangös und der Gewährung von Marine-Rechten in Lappvik könne Finnland keinesfalls zustimmen, da dies nicht mit seiner erklärten Neutralität zu vereinbaren wäre.(54)

An diesem Punkt angekommen, stockten seit Anfang November 1939 die Verhandlungen. Beide Seiten konzentrierten Truppen an der Grenze. Nun galt es, einen Kriegsgrund zu konstruieren: Am 26.11. protestierte die Sowjetunion, daß von Finnland aus sieben Artillerie-Schüsse abgefeuert worden seien; vier sowjetische Soldaten seien dabei getötet worden. Mit diesem Vorwurf wurde die Forderung verbunden, die finnischen Truppen auf der Karelischen Landenge müßten 20-25 km weit zurückgenommen werden, also praktisch das von der Sowjetunion geforderte Gebiet räumen.(55) Finnland antwortete, daß auf seiner Seite der Grenze nur Bewachungstruppen stünden, die überhaupt keine Artillerie hätten, deren Schußweite über die Grenze reichen könnte. Im übrigen sei Finnland bereit, seine Truppen von der Grenze zurückzuziehen, falls die sowjetische Seite das Gleiche tue.(56) Die Sowjetunion reagierte am 28.11. mit äußerster Schärfe: die finnische Regierung habe nun ihre „*tieffeindliche Einstellung gegen die Sowjetunion bezeugt*". Der Vorschlag einer parallelen Rücknahme der Truppen auf beiden Seiten „*enthüllt die feindliche Neigung der finnischen Regierung, Leningrad zu bedrohen*". (Angesichts des Kräfteverhältnisses nicht einmal ein Witz.) Durch die Konzentration von Truppen an der Grenze habe Finnland „*eine feindliche Handlung gegen die Sowjetunion begangen, die mit dem Nichtangriffsabkommen zwischen den beiden Völkern nicht übereinstimmt*". Die Sowjetunion sehe sich daher ab sofort nicht mehr an den Nichtangriffsvertrag (abgeschlossen 1932) gebunden.(57) Am 29.11. brach die Sowjetunion die diplomatischen Beziehungen ab, am 30.11. begannen sowjetische Truppen den Angriff auf Finnland. Am gleichen Tag wurde in einem grenznahen finnischen Ort eine „Volksregierung" unter Führung des KP-Führers Kuusinen proklamiert, die „das arbeitende finnische Volk" zum Aufstand gegen die amtierende Regierung aufrief und ihre Überzeugung bekundete, „*daß die Rote Armee nicht als ein Eroberer, sondern als ein Freund und Befreier*" komme.(58)

Obwohl die sowjetische Armee eine große zahlenmäßige Überlegenheit an Truppen (ca. 5 : 1) und eine noch deutlichere materielle Überlegenheit gegen Finnland einsetzte, gestaltete sich die Kriegsführung zunächst schwierig und sehr verlustreich. Erst Mitte Februar konnten an der Hauptfront, auf der Karelischen Landenge, die finnischen Befestigungslinien durchbrochen werden. Danach sah sich die finnische Regierung gezwungen, Anfang März auf Friedensverhandlungen einzugehen. Am 12.3.1940 wurde ein Friedensvertrag geschlossen. Er entsprach weitestgehend den sowjetischen Ausgangsforderungen. (59) Von der „Volksregierung" Kuusinens war allerdings keine Rede mehr.

derungen. (59) Von der „Volksregierung" Kuusinens war allerdings keine Rede mehr.

Finnland wurde in seinem Krieg gegen die Sowjetunion unterstützt von Großbritannien, Frankreich und den USA. (Dazu gleich noch.) Materielle und propagandistische Unterstützung kam aber auch aus dem faschistischen Italien. Hingegen hielt sich die deutsche Regierung während des Krieges völlig zurück. Die deutschen Auslandsvertreter wurden angewiesen, in Gesprächen keinerlei Sympathie für Finnland erkennen zu lassen (60). Finnland, so lautete die Richtlinie, bleibe gar kein anderer Weg als die Verständigung mit der Sowjetunion.

Alliierte Kriegspläne gegen die Sowjetunion

An zwei Stellen Europas schien in den ersten vier Monaten des Jahres 1940 ein militärischer Konflikt zwischen Großbritannien und Frankreich einerseits, der Sowjetunion andererseits möglich. Ausgangspunkt war die Überlegung, daß Deutschland für seine Kriegführung in hohem Maß von importierten Rohstoffen abhing, darunter besonders vom Eisenerz aus Schweden und vom Erdöl aus Rumänien und der Sowjetunion (Kaukasus). Es wurden Pläne entwickelt, diese Zufuhren abzuschneiden bzw. zu zerstören. Die Zerstörung der rumänischen Erdölindustrie war schon Anfang Oktober 1939 Gegenstand einer französischen Militärstudie. (61) Eine Studie vom Februar 1940 beschäftigte sich eingehend mit den Chancen einer „*Aktion, die den Zweck hat, Deutschland und der UdSSR die kaukasischen Erdölquellen zu sperren*", d.h. das damals mit Abstand wichtigste sowjetische Zentrum für Förderung, Verarbeitung und Ausfuhr von Erdöl und Erdöl-Produkten. (62) Kernpunkt der Studie und einer Reihe von ähnlichen Überlegungen und Teil-Vorbereitungen war die Bombardierung der Ölfelder und Raffinerien von Baku. Basis für die Bomber sollte der Iran (eventuell auch Syrien/Irak) sein. Nach anfänglichem Widerstand der britischen Militärs und Politiker, die das Risiko eines Konflikts mit der Sowjetunion nicht eingehen wollten, gab am 28.3.40 der Supreme War Council der Alliierten doch noch grünes Licht für die direkte Vorbereitung der Aktion. Indessen wurde hierfür eine Vorbereitungszeit von 45 bis 50 Tagen veranschlagt, sodaß die Aktion frühestens im Juni hätte stattfinden können. Inzwischen begannen die Kämpfe in Norwegen (Anfang April), und im Mai/Juni griff die Wehrmacht die Niederlande, Belgien und Frankreich an. Danach war die Kaukasus-Aktion erledigt.

Näher an die Realisierung heran kamen die alliierten Interventionspläne in Skandinavien. Churchill, damals Minister der Kriegsmarine, hatte schon Ende September 1939 in einem Memorandum gefordert, Deutschland von der Zufuhr schwedischen Eisenerzes, das im Winter überwiegend über den nordnorwegischen Hafen Narwik verschifft wurde, abzuschneiden. (63) Mit Beginn des sowjetisch-finnischen Krieges schien sich eine Gelegenheit zu bieten: Erstmals auf dem alliierten Supreme War Council am 19.12.39 und danach noch mehrmals in den Monaten Januar bis März 1940 wurde darüber beraten, wie man dem tapferen antibolschewistischen Befreiungskampf des kleinen finnischen Volkes zu Hilfe kommen könne. Diese Hilfe, soviel war klar, mußte in erster Linie durch Norwegen und Schweden geleitet werden, sodaß sich die Besetzung Narviks und anderer norwegischer Häfen ganz von selbst als Nebenprodukt ergeben hätte. Nicht einmal der direkte Zugriff auf das schwedische Eisenerz-Gebiet wäre dann ausgeschlossen gewesen. Daß dieses Vorgehen einen deutschen Angriff auf die neutralen Staaten Norwegen und Schweden provozieren könnte, wurde nicht nur in Kauf genommen, sondern geradezu als zusätzlicher Gewinn angesehen, da dadurch die deutschen Kräfte weiter zersplittert und überdehnt würden. (64) Eine Differenzierung zwischen Großbritannien und Frankreich ergab sich indessen daraus, daß das erste eigentlich nur an der norwegischen Küste interessiert war und sich (wie auch im Fall der Kaukasus-Aktion) vor einem unkalkulierbaren Konflikt und endgültigem Bruch mit der Sowjetunion scheute, während die französische Führung eine Militärintervention in den finnischen Krieg als Selbstzweck behandeln wollte. Am 5.2.40 beschloß der Supreme War Council, drei oder vier Divisionen nach Finnland zu schicken; die Aktion sollte am 20.3. oder kurz danach beginnen. Wie alle früheren und späteren Absichten scheiterte auch dieser Plan daran, daß von Norwegen und Schweden keine Zustimmung zu bekommen war. Anfang März entwickelte die französische Regierung den Plan, notfalls auch im Alleingang 50.000 Mann nach Finn-

Anfang März entwickelte die französische Regierung den Plan, notfalls auch im Alleingang 50.000 Mann nach Finn-

land zu schicken, und zwar über Nordnorwegen, also ohne Berührung Schwedens. Aber auch von Norwegen allein war die Zustimmung nicht zu bekommen. Der Friedensschluß zwischen Finnland und der Sowjetunion (12.3.40) durchkreuzte alle Interventionspläne. Der britische Regierungschef Chamberlain gab am 19.3.40 im Unterhaus folgende Bilanz: Großbritannien habe u.a. 101 Flugzeuge, 114 Geschütze, 185.000 Granaten, 50.000 Handgranaten und 15.700 Bomben nach Finnland geliefert. Die Stärke des für Skandinavien bestimmten Expeditionskorps habe 100.000 Mann betragen. Diese Kräfte hätten im Laufe des Monats März in Skandinavien eintreffen sollen und bis Ende April hätten die Truppen insgesamt dort präsent sein sollen. (65) Sein französischer Kollege Daladier hatte bereits am 12.3. im Parlament berichtet: Frankreich habe Finnland hochmoderne Bombenflugzeuge geliefert. Seit dem 26.2. sei das französische Expeditionskorps „abmarschbereit" ausgerüstet und versammelt gewesen. (66)

Baltische Staaten, Teil 2

In den drei baltischen Staaten waren seit Herbst 1939 sowjetische Truppen in einem Umfang stationiert, der ungefähr den eigenen Streitkräften dieser Länder entsprach. Eine Einmischung in die Innenpolitik der drei Länder ergab sich daraus jedoch noch nicht. Das änderte sich, als Anfang Juni 1940 die Sowjetunion eine Protestnote an Littauen richtete: Anlaß war das „Verschwinden" einiger sowjetischer Soldaten aus den Stützpunkten, woraus sowjetischerseits eine „Entführung" gemacht wurde. Dieses selbst im schlimmsten Fall nicht allzu wichtige Ereignis nahm die Sowjetunion zum Anlaß, die littauischen Spitzenpolitiker nach Moskau zu zitieren und sie am 15.6. mit einem 8-Stunden-Ultimatum zu konfrontieren: 1. Verhaftung der „direkt Schuldigen", insbesondere des Innenministers und des Polizeichefs. 2. Sofortige Bildung einer neuen Regierung, um Einhaltung des 1939 mit der Sowjetunion abgeschlossenen Beistandspakts zu gewährleisten. 3. Freier Durchzug zusätzlicher sowjetischer Truppen zu den Zentren Littauens, d.h. militärische Besetzung des Landes. Die littauische Regierung trat daraufhin zurück und sowjetische Truppen marschierten noch am 15.6. ein.

Am 16.6. gingen Ultimaten ähnlichen Inhalts an Estland und Lettland. Auch hier marschierten (am 17.6.) sowjetische Truppen ein und wurden neue Regierungen gebildet. Im Juli 1940 fanden in den drei Ländern Wahlen statt, die mit Rekordergebnissen von 92,9% (Estland) bis 99,19% (Littauen) für die prosowjetische Einheitsliste endeten. (67) Die neuen Regierungen baten sogleich um die Aufnahme in die Union der Sowjetrepubliken, und diese wurde Anfang August freundlichst gewährt.

Die offiziellen sowjetischen Argumente für diese Annektion gehören ins Gruselkabinett diplomatischer Absurditäten. So etwa der Vorwurf, die drei baltischen Staaten hätten miteinander einen Militärpakt abgeschlossen. Richtig ist, daß die militärische Zusammenarbeit zwischen den drei Staaten seit Herbst 1939 intensiviert worden war. (68) Richtig ist aber auch, daß dies, wie immer es politisch bewertet werden soll, zu ihren Rechten als souveräne Staaten gehörte. Richtig ist auch, daß das sowjetische Talent, sich bei Bedarf selbst von den Mini-Armeen benachbarter Kleinstaaten zutiefst bedroht zu fühlen, eigentlich kein ernstzunehmendes völkerrechtliches Argument ist. Ernster zu nehmen ist der im Juni 1940 noch nicht öffentlichkeitsfähige Gesichtspunkt, daß die Sowjetunion Grund hatte, eine politische Annäherung der drei Staaten an Deutschland zu fürchten. Stimmen in diesem Sinn gab es in den herrschenden Kreisen der drei Staaten anscheinend reichlich. Am weitesten gediehen war der Kontakt im Falle Littauens: Im Februar 1940 war Polizeichef Poviliaitis (derselbe, dessen Verhaftung dann die Sowjetunion im Juni verlangte) zusammen mit einem weiteren hochrangigen Polizeifunktionär im Auftrag des Präsidenten Smetona zu Gesprächen mit Vertretern des ‚Reichssicherheitshauptamts' (d.h. der deutschen Polizei-Zentrale) nach Berlin gefahren. (69) Die deutsche Politik zu dieser Zeit war immer noch, sich offiziell jeder Kritik an den sowjetischen Maßnahme gegenüber den baltischen Ländern zu enthalten, und auch auf den diplomatischen Kanälen keine explizite Ermutigung zum Widerstand gegen die Annektion zu signalisieren. Das schloß aber offenbar nicht aus, über das RSHA und ähnliche Kanäle Geheimkontakte zu unterhalten, die im Fall einer späteren Aggression gegen die Sowjetunion von Nutzen sein

Geheimkontakte zu unterhalten, die im Fall einer späteren Aggression gegen die Sowjetunion von Nutzen sein

könnten.

„... bestimmter Beschluß, Rußland zu erledigen"

Am 22. Juni 1940 war der Krieg in Frankreich abgeschlossen. Sofort waren die alten Pläne eines Eroberungskrieges gegen die Sowjetunion („Lebensraum im Osten") wieder aktuell, die schon seit Mitte der 20er Jahre zu den Essentials der Nazi-Partei gehört hatten. Bei mehreren Besprechungen im Juli 1940 stand dieses Thema auf der Tagesordnung. Am 21.7.40 gab Hitler dem Oberbefehlshaber des Heeres, von Brauchitsch, Anweisung, „*das russische Problem in Angriff zu nehmen*", und hierfür „*gedankliche Vorstellungen zu treffen*". In diesem Sinn wurden in den folgenden Wochen eine Reihe von Untersuchungen und Kriegsplänen ausgearbeitet. Am 31.7.40 konkretisierte Hitler im Gespräch mit der obersten militärischen Führung den Kriegsplan: Die Sowjetunion müsse „erledigt", „zerschlagen" werden. „*Je schneller wir Rußland zerschlagen, um so besser. Operation hat nur Sinn, wenn wir Staat in einem Zuge schwer zerschlagen. Gewisser Raumgewinn allein genügt nicht ... Mai 1941. Fünf Monate Zeit zur Durchführung ... Ziel: Vernichtung der Lebenskraft Rußlands*". (70) Damit war schon ein Termin genannt, der dem tatsächlichen Beginn des Angriffs auf die Sowjetunion sehr nahe kam. Vor der Festlegung auf das Frühjahr 1941 hatte Hitler wissen wollen, ob nicht noch im Herbst 1940 ein Krieg gegen die Sowjetunion möglich wäre; hierauf waren die Antworten der militärischen Instanzen überwiegend negativ ausgefallen.

Die wichtigste Begründung für den Kriegsplan gegen die Sowjetunion lautete: Um Großbritannien zur Kapitulation zu veranlassen, müsse man ihm so weit wie möglich die Hoffnung auf potentielle Verbündete entziehen. Solange die britische Regierung noch Hoffnung haben könnte, die Sowjetunion zum Kriegseintritt gegen Deutschland zu bringen, werde sie sich nicht auf die deutschen „Friedensangebote" einlassen. So gesehen sollte die „Erledigung Rußlands" wesentliches Element der „indirekten Kriegführung" gegen Großbritannien sein. Unter dieses Stichwort fielen außerdem Planspiele, den Stützpunkt Gibraltar auszuschalten, in Nordafrika den italienischen Vorstoß von Libyen aus auf Ägypten zu unterstützen und (eventuell auch auf dem Landweg durch die Türkei und Palästina) den Suezkanal anzugreifen. Also Großbritannien aus dem Mittelmeer zu vertreiben. Nachdem im August/September 1940 der Versuch eines direkten Angriffs auf Großbritannien scheiterte und unbegrenzt vertagt wurde,(71) gewann die „indirekte Kriegführung" umso größere Bedeutung. Für diese erwies sich allerdings in der Praxis der Angriff auf die Sowjetunion geradezu als kontraproduktiv, da er riesige Kräfte band und vernichtete, die auf anderen Schauplätzen somit nicht verfügbar waren. Mit der Hälfte der Kräfte, die 1941 gegen die Sowjetunion eingesetzt wurden, wären wahrscheinlich sämtliche Ziele der „indirekten Kriegführung" im Mittelmeer zu erreichen gewesen. Entscheidend war die völlige Unterschätzung der sowjetischen Streitkräfte und ihrer Reserven. So wurde die Zahl der gegen Deutschland verfügbaren „guten" sowjetischen Divisionen zunächst auf 50-70 geschätzt, ihre Gesamtzahl auf nicht mehr als 100. Der deutsche Kräftebedarf wurde auf zunächst 80-100, dann 120-140 Divisionen geschätzt — also nicht mehr als im Krieg gegen Frankreich. Die Kriegsdauer wurde auf mindestens 9, höchstens 17 Wochen geschätzt. (72)

Abgesehen davon, daß der Eroberungskrieg gegen die Sowjetunion, verbunden mit dem ideologischen Ziel der „Vernichtung des Bolschewismus", von Anfang an das wichtigste außenpolitische Ziel der Nazi-Partei gewesen war, bestand die strategische Funktion des Angriffs auf die Sowjetunion darin, die Rohstoff-Basis für einen längerdauernden Krieg zu sichern.

Auf Konfrontationskurs

Der Übergang zur Kriegsplanung gegen die Sowjetunion im Juli/August 1940 blieb zunächst ohne direkten Reflex auf der offiziellen Ebene. Das heißt, die deutsch-sowjetischen Beziehungen blieben dem Anschein nach weiter sachlich und kooperativ. Indessen verschärften sich die Gegensätze an den Grenzlinien der jeweiligen „Sicherheitssphären". Ausschlaggebend für diese Entwicklung war das deutsche Bestreben, die im August/September 1939 vereinbarte Abgrenzung zu revidieren. Die Schauplät-

sche Bestreben, die im August/September 1939 vereinbarte Abgrenzung zu revidieren. Die Schauplät-

ze waren Südosteuropa und Finnland.

In Rumänien hatte die Sowjetunion Ende Juni 1940 die Abtretung des ihr 1939 von Deutschland zugestandenen Bessarabiens durch ein Ultimatum erreicht. Die deutsche Regierung hatte zuvor vergeblich zu intervenieren versucht, indem sie die Sowjetunion zu einer „friedlichen Lösung" des Konflikts drängen wollte. (73) Nach dem Ultimatum riet sie allerdings der rumänischen Regierung zum Nachgeben. (74) Das Argument war in beiden Fällen, daß kein Vorwand für eine Ausweitung des Krieges auf den Balkan geliefert werden dürfe.

Unmittelbar nach der Abtretung Bessarabiens begann die Eingliederung Rumäniens in die deutsche „Sphäre": Am 1.7.40 erklärte Rumänien seinen Verzicht auf die britisch-französische Garantie (75), am 10.7. trat es aus dem Völkerbund aus (ein üblicher Schritt der Staaten, die sich dem nazistischen Deutschland annäherten). Zugleich unternahm die Wehrmacht verstärkte „Sicherungsmaßnahmen" zum Schutz der rumänischen Ölgebiete. Im August 1940 übernahmen Deutschland und Italien die Patronage für eine „Schlichtung", die Gebietsabtretungen Rumäniens an Ungarn und Bulgarien vorsah. Im Anschluß daran gaben sie eine Garantie-Erklärung für den rumänischen Staat in seinen neuen Grenzen ab, was einen irritierten (wenn auch nicht sonderlich unfreundlichen) Protest der Sowjetunion veranlaßte. De facto war Rumänien damit in offenem Widerspruch zur Vereinbarung vom 23.8.1939 der deutschen „Sicherheitssphäre" angegliedert worden. (76)

Fortsetzung nächste Seite

Zwischen den Weltkriegen

Fortsetzung von vorheriger Seite



Ende August 1940 wurde der Aufbau einer deutschen „Militärmission" in Rumänien beschlossen; dieser Aufbau vollzog sich im Oktober/November und nahm bald das Ausmaß einer schlagkräftigen Besatzungsarmee an, die zugleich den Ausgangspunkt einer expandierenden Kriegführung auf dem Balkan bilden konnte: Im Februar 1941 waren es 680.000 Mann.(77) Als Aufgabe dieser Truppe neben dem Schutz der rumänischen Ölvorkommen wurde bezeichnet: b) „*die rumänische Wehrmacht nach einem straffen, auf die deutschen Interessen ausgerichteten Plan zur Lösung bestimmter Aufgaben zu befähigen*"; c) „*für den Fall eines uns aufgezwungenen Krieges mit Sowjetrußland den Einsatz deutscher und rumänischer Kräfte von Rumänien aus vorzubereiten*".(78) Es blieb nicht viel mehr zu tun, als daß Rumänien am 23.11.40 dem Dreierpakt Deutschland-Japan-Italien beitrat; Ungarn hatte dies zwei Tage zuvor gleichfalls getan.

Ein weiterer Konflikt zwischen deutschen und sowjetischen Interessen entwickelte sich in Finnland. Dieses Land war 1939 der sowjetischen „Sicherheitssphäre" zugeschlagen worden. Im Widerspruch dazu begann Deutschland im September 1940 mit Waffenlieferungen größeren Umfangs an Finnland. Als Gegenleistung hatte Finnland ein Transitabkommen zu unterzeichnen (22.9.40), das es erlaubte, Kriegsmaterial und Truppen auf dem Weg von Deutschland nach Nordnorwegen durch Finnland zu transportieren. Eine Entwicklung war damit eingeleitet worden, die schließlich im Juni 1941 zum Kriegseintritt Finnlands gegen die Sowjetunion an der Seite Deutschlands führte.

Ein seltsames Angebot

Während die Kriegsplanung für Mai 1941 schon auf vollen Touren lief und während Deutschland sich militärisch und politisch im Vorfeld der Sowjetunion breitzumachen begann, wurde an diese das makabre Ansinnen herangetragen, sich dem Antikominternpakt anzuschließen: Am 27.9.1940 war in Berlin ein Pakt zwischen Deutschland, Japan und Italien abgeschlossen worden, der die schon bestehenden Abkommen fortschrieb.(79) Neu war zum einen, daß nun auch zwischen den beiden europäischen Mächten einerseits, Japan andererseits eine Beistandspflicht hergestellt wurde. Neu war außerdem, daß ebenso großzügig wie unpräzise die Interessen abgegrenzt wurden: für Japan den „großostasiatischen Raum", für Deutschland und Italien nichts geringeres als „Europa". Ein spezieller Artikel besagte, daß die politischen Beziehungen der drei Staaten zur Sowjetunion von dem neuen Pakt nicht berührt würden.

Am 13.10.40 wandte sich Außenminister Ribbentrop mit einem langen Brief an Stalin (80). Dieser enthielt breite Ausführungen zur internationa-

Am 13.10.40 wandte sich Außenminister Ribbentrop mit einem langen Brief an Stalin (80). Dieser enthielt breite Ausführungen zur internationa-

len Lage und sprach im Konkreten eine Einladung an Molotow zu Gesprächen in Berlin aus. Dem Brief war zu entnehmen, daß über einen Anschluß der Sowjetunion an den Dreier-Block gesprochen werden sollte (81). Molotow kam daraufhin am 12.11. nach Berlin. Ihn erwarteten stundenlange Gespräche mit Ribbentrop und Hitler (82), sowie der fertige Entwurf eines Abkommens, durch das die Sowjetunion sich mit den Zielen des Dreier-Paktes solidarisch erklären und sich zur Zusammenarbeit verpflichten sollte, ohne allerdings militärische Beistandspflichten zu übernehmen. Der Entwurf enthielt zwei Geheime Zusatzprotokolle (83). Im ersten wurden die „Schwerpunkte der territorialen Aspirationen" der vier Mächte umrissen. Für die Sowjetunion sollten diese „im Süden" ihres Staatsgebietes liegen, und zwar „*in Richtung des Indischen Ozeans*". Das zweite Zusatzprotokoll sollte das Verhältnis zur Türkei regeln (84).

Die Absicht dieser Vorlage und der im gleichen Sinn geführten Gespräche mit Molotow war allzu offensichtlich: die Sowjetunion sollte von Europa abgedrängt und in eine Richtung gebracht werden, wo sie zwangsläufig militärisch mit Großbritannien zusammenstoßen mußte. Dabei war offenge-

gedrängt und in eine Richtung gebracht werden, wo sie zwangsläufig militärisch mit Großbritannien zusammenstoßen mußte. Dabei war offenge-

lassen, welche Gebiete Deutschland und Italien in Europa für sich noch beanspruchen würden: es war in beiden Fällen lediglich von „*den im Friedensschluß durchzuführenden europäischen territorialen Revisionen*" die Rede, wozu zusätzlich „Aspirationen" in Nord- und Ostafrika bzw. in Mittelafrika angemeldet wurden.

Molotow machte in den Gesprächen eine Reihe von Einwänden, die insgesamt darauf hinausliefen, daß die Sowjetunion nicht bereit war, sich aus Europa wegdrängen zu lassen, und daß sie, insbesondere in Südosteuropa, namentlich in Bulgarien und an den türkischen Meerengen, eigene Sicherheitsinteressen durchsetzen wollte.

Nach Molotows Rückkehr waren die Berliner Gespräche Beratungsgegenstand der sowjetischen Führung. Am 26.11.40 meldete der deutsche Botschafter in Moskau, Schulenburg, nach Berlin: Molotow habe ihm die Stellungnahme der sowjetischen Regierung zu den deutschen Vorschlägen übermittelt. Die Sowjetunion sei unter Bedingungen bereit, den deutschen Entwurf für einen Vier-Mächte-Pakt anzunehmen. Diese Bedingungen seien: 1. Unverzüglicher Rückzug der deutschen Truppen aus Finnland. 2. Abschluß eines sowjetisch-

anzunehmen. Diese Bedingungen seien: 1. Unverzüglicher Rückzug der deutschen Truppen aus Finnland. 2. Abschluß eines sowjetisch-

bulgarischen Beistandspaktes. (Die Sowjetunion bot Bulgarien am 25.11.40 einen solchen Pakt an, Bulgarien lehnte am 30.11. ab.) „*Schaffung einer Basis für Land- und Seestreitkräfte der UdSSR im Rayon des Bosporus und der Dardanellen auf der Grundlage einer langfristigen Pacht*". 3. Als „Schwerpunkt der Aspirationen der Sowjetunion" müsse „*der Raum südlich Batum und Baku in der allgemeinen Richtung auf den Persischen Golf hin*" anerkannt werden. 4. Japan müsse auf seine (aus dem japanisch-russischen Krieg von 1905-06 herrührenden) Konzessionen in Nord-Sachalin verzichten.(85) Mit dieser sowjetischen Antwort war das Thema Vier-Mächte-Pakt endgültig vom Tisch. Die Kriegsplanung trat nun in das Stadium der unmittelbaren Vorbereitung ein.

Es kann selbstverständlich spekuliert werden, wie ernstgemeint das „Angebot" vom Oktober/November 1940 an die Sowjetunion war, angesichts der Tatsache, daß seit Juli 1941 schon an den Kriegsplänen intensiv gearbeitet wurde. Selbst wenn man unterstellen will, daß die Vorschläge ernstgemeint waren, so wären sie in der Praxis doch auch nur darauf hinausgelaufen, die Reihenfolge der zu „erledigenden" Gegner wieder einmal abzuändern. Außderdem widerspiegelt sich in den konkreten Vorschlägen die gleiche dumm-überhebliche Unterschätzung der Sowjetunion, die auch die militärischen Planungen bestimmte.

Unmittelbar nach Erhalt der Antwort Molotows vom 26.11., noch in den letzten Novembertagen 1940, gab Hitler die Anweisung, die „Grundzüge" des Operationsplans gegen die Sowjetunion „vortragsreif" fertigzustellen. Dieser Vortrag erfolgte am 5.12. durch Brauchitsch und Halder. Am gleichen Tag ordnete Hitler an, daß die „Operation Seelöwe" (gegen Großbritannien) endgültig abgesetzt sei und nunmehr voll auf die Planung für den Angriff auf die Sowjetunion zu orientieren sei. Am 6.12. begann die Ausarbeitung des Entwurfs für die „Weisung Nr. 21", die am 16.12. vorgelegt und am 18.12. von Hitler unterschrieben wurde, von nun an als „Fall Barbarossa" laufend.(86) Sie beginnt mit den Sätzen: **„Die Deutsche Wehrmacht muß darauf vorbereitet sein, auch vor Beendigung des Krieges gegen England Sowjetrußland in einem schnellen Feldzug niederzuwerfen (Fall Barbarossa). Das Heer wird hierzu alle verfügbaren Verbände einzusetzen haben mit der Einschränkung, daß die besetzten Gebiete gegen Überraschungen gesichert sein müssen."** Und weiter unten: **„Vorbereitungen, die eine längere Anlaufzeit benötigen, sind — soweit noch nicht geschehen — schon jetzt in Angriff zu nehmen und bis zum 15.5.41 abzuschließen."**

Hitler hatte damit das Todesurteil für den Nazi-Staat unterschrieben. Aber auch das Todesurteil für viele Millionen Menschen. Als Botschafter von der Schulenburg — ein Mann, der bis zuletzt loyal für die Einhaltung des

Millionen Menschen. Als Botschafter von der Schulenburg — ein Mann, der bis zuletzt loyal für die Einhaltung des

Paktes vom 23.8. eingetreten war und der nach dem 20. Juli 1944 als Mitstreiter des bürgerlichen Widerstands in Plötzensee hingerichtet wurde — sich am 22.6.41 von Molotow verabschiedete, fragte ihn dieser: „Glauben Sie, daß wir das verdient haben?!"

Genialer Schachzug? Teufelspakt?

Das ebenso einprägsam wie falsch als „Hitler-Stalin-Pakt" in den politischen Sprachschatz eingegangene deutsch-sowjetische Vertragspaket vom August/September 1939 gibt dieser Tage wieder manchem Kommentator Arbeit und Zeilenhonorar. Nicht alle gehen ganz so weit wie Botho Kirsch in Springers „Welt". Der schrieb dort am 31.8.: ***„Gemeinsam jagten die Einsatzkommandos von SS und NKWD (so hieß das damals, was heute KGB genannt wird) im besetzten Gebiet Juden und Polen*"**. Es fehlt gerade noch die Enthüllung, daß Auschwitz eine sowjetisch-deutsche Gemeinschaftsarbeit war, zu der die Initiative vermutlich von Stalin ausgegangen war. Ein Volk, „in dessen Namen" so maßlose Verbrechen begangen wurden, hat Anspruch auf ein paar Komplizen. Und wenn diese unter den Opfern gesucht werden müssen, macht es auch nichts.

Bei allen Einwänden im Einzelnen, die sich bei Betrachtung der Tatsachen aufdrängen, muß festgehalten werden, daß die deutsch-sowjetischen Abmachungen alles andere waren als ein B ü n d n i s zweier Großmächte. Das ergibt sich aus dem Wesen und der Politik der beiden Beteiligten. Für die herrschenden Kreise Deutschlands (und das meint außer den Nazis auch deren großkapitalistische Sponsoren) stand die Vernichtung des ‚Bolschewismus', d. h. konkret der internationalen Arbeiterbewegung und der Sowjetunion, sowie die Eroberung weitester Gebiete ‚Rußlands' („Lebensraum im Osten") als Festziel ganz oben im Programm. Auf dem Weg zu diesem Ziel waren Umwege und taktische Finessen einkalkuliert, aber das Ziel blieb unverändert. Die Abmachungen mit der Sowjetunion und die Entspannung der zwischenstaatlichen Beziehungen 1939/40 waren in diesem Sinn ein für zweckmäßig und notwendig gehaltener Zwischenschritt.

Aus der Sicht der Sowjetunion hingegen war der Nichtangriffsvertrag und die sich daran anschließende Politik ein (verzweifelter?) Versuch, den bewußt vorausgesehenen und letzlich für unvermeidlich gehaltenen Zusammenprall mit der nazistischen Kriegsmaschine so weit wie irgend möglich hinauszuzögern und in seiner Wirkung abzuschwächen. Es gehört zu den besonders zynischen (und also beliebten) Legenden, daß Stalin auf das deutsche Nichtangriffs-Versprechen vertraut und bis zuletzt nicht an einen deutschen Überfall geglaubt habe. Aus sowjetischen Äußerungen gegenüber britischen Diplomaten im Sommer 1940 geht im Gegenteil hervor, daß man sich in der sowjetischen Führung völlig dar-

wjetischen Äußerungen gegenüber britischen Diplomaten im Sommer 1940 geht im Gegenteil hervor, daß man sich in der sowjetischen Führung völlig dar-

über im Klaren war, daß Deutschland zu einem ihm passend erscheinenden Zeitpunkt angreifen würde (87). Die einzige Fehlkalkulation ergab sich daraus, daß die sowjetischen Führer den Irrationalismus ihrer Gegner unterschätzt hatten: Ihnen schien es (zumindest im Sommer 1940) selbstverständlich, daß Deutschland erst einen entscheidenden militärischen Sieg über Großbritannien erreichen müßte, bevor es sich nach Osten wenden könnte. Das war im strategischen Sinn eine logische und vernünftige Annahme.

Das führt hin zu der zentralen Frage nach dem N u t z e n des Vertrages für die Sowjetunion. Ist das Kalkül, Zeit zu gewinnen, um sich besser auf den erwarteten Angriff vorzubereiten, aufgegangen? Dem äußeren Anschein nach ja: Vom Kriegsbeginn bis zum deutschen Überfall auf die Sowjetunion vergingen noch fast 22 Monate. So rechnen im allgemeinen die ganz schlichten Rechtfertiger der sowjetischen Politik. Man muß dies aber zumindest dahingehend einschränken, daß jeder deutsche Angriff auf die Sowjetunion erst einmal über Polen führen mußte und somit in 1939 sowieso nicht mehr möglich gewesen wäre; er hätte frühestens im Frühjahr 1940 angesetzt werden können. Zu diesem Zeitpunkt sprachen jedoch alle Faktoren unbedingt dafür, zunächst Frankreich anzugreifen, um die Drohung eines starken Gegners in engster Nähe zum Industriegebiet Nordrheinwestfalens zu beseitigen. Das bedeutet, daß aus rein militärischen Sachzwängen auch ohne den deutsch-sowjetischen Vertrag ein Überfall auf die Sowjetunion frühestens nach Abschluß des Krieges in Frankreich, also ab Anfang Juli 1940, infrage gekommen wäre.

Fortsetzung nächste Seite

Leser-Zuschrift zu „Zwischen den Weltkriegen" (Teil IV)

Genosse Kt. stellt in Teil IV/„Zwischen den Weltkriegen" im Unterabschnitt „Der ‚Anschluß' Österreichs" (AK 249, S. 13) fest, daß sich die Regierung des Reichskanzlers A. Hitler „sogar genötigt (sah), im Juli 1936 durch Vertrag die Unabhängigkeit Österreichs anzuerkennen und Nichteinmischung in dessen innere Angelegenheit zu versprechen". Der Vertrags-Wortlaut für sich genommen, deckt diese Feststellung zur Hälfte ab und zur Hälfte nicht, das ist das eine; das andere ist, daß in diesem Vertrag eine Verklammerung mit einer außerhalb des Vertrags vorgenommenen einseitigen Feststellung (nämlich der Regierung des Deutschen Reichs) enthalten bzw. zugestanden worden ist, und in Verbindung mit dieser außervertraglichen Feststellung deckt jener Vertrags-Wortlaut dann auch zur anderen Hälfte jene eingangs wiedergegebene Einschätzung nicht mehr ab. Nicht nur, weil dieses Machwerk ziemlich raffiniert abgefaßt ist und einen seinen tatsächlichen Gehalt verschleiernden Eindruck erweckt — sondern auch, weil dieses Machwerk das direkte **Vorbild ist für die im „Grundlagenvertrag" mit der DDR** vonseiten des BRD-Imperialismus **realisierten politisch-völkerrechtlichen Heimtücken**, sei folgender kurz dokumentiert:

a) In der Präambel dieses **Vertrags zwischen Österreich und dem Deutschen Reich** ist ausdrücklich von „den zwei Deutschen Staaten" die Rede; Art. 3 macht deutlich, was das konkret für Österreich bedeutet: „Die allgemeine Politik der Österreichischen Regierung sowie ihre Politik gegenüber Deutschland im besonderen wird stets von dem Prinzip bestimmt sein, daß Österreich sich selbst als Deutscher Staat begreift ...".

b) In Art. 2 versichern sich die beiden Regierungen gegenseitige Nicht-Einmischung in die inneren politischen Verhältnisse des jeweils anderen Landes; tatsächlich ist aber Art. 3 die unmittelbar daran anschließende, zu Papier gebrachte und somit von der seinerzeitigen österreichischen Regierung zugestandene, reichsdeutsche Einmischung.

c) In Art. 1 heißt es, daß die reichsdeutsche Regierung „die volle Souveränität Österreichs im Sinne der Erklärung des Führers und Reichskanzlers vom 21. Mai (1936) anerkennt". In dieser besagten Rede findet sich die folgende, mit Art. 1 verklammerte, Feststellung: „Deutschland hat weder die Absicht noch den Wunsch, sich in die inneren Angelegenheiten Österreichs einzumischen, Österreich zu annektieren, oder einen ‚Anschluß' durchzuführen. Das Deutschen Volk und die Deutsche Regierung haben jedoch andererseits den — sehr begreiflichen — Wunsch — der einem simplen, der gemeinsamen (nationalen) Herkunft geschuldeten Gefühl der Solidarität entspringt — insbesondere dahingend, daß das Selbstbestimmungsrecht nicht nur für fremde Völker, sondern auch für das Deutsche Volk überall (!) garantiert sein sollte. Ich (Hitler — d. Verf.) persönlich glaube, daß ein Regime, das nicht auf öffentlicher Zustimmung und Unterstützung seitens des Volks beruht, nicht ewig andauern kann" (alle Zitate eigene Rückübersetzung aus dem in Amerikanisch abgefaßten Dok. Nr. 1760 PS/G.S. Messersmith, abgedruckt in Bd. XXVIII/S. 255 - 293 „Der Prozeß gegen die Nationalsozialistischen Hauptkriegsverbrecher ...", Nürnberg 1948).

Tatsächlich ist dieser 1936er Vertrag die entscheidende Weichenstellung völkerrechtlicher Art gewesen für die zwei Jahre später durch das „Gesetz über die **Wiedervereinigung** Deutsch-Österreichs mit dem Deutschen Reich" besiegelte Einverleibung. Dieses seinerzeitige Machwerk ist aber darüber hinaus historisches und völkerrechtliches Vorbild für die vergleichbaren Sachen im **„Grundlagenvertrag" (21.12.1972) zwischen der DDR und der BRD**:

a) Die Präambel betont die beiderseitige Übereinkunft der nachfolgenden Vertrags-Artikel u. a. „ausgehend von den historischen Gegebenheiten und unbeschadet der unterschiedlichen Auffassungen ... zu grundsätzlichen Fragen, darunter zur **nationalen Frage** ...". D. h., die Präambel enthält einen Verweis auf eine außerhalb des Vertrags existierende einseitige Auffassung, die von der anderen Seite nicht geteilt wird; außerdem ist die „Historie" mit ins Spiel gebracht — „historische Gegebenheiten" mögen etwas sein, wovon man „ausgehen" kann, aber auf alle Fäle sind es gewordene bzw. vergängliche „Gegebenheiten" und in diesem spezifischen Sinne sind sie „historisch". Dies ist hinsichtlich der einseitigen „Rechtsposition" von der „Fortexistenz einer Nation" und der „gegenwärtigen Existenz zweier deutscher Staaten" ein bedeutsames, raffiniert formuliertes Zugeständnis seitens der DDR.

b) In Art. 2 versichern sich beide Vertragspartner, daß sie „sich von den Zielen und Prinzipien leiten lassen, die in der Charta der Vereinten Nationen niedergelegt sind, insbesondere ... dem Selbstbestimmungsrecht ...". Dieses, neben anderen Charta-Grundsätzen aufgelistete „Ziel" scheint die Selbstbestimmung des Volks der DDR zu garantieren. In Wahrheit bildet es die Brücke für jenen Passus aus der Präambel („Nationale Frage") hin zu etwas außerhalb des Vertrags — jedoch in bezug auf diesen — Festgestelltem, nämlich dem von der DDR-Regierung kommentarlos zur Kenntnis genommenen **„Brief der Regierung der BRD zur deutschen Einheit ..."** (Bonn, 21.12.72). Darin stellt die westdeutsche Regierung — im „Zusammenhang mit der heutigen Unterzeichnung" des o. a. Vertrags — fest, „daß dieser Vertrag nicht im Widerspruch zu dem politischen Ziel der Bundesrepublik Deutschland steht, auf einen Zustand des Friedens in Europa hinzuwirken, in dem das deutsche Volk in freier Selbstbestimmung seine Einheit wiedererlangt."

Mit der Nichtzurückweisung dieses Briefs hat die DDR seinerzeit die Duldung der „nationalen Frage" in der Präambel selbst zu einem völkerrechtlich-politischen Werkzeug gegen sie selbst gemacht und sich damit einer raffinierten Verklammerung von vertraglich-außervertraglichen einseitigen „Rechtspositionen" ausgeliefert — ganz ähnlich wie Österrreich im Juli 1936 gegenüber dem Deutschen Reich. Das seinerzeitige Ergebnis bzw. das 1972 dabei aufrechterhaltene Ziel sind vollständig identisch: nämlich die „Wiedervereinigung"!

huh/BWK

Zwischen den Weltkriegen

Fortsetzung von vorheriger Seite

Genau zu diesem Zeitpunkt rückte in der Tat der ‚Krieg im Osten' in den Mittelpunkt der Überlegungen der deutschen Führung. Daß diese Pläne nicht noch im Jahr 1940 realisiert wurden, sondern auf das Frühjahr 1941 geschoben wurden, hatte ebenfalls sachliche Gründe, nämlich die Annahme, daß es nicht mehr möglich wäre, den Krieg gegen die Sowjetunion in der verbleibenden Zeit des Jahres 1940 (von Juli bis Wintereinbruch) abschließen zu können. Es waren also in erster Linie militärische, strategische Gründe, und nicht die Existenz des Nichtangriffs-Vertrages, die für die Frist bis zum Juni 1941 sorgten. Erst ein Aufschub über diesen Zeitpunkt hinaus hätte mit vollem Recht als Erfolg der sowjetischen Politik gelten können. Die Hoffnung, daß dies gelingen könnte (wenn nämlich Deutschland sich auf die Kriegführung gegen Großbritannien konzentriert hätte, statt sich in einen Zwei-Fronten-Krieg zu stürzen), diese Hoffnung also war immerhin vernünftig begründet. Ihr Scheitern als solches spricht nicht gegen den sowjetischen Versuch vom August 1939.

Einige negative Aspekte dieses Versuchs seien jedoch kurz erwähnt: Der Nichtangriffs-Vertrag erhöhte die Wahrscheinlichkeit, daß der deutsche Überfall auf Polen nicht zu einem wirklichen Krieg mit Großbritannien und Frankreich führen würde. Mit dem deutsch-sowjetischen Vertrag wuchs der Druck auf die westlichen Großmächte, sich ihrerseits mit Deutschland zu arrangieren. Wäre das passiert, so hätten die Nazis schon im Frühjahr 1940 freie Hand gegen die Sowjetunion gehabt und davon mit Sicherheit auch Gebrauch gemacht. Insofern stand der gemeinsame deutsch-sowjetische „Friedensappell" vom 28.9.1939 in direktem Widerspruch zu den sowjetischen Interessen. — Weiter: Im Rahmen der deutsch-sowjetischen ‚Annäherung' stellte die Sowjetunion dem deutschen Imperialismus einen Teil ihrer Wirtschaftskraft für dessen Kriegführung zur Verfügung. Je länger der Krieg dauerte, umso größer wurden selbstverständlich die deutschen Schwierigkeiten, diese Lieferungen im Wege des normalen Austausches abzugelten. Ebenso selbstverständlich wuchs damit auch das deutsche Interesse, sich der sowjetischen Wirtschaftskraft mit Gewalt zu versichern und zu bemächtigen. Daß durch die Handelsverträge die deutsche Kriegführung in gewissem Grad in Abhängigkeit von der Sowjetunion gebracht wurde, war letztlich also negativ für die Sowjetunion. (Abgesehen von den oben geschilderten ökonomischen Benachteiligungen).

Ein „genialer Schachzug Stalins", wie es früher offiziell gefeiert wurde, war der Vertrag wohl nicht. Eher schon ein mit vielen Problemen und Widersprüchen belasteter Versuch, die Katastrophe hinauszuzögern und in ihrem Ausmaß zu reduzieren. Daß dieser Versuch überhaupt unternommen wurde, ist angesichts von mehr als 20 Millionen Toten der sowjetischen Völker durch die deutsche Aggression schwerlich zu kritisieren.

Kt., Hamburg

Foto: Jewgenij Chaldej

Anmerkungen

1) Es war 1935 ein Militärpakt zwischen Frankreich und der Sowjetunion abgeschlossen worden. Dieser blieb aber in der Praxis folgenlos. Aus den diversen Krisenmanagements der Großmächte 1938 war die Sowjetunion systematisch ferngehalten worden.
2) Neben der Labour Party auch eine sehr aktive Minderheitsgruppe der regierenden Konservativen um Churchill.
3) Entwurf vom 21.3.39. In: Dokumente und Materialien aus der Vorgeschichte des 2. Weltkrieges, Bd. 2, Frankfurt 1983 (Moskau 1981), S. 63-64.
4) Viele wichtige Texte zu den Verhandlungen sind in dem erwähnten Buch „Dokumente und Materialien ...", Bd. 2 abgedruckt. Ferner in: Documents on British Foreign Policies, 3. Series, Bd. V-VII. Der sowjetische Vorschlag vom 17.4. in: Dokumente und Materialien, S. 84-85.
5) Entwurf vom 2.8. In: Dokumente und Materialien, S. 197.
6) Exemplarisch Peter Gingold in der DKP-nahen „Deutschen Volkszeitung" vom 24.8.84: „Etwa vier Wochen waren sie mit dem Schiff auf dem Weg nach Leningrad, und dann stellte sich heraus, daß sie nicht zur Unterschrift berechtigt waren". Richtig ist: die britisch-französische Delegation startete am 6.8. mit dem Schiff, traf am 11.8. in der Sowjetunion ein und begann am 12.8. die Verhandlungen. Soweit Vollmachten fehlten, wurden sie telegraphisch nachgeholt. Das wahre Problem war, daß es gar nichts zu unterschreiben gab, da eine sachliche Einigung nicht möglich war.
7) Am 27.8. — In: Dokumente und Materialien, S. 407.
8) Dokumente und Materialien, S. 381-388.
9) Deutschland und Japan waren zwar seit 1936 durch den Antikomintern-Pakt miteinander verbunden. Das war jedoch kein Militärpakt. Den Abschluß eines solchen strebte die deutsche Regierung an. Verhandlungen darüber wurden seit Januar 1938 geführt. In den herrschenden Kreisen Japans gab es dagegen starke Widerstände. Ein wesentlicher Streitpunkt war, daß Japan keine militärischen Verpflichtungen gegen die USA und Großbritannien eingehen wollte, während umgekehrt die deutsche Seite genau dies durchsetzen wollte. Angesichts stockender und in Details festgefahrener Verhandlungen schlossen Deutschland und Italien am 22.5.39 einen separaten Militärpakt. Anfang Juni 1939 bekräftigte die japanische Regierung ihre ablehnende Haltung.
10) Bekannt ist die Darstellung des verstorbenen Vorsitzenden des Jüdischen Weltkongresses, Nahum Goldmann, Litwinow habe ihm bei einem Treffen in Genf im April 1939 gesagt: „Wenn Sie eines Tages in den Zeitungen lesen, daß ich von meinem Posten als Außenminister zurückgetreten bin, werden Sie wissen, daß Stalin beschlossen hat, mit Hitler einen Pakt zu schließen ... Das bedeutet, daß es dann einige Wochen später Krieg geben wird, weil Hitler sich im Osten sicher fühlt." (Zitiert nach: Franz-Willing, Der 2. Weltkrieg, S. 137).
11) Es ist sicher nicht überflüssig, zu erwähnen, daß Litwinow kein Opfer von politischer Verdammung und Verfolgung wurde: er wurde am 6.11.41 Botschafter in den USA (nach Beginn des deutschen Angriffs auf die Sowjetunion, aber noch kurz vor dem Kriegseintritt der USA), übernahm im August 1943 wieder einen führenden Posten im Außenministerium und starb 1951. Er wurde durch ein Staatsbegräbnis geehrt.
12) ADAP, Serie D, Bd. VI, Nr. 424. Zitate im weiteren soweit möglich nach ADAP (= Akten zur Deutschen Auswärtigen Politik, herausgegeben in den 50er Jahren). Eine handliche Zusammenstellung von einschlägigen Dokumenten bietet: Das nationalsozialistische Deutschland und die Sowjetunion 1939 - 1941, Washington 1948. Die Sammlung ist allerdings gegenüber ADAP unvollständig.
13) ADAP, D VI, Nr. 414.
14) Weizsäcker an Schulenburg, 30.5.39. ADAP, D VI, Nr. 452.
15) ADAP, D VI, Nr. 451.
16) ADAP, D VI, Nr. 529.
17) ADAP, D VI, Nr. 543.
18) ADAP, D VI, Nr. 583.
19) Anweisung Ribbentrops am 30.6. an das Auswärtige Amt, es sei „auf politischem Gebiet nunmehr bis auf weitere Weisung genügend gesagt ... und ... im Augenblick das Gespräch von uns aus nicht wieder aufzunehmen." (ADAP, D VI, Nr. 588).
20) Am 27.7. ADAP, D VI, Nr. 729.
21) ADAP, D VI, Nr. 766.
22) ADAP, D VII, Nr. 50.
23) ADAP, D VII, Nr. 56.
24) ADAP, D VII, Nr. 70.
25) ADAP, D VII, Nr. 75.
26) ADAP, D VII, Nr. 105.
27) ADAP, D VII, Nr. 113.
28) ADAP, D VII, Nr. 125.
29) ADAP, D VII, Nr. 142.
Hitler schrieb u.a.: „Der Abschluß eines Nichtangriffspaktes mit der Sowjetunion bedeutet für mich eine Festlegung der deutschen Politik auf lange Sicht. Deutschland nimmt damit wieder eine politische Linie auf, die in Jahrhunderten der Vergangenheit für beide Staaten nutzbringend war. Die Reichsregierung ist daher in einem solchen Falle entschlossen, alle Konsequenzen aus einer so tiefgreifenden Umstellung zu ziehen."
30) ADAP, D VII, Nr. 158 und 159.
31) ADAP, D VII, Nr. 228.
32) ADAP, D VII, Nr. 229.
33) Zur Echtheitsfrage schreibt Reinhold W. Weber (Die Entstehungsgeschichte des Hitler-Stalin-Paktes, Frankf. 1980): „Die sowjetische Geschichtswissenschaft hat bis heute die Existenz des geheimen Zusatzprotokolls verschwiegen oder bestritten". Als erster (und laut Weber einziger) Offizieller habe der sowjetische Chefankläger vor dem Nürnberger Tribunal, Rudenko, das Geheimprotokoll explizit als Fälschung bezeichnet. — Das Geheimprotokoll ist laut Weber „nicht im Original, sondern nur auf einem Film enthalten". „Der Film war in einem Salzbergwerk im Harz ausgelagert, wo ihn die Alliierten fanden. Die Karte, auf der die Interessensphären eingezeichnet wurden, ist dagegen im Original enthalten". Abgesehen von den von Weber aufgelisteten zahlreichen Zeugen für die Existenz des Vertrages (zweifelhaft, da durchweg aus der NS-Bürokratie) ist festzustellen, daß das Geheimprotokoll vom 23.8. sich in buchstäblich Dutzenden von weiteren Abkommen, Erklärungen, diplomatischen Korrespondenzen usw. widerspiegelt. Niemand, der einmal die Bände 1939-41 der ADAP durchgeblättert hat, wird an er Authentizität des Geheimprotokolls zweifeln — es sei denn, er wollte nicht nur eine, sondern gleich ein halbes Hundert von Fälschungen unterstellen.
Theoretisch wäre das möglich. Nur bliebe dann unerklärlich und absurd, daß es in der gesamten sowjetischen und pro-sowjetischen Literatur nicht den geringsten Ansatz gibt, eine derartige Super-Fälschung anzugreifen und zu blamieren. Immerhin ist ein großer Teil der deutschen Akten in den letzten Kriegswochen unter sowjetischen Zugriff gelangt. Tatsache ist jedoch, daß es — soweit bekannt — keine sowjetische Akten-Publikation zur Vorgeschichte und Weiterentwicklung der deutsch-sowjetischen Vereinbarungen gibt. Ein gut gemachtes Standard-Werk wie die „Dokumente und Materialien aus der Vorgeschichte des 2. Weltkrieges" (Moskau 1981) beispielsweise enthält kein einziges Dokument zu diesem Thema, während die parallelen Verhandlungen mit Frankreich und Großbritannien durch Wortprotokolle (!) und sogar interne sowjetische Akten dokumentiert sind. Man darf unterstellen, daß das sowjetische Interesse, das „Geheime Zusatzprotokoll" glaubwürdig als Fälschung zu blamieren, eigentlich riesengroß sein müßte. Wenn es Akten und Dokumente gäbe, aus denen sich ein für die Sowjetunion günstigeres Bild ergeben würde, so wären sie mit Sicherheit schon längst publiziert worden.
34) Der Druck der Tatsachen hindert die sowjetische und pro-sowjetische Geschichtsschreibung bis heute nicht, die mit Zustimmung Deutschlands erfolgte sowjetische Annektion Ostpolens mit der Glorie eines „Befreiungsfeldzuges" im Kampf gegen die Nazi-Aggression zu verklären. Etwa so: „Mit ihrem Befreiungsfeldzug erfüllte die Rote Armee ihre internationale Pflicht; sie leistete ihrem Nachbarvolke die unter den gegebenen Umständen einzig mögliche Hilfe. Dieser Feldzug sollte verhindern, daß die ukrainischen und belorussischen Westgebiete durch die faschistischen Truppen besetzt werden." (Geschichte des Großen Vaterländischen Krieges, Bd. 1, S. 296, Berlin 1962 (Moskau 1960). Gegen wen wurde der Befreiungsfeldzug geführt? Ausschließlich gegen die Reste der polnischen Armee. — Eine neuere Version formuliert es so: „Die polnische Regierung floh am 16. September nach Rumänien. Sie ließ das polnische Volk und das Land im Stich, die sie mit ihrer kurzsichtigen Politik in die Katastrophe geführt hatte. Unter diesen Bedingungen sah sich die sowjetische Regierung zu diplomatischen und militärischen Aktionen gezwungen, um die Bevölkerung der Westukraine und Westbelorußlands vor der faschistischen Versklavung zu bewahren. Getreu ihrer internationalistischen Pflicht, erteilte die Sowjetregierung der Sowjetarmee am 17. September 1939 den Befehl zum Überschreiten der Staatsgrenze. Sowjetische Truppen führten diesen Befehl aus und wendeten damit rechtzeitig ein weiteres Vordringen der faschistischen Aggression nach Osten ab." (Geschichte des 2. Weltkrieges, Bd. 3, S. 41, Berlin/DDR 1976 (Moskau 1974). — Die Flucht einer Regierung als Rechtfertigung für den Angriff auf ein Nachbarland wirkt nicht sehr glaubwürdig. Es kommt hinzu, daß das Argument auch noch falsch ist: Der sowjetische Einmarsch begann am Morgen des 17.9. (nachdem Botschafter Schulenburg darüber bereits nachts um 2 offiziell informiert worden war), und die polnische Regierung ging erst im Laufe dieses Tages ins Exil.
35) ADAP, D VII, Nr. 131; D VIII, Nr. 607; D XI.2, Nr. 637.
36) Das Deutsche Reich und der 2. Weltkrieg, Bd. 1, S. 358, Stuttgart 1979.
37) Eine sehr anschauliche und eindrucksvolle Liste zu liefernder deutscher Produkte militärischer und ‚strategischer' Art gehört zum Vertrag vom 11.2.40. ADAP D VIII, Nr. 607.
38) Aufzeichnung des Wirtschaftsfunktionärs Schnurre. ADAP, D XI.1, Nr. 128. Schon der Vertrag von 1940 war so aufgebaut, daß Deutschland immer erst mit einigen Monaten Verzug die vorhergehenden sowjetischen Lieferungen abzutauschen hatte.
39) Erstmals ließ Ribbentrop schon am 3.9. auf den sowjetischen Einmarsch drängen. (ADAP, D VII, Nr. 567). Molotow ließ am 4.9. antworten: „Wir stimmen darin überein, daß wir in einem geeigneten Zeitpunkt unbedingt genötigt sein werden, konkrete Handlungen zu beginnen. Wir sind aber der Ansicht, daß dieser Zeitpunkt noch nicht herangereift ist. Es ist möglich, daß wir uns irren, es scheint uns aber, daß durch Übereilung der Sache geschadet und der Zusammenschluß der Gegner gefördert werden könnte." (ADAP, D VIII, Nr. 5). Am 9.9. erfolgte eine zweite deutsche Anmahnung und die Zusage Molotows, „daß eine sowjetische militärische Aktion noch in diesen Tagen erfolgen würde." (ADAP, D VIII, Nr. 37).
40) „Der Befreiungsfeldzug der Roten Armee dauerte 12 Tage". (Geschichte des Großen Vaterländischen Krieges, Bd. 1, S. 295).
41) ADAP, D VIII, Nr. 94, Anlage 2.
42) ADAP, D VIII, Nr. 157.
43) ADAP, D VIII, Nr. 160.
44) ADAP, D VIII, Nr. 159.
45) ADAP, D VIII, Nr. 161. Der Text war von Stalin entworfen worden, nachdem ein deutscher Entwurf in Moskau nicht gefallen hatte.
46) ADAP, D VIII, Nr. 131.
47) Weltgeschichte in Daten, S. 706-712, Berlin/DDR 1973. Richtig ist, daß die drei baltischen Staaten 1939 von Rechtsdiktaturen regiert wurden, ohne Parlamente und bei Verbot aller Parteien außer den jeweiligen rechten Staatsparteien. (Nach: Seppo Myllyniemi, Die baltische Krise 1938-1941, S. 10-13, Stuttgart 1979/Helsinki 1977. Der Autor bewertet die sowjetische Politik kritisch, sein negatives Urteil über die Politik der baltischen Regimes ist also frei vom Verdacht pro-sowjetischer Apologetik).
48) Die Verträge in: Nouveau Recueil Général de Traites, III. Serie, Bd. 38, S. 17-21, Greifswald 1941. Es wurden stationiert in Estland 25.000 Mann, in Lettland ebenso, in Litauen 20.000 Mann. (Myllyniemi, S. 61, 66 und 69).
49) ADAP, D VIII, Nr. 184.
50) ADAP, D VIII, Nr. 213.
51) Deutschland schloß Wirtschaftsverträge ab mit Lettland am 15.12.39, mit Estland am 6.3.40 und mit Litauen am 17.4.40. Laut Aufzeichnungen des deutschen Wirtschaftsfunktionärs Schnurre handelte es sich um „Geheimverträge ..., durch die die gesamte Ausfuhr dieser Länder abzüglich des geringen Teils, der nach Rußland geht und abzüglich eines weiteren geringen Teils, der nach neutralen Ländern geht, nach Deutschland gelenkt wird. Das bedeutet bei allen drei Staaten etwa 70% ihrer gesamten Ausfuhr." Vor dem Krieg war nur etwa ein Drittel der baltischen Ausfuhr nach Deutschland gegangen. Großbritannien hatte eine starke Position im Handel mit den baltischen Staaten gehabt, die durch den Krieg zunichte war. (Myllyniemi, S. 108-110. David E. Kaiser, Economic Diplomacy and the origins of the Second World War, Appendix, Table A.7, Princeton 1980).

52) Deutschland im 2. Weltkrieg, Berlin/DDR (BRD-Ausgabe bei Pahl-Rugenstein), S. 249.
53) Sowjet. Memorandum vom 14.10.39. In: Ursachen und Folgen. Vom deutschen Zusammenbruch 1918 und 1945 bis zur staatlichen Neuordnung Deutschlands in der Gegenwart. Bd. 14, S. 421-423.
54) Ursachen und Folgen, Bd. 14, S. 423-425. Finnische Note vom 23.10.39.
55) Ursachen und Folgen, Bd. 14, S. 415-426.
56) Ursachen und Folgen, Bd. 14, S. 426-427.
57) Ursachen und Folgen, Bd. 14, S. 427-428.
58) Ursachen und Folgen, Bd. 14, S. 432-433.
59) Ursachen und Folgen, Bd. 14, S. 452-455.
60) Am 2.12.39 wurde angewiesen, bei Gesprächen über den Krieg in Finnland „jede antirussische Nuance (zu) vermeiden". (ADAP, D VIII, Nr. 411). Am 6.12.39 erweiterte Ribbentrop diese Anweisung noch: „Deutschland ist an diesen Ereignissen unbeteiligt. In Gesprächen ist Sympathie für russischen Standpunkt Ausdruck zu geben. Jede Sympathiekundgebung für finnischen Standpunkt bitte ich zu unterlassen." (ADAP, D VIII, Nr. 423).

61) Die Geheimakten des französischen Generalstabes, Berlin 1941, Nr. 9. Dieses ‚Weißbuch' enthält in Faksimile und in Übersetzung eine große Zahl von Papieren, die der Wehrmacht beim Krieg in Frankreich in die Hände fielen. Die propagandistische Zielsetzung dieser Publikation ist eindeutig, jedoch scheint die Authentizität der Dokumente als solche nicht angezweifelt worden zu sein. Sie decken sich im übrigen mit anderen inzwischen verfügbaren Quellen wie etwa den Schriften Churchills und des damaligen französischen Generalstabschefs Gamelin.
62) Die Geheimakten des französischen Generalstabes, Nr. 22. Es wird in dem Papier spekuliert, daß die Sowjetunion durch die Zerstörung der Erdölfelder in die Gefahr eines völligen Zusammenbruchs kommen könnte. („Au bout de quelques mois, les embarras de l'U.R.S.S. pourraient même devenir tels que ce Pays courrait le risque d'un effondrement total.") Die wesentlichen Punkte des Projekts bestätigt Gamelin, Servir, Bd. 3, S. 211; Paris 1947.
63) Winston S. Churchill, The Second World War, Bd. 1, S. 421-423. Churchills Memorandum vom 29.9.39 ist dort dokumentiert. Seine Schlußfolgerung war damals die Forderung, die norwegische Küste zu verminen. Churchill war im übrigen, trotz seiner bekannten antisowjetischen Grundeinstellung, der Politiker der Alliierten, der am weitsichtigsten und klarsten erkannte, daß man keinesfalls einen endgültigen Bruch mit der Sowjetunion riskieren durfte, wenn man langfristig den Krieg doch noch gewinnen wollte. In diesem Sinn hat er die sowjetischen Aktionen gegen Ostpolen, Finnland und die baltischen Staaten; die er öffentlich natürlich alle verurteilen mußte, intern durchaus positiv kommentiert. So etwa in einer Mitteilung am 27.10.39: „It is surely not our interest to oppose Russian claims for naval bases in the Baltic. These bases are only needed against Germany, and in the process of taking them a sharp antagonism of Russian and German interests becomes apparent... There is, indeed, a common interest between Great Britain and Russia in forbidding as large a part of the Baltic as possible to Germany. It is quite natural that Russia should need to have bases which prevent German aggression in the Baltic Provinces or against Petrograd (= Leningrad). If the above reasoning is right, we ought to let the Russians know what our outlook is, while trying to persuade the Finns to make concessions, and Russia to be content with strategic points." (Dok. in: Churchill, Second World War, Bd. 1, S. 587-588).
64) Churchill in einem Memorandum am 16.12.39: „In that case" (d.h. bei einer deutschen Intervention in Skandinavien) „the war would spread to Norway and Sweden, and with our command of the seas (= Seeherrschaft) there is no reason why French and British troops should not meet German invaders on Scandinavian soil... We have more to gain than lose by a German attack upon Norway or Sweden." (Dok. in Churchill, Second World War, Bd. 1, S. 431-432).
65) (Keesings) Archiv der Gegenwart, Jg. 1940, S. 4459-4461.
66) (Keesings) Archiv der Gegenwart, Jg. 1940, S. 4451.
67) (Keesings) Archiv der Gegenwart, Jg. 1940, S. 4622.
68) Darunter mehrere Treffen auf Generalstabsebene. Siehe Myllyniemi, S. 99-100.
69) Detaillierte Schilderung der Episode bei Myllyniemi, S. 106-108.
70) zit. in Halder (damals Chef des Generalstabs des Heeres), Kriegstagebuch II, S. 49. Zu dieser Phase der Vorgeschichte des deutschen Überfalls u.a.: 1. Nazi Conspiracy and Aggression, Bd. 1, Washington 1946, S. 794-840. Es handelt sich bei dieser Reihe um Belastungsmaterial für das Nürnberger Kriegsverbrechertribunal. Die angegebene Stelle bietet zugleich einen Wegweiser zu den zahlreichen Dokumenten, die zum gleichen Thema in anderen Bänden der Reihe publiziert sind. — 2. Wold War II, German Military Studies, Bd. 15, New York 1979 (Nachdruck). In dieser sehr umfangreichen Reihe sind Analysen zusammengefaßt, die von deutschen Ex-Militärs kurz nach dem Krieg im Auftrag von US-Dienststellen ausgearbeitet wurden. Das Thema „Sowjetunion" nimmt dabei aus naheliegenden Gründen einen besonderen Raum ein. 3. Handliche Übersicht in: Das Deutsche Reich und der 2. Weltkrieg, Bd. 4, S. 3-25 und 202-248; Stuttgart 1983.
71) Das Projekt einer Invasion an der südenglischen Küste („Operation Seelöwe") war angesichts des Mangels an Schiffsraum und der starken britischen Überlegenheit zur See niemals im Bereich der Realisierbarkeit. In halber Anerkennung dieser Tatsache sah die deutsche Planung vor, als erste Stufe die ‚Luftherrschaft' über Großbritannien anzustreben und vom Ausgang dieser „Luftschlacht um England" die weitere Fortführung von Operationen abhängig zu machen. In der „Luftschlacht" behielt Großbritannien im August/September 1940 die Oberhand. Das bedeutete praktisch das endgültige Aus für „Operation Seelöwe".
72) Die niedrigeren Zahlen sind aus dem Referat, das Brauchitsch am 21.7.40 in der Besprechung mit Hitler vortrug. Die höheren Ansätze aus der zentralen Studie des Generalmajors Marcks von Anfang August 1940. Marcks nahm an, daß die Sowjetunion 96 Divisionen gegen Deutschland verfügbar machen könnte, während die Wehrmacht maximal 147 Divisionen einsetzen könnte, also selbst zahlenmäßig mit großer Überlegenheit operieren könnte.
73) Ribbentrop an die Moskauer Botschaft. ADAP, D X, Nr. 13.
74) Ribbentrop an das Auswärtige Amt. ADAP, D X, Nr. 28.
75) Nach dem deutschen Einmarsch in die Tschechei (März 1939) hatten Großbritannien und Frankreich mehreren Ländern Beistandsgarantien gegen eine deutsche Aggression gegeben. Die Garantie für Rumänien wurde gleichzeitig mit einer Garantie für Griechenland am 13.4.39 verkündet. (Siehe AK 249) Zu den rumänischen Maßnahmen, die unter deutschem Druck zustande kamen, gehörte auch die Entlassung aller Juden aus dem Öffentlichen Dienst.
76) Im Geheimprotokoll vom 23.8.39 war das sowjetische Interesse an Bessarabien festgehalten worden, während Deutschland sein „völliges politisches Desinteressement an diesen Gebieten" bekundete. Es war nun interpretierbar, ob mit „diesen Gebieten" lediglich Bessarabien gemeint sein sollte, oder Südosteuropa insgesamt. Hierzu vermerkte Ribbentrop am 24.6.40 in einer „Notiz für den Führer", daß seinem Verständnis nach mit „diesen Gebieten" insgesamt der „Südosten Europas" gemeint gewesen sei. Dies habe „einer besonderen Weisung des Führers" für die Moskauer Verhandlungen entsprochen. Hitler habe ihn damals sogar ermächtigt, nötigenfalls das deutsche „Desinteressement" auch „bis Konstantinopel und den Meerengen" auszuweiten, was aber in den Verhandlungen mit Stalin und Molotow „nicht zur Sprache" kam. (ADAP, D X, Nr. 10)
77) Nach Mitteilung des Auswärtigen Amtes an die Botschaft in Moskau gab es im Februar 1941 680.000 deutsche Soldaten in Rumänien. (22.2.41, ADAP, XII, Nr. 70)
78) Mitteilung des Oberkommandos der Wehrmacht an das Ausw. Amt vom 21.9.40. Es heißt dort, dies seien "...die wirklichen Aufgaben, die weder den Rumänen noch der eigenen Truppe gegenüber in Erscheinung treten dürfen". (ADAP, D XI. 1, Nr. 84)
79) ADAP, D XI.1, Nr. 118.
80) ADAP, D XI.1, Nr. 176.
81) Etwa so: „Zusammenfassend möchte ich sagen, daß es auch nach der Auffassung des Führers die historische Aufgabe der vier Mächte der Sowjetunion, Italiens, Japans und Deutschlands zu sein scheint, ihre Politik auf längste Sicht zu ordnen und durch Abgrenzung ihrer Interessen nach säkularen" (d.h. auf sehr lange Dauer berechnet) „Maßstäben die zukünftige Entwicklung ihrer Völker in die richtigen Bahnen zu lenken."
82) Berichte in ADAP, D XI.1, Nr. 325-329.
83) ADAP, D XI.1, Nr. 309.
84) Punkt 1: Die Türkei solle aus ihren bisherigen internationalen Bindungen (an Großbritannien und Frankreich) gelöst und „fortschreitend für eine Zusammenarbeit" mit Deutschland, Italien und der Sowjetunion gewonnen werden. Punkt 2: Die drei Mächte wollen „zu einem gegebenen Zeitpunkt" ein Abkommen mit der Türkei abschließen, worin sie deren „Besitzstand anerkennen". Punkt 3: Das internationale Statut über die türkischen Meerengen solle so neugefaßt werden, daß Kriegsschiffe der Sowjetunion „jederzeit unbeschränkt" passieren können; hingegen sollten alle anderen Staaten (außer den Schwarzmeer-Anliegern) „auf das Recht der Durchfahrt durch die Meerengen für ihre Kriegsfahrzeuge grundsätzlich verzichten."
85) ADAP, D XI.2, Nr. 404.
86) ADAP, D XI.2, Nr. 532.

87. Der Labour-Politiker Stafford Cripps traf am 12.6.1940 als „außerordentlicher Botschafter" der britischen Regierung in Moskau ein. Über ein Gespräch mit Stalin am 1.7.40 berichtete Cripps: ‚die Russen' nähmen an, daß Deutschland sie 1941 angreifen werde, „falls, was erwartet würde, Großbritannien bis dahin besiegt wäre". „Die Sowjetunion betrachte Deutschland als reale Bedrohung. Ein deutscher Sieg über Großbritannien werde die Sowjetunion in eine schwierige, wenn nicht gefährliche Lage bringen". Im Fall einer Beendigung des Krieges im Westen sei, so Stalin laut Cripps, eine deutsche Invasion mit Sicherheit zu erwarten.
(Verschiedene Quellen; hier zusammengefaßt nach: Andreas Hillgruber, Hitlers Strategie, Frankf. 1965, S. 87)

Nach dem TUC-Kongreß: Schwierigkeiten mit der Solidarität

Fast 6 1/2 Monate dauert der seit 1926 längste und härteste Arbeitskampf in Großbritannien und die Fronten sind unverändert. Ungebrochen scheint die Streikbereitschaft der Bergarbeiter, so daß die bürgerlichen Medien Englands ihre Pro-Streikbrecher-Kampagne aktuell als gescheitert ansehen: 140.000 Bergarbeiter (80%) stehen im Streik, von 174 Zechen sind nur 42 in Betrieb. Erneut sind die Verhandlungen zwischen der Kohlebehörde NCB und der Gewerkschaft NUM gescheitert. Schwierigkeiten gibt es aber mit der Unterstützung außerhalb des Bergbaus. Der zweite Hafenarbeiterstreik dieses Jahres mußte nach 25 Streiktagen abgebrochen werden. Und obwohl NUM-Präsident Arthur Scargill auf dem Kongreß des Gewerkschafts-Dachverbandes seinen großen, umjubelten Auftritt hatte, sind Aktionen der Kraftwerksbeschäftigten und der Stahlarbeiter nicht in Sicht.

Kohlebehörde und Thatcher-Regierung haben erneut in aller Härte ihre Entschlossenheit betont, nicht nachzugeben, sie wollen — wie Thatcher gegenüber dem ,,Daily Telegraph'' vom 18.9.84 angab — über die Bezwingung der Bergarbeiter ein *,,gemäßigtes und ehrenhaftes Gewerkschaftswesen''* auf den Weg bringen für die wirtschaftliche Stärkung Großbritanniens. Entscheiden jetzt möglicherweise das Stehvermögen und die Härte des Winters, von der es abhängt wie lange die aufgehäuften Kohlevorräte reichen, über den Streikausgang?

Die Bergarbeiter und ihre Familien brauchen auf jeden Fall dringend materielle Unterstützung.

Gibt es eine Schlichtung?

Woche für Woche die gleichen Szenen vor den Zechen in den Bergbaugebieten: Große Polizeiaufgebote versuchen einzelne Streikbrecher in die bestreikten Betriebe zu schleusen, es kommt zu heftigen Auseinandersetzungen mit den Streikposten. 2.000 Verletzte auf beiden Seiten und 6.500 verhaftete Bergarbeiter hat die ,,Times'' am 17.9. gezählt. Jeder Streikbrecher wird von den bürgerlichen Medien zum ,,Helden'' hochgepuscht, seit Wochen ein Bröckeln der Streikfront herbeigeredet und ersehnt. Doch der Streik der Bergarbeiter bröckelt nicht, wird seit einigen Tagen in den gleichen Medien resigniert festgestellt. Also konzentrieren sich alle Bemühungen darauf, ihn weiter zu isolieren und zu ersticken.

Die Verhandlungen sind am 14.9. erneut gescheitert. Die NCB besteht darauf, daß die Gewerkschaft die Schließung sogenannter ,,unwirtschaftlicher'' Zechen akzeptiert, damit weiteren Entlassungen zustimmt. Die NUM lehnt dies weiterhin strikt ab. Mittlerweile konzentrieren sich die Hoffnungen einer Verhandlungslösung auf die staatliche Schlichtungsstelle ACAS, die versuchen soll, eine Einigung zu finden und dafür beide Seiten anhören wird. Arthur Scargill hat einem solchen Verfahren zugestimmt. NUM und NCB haben aber beide erklärt, bei Bedarf einen möglichen Schlichtungsspruch abzulehnen.

Damit geht das Zermürbungsspiel um eine gütliche Einigung also weiter. Im Rahmen des TUC-Kongresses hatten die bürgerlichen Medien eine wahre Propagandaschlacht eingeleitet, die Gewerkschaft in Verhandlungen zur Aufgabe zu zwingen. Mal hatte der sozialdemokratische Verleger des ,,Daily Mirror'', Maxwell, Einigung signalisiert, weil auf seine Initiative erneute Spitzengespräche zwischen Scargill und dem Kohleboß McGregor zustandekamen. Dann wieder wollte er auf höchster Ebene Energieminister Walker und den neuen TUC-Präsidenten Willis über das Bergarbeiterschicksal bestimmen lassen. Alle diese Versuche zerbrachen an den unverändert harten, gegensätzlichen Positionen und haben eher die Funktion, die Bergarbeiter unter Druck zu setzen.

Große Hoffnungen werden jetzt in das Scheitern der Bemühungen gesetzt, andere Gewerkschaften zu Unterstützungsaktionen für die Bergarbeiter zu bewegen. Nachdem der TUC-Kongreß vom 3. - 7.9. ein Triumpf der Bergarbeiter zu sein schien, zeigte sich in der Folge wie kompliziert die Lage in der britischen Arbeiterklasse momentan ist.

Linksruck im TUC?

1.200 Delegierte aus 98 Gewerkschaften, die 10 Millionen Mitglieder repräsentieren, berieten fünf Tage über die zukünftigen Aufgaben. Im Mittelpunkt stand dabei zweifellos der Streik der Bergarbeiter und seine Auswirkungen auf die Gewerkschaftsbewegung. War es vor dem Kongreß unklar, ob und wieweit die Unterstützung für die NUM erreicht wird, überraschte der Kongreß die bürgerlichen Beobachter vollends. Arthur Scargill war der unbestrittene ,,Star'' der Kongreßtage und erhielt minutenlange Ovationen. Unterstützt wurde er von 5.000 Bergarbeitern, die am Eröffnungstag in der Kongreßstadt Brighton eindrucksvoll demonstrierten. Die rechten Gewerkschaftsführer Frank Chapple und Eric Hammonds von der Elektrikergewerkschaft und Bill Sirs von der Stahlarbeitergewerkschaft gingen in der Solidaritätsstimmung des Kongresses unter — die solidarische Unterstützung für die Bergarbeiter wurde mit überwältigender Mehrheit beschlossen. Ein großer Sieg also für die NUM? Moralisch auf

Frauen britischer Bergarbeiter berichten



Unter diesem Titel führt der Kreisfrauenausschuß des DGB in Hamburg eine Solidaritätsveranstaltung mit Frauen der im Streik stehenden Bergarbeiter durch:

2. Oktober, 19 Uhr im Curio-Haus.

Außerdem organisieren gewerkschaftliche Gruppen und linke Unterstützer eine Veranstaltungsreihe mit einer Vertreterin der ,,Miners Wives Committees'' und einer Frau aus dem Friedenslager von Greenham Common. Neben der Bitte um dringliche solidarische Unterstützung werden dabei Berichte über die Beteiligung von Frauen an sozialen Auseinandersetzungen und ihre eigenen Aktivitäten gegeben. *,,Not just tea and sandwiches'' (,,Nicht nur Tee und Butterbrot'')* heißt ein mitgebrachter Videofilm, der über die Entwicklung der Einmischung der Frauen in den Bergarbeiterstreik berichtet. *,,Teilweise gegen die Vorstellungen der eigenen Männer, der Gewerkschafter, denen die Unterstützung zugute kommt, nehmen die Frauenkomitees an Streikposten teil, setzen sie durch, daß sie Vertreterinnen in die Streikkomitees entsenden können. Sie erzwangen sich Rederecht auf gewerkschaftlichen Versammlungen und auf Kundgebungen''*, heißt es im Veranstaltungsaufruf.

Dies sind die voraussichtlichen Termine:
13.10.: Teilnahme am ,,Marsch gegen Ausländerfeindlichkeit und Rassismus'' in Köln
14.10.: Osnabrück
15.10.: Oberhausen
16.10.: Köln
17.10.: Stuttgart
18.10.: Karlsruhe
19.10.: Rüsselsheim
20.10.: Teilnahme an der Abschlußveranstaltung der Friedensaktivitäten in Heilbronn.

(Änderungen sind möglich. Kontakt: 069/73 10 92 — Frankfurt — Angela Klein).



Bergarbeiterdemonstration vor dem TUC-Kongreß in Brighton

Spenden für die englischen Bergarbeiter und ihre Familien:

Konto der GEW Wuppertal

Raphaela Kruppa
BfG Wuppertal (BLZ) 330 101 11
Konto-Nr.: 2015 1233 00
Vermerk: Bergarbeiter Großbritannien

Die GEW-Wuppertal unterhält außerdem
ein **Koordinationsbüro Britische Bergarbeiter**
c/o GEW
Haarhausstraße 1 a
56 Wuppertal 1
Tel. 0202/30 38 01
(Mo.-Sa. von 10-12 und 15 - 17 Uhr).

alle Fälle, politisch darf die Stimmung dieses Gewerkschaftskongresses allerdings nicht überbewertet werden. Die nachfolgenden Debatten über die Gewerkschaftsgesetze, das zukünftige Verhältnis zur Regierung und konkrete weitere Aufgaben (u.a. wurde die 35-Stunden-Woche beschlossen) belegten nicht den vielfach festgestellten Linksruck im TUC, sondern eher Uneinigkeit und Ratlosigkeit der verschiedenen Gewerkschaften.

„TUC council moves to the left", schlagzeilte die „Times" am 5.9. nach den Wahlen zum Gewerkschaftsrat. 31:20 für die Rechten wurden die Mehrheitsverhältnisse bislang eingeschätzt, auf 26:24 oder auch umgekehrt belaufen sich die Spekulationen nach den Neuwahlen. Die Unsicherheit liegt darin, daß angesichts der derzeitigen Uneinigkeit eine klare Frontbildung schwer auszumachen ist. Immerhin waren die Gewerkschaftslinken bei der Abstimmung über einen Verurteilungsantrag gegen den Entscheid des alten Vorstands, die Druckergewerkschaft NGA in ihrem Konflikt mit den Gewerkschaftsgesetzen nicht zu unterstützen, klar in der Minderheit. Ebenso klar unterlagen sie in der Abstimmung, ob man als TUC dem Nationalen Wirtschaftsrat wieder beitreten sollte (den die Gewerkschaften nach dem Erlaß des Organisationsverbots in der Geheimdienstzentrale Cheltenham verlassen hatten). Die Mitarbeit in diesem Wirtschaftsrat — einer englischen Variante der „Konzertierten Aktion" — ist für die „Neuen Realisten" im TUC Kernstück ihrer Bemühungen, den unter der Thatcher-Regierung erfolgten gewerkschaftlichen Funktionsverlust auf der staatlichen Ebene wenigstens teilweise wieder zurückgewinnen und sie konnten sich damit durchsetzen.

Zwei Resolutionen und ein großes Fragezeichen

Vor dem Kongreß gab es zwischen NUM und dem TUC-Vorstand ein Pokerspiel, ob den versammelten Gewerkschaftsfunktionären eine gemeinsame, konsensfähige Resolution vorgelegt wird, oder ob es zur Abstimmung über alternative Resolutionen kommen wird. Die NUM wollte sich unter Berücksichtigung der vergangenen Erfahrungen mangelnder TUC-Solidarität und vor allem der Einmischung der Zentrale (insbesondere im NGA-Streik 1983), auf keine Verbindlichkeiten festlegen lassen. Der Mehrheitsflügel der „Neuen Realisten" war auf jeden Fall zu finanzieller Solidarität bereit, wollte sich aber nicht auf Aktionen festlegen lassen und vor allem die Möglichkeit der Einflußnahme auf die Streikführung gesichert haben. Die dann erfolgte Einigung kurz vor dem Kongreß muß schon „salomonisch" genannt werden: Dem Kongreß wurden zwei Resolutionen vorgelegt, eine gemeinsame vom Gewerkschaftsrat des TUC und eine der NUM. Beide wurden mit großer Mehrheit angenommen und es lohnt sich, Unterschiede und Handlungskonsequenzen näher anzuschauen (den Wortlaut der Resolutionen siehe im nebenstehenden Kasten).

Während der Wortlaut der NUM-Erklärung politisch aggressiver und umfassender ist und Aussagen gegen den Polizeistaat und die Gewerkschaftsgesetze enthält, ansonsten aber einen Solidaritätsappell beinhaltet, zeigt der Text des TUC council die ganze Bandbreite der derzeitigen Probleme zwischen den Gewerkschaften auf. Neben der Erklärung der „uneingeschränkten Unterstützung" für die Bergarbeiter und der Aufforderung, praktische Solidarität zu üben, verpflichtet er die NUM gleichzeitig darauf, keine Kampfausweitungen von sich aus vorzunehmen, ohne den Gewerkschaftsdachverband und die betroffenen Einzelgewerkschaften zurate zu ziehen. Hier liegt aber die eigentliche Problematik. Von seiten der nach ihrer Niederlage 1982 geschwächten Stahlarbeiter (Verlust von über 80.000 Arbeitsplätzen) sind kaum eigenständige Aktionen zu erwarten, die derzeitige Gewerkschaftsführung ist dazu auch nicht bereit. Eine Ausweitung der Kampfaktionen der Bergarbeiter auf die mit Kohle belieferten Stahlwerke müßte daher von den Bergarbeitern organisiert werden, das geht aber ohne

Arbeitsplätzen) sind kaum eigenständige Aktionen zu erwarten, die derzeitige Gewerkschaftsführung ist dazu auch nicht bereit. Eine Ausweitung der Kampfaktionen der Bergarbeiter auf die mit Kohle belieferten Stahlwerke müßte daher von den Bergarbeitern organisiert werden, das geht aber ohne

Zustimmung nicht. Ähnlich verhält es sich mit den Kraftwerksbeschäftigten. Die Gewerkschaft der Elektriker und Elektroniker, auf dem rechten Rand angesiedelt, gehört zu den vehementesten Streikgegnern. Einer ihrer Führer, Eric Hammond, verteidigte auf dem TUC-Kongreß gegen heftige Proteste Abkommen seiner Gewerkschaft mit den Unternehmen, in denen Streiks zur Lösung betrieblicher Konflikte ausgeschlosen werden. Streiks seien ein Kampfmittel der Vergangenheit, die Zukunft gehöre dem Zusammenwirken von Unternehmern und Belegschaften zum Wohle des Betriebes, führte er aus.

Der Gewerkschaftsvorsitzende Frank Chapple erklärte schon vor dem TUC-Kongreß: *„Wir müssen uns von Scargill befreien"*, dieser *„wahnsinnige"* und *„verrückte"* (so Chapple in seinen kurz vor dem TUC-Kongreß veröffentlichten Memoiren über Scargill) *„Moskau-Anhänger"* wolle die Regierung stürzen. *„Falls Mr. Arthur Scargill und seine Kohorten Erfolg haben, wird unser Land nicht mehr das gleiche sein ... die entscheidende Frage, vor der die Gewerkschaftsführer in Brighton stehen, ist nicht, ob sie Scargill retten können, sondern, ob sie sich selbst zerstören werden"* (Chapple in einem Kommentar in „Daily Express", 16.8.84). Eine Unterstützung der Bergarbeiter ohne Urabstimmung werde es in seiner Gewerkschaft nicht geben, so Chapple, darauf spekulierend, daß solche Abstimmungen in der angespannten wirtschaftlichen Lage des Landes und beim derzeitigen Stand der Entsolidarisierung negativ ausgehen. Mit solchen Gewerkschaften ist nicht nur nicht zu rechnen, sie werden mit Sicherheit gegen die NUM arbeiten und allein die breite Stimmung gewerkschaftlicher Solidarität ließ sie auf dem Kongreß untergehen.

Ein erstes Treffen der NUM mit 9 Gewerkschaften aus dem Bereich der Kraftwerke endete am 17.9. damit, daß ein weiteres Treffen angesetzt wurde, auf dem unter Leitung des TUC über Aktionen beraten werden soll. Mittlerweile arbeiten Thatcher und die Zeit für diese Gewerkschaftslinie: Ihr im Juli dieses Jahres verabschiedeter 4. „employment act" tritt am 26. September in Kraft, danach sind Urabstimmungen bei entsprechenden Aktionen gesetzliche Pflicht und auf Gesetz und Recht einer demokratisch gewählten Regierung, die es zu respektieren gelte, pocht Chapple allemal.

Hafenarbeiterstreik abgebrochen

Auch sonst stößt die Solidarität ganz offensichtlich an die Grenzen der Bereitschaft, sich an Aktionen zu beteiligen, die die eigenen Interessen sichtbar nicht so ohne weiteres berühren. Der nach dem 14-Tage-Streik im Juli Ende August erneut aufgenommene Streik der Hafenarbeiter wurde am 17.9. — nach 3 1/2 Wochen — abgebrochen, nachdem es schon zuvor nur unzureichend gelungen war, die gewerkschaftlich Organisierten hierfür zu mobilisieren. Zwischen 40 - 60% der Hafenarbeiter hatten sich daran beteiligt. Anlaß für den Streik war die Entladung eines Kohleschiffes für das benachbarte Stahlwerk Ravenscraig in Hunterston (Westschottland) durch Stahlarbeiter. Die dortigen Hafenarbeiter verweigerten die Entladung aus Solidarität mit den Bergleuten und sahen in der Fremdarbeit einen Bruch bisheriger Abkommen. Der unter dem Eindruck abbröckelnder Kampfbereitschaft vorgenommene Streikabbruch wurde der Transportarbeitergewerkschaft ermöglicht, nachdem sie die Zusage erhielt, daß zukünftig das gültige Abkommen eingehalten wird — ohne daß hierfür allerdings verbindliche Garantien gegeben wurden. Gleichzeitig wurde aber akzeptiert, daß wöchentlich 20.000 t Kohle für den reibungslosen Stahlwerksbetrieb in Ravenscraig an den Streikposten der Bergarbeiter vorbeigebracht werden sollen.

Abgeblasen wurde auch der Eisenbahnerstreik (vorgesehen waren ein 24-Stundenstreik am 12.9. sowie vielfältige Protestaktionen), nachdem British Railway unverbindlich zusagte, seine Pläne zum Abbau von 10.000 Eisenbahner-Arbeitsplätzen und sozialer Leistungen neu zu durchdenken und darüber mit der Gewerkschaft zu reden.

So bleibt der entschlossene Kampf der Bergarbeiter und ihrer Familien gegen die Zechenschließungen weitgehend isoliert, auch wenn der Gewerkschaftskongreß nach außen Sympathie und moralische Unterstützung bedeutet hat.

Für den Ausgang der Auseinandersetzung wird viel davon abhängen, daß zumindest die materielle Unterstützung auch bei uns nicht nachläßt.

Kommission Betrieb & Gewerkschaft

beiter hatten sich daran beteiligt. Anlaß für den Streik war die Entladung eines Kohleschiffes für das benachbarte Stahlwerk Ravenscraig in Hunterston (Westschottland) durch Stahlar-

Für den Ausgang der Auseinandersetzung wird viel davon abhängen, daß zumindest die materielle Unterstützung auch bei uns nicht nachläßt.

Kommission Betrieb & Gewerkschaft

Resolution der NUM

„Der Kongreß bekundet seine uneingeschränkte Unterstützung für

Resolution des TUC-Generalrats

„Der Generalrat verurteilt die von

Resolution der NUM

„Der Kongreß bekundet seine uneingeschränkte Unterstützung für die NUM und ihre Kampagne zur Rettung der Gruben, Arbeitsplätze und Bergarbeiter-Gemeinden — eine Kampagne, die die Arbeiterbewegung sowohl zuhause als auch weltweit beflügelt hat.

Der Kongreß bestätigt seine Verpflichtung auf eine integrierte Energie-Politik, mit dem Ziel eines jährlichen Kohleausstoßes von 200 Millionen Tonnen bis zur Jahrhundertwende.

Der Kongreß verurteilt die Polizeistaat-Methoden, die gegen die streikenden Bergarbeiter und ihre Familien gefahren wurden und fordert, die Polizei so zu gestalten, daß sie auf demokratische Weise den Gemeinden verantwortlich ist, denen zu dienen sie angestellt ist. Die Polizei darf niemals wieder so wie gegenwärtig gegen unbewaffnete Werktätige eingesetzt werden, die traditionelle Gewerkschaftsrechte ausüben.

Der Kongreß fordert — sich seiner totalen Opposition gegen die ‚employment acts' von 1980 und 1982 erinnernd, wie sie im letzten Jahr bestätigt wurde — die sofortige Aufhebung aller antigewerkschaftlichen Gesetzgebung und stimmt deswegen darin überein, alle angegliederten Gewerkschaften dazu aufzurufen, in die mächtigste Mobilisierung von Kraft und Stärke der Bewegung auf allen Ebenen einzutreten: Gemäß den Entscheidungen der Wembley-Konferenz und für die äußerste Solidarität und Unterstützung jeder Sektion und Gruppe von Arbeitern, die im Kampf für Arbeitsplätze, die Verteidigung der Arbeitsbedingungen und der Gewerkschaftsrechte stehen."

Resolution des TUC-Generalrats

„Der Generalrat verurteilt die von der Regierung angestifteten Anstrengungen des NCB, die Kohleindustrie einzuschränken und bestätigt die uneingeschränkte Unterstützung für das Folgende:

- *Unterstützung der Ziele der NUM, Gruben, Arbeitsplätze und Bergarbeiter-Gemeinden zu schützen.*
- *Eine konzertierte Kampagne zur Geldbeschaffung, um Mühsal in den Kohlefeldern zu erleichtern und die Gewerkschaft finanziell zu erhalten.*
- *Den Kampf dadurch zu effektivieren, daß keine Kohle oder Koks oder Öl (das Koks oder Kohle ersetzen soll), durch die offiziellen Streikpostenketten der NUM gebracht wird oder kein Material zu benutzen, das durch die Streikpostenketten der NUM gebracht wird und kein Öl zu benutzen, durch das Kohle ersetzt wurde.*

Die NUM erkennt an, daß die praktische Durchführung dieser Punkte detaillierte Diskussionen mit dem Generalrat erforderlich machen wird und Vereinbarungen mit den Gewerkschaften, die direkt betroffen wären.

Der Generalrat fordert eine neuerliche Verpflichtung aller auf eine expandierende Kohleindustrie. Der Generalrat fordert die NCB auf, sofort die Verhandlungen mit der NUM wiederaufzunehmen, um diesen zerstörerischen und teuren Kampf auf der Linie des ‚Plan of coal' (Kohleplan) zu beenden."

(Übersetzung nach Times, 4.9.84)

Solidarität a la IG Bergbau

Neun Ausgaben der Gewerkschaftszeitung „einheit" der IG Bergbau mußten erscheinen, bevor ein Wort zum britischen Bergarbeiterstreik fiel. Eingebettet in Hetzartikel gegen die NUM und deren Präsidenten Scargill erfahren die Gewerkschaftsmitglieder lapidar: *„Die ungebrochene Solidarität des Internationalen Bergarbeiter-Verbands (IBV) mit den streikenden britischen Bergleuten machte der 45. IBV-Kongreß in einer Entschließung deutlich, mit der alle Kohleländer in Ost und West aufgefordert wurden, ihre Kohleexporte nach Großbritannien einzustellen"* („einheit", 15.6.). Nicht mehr erfährt der Leser über den Streik, Ursachen und Ziele. Dafür auf einer Seite um so mehr über die Trennung des IBV von der NUM, die *„das Ende einer freien und internationalen Bergarbeiterbewegung"* darüber erreichen wollte, daß sie die Spaltung in westliche und östliche Gewerkschaften (worunter beim „freien" IBV auch die französische CGT fällt) nicht akzeptieren wollte.

Wie ernst die Solidarität gemeint ist, belegt eine Meldung der Dortmunder Industrie- und Handelskammer, wonach die Umsatzsteigerung für das erste Halbjahr '84 von 32% im Bergbau dieser Region zu einem guten Teil auf den britischen Bergarbeiterstreik zurückzuführen ist (nach: BWK-Nachrichten, 8.9.84).

Dafür erfährt dann der Leser der „einheit" erst sechs Nummern später (am 15.9.) wieder etwas über den Streik: Die Meinung darüber sei im TUC nicht einheitlich, das liege an der nicht-durchgeführten Urabstimmung der NUM, die dafür auch keine Mehrheit fände. Scargill sei ein *„marxistisch-militanter Gewerkschaftsführer"* und habe in einem Interview mit der sowjetischen Gewerkschaftszeitung TRUD *„die Änderung der britischen Gesellschaftsordnung"* gefordert. So das rechte Weltbild hergestellt, werden dann auch noch Not und Hunger erwähnt, *„zweimal nennenswerte Spendenbeträge"* der IG Bergbau, deren Höhe und Spender zu nennen nicht für erforderlich gehalten wird und die ausdrücklich für *„notleidende Bergarbeiterfamilien"* bestimmt sind (also nicht zur Streikunterstützung). Schließlich wird noch darauf hingewiesen, daß man in Übereinstimmung mit dem NUM-Vorstand vor *„wilden Spendensammlern"* warnt und daß nur das angegebene Konto in Sheffield offiziell sei.

Es gehört nicht viel Phantasie dazu, sich vorzustellen welcher Druck hier auf die NUM ausgeübt wird, die ja auf gewerkschaftliche Solidarität auch aus der BRD angewiesen ist (und der Zugang zu den DGB-Gewerkschaften ist schwer genug), damit Solidaritätsarbeit in ordentlichen Bahnen verläuft. Die Ablaßzahler der IG Bergbau wollen vermutlich eine Niederlage der NUM abwarten, um dann endlich eine „freie" britische Bergarbeitergewerkschaft in ihre IBV-Runde aufzunehmen. Ob das so billig zu erkaufen ist? Immerhin heißt es aufgepaßt, denn auch der russische Rubel rollt. 50.000 Rubel (180.000 DM) seien in sowjetischen Betrieben für den britischen Bergarbeiterstreik gesamelt worden, meldet die „Welt" am 15.8. unter Berufung auf den britischen Geheimdienst.

NICARAGUA



Die große Herausforderung

Interview mit Jaime Wheelock Teil II

Im ersten Teil des Interviews (s. AK 249), das die in Kuba im Exil lebende Chilenin Marta Harnecker im letzten Jahr mit Commandante Jaime Wheelock gemacht hat, erklärte Wheelock die Arbeitsweise der Nationalen Leitung der FSLN und untersuchte den Charakter der revolutionären Macht sowie die Rolle, die die Bourgeoisie heute in Nicaragua spielt.

In dem folgenden Teil des Interviews widmet sich Wheelock den wichtigsten innerpolitischen Problemen und versucht eine Antwort darauf zu geben, warum der US-Imperialismus so verbissen versucht, die sandinistische Regierung zu stürzen.

Das nebenstehende Bild zeigt einen Rebellen aus der Zeit des Kampfes gegen das Somoza-Regime. Der Rebell trägt eine indianische Tanzmaske um seine Identität zu verbergen.

4. Die Kirche

Die Religion ist ein außerordentlich verbreitetes Phänomen in Nicaragua, was sich in gewisser Weise in der Regierung selbst widerspiegelt: Zwei ihrer Mitglieder sind Priester — zweifellos etwas Einmaliges. Die katholische Kirche hat den Kampf gegen Somoza unterstützt, aber heute ist sie eher eine Bremse für den Aufbau der neuen Gesellschaft. Wie erklärst du das? Glaubst du, man kann ein strategisches Bündnis mit den Christen und speziell mit der katholischen Kirche schließen, um die „neue Gesellschaft" aufzubauen? Oder sind sie nur eine positive Kraft im Kampf gegen den jeweiligen Tyrannen, der gerade herrscht; eine Kraft, die sich anschließend in das stärkste Bollwerk der bürgerlich-demokratischen Ideologie verwandelt und tatsächlich zu einem Hindernis für die Revolution wird?

Es stimmt, daß die Revolution in unterschiedlichen Formen unterstützt wurde und daß es eine Teilnahme religiöser Sektoren an der Revolution gab. Trotzdem würde ich sagen, daß das Problem der Religion nicht direkt etwas mit der Teilnahme der Nicaraguaner an der sandinistischen Revolution zu tun hat.

Unter dem Gesichtspunkt des Kampfes betrachtet, spaltete sich Nicaragua in Somozisten und Sandinisten, in Revolutionäre und Konterrevolutionäre. Die Frente Sandinista entstand als eine politische Organisation, die ökonomische, politische und soziale Ziele verfolgte. Sie entstand als bewaffnete revolutionäre Organisation, und während ihrer Entwicklung schloß sie nach und nach sehr unterschiedliche Sektoren des nationalen Lebens zusammen: die Studenten der Universität, die Schüler der Oberstufe, die Frauen, die Bauern. Von einem bestimmten Moment an, als Teil dieser Entwicklung, dieser Dynamik, der Vertiefung des Kampfes, schlossen sich auch in organisierter Form Jugendliche an, die sich um eine christliche Bewegung zusammengeschlossen hatten, die ihren politischen Schwerpunkt im Studenten- und Stadtteilbereich hatten. Auch einige fortschrittliche Prister gehörten dazu. Wir begriffen, daß ihre Teilnahme keine religiöse, sondern eine politische Teilnahme war, und auch die Beteiligung der Priester hatte einen rein politischen Charakter und keinen religiösen. Wir gaben weder den Jugendlichen noch den Priestern die Aufgabe, ihre religiöse Botschaft einzusetzen, um für uns Sympathien zu gewinnen, sondern wir reihten sie als Kämpfer und als Teil unseres Volkes in den Kampf ein.

Also zunächst würde ich dir sagen, daß die Gründe, deretwegen die christliche Jugend und einige Priester am Kampf teinahmen, die gemeinsamen Ziele waren, die sie mit uns hatten. Es ging uns nicht darum, ein Bündis mit den Christen einzugehen; wir reihten bloß nicaraguanische Bürger in den Kampf ein, die auch Christen waren. Natürlich war für die Stärkung unseres Kampfes die Teilnahme von Christen sehr wichtig — von Christen, die aus meiner Sicht, als Nicaraguaner am Kampf teilnahmen, aber mit einer eigenen Perspektive. Sie beteiligten sich am Kampf auf der Grundlage einer bestimmten Moral, die Resultat einer Überprüfung dessen war, was Christentum in diesem Moment, den die Menschheit durchlebt, bedeutet. Mit den Christen stimmten wir überein, insoweit die gerechte Sache, die Ziele unserer Forderungen — die nationale Befreiung, wie sie die FSLN erkämpft hat — auch die Bestrebungen eines kämpferischen und erneuerten Christentums waren.

Ich würde also das kirchlich-institutionelle von dem menschlichen Problem trennen. In der Kirche als solcher haben die christlichen Sektoren — wenn man von christlichen Sektoren sprechen darf — zwei Positionen eingenommen: Eine unterstützt die Revolution, die andere ist gegen sie. Aber diese Positionen waren im Grunde genommen keine religiösen, sondern Klassenpositionen. Es war keine religiöse Haltung, sondern eine Haltung, die von der Einschätzung der gesellschaftlichen Position abhängig war, die jede Person für sich vornahm.

Monsenor Obando (1) z.B. vertrat im Namen der kirchlichen Hierarchie eine bürgerliche Ideologie: Er unterstützte die Alternative einer nichtrevolutionären Ersetzung Somozas. Also muß man sich fragen: War dieser katholische Würdenträger des Christentums in diesem Moment ein Träger des Christentums, erfüllte er seine pastorale Aufgabe, oder verteidigte er einfach eine bestimmte politische Meinung, die identisch mit der des Direktors der Bank von Amerika und der eines Oberstleutnants der somozistischen Guardia war?

Darüberhinaus gab es eine traditionelle ideologische Strömung in der Kirche, die sie an den Staat, an das Regime und an die bestehende Ordnung band. Und so handelten alle Kirchen in Zentralamerika — einem zurückgebliebenen, unbedeutenden, unterentwickelten und in großer Armut lebenden Zentralamerika. Und gerade wegen dieser Ungerechtigkeit und Unterdrückung entstanden und verbreiteten sich hier nach dem 2. Vatikanischen Konzil christliche Strömungen, die dieser Konzeption — nennen wir sie mal die Kollaboration der kirchlichen Hierachie mit den diktatorischen Regierungen — gegenüberstanden, progressive Strömungen, die die Einbeziehung der Christen in die Revolution förderten.

Du hast mir erzählt, daß Obando zum Zeitpunkt des Triumphes der Revolution als einer der Führer der FAO (2) in Venezuela war...

Ja. Obando und die kirchliche Hierarchie vertraten hier — von wenigen Ausnahmen abgesehen — eine bürgerliche Position: Sie verteidigten das Projekt eines Somozismus ohne Somoza (3), mit dem Ziel, die bestehende Ordnung zu erhalten; eine Ordnung, mit deren Hilfe sie sich solide abgesichert hatten.

Er war also nicht für die Revolution, sondern gegen Somoza, was etwas anderes ist ...

So ist es. Solange Somoza die Ordnung aufrechterhalten konnte, war die Kirche auf seiner Seite. Fast alle Bischöfe, bis hin zu Obando y Bravo sind in ihren ersten Amtsjahren Somozisten gewesen. Als sich aber Somoza ab einem bestimmten Zeitpunkt in ein Problem für die Aufrechterhaltung des Systems verwandelte, suchte die Bourgeoisie nach einem Ausweg. Sie wurde antisomozistisch, aber um die bürgerliche Ordnung zu retten. Das war auch die Haltung der Kirchenhierarchie. Deshalb finden wir Obando am 19. Juli 1979 in Venezuela, wo er für eine nichtrevolutionäre Lösung eintritt — als Politiker, nicht als Bischof, wobei er natürlich versuchte, mit dem Einfluß der Kirche Unterstützung für seinen politischen Lösungsvorschlag zu gewinnen. An diesem Punkt entstanden die Probleme mit der Institution Kirche, und sie bestehen immer noch.

Der Imperialismus und die Konterrevolution unternehmen große Anstrengungen, um zwischen Christen und euch eine Konfrontation zu schaffen. Sie stellen euch als Atheisten, als Gegner einer christlichen Weltanschauung hin. Wie antwortet ihr auf diesen Versuch des Imperialismus, die Religion für seine Zwecke zu instrumentalisieren?

Ich glaube, als konkretes Beispiel kannst du das nehmen, was ich gestern anläßlich der Vergabe von Landtiteln an verschiedene Kooperativen in Nueva Segovia den Bauern sagte:

„Die Somozisten sagen euch, daß wir Atheisten sind, daß wir nicht an Gott glauben. Aber sie sagen nicht, daß wir es sind, die sich an die Gebote der Bibel halten und an dem Wohlergehen aller arbeiten.

Wir sagen: Laßt uns nicht diskutieren, sondern schauen wir uns die Fakten an. Die Bibel sagt, selig seien die Armen. Um wen kümmern wir uns? Sind es nicht die Armen, denen wir Land, Arbeit, Kredite, Schule und die Alphabetisierung geben? Wir sagen also, ja, selig seien die Armen, und sie werden selig sein trotz Somozismus und Konterrevolution. Und so handeln wir. Selig seien die Schwachen und Friedfertigen, denn ihnen wird das Land gehören. Diese Worte müßten euch bekannt vorkommen, nicht wahr! Wer sagte das? (Ein Bauer antwortet: Der dort oben und jetzt unter uns ist). Ja, der jetzt hier unter uns ist und euch das Land übergibt. Wer ist es also, der Brüderlichkeit und Liebe für die Bauern zeigt? Es ist der Sandinismus, der für die Bauern eine reale, tiefe, und ehrliche Liebe zeigt. Verschließt eure Türen vor denen, die euch sagen, wir seien gegen die Ideen des Christentums, denn wir handeln nach diesen Ideen. Und nicht nur das: Wir gehen über diese Ideen noch hinaus, wir sind viel fortgeschrittenener mit unseren Ideen, denn wir sind bereit, für euch unseren letzten Blutstropfen zu geben. Wieviele sind in diesem Krieg gestorben für den Sieg? Es waren Tausende. Warum ist Carlos Fonseca gestorben? Carlos Fonseca fiel und vergoß sein Blut für das nicaraguanische Volk. Wo fiel er? Er fiel im Herzen der Berge, an der Seite der Bauern. Julio Buitrago war ein Student. Er kämpfte nicht für sich und sein eigenes Glück, denn hätte er für sein persönliches Glück gekämpft, hätte er weiter Jura studiert. Er tat es nicht und starb für das Volk. Und Edgard Lang, der Sohn einer reichen Familie war, wofür wollte er kämpfen, wo er doch schon alles hatte? Er kämpfte mit einem höheren Gefühl, dem Gefühl, für das Volk sein Leben zu geben, und dafür kämpfen auch wir, dafür gehen wir bis zum letzten, und deshalb sind wir auch unbesiegbar."

5. Die Pressefreiheit

Ist es nicht ein Zeichen der Schwäche dieser Revolution, daß inmitten einer bewaffneten Aggression durch die Konterrevolution noch Zeitungen wie die PRENSA zugelassen sind?

Das hängt mit der pluralistischen Konzeption unserer Revolution zusammen. Wir haben von Anfang klare Spielregeln aufgestellt. Wir geben allen Kräften die Möglichkeit, sich der Revolution anzuschließen. Unser Programm ist ein volksdemokratisches Programm. Wir wollen eine revolutionäre Veränderung und vor allem die Verteidigung unserer nationalen Souveränität. Das sind die Grundlagen unserer neuen sozialen Leitung. Wir akzeptieren die Existenz anderer politischer Parteien. Wir verbieten nur die Organisierung von Somoza-Anhängern.

Aber was ist geschehen? Eine Reihe von reaktionären Kräften hat, angestachelt durch den Imperialismus, begonnen, den sozialen Frieden zu zerstören. Mit welchem Ziel? Um es dem nordamerikanischen Imperialismus möglich zu machen, Nicaragua erneut zu versklaven. Sie sind also antinationale Kräfte. Reagan ist der größte Feind der gemischten Wirtschaft in Nicaragua. Er will hier keinen Pluralismus, er will nicht, daß wir dieses wichtige Programm hier durchführen, da es eine Hoffnung für ganz Lateinamerika ist. Er will nicht, daß wir Erfolg damit haben. Also sucht er innerhalb seiner allgemeinen Destabilisierungspläne nach Möglichkeiten, uns zu behindern, uns anzugreifen und unser Projekt zunichte zu machen. So kam es, daß die Tageszeitung LA PRENSA von einem bestimmten Moment an begann, sich in den Generalstab der Reaktion zu verwandeln. Sie hörte auf, die Tageszeitung LA PRENSA von Pedro Joaquin Chamorro zu sein, bzw. die Tageszeitung LA PRENSA der ersten Monate der Revolution. Sie wurde von Vaterlandsverrätern und Reaktionären, die vom CIA dirigiert werden übernommen, und es wurde damit begonnen, dieses Organ der Meinungsbildung für die Pläne der Destabilisierung zu benutzen. Was war unsere Antwort darauf? Wir haben für die Rechten den Gebrauch eines Massenmediums eingeschränkt, mit dessen Hilfe sie ihre destabilisierenden Botschaften verbreiteten, Informationen mißbrauchten, verfälschten und verzerrten. Wir haben bestimmte Normen gesetzt.

Was sind das für Normen?

Es handelt sich im wesentlichen um zwei Gesetze: 1. daß wirtschaftliche und soziale Informationen durch offizielle Organe verbürgt sein müssen und 2. daß Informationen, die die Verteidigung des Landes betreffen, nur aus dem Verteidigungsministerium stammen dürfen. Diese beiden Gesetze dienen der nationalen Verteidigung. Unser Verantwortunsbewußtsein hat uns dazu veranlaßt, diese Informationen zu kontrollieren. Mit diesen Gesetzen beschränken wir nicht die Pressefreiheit — diese bleibt bestehen — sondern wir schränken die Möglichkeit zur Destabilisierung ein.

Wenn in irgendeinem beliebigen Land der Erde, z.B. in den Vereinigten Staaten, die „New York Times" die Nachricht verbreiten würde, daß die Chase Manhatten Bank kurz vor dem Bankrott stünde, so würde man dies verbieten, denn diese Nachricht würde dem System schaden. Die Pressefreiheit, so wie sie die bürgerliche Demokratie versteht, darf bei aller Kritik, die sie zuläßt, niemals die Aufrechterhaltung des Systems infrage stellen. Wenn die verbreiteten Informationen oder das Presseorgan das System bedrohen, werden sie schlichtweg beseitigt.

Unsere Pressefreiheit bewegt sich im Rahmen eines neuen Systems, in dem Erziehung, Beteiligung und Meiungsbildung von einer nationalen, moralischen und konstruktiven Einsicht getragen sein sollen. Wir erlauben jede Art von Kritik durch die Bürger, solange sie sich innerhalb der Regeln unseres neuen ökonomischen, sozialen und politischen Systems bewegt, welches wir aufbauen wollen. Die Oppositionsparteien können sogar danach streben, die Macht zu erobern.

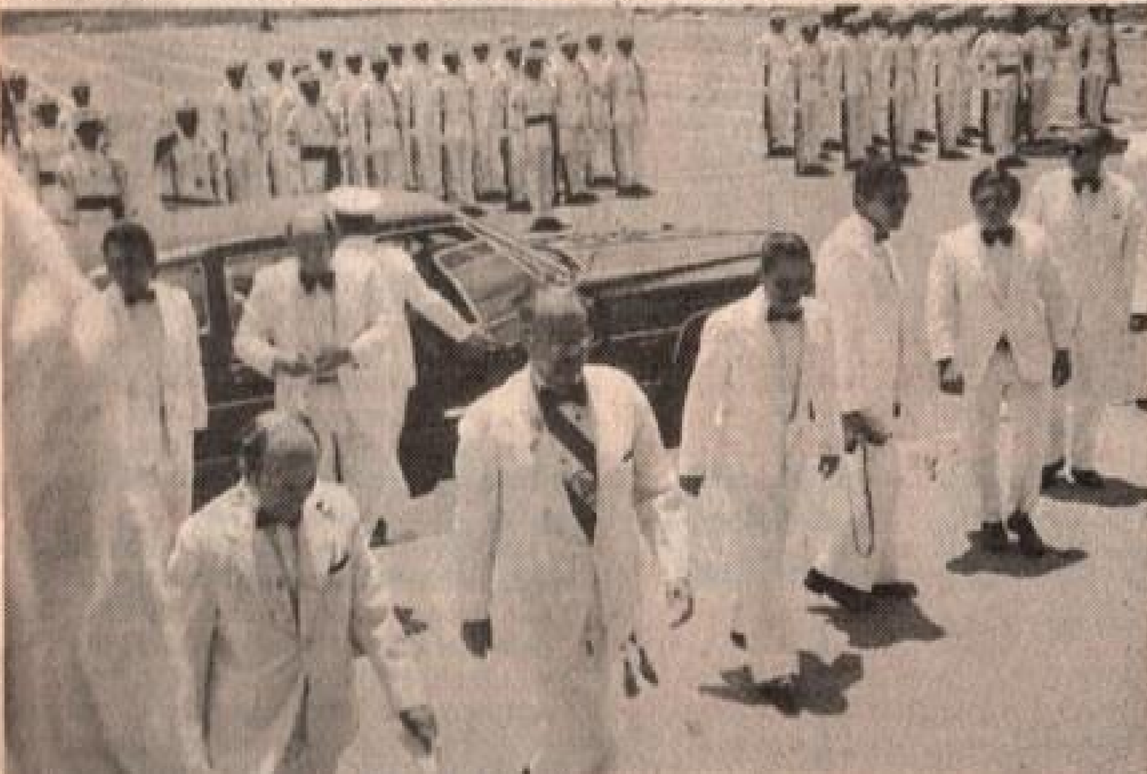
Im Augenblick diskutieren wir im Staatsrat gerade ein Gesetz über die polititischen Parteien, wo dies ausdrücklich festgeschrieben wird. Wir sehen unsere Verantwortung als Partei darin, uns zu bemühen, an der Macht zu bleiben, aber vom Standpunkt der Nation aus gesehen müssen wir zugeben, daß es Bürger gibt, die vollkommen anders darüber denken und auch ein Recht dazu haben. Unsere Pflicht ist es, sie zu überzeugen. Aber wenn sie nicht zu überzeugen sind, haben sie das Recht, für ihre Ideen zu kämpfen, sofern diese Ideen nicht im Gegensatz zu der historischen Notwendigkeit stehen, eine neue Gesellschaft zu schaffen. Sie können Antisandinisten sein, sie dürfen gegen die Frente Sandinista als Partei sein, sie können uns kritisieren, aber sie dürfen nicht die Grundlage der neuen Gesellschaft angreifen. Diese Grundlagen sind von historischem Interesse für das nicaraguanische Volk.

Lateinamerika

Sie sind ein Teil eines Erbes. Diese Leute dürfen sogar Nicht-Revolutionäre sein. Die Revolution greift sie nicht an, sie verteidigt sich. Innerhalb dieser Grenzen, die sehr flexibel sind, bewegen wir uns.

Du hast während der Regierungszeit der Unidad Popular in Chile studiert und weißt sehr gut, was das für eine Erfahrung war. Glaubst Du, daß der Imperialismus hier dieselben Methoden anwendet? Warum hat er dort seine Ziele erreicht und in Nicaragua nicht?

In Chile begann der Imperialismus den Sturz der Regierung zu organisieren, indem er im wesentlichen die Macht des ökonomischen Einflusses nutzte, die die Bourgeoisie und die Oligarchie in Chile bewahrt hatte. Zum Schluß setzte er die bewaffneten Kräfte ein, die eine reaktionäre Ideologie hatten und entsprechend organisiert waren. Wir sind nicht durch Wahlen an die Macht gekommen, nicht durch das Votum einer Fraktion der Wähler, wie es in Chile der Fall war, sondern durch den bewaffneten Kampf. Wir haben die Armee der Diktatur und die Yankees besiegt. Daher handeln wir nicht nur im Rahmen eines breiten nationalen Konsens'; wir sind im Besitz einer bewaffneten Volksmacht. Aus diesem



Somoza eröffnet zum letzten Mal den National Congress, Juni 1978.

Grund wendet der Imperialismus gegen die sandinistische Revolution eine umfassende Strategie an:

- diplomatisch, indem er versucht, uns zu isolieren;
- politisch, indem er versucht, alle inneren und internationalen subversiven Kräfte zu mobilisieren, die in der Lage sein könnten, unsere Macht zu erschüttern;
- ökonomisch, indem er versucht, den Privatsektor von der Zusam-

der Lage sein könnten, unsere Macht zu erschüttern;
- ökonomisch, indem er versucht, den Privatsektor von der Zusam-

menarbeit mit uns abzubringen, und vor allem;
- militärisch, das ist sein wesentliches Kampfmittel.

Die Strategie des Imperialismus ist nicht die Destabilisierung als solche — so wie sie in Chile angewandt worden ist. In Chile wurde versucht, diejenigen Kräfte, die das ökonomische, politische und ideologische System der Volksregierung bildeten, auseinanderzudividieren. Man versuchte, Allende vom Volk zu trennen, mit Hilfe einer ideologischen und ökonomischen Taktik, nicht mit einer militärischen. Der Einsatz der militärischen Mittel war nur der letzte Schlag, der innerhalb von vier Stunden den Sturz der Regierung bewirkte.

Der wichtigste Hebel gegen Nicaragua ist die militärische Aggression, denn sie müssen eine revolutionäre, bewaffnete Volksmacht stürzen. Und die läßt sich nicht nur mit ökonomischen und politischen Maßnahmen destabilisieren. Solche Maßnahmen können wir unwirksam machen. Sie müssen uns militärisch schlagen, sie müssen verhindern, daß unsere Revolution sich konsolidiert, und sie müssen die Konsolidierung unserer bewaffneten Volkskräfte verhindern. Darum greifen sie auf das Heer Somozas zurück. Das steht ihnen zur Verfügung.

Unsere Situation unterscheidet sich also von der Chiles, obwohl es natürlich einige Ähnlichkeiten gibt. Man muß anerkennen, daß die Taktiken, die der Imperialismus in Chile anwandte, erfolgreich waren. Er bediente sich des Klassenkampfes. Er wußte genau, welche Klassen Verbündete, welche ihm feindlich gesinnt waren, er erkannte den Charakter der Staatsmacht, ihre Grenzen. Er benutzte die Ideologie als Waffe. — All das setzt er auch gegen uns ein.

Du meinst, daß der militärische Aspekt in eurem Fall von Anfang an eine Rolle spielte?

Als sie sahen, daß ihre Armee sich nicht mehr würde halten können, versuchten sie zunächst, die Regierung mit uns zu teilen. ‚Wir werden ihnen die Regierung überlassen, aber das Heer werden wir behalten', dachten sie. Und in den Verhandlungen — die nie Verhandlungen mit Somoza, sondern Verhandlungen mit Unterhändlern und mit den Vereinigten Staaten selbst waren, weil sie es waren, die praktisch die Macht hier hatten — vertraten sie den Standpunkt, daß sie Somoza jederzeit stürzen könnten, wenn wir bereit seien, mit der Nationalgarde über die Bildung einer neuen Armee zu verhandeln. Wir konnten das in dem Sinne akzeptieren, als wir selbst die Vorstellung hatten, daß alle Militärs, die nicht in Verbrechen verwickelt waren, in dieser oder jener Weise in ein neues revolutionäres Heer integriert werden sollten.

Aber aus einer Reihe von Gründen, deren Erörterung hier jetzt zu weit führen würde, fand die Diskussion nicht statt, und die Armee Somozas wurde geschlagen. Nachdem Somoza gegangen war und wir zu einem schweren militärischen Schlag ausholten, löste sich die Guardia ganz einfach auf. Waffen, Uniformen — alles ließen sie zurück. Es gab kein somozistisches Heer mehr. Alle Offiziere hauten ab, in die Botschaften, mit Sportflugzeugen, mit Verkehrsmaschinen, überall hin.

Es gab also einen Zeitraum, wo sie keine Alternativen hatten. Natürlich spielten sie mit dem Gedanken, militärisch zu intervenieren.

Das somozistische Heer löste sich nicht auf, weil sie es so gewollt hätten, sondern aus Gründen, die außerhalb ihres Willens lagen. Danach begannen sie eine umfassende Strategie zu bilden, um die Revolution zu zerstören. Deren Hauptpfeiler war, wie ich schon erwähnte, die militärische Aggression.

War euch von Anfang an klar, daß dies so passieren würde, und habt ihr des-

Deren Hauptpfeiler war, wie ich schon erwähnte, die militärische Aggression.

War euch von Anfang an klar, daß dies so passieren würde, und habt ihr deswegen soviel Kräfte und Mittel dazu verwandt, die Revolution militärisch zu stärken?

Wir wußten, daß der Kampf gegen Somoza ein Kampf gegen den Imperialismus war: nicht der Kampf gegen die Vereinigten Staaten als Land, sondern gegen eine imperialistische Konzeption, die die Regierung der USA vertritt. Somoza war eine Kreatur des Imperialismus. Sie waren es, die der (Ex-)Nationalgarde anboten, sie zu bewaffnen und auszubilden. Die Garde war eine Garde der Vereinigten Staaten. Alle ihre Offiziere waren in nordamerikanischen Schulen ausgebildet worden — mit einer vollständig imperialistischen Ideologie. Sie sprachen Englisch, sie schrieben in Englisch. Wir wußten, daß der Imperialismus zu einem bestimmten Zeitpunkt versuchen würde, die Revolution zu zerstören, um das verlorengegangene Terrain wieder zurückzuerobern.

Nicaragua gehörte zu einem Machtgefüge, das die Vereinigten Staaten im Verlaufe einer langen Zeit mit viel Energie und unter Einsatz großer Mittel geschaffen hatten. Die mittelamerikanischen Länder sind abhängige Länder, die sehr nahe bei den Vereinigten Staaten liegen und ihnen in erster Linie zur eigenen Versorgung dienen. Nach dieser Logik sind diese Länder entstanden. Länder, die Lieferanten für Kaffee, Mineralien, Kautschuk sind. Dies macht die Existenz einer umfangreichen Arbeiterklasse notwendig: Kaffeepflücker, Kautschukarbeiter, Bergarbeiter, und andererseits eine kleine, einfache Verwaltungsstruktur. Was passierte? — Es gab keine nationalen Klassen, die in der Lage gewesen wären, diese Art von Gesellschaft zu führen; sie konnten sich nicht entwickeln.

Auf der anderen Seite war da der Kampf von tausenden arbeitslosen, verelendeten Menschen für eine Verbesserung ihrer Lage. Dieser Kampf war das Ergebnis dieses brutalen Unterdrückersystems, in dem die Verwaltungsschicht einen Teil des produzierten Reichtums für sich nahm. Daher sahen sich die Vereinigten Staaten gezwungen, starke, diktatorische Regierungen an die Macht zu bringen, um mit ihrer Hilfe die Ausbeutung und Unterdrückung durchzusetzen. Denn die nationale Bourgeoisie konnte in einer Gesellschaft, die naturgemäß explosiv war, nicht die notwendige Stabilität garantieren. So war es in Guatemala, El Salvador, Honduras, Paraguay, Bolivien, Haiti, der Dominikanischen Republik — alle von den Vereinigten Staaten installierte Diktaturen, konzipiert innerhalb eines Rahmens imperialistischer ökonomischer Beziehungen.

Der innere Widerspruch dieses nordamerikanischen Machtgefüges war die Brutalität dieser Diktaturen, die sie deshalb immer zu mildern versuchten. Z.B. mit Wahlen, die den Zweck hatten, den Diktaturen einen gewissen demokratischen Anstrich zu geben. Und sie redeten auch ein bißchen von Fortschritt, Frieden und von Demokratie. Es waren Diktaturen, die paradoxerweise von Demokratie redeten. Und Somoza erklärte sich zum Demokraten und alle fünf, sechs Jahre veranstaltete er Wahlen — wie Stroessner (Paraguay, d.Ü.)

„Unsere Revolution ist eine subversive Kraft; eine größere subversive Kraft als die Waffen, die wir angeblich nach El Salvador schicken."

Die Diktatur Somozas war eine klassische, typische Form, ein Modell imperialistischer Herrschaft in Lateinamerika und speziell in der Karibik. Als die nicaraguanische Revolution mit diesem Modell aufräumte, zerbrach etwas Wesentliches; etwas von größter Bedeutung für die Sicherheit und für die Reproduktion des imperialistischen Systems war verloren gegangen. Das hatte eine destabilisierende Wirkung auf die weltweiten Machtbeziehungen des Imperialismus.

Wir sind für die Vereinigten Staaten eine Gefahr: Nicht nur, weil wir ein Land sind, das eine unabhängige Außenpolitik betreibt, die ihrer Meinung nach negativ für ihre Interessen ist, nicht nur, weil wir für sie eine „sowjetische Basis" sind, sondern vor allem, weil wir den Bruch mit dem klassischen Schema der Beherrschung Lateinamerikas repräsentieren. Dieses System besteht in dem Zusammenspiel dreier Machtfaktoren: der Oligarchie, der reaktionären Kirchenhierarchie und den militärischen Gorillas. Dieses Dreieck bildete die Grundlage ihrer gesamten



20 Juli 1979, Managua

Macht, abgesehen von der ganzen pseudodemokratischen Ideologie, mit der sie es deckten. Die sandinistische Revolution bricht mit der Oligarchie ebenso wie mit der reaktionären Kirchenhierarchie und der somozistischen Militärdiktatur. Sie bricht mit diesem Schema, das tiefgreifende Verzerrungen in unserer Geschichte mit sich gebracht hat: Das Elend, die brutale Unterdrückung, die Abhängigkeit.

Wir sind eine Antwort, eine vielversprechende Synthese, die die Vergangenheit überwindet. In Wirklichkeit erfüllen wir zum ersten Mal das, was die Vereinigten Staaten und ihr Modell den Völkern immer versprochen hat: Unter einer revolutionären Hegemonie schaffen wir Frieden, Stabilität und Fortschritt für das Volk und Demokratie im wahrsten Sinne des Wortes. Und ich kann dir sagen, daß ein Bruch mit diesem klassischen Schema weltweite Auswirkungen hat, weil dieses nordamerikanische Schema in der Krise steckt: Es droht zu verfallen und schwächer zu werden. Und wir sind ein Beispiel dafür, daß eine revolutionäre Macht nicht dahin führt, wovor die Vereinigten Staaten warnen, z.B. in den Totalitarismus, in diese angebliche kommunistische Gesellschaft, so wie sie uns immer verkauft haben, in die Verfolgungen, in die Grausamkeit, in die Erschießungen — in all das, was sie auch über Chile (während der Regierungszeit der Unidad Popular, d.Ü.) behauptet haben.

Was geschah hier? Es gab hier von Revolutionären, von Seiten eines „linken" Regimes eine ganze Reihe von Antworten, die dem Bild, was die Vereinigten Staaten versuchen zu verbreiten, vollkommen widersprechen. Und das ist wirklich eine subversive Kraft, eine größere subversive Kraft als die Waffen, die wir angeblich nach El Salvador schicken, denn es ist eine allgemeine Botschaft, die genau die Krise des imperialistischen Modells und deshalb auch die Krise des Imperialismus insgesamt betrifft. Was Reagan und seine Administration am meisten fürchten, ist, daß sich hier ein authentisches, nationales, lateinamerikanisches Modell entwickelt, das die Sache von Bolivar, Marti und Sandino fortführt.

Aus diesem Grund haben sie Cuba isoliert, haben sie das cubanische Volk angegriffen, das als erstes die Vorherrschaft der Yankees in Lateinamerika siegreich brach. Und seitdem hat ihre Politik der Aggression, der Lügen und Bestechungen gegen das cubanische Volk nicht aufgehört. Deshalb fühlen wir uns als Brüder Cubas, denn wir sind Kinder Amerikas, die gemeinsam an der schmerzhaften Geburt eines freien Amerika leiden.

Die Signalwirkung und Ausstrahlung einer Revolution wie dieser — humanistisch, großzügig, antidiktatorisch, mit breiter Beteiligung des Volkes, mit sozialen Umwälzungen, ökonomischen Erfolgen und weltweiter Unterstützung — eine solche Revolution ist eine viel größere Niederlage für den Imperialismus als die Niederlage, die wir ihm im Kampf bereiteten. Es ist sogar etwas Größeres als Nicaragua, etwas Wichtigeres als eine lokale Revolution. Diese Revolution hat mit einem allgemeingültigen Machtmodell des Imperialismus gebrochen, und deswegen glauben einige Imperialisten, ihr Ende sei gekommen, daß es der Anfang vom Ende des Imperialismus sei.

Was glaubst du, wie weit der Imperialismus gehen wird? Könnte es zu einer direkten Intervention kommen?

Wir haben eine direkte Intervention nie ausgeschlossen. Wenn wir uns an die Lehren unserer Geschichte halten, müssen wir zu dem Schluß kommen, daß der Imperialismus dabei ist, den Konflikt so zu eskalieren, daß er in einem bestimmten Moment zu einer direkten Intervention der USA in Nicaragua führen wird.

Erinnern wir uns, daß Nicaragua bei verschiedenen Gelegenheiten gegen die USA gekämpft hat. Vor der russischen Revolution haben sie Truppen hierher geschickt, ebenso vor der cubanischen Revolution. Und möglicherweise werden wir erneut gegen die USA kämpfen. Nicht etwa, weil wir der russischen Revolution oder weil wir der cubanischen Revolution nacheifern würden, sondern weil es ein notwendiger Teil des Kampfes für Freiheit und Unabhängigkeit in Lateinamerika ist: Um frei zu sein, ist es notwendig, sich dem Imperialismus entgegenzustellen. Der Fall der Malvinen ist ein Beispiel dafür. Wenn es eines Tages ein freies, unabhängiges Lateinamerika geben soll, das seinen eigenen Weg geht, das ein Recht auf seine eigene Entwicklung, seinen eigenen Wohlstand hat, dann können wir das nur im Kampf gegen den Imperialismus durchsetzen.

Die Länder nun, die dem Imperialismus am stärksten unterworfen waren, waren immer die Länder Mittelamerikas, denn sie befinden sich geographisch an einer neuralgischen Stelle für die Vereinigten Staaten: der Landenge des interozeanischen Kanals, die eng mit unserer gesamten Geschichte verbunden ist. Der Kanal sollte ursprünglich durch Nicaragua gebaut werden, und die USA wollen sich diese Möglichkeiten offenhalten. Kontrolle über den Kanal bedeutet Kontrolle über ihre militärische und kommerzielle Schiffahrt. Durch diesen Kanal müssen ihre gesamten Rohstoffe und ihr ganzer Handelsverkehr. Sie werden denken: ‚Wie können unsere Alliierten auf den anderen Kontinenten Vertrauen zu uns haben, wenn wir nicht konsequent das kontrollieren, was so nahe liegt?'

In Wirklichkeit befinden wir uns bereits in einem Krieg mit dem Imperialismus. Sie haben einen geheimen Krieg gegen uns organisiert, der, reden wir nicht lange drum herum, tatsächlich ein Krieg ist. Unter hinter diesem Krieg stecken die Marines und die Berater der Yankees, die diesen Krieg kommandieren.

Der Name des Soldaten spielt deshalb keine Rolle mehr, nur noch der Sinn und das Ziel, das er verfolgt. Das Ziel ist nicht zu verhindern, daß wir Waffen nach El Salvador schaffen. Dies ist eine Legitimation, die Reagan dem amerikanischen Volk und dem Kongreß verkauft, denn er stellt uns damit als einen Angreifer dar. Das wirkliche Ziel ist der Sturz der Regierung, zu verhindern, daß der Bruch in seinem Herrschaftssystem tiefer wird. Er besteht darauf, daß wir eine Gefahr für die Sicherheit der USA seien. Aber das ist vollkommen falsch. Die Gefahr, die Nicaragua darstellt, ist keine Gefahr für die nordamerikanische Volk. Nicaragua stellt eine Gefahr für den imperialen Willen der Regierung dar. Aus diesem Grund deckt sich unser Kampf mit dem Kampf des amerikanischen Volkes.

Eine Vorstellung von dem, wozu Reagan in der Lage ist, können die letzten Vorfälle vermitteln. Als wir aufdeckten, daß CIA-Agenten einen Plan zur Ermordung unseres Außenministers organisierten, und wir daraufhin nur die drei am tiefsten in die Sache verwickelten Botschaftsangehörigen des Landes verwiesen — eine vernünftige und verantwortliche Maßnahme —, verwiesen die USA — als Repressalie — 30 nicaraguanische Botschaftsangestellte des Landes und behinderten den gesamten Handel, den wir mit hunderten von nordamerikanischen Firmen treiben. Das war eine sehr unverhältnismäßige Maßnahme, und sie zeigt die Entschlossenheit der Reagan-Administration, uns harte Schläge zu versetzen, sobald sich dazu der Zipfel einer Legitimation bietet. Das was Reagan daran gehindert hat, eine größere Aggression gegen Nicaragua zu beginnen, war nur die internationale Meinung und der Druck innerhalb der USA.

eine größere Aggression gegen Nicaragua zu beginnen, war nur die internationale Meinung und der Druck innerhalb der USA.

Und welche Rolle spielt die Situation in Mittelamerika?

Mit der guatemaltekischen Regierung haben wir bislang überhaupt keine Probleme gehabt. Wir sind vom politischen und ideologischen Standpunkt aus gesehen mit dem Regime, das dort existiert, nicht einverstanden. Aber das hat uns nicht dazu bewogen, die kommerziellen, ökonomischen und kulturellen Beziehungen mit der Regierung von Guatemala abzubrechen.

Mit der Regierung von Costa Rica haben wir freundschaftliche und kooperative Beziehungen. Nach dem Putsch gegen das Regime Romero (1979) begannen wir, gute Beziehungen zu der Regierungsjunta in El Salvador zu pflegen. Wir empfingen in Nicaragua sogar ein Mitglied der Regierungsjunta. Und in Bezug auf Honduras hielten wir die anfängliche neutrale und vernünftige Position der Regierung von Policarpo Paz für sehr gut.

Aber was geschah? Die aggressive Politik Nordamerikas hat sich Honduras unterworfen und damit in Mittelamerika eine Situation der Spannung und faktisch des Krieges geschaffen. Denn die USA haben gewalttätig auf Ereignisse reagiert, die allmählich die Kräfteverhältnisse und ihr Herrschaftsgefüge in dieser Region ändern. In erster Linie bekämpften sie die Existenz einer progressiven Regierung in El Salvador, konspirierten gegen sie und provozierten im Land eine Verfolgung aller fortschrittlichen Kräfte.

Was haben sie in Honduras gemacht? Sie stützen eine Militärdiktatur, die ihnen jetzt als Ersatz für die (ehemalige) Somoza-Diktatur dient. Sie verwandeln Honduras in eine Militärbasis der USA, und von diesem Territorium aus provozieren sie ständig Feindseligkeiten gegen die nicaraguanische Revolution.

In Costa Rica haben sie versucht, die Regierung zu beeinflussen, Druck aus-

Fortsetzung nächste Seite

Fortsetzung von vorheriger Seite

zuüben, sie zu einer nicaraguafeindlichen Haltung zu erpressen. Sie wollten CONDECA (4) wiederbeleben, damit wir für ihre Interessen gegeneinanderkämpfen. Sie haben Israel bis hierher gebracht, sie haben eine ganze Reihe umfangreicher Manöver durchgeführt, sie haben ein politische Lösung in El Salvador abgelehnt, sie bewaffnen die Gardisten Somozas.

Wir wollten für Frieden und Stabilität eintreten und sind zu Opferpriestern mehr als nur eines Landes in Mittelamerika geworden. Man wirft uns vor, wir seien Angreifer, aber wir haben niemanden angegriffen. Wir sind es, die angegriffen worden sind und zwar von einem aggressiven imperialistischen Willen. Aus diesem Grunde setzt die Contadora-Gruppe die multilaterale — und in gewisser Weise mit uns eine bilaterale — Diskussion fort.

„Wenn Reagan in Nicaragua interveniert, wird es viele Sandinos in der Region geben"

Aber trotzdem kann es keine wirkliche Lösung geben, solange die Vereinigten Staaten einen so starken Einfluß auf die mittelamerikanischen Regierungen ausüben. Die Reagan-Regierung will nichts anderes als die Rückkehr der rechten und faschistischen Militärdiktaturen, nicht nur in Mittelamerika, sondern in der ganzen Welt. Offensichtlich sind diese die einzigen Regierungen, mit denen die USA, die zur Zeit selbst von Verantwortungslosen und Faschisten regiert werden, ein stabiles Bündnis eingehen können. Das ist das Problem.

Mit Carter hingegen hatten wir trotz der Vergangenheit zu einer konkreten Zusammenarbeit gefunden. Denn Carter sah ein, daß die USA eine neue Haltung einnehmen müßten. Reagan glaubt, die USA vor dem Ruin zu schützen, in Wirklichkeit treibt er sie hinein. Es ist gerade die Kriegspolitik Reagans, die nicht nur die USA, sondern die ganze Menschheit an den Rand des Abgrunds bringt: Indem sie die Israelis zu Massakern an den Palästinensern ermuntert, indem sie in allen Teilen der Welt neue Spannungsherde schafft, indem sie die Revolution in Nicaragua zu zerstören versucht, indem sie die ganze Welt mit Waffen auffüllt und sich selbst bis an die Zähne bewaffnet, indem sie alle Länder zwingt, sich zu bewaffnen. Das wird uns alle in den Tod führen.

Es gibt einen sicheren Weg, die USA zu schützen: den Weg der Koexistenz. Das war Carters These. Und tatsächlich sagte Carter: ‚Geben wir zu, daß wir nicht weiterhin die Freunde der Anastasio Somoza, der Alfredo Stroessner, der Augusto Pinochet sein können.' Das war intelligenter und zwang uns zu größerer Umsicht. Wir gingen eine Reihe von Verpflichtungen ein, auch gegenüber den Vereinigten Staaten. Wir waren empfänglich für die Vorschläge, die man uns unterbreitete. Carter schickte uns zu bestimmten Anlässen einige wichtige Botschaften, die wir überdachten und akzep-

tete. Carter schickte uns zu bestimmten Anlässen einige wichtige Botschaften, die wir überdachten und akzep-

tierten.

Als 1979 in El Salvador der Regierungswechsel stattfand, haben wir uns die Meinung der Revolutionäre dieses Landes angehört. Sie waren begeistert, weil sie die Möglichkeit einer Konfliktlösung nach diesem Regierungswechsel sahen. Mit anderen Worten: Wir bräuchten keinen revolutionären Kampf, wenn es in Mittelamerika zu tiefgreifenden sozialen Veränderungen käme.

Die große Mehrheit der mittelamerikanischen Völker — und das umfaßt alle gesellschaftlichen Schichten, einschließlich der progressiven Sektoren der Bourgeoisie — wollen diese Veränderungen. Es wären Veränderungen, die dem Frieden und der dauerhaften Stabilität dienten. Würden solche tiefgreifenden sozialen Veränderungen stattfinden und würde sich die Möglichkeit ergeben, daß diejenigen, die den bewaffneten Kampf führen, daran teilnehmen, dann wären die Probleme gelöst. Aber genau das will die derzeitige Regierung der USA nicht. Sie sind es, die die äußere und innere Gewalt begünstigen. Sie sind die eigentliche Quelle der Gewalt, und sie wollen die Menschen täuschen, indem sie sagen, das hätte etwas mit der Sowjetunion und der Sicherheit der USA zu tun.

Wenn die USA Nicaragua angreifen würden, wie würden die Revolutionäre der anderen mittelamerikanischen Länder reagieren. Würde der Kampf sich regionalisieren?

Wenn die USA Nicaragua angreifen, würde das für das nicaraguanische Volk einen sehr hohen Preis bedeuten. Aber auch die nordamerikanischen Streitkräfte, die in das Land eindringen, müßten einen hohen Preis bezahlen. Wenn sie schon vor 50 Jahren, als Sandino gegen sie aus einer viel schlechteren Position mit wenig Waffen gegen sie kämpfte, einen hohen Preis zahlen mußten, wie sähe es dann erst heute aus, wo die USA es nicht mehr mit einer Guerillabewegung zu tun hätten, sondern mit einem ganzen Land, das bereit ist, bis zum letzten Menschen zu kämpfen. Das ist ein weiterer Gesichtspunkt, der den Imperialismus bremst. Darum wählt er den Weg der Destabilisierung und der Vorbereitung günstigerer subjektiver Bedingungen in Nicaragua, um dann zu einem sehr schnellen, brutalen, blitzartigen Schlag auszuholen.

Aber da versagen seine Kalkulationen, denn es ist sehr unwahrscheinlich, daß dies in Nicaragua gelingen wird.

Masaya, 1979





Die große Mehrheit der Bevölkerung sind arme, einfache Leute, die durch die Revolution etwas gewonnen haben und sie darum entschlossen verteidigen werden.

Wenn die USA militärisch intervenieren, wären wir gezwungen, auf die Beziehungen und Mittel zurückzugreifen, die andere Länder uns anbieten. Es ist ziemlich sicher, daß sie zunächst in anderen mittelamerikanischen Ländern intervenieren müssen, um in Nicaragua zu intervenieren. Sie sind ja schon dabei, in Honduras eine große

dern intervenieren müssen, um in Nicaragua zu intervenieren. Sie sind ja schon dabei, in Honduras eine große

Militärbasis für eine Aggression gegen unser Land einzurichten. Falls diese Aggression stattfinden sollte und die USA mittelamerikanisches Territorium besetzen, wird es viele Sandinos in der gesamten Region geben. Wir werden alles tun, um diese Intervention zu verhindern, aber wir verleugnen nicht unsere Pflicht, sie bis zum letzten Blutstropfen zurückzukämpfen.

7. Es wird Wahlen geben

Das Problem der Wahlen ist eines der am meisten gebrauchen Argumente des Imperialismus gegen euch. Wenn ihr gleich nach dem Triumph gegen Somoza Wahlen durchgeführt hättet, hättet ihr mit Sicherheit eindeutig gewonnen. Warum habt ihr das nicht getan?

Nach dem Triumph der Revolution wußten wir ganz genau, daß wenn die Frente Sandinista zu Wahlen aufrufen würde, sie einen glatten Sieg erringen würde. Nichtsdestrotrotz gab uns die Tatsache, daß die revolutionäre Macht ein Ergebnis des bewaffneten Kampfes war, an dem in verschiedenen Formen das ganze nicaraguanische Volk teilgenommen hatte, eine Legitimation von höherer Qualität als die, die uns eine neue bürgerliche Wahl hätte geben können. Selbst vom anerkannten juristischen Standpunkt des bürgerlichen Rechts und der Legitimität, weil sie ein Werk des Volkes sind. Wenn der Wille des Volkes sich in einem bewaffneten Kampf gegen eine volksfeindliche Macht Ausdruck verschafft, dann hat die Macht, die daraus entsteht, ihre historische Berechtigung, die keiner Legitimierung bedarf.

Die Revolution, die dem bewaffneten Kampf entspringt und der bewaffnete Kampf selbst, sind in gewisser Weise eine Volksbefragung, da sie ein ausgesprochen günstiges Kräfteverhältnis für eine Sache voraussetzen. Wir können also sagen, daß es in Nicaragua vor dem 19. Juli (1979) „Wahlen" gegeben hat, wenn auch unter militärischen Bedingungen: Wahlen gegen die negative, falsche, künstliche, betrügerische Legitimität, derer sich der Somozismus bediente, denn auch der Somozismus veranstaltete Wahlen. Aber diese Wahlen bedeuteten nicht notwendigerweise eine Volksbefragung. Es waren eher Wahlen, die das Volk betrogen, und die den diktatorischen Charakter des Regimes verdeckten. Somoza gewann immer die Wahlen und mit einer erdrückenden Mehrheit.

Man fragt sich, wie es möglich ist, daß Somoza die Wahlen gewinnen konnte. Das ist einfach zu erklären. Erstens gab es keine Ausweispflicht,

daß Somoza die Wahlen gewinnen konnte. Das ist einfach zu erklären. Erstens gab es keine Ausweispflicht,

sondern es gab eine Einschreibung. Somoza konnte also nicht-existierende Bürger wählen lassen, und er ließ Tote wählen. Da es weder Ausweise noch irgendeine Form von Kennkarte gab, konte eine Person unter verschiedenen Namen bis 50 mal wählen oder so oft es notwendig war. Auf der anderen Seite waren die Wahllokale vollständig von den Somozisten kontrolliert. Die Endauszählung machte ein Wahltribunal, das ebenfalls von den Somozisten beherrscht war. Aus diesem Grund waren Wahlen hier völlig verrufen.

Die Frente Sandinista hielt die Durchführung von Wahlen nicht für notwendig, in erster Linie, weil sie meinte, daß die Revolution eine große Volksbefragung von größerer demokratischer Qualität gewesen sein; in zweiter Linie, weil es nicht die Aufgabe des Augenblicks war. Die vorrangige Aufgabe war der nationale Wiederaufbau. Aus diesen Gründen planen wir Wahlen für 1985.

Wir haben den Aufruf zu Wahlen in unser Programm aufgenommen und halten an dieser Position fest. Es gibt jedoch eine Reihe von durch die Aggression verursachten Gründen, die den Beginn der Wahlvorbereitungen schwierig und komplexer machen. Außerdem ist es notwendig, eine Reihe von technischen Mängeln abzustellen. Z.B. muß die Bevölkerung gezählt und registriert werden. Und das könnte die Sache verzögern. Trotzdem halten wir uns an den Grundsatz, das Volk in den meisten Entscheidungen zu befragen. Und tatsächlich führen wir eine ständige Befragung in den sozialen Schichten durch, auf formale und auf informelle Weise. Hier entwickelt sich von unten nach oben ein Gefüge von Regeln und Beteiligungsmöglichkeiten, die das Bild einer neuen Demokratie abgeben. Neben der Tätigkeit des Staatsrates führen wir ständig Diskussionen mit dem Volk, z.B. bei Besuchen der Regierungsjunta in verschiedenen Teilen des Landes: in Stadtteilen, in Fabriken, auf dem Lande, d.h. in allen nationalen Bereichen. Die Arbeiter nehmen an der Unternehmensführung teil, die örtlichen Behörden werden von der Basis gebildet, die Volksorganisationen sind durch politische Kommmitees an der Erareitung der wichtigsten Maßnahmen der Regierung beteiligt: Agrarreform, industrielle Produktion, Agrarproduktion. In diesen Räten sind praktisch alle Organisationen vertreten und sie können wichtige Entscheidungen treffen.

sie können wichtige Entscheidungen treffen.

Kannst du erklären, wie das funktioniert?

Ich werde dir ein Beispiel geben. Die Agrarreform, die Veränderung und Entwicklung der Agrarwirtschaft ist unter Hinzuziehung eines Organs konzipiert worden, das sich Nationaler Rat für Agrarreform nennt. Es gibt zu diesem Problem auch regionale Räte. Jeder Vorschlag wird mit diesen Räten abgesprochen, also mit Organisationen, in denen Bauern, Arbeiter, die Bevölkerung der Gemeinden und der Region und die Institutionen des Staates vertreten sind.

Das soll nicht heißen, daß wir schon zufrieden wären. Wir sind dabei, eine neue Gesellschaft aufzubauen, und das bedeutet zunächst: Die zentralen Einrichtungen des Staates müssen aufgebaut werden. Das ist unsere aktuelle Aufgabe. Eine zweite Phase wird dazu dienen, die gemachten Erfahrungen zusammenzufassen und zu analysieren und davon ausgehend an der Institutionalisierung der Revolution zu arbeiten. Es wird notwendig sien, daß an dieser Aufgabe die Massenorganisationen und alle Sektoren des Volkes teilnehmen. Es ist eine Verfassunggebende Versammlung im Gespräch. Möglicherweise wird ein solcher Organismus eine Zeitlang, vielleicht einige Jahre, die Grundlagen für das zu legen haben, das einmal die neue republikanische volksdemokratische Verfassung sein wird. Obwohl die Wahlen nicht strikt an diese Verfassunggebende Versammlung und deren Institutionalisierung gebunden sind, haben wir schon an die Möglichkeit einer Verbindung gedacht, d.h. Wahlen durchzuführen, die unseren Institutionalisierungsprozeß einleiten. Angesichts der Aggressionen, die wir erleiden, wird sich die Institutionalisierung (der Revolution, d.Ü.) möglicherweise unabhängig von den Wahlen entwickeln. Die Durchführung von Wahlen wird dann von der Rückkehr zu halbwegs normalen Verhältnissen abhängen, wenn es hat keinen Sinn, daß wir versuchen, eine große Wahlkampagne zu organisieren, während wir brutal angriffen werden. Der Imperialismus verlangt von uns Wahlen, nicht, weil er davon überzeugt wäre, daß sie die Garantie für die Rechtmäßigkeit einer Regierung seien, sondern weil er glaubt, daß er mit Hilfe der Wahlen die Revolution zerstören können.

Nun würde es aber wenig nützen und darüberhinaus einen großen Rückschritt bedeuten, wenn die Revolution sich darauf einlassen würde, die abgenutzten Wahlkampfparolen aus der somozistischen Vergangenheit zu wiederholen. In Lateinamerika sind Wahlen ganz allgemein diskreditiert. Sie entsprechen nicht mehr der wachsenden politischen Reife unserer Völker. In der Regel bentzten die herrschenden Gruppen diese Art von Wahlen, um das Volk durch Manipulationen und Versprechungen zu verwirren. Damit sollen Regimes erhalten werden, die die Massen nicht mehr zufrieden stellen können.

Unsere Verpflichtung als Nicaraguaner und Lateinamerikaner ist es, nach einer Möglichkeit zu suchen, diesen Widerspruch, der den traditionellen Wahlen innewohnt, nämlich den, gerade gegen das Volk gerichtet zu sein, im Rahmen der Demokratie historisch zu überwinden. Das ist die Herausforderung. Wir sind dabei, die Geschichte zu studieren und zu untersuchen. Wir untersuchen die Vergangenheit, um aus den Erfahrungen zu lernen, und um als Avantgarde die republikanischen Regierungsformen des Kontinents, die heute überholt sind, weiterzuentwickeln. Wir wollen Lösungsmöglichkeiten beisteuern.

1830 haben in Nicaragua nur die gewählt, die über Eigentum verfügten. Die bürgerlichen Rechte wurden nach dem Geldbeutel bemessen, was nur den wohlhabenden Schichten das Recht zu wählen gab. 1893 führte die liberale bürgerliche Revolution das allgemeine Wahlrecht ein. Das war eine Errungenschaft, aber nur eine relative Errungenschaft, wenn man berücksichtigt, daß die große Mehrheit in Nicaragua Analphabeten waren.

Ich denke, daß wir das allgemeine Wahlrecht studieren müssen, mit dem Ziel, daß die Bürger wirklich in Übereinstimmung mit ihren authentischen Interessen wählen können. Das ist eine Frage des Bewußtseins, der politischen Reife und der fortschreitenden Organisierung des Volkes. Damit in Nicaragua die Arbeiter, die Bauern ihr Recht zu wählen ausüben können, ist es notwendig, daß neue Formen der Teilnahme und der staatlichen Führung gefunden werden. Als erstes müssen irreversible Volksmachtstrukturen geschaffen werden;die Formen werden später kommen. Das ist keineswegs einfach. Es ist ein theoretisches und ein historisches Problem, das noch nicht geklärt ist. Die Herausforderung für uns ist, es

kommen. Das ist keineswegs einfach. Es ist ein theoretisches und ein historisches Problem, das noch nicht geklärt ist. Die Herausforderung für uns ist, es

zu klären. Wenn wir es nicht schaffen — was wäre dann der Sinn der Revolution? Zu der Vergangenheit zurückzukehren?

Es ist lächerlich, daß andere uns vorwerfen, wir wären zu langsam bei der Einhaltung unseres Wahlversprechens. Es ist doch glatte Ironie, daß in Zeiten, in denen, vom Standpunkt der Utopie Platons, niemand damit prahlen kann, er habe die Demokratie verwirklicht, wir Sandinisten kritisiert werden, weil wir sie nicht innerhalb von drei oder vier Jahren eingeführt haben.

Im dritten und letzten Teil des Interviews setzt sich Wheelock mit den ökonomischen und sozialen Problemen des revolutionären Aufbaus im Rahmen einer „gemischten Wirtschaft" auseinander. (Abdruck im nächsten AK)

Anmerkungen

1) Der Erzbischoff von Managua, Miguel Obando y Bravo ist Nicaraguas höchster katholischer „Würden"träger. Er ist ein ausgesprochener Reaktionär.

2) Die FAO war vor der Revolution ein Zusammenschluß des nichtsomozistischen Bürgertums. Sie trat für einen „Somozismus ohne Somoza" ein. vgl. 1. Teil des Interviews, in AK 249 (2. Kapitel)

3) Die in der „Coordinadora Democratico" zusammengeschlossenen Rechtsparteien Nicaraguas haben sich dieses alten Plans eines gemäßigten, aber nicht minder US-hörigen Somozismus ohne Somoza wieder angenommen.

4) Der mittelamerikanische „Verteidigungs"pakt CONDECA wurde 1964 von den USA ins Leben gerufen. Nach dem Überfall auf Grenada belebten ihn die USA wieder, um die völkerrechtlichen Schwierigkeiten, die sie bei der Legitimation dieser Intervention hatten, im Falle eines ins Auge gefaßten Einmarsches in Nicaragua und/oder El Salvador zu vermeiden.

»Den imperialistischen Feind mit Kugeln und Stimmzetteln besiegen«

Der gegenwärtig in Nicaragua stattfindende Wahlprozeß als integraler Bestandteil des sandinistischen Verteidigungskonzeptes soll in diesem Artikel analysiert werden. Er basiert größtenteils auf einem Gespräch mit einem FSLN-Genossen des Regionalkomitees der Region II (Leon/Chinandega), das am 4. September geführt wurde.

Seguimos de frente con el Frente!

Am 1. August, dem offiziellen Beginn des dreimonatigen Wahlkampfes, gab es in ganz Nicaragua ein rot-schwarzes Erwachen: über Nacht hatte ein Heer von sandinistischen Aktivisten (Jugendliche, Hausfrauen, Arbeiter) alle Häuser und öffentlichen Gebäude mit rot-schwarzen dicken Pinselstrichen versehen. Eine symbolische Aktion, die die Nicaraguaner an die Zeit des Befreiungskampfes erinnern soll, wo der FSLN im Untergrund nur wenige Möglichkeiten politischer Artikulation hatte und solche nächtlichen Pinsel-Aktionen ein wichtiges Mittel darstellten, der Bevölkerung die Präsenz des FSLN sichtbar zu machen.

Gleichzeitig bedeutete sie auch den Auftakt für alle übrigen an den Wahlen teilnehmenden Parteien (2) jeden noch freien Platz an Häuserwänden, Lichtmasten, Mülltonnen etc. für ihre Initialen und Parolen zu ergattern. Ein regelrechter Wettkampf (3), der zur Folge hat, daß in manchen Orten kaum noch eine unbeschriebene Mauer zu sehen ist.

¡Este es el símbolo de la victoria!

Am häufigsten ist der Wahlspruch des FSLN zu lesen: „Seguimos de frente con el Frente!" Wir gehen weiter vorwärts mit der (Sandinistischen Befreiungs-) Front! Diese Parole weist nicht nur in die Zukunft, sondern enthält auch eine Zustimmung zur bisherigen Politik der Sandinisten, vergegenwärtigt die Errungenschaften während der vergangenen fünf Jahre.

Wahlen im Krieg oder Krieg mit Wahlen?

Welche Bedeutung haben die Wahlen für die Sandinisten unter den Kriegsbedingungen, die inzwischen alle Bereiche Nicaraguas beherrschen?

„Für uns besteht kein Zweifel an den Absichten der Reagan-Administration: sie will die nicaraguanische Revolution zerstören. Deshalb sind die Wahlen für uns ein integraler Bestandteil der Verteidigung (4). Wir bereiten uns nicht nur militärisch darauf vor, sondern versuchen auch in allen anderen Bereichen dieser Situation Rechnung zu tragen. Vom politischen Standpunkt aus bedeutet das für uns, alle möglichen Anstrengungen zu unternehmen, um die Bedingungen für die Fortführung des revolutionären Prozesses aufrechterhalten zu können." (5)

Die Sandinisten geben sich nicht der Illusion hin, durch die Wahlen am 4. November könnte eine direkte Invasion verhindert werden. Jedoch geht es ihnen darum, Zeit zu gewinnen. Zeit, um die nicaraguanische Bevölkerung militärisch und zivil (Defensa Civil) zu organisieren und auszubilden. Zeit, um die Verteidigungsstrukturen zu modernisieren. Zeit, um der sandinistischen Regierung, die durch Waffengewalt an die Macht gekommen ist, einen rechtlich-institutionellen Rahmen zu geben und damit der Reagan-Administration vor der Weltöffentlichkeit einen Interventions-Vorwand zu nehmen. Zeit, um gesellschaftliche Umwandlungen vorantreiben zu können und damit die Machtbasis des FSLN zu konsolidieren.

„Deswegen müssen wir versuchen, der Reagan-Administration jeden Rechtfertigungsgrund zu nehmen, uns anzugreifen. Die US-Regierung warf uns vor, daß wir mit unserer Aufrüstung zu einer Gefahr für die Nachbarländer werden und das Gleichgewicht stören. Wir haben nicht ein großes Heer, sondern ein enorm großes Heer! Und dieses enorm große Heer ist für uns das Volk, das in die Verteidigung integriert ist. Diese massive Teilnahme des Volkes in den verschiedenen Bereichen der Verteidigung verleiht unserer Revolution eine immense Kraft; eine Kraft, die in der Tat kein anderes Land in der Region aufweisen kann. Inmitten eines ungerechten, uns auferzwungenen Krieges liegt es auf der Hand, daß wir uns bewaffnen müssen. Es ist doch klar, daß wir das Recht haben, uns zu verteidigen!"

Ein weiterer Vorwurf, den die US-Regierung in ihren Pressekampagnen international verbreitet, ist, daß Nicaragua ein totalitärer Staat sei.

„Wir sehen die Wahlen deshalb als Teil unserer Verteidigungsstrategie an, weil sie darauf ausgerichtet sind, die Macht zu legalisieren und der Revolution auch international Anerkennung und Solidität zu verschaffen. Gegen ein Land mit einer legitim gebildeten Regierung, die in freier, unabhängiger und geheimer Volksabstimmung gewählt worden ist, lassen sich für die Reagan-Administration schwerer Argumente für eine fortgesetzte Aggression finden. Deswegen haben die USA kein Interesse daran, daß wir Wahlen durchführen. Sie passen ihnen nicht ins Konzept, da die Aggressionspolitik gegen Nicaragua ihrem internationalen Image schadet und die Möglichkeit einer Intervention größeren Ausmaßes erschwert wird."

Die US-Politik zur Unterminierung der Wahlen stützt sich einerseits auf die Rechtsopposition in Nicaragua, andererseits auf die endlich offiziell vereinigten konterrevolutionären Gruppen FDN und ARDE.

Nachdem die von Washington gesandte Leitfigur Arturo Cruz Ende Juli ihre „Mission" erfüllt hatte und die in dem Oppositionsbündnis „Coordinadora Democratica" zusammengeschlossenen Rechtsparteien zur Wahlabstinenz bewegt hatte, befinden sich diese im innenpolitischen Abseits. Durch ihren politischen Selbstmord kamen sie einer sicheren Wahlniederlage zuvor. Spätestens durch die öffentlichen Äußerungen von Cruz in Managua (6) wird klar, daß sich die Coordinadora und die Konterrevolution auf eine gemeinsame Plattform stellen: ihr Ziel ist die Rückkehr zum Somozismus!

Die sich anbahnende Aktionseinheit zeigt sich z.B. in der gemeinsamen Europa-Tournee von Cruz und ARDE-Chef Eden Pastora. Die Rechtsopposition beschränkt sich jedoch nicht darauf, außenpolitischen Schaden anzurichten, indem sie die Wahlen im Ausland als Farce diffamiert, da „der Dialog und die Befriedung wegen der ‚sandinistischen Unbeugsamkeit' nicht zustandekommen", und die Konterrevolutionäre weiterhin als „Freiheitskämpfer" darstellt (7). Die Coordinadora besitzt durch ihre Wahlabstinenz keine Legalität mehr im Rahmen des Wahlprozesses (d.h. die in den Wahlgesetzen garantierten Rechte stehen ihnen nicht zu) und versucht nun durch Provokationen, Propaganda- und Terroraktionen in den Städten Unruhe zu säen und den politischen Spielraum für die Wahlen einzuschränken: ihre Publizität im Ausland als „Opfer des Totalitarismus" braucht Nahrung, deswegen soll die sandinistische Regierung zu harten Reaktionen provoziert, die Wahlen sollen als undemokratisch „entlarvt" werden. Das Projekt „Aufbau einer inneren Front", das die „contra" bislang wegen der Wachsamkeit des organisierten Volkes (CDS) und der sandinistischen Sicherheitskräfte nicht umsetzen konnte, könnte hiermit eine Neuauflage erfahren.

In den letzten Wochen hat die contra ihre Aktivitäten in den Kriegsgebieten verstärkt. Die laufende Operation „Luna Negra" (schwarzer Mond) beinhaltet die Wiederaufnahme von Spezialaktionen wie z.B. Beschießung durch Pirana-Schnellboote und gezielte Luftangriffe, die auf die Präsenz des CIA schließen lassen. Am 1.9. griffen drei Flugzeuge die Militärschule von Santa Clara (Nueva Segovia) an, und töteten vier Kinder. Dem sandinistischen Heer gelang es, den begleitenden Hubschrauber abzuschießen, in dem zwei CIA-Agenten US-amerikanischer Staatsbürgerschaft umkamen. Wie die „Washington Post" Tage später enthüllte, waren sie gleichzeitig Mitglieder US-Air Force (8).

Die Reagan-Administration untersagte den Familienangehörigen, das Angebot der sandinistischen Regierung anzunehmen und die Leichen in die USA zu überführen: Särge mit gefallenen US-Soldaten aus Mittelamerika kann Reagan für seinen Wahlkampf nicht gebrauchen (9).

Verteidigungsminister Humberto Ortega erwartet, daß die contra in den kommenden Wochen ihre ganze Kraft darauf richten werden, großangelegte Operationen durchzuführen (10).

Seit September ist eine deutliche Verschärfung der militärischen Lage eingetreten (11). Nach ihren frustrierten Versuchen, Städte wie Jinotega, Ocotal und Somoto einzunehmen, nach empfindlichen Schlägen durch das sandinistische Heer und zunehmenden Versorgungsschwierigkeiten, ist ein direkteres Eingreifen durch den CIA nötig geworden, um die contra logistisch und moralisch wieder aufzumöbeln sowie die sandinistischen Verteidigungskräfte zu zerstreuen und in andere Bereiche abzulenken (12).

„Unter Kriegsbedingungen Wahlen abzuhalten, bedeutet für uns einen enormen Kräfteaufwand, da wir parallel die Angriffe der Konterrevolution zurückschlagen müssen. Das Ausmaß des Kriegs nimmt zu, es ist wirklich ein harter Krieg, der uns hohe Kosten auferlegt. Nicht nur die Verteidigung selbst ist immens teuer — tausende von Soldaten müssen permanent mit Lebensmitteln, Medikamenten, Kleidung, Waffen und Munition versorgt werden — sondern auch die mit dem Krieg verbundenen Kosten belasten unsere Ökonomie: es müssen neue Siedlungen für die Flüchtlinge gebaut werden, deren Kooperativen durch die contra zerstört wurden, die Bauern können nicht produzieren, weil sie in die Verteidigung integriert sind, und es sind eine ganze Anzahl von weiteren Problemen entstanden, die den Lebensstandard der Bevölkerung direkt beeinflussen."

Die Ressourcen an Menschenkraft und Material, die der Krieg abverlangt, zeigen, welche Anstrengung die Wahlen für die Sandinisten zusätzlich bedeuten. Für die Wahleinschreibung vom 27. bis 31. Juli wurden rund 45.000 Wahlhelfer landesweit mobilisiert, ohne die Freiwilligen mitzurechnen. Während dieser Tage ruhte die Arbeit. 3.000 Personen sind in den Wahlgremien auf nationaler, regionaler und Gemeinde-Ebene festangestellt (13). Der Staat finanziert die Wahlkampagne jeder Partei mit 9 Mio. Cordobas. Zum 4. November, wenn ca. 1,6 Mio. wahlberechtigte Nicaraguaner ihre Stimme abgeben werden, müssen wieder im Multiplikatorenverfahren tausende von Wahlhelfern ausgebildet, geeignete Wahllokale gefunden, Transport und Schutz für die Wahlfunktionäre im Kriegsgebiet sichergestellt werden (um nur einige Aspekte aufzuzählen).

Unter Einsatz des Lebens: Wahlkampf in Kriegsgebiet

„Der Wahlkampf auf dem Land ist riskant. Die Einschreibekampagne Ende Juli hat mehrere Genossen das Leben gekostet, die als Wahlhelfer in den Kriegszonen gearbeitet haben."

In der Gegend von Matagalpa wurden z.B. acht Bauern auf dem Weg zur Finca, wo sie sich ins Wahlregister eintragen lassen wollten, von der contra auf grausame Weise ermordet, 14 weitere Bauern wurden entführt und den übrigen Anwesenden angedroht, ihnen würde das gleiche widerfahren, wenn sie sich einschrieben (14).

„Da die Gefahr für unsere Genossen in diesen Zonen sehr groß ist, mußten wir für den Wahlkampf auf andere Organisationsformen zurückgreifen, die sich teilweise auf die Erfahrungen während der Alphabetisierungskampagne 1980 stützen: Brigaden gehen von Dorf zu Dorf, um mit der Landbevölkerung über den Sinn der Wahlen und unser Wahlprogramm zu sprechen. Bei dieser schwierigen Arbeit setzen sie ihr Leben aufs Spiel."

Am 5.9. wurden mehrere Aktivisten des FSLN im Gebiet von Rio Grande, Zelaya Sur, von der contra überfallen und entführt, als sie sich unterwegs zu einigen Ortschaften befanden, um Wahlveranstaltungen abzuhalten. Unter ihnen befand sich der FSLN-Kandidat für die Nationalversammlung, Ray Hooker, und die FSLN-Sekretärin für dieses Gebiet, Patricia Delgado. Einen Tag später wurden weitere sieben Personen entführt, die im Gebiet von Jinotega Wahlkampfarbeit leisteten (15). *„Die organisatorischen Fähigkeiten der Frente müssen den großen Aufgaben entsprechen, die sich ihr im Moment stellen. Wir glauben, daß wir die Aufgabe ‚Wahlen' sehr wohl bewältigen werden, wenn wir sie als im Rahmen der Verteidigung stehend begreifen und sehen, auf wel-*

sehr wohl bewältigen werden, wenn wir sie als im Rahmen der Verteidigung stehend begreifen und sehen, auf wel-

che menschlichen Ressourcen wir rechnen können, daß wir uns auf die Organisationsfähigkeiten des Volkes stützen können und die Kader der Frente bereit sind, ihre ganze Energie, Arbeit und Wachsamkeit darauf zu konzentrieren."

„Alle Freiheit für den Wahlprozeß, keine Freiheit, um die Revolution zu zerstören!"

Im Spannungsfeld der verschärften militärischen Situation und der innenpolitischen Polarisierung, die nun die Fronten endgültig geklärt hat, erscheinen die Freiräume für die Opposition außerordentlich groß. Im Vergleich zu den Wahlgesetzen und Praktiken vieler anderer „demokratischer" Länder ist das nicaraguanische Wahlrecht großzügig. Obwohl das Wahlgesetz im März verabschiedet worden war, ließen die Sandinisten im Juli erneut eine Diskussion darüber im Staatsrat zu. Eine Reihe von Artikeln wurden im Gesetz abgeändert, u.a. das Versammlungs- und Demonstrationsrecht wieder garantiert, was fast die vollständige Aufhebung des Notstandes bedeutet.

Der Oberste Wahlausschuß, der Consejo Supremo Nacional (16), veröffentlicht regelmäßig ganzseitige Anzeigen in „Barricada" und „El Nuevo Diario", die den Nicas die „Spielregeln für die Wahlen" per Comic bekannt machen: Einhaltung des Wahlgesetzes, gleiches Recht und Respektierung der Wahlpropaganda aller Parteien, Wahrung der Ethik im Umgang miteinander etc.

Ein weiteres Entgegenkommen der Sandinisten und Ausdruck ihres Willens, die „nationale Einheit" zu stärken, ist der regelmäßige Dialog mit den am Wahlkampf teilnehmenden Parteien im Consejo Supremo Electoral (17). Dieses Gremium nutzen die Parteien vor allem, um der Frente ihre materiellen Wünsche zur Durchführung ihrer Wahlkampagnen vorzutragen. Allerdings geht es in diesem „dialogo nacional" der Frente auch darum — unter Betonung der nationalen Einheit — die übrigen Parteien an i h r Wahlkonzept zu binden und möglichen öffentlichen Auseinandersetzungen von vornherein das Wasser abzugraben. Jedwe-

Fortsetzung nächste Seite

Fortsetzung von vorheriger Seite

de Uneinigkeit würden die Gegner der Wahlen (mit ,,La Prensa'' als Sprachrohr) für ihre Polemik genüßlich aufgreifen. In der gegebenen Situation ist die Politik der Integration die einzig mögliche Antwort der Sandinisten, denn die eigentlichen Fronten verlaufen nicht zwischen den wahlkampfführenden Parteien, sondern zwischen denjenigen, die sich mit ihren Vorstellungen zu weiteren gesellschaftlichen Umwandlungen dem Volk zur Abstimmung stellen, und denjenigen, die die alten Verhältnisse gegen die Interessen der Mehrheit — auch gewaltsam — wiedereinführen wollen.

,,Uns bereitet die Existenz einer organisierten Opposition — von ultralinks bis ultra-rechts — keinerlei Kopfschmerzen. Wir sehen die Wahlbeteiligung der Opposition hauptsächlich unter dem Blickwinkel, daß diese die Möglichkeit sehen, der Frente durch Wahlen die Macht wegzunehmen und gleichzeitig auf den weiteren Verlauf und die Entwicklung der Revolution Eifluß nehmen zu können. Allerdings hat die Opposition ziemliche Schwierigkeiten: das größte Problem für sie ist, daß sie keine organisierte Kraft als solche besitzt. Die Opposition kann sich zwar auf propagandistische Mittel stützen, wie z.B. Radio, Zei-



,,Das was uns Sorgen bereitet, ist der Waffenverkehr ...'' (aus: barricada, 14.8.84)

tung, Agenturen, die sich auf Massenkommunikationsmedien spezialisiert haben, jedoch hat sie keine Massenbasis. Es fehlt ihr an Strukturen, Organisationsmöglichkeiten und der Fähigkeit, die Massen zu versammeln und einzubinden. Dieser Tatbestand verleiht der Partizipation der Opposition im Rahmen der Wahlen einen bestimmten Ausdruck: sie ist nicht in der Lage, im ganzen Land präsent zu sein,

,,Das was uns Sorgen bereitet, ist der Waffenverkehr ...'' (aus: barricada, 14.8.84)

tung, Agenturen, die sich auf Massenkommunikationsmedien spezialisiert haben, jedoch hat sie keine Massenbasis. Es fehlt ihr an Strukturen, Organisationsmöglichkeiten und der Fähigkeit, die Massen zu versammeln und einzubinden. Dieser Tatbestand verleiht der Partizipation der Opposition im Rahmen der Wahlen einen bestimmten Ausdruck: sie ist nicht in der Lage, im ganzen Land präsent zu sein,

ihre Aktivitäten reduzieren sich auf Veranstaltungen mit kleinen Kontingenten, Aktivistengrüppchen. Die Opposition hat von Anfang an den Fehler begangen, sich nicht um die Basis zu kümmern, sie nicht zu organisieren. Natürlich suchen wir nicht den Erhalt der Opposition, weil es in unserem Interesse liegt, denn diese Parteien stimmen ja nicht mit der Linie und der Strategie der Frente überein. Vielmehr entwickelt die Opposition ihre Politik im Wahlkampf mit dem Ziel der Machtbeteiligung, weil ihr die Revolution diese Möglichkeit gibt in einem von ihr geschaffenen Rahmen der Demokratie. Einige dieser Parteien haben eine finstere Vergangenheit, und trotzdem, so schwarz ihre politische Tradition auch sein mag, was für einen schlechten Eindruck das Volk auch von ihnen haben mag, die Revolution gibt ihnen die Möglichkeit der Teilnahme. Das hat mit einem fundamentalen Prinzip unserer Revolution zu tun: Beibehaltung des demokratischen Pluralismus.''

Innenminister Comandante Tomas Borge steckte in einer Rede den Rahmen für die ,,Öffnung'' klar ab: ,,*Alle Freiheiten für den Wahlprozeß, keine Freiheit, um die Revolution zu zerstören. Das sind die Spielregeln.*'' (17) Eine Warnung der Sandinisten, die eindeutig an die Adresse der wahlboykottierenden Opposition gerichtet war.

Die Wahlen haben nicht nur innenpolitisch einen wichtigen Stellenwert im Entstehungsprozeß einer eigenen politischen Kultur Nicaraguas, sondern auch eine Art Modellfunktion für andere Dritte-Welt-Länder. ,,*Für uns müssen das die freiesten, ehrlichsten und saubersten Wahlen werden, um damit ein Beispiel für ganz Lateinamerika zu setzen. Von dem was wir tun, wird abhängen, was andere Befreiungsbewegungen in Zukunft tun. Aber es geht vor allem um ein Prinzip der Frente, nämlich daß die Wahlen ohne Betrug und Manipulationen stattfinden.*''

Demokratie beinhaltet nicht nur: Wahlen abhalten

Am 4.11. werden in Nicaragua neben dem Präsidenten und Vizepräsidenten 90 Repräsentanten für die Nationalversammlung (18) gewählt. Innerhalb der bundesdeutschen Linken werden Befürchtungen laut, daß mit der Parlamentisierung (,,Institutionalisierung der Revolution'') Ansätze des neuen Demokratiemodells (z. B. Staatsrat) zurückgenommen werden, daß der FSLN sich unter den Wahlbedingungen von einer Massenbewegung zu einer Partei entwickeln muß, die nicht mehr die unterschiedlichen gesellschaftlichen Gruppen repräsentiert (wie z. B. durch die sandinistischen Massenorganisationen). Bei genauerer Betrachtung der sandinistischen Vorstellungen von Demokratie, die sich im gegenwärtigen Wahlkampf und dem angestrebten Demokratiemodell widerspiegeln, ist keine nennenswerte Richtungsänderung der nicaraguanischen Revolution auszumachen. Im Gegenteil, es scheint, als ob die Sandinisten es sehr gut verstehen, die unter der Invasionsdrohung vorgezogenen Wahlen optimal für die Konsolidierung der Volksmacht (und damit der Revolution) zu nutzen. ,,*Für uns bedeutet Demokratie nicht nur: Wahlen abzuhalten. Die Wahlen sind auch nicht das wichtigste Element der Demokratie, sondern für uns vollzieht sie sich dort, wo das Volk sein Schickal selbst in die Hand genommen hat, wo es die Gesellschaft verändert und an allem teilhat. Demokratie heißt für uns, daß das ganze Volk Zugang hat zu Erziehung, Kultur, Gesundheit, allen Rechten und notwendigen Gütern. Demokratie heißt: Schluß mit dem Hunger, dem Elend, der Ausbeutung, der Unwissenheit. Was die Wahlen speziell angeht, so bedeuten sie für uns: Das Volk bestätigt seine revolutionäre Macht! Das Volk ratifiziert den jetzigen Kurs der Revolution. Außerdem geht es uns bei dem Wahlprozeß um ein breites Verständnis unseres Wahlprogramms, dem ,Plan de Lucha' des FSLN.*''

Der ,,Plan de Lucha'' als progammatische Plattform des FSLN spielt eine zentrale Rolle im Wahlkampf. Er umfaßt mit seinen 23 Punkten alle relevanten gesellschaftlichen Gruppen und Bereiche und legt klar dar, warum und für was der FSLN kämpft. Er fußt auf einem historischen Dokument, das 1967 vom Comandante Carlos Fonseca im Untergrund verfaßt wurde und die politische Linie und Hauptforderungen der Frente enthält. Einer der wichtigsten Punkte dieser Programmatik war die Machtübernahme. Der jetzt neu überarbeitete ,,Plan de Lucha'', der am 17. Juli von Daniel Ortega öffentlich gemacht wurde und seit Beginn des Wahlkampfes massiv verbreitet wird, stellt den Machterhalt als zen-

für was der FSLN kämpft. Er fußt auf einem historischen Dokument, das 1967 vom Comandante Carlos Fonseca im Untergrund verfaßt wurde und die politische Linie und Hauptforderungen der Frente enthält. Einer der wichtigsten Punkte dieser Programmatik war die Machtübernahme. Der jetzt neu überarbeitete ,,Plan de Lucha'', der am 17. Juli von Daniel Ortega öffentlich gemacht wurde und seit Beginn des Wahlkampfes massiv verbreitet wird, stellt den Machterhalt als zen-



Die Hauptstraße einer Stadt auf dem Lande: Santo Domingo.

trale Aufgabe heraus. Diese soll vor allem auf der Grundlage der Integration und der Partizipation aller gesellschaftlichen Sektoren realisiert werden (,,unidad nacional'').

,,Der ,Plan de Lucha' des FSLN ist der ,Plan de Lucha' der Revolution, der alle unterschiedlichen Elemente, Richtungen und Interessen integriert.''

Am 17. Juli wurden auch die 90 Kandidaten des FSLN für die Nationalversammlung bekanntgegeben, die von der Sandinistischen Versammlung (19) bestimmt worden waren. Die Kandidatenliste widerspiegelt die ,,unidad nacional'': Bauern, Arbeiter, ethnische Minderheiten, Frauen, Jugendliche, Veteranen, Angehörige der Kirche, Intellektuelle, Künstler, Händler, Kleinproduzenten, Unternehmer — alle gesellschaftlichen Sektoren sind vertreten. Zum großen Teil handelt es sich um Gewerkschaftsführer oder leitende Kader der sandinistischen Massenorganisationen, Mitglieder der Frente. Aber der FSLN hat auch Nicht-



Mitglieder in seine Liste aufgenommen: Persönlichkeiten diverser gesellschaftlicher Bereiche (20).

,,Die Struktur der Kandidatenzusammensetzung des FSLN erfüllt den Grundsatz, daß sie alle gesellschaftlichen Sektoren repräsentieren muß. Die Kandidaten müssen also — gleich, ob sie FSLN-Mitglieder sind oder nicht — dem Sektor entstammen, den sie später repräsentieren werden. Nur auf diese Weise ist die Verbindung der Kandidaten für die Nationalversammlung mit der Basis gewährleistet. Ihre Wahl bedeutet Verbindlichkeit, ja sogar Verpflichtung gegenüber der von ihnen vertretenen Basis, für dessen Interessen und Forderungen einzutreten. Sollte sich das Gegenteil herausstellen, so ist es nur logisch, daß der jeweilige gesellschaftliche Sektor seinen Repräsentanten zur Rechenschaft zieht, ihn kritisiert und notfalls auswechselt. So entsteht also eine Dynamik in der Partizipation, im politischen Kampf und den Forderungen der einzelnen gesellschaftlichen Gruppen.''

Die Kandidatennominierung ist ein weiterer Ausdruck der geschickten Politik der Sandinisten, trotz der ihnen aufgezwungenen Bedingungen, Wahlen so durchzuführen, daß die Revolution mit ihrer ursprünglichen Zielrichtung vorangetrieben werden kann.

ten zur Rechenschaft zieht, ihn kritisiert und notfalls auswechselt. So entsteht also eine Dynamik in der Partizipation, im politischen Kampf und den Forderungen der einzelnen gesellschaftlichen Gruppen.''

Die Kandidatennominierung ist ein weiterer Ausdruck der geschickten Politik der Sandinisten, trotz der ihnen aufgezwungenen Bedingungen, Wahlen so durchzuführen, daß die Revolution mit ihrer ursprünglichen Zielrichtung vorangetrieben werden kann.

Wahlkampf als Kampagne zur politischen Erziehung

Der Wahlprozeß ist für die Sandinisten eine neue Erfahrung, hat Lerncharakter und damit auch seine Besonderheiten. ,,*Die Wahlen bedeuten für uns hier eine Kampagne der politischen Erziehung. Der FSLN hat das Interesse, die Wahlkampagne zu einer politischen Schulung für das Volk werden zu lassen.*'' ,,*Die wichtigste Schlacht der sandinistischen Revolution ist, das Bewußtsein der Massen zu gewinnen.*'' (21) In dieser Überzeugung nutzt der FSLN den Wahlkampf. Im August fanden fast täglich Versammlungen oder Veranstaltungen im ganzen Land statt, wo sich die FSLN-Kandidaten der von ihnen jeweilig repräsentierten Basis (z. B. der Landarbeitergewerkschaft ATC, der Arbeiterzentrale CST, der Lehrergewerkschaft ANDEN, den Basisgemeinden etc.) vorstellten, den ,,Plan de Lucha'' erklärten und sich über die Probleme informierten.

Ein Beispiel für die Kreativität und den Erziehungscharakter des Wahlkampfes ist die Kampagne ,,von Haus zu Haus'', die im September stattfindet. Im Rahmen dieser Kampagne gehen 70.000 Aktivisten — Mitglieder oder Sympathisanten — der Frente von Haus zu Haus, um mit der Bevölkerung über den Sinn der Wahlen und den ,,Plan de Lucha'' zu diskutieren (22). Diese Form der direkten Propaganda zeigt, daß der FSLN — trotz des Krieges — in der Lage ist, im ganzen Land die Massen zu mobilisieren und in die Verteidigung einzubinden (die Verteidigung ist auch eines der Haupt-Wahlkampfthemen).

Die Wahlen bedeuten für die Sandinisten einen enormen Kräfteaufwand, der jedoch notwendig ist, um Zeit für den Ausbau und die Verbesserung der Verteidigungsstrukturen zu gewinnen.
Todo para los Frentes de Guerra!
Todo para los Combatientes!

**U./U.-León,
Nicaragua Libre 14.9.84**

Anmerkungen:

1. entfällt
2. Außer dem FSLN haben sich folgende Parteien für die Wahlen eingeschrieben: PLI (Unabhängig-Liberale Partei), PCD (Konservativ-Demokratische Partei), PPSC (Christlich-Soziale Volkspartei), PSN (Sozialistische Partei Nicaraguas), PCN (Kommunistische Partei Nicaraguas) und die MAP-ML (Marxistisch-Leninistische Volksbewegung).
3. Es gibt kaum Plakatwände und für Wahlplakate fehlt Geld und Papier. Inzwischen haben sich der FSLN und die sozialistische Partei öffentlich gegen die Fortsetzung der ,,Wandschmierereien'' ausgesprochen (vergl. ,,Barricada'', 10.9.84).
4. vgl. AK 249
5. Gespräch mit einem FSLN-Genossen des Regionalbüros der Region II. Alle weiteren Zitate ohne Anmerkung sind Äußerungen von ihm.
6. vergl. AK 249
7. ,,Envio'' No. 38, S. 8
8. vgl. ,,Barricada'', 8.9.84
9. vgl. ,,Barricada'', 7.9.84
10. vgl. ,,Barricada'', 12.9.84
11. Daniel Ortega in ,,Barricada'', 9.9.84
12. vgl. ,,Barricada'', 4.9.84
13. vgl. ,,Envio'' No. 38, S. 5
14. vgl. ,,Barricada'', 31.7.84
15. vgl. ,,Barricada'', 8.9.84
16. Der Oberste Wahlausschuß wurde am 2.4.84 durch den Obersten Gerichtshof Nicaraguas eröffnet, als viertes Organ der Staatsmacht. In ihm sitzen Vertreter aller Parteien. Er ist als höchste Instanz für die Organisierung und Leitung des Wahlprozesses zuständig, der am 4.11.84 in allg. Wahlen einmündet.
17. ,,Barricada'', 4.8.84
18. legislative und konstituierende Funktion
19. Die Asamblea Sandinista ist ein regelmäßig stattfindendes Delegiertentreffen des FSLN, wo die politische Linie diskutiert und beschlossen wird.
20. vgl. ,,Barricada'', 18.7.84
21. Tomás Borge, ,,Barricada'', 12.8.84
22. vgl. ,,Barricada'', 1.9.84

Replik zum Konflikt um die nicaraguanische Atlantikküste
Betr.: AK 248/249

,,Eines aber ist klar: Die Chance der Miskitos auf ein menschenwürdiges Leben unter Wahrung ihrer Kultur liegt ausschließlich in einem Zusammengehen mit der sandinistischen Revolution. Die Alternative Solidarität

die Miskito aus meinem Artikel ,,Britische indirekte Herrschaft: Miskito-Könige und die Unterdrückung autochthoner Völker'' gefischt.

Aber offengestanden: wir sind uns darin einig, daß die Desillusionierung

Replik zum Konflikt um die nicaraguanische Atlantikküste

Betr.: AK 248/249

,,Eines aber ist klar: Die Chance der Miskitos auf ein menschenwürdiges Leben unter Wahrung ihrer Kultur liegt ausschließlich in einem Zusammengehen mit der sandinistischen Revolution. Die Alternative Solidarität mit den Miskitos oder mit den Sandinisten steht so nicht.'', schreibt M. für die Lateinamerika-Kommission des Kommunistischen Bundes in der Nummer 249 des Arbeiterkampf vom 27.8.1984. Wenn es denn so einfach wäre: Nun, es mag sein, daß der Konflikt um die nicaraguanische Atlantikküste von politischen Organisationen unter Prämissen wie ,,Antiimperialismus geht vor ethnischer Selbstbestimmung'' beurteilt werden kann, für eine Menschenrechtsorganisation wie die Gesellschaft für bedrohte Völker aber kann es nicht angehen, mit Zweckoptimismus die ,,indianische Alternative'', nämlich regionale Autonomie, einfach nicht zur Kenntnis zu nehmen. Die von den Sandinisten (und nicht etwa der US-Regierung) militärisch verhinderte Konfliktlösung nämlich führte erst zur Zuspitzung sowohl der indianischen Forderungen, wie zur Verhärtung der sandinistischen Intergrationspolitik.

Seit zwei Jahren ist die konfliktreiche Entwicklung zwischen Sandinisten und Miskito-Indianern durch das vom Informationsbüro Nicaragua herausgegebene Buch ,,Nationale Revolution und indianische Identität'' (Edition Nahua, Wuppertal 1982, 216 Seiten, 18 Mark) bei uns zugänglich, allein M. hält es nicht für nötig diesen Band auch nur zu nennen — obwohl sie ganze Passagen aus Michael Rediskes und meiner Einleitung fast wörtlich übernimmt.

Stattdessen konstruiert sie zwei vermeintliche Extrempositionen der westdeutschen Solidaritätsbewegung: Ignoranz und Indianerromantik. Ein ordentlicher Schuß dieser Romantik käme bei mir in meiner These, daß die Miskito-Indianer zwischen den Fronten einer nationalen Revolution und einer international organisierten Gegenrevolution stehen und in der Gefahr sind, zerrieben zu werden, hinzu. Romantik, denn ich übersähe, daß die Miskito ,,auch keine Unschuldslämmer sind''. In der Tat, schließlich hat M. ihre historischen Kenntnisse über die Miskito aus meinem Artikel ,,Britische indirekte Herrschaft: Miskito-Könige und die Unterdrückung autochthoner Völker'' gefischt.

Aber offengestanden: wir sind uns darin einig, daß die Desillusionierung unpolitischer Identifikation mit ,,den Indianern'' oder ,,den Miskito'' bei uns so nötig ist, wie die Desillusionierung des Nicht-Wahrhaben-Wollens interethnischer Konflikte in revolutionären Gesellschaften. Übrigens habe ich oft darauf hingewiesen, daß gerade Miskito heute in einer Mischkultur leben und solange Zwangsmissionierung, kolonialer Herrschaft und auch Proletarisierungsdruck ausgesetzt waren, daß Indianerromantik von ursprünglicher und authentischer Art absurd wäre. Welche Miskito-Führer wann auf welche gegenrevolutionäre Seite liefen, ist ebenso mein Thema gewesen, wie die Begründung für die Stabilität von Subsistenzreproduktion bei den Dorfgemeinschaften der Misktio. Dazu kühl zu vermeinen, dies habe wenig mit der Realität zu tun, ist dreist — solange es nicht belegt wird. Meine Argumentation hingegen ist überprüfbar.

Zuletzt ärgerte mich nur noch M.s unschuldiges Verhältnis zur Logik: Als wenn meine Behauptung, daß die interethnischen Konflikte in Nicaragua, der ,,schwächste Punkt'' der sandinistischen Revolution, über den diese zu Fall gebracht werden könne, damit schon ad acta gelegt werden könne, daß der militärische und wirtschaftliche Druck, der auf Nicaragua ausgeübt wird, stattdessen flugs zum schwächsten Punkt der Revolution (?) erklärt wird. Wobei ich zustimme, wenn noch mitbedacht werden kann, daß diese völkerrechtswidrigen Pressionen nicht Subjekt der Geschichte sind.

Aber sicher: mit der Lösung des Miskito-Problems (wer ist das Problem?) ist die Frage der Glaubwürdigkeit der nicaraguanischen Revolution und ihrer (?) Humanität eng verbunden. Humane Revolutionen, liebe Genossen, gab es nie — das gehört zum Kapitel Romantik und Ignoranz.

Robin Schneider (Mittelarmerika-Koordination der Gesellschaft für bedrohte Völker), Göttingen, August 1984

Libanon

Atempause im Bürgerkrieg

Die beiden größten oppositionellen Gruppierungen/Parteien im Libanon sind heute die ,,Progressive Sozialistische Partei'' (PSP) Walid Jumblatts und die schiitische Organisation ,,Amal'' (,,Hoffnung'') unter Nabih Berri. Beide Organisationen hatten im libanesischen Bürgerkrieg 1975/76 auf Seiten der fortschrfittlichen libanesischen Kräfte und Palästinenser gekämpft; Amal hatte sich jedoch schon bei der syrischen Intervention auf die Seite der Invasionstruppen gestellt. Während der israelischen Invasion im Juni 1982 haben diese beiden wichtigsten libanesischen Organisationen keinen bewaffneten Widerstand geleistet und zunächst den zur (faschistischen) Kataeb-Partei gehörenden neuen libanesischen Staatspräsidenten Amin Gemayel unterstützt.

Erst als offensichtlich wurde, daß Amin Gemayel einen von Israel abhängigen Libanon unter Vorherrschaft der falangistischen Kräfte (vor allem Kataeb-Partei und falangistische Milizen ,,Libanesische Streitkräfte'') errichten wollten, gingen beide Gruppierungen in die Opposition und widersetzten sich erfolgreich allen militärischen Versuchen der falangistischen Milizen und der libanesischen Armee, diese Ziele militärisch durchzusetzen.

Amin Gemayel mußte am 5. März 84 schließlich das israelisch-libanesische Abkommen aufkündigen; die multinationalen Truppen zogen aus Beirut ab. Das syrische Regime, das bis zu diesem Punkt die Opposition gegen den Staatspräsidenten Amin Gemayel und die falangistischen Kräfte unterstützt hatte, wurde wieder von Israel und den USA als Ordnungsmacht im Libanon anerkannt und ließ PSP und Amal fallen.

Auf der nationalen Versöhnungskonferenz in Lausanne (1), die unter syrischer Schirmherrschaft stattfand, wurden der bislang von Syrien unterstützten Opposition k e i n e r l e i Zugeständnisse gemacht, insbesondere nicht in der Frage der Entkonfessionalisierung des politischen Systems im Libanon (2). Im Grunde wurden damit die den fortdauernden Kämpfen im Libanon zugrunde liegenden Widersprüche ein weiteres Mal festgeschrieben. Solange diese Widersprüche nicht gelöst sind und solange den politischen Kräften nicht Rechnung getragen wird, die sich während und nach dem Bürgerkrieg entwickelt haben, werden die bewaffneten Auseinandersetzungen weitergehen, geschürt und verstärkt je nach der politischen Interessenslage Syriens und Israels; es sei denn, die heute praktisch bestehende Teilung des Libanon würde manifestiert, was den aktuellen Zielen der Falangisten, aber auch Israels und Syriens entspräche.

Im folgenden wollen wir uns mit der Entwicklung der verschiedenen politischen Kräfte — vor allem seit dem libanesischen Bürgerkrieg — beschäftigen, u.a. auch mit dem Ziel zu belegen, daß die bewaffnete palästinensische Präsenz keineswegs die Ursache für die innerlibanesischen Auseinandersetzungen war.

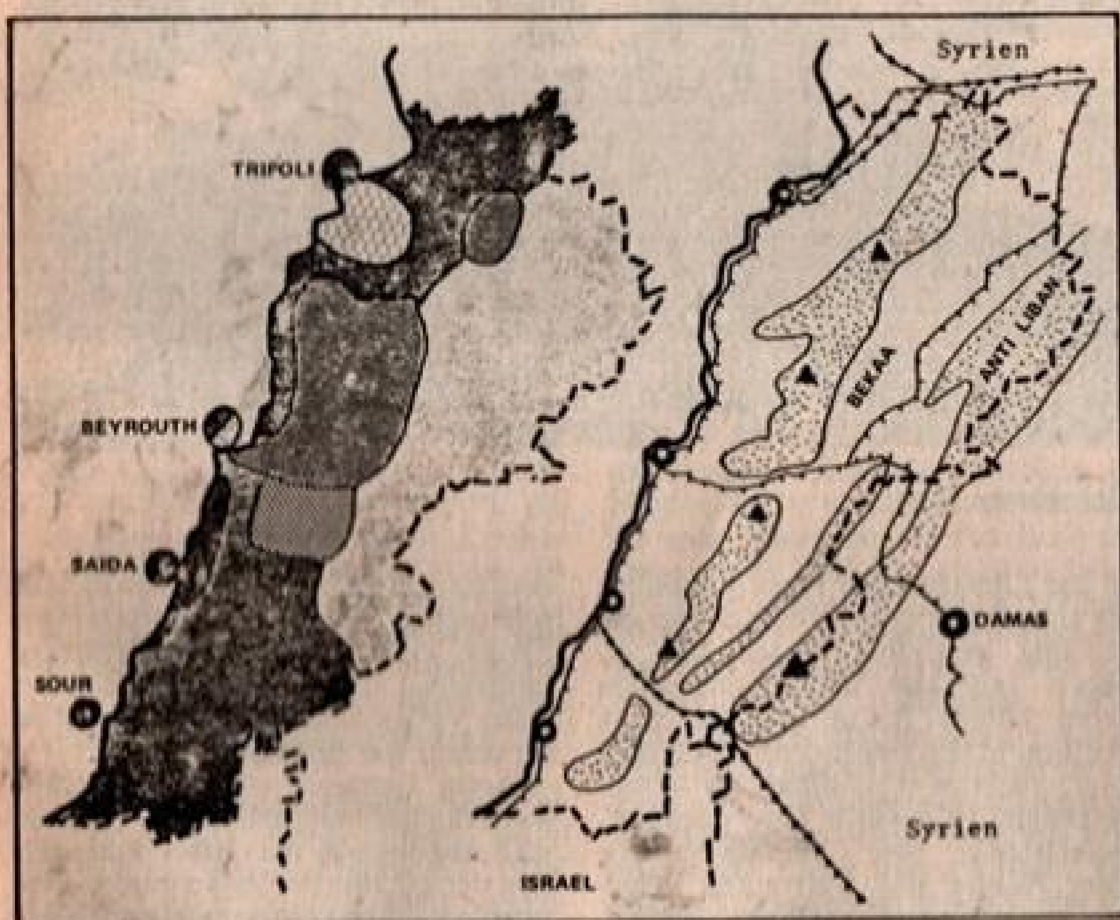
Die Wurzeln des politischen Konfessionalismus

Meist werden die beiden großen Bürgerkriegslager entsprechend der in ihnen vorherrschenden Religionszugehörigkeit bezeichnet: christlich und moslemisch. Diese Einteilung hat zwar eine gewisse Berechtigung, weil der politische Konfessionalismus auch durch die Bildung ihrem Anspruch nach überkonfessioneller Parteien niemals ernsthaft in Frage gestellt werden konnte (3). Inzwischen ist die Zugehörigkeit zu einer bestimmten Religion auch im sogenannten moslemischen Lager für die Politik bestimmend geworden, die Blütezeit der weltlichen linken und demokratischen Parteien und Organisationen, die in den siebziger Jahren den politischen Konfessionalismus im Ansatz überwinden konnten, ist vorbei (4).

Trotzdem gibt diese Einteilung ein völlig falsches Bild vom libanesischen Bürgerkrieg, der dann als Religionskrieg erscheint, während die sozialen, ökonomischen und politischen Widersprüche fast völlig im Dunkeln bleiben. Die Bezeichnung ist besonders bei dem ,,christlichen'. Bürgerkriegslager irreführend, weil es sich ausschließlich auf eine christliche Gemeinschaft im Libanon, die Maroniten (5), stützt, außerdem den Charakter dieses Lagers, das heute von der Falange- (Kataeb) Partei und den von ihr dominierten Milizen bestimmt wird, nicht annähernd wiedergibt: Beide wurden nach faschistischem Vorbild aufgebaut, pflegen eine rechtsradikale Ideologie und eine entsprechende brutale und aggressive Politik (siehe unten).

und den von ihr dominierten Milizen bestimmt wird, nicht annähernd wiedergibt: Beide wurden nach faschistischem Vorbild aufgebaut, pflegen eine rechtsradikale Ideologie und eine entsprechende brutale und aggressive Politik (siehe unten).

Karte mit den Siedlungsgebieten



Karte 1 und Karte 2 in diesem Artikel sind der Broschüre von Detlef Maritz, ,,Der Bürgerkrieg im Libananon'' entnommen.

Der politische Konfessionalismus im Libanon hat eine lange Geschichte. Die unzugänglichen libanesischen Berge dienten schon vor vielen Jahrhunderten als Zufluchtsort verschiedener verfolgter religiöser Gemeinschaften im Nahen Osten. Die wichtigsten sind die christlichen Maroniten (vgl. 5) und die Drusen (6) und Schiiten (7), beides islamische Religionsgemeinschaften. Ihr Siedlungsgebiet umfaßte zunächst nur die Gebirgsregion des Mont Liban, das etwa die Hälfte des heutigen Libanon ausmachte. Nichtmoslemische Minderheiten hatten schon im Osmanischen Reich nicht nur religiöse Autonomie, sondern auch ein eigenes Personenstandsrecht und das Recht auf eigene Bildungseinrichtungen (8). Auch heute noch sind im Libanon Ehe, Scheidung und Erbschaftsangelegenheiten nach konfessionellen Richtlinien geregelt.

Auf politischem Gebiet besaß die Region Mont Liban durch einen eigenen Obersteuerpächter eine gewisse Autonomie. Das Amt wurde bis Ende des 17. Jahrhunderts von drusischen Adelsfamilien ausgeübt, dann von der sunnitischen (10) Familie Schehab, die die Maroniten begünstigte und selbst Anfang des 19. Jahrhunderts zum Christentum (Maroniten) konvertierte. In dieser Zeit wurde unter ägyptischer Besetzung das Land den französischen Kolonialisten geöffnet; der Mont Liban für die Seidenraupenzucht erschlossen. Diese wurde vorwiegend von den maronitischen Feudalherren betrieben, die nun auch begannen, die Bauern, die den Boden bearbeiteten — damit besaßen — und Abgaben an die politische Macht leisteten, zu enteignen und den Boden in Privatbesitz zu überführen. Diese Entwicklung ging einher mit der Durchdringung ehemals

betrieben, die nun auch begannen, die Bauern, die den Boden bearbeiteten — damit besaßen — und Abgaben an die politische Macht leisteten, zu enteignen und den Boden in Privatbesitz zu überführen. Diese Entwicklung ging einher mit der Durchdringung ehemals

rein drusischer Gebiete im Süden (Chouf) und der Vertreibung der Schiiten nach Norden und Osten. Die Bauern, die sich bis dahin selbst versorgen konnten, verarmten. Eine kleine Schicht, vorwiegend Maroniten, ließ sich in Beirut nieder und bereicherte sich sehr schnell am Handel mit Europa. Die traditionellen Handelsbeziehungen mit Syrien, Irak und Ägypten, von den Moslems kontrolliert, wurden zweitrangig.

Während bei den Maroniten eine neue Führungsschicht entstand und die Kirche zunehmend an Einfluß gewann, bildete sich bei den Drusen keine neue Führungsschicht heraus; sie sammelten sich um die alten Adelsfamilien, von denen sie sich letztendlich eine Rückkehr auf ihren Grund und Boden versprachen.

Diese Gelegenheit schien 1840 gekommen zu sein, als Maroniten und Drusen gemeinsam die ägyptische Besatzungsmacht und den ihr hörigen maronitischen Obersteuerpächter Beshir II. vertrieben. Die maronitische Führungsschicht wollte selbstverständlich kein einziges der erlangten Vorrechte aufgeben. Sie vertrauten auf die Unterstützung durch Frankreich, das auf die Politik des Osmanischen Reiches großen Einfluß besaß. Die Drusen griffen daraufhin zu den Waffen und begannen die maronitischen Bauern, Händler und Adligen aus ihrem traditionellen Siedlungsgebiet zu vertreiben. Die drusischen Adligen erhielten zwar nicht ihre ursprünglichen Machtpositionen zurück, konnten sich aber als Großgrundbesitzer etablieren. Die Einflußbereiche waren jetzt getrennt: Nördlich der Straße von Beirut nach Damaskus herrschte die maronitische Führungsschicht, südlich davon die

nicht ihre ursprünglichen Machtpositionen zurück, konnten sich aber als Großgrundbesitzer etablieren. Die Einflußbereiche waren jetzt getrennt: Nördlich der Straße von Beirut nach Damaskus herrschte die maronitische Führungsschicht, südlich davon die

drusischen Adligen. Diese Kämpfe hatten aber gleichzeitig die Grundlage für konfessionelle Vorurteile und für unter dem Mantel der Konfessionalität geführte machtpolitische Auseinandersetzungen gelegt.

Knapp zwanzig Jahre später wurde ein Aufstand maronitischer Bauern gegen maronitische Feudalherren niedergeschlagen, indem maronitische und drusische Feudalherren zunächst gemeinsam drusische Bauern gegen maronitische Bauern aufhetzten.

Mit dem Überfall der Drusen auf die Stadt Zahleh begann allerdings gleichzeitig eine allgemeine Christenverfolgung. Die Drusen wurden schließlich mit Hilfe französischer Interventionstruppen geschlagen. Ganz allgemein werden diese Ereignisse als der Beginn des noch heute mit Unterbrechungen andauernden ,,Religionskrieges'' im Libanon angesehen, der allerdings — nach westlichem Verständnis — von den Moslems ausgeht und die Christenheit bedroht. Die Bauernaufstände von 1860 brachen jedoch wegen der sozialen Gegensätze aus und wurden von den Herrschenden unter Ausnutzung der religiösen Vorurteile niedergeschlagen, wobei die drusischen Adligen sicher nicht nur die Hilfe für ihre maronitischen Standesgenossen, sondern auch ihre eigenen machtpolitischen Interessen im Auge hatten.

Ergebnis dieser Kämpfe war eine Festigung der maronitischen Vorherrschaft mit französischer Hilfe, die schon damals durch ein System des religiösen Proporzes bei der Ämterverteilung und durch eine dem Osmanischen Reich abgeforderte Autonomie der Region Mont Liban abgesichert wurde.

Nach dem Zusammenbruch des Osmanischen Reiches am Ende des 1. Weltkrieges schuf Frankreich in dem ihm vom Völkerbund zugesprochenen Mandatsgebiet Großsyrien zwei Staaten: Syrien und Libanon. Das Gebiet des Mont Liban wurde zu diesem Zwecke um rein moslemische Gebiete erweitert (u.a. die Hafenstädte Beirut, Tripoli und Saida und die fruchtbaren Gebiete an der Küste, im Süden und der Bekaa-Ebene). Libanon wurde so zu einem lebensfähigen Staat, in dem die Maroniten zu dieser Zeit die größte Bevölkerungsgruppe stellten (10), was in der Zukunft zur Begründung ihrer politischen und wirtschaftlichen Vormachtstellung dienen mußte. Da die Maroniten auf keinen Fall in einem großarabischen Reich aufgehen wollten, hatte sich Frankreich auf diese Weise sichere Bündnispartner im Nahen Osten geschaffen.

Wirtschaftlich gefördert wurde in dieser Zeit der Großgrundbesitz, der Produkte für den Export nach Europa lieferte, während durch die Einfuhr von zollfreiem Getreide der libanesische Getreideanbau ruiniert wurde, der die Grundlage für die Ernährung der Bevölkerung bildet. Durch niedrige Einfuhrzölle wurde der Handel begünstigt. Über Monopolgesellschaften kontrollierte Frankreich das Bank- und Verkehrswesen. Investiert wurde folglich vor allem im Handel, Tourismus und in Land- und Grundstücksgeschäften. Beirut wurde zum Handels- und Finanzzentrum der Region; Landwirtschaft und Industrie spielten eine immer untergeordnetere Rolle.

1926 wurde der Libanon konstitutionelle Republik, erhielt aber erst 1941 unter alliierter Besetzung die Unabhängigkeit. 1944 wurden die Mandatsrechte auf die libanesische Regierung übertragen. Erst 1946 verließen die franzö-

immer untergeordnetere Rolle.

1926 wurde der Libanon konstitutionelle Republik, erhielt aber erst 1941 unter alliierter Besetzung die Unabhängigkeit. 1944 wurden die Mandatsrechte auf die libanesische Regierung übertragen. Erst 1946 verließen die franzö-

sischen Truppen das Land.

Der Nationalpakt von 1943

1943 war ein ungeschriebener Nationalpakt zwischen dem maronitischen Staatspräsidenten und dem sunnitischen Ministerpräsidenten geschlossen worden. Er betonte die Bindungen der Christen an den Westen und den arabischen Charakter des Landes unter Aufrechterhaltung seiner Souveränität und Unabhängigkeit. Damit sollte ein dauerhafter Ausgleich zwischen den prowestlich orientierten Maroniten — die immer bereit waren, sich der Politik der imperialistischen Staaten unterzuordnen — und den sich eher dem arabischen Nationalismus verpflichtet fühlenden Moslems geschaffen werden.

Nach einer Volkszählung aus dem Jahre 1932 hatten die christlichen Religionsgemeinschaften ein zahlenmäßiges Übergewicht von 53 zu 47 Prozent gegenüber den moslemischen Gemeinschaften (11); ausgehend hiervon wurde das System des religiösen Proporzes im Verhältnis 6 zu 5 festgelegt, nach dem sowohl die Staatsämter (12) als auch die Parlamentssitze verteilt werden. Da die Parlamentsabgeordneten von den Religionsgemeinschaften gewählt werden, haben nur die herrschenden Familien dieser Gemeinschaften (13) eine Chance gewählt zu werden. Aufgrund der feudalen Strukturen und der relativen Autonomie der Religionsgemeinschaften (Personenstandsrecht, soziale Einrichtungen wie Schulen und Gesundheitsdienste) ist die materielle und soziale Abhängigkeit von den jeweiligen Notablen außerordentlich groß. Entsprechend ist die Bildung überkonfessioneller politischer Parteien auch außerordentlich erschwert, wenn nicht weitgehend unmöglich.

Obwohl diese Notablen immer vorgaben, für ihre religiöse Gemeinschaft zu sprechen und deren Interessen zu vertreten, handelte es sich im wesentlichen bei allen politischen Auseinandersetzungen bis 1970 (also den Vorläufern des libanesischen Bürgerkrieges von 1975/76) um machtpolitische Auseinandersetzungen der großen Familien. Die Koalitionen wechselten demnach auch ständig und gingen quer durch das moslemische und christliche Lager.

Das System des politischen Konfessionalismus konnte die bestehenden und sich entwickelnden Widersprüche nicht dauerhaft überdecken. Es sicherte von Anfang an einer Minderheit (den Maroniten) die politische und wirtschaftliche Vorherrschaft. Seit 1943 haben sich die Anteile der verschiedenen Religionsgemeinschaften an der Bevölkerung weiter verschoben.

Entscheidend aber wurde, daß durch die wirtschaftliche Entwicklung die soziale Verelendung breiter Teile der moslemischen Bevölkerung (und hier wiederum der Schiiten) ungeheuer rasch voranschritt. Die Forderungen nach tiefgreifenden Veränderungen des sozialen und politischen Systems faßten immer mehr Fuß.

Auch die außenpolitische ,,Neutralität'', die der Nationalpakt garantieren sollte, konnte nicht durchgehalten werden. Die Gründung des Staates Israel und die Vertreibung der Palästinenser hatte im arabischen Lager eine Solidarisierung gegen Israel und die Imperialisten zur Folge, verbunden mit der Forderung, auch Libanon solle sich in die Frontstaaten zu Israel einreihen (14). Die Maroniten hingegen sahen sich vom anwachsenden arabischen Nationalismus (15) bedroht.

1958 spitzten sich diese Widersprüche zu, als der damalige maronitische Staatspräsident Camille Chamoun, der eine eindeutig prowestliche Politik machte und mit Israel über einen Bündnisvertrag gegen Syrien und Ägypten verhandelte, seine — nach der Verfassung nicht mögliche — Wiederwahl durchsetzen wollte. Da Chamoun nicht die Unterstützung des maronitischen Oberbefehlshaber Schehab hatte, konnte er sich gegen die vom drusischen Fürsten Kamal Jumblatt geführte Opposition militärisch nicht durchsetzen, die eine Revision des Nationalen Paktes (angemessene Vertretung des moslemischen Bevölkerungsteils) und eine blockfreie Politik forderten. Dieser erste Bürgerkrieg wurde zugunsten der ,,dritten Kraft'', des Oberbefehlshaber Schehab, entschieden, als die USA angesichts des Umsturzes im

len Paktes (angemessene Vertretung des moslemischen Bevölkerungsteils) und eine blockfreie Politik forderten. Dieser erste Bürgerkrieg wurde zugunsten der ,,dritten Kraft'', des Oberbefehlshaber Schehab, entschieden, als die USA angesichts des Umsturzes im

Irak im Libanon intervenierten. Unterstützt wurde Schehab neben Jumblatt von den alten moslemischen Führern, wie Karame (damaliger und heutiger Ministerpräsident) und dem ,,Emporkömmling'' Pierre Gemayel und seiner Falange-Partei, während Camille Chamoun mit der neugegründeten ,,Nationalliberalen Partei'' und Raymond Eddé, Führer des ,,Nationalen Blocks'' und Vertreter der maronitischen Handelsbourgeoisie, in die Opposition gingen, der sich auch der sunnitische Führer Salam anschloß.

Schließlich wurden auch die Palästinenser zu einer wichtigen Kraft im Libanon. Die nach dem israelisch-arabischen Krieg 1948 in den Libanon geflohenen Palästinenser waren rechtloser als in jedem anderen arabischen Staat. Erst nach der Niederlage der arabischen Armeen im Juni-Krieg 1967 und der Aufnahme des bewaffneten Kampfes durch die palästinensischen Guerilla-Organisationen konnten sich die Palästinenser im Libanon in Auseinandersetzung mit der libanesischen Armee Bewegungsfreiheit, Schutz der Flüchtlingslager und das Recht, vom Libanon aus bewaffnete Aktionen gegen Israel durchzuführen, erkämpfen (16).

Die politische Landschaft im Libanon veränderte sich. Bis Mitte der sechziger Jahre wurden die machtpolitischen Auseinandersetzungen von den traditionellen Führern der religiösen Gemeinschaften in wechselnden Koalitionen ausgetragen. Mit der Zuspitzung der sozialen Widersprüche besonders unter dem diktatorischen Regime Schehabs gewannen die politischen Parteien an Bedeutung.

Die nasseristischen, baathistischen

Fortsetzung von vorheriger Seite

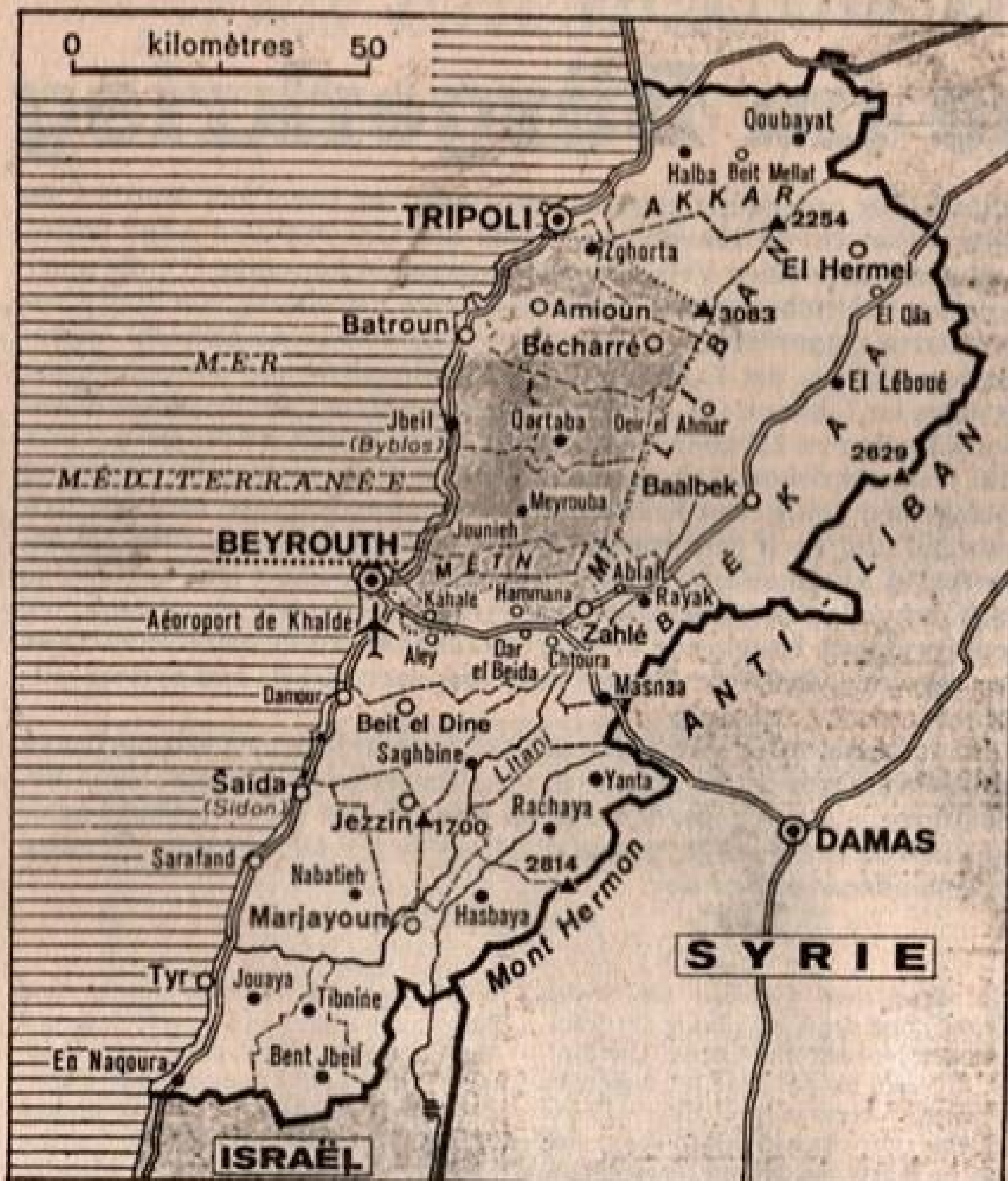
und kommunistischen Parteien und Organisationen erhielten (17) noch in der Illegalität Zulauf von den am meisten benachteiligten Schichten, den Moslems, aber auch von den griechisch-orthodoxen Christen (ein Fünftel der Christen im Libanon). Der Einfluß der traditionellen moslemischen Führer schwand, mit einer Ausnahme. Der Drusenfürst Kamal Jumblatt hatte sich mit seiner Progressiven Sozialistischen Partei (PSP) Ende der sechziger Jahre endgültig auf die Seite der Linken geschlagen und 1969 die ,,Nationale Front'', einen Zusammenschluß aller fortschrittlichen Organisationen, gegründet. Alle diese Organisationen waren — was ihre Mitgliedschaft betraf — überkonfessionell.

Anders sah es im ,,christlichen'', d.h. maronitischen Lager aus (drei Fünftel der Christen). Drei maronitische Führer, Camille Chamoun, Pierre Gemayel und Raymond Eddé bildeten gegen die ,,Herausforderung'' der Moslems, Linken und Palästinenser den sogenannten ,,Dreierblock'' und begannen, ihre Milizen zu verstärken.

Besonderes Gewicht hatten in diesem Block die Falange-Partei und die Milizen Gemayels (s. unten). Als Argument für die Bildung des ,,Dreierblocks'' mußten vor allem die Palästinenser herhalten, die bis dahin bestenfalls Menschen dritter Klasse im Libanon gewesen waren. Der Guerilla-Kampf gegen Israel, so wurde argumentiert, gefährde die nationale Stabilität und Sicherheit des Libanon. Tatsächlich sahen sie aber angesichts einer erstarkenden demokratische moslemischen Massenbewegung ihre politische und wirtschaftliche Vorherrschaft bedroht.

Die beiden Bürgerkriegslager hatten sich herausgebildet (18).

Die militärische Lage Ende Mai 1976



Von den Progressiven und Palästinensern militärisch kontrolliert

Rückzugsgebiete unter christlich-konservativer Herrschaft

Das falangistische Lager

Das falangistische Lager stützt sich fast ausschließlich auf den maronitischen Bevölkerungsteil. Seit dem libanesischen Bürgerkrieg 1976/77 ist die Falange-Partei mit ihren Milizen in diesem Lager führend geworden. Gemäßigte maronitische Führer, wie Raymond Eddé, sind längst verdrängt worden. Die Führer dieses Lagers erheben den Anspruch, alle Christen im Libanon zu vertreten.

Grundsätzlich sich die Führer dieses Lagers, Chamoun, Gemayel und Frangieh, nicht bereit, auch nur irgendein Zugeständnis hinsichtlich der Revidierung der Verfassung und des Nationalen Paktes von 1943 zu machen. Das bezieht sich selbstverständlich vor allem auf die Konfessionalisierung des politischen Systems. Hinsichtlich ihrer Kontakte zu den imperialistischen lem auf die Konfessionalisierung des politischen Systems. Hinsichtlich ihrer Kontakte zu den imperialistischen Staaten und Israel fühlen sie sich selbstverständlich nicht an den Nationalen Pakt gebunden.

Spätestens seit den Christenmassakern 1860 (siehe oben) findet die Propaganda der Führer dieses Blocks bei den Maroniten offene Ohren, die behauptet, jede Reform würde die Maroniten als Religionsgemeinschaft und als Volk bedrohen, eine Sichtweise, die von der rechten bürgerlichen Presse hier während des gesamten Bürgerkriegs übernommen wurde und der israelischen Regierung als zweites Argument (nach den eigenen ,,Sicherheits''-interessen) für Interventionen dient. Außerdem fühlen sich die Maroniten — mit ihren traditionellen Bindungen zu Europa, besonders Frankreich — als Vorposten in einer halbbarbarischen islamischen Welt und höherzivilisiert als die Moslems (19).

Entsprechend dieser Ideologie waren die Maroniten grundsätzlich gegen eine Eingliederung der palästinensischen Flüchtlinge (Stärkung des moslemische Bevölkerungsteiles), die von ihnen nur als ,,Fremde'' bezeichnet werden, auch wenn sie Christen sind. Eine Vielzahl von Gesetzen sorgte für die besondere Unterdrückung der Palästinenser im Libanon. Selbst gemäßigte maronitische Führer wie Raymond Eddé waren immer gegen das Khiroer Abkommen von 1969 und für die Einschränkung der Bewegungsfreiheit der PLO.

Angesichts des Erstarkens der palästinensischen und der fortschrittlichen libanesischen Bewegung Ende der sechziger Jahre, bildeten sich anläßlich der Staatspräsidentenwahl 1979 zwei rechte maronitische Lager heraus.

Eine Gruppe bildete sich um den Präsidentschaftskandidaten Sarkis, der schon unter Schehab wichtige Positionen inne hatte. Sie setzte sich für die Weiterführung einer diktatorischen Politik in einem zentralisierten Staat zur Niederschlagung der fortschrittlichen Bewegung ein und befürwortete einen gewissen Ausgleich mit Syrien. Kern der anderen Gruppe war der 1968 gebildete Dreierblock (Gemayel, Eddé, Chamoun), der durch eine Stärkung der traditionellen Machtgruppen den Einfluß der neuen Gruppierungen zurückdrängen wollte. Staatspräsident wurde Suleiman Frangieh, der sich dieser Gruppe anschloß. Auch Jumblatt unterstützte ihn. Jumblatt versprach sich von dieser Taktik mehr Bewegungsfreiheit für die gerade gegründete Nationale Font (s. oben). Als Innenminister legalisierte Jumblatt die bis dahin verbotenen linken Organisationen. Der Einfluß der ,,Schehabisten'' wurde bis zum offenen Eingreifen Syriens in den Bürgerkrieg zurückgedrängt (s. unten).

Der 1958 gestürzte Staatspräsident Camille Chamoun hatte Anfang der sechziger Jahre die ,,Nationalliberale Partei'' gegen Schehab gegründet. Die Partei schließt nur traditionelle Führer zusammen, hat keine Massenbasis. Partei'' gegen Schehab gegründet. Die Partei schließt nur traditionelle Führer zusammen, hat keine Massenbasis. Chamouns Hochburg und Wählerpotential sind die Maroniten im Chouf (ebenfalls Siedlungsgebiet der Drusen). Chamoun befürwortet eine offen prowestliche Politik (siehe oben) und hat nie den Ausgleich mit den moslemischen Libanesen gesucht. Er ist strikt gegen jede Änderung des konfessionelen Systems.

Die größte Bedeutung hat in diesem Lager die Falange-Partei Gemayels. Diese Partei ist paramilitärisch nach faschistischem Vorbild organisiert. Die Führer der Falange propagierten einen unabhängigen Libanon, der sich stark an Europa und die europäische Kultur anlehnen sollte; damit wurde sie, trotz des angeblich überkonfessionellen Charakters zu einer rein maronitischen Partei. Die Falange-Partei stützt sich nicht auf einen alten maronitischen Familienclan. Ihre Stärke verdankt sie der breiten organisatorischen Tätigkeit als Partei und Jugendorganisation sowie ihren straff organisierten Milizen (20). Während ein gemäßigter Flügel in der Falange bereit ist (vertreten z.B. durch Amin und Pierre Gemayel), zu einem Ausgleich mit Syrien zu gelangen, hat der größere Teil ihrer Milizen (besonders unter Beshir Gemayel) jede Zusammenarbeit mit Syrien abgelehnt und in Israel den bevorzugten Bündnispartner gesehen (21). Diese ,,Vergangenheit'' Amin Gemayels war auch der Grund, weshalb die traditionellen Moslemführer ihn nach der Ermordung seines Bruders Beshir im September 1982 mit zum Staatspräsidenten wählten und die fortschrittlichen Organisationen diese Wahl zunächst begrüßten.

Suleiman Frangieh (Bloc Nouveau Central), der 1970 zum Staatspräsidenten gewählt wurde, ist der traditionelle maronitische Führer im Norden (Zghorta bei Tripoli). Frangieh hatte gute Beziehungen zu den konservativen moslemischen Führern, so auch zu dem heutigen Ministerpräsidenten Karame, dem traditionellen sunnitischen Führer von Tripolis. Im übrigen entpuppte sich Frangieh als der beste Vertreter der rechtsradikalen maronitischen Gruppierungen.

Mit dem Anwachsen der fortschrittlichen und palästinensischen Massenbewegungen Anfang der siebziger Jahre schlossen sich die Maroniten enger um die rechtsradikalen Führer zusammen: Chamoun, Gemayel, Frangieh.

Eddé verließ die maronitische Einheitsfront schließlich, weil er sich in dieser Situation für eine Abschwächung des politischen Konfessionalismus einsetzte und sich nicht angemessen an der Macht beteiligt sah. Er beteiligte sich auch nicht an den militärischen Auseinandersetzungen während des Bürgerkrieges und setzte sich zu Beginn des Bürgerkrieges für eine Neuverteilung der Macht zwischen Christen und Moslems ein. Er verbündete sich schließlich mit den traditionellen Moslemführern Karame und Jumblatt sten und Moslems ein. Er verbündete sich schließlich mit den traditionellen Moslemführern Karame und Jumblatt und versuchte zusammen mit ihnen 1976 die Front der Nationalen Einheit zu bilden. Von den anderen maronitischen Gruppierungen wurden deshalb schon während des Bürgerkrieges mehrere Attentate auf ihn verübt. Nach dem Bürgerkrieg ging er ins Exil (21).

Die rechtsradikalen maronitischen Führer arbeiteten seit 1973 ganz gezielt auf den Bürgerkrieg hin. In diesem Jahr hatte die libanesische Armee eine erneute Niederlage gegen die Palästinenser erlitten, als sie versuchte, die Vereinbarungen des Kairoer Abkommens rückgängig zu machen. Die Privatmilizen der einzelnen maronitischen Führer werden anstelle der Armee zu schlagkräftigen Truppen ausgebaut: die falangistischen Milizen Gemayels, die Tiger-Milizen Chamouns und die Zghorta-Befreiungsarmee (Marada-Milizen) Frangiehs. Geführt werden die Milizen jeweils von den Söhnen der drei.

Der Oktoberkrieg 1973 (zwischen Israel und Ägypten/Syrien) leitete die politische Lösung des Nahost-Problems im imperialistischen Sinne ein. Die Schwächung der PLO und der demokratischen Massenbewegung im Libanon (der einzigen in der Nahost-Region) war dafür Voraussetzung (23.). Syrien, Jordanien, Saudi-Arabien, Irak und die USA und Israel begannen, sich verstärkt in die innerlibanesischen Angelegenheiten einzumischen. Die maronitischen Milizen erhielten jordanische Waffen und jordanische Ausbilder — die jordanische Armee hatte sich 1970/71 bei der Zerschlagung des bewaffneten palästinensischen Widerstandes in Jordanien bestens bewährt —, saudisches Geld und Waffen aus Israel und den USA (24).

Bei einem Überfall falangistischer Milizen auf einen palästinensischen Bus im Beiruter Stadtteil Ain Ramanah im April 1975 wurden 55 Palästinenser ermordet. DerBürgerkrieg beginnt. Die gesamte maronitische Rechte stellt sich — mit Ausnahme Eddé — hinter die Falange-Partei, Staatspräsident Frangieh versuchte durch die Einberufung eines Militärkabinetts die fortschrittlichen Kräfte zu überrumpeln. Auf syrischen Druck — Syrien wurde von Jumblatt und der PLO um Einmischung gebeten — wurde ein ziviles Kabinett gegründet, dem zwar nicht die Falange-Partei angehörte, das aber nur aus konservativsten Mitgliedern zusammengesetzt war. Über den sunnitischen Ministerpräsidenten Karame behielt Syrien Einfluß auf die libanesische Politik (25).

Als die maronitische Rechte erfahren mußte, daß die libanesische Armee nicht gegen die fortschrittlichen Kräfte und Palästinenser einsatzfähig war, arbeitete sie gezielt auf eine Spaltung des Libanon hin. Haupteinflußgebiete der Maroniten wurden von anderen Minderheiten gesäubert — auch von Christen, wie die Vertreibung von etwa 15.000 Griechisch-Orthodoxen aus dem Gebiet um Kura zeigt, weil sie mit den fortschrittlichen Kräften sympathisierten (26) —, die Gebiete in Kämpfen abgerundet. Verschiedene syrische Vermittlungsversuche, den libanesischen Bürgerkrieg friedlich beizulegen und die Maroniten zu gewissen Zugeständnissen gegenüber den moslemischen Forderungen zu veranlassen, scheiterten an der Unnachgiebigkeit der Maroniten.

Als sich die militärische Lage entscheidend zugunsten der fortschrittlichen Kräfte wendete (27), bereitete Syrien durch Spaltung der fortschrittlichen Front die massive militärische Intervention zugunsten der Maroniten vor, die jetzt Seite an Seite mit den syrischen Truppen gegen die fortschrittlichen Kräfte vorgingen. Im September 1976 wurde aus den drei großen maronitischen Parteien und den während des libanesischen Bürgerkriegs entstandenen Milizen die Libanesische Front gegründet (28).

Von diesem Zeitpunkt an arbeitete die Libanesische Front ganz gezielt am Aufbau eines eigenen Staates, der sich auf die im Bürgerkrieg eroberten Gebiete (Ostbeirut und die Gebirgs- und Küstenregion bis nahe Tripoli) erstrecken sollte. Dies war in einem im Januar 1977 verabschiedeten Kommunique festgelegt worden, das im übrigen die Vertreibung aller Palästinenser aus dem Libanon und ihre Verteilung auf die arabischen Staaten vorsah (29)

Die syrischen Truppen hatten 1976 zwar die Niederlage der maronitischen Milizen verhindert; Syrien wollte aber werder einen maronitischen Staat, der eng mit Israel zusammenarbeiten würde, noch einen demokratischen Libanon. Die Libanesische Front begann deshalb in ,,ihrem'' Gebiet eine eigene Infrastruktur zu schaffen und enge Kontakte zu Israel aufzunehmen (30).



Zerstörtes Beirut

In der Libanesischen Front bestanden die alten Widersprüche hinsichtlich der Haltung gegenüber Syrien fort (s. oben). Innerhalb der Libanesischen Front konnte Beshir Gemayel seine Position in den folgenden Jahren stärken, indem er die Milizen gewaltsam vereinigte. 1978 wurde Tony Frangieh, Befehlshaber der Marada-Milizen, samt Familie und Vertrauten umgebracht. Suleiman Frangieh trat daraufhin aus der Libanesischen Front aus und suchte Schutz bei den syrischen Truppen. Damit war ein Rivale um die Macht im maronitischen Staat ausgeschaltet, der zudem eher zu einem Ausgleich mit den traditionellen Moslemführern bereit war und sich für die Einheit des Libanon einsetzte (31).

1980 holte Beshir Gemayel dann zu einem militärischen Schlag gegen die Tiger-Milizen der Nationalliberalen Partei aus, bei dem mehrere hundert Milizionäre getötet wurden, die übrigen vereinigten sich mit den falangistischen Milizen, die jetzt den Namen ,,Libanesische Streitkräfte''erhielten. Die Vorherrschaft der Falange-Partei und ihrer Milizen im maronitischen Teil des Libanon war damit gesichert; Camille Chamoun, ein alter Rivale um die Macht, weitgehend ausgeschaltet (seine traditionellen Einflußgebiete im Chouf-Gebirge waren seit Ende des Bürgerkriegs unter die Kontrolle der drusischen Milizen geraten).

Nach dem Einmarsch der israelischen Truppen in den Libanon im Juni 1982 wurde Beshir Gemayel, noch während die israelische Armee Beirut belagerte, zum neuen Staatspräsidenten ,,gewählt'' (32). Noch nicht im Amt fiel er, zusammen mit einer Reihe falangistischer Kommandeure, einem Bombenanschlag zum Opfer, dessen Urheber wahrscheinlich im eigenen Lager oder in der israelischen Armee zu suchen sind.

Die Politik Israels bezüglich des Libanon ist vor allem darauf gerichtet, die inneren Widersprüche anzuheizen und die Entstehung eines — auch wirtschaftlich wieder starken — Libanon zu verhindern(33).

Der nach dem Attentat zum Staatspräsidenten gewählte ,,gemäßigte'' Amin Gemayel versuchte zunächst, die falangistische Hegemonie über ganz Libanon auszudehnen. Im Mai 1983 unterzeichnete er das israelisch-libanesische Abkommen, das einen Truppenrückzug Israels von dem Abzug syrischer Truppen abhängig macht. Gegen dieses Abkommen bildete sich die Nationale Errettungsfront (Frangieh, Karame, Jumblatt), die die Kündigung des Abkommens (Ausverkauf nationaler Interessen), den Abzug der multinationalen Truppe aus Beirut und den Abzug der israelischen Truppen aus dem Südlibanon zum Ziel hatte.

Die israelische Regierung scheint selbst in der falangistischen Gemayel-Regierung nicht ihren einzigen und auserwählten Bündnispartner zu sehen, wie es die Teile der Falange-Partei tun, die das einseitige Bündnis mit Israel beschwören. Als sich Israel im September 1983 hinter eine befestigte Linie am Awali-Fluß zurückzog, waren die Grundlagen für neue innerlibanesische Auseinandersetzungen gelegt: Israel hatte, während der Besetzung des Chouf-Gebirges sowohl die drusischen als auch die falangistischen Milizen bewaffnet (34). In den folgenden Kämpfen mußten die Libanesische Armee und die Libanesischen Streitkräfte, unterstützt von der multinationalen Friedenstruppe, gegen die drusischen und schiitischen Milizen, unterstützt von Syrien, eine vernichtende Niederlage hinnehmen. Der Plan, einen Libanon unter Vorherrschaft der Falangisten zu errichten, war gescheitert.

Amin Gemayel mußte nach dem Rückzug der multinationalen Truppen das Abkommen mit Israel kündigen und der Bildung der Regierung der Nationalen Einheit sowie stärkerem syrischen Einfluß auf die libanesische Politik zustimmen. Im eigenen Lager stieß er dabei insbesondere auf den Widerstand Camille Chamouns, der schon immer gegen jeden Ausgleich mit Syrien war, der aber auch auf diese Weise alte Rechnungen mit den Falangisten begleichen und sich politisch profilieren wollte. Demonstrativ wurden über seinen Sohn Dany Chamoun die Kontakte zu Israel verstärkt (35).

Auch der weitaus größte Teil der

„Libanesischen Streitkräfte" (etwa 10.000 bis 15.000) lehnten trotz der militärischen Niederlagen im Chouf-Gebirge jeden Kompromiß ab (36). Ihr Kommandeur Fadi Frem erklärte schon vor der Nationalen Versöhnungskonferenz in Lausanne, daß seine Truppen die Entscheidungen und Beschlüsse nicht anerkennen würden. Er forderte eine kantonale Lösung und eine „strategische Allianz" mit Israel, da nur sie den libanesischen „Christen" die Gewähr bieten würde, sich im „moslemischen Meer" weiter als Insel behaupten zu können (37).

Nach den schweren bewaffneten Auseinandersetzungen in Beirut im Sommer dieses Jahres, sprach sich der Sprecher der Libanesischen Streitkräfte, Nahoum Farah, gegen den Sicherheitsplan der Regierung aus. Dieser Plan sieht den Abzug aller Milizen aus Beirut vor, zunächst von der Waffenstillstandslinie des Bürgerkrieges, die Beirut in den moslemisch bewohnten Westen und den von den falangistischen Milizen kontrollierten Osten teilt (38). Farah erklärte, Frieden im Libanon sei nur auf der Grundlage von Dezentralisierung möglich; jede Miliz solle in Zukunft für die Sicherheit jener Zone verantwortlich sein, die sie besetzt halte. Die Regierung Karame habe nicht das Recht, Libanon zu vertreten, das Kabinett stehe unter dem Einfluß der Syrer, die den größten Teil des Libanon besetzt halten würden und vor den Israelis abziehen müßten. Ein Dialog mit Syrien sei ausgeschlossen. Es sei an der Zeit, daß Pierre Gemayel (inzwischen eines natürlichen Todes gestorben) und Camille Chamoun aus der Regierung zurücktreten (39). Während die Falangisten ein zusammenhängendes Gebiet kontrollieren, gilt das für die übrigen religiösen Gemeinschaften nicht. Schon deshalb wenden sie sich gegen eine kantonale Lösung.


Das ehemalige Hauptquartier des US-Kontingents der multinationalen „Friedens"-Truppe nach dem Sprengstoffangriff im Jahre 1983.

Das fortschrittliche Lager: Die Nationale Front

Das fortschrittliche Lager: Die Nationale Front

Die von Kamal Jumblatt 1969 gegründete Nationale Front umfaßte folgende Organisationen:

Die **Progressive Sozialistische Partei** wurde von Jumblatt als überkonfessionelle Partei nach europäischem Vorbild gegründet. Die PSP setzte sich zum Ziel, die sozialen und politisch-konfessionellen Gegensätze im Libanon zu überwinden und forderte umfassende Sozialreformen, eine Agrarreform und die Verstaatlichung zentraler Bereiche der Volkswirtschaft, außerdem die Aufhebung des politischen Konfessionalismus. Die PSP betonte den arabischen Charakter des Libanon, den sie als laizistische Partei allerdings kulturell und nicht religiös bestimmt sah (40). Die PSP war immer stark von der Persönlichkeit Kamal Jumblatts bestimmt, der 1977 — wahrscheinlich im Auftrag des syrischen Regimes — ermordet wurde. Erst mit der Gründung der Nationalen Front stellte sich Jumblatt eindeutig auf die Seite der fortschrittlichen Kräfte im Libanon.

Die **„Libanesische Kommunistische Partei"** löste sich erst 1965 vollständig von der syrischen KP. Ende der sechziger Jahre änderte sie ihre politische Strategie. Im Rahmen einer „Volksfront"-Politik arbeitete sie mit den anderen fortschrittlichen Organisationen zusammen. Vor allem in der schiitischen Gemeinschaft hatte sie großen Einfluß. Sie beteiligte sich mit eigener Miliz an den Kämpfen im Bürgerkrieg (41). Ebenfalls großen Einfluß in der schiitischen Bevölkerung hatte die **„Libanesische Kommunistische Aktionsorganisation"** (Mohsen Ibrahim). Sie hatte sich 1968 von der Arabischen Nationalen Bewegung getrennt (42).

Unter den nasseristischen Organisationen sind **„Unabhängige Nasseristen"** unter Ibrahim Koleilat (bekannter ist ihre Miliz „Murabitun"), die vor allem unter den Sunniten in Beirut Anhänger fanden, die **„Union der Kräfte des arbeitenden Volkes"** unter Kamal Schatila (ebenfalls Beirut, aber von Syrien unterstützt) und die **„Bewegung des 24. Oktobers"** unter Faruk Mukkadam (auf Tripoli begrenzt) bedeutsam.

Die **„Libanesische Baath-Partei"** ist in einen prosyrischen (unter Issam Qansu) und einen proirakischen Flügel (unter Abd al-Majid al-Rafit) gespalten. Die Baath-Parteien machen jeweils die Politik ihres Herren. Zu erwähnen ist noch die **„Soziale Nationalistische Syrische Partei"** (oder „Syrische Volkspartei") (unter Inam Raad, meist abgekürzt PPS), die sich Anfang der siebziger Jahre ebenfalls dem linken Lager zuwendete, Anfang der dreißiger Jahre die Bildung eines Großsyriens forderte und von den faschistischen Bewegungen beeinflußt war (43).

Der Aufschwung der vorwiegend moslemischen Massenbewegung (auch wenn in den fortschrittlichen Parteien viele Christen organisiert waren) ließ den Einfluß der traditionellen Moslemclans sinken: Die traditionellen schiitischen Führer bildeten mit Chamoun Allianzen; die traditionellen moslemischen Führer (Karame, Salam) schlossen sich nur zögernd unter dem Druck der falangistischen Provokationen während des Bürgerkrieges dem

moun Allianzen, die traditionellen moslemischen Führer (Karame, Salam) schlossen sich nur zögernd unter dem Druck der falangistischen Provokationen während des Bürgerkrieges dem

fortschrittlichen Lager an (44).

Im Sommer 1975 — der Bürgerkrieg hatte schon begonnen — wurden in einem Dokument der Nationalen Front folgende Forderungen aufgestellt:

- Abschaffung des politischen Konfessionalismus (in Parlament, Regierung, Verwaltung, Justiz und Armee),
- Änderung des Wahlgesetzes (ein Abgeordneter je 10.000 Wähler unabhängig von der Religionszugehörigkeit),
- Unterstützung des palästinensischen Volkes in seinem Kampf für die Befreiung Palästinas,
- Reorganisation der Armee, damit sie ein wirksamer Schutz gegen die israelischen Übergriffe werde,
- Zurückdrängung bzw. Verstaatlichung der parasitären Handels- und Bankmonopole,
- Änderung des Bürgergesetzes (länge im Libanon lebende Ausländer müssen die libanesische Staatsbürgerschaft erhalten dürfen) (45).

Seit Beginn der siebziger Jahre versuchte das syrische Regime Einfluß auf die libanesische Politik zu gewinnen (46), und zwar zunächst über einige palästinensische Organisationen (insbesondere über die von Syrien gegründete palästinensische Guerilla-Organisation As-Saika und die Palästinensische Befreiungsarmee (47), die libanesische Baath-partei und ... die schiitische Gemeinschaft.

Gründung der AMAL

Die Schiiten gehörten in ihrer Mehrheit schon immer zur untersten sozialen Schicht im Libanon. Sie bewohnten hauptsächlich die von der libanesischen Zentralmacht am meisten vernachlässigten ländlichen Gebiete im Norden, Osten und Süden des Landes. Sie waren kaum an der Verteilung der Macht nach religiösem Proporz beteiligt, z.B. besetzten sie den einflußlosen Posten des Parlamentspräsidenten (48). Die Wirtschaftspolitik unter den schehabistischen Präsidenten (1958-1970) ruinierte die traditionelle Landwirtschaft. Durch Verbesserung der Infrastruktur überschwemmten Händler mit billigen landwirtschaftlichen Produkten bis dahin unerschlossene Gebiete. 1958 hatten noch 50 % aller Erwerbstätigen in der Landwirtschaft gearbeitet, 1970 waren es nur noch 20 %. Unmittelbar vor dem Bürgerkrieg arbeiteten 20 % der Bevölkerung in der Industrie, 60 % im rasch expandierenden Dienstleistungssektor (49).

Besonders die ländlichen Gebiete, in denen die Schiiten wohnten, waren von dieser Entwicklung betroffen. Immer mehr Bauern verloren ihr Land; große Farmen produzierten für den Außenhandel. Die landlos gewordenen Bauern wanderten in die Städte, besonders nach Beirut, und mußten dort in den Flüchtlingslagern und Slums leben. Die Abwanderung der Schiiten aus dem Süden hat hier seine Ursache; verschärft wurde die Situation durch die israelischen Angriffe und Interventionen (50).

Aufgrund dieser Entwicklung ist es nicht erstaunlich, daß gerade die beiden kommunistischen Organisationen

israelischen Angriffe und Interventionen (50).
Aufgrund dieser Entwicklung ist es nicht erstaunlich, daß gerade die beiden kommunistischen Organisationen

ihre Basis in der schiitischen Gemeinschaft fanden. Da sie sich in der gleichen schwierigen sozialen Situation wie die Palästinenser befanden, betrachteten gerade die Schiiten — wie die Nationale Front auch — die Palästinenser als ihre Bündnispartner.

Seit Beginn der sechziger Jahre wirkte allerdings auch ein schiitischer „Imam" im Libanon: Mussa Sadr, geboren in Iran und ausgebildet in der Heiligen Stadt Qom (51). Er begann im Libanon die Massen durch geschickte Predigten unter dem Banner eines reformistischen und dynamischen Islam zu sammeln. Im Mai 1969 wurde er zum Präsidenten des Hohen Schiitischen Rates gewählt (51 a); es gelang ihm allerdings nicht, den dominierenden Einfluß der Linken zurückzudrängen. Seit dem Beginn der siebziger Jahre arbeitete Mussa Sadr eng mit dem syrischen Regime zusammen (52). Im Februar 1974 gründete er die **„Bewegung der Benachteiligten"**, die sich u.a. zum Ziel setzte, *„die Feudalen und andere Ausbeuter"*, *„den Imperialismus"*, *„die expansionistischen Ziele"* Israels zu bekämpfen und *„den Konfessionalismus im jetzigen politischen System"* zu beseitigen. Die Bewegung stellte sich als Verteidiger a l l e r Benachteiligten da, ohne Unterschied der Religion, und sprach sich für *„die Einheit, die territoriale Integrität, die Unabhängigkeit und die Souveränität des Libanons"* aus. Im Sommer 1975 gründete er den militärischen Flügel der „Bewegung der Benachteiligten", die Miliz **„Amal"** („Hoffnung") (53).

Amal stellte sich während des Bürgerkrieges auf die Seite des fortschrittlichen Lagers. Immerhin gelang es Mussa Sadr auf diese Weise, einen weiteren Einbruch der kommunistischen Organisationen zu stoppen und auch den Einfluß der reaktionären schiitischen Assa-Familie und anderer traditioneller Clans zu brechen. Bis zum Bürgerkrieg protestierte die „Bewegung der Benachteiligten" immer wieder gegen die Versuche der Armee, die Palästinenser und schiitischen Bauern im Süden militärisch zu kontrollieren und die Selbstverteidigungsaktionen gegen die ständigen israelischen Überfälle zu unterbinden (54). Diese Haltung sollte sich völlig verändern.

Die Spaltung des fortschrittlichen Lagers

Während des versuchten Militärputsches Frangiehs im Mai 1975 baten sowohl Jumblatt als auch die PLO das syrische Regime um Eingreifen; Frangieh berief daraufhin den prosyrischen Karame zum Ministerpräsidenten. Die weitgehend zersplitterten fortschrittlichen Organisationen bildeten schließlich ein gemeinsames militärisches Oberkommando, die PLO stellte Ausbildungskapazitäten zur Verfügung, ohne bis zum Januar 1976 (Angriffe auf palästinensische Flüchtlingslager) selbst in die Kämpfe einzugreifen. Versuche, unter syrischer Schirmherrschaft eine politische Lösung des libanesischen Konfliktes zu erreichen, scheiterten an der Unnachgiebigkeit

suche, unter syrischer Schirmherrschaft eine politische Lösung des libanesischen Konfliktes zu erreichen, scheiterten an der Unnachgiebigkeit

der Maroniten, die gezielt auf einen Teilstaat hinarbeiteten. Im Januar griff das syrische Regime direkt in die libanesischen Auseinandersetzungen ein. In Syrien stationierte Einheiten der palästinensischen Befreiungsarmee (PLA) marschierten in die Bekaa-Ebene ein. Sehr schnell zeigte sich, daß Syrien nicht nur den Aufbau eines maronitischen Teilstaates verhindern, sondern vor allem die Bewegungsfreiheit der fortschrittlichen Kräfte und der Palästinenser drastisch einschränken wollte.

Die Spannungen zwischen der Nationalen Front und Syrien hatten sich nämlich sehr schnell verschärft, als deutlich wurde, daß Syrien für die Beibehaltung des konfessionellen Systems eintrat und die Krise nutzte, um seine Vorherrschaft über den Libanon zu errichten. Im „Hohen Militärischen Verbindungskomitee" arbeiteten zwar Schehabisten, syrische Offiziere und Geheimdienstler, PLO und PLA-Einheiten sowie Fortschrittliche zusammen; gleichzeitig versuchte Syrien gemeinsam mit Karame und Salam, den traditionellen sunnitischen Führern, die Zersetzung der fortschrittlichen Front zu beschleunigen. Die vom syrischen Geheimdienst kontrollierte palästinensische Organisation As-Saika provozierte durch Überfälle auf fortschrittliche Christen und linke, von Syrien unabhängige palästinensische Gruppen Spannungen innerhalb der Front und forderte so zur syrischen Intervention auf — und zwar besonders seit Mai 1976, als die fortschrittlichen Kräfte die maronitischen Milizen militärisch nahezu besiegt hatten. Mit dem Einmarsch der syrischen Truppen Anfang Juni zerbrach die Front.

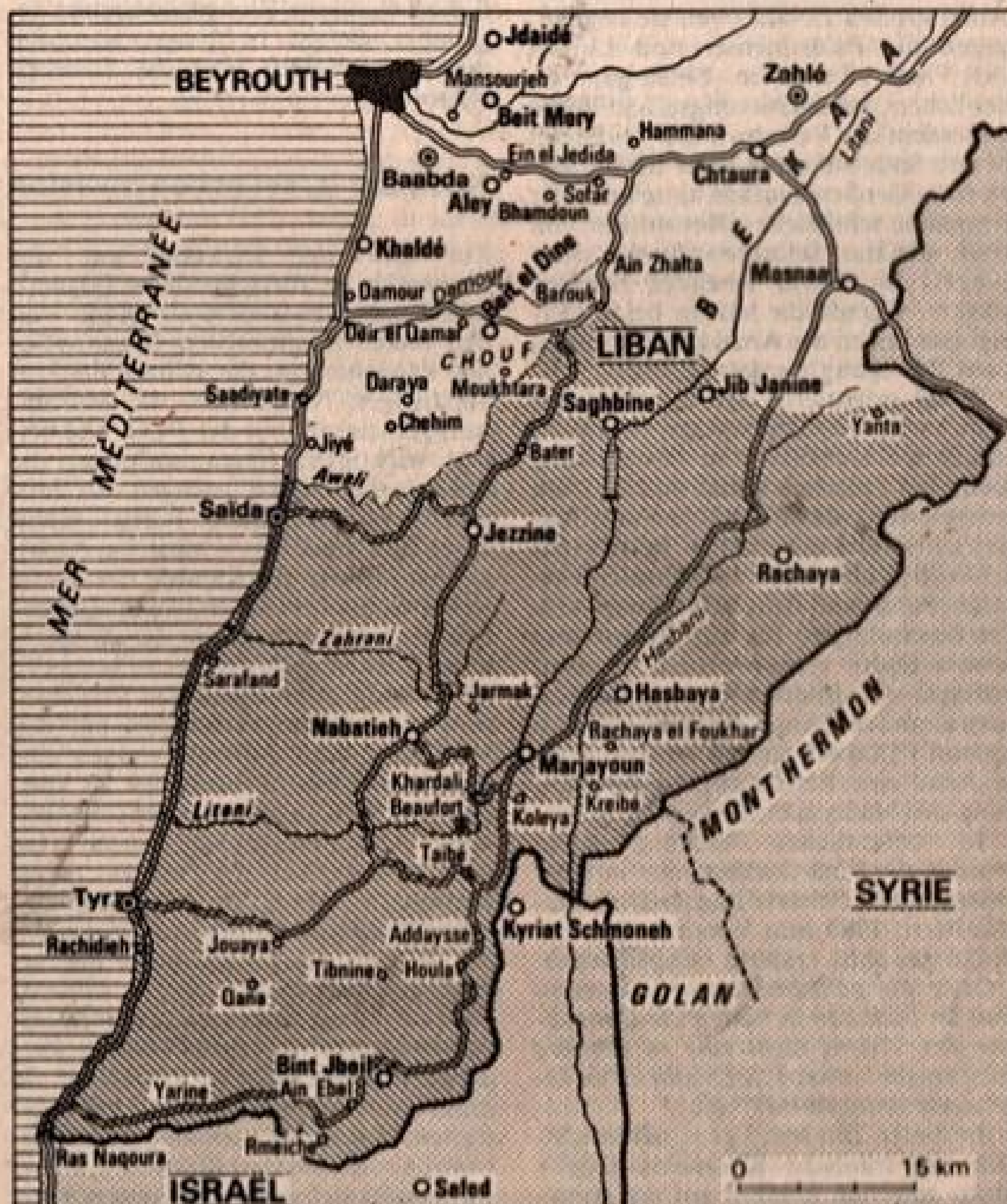
Von den palästinensischen Organisationen schlugen sich As-Saika und die PFLP/GC (Ahmed Jibril) (55) sofort auf die Seite Syriens, später beteiligten sich auch Al-Fatah und Demokratische Front an der Jagd auf syrienkritische palästinensische Organisationen (wie PFLP und PLF) (56). Auf libanesischer Seite schlossen sich die „Amal" von Mussa Sadr, die „Union der Kräfte des arbeitenden Volkes" (Schatila), die prosyrischen Baathisten und die Altschehabisten um Elias Sarkis, der schließlich von syrischen Gnaden gegen Raymond Eddé Staatspräsident wurde, den syrischen Truppen an (57). Gnadenlos wurden alle Gegner Syriens verfolgt, zigtausende wanderten in syrische Gefängnisse. Die Nationale Front war praktisch mit dem Einmarsch der syrischen Truppen zerfallen, 1977 wurde ihr wichtigster Führer, Kamal Jumblatt, ermordet.

Entwicklung des fortschrittlichen Lagers nach dem Bürgerkrieg

Die fortschrittlichen Organisationen, die in Opposition zu Syrien standen, schlossen sich nun in der Nationalen Bewegung zusammen; die prosyrischen Organisationen bestanden bis 1980 als Nationale Front weiter. Inzwischen hatte Syrien seine Position geändert.

Organisationen bestanden bis 1980 als Nationale Front weiter. Inzwischen hatte Syrien seine Position geändert.

Seit 1978 war es zu verstärkten militärischen Auseinandersetzungen zwischen maronitischen Milizen und syrischen Gruppen gekommen (s. unten). Zwischen Israel und Ägypten war unter Schirmherrschaft der USA ein separates Friedensabkommen geschlossen worden; Syrien wurde nicht beteiligt, obwohl es sich ja im Libanon — unter Beifall Israels und der USA — bei der Niederschlagung der palästinensischen und fortschrittlichen Kräfte so blendend profiliert hatte (58). Syrien stellte sich nun gemeinsam mit der PLO in das Lager der (arabischen) Staaten der Standfestigkeit und Konfrontation (59) und öffnete wieder die Nachschubwege für die PLO. Die fortschrittlichen libanesischen Kräfte wurden von Syrien nicht unterstützt. 1980 schlossen sich zunächst die syrischen Baathisten, dann die übrigen Organisationen der Nationalen Front der Nationalen Bewegung an, deren Vorsitzender Walid Jumblatt, Sohn des ermordeten Kamal Jumblatt wurde. Die schiitische Organisation Amal trat der Nationalen Bewegung nicht bei (60). Das im Juli 1977 veröffentlichte Programm war erheb-



Von Israel besetztes libanesisches Gebiet — aus: Le Monde, 20.9.84

Naher Osten

lich gemäßigter als das Programm der alten Nationalen Front. Es sprach sich nicht mehr für die Aufhebung des politischen Konfessionalismus aus, sondern betonte den libanesischen Arabismus (gegen großsyrische Bestrebungen), Wiederherstellung der Einheit des Libanon (die Maroniten hatten in ihren Gebieten eine eigene Verwaltung aufgebaut), Aufbau einer patriotischen und (religiös) ausgewogenen Armee, Verbesserung der libanesisch-palästinensischen Beziehungen, keine Einschränkung der bisher erkämpften palästinensischen Rechte im Libanon (61). Dieses formale Bekenntnis zur Palästinenserfrage im Libanon ist bis zur israelischen Intervention im Juni 1982 bestehen geblieben (s. unten).



Anders verhielt es sich mit der schiitischen Organisation Amal. Besonders seit 1978 wuchs die Anhängerschaft von Amal. Das hatte verschiedene Gründe. Die linken Kräfte waren durch den Bürgerkrieg geschwächt. Außerdem wurde im Süden durch die „christlichen" Milizen Major Haddads, unterstützt und verstärkt durch die israelische Armee, Terror gegen die Palästinenser und die Linken ausgeübt. Die ständigen israelischen Überfälle und Interventionen führten mit der Zeit außerdem zu starken Spannungen zwischen den Schiiten und Palästinensern. Die palästinensischen Organisationen hatten im Süden des Landes sicher eine Reihe von Fehlern gemacht, sich jedoch immer bemüht, diese zu ändern und der libanesischen Zivilbevölkerung Hilfe zu leisten, die sie von der libanesischen Regierung nicht erhielten (62). In diesem Klima erhielt Amal großen Zulauf, weil sie begann, gegen die Palästinenser und Linken (63) Front zu machen. Einen ganz erheblichen Solidarisierungseffekt hatte außerdem das Verschwinden des Imam Mussa Sadr auf einer Reise nach Libyen (64). Großen Einfluß hatte auch die siegreiche schiitische „Revolution" im Iran, die das Selbstbewußtsein vieler junger, im Elend lebender Schiiten stärkte. Gerade die letzten beiden Ereignisse haben die Amal zu einer religiösen Bewegung werden lassen.

Amal orientierte sich zunächst am Iran, was zu Beginn des iranisch-irakischen Konfliktes zu bewaffneten Kämpfen zwischen Amal und irakisch orientierten palästinensischen und libanesischen Organisationen führte (65) schließlich aber auch zu Kämpfen zwischen Fatah und Amal, da Libyen Arafat beschuldigte, für die Ermordung Mussa Sadrs verantwortlich zu sein. Ansätze zur Bildung eines gemeinsamen Komitees (Amal, libanesische Linke und PLO) scheiterten, ebenso lehnte Amal eine Beteiligung an der Führung der Nationalen Bewegung ab.

In öffentlichen Stellungnahmen wurden die Palästinenser jetzt in einer beispiellosen Schärfe angegriffen. Nabih Berri, 1980 zum Vorsitzenden von Amal gewählt, erklärte beispielsweise: *„Ohne die palästinensische Anwesenheit im Südlibanon hätten die Einwohner des Südens nicht eine so schwere Last tragen müssen ... Es gibt einen Interessensunterschied."* (66).

In dieser Zeit hatte ganz offensichtlich das iranische Khomeiny-Regime einen gewissen Einfluß auf die Amal-Bewegung, der in der Folgezeit allerdings zur Spaltung führen sollte. In der neugewählten Führung von Amal saß neben dem Sohn Mussa Sadrs auch der — damalige — iranische Außen- und Kriegsminister Tschamran (67). Berri erklärte das so: Mustafa Tschamran sei schon in der Gründungszeit von Amal als iranischer Flüchtling im Libanon Mitglied gewesen. Amal hätte zu den iranischen Führern wegen gleicher Ziele enge Bindungen, bliebe aber eine libanesische Bewegung (66).

Als das iranische Regime 10.000 Freiwillige in den Libanon schicken wollte, um Israel zu bekämpfen, kam es zu ernsthaften Spannungen mit dem Khomeiny-Regime und zur Spaltung von Amal im März 1982, also unmittelbar vor der israelischen Invasion.

Einfluß der religiösen Organisationen

Amal ist heute in drei Gruppierungen zerfallen: Die Hauptströmung wird von Nabih Berri repräsentiert; sie ist vor allem in Westbeirut gut durchorganisiert und spielt ebenfalls im israelisch besetzten Südlibanon eine wichtige Rolle im Kampf gegen die Besatzer. Mit den beiden kommunistischen Organisationen arbeitet sie in der Nationalen Widerstandsfront zusammen (68). Von dieser Hauptströmung hat sich ein israelfreundlicher Flügel abgespalten und die stark am iranischen Regime orientierte Islamische Amal von Hussein Mussawi. Mussawi betonte in einem Interview (69), daß er aus ideologischen Gründen mit keiner weltlichen oder gar kommunistischen Organisation zusammenarbeiten könne. Die 4. Amal-Konferenz im März 1982 habe die Partei zu einem unteilbaren Teil der Islamischen Revolution unter Imam Khomeiny erklärt. Hier bestehe eine Differenz zur Amal Berris. Die Islamische Amal sei außerdem gegen die Entscheidung gewesen, die israelischen Truppen nach Beirut hereinzulassen, mit den Falangisten zusammenzuarbeiten und auf Amerika zu setzen.

Die Islamische Amal wird von Syrien und Iran unterstützt und operiert vom Bekaa-Tal aus. Sie wurde für die Anschläge auf die amerikanische und französische Botschaft verantwortlich gemacht. Ebenfalls im Bekaa-Tal befinden sich iranische Pasdaran, verstärkt durch Libanesen, die gegen Sold
Anschläge auf die amerikanische und französische Botschaft verantwortlich gemacht. Ebenfalls im Bekaa-Tal befinden sich iranische Pasdaran, verstärkt durch Libanesen, die gegen Sold
angeheuert werden, und die Hezbollahs (Anhänger der Partei Gottes) von Scheich Abbas Mussawi.

Es wäre ganz sicher falsch, diese Strömungen zu verharmlosen: Als die libanesische Regierung die diplomatischen Beziehungen zu Iran wieder aufnahm, empfingen tausende begeisterter Schiiten den iranischen Botschafter auf dem Beiruter Flughafen. Im Bekaa-Tal versuchen diese Gruppierungen, eine Zwangsislamisierung durchzusetzen (70). Politisch sind sie außerdem unberechenbar. Welche Auswirkungen der religiöse Fanatismus auf die Amal Berris haben wird, bleicht abzuwarten. Sicher ist schon heute, daß die Religionszugehörigkeit bei den Schiiten erhebliche Bedeutung für die Politik gewonnen hat.

Ähnliches gilt für die sunnitische Gemeinschaft. Im letzten Jahr hatte beispielsweise Scheich Schabban in Tripoli die Islamische Einheitsbewegung gegründet, die sich in blutigen Kämpfen die Vorherrschaft über die Stadt sicherte 669).

Nach der israelischen Invasion

Zur Zeit der Invasion war das —ehemals — fortschrittliche libanesische Lager alles andere als einig. Von den linken libanesischen Organisationen kämpften nur die Milizen der Unabhängigen Nasseristen, die Murabitun, gemeinsam mit der PLO. Die beiden wichtigsten Organisationen, die über starke Milizen verfügen, die Progressive Sozialistische Partei Walid Jumblatts und die schiitische Amal, griffen nicht in die Kämpfe ein. Es ist sicher nicht übertrieben, wenn man behauptet, daß sich unter der libanesischen Linken nach der Vertreibung der PLO zunächst eine gewissen Erleichterung verbreitete, verbunden mit der Hoffnung, nun zumindest einen einheitlichen Libanon herstellen zu können. Der Generalsekretär der Libanesischen Kommunistischen Partei, Haoui, äußerte sich vielfach in dieser Richtung: *„Wir haben die Palästinenser vor folgende Wahl gestellt: entweder ein patriotischer Libanon, der der Sache der Palästinenser helfen könnte, oder der Verdacht der Anwesenheit der palästinensischen Armee, die das Vergangene zurückrufen wird, wird für die Libanesen schädlich sein und nur dazu dienen, den Zusammenhang für die israelische Invasion zu liefern." „Wenn die Israelis sich ohne Bedingungen zurückziehen, sind wir bereit zu gewährleisten, daß der Libanon nicht mehr zum Ausgangspunkt für militärische Aktionen gegen Israel wird, aber ohne Konzessionen hinsichtlich unserer Unterstützung der Sache der Palästinenser und unserer feindlichen Haltung gegenüber dem Zionismus."* (71).

Gegen eine bewaffnete Präsenz sprechen sich ebenfalls die PSP und Amal aus, allerdings hat die gesamte Opposition zugestimmt, daß die PLO in den Flüchtlingslagern wieder medizinische, politische, soziale und kulturelle Einrichtungen aufbauen darf (72).

Es scheint fast so, als machten diese Organisationen vor allem die PLO für die israelische Invasion und für die unlösbaren innerlibanesischen Verhältnisse verantwortlich. Die Interventionen Syriens, Israels und der USA im Libanon hatten aber immer auch das Ziel, die Entstehung eines demokratischen Libanon zu verhindern. Die Palästinenser für die libanesischen Probleme allein verantwortlich zu machen, gibt nur dann einen Sinn, wenn die alten Ziele der Nationalen Front, einen demokratischen und laizistischen Libanon anzustreben, längst aufgegeben sind und die Bereitschaft da ist, sich mit Syrien, Israel und dem falangistischen Lager zu arrangieren. Diese Bereitschaft war vor allem bei der PSP und Amal zu Beginn der israelischen Invasion und im ersten halben Jahr der Präsidentschaft Amin Gemayels da.

Erst die Besatzungspraktiken der israelischen Armee im Süden (willkürliche Unterdrückung und Zerstörung der wirtschaftlichen Strukturen) und der Versuch, einen falangistischen Staat zu errichten, haben PSP und Amal in die Opposition gebracht. Die militärischen Erfolge dieser Organisationen waren allerdings auch immer abhängig von der Hilfe Syriens. Gegen den Willen Syriens werden auch diese beiden Organisationen ihre politischen Ziele nich durchsetzen können. Ihre Forderung nach Entkonfessionalisierung des Libanon ist praktisch vom Tisch, verhandelt wird — unter syrischem Druck — nur über eine Neuverteilung des religiösen Proporzes (71).

Nahost-Kommission

Anmerkungen:
(1) Zur nationalen Versöhnungskonferenz, vgl. Teil 1 des Artikels in AK 247, S. 23/24
(2) Im Libanon werden Staatsämter und Par-

Anmerkungen:
(1) Zur nationalen Versöhnungskonferenz, vgl. Teil 1 des Artikels in AK 247, S. 23/24
(2) Im Libanon werden Staatsämter und Par-lamentssitze nach einem religiösen Proporz verteilt, der auf einer Volkszählung von 1932 beruht. Dieses System sichert die Vorherrschaft der Maroniten und den Einfluß der traditionellen Familien auf Staat und Politik und hat letztlich zur Spaltung des Libanon geführt. Berri und Jumblatt fordern die Aufgabe dieses gesamten Systems und nicht nur eine gerechtere Verteilung der Ämter.

(3) Alle heute wichtigen politischen Parteien wurden in den 50er und 60er Jahren gegründet, wobei allerdings nur die „Progressive Sozialistische Partei", die nasseristischen, baathistischen und kommunistischen Parteien — alles Organisationen, die ihre hauptsächliche Basis bei den moslemischen Gemeinschaften und bei den griechisch-orthodoxen Christen haben — einen überkonfessionellen Anspruch haben. Die Falange-Partei Pierre Gemayels und die Nationalliberale Partei Camille Chamouns dienten von Anfang an der Aufrechterhaltung der Vorherrschaft der Maroniten.

(4) Diese Organisationen profitierten von der Welle des arabischen Nationalismus und der anwachsenden sozialen Widersprüche. Das Scheitern des arabischen Nationalismus und die Reislamisierung sowie die Erfolglosigkeit dieser Gruppen, haben auch in der moslemischen Bevölkerung die Religion zum Mittel der Politik werden lassen.

(5) Die Maroniten sind eine mit der katholischen Kirche vereinte christliche Gemeinschaft, die seit dem 7.Jahrhundert im Libanon ansässig ist. Die guten Verbindungen mit Frankreich gehen auf die Unterstützung während der Kreuzzüge zurück. Die wichtigsten weiteren christlichen Gemeinschaften sind die römisch-katholischen Melkiten (unterstützen die Politik der Maroniten), die Griechisch-Orthodoxen (unterstützen hauptsächlich die Politik der Linken) und die Armenier (vgl. Wolfgang Köhler, Libanon, in Nohlen/Nuscheler, Handbuch Dritte Welt, Band 6, S. 399-419).

(6) Die Drusen sind Anhänger einer vom Schiismus abgespaltenen Geheimreligion, die im 11. Jahrhundert entstanden ist (vgl. Köhler a.a.O.).

(7) Die Schiiten spalteten sich schon in der Frühzeit des Islam von den Sunniten ab. Sie wurden im 13, Jahrhundert, nachdem die sunnitischen Mamelucken die Kreuzfahrer vertrieben hatten, zu einer verfolgten Minderheit in der Region. Sie stellen heute mit 40% der Bevölkerung die größte religiöse Gemeinschaft im Libanon (vgl. Köhler a.a.O.).

(8) Millet-System im Osmanischen Reich (vgl. Köhler a.a.O., Detlef Haritz, Der Bürgerkrieg im Libanon, 1977). Das Osmanische Reich erstreckte sich seit dem 16. Jahrhundert bis nach Ägypten.

(9) Die Sunniten sind weltweit mit Abstand die größte islamische Gemeinschaft. Im Libanon war ihr Anteil an der Bevölkerung schon 1932 kaum größer als der der Schiiten. Trotzdem erhielten die Sunniten neben den Maroniten den größten politischen Einfluß. Die Schiiten wurden erst 1967 als religiöse Gemeinschaft im Libanon anerkannt.

(10) Nach Schätzungen betrug der Anteil der Christen an der Gesamtbevölkerung 65%, der der Maroniten 33% (Haritz, a.a.O.,S.14)

(11) Die einzige Volkszählung lag also elf Jahre zurück. Danach betrug der Anteil der wichtigsten Religionsgemeinschaften: Maroniten 28%, Griechisch-Orthodoxe 9%, Melkiten 5%, Armenier und andere Christen 5%, Sunniten 22%, Schiiten 19%, Drusen 6% (Angaben nach Haritz, a.a.O., S. 22). Nach verschiedenen Schätzungen war das Verhältnis Christen/Moslems 1975 40 zu 60, heute soll es 30 zu 70 betragen. Die Schiiten machen dabei 40% der Bevölkerung aus, Sunniten 20% und Drusen 10% („Le Monde", 12./13.2.84).

(12) Nach dieser Verteilung ist der Staatspräsident (einflußreichster Posten) Maronit, der Ministerpräsident Sunnit, der Parlamentspräsident Schiit, der stellvertretende Ministerpräsident griechisch-orthodoxer Christ und der Oberbefehlshaber der Armee wieder Maronit (vgl. Haritz, a.a.O., S. 23).

(13) Bei den Maroniten sind das die Familien Chamoun, Eddé, Frangieh, die Familien Karame, Solh und Salam bei den Sunniten; bei den Drusen die Familien Jumblatt und Arslan, bei den Schiiten die Familie Assad.

(14) Frontstaaten gegen Israel waren bis 1967 Jordanien, bis zum Abschluß des Friedensvertrages mit Israel 1978 Ägypten, heute — den Worten nach — Syrien.

(15) 1952 waren in Ägypten die freien Offiziere durch einen Putsch an die Macht gelangt. Der ägyptische Präsident Nasser wurde, insbesondere nach der Verstaatlichung des Suez-Kanals und des anschließenden Krieges gegen Großbritannien, Frankreich und Israel, zum Symbol eines antiimperialistischen arabischen Nationalismus. 1958 erfolgte der Zusammenschluß mit Syrien; ebenfalls 1958 wurde im Irak der von Großbritannien eingesetzte Haschemitenkönig gestürzt.

(16) Diese Punkte sind im Kairoer Abkommen von 1969 festgelegt.

(17) Die nasseristischen und baathistischen Organisationen vertreten einen panarabischen Nationalismus und einen diffusen arabischen Sozialismus. In Irak und Syrien sind konkurrierende Zweige der Baath-Partei an der Macht. Die libanesische Kommunistische Partei trennte sich erst 1965 von der syrischen Kommunistischen Partei (1920 gegründet) und begann, im Libanon eine eigenständige Politik zu machen.

(18) Angaben in diesen ersten beiden Abschnitten nach Köhler a.a.O., Haritz a.a.O., Rabinovich, Zamir, Lebanon, in: Colin Legum (Hrsg.), Middle East Contemporary Survey, 1976/77, S. 492 (MECS)

(19) Haritz, a.a.O., S. 29

(20) ders. S. 27

(21) Colin Legum (Hrsg.), Middle East Contemporary Survey, 1979/80 (MECS)

(23) Mit der beginnenden diplomatischen Anerkennung der PLO (Anerkennung der PLO als alleinige Vertreterin des palästinensischen Volkes auf dem arabischen Gipfel in Rabat 1974, UNO-Auftritt Arafats (1974) gingen massive Versuche einher, sie militärisch zu schwächen und zu zerschlagen. 1975 scheiterte die Genfer Konferenz, die unter Schirmherrschaft der USA und der Sowjetunion auf der Basis der UN-Resolution 242 (Rückzug Israels aus den besetzten Gebieten) das Palästina-Problem verhandeln sollte. Hoffnungen auf einen palästinensischen Mini-Staat waren damit zerschlagen. Die USA und Israel dachten niemals daran, hier irgendwelche Zugeständnisse zu machen.

(24) Haritz, a.a.O., S. 60

(25) ders. S.68

(26) ders. S. 86

USA und Israel dachten niemals daran, hier irgendwelche Zugeständnisse zu machen.
(24) Haritz, a.a.O., S. 60
(25) ders. S.68
(26) ders. S. 86

(27) Im Mai 1976 kam das militärische Gleichgewicht zwischen den fortschrittlichen Kräften und den Maroniten vollends ins Wanken, trotz der vielfältigen Spaltungsversuche und Interventionen Syriens über die palästinensischen Organisationen As-Saika und die unter syrischer Kontrolle stehende Palästinensische Befreiungsarmee. Im Januar hatten die Palästinenser in die Kämpfe eingegriffen, im März spaltete sich die Libanesische Armee, zwei Drittel gingen als Arabisch-Libanesische Armee auf die Seite der Fortschrittlichen über, im Mai griffen auch die drusischen Milizen in die Kämpfe ein. Im Juni intervenierte die syrische Armee (vgl. Haritz, a.a.O., S.80 - 86).

(28) Die Libanesische Front wurde sehr stark von der maronitischen Kirche unterstützt, insbesondere der maronitischen Mönchsorden unterstützte mit Waffen und Geld die maronitischen Milizen. Zur Front gehören außerdem die „Wächter der Zedern", die sich 1969 aus der „Partei der Libanesischen Erneuerung" gebildet hatten und besonders berüchtigt für ihre Terroraktionen geworden sind: in Tel al-Zataar, 1976, in Sabra und Shatila 1982 und heute im israelisch besetzten Libanon (MECS, 1976/77).

(29) MECS, 1976/77, S. 509/510

(30) Die Falangisten erhielten von Israel vor allem militärische Hilfe. Israel hat aber nie auf einen Partner im Libanon gesetzt (siehe die Unterstützung für die Milizen Haddads im Südlibanon und die Gründung des „freien Libanon" 1978). Es war immer an der Schwächung der Zentralmacht interessiert, so auch unter dem prosyrischen Präsidenten Sarkis.

(31) Frangieh gründete zwar nach dem israelisch-libanesischen Abkommmen zusammen mit den traditionellen Moslemführern Karame und Jumblatt die Nationale Errettungsfront. Trotzdem sperrt er sich grundsätzlich gegen jede Beschneidung der Vorrechte der Maroniten .

(32) Er löste den Schehabisten und prosyrischen Präsidenten Sarkis ab, der 1976 „gewählt" wurde.

(34) Schon im Mai 1983 — als das israelisch-libanesische Abkommen geschlossen wurde — schrieb der militärische Korrespondent der israelischen Zeitung „Häaretz", Zeev Schiff: „Israel hat keine militärischen Verpflichtungen mehr gegenüber einer der libanesischen Fraktionen im Libanon — einschließlich der Falangisten — noch gegenüber irgendeiner anderen. Die neue Linie Israels ist, Kontakte und Einflußkanäle mit jeder Fraktion und Gruppe zu fördern...Diese Politik bedingt, daß Beziehungen mit jeder Gruppe und Fraktion gefördert werden sollten, die bereit ist, Kontakte mit Israel aufrechtzuerhalten, um so seinen Einfluß über größere Teile der libanesischen Bevölkerung auszuüben" (Merip-Report 118, Oct.1983).

(34) Israel nahm zum Beispiel Kontakte zu den Drusen auf, um sie für eine kantonale Lösung zu gewinnen (u.a. zu Jumblatt). Sie drängten Gemayel dazu, zwei oder drei Drusen in das Kabinett mitaufzunehmen, u.a. den rechten, zur Zusammenarbeit mit den Falangisten bereiten Drusenführer Majid Arslan (inzwischen ebenfalls verschieden), schließlich ließen sie sogar syrische Waffenlieferungen durch die israelischen Linien für die drusischen Milizen passieren (Merip-Report, 118, Oct.1983).

(35) Le Monde, 29.2.84

(36) Das Chouf-Gebirge wird von den Falangisten einem maronitischen Teilstaat zugerechnet, ebenso West-Beirut, aus dem die Schiiten (immerhin 500.000 Menschen) in den Süden zurück „geschickt" werden sollen.

(37) Süddeutsche Zeitung, 17./18.3.84

(38) Nach dem Sicherheitsplan sollen vorwiegend „christliche" Einheiten der libanesischen Armee die Kontrolle Ost-Beiruts übernehmen, während die schlechter ausgebildeten und ausgerüsteten „moslemischen" Einheiten die Kontrolle West-Beiruts übernehmen sollen.

(39) in Radio Monte Carlo, nach Neue Zürcher Zeitung, 27.6.84.

(40) Haritz, a.a.O., s.28

(41) ders. S. 53, MECS 76/77, S. 500

(42) Aus der Arabischen Nationalen Bewegung ist auch die PFLP (Habasch) hervorgegangen.

(43) MECS 1967/77, S. 501, Le Monde, 12./13.2.84

(44) Jim Muir, Lebanon's Godfathers, in: The Middle East, Oct. 83, MECS 1976/77, S. 502

(45) Haritz, a.a.O., S. 70

(46) 1970 war der heutige syrische Präsident Assad an die Macht gekommen. Als syrischer Luftwaffenchef hatte er gerade zuvor verhindert, daß die syrische Armee zugunsten der Palästinenser in den jordanischen Bürgerkrieg eingriff. Unter Assad stabilisierte sich das syrische Regime. Das syrische Regime fühlt sich auch heute noch als rechtmäßiger Erbe Großsyriens; es zweifelt die Legitimität eines eigenen libanesischen Staates (wie auch eines palästinensischen !) an, hat deshalb auch keine Botschaft im Libanon. Seinen Einfluß im Libanon kann Syrien am besten aufrechterhalten, wenn es „den Stock in der Mitte hält", also immer für ein Gleichgewicht zwischen den Bürgerkriegsparteien sorgt, ohne daß es zu einem einheitlichen demokratischen Libanon oder zu einem maronitischen Teilstaat in Abhängigkeit von Israel kommt (vgl. MECS 1976/77, S. 494).

(47) Die Palästinensische Befreiungsarmee war in allen Frontstaaten zu Israel stationiert, stand aber immer unter Kontrolle des jeweiligen Regimes.

(48) Nach einer Erhebung von 1974 waren die 85 wichtigsten Ämter folgendermaßen verteilt: 43 Christen, 22 Sunniten, 14 Schiiten, 6 Drusen (Le Monde, 12./13.2.84).

(49) Haritz, a.a.O., S. 35/36

(50) Muir, a..O.

(51) Le Monde, 12./13.2.84, Die Parallele zu Khomeiny ist augenfällig. Khomeiny lehrte in Qom und mußte nach den Aufständen von 1963 den Iran verlassen.

(51a) Der Hohe Schiitische Rat wurde neben dem Islamischen Gipfel gegründet, um der schiitischen Gemeinschaft mehr Einfluß zu sichern.

(52) MECS 1976/77, S. 494. In palästinensischen Kreisen wird Amal auch als syrische Gründung bezeichnet.

(53) Le Monde, 12./13.2.84

(54) Haritz, a.a.O., S. 55

(55) Die PFLP/GC von Ahmed Jibril spaltete sich daraufhin. Die Mehrheit bildete die Palästinensische Befreiungsfront (PFL), deren Hauptquartier 1978 in Beirut in die Luft flog. Die Rest-PFLP/GC spielt heute wieder eine besonders provokative Rolle in den Auseinandersetzungen innerhalb der PLO.

Hauptquartier 1978 in Beirut in die Luft flog. Die Rest-PFLP/GC spielt heute wieder eine besonders provokative Rolle in den Auseinandersetzungen innerhalb der PLO.

(56) Diese Kämpfe gingen (mit unzähligen Morden) weiter bis 1977/78, als angesichts des Jerusalem-Besuches Sadats und der Camp David-Abkommen die „Nationale Einheit" der PLO in den Mittelpunkt rückte, begünstigt allerdings dadurch, daß Syrien die PLO jetzt wieder für seine machtpolitischen Interessen brauchte. Syrien und Irak hatten bei allen Auseinandersetzungen innerhalb der PLO kräftig ihre Hände im Spiel.

(57) Haritz, a.a.O., S. 91

(58) Es war immer klar zwischen Israel und den USA, daß bei Friedensverhandlungen territoriale Zugeständnisse auf den Golanhöhen nicht gemacht würden.

(59) Damals: Syrien, Irak, Südjemen, Algerien, Libyen und die PLO

(60) Über die nationale Bewegung versuchte Irak, seinen Einfluß im Libanon geltend zu machen.

(61) MECS, 1976/77, S. 509/510

(62) Diese Entwicklung wurde durch die Fehler der PLO verstärkt, die erst ziemlich spät gegen bestimmte Auswüchse vorging, wie Erpressung von Schutzgeldern und Handel durch die Fedayin. Bewaffnung der Gedayin in Städten und Ortschaften wurde nicht mehr erlaubt. Alle PLO-Büros außerhalb der Flüchtlingslager wurden geschlossen. Die PLO unterstützte die libanesische Bevölkerung außerdem beim Wiederaufbau ihrer Häuser (MECS, 1979/80, S. 251).

(63) Amal war immer antikommunistisch. Ziel ihrer Gründung war ja auch, den Einfluß der kommunistischen Organisationen zurückzudrängen.

(64) Dient auch heute noch mysteriösen schiitischen Organisationen als Vorwand für alle möglichen Anschläge.

(65) ALF und proirakische Baath-Partei, besonders in der ersten Hälfte 1980.

(66) MECS, 1979/80, S. 619

(67) Tschamran befindet sich inzwischen im Paradies, weil er den Märtyrertod im Krieg gegen den Irak gestorben ist. Vorher hatte er aber noch viel Zeit, sein Unwesen auf Erden zu treiben: Gleich nach der iranischen Revolution machte er sich durch blutige Unterdrückung der Minderheiten (Kurden, Araber) einen Namen. Er war von Anfang an ein enger Vertrauter Khomeinys, mußte also schon länger mit ihm zusammengearbeitet haben.

(68) MERP-Report, 118, Oct. 1983

(69) The Middle East, Oct. 1983

(70) In einem Reisebericht schreibt der Vertreter von medico international, Hans Branscheidt, über den fundamentalistischen Terror in Baalbek u.a.: Im Fastenmonat Ramadan kann keine Frau ohne Tschador die Straße betreten, wer nicht fastet, wird erschossen.

(71) Le Monde, 23.2.84

(72) Le Monde, 23.3.84

(73) Eine Ausnahme bildet der Generalsekretär der Libanesischen Kommunistischen Aktionsorganisation, Ibrahim Mohsen, der an der Politik der Nationalen Bewegung folgendes kritisierte: religiöse Exzesse gegen fortschrittliche Christen (wenn auch in erheblich geringeren Maße als umgekehrt), trotz des erklärten Säkularismus der Bewegung; nicht genügende Unabhängigkeit von arabischen Staaten, besonders Syrien; nach der faktischen Teilung des Libanon 1976 habe die Nationale Bewegung nicht genügend für die unter ihrer Kontrolle stehende libanesische Bevölkerung getan (vgl. MERIP-Report, 118, Oct. 83).

(74) Le Monde, 17./18.6.84. In den Verhandlungen geht es um eine Erhöhung der Zahl der Parlamentssitze und um die Entkonfessionalisierung der Verwaltung.

15 Jahre britische Truppen in Irland

Wann kommt der Abzug?

Nordirland gilt heute als die mit Abstand konfliktreichste und gewalttätigste Region in Westeuropa, Brennpunkt nationaler und sozialer Kontroversen. Vom Baskenland einmal (mit Abstrichen) abgesehen, werden nirgendwo in Westeuropa politische und soziale Auseinandersetzungen auf einem mit Nordirland vergleichbaren Niveau geführt. Doch auch 15 Jahre nach der Intervention britischer Truppen in Nordirland harrt der Konflikt einer Lösung. Seit der Etablierung der IRA als ,,Peoples Army'' der katholischen / republikanischen Ghettos von Derry und Belfast herrscht eine militärische ,,Pattsituation'' zwischen den beiden militärischen Hauptkontrahenten, der IRA und der britischen Armee nebst ihren protestantischen / loyalistischen Hilfstruppen (R.U.C., die offizielle Polizei, und U.D.R., einer paramilitärischen Hilfstruppe aus ,,part-time'' Soldaten, die in Zukunft stärker an die Stelle der britischen Armee treten soll, im Sinne der ,,Ulsterisierung'' des Krieges''). Die Existenz einer ,,Pattsituation'' sowie die Unmöglichkeit einer rein militärischen Lösung, etwa in dem Sinne, daß die IRA die britische Armee ,,ins Meer jagd'', oder umgekehrt die britische Armee der IRA ein für allemal den Garaus macht, ist von beiden Seiten wiederholt eingestanden worden. Die IRA tat dies mehr oder weniger offiziell, indem sie als Ziel ihrer militärischen Kampagne politische Verhandlungen mit einem britischen Truppenrückzug aus Nordirland als anzustrebendes Resultat angab. Die britische Armeeführung und das Nordirlandministerium konstatierten wiederum ihrerseits in Geheimpapieren, die dem IRA-Geheimdienst ,,zugespielt'' und dann im IRA / SINN FEIN-Organ ,,AN PHOBLACHT'' publiziert wurden, die Unmöglichkeit eines militärischen Niederringens der IRA Und dies, obwohl die britische Armee, R.U.C. und U.D.R. der IRA sowohl quantitativ, als aber auch qualitativ (hinsichtlich der verfügbaren Kriegstechnologie) deutlich überlegen sind. Doch gelten für die Auseinandersetzungen zwischen IRA und britischer Armee andere Gesetze als für die Kriegsführung zwischen zwei ,,traditionellen / offiziellen Militärapparaten'': ,,*Von den Philippinen, bis zu den afrikanischen Kolonien Portugals, vom Baskenland bis Nordirland reihen sich die Beispiele für die Unfähigkeit der Militärapparate, mit einem Gegner fertigzuwerden, der seine Stärke aus der Artikulation der Klassenstruktur nationaler und internationaler ,Ordnung'*

tiv, als aber auch qualitativ (hinsichtlich der verfügbaren Kriegstechnologie) deutlich überlegen sind. Doch gelten für die Auseinandersetzungen zwischen IRA und britischer Armee andere Gesetze als für die Kriegsführung zwischen zwei ,,traditionellen / offiziellen Militärapparaten'': ,,*Von den Philippinen, bis zu den afrikanischen Kolonien Portugals, vom Baskenland bis Nordirland reihen sich die Beispiele für die Unfähigkeit der Militärapparate, mit einem Gegner fertigzuwerden, der seine Stärke aus der Artikulation der Klassenstruktur nationaler und internationaler ,Ordnung'*

zieht, der auf den unorganisierten Unfrieden struktureller Gewalt mit offener Gewalt, mit bewaffnetem Widerstand reagiert und es dabei zugleich vermeidet, den Konflikt auf jener Ebene militärischer Organisation auszutragen, auf der das Material, die Technologie, die große Militärmaschinerie unschlagbar sind — der offenen Schlacht'' (Krippendorf, Die Rolle des Krieges im kapitalistischen Weltsystem, 1983).

Vor dem Hintergrund der offensichtlichen Unmöglichkeit einer militärischen Befriedung (,,Lösung'') des Konfliktes durch die britische Armee muß die, seit dem Hungerstreik republikanischer Gefangener (dem ,,großen Hungerstreik'' 1981), mit zunehmender Intensität geführte Diskussion um einen Truppenabzug aus Nordirland betrachtet werden. Einerseits gelang es der IRA / SINN FEIN politisch stärker gegenüber London in die Offensive zu gehen und somit die militärische ,,Pattsituation'' durch politischen Terraingewinn zu ergänzen. Die z.T. imposanten Wahlerfolge der SINN FEIN entlarven die Behauptung Londons, die IRA erhalte lediglich von einer kleinen Minderheit der konfessionellen Minorität Unterstützung, als Propagandalüge. Des weiteren wurde die militärische Kampagne gegen die britische Präsenz in Nordirland fortgesetzt und forderte nicht nur auf dem unmittelbaren Kriegsschauplatz, sondern auch im ,,Heimatland'' der Truppen und im Zentrum London ihre Opfer. Kein anderes militärisches Engagement der britischen Armee nach dem zweiten Weltkrieg hat so viel Geld und Soldatenleben gekostert wie der Krieg in Nordirland. Die ökonomischen Vorteile, die England aus der Zugehörigkeit Nordirlands zum ,,United Kingdom'' verbucht, stehen bereits seit einiger Zeit in keinem Verhältnis zu den getätigten materiellen und humanen Investitionen. Auch dies ist ein Grund für den im Zentrum des ,,United Kingdom'' selbst wachsenden Unmut über die andauernde militärische Präsenz in Nordirland, der allerdings keineswegs antiimperialistischen Charakters ist.

Loyalisten und Republikaner

In Anbetracht einer für England eher nagativen ökonomischen Kosten-Nutzen-Bilanz, drängt sich die Frage auf, warum London überhaupt noch am völkerrechtlichen Status Quo bezüglich Nordirland festhält, anstatt die Austragung des Konfliktes an die nordirischen Konfliktparteien zu delegieren. Gegenüber der Öffentlichkeit wird der Verbleib Nordirlands im United Kingdom und die Truppenpräsenz mit dem Verweis auf die loyalistische / unionistische Mehrheit (was bedeutet, daß den Loyalisten ein ,,Veto-Recht'' hinsichtlich eventueller Veränderungen des Status Quo eingeräumt wird) sowie der Behauptung, ein Abzug würde zwangsläufig einen mörderischen Bürgerkrieg heraufbeschwören, legitimiert. Was den Verweis auf die Mehrheitsverhältnisse in Nordirland (in Gesamtirland wären die Loyalisten hingegen eine deutliche Minderheit) anbetrifft, so wird sich das Denken der Protestanten / Loyalisten (inklusive der protestantischen / loyalistischen Arbeiterklasse) genau so lange nicht ändern, wie sie durch England ökonomische, politische und militärische Deckung erfahren. Von daher ist es auch hilflos, wenn einige außerirische / westeuropäische Linke die Einheit von protestantischer und katholischer Arbeiterklasse beschwören, in der Illusion, sie ließe sich durch gutgemeinte Appelle an ein konstatiertes ,,objektiv'' (?) gegebenes ,,gemeinsames Klasseninteresse'' herbeireden. Ein Umdenken der von reaktionären Ideologien hegemonisierten protestantischen / loyalistischen Arbeiterklasse setzt eine in jeder Hinsicht erfolgende Abnabelung vom imperialistischen Mutterland voraus. Was die Behauptung von der Zwangsläufigkeit eines Bürgerkrieges anbetrifft, bei dem es dann zu einem physischen Ausrottungsfeldzug gegen die katholische / republkanische Minorität kommen würde, so verweist diese Behauptung auf jene protestantischen / loyalistischen Progrome, die der Ankunft britischer Truppen vorausgingen. Dabei wird verschwiegen, daß die Anzahl

Ein Umdenken der von reaktionären Ideologien hegemonisierten protestantischen / loyalistischen Arbeiterklasse setzt eine in jeder Hinsicht erfolgende Abnabelung vom imperialistischen Mutterland voraus. Was die Behauptung von der Zwangsläufigkeit eines Bürgerkrieges anbetrifft, bei dem es dann zu einem physischen Ausrottungsfeldzug gegen die katholische / republkanische Minorität kommen würde, so verweist diese Behauptung auf jene protestantischen / loyalistischen Progrome, die der Ankunft britischer Truppen vorausgingen. Dabei wird verschwiegen, daß die Anzahl

der Opfer sektiererischer Angriffe auf die republikanische Minorität (ganz zu schweigen, von den Hunderten von Katholiken und Republikanern, die von der britischen Armee ermordet wurden) nach Ankunft der Truppen noch gestiegen ist. Die britische Armee ist zweifellos die gewalttätigste aller Konfliktparteien, sie hat die meisten Menschenleben in diesem Konflikt auf dem Gewissen und den loyalistischen Terrororganisationen und Sicherheitskräften bei ihren Angriffen auf die Minorität wiederholt indirekte und direkte Unterstützung geleistet. Der Abzug der ,,boys'' würde also das gegen die Minorität gerichtete Gewaltpotential verringern. Zudem gibt es einen gewichtigen Unterschied zu der Situation, wie sie vor Ankunft der Truppen und zur Zeit der sektiererischen Unruhen bestand: die IRA befand sich damals in einem völlig desolaten Zustand. IRA wurde damals in den republikanischen / katholischen Ghettos mit ,,I RUN AWAY'' übersetzt. Erst Anfang der 70er Jahre und nach der Abspaltung vom alten Dubliner Hauptquartier gelang es den ,,Provos'', sich als ,,Verteidigungsarmee'' und effektive Interessensvertretung der Minorität zu etablieren. Die IRA ist heute ein militärischer Faktor in der Auseinandersetzung, dessen Existenz und Stärke auch die protestantischen / loyalistischen Paramilitärs Rechnung tragen müssen. UDA (Ulster Defence Association, die größte und zugleich einzig legale paramilitärische Organisation in Nordirland) u.a. einerseits sowie IRA und INLA andererseits, würden sich wahrscheinlich eher gegenseitig paralysieren. Die Gefahr eines anti-katholischen / anti-republikanischen Pogroms dürfte wesentlich größer ein, solange die britische Armee in Nordirland steht und die Protestanten / Loyalisten sich ihrer



Oktober-Ausgabe '83 von ,,Phoblacht'' zum Ausbruch der 38 politischen Gefangenen.

Unterstützung versichern können. Ken Livingstone, Labour-Bürgermeister von Groß-London, hat zur Möglichkeit eines neu aufflammenden Bürgerkrieges kürzlich erklärt: ,,*Die protestantischen Terroristen würden sich an einem Bürgerkrieg nicht beteiligen. Sie würden wissen, daß internationale Kräfte sie stoppen würden. Die Balance des Terrors zwischen beiden Seiten würde einen derartigen Krieg stoppen und die Iren könnten sich zusammensetzen, um eine neue Verfassung auszuarbeiten*'' (MAGILL, August 1984). Auch wenn man die Diktion nicht teilt, stimmt in jedem Fall: Tatsächlich setzt ein loyalistisches / protestantisches Umdenken einen britischen Truppenabzug voraus. Ohne die militärische Deckung Londons wären die Loyalisten / Protestanten angesichts der Stärke der ,,Provos'' zum Pragmatismus gezwungen. Tatsächlich haben protestantische / loyalistische Paramilitärs und IRA bereits wiederholt an einem Tisch gesessen. Im Januar 1975 wurde die Initiative zu einer ,,Dreiparteienkonferenz'', mit ,,Provos'' Loyalisten und Nordirlandministerium als verhandelnde Konfliktparteien, ergriffen. Die vorbereitende und leitende Kommission, die niemals offiziell bestätigt wurde, bestand aus Sean McBride (ehemailiger Außenministerr der Repu-

nabzug voraus. Ohne die militärische Deckung Londons wären die Loyalisten / Protestanten angesichts der Stärke der ,,Provos'' zum Pragmatismus gezwungen. Tatsächlich haben protestantische / loyalistische Paramilitärs und IRA bereits wiederholt an einem Tisch gesessen. Im Januar 1975 wurde die Initiative zu einer ,,Dreiparteienkonferenz'', mit ,,Provos'' Loyalisten und Nordirlandministerium als verhandelnde Konfliktparteien, ergriffen. Die vorbereitende und leitende Kommission, die niemals offiziell bestätigt wurde, bestand aus Sean McBride (ehemailiger Außenministerr der Repu-

blik Irland, Gründer von ,,amnesty international'', Friedensnobelpreisträger sowie wiederholt auch als Anwalt von SINN FEIN in Erscheinung getreten, zuletzt vor den EG-Wahlen, als die südirische Regierung die Ausstrahlung von ,,Provo''-Wahlspots untersagte), der Belfaster Anwalt Desmond Boal (der als fähigster Anwalt Nordirlands gehandelt wurde) und dem ehemaligen Führer der britischen Liberalen Jo Grimmond. Unter der Ägide der Kommission wurden Treffen zwischen ,,Provo''-Führern und dem damals noch existierenden protestantischen / loyalistsichen Zusammenschluß ULCCC abgehalten. Die Aufnahme der Verhandlungen korrespondierte zeitlich mit dem Aufkommen einer politischen Strömung im loyalistischen / protestantischen Lager, die später als ,,Ulster-Nationalismus'' klassifiziert wurde und insbesondere in den seinerzeitigen politisch-strategischen Diskussionen von UDA und New Ulster Political Research Group (N.U.R.P.G.) ihren Ausdruck fand. Der ,,Ulster-Nationalismus'' bedeutete eine Radikalisierung des ,,autonomistischen Gehaltes'' des protestantischen Unionismus und gipfelte in der Forderung nach ,,nationaler Selbstbestimmung'' Nordirlands, nach Unabhängigkeit sowohl von Dublin als aber auch von London. Tom Nairn charakterisierte in diesem Zusammenhang den Unionismus als ,,deformierte Form einer Autonomiebewegung'' (Tom Nairn, The Break-Up of Britain 1981). Das Aufkommen des ,,Ulster-Nationalismus'' resultierte aus dem materiellen Bedeutungsverlust des englischen ,,Mutterlandes'' für die Protestanten, dem anhaltenden Niedergang des ehemaligen imperialistischen Zentrums sowie den z.T. gegen spezifische protestantische Vorherrschaftsinteressen gerichteten Versuchen einer Neuanbindung der ge-

> **Nordirland 1984**
>
> Nicht weniger als 324 Menschen wurden in der ersten Hälfte des Jahres 1984 wegen ,,terroristischer Aktionen'' bzw. ,,Unterstützung des Terrorismus'' angeklagt. 34 wurden des Mordes, 38 des versuchten Mordes beschuldigt. Im gleichen Zeitraum wurden 126 Feuerwaffen, 21934 Schuß Munition 10, 946 Pfund Sprengstoff beschlagnahmt. Dies teilte Nordirlandminister Prior während einer Fragestunde zum Nordirlandkonflikt dem Unterhaus mit (Zahlenangaben nach ,,Irish News'' v. 27.7.1984).

samten Insel an den Imperialismus. Von daher blieb der ,,Ulster-Nationalismus'' eine äußerst ambivalente Erscheinung: War die Forderung nach ,,nationaler Selbstbestimmung'' lediglich eine Floskel, um die weitere Vorherrschaft der Protestanten in Nordirland zu sichern, etwa durch Rückkehr zum auch seitens des Imperialismus für ,,anachronistisch'. erklärten ,,Orange System'', oder bezog er sich auf eventuelle gemeinsame regionale Traditionen, ein gemeinsames ,,historisches Erbe'' von Katholiken und Protestanten in Ulster, das quer zu den bis dahin dominierenden und offen-

samten Insel an den Imperialismus. Von daher blieb der ,,Ulster-Nationalismus'' eine äußerst ambivalente Erscheinung: War die Forderung nach ,,nationaler Selbstbestimmung'' lediglich eine Floskel, um die weitere Vorherrschaft der Protestanten in Nordirland zu sichern, etwa durch Rückkehr zum auch seitens des Imperialismus für ,,anachronistisch'. erklärten ,,Orange System'', oder bezog er sich auf eventuelle gemeinsame regionale Traditionen, ein gemeinsames ,,historisches Erbe'' von Katholiken und Protestanten in Ulster, das quer zu den bis dahin dominierenden und offen-

sichtlichen Dualismen zwischen den beiden ,,communities'' lag? Doch zurück zu den Verhandlungen. In zwei wesentlichen Punkten zeichneten sich vorübergehend Übereinstimmungen zwischen ,,Provos'' und ULCCC ab: Beide Gruppen wurden sich dahingehend einig, daß es Zeit für einen Abzug der britischen Truppen sei. Übereinstimmung herrschte auch bezüglich der politischen Gefangenen in Nordirland. Alle politischen Gefangenen, ob loyalistisch oder republikanisch, sollten unter eine Generalamnestie fallen (das Verhältnis republikanischer Gefangener — loyalistischer Gefangener beträgt etwa 5:1. Zu jener Zeit gab es allerdings relativ viele loyalistische Gefangene).

Hingegen existierten prinzipielle Meinungsunterschiede in der Beantwortung der Frage, was an die Stelle der Londoner Direktherrschaft als regierende Autorität etabliert werden solle. Die ,,Provos'' favorisierten ein Provinzparlament, das sich aus Abgeordneten aller 9 Grafschaften der historischen Provinz Ulster, also auch denjenigen 3 Grafschaften, die zur Republik Irland gehören und, mit Blick auf die Mehrheitsverhältnisse, bei der Konstituierung des nordirischen Staates bewußt ausgespart blieben. Das Provinzparlament sollte in einigen Angelegenheiten Verbindungen zur südirischen Regierung in Dublin unterhalten. Die Forderung der ,,Provos'' bestand somit nicht in der Wiedervereinigung von Nord und Süd. Doch die loyalistischen Gruppen dachten an einen weiterhin nur aus 6 Grafschaften bestehenden unabhängigen nordirischen Staat, der weder zu London noch zu Dublin besondere Beziehungen unterhalten sollte. Beide Parteien lehnten eine Involvierung des Nordirlandministeriums in diesem Stadium der Suche nach einer ,,Zwischenlösung'' ab. Erst nach Erlangung einer Übereinkunft zwischen den ,,domestic powers'' sollte London an den Verhandlungstisch gerufen werden, um dann den Modus eines Truppenabzuges auszuhandeln. Die Verhandlungen scheiterten schließlich an einem von Paisley organisierten neuerlichen loyalistischen Streik im Mai 1977, der Differenzen in der protestantischen ,,community'' offenkundig werden ließ und zum Auseinanderbrechen der ULCCC-Koalition sowie der ablehnenden Haltung Londons und der erzkonservativen Regierung in Dublin führte. Als Ergebnis blieb lediglich ein Waffenstillstand zwischen IRA und UDA. Sean McBride erklärte später zu seinem Ansatz der Konfliktlösung: ,,*Der Versuch in Nordirland eine Vereinbarung ohne ,die harten Männer' zu erzielen, wäre dasselbe, wie zu versuchen, im Mittleren Osten eine Vereinbarung ohne die PLO oder in Namibia ohne die SWAPO zu treffen*''. Laut McBride hätte das Ziel gelautet, zunächst einmal Übereinstimmung zwischen den beiden ,,extremen Fraktionen'' herzustellen, um dann, zu einem späteren Zeitpunkt, auch London und Dublin in die Verhandlungen mit einzubeziehen. Offensichtlich waren aber weder London noch Dublin an einer derartigen Lösung, die die einzige mögliche ,,Zwischenlösung'' dargestellt hätte, interessiert.

Neutralismus versus NATO

Es wurde (in der hier gebotenen Kürze) der Beweis erbracht, daß der britische Verweis auf die nordirischen Mehrheitsverhältnisse letztendlich vorgeschoben und das Szenario eines blutigen Bürgerkrieges im Falle eines Truppenabzuges (ohne interkonfessionellen Konsens über die Zukunft Nordirlands) eine durch nichts zu belegende Behauptung ist. Aber auch unter rein ökonomischen Gesichtspunkten besitzt Nordirland heute nicht mehr die Attraktivität, die eine militärische Okkupation mit rein ökonomischen Motiven erklären könnte. Die ökonomische Anziehungskraft der ,,grünen Insel'' auf den Imperialismus der westlichen industriekapitalistischen Länder hat in den 70er Jahren arg nachgelassen. Im Gegensatz zu den späten 60er und den frühen 70er Jahren wird der Nordirlandkonflikt heute im zunehmendem Maße dem Ost-West-Konfliktmuster untergeordnet. Seit einigen Jahren wird in Großbritannien mit Penetranz die Gefahr eines ,,europäischen

ökonomischen Gesichtspunkten besitzt Nordirland heute nicht mehr die Attraktivität, die eine militärische Okkupation mit rein ökonomischen Motiven erklären könnte. Die ökonomische Anziehungskraft der ,,grünen Insel'' auf den Imperialismus der westlichen industriekapitalistischen Länder hat in den 70er Jahren arg nachgelassen. Im Gegensatz zu den späten 60er und den frühen 70er Jahren wird der Nordirlandkonflikt heute im zunehmendem Maße dem Ost-West-Konfliktmuster untergeordnet. Seit einigen Jahren wird in Großbritannien mit Penetranz die Gefahr eines ,,europäischen

Kubas'' vor der Küste Englands beschworen. Wenige Tage vor dem letzten SINN FEIN-Parteitag warnte Nordirlandminister Prior, daß Irland das ,,Kuba Großbritanniens'' werden könnte, wenn SINN FEIN vom Radikalsozialisten Gerry Adams übernommen werde und so schnell wie bisher ihre politische Macht in Nordirland ausweite (,,FAZ'' v. 15.11.83). Im Falle eines SINN FEIN-Wahlsieges über die S.D.L.P. werde es für London praktisch unmöglich, Nordirland weiter zu regieren (ebenda). Im ,,Daily Telegraph'' philosophierte ein Herb Greer über die Folgen einer ,,Provo''-Machtübernahme im Norden. Ein ,,links-faschistischer Staat'' nach dem Vorbild Nicaraguas würde sich etablieren und enge Verbindungen zur Sowjetunion eingehen. In Mitten des Geltungsbereiches der westlichen Allianz entstände ein ,,linksradikaler Satellit'' von Moskaus Gnaden (,,Daily Telegraph'' v. 16.3.1984). Tatsächlich dürfte Tony Benn Recht haben, wenn es in der Präambel seines Gesetzentwurfes für einen Truppenabzug u.a. heißt: ,,*Einer der Hauptgründe für einen britischen Verbleib in Nordirland ist strategischer Natur, da weder die amtierende britische noch die amtierende US-Regierung eine Wiedervereinigung Irlands unter neutralen Vorzeichen akzeptieren wollen*'' (,,Guardian'' v. 17.8.1984). Dublin kann ,,den Norden haben'' und zusätzlich noch einen Haufen Dollars zur Aufrüstung der ,,Free-State-Army'', allerdings nur um den Preis eines NATO-Beitritts der Republik. Denn ansonsten geht der NATO mit Nordirland ein als geostrategisch für bedeutsam empfundenes Inselterritorium verloren. Aber für die Dubliner Regierung, wie NATO-nah

Fortsetzung nächste Seite

Fortsetzung von vorheriger Seite

sie auch immer ist, kann ein Beitritt zur NATO aus innenpolitischen Erwägungen so lange nicht zur Diskussion stehen, wie Truppen eines NATO-Mitgliedsstaates den ,,Norden'' militärisch besetzt halten. Da auch der NATO der Spatz (Nordirland) in der Hand sicherer ist als die Taube (Nord- und Südirland) auf dem Dach, da aufgrund der abnehmenden ökonomischen Relevanz der Insel für den Imperialismus die Modernisierung des nordirischen Staatswesens nicht unmittelbar erforderlich ist, da bislang sämtliche Versuche einer Wiedervereinigung von Nord und Süd unter imperialistischen Vorzeichen und einer Neuanbindung der Insel an das imperialistische System gescheitert sind, ist die aktuelle Politik der Thatcher-Administration eher auf Konservierung des ,,Status Quo'' (als kleineres Übel) ausgerichtet, denn auf die Formulierung weiterer progressiv-imperialistischer Lösungsmodelle.

Die britische Öffentlichkeit und die Frage des Truppenabzuges

Laut Meinungsumfragen, wie sie während der 70er und in den frühen 80er Jahren wiederholt getätigt wurden, votiert eine Mehrheit der englischen Öffentlichkeit für einen Abzug der Truppen aus Nordirland. In einer von der ,,Sunday Times'' am 21.Dezember 1981 veröffentlichten Umfrage sagten 63% der Befragten, daß sie im Falle eines Referendums über den zukünftigen





Status Nordirlands gegen einen Verbleib der ,,6 counties'' im ,,United Kingdom'' stimmen würden. Eine Umfrage der ,,New Society'. vom 21.September 1981 kam zu dem Ergebnis, daß 54% einen Abzug aus Nordirland, ganz gleich, ob sofort oder aber in einem Zeitraum von 5 Jahren, befürworten würden. In einer im ,,Daily Star'' vom 15. Mai 1981 veröffentlichten Erhebung des renommierten Meinungsforschungsinstituts ,,MORI'' waren es sogar 59% der Befragten, die sich für einen Truppenabzug aussprachen. Wesentlich geringer fällt jedoch immer die Anzahl derer aus, die eine irische Wiedervereinigung als Modell einer mittel- bis langfristigen Lösung bejahen. In der bereits zitierten ,,New Society''-Umfrage sind es lediglich 21%. Doch ist auch hier eine langsam wachsende Unterstützung zu registrieren. Eine nach den Vorfällen anläßlich des Belfaster-Galvin-Auftrittes durchgeführte ,,MORI''-Untersuchung ergab, daß immerhin 61% der Öffentlichkeit ein Recht der Republik Irland auf Teilhabe an der Formulierung einer politischen Lösung für Nordirland akzeptieren. Es wäre allerdings zu kurz gegriffen, zu behaupten, die wachsende Befürwortung eines Rückzuges aus Nordirland beruhe in der Erkenntnis des imperialistischen Charakters britischer Nordirlandpolitik. Es ist die trotz hoher Opfer offensichtliche Erfolgslosigkeit der britischen Intervention, die immer mehr Briten (auch im ,,Kernland'' England) zur Unterstützung der ,,Rückzugsposition'' veranlaßt. SINN FEIN und IRA hegen diesbezüglich nicht die Illusion, daß die pure Agitation schon zur antiimperialistischen Einsicht führt. Vielmehr wird in Belfast auf einen ,,Abnutzungseffekt'' der britischen Nordirlandpolitik gesetzt, forciert durch die militärische Kampagne der IRA, die den für die Besatzung zu zahlenden Preis hochhält. Einmal abgesehen von den etwa 600 britischen Soldaten, die bei Angriffen der IRA seit 1971 getötet wurden, kostete die britische Besatzung laut ,,Daily Express'' v. 29.August 1979 jeden Bürger des ,,United Kingdom'' 22 englische Pfund im Jahr. Das waren 1979 etwa 100 DM, heute dürfte die Summe noch um einiges höher zu veranschlagen sein. Anläßlich des Ballykelly-Anschlages, bei dem 16 Menschen, darunter elf britische Soldaten, getötet und 65 weitere verwundet wurden, skizzierte der Nordirlandkorrespondent der ,,FAZ, Ulrich Grudinski, die folgende öffentliche Debatte in England wie folgt: *,,Aber im allgemeinen Stimmungswandel nach Ballykelly, in wachsender Unsicherheit, ob es sich noch lohnt, die Union mit Nordirland aufrechtzuerhalten oder ob eine Auflösung unter bestimmten Bedingungen erwogen wrden sollte, wird ein Dialog mit der IRA nicht mehr strikt zurückgewiesen. Aber es scheint, daß damit nicht morgen gemeint ist. Der SINN FEIN-Führer Adams hat schon einmal, als Heath Premierminister war, mit Whitelaw, dem heutigen Innenminister Margret Thatchers, verhandelt. Seine kalte Intelligenz beeindruckte damals. Hat Großbritannien in der Phase der Entkolonialisierung denn nicht schon mit anderen Rebellen, Terroristen und vormaligen politischen Häftlingen verhandelt, lautet eine der anzüglichen Fragen, die nach Ballykelly jetzt in London zur Nordirland-Frage gestellt werden. Haben denn nicht die Führungsgruppe des Commonwealth einmal zur Hälfte aus solchen Leuten bestanden? Aber solche Überlegungen stoßen bald auf die unüberwindlichen Hindernisse, die die protestantische Mehrheit in Nordirland unter Berufung auf das Selbstbestimmungsrecht errichtet. Aber die britiche Irland-Müdigkeit, die hier wieder hervortritt, erscheint nach der Bombe von Ballykelly stärker denn je''* (,,FAZ'', v. 9.12.1982).

Illusionslos gestaltet sich auch das Verhältnis der ,,Provos'' zur englischen Arbeiterklasse und den Gruppen links der Labour-Party. Die englische Arbeiterklasse hortet in Sachen ,,Irland'' eine Leiche im heimischen Keller. Diese politische und ideologische Belastung ist historisch gewachsen. Die englische Arbeiterklasse hat über viele Jahre hinweg vom kolonialen Status der Nachbarinsel materiell partizipiert. Auch wenn dies heute nur noch in bedingtem Umfang der Fall ist, kann kurz- bis mittelfristig auf ein Umdenken der englischen Arbeiterklasse in Richtung ,,proletarischer Internationalismus'' (etwa mit dem Ziel, der Bildung einer ,,sozialistischen Föderation der britischen Inseln''', eine Kopfgeburt ,,linken'' Größenwahns und Chauvinismus, da die Apologeten dieses Modells offensichtlich überhaupt nicht akzeptieren können, daß die irische Arbeiterklasse, deren Avantgarde sich heute in Nordirland befindet, erst einmal ihren eigenen Weg zu gehen gedenkt) seitens der irischen Republikaner und Sozialisten nicht gebaut werden. Letztendlich gilt für die englische Arbeiterklasse und die englische Linke nichts anderes als für die Protestanten: Ihre weitere Entwicklung hängt davon ab, ob sie ihres kolonialen Reliktes und Erbes (das auch ihre Geschichte ist) entledigt werden kann. Mensch darf wohl mit einiger Gewißheit behaupten, daß die ,,Irische Revolution'' eine realistischere Perspektive bedeutet, als der Aufstand des englischen Arbeiters gegen sein Establishment. Im Gegensatz zu den politichen Fraktionen links von Labour, repräsentieren die ,,Provos'' heute in Nordirland tatsächlich die irisch-nationalistische Arbeiterklasse. Das durchschnittliche Niveau des Bewußtseins ,,katholischer'' Arbeiter und Arbeitsloser etwa im protestantischen Belfast, dürfte wesentlich höher anzusiedeln sein, als das durchschnittliche Bewußtseinsniveau ihrer englischen ,,Klassenbrüder''. Die ,,linken Kritiker'' der ,,Provo''-Strategie im ,,Kernland'' des ,,United Kingdom'' verkennen zudem, daß die in Nordirland erfolgte Desavouierung des Londoner Establishments eigentlich ganz im objektiven Interesse der englischen Arbeiterklasse und Linken erfolgt, da dadurch quasi automatisch auch die Position des Establishments gegenüber den sozialen Bewegungen im ,,eigenen Land'' eine Schwächung erfährt. Der Schlüssel zur ,,englischen Revolution'' heißt in Anbetracht des Zustandes der englischen Arbeiterklasse und der englischen Linken ,,Nordirland'' und nicht umgekehrt.

Nicht die ,,Provos'' und ihre Aktionen stellen ein Hindernis für die positive Entwicklung von Arbeiterklasse und Sozialisten in England dar, sondern die andauernde koloniale Herrschaft Londons über Nordirland.

Labour und die ,,Provos''

Mit den Wahlerfolgen SINN FEINs entwickelten sich rege Kontakte zwischen den ,,Provos'' und führenden Labour-Linken. Die (vom Nordirlandministerium bis dahin immer wieder ,,eingeklagte'') Beteiligung der ,,Provos'' an Wahlen und ihre überzeugende Bestätigung in diesen Wahlen erleichterte die Kontakte erheblich. Dies entsprach auch dem taktischen Kalkül der ,,Provos''. Labour-Politikern war es nun möglich, ihre Kontakte zu den ,,Provos'' gegenüber der Öffentlichkeit damit zu begründen, daß man eine Partei, die immerhin von 43 % der katholischen Bevölkerung gewählt werden würde, nicht länger ignorieren könnte. So erklärte der ,,Stadtvater'' Groß-Londons, Ken Livingstone, daß Adams ,,ein Mann des Friedens'' sei, ohne den eine politische Lösung des Konfliktes undenkbar sei. *,,Denn ohne die Republikaner gibt es den Frieden nicht''* (,,FAZ'' v. 29.7.1983). Nach dem überraschenden Wahlerfolg SINN FEINS bei den Wahlen zum nordirischen Regionalparlament sprachen 26 Labour-Abgeordnete des Stadtrates von Groß-London, an ihrer Spitze Ken Livingstone, an die ,,Provo''-Führer Gerry Adams, Danny Morrison und Martin McGuiness eine Einladung zu Gesprächen in London aus. Die Initiative Livingstones wurde auch von Tony Benn und anderen Labour-Linken unterstützt. Die ,,Provo''-Visite scheiterte am Einspruch jenes ,,Tory''-Innenministers, der noch 1972, als er das Amt des Nordirlandministers bekleidete, eigens eine ,,Provo''-Delegation nach London einfliegen ließ. SINN FEIN forderte daraufhin alle ,,konstruktiven britischen Politiker'' auf, sich nach Belfast zu begeben, um sich selbst, an Ort und Stelle, ein Bild von den Verhältnissen zu machen sowie mit den ,,Provos'' Möglichkeiten der Konfliktbeilegung zu erörtern. Wenig später kam es in West-Belfast zu einem ersten Treffen zwischen Gerry Adams und Ken Livingstone. Nach der Wahl Adams zum britischen Unterhaus, die ein neuerliches Einreiseverbot politisch und juristisch unmöglich machte, stattete der ,,Provo''-Führer Livingstone einen Aufsehen erregenden Gegenbesuch ab. Seitdem sind die Kontakte zwischen den ,,Provos'' und dem linken Labour-Flügel zu einer ständigen, mehr oder weniger institutionalisierten Einrichtung geworden. Politische Kontakte zur Belfaster ,,Provo''-Führung werden allerdings nicht nur von der Labour-Linken befürwortet. Auch der neue Labour-,,Schattenminister'' für Nordirland Peter Archer, eher dem rechten Parteiflügel zugehörig, äußerte erst kürzlich, daß er sich als Nordirlandminister unter bestimmten Bedingungen zu Gesprächen mit SINN FEIN bereit erklären würde.

London und die ,,Provos''

Gespräche zwischen offiziellen Vertretern der britischen Regierung und den ,,Provos'' hat es in der Vergangenheit wiederholt gegeben. Das spektakulärste fand 1972 statt. Die damaligen IRA-Führer O'Connel, Twomey und McStiofan forderten Nordirlandmnster Whitelaw auf, nach ,,Free Derry'' zu kommen, um mit ihnen über einen Waffenstillstand zu verhandeln. Die britische Regierung lehnte ab. Daraufhin betätigte sich S.D.L.P. Chef John Hume als ,,Mittelsmann'' zwischen Nordirlandministerium und IRA-Führung. Die Kontakte mußten streng geheim gehalten werden, da sich sowohl die ,,Provos'' als aber auch die S.D.L.P. dazu selbstverpflichter hatte, solange mit den Regierungen nicht zu reden, wie die Internierungslager weiter bestanden. Hume übermittelte Whitelaw, daß die IRA einer Feuerpause unter den Bedingungen zustimmen würde, daß London den IRA-Gefangenen einen politischen Status gewährt und daß Gerry Adams, damals führender Kopf der IRA-,,Belfast-Brigade'', aus der Internierung frei gelassen werde, um an den Verhandlungen teilzunehmen. Anfang Juli 1972 wurde auf Geheiß Whitelaws eine sechs köpfige IRA-Delegation durch die ,,Royal Airforce'' nach London eingeflogen, bestehend aus O'Connaill, McStiofan, Twomey, Martin McGuiness (dem damaligen Chef der IRA-,,Derry Brigade'' und u.a. laut ,,Sunday Times'' heute amtierender Stabchef der ,,Provos''), Ivor Bell (damals als Nachfolger von Adams Chef der IRA-,,Belfast Brigade'') sowie Gerry Adams. Adams war zuvor auf Veranlassung Whitelaws aus der Haft entlassen worden. Das Ergebnis des Gespräches war ein vorübergehender Waffenstillstand zwischen IRA und britischer Armee. Zuvor hatte sich bereits Premier Harold Wilson mit ,,Provo''-Führern getroffen (1971). 1974 und 1975 kam es zu regelmäßigen Treffen zwischen Abgesandten des Nordirlandministeriums und den ,,Provos''. 1978 sprachen Adams und Morrison mit dem Tory-Abgeordneten Douglas Hurd, der heute im Außenministerium sitzt. Erst kürzlich war in der Presse (,,Sunday Times'' v. 22..7.84) von ,,Geheimgesprächen'' zwischen ,,Provos'' und Vertretern des Nordirlandministerium die Rede, die angeblich regelmäßig in einem Haus im Westbelfaster Stadtteil Andersonstown stattfinden. Seitens der ,,Provos'' seien Adams, Morrison, Joe Austin (SINN FEIN-Führer in der republikanischen / katholischen Belfaster Enklave Ardoyne) und Martin McGuiness beteiligt. Sowohl das Nordirlandministerium als auch SINN FEIN dementierten derartige ,,Geheimgespräche''. Ob dies im Interesse der Gespräche geschah oder der Wahrheit entspricht läßt sich nicht mit letzter Sicherheit sagen. Zumindest hat es nur wenig mit dem zu tun, was die ,,Provos'' fordern: Offizelle Verhandlungen. So sehen die ,,Provos'' den Zweck dieser, seit ihren Wahlerfolgen immer wieder auftauchenden Meldungen über ,,Geheimgespräche'' eher darin, daß quasi präventiv Emotionen gegen etwaige zukünftige offizielle Kontakte zwischen den ,,Provos'' und London und Dublin geschürt werden, um die politische Isolierung der ,,Provos'' zu erzwingen. Die ,,Official Unionist Party'' forderte dann auch promt einen Boykott aller SINN FEIN-Parlamentarierer durch sämtliche Einrichtungen der Regierung, einschließlich der ,,Housing Executive'' und den ,,social security offices''. Einrichtungen, mit denen die mehr als 30 SINN FEIN-,,advice centres'' in mehreren hundert Fällen die Woche bereits verhandelt. In der Tat: Politische Gespräche mit ,,Provos'' sind bei genauer Betrachtung nichts Neues: Im Süden befinden sich nicht nur Abgeordnete der Oppositionspartei Fianna Fail (die Gespräche mit den ,,Provos'' fordert), sondern auch der Regierungsparteien Fine Gael und Labour Party auf kommunaler Ebene bereits seit Jahren im politischen Dialog mit SINN FEIN, nicht anders als in den nordirischen Städte Omagh, Strabane und Belfast, wo seit 1 1/2 Jahren Abgeordnete der ,,Official Unionst Party'' und Paisleys ,,Democratic Unionist Party'' Kontakte pflegen.

dsm

Zur Erläuterung einiger Abkürzungen und Begriffe

U.D.R. (Ulster Defence Regiment): Paramilitärische Hilfstruppe, bestehend aus ca. 8.000 ,,part-time'' Soldaten, zur Unterstützung der offiziellen nordirischen Polizei (Royal Ulster Constabulary) und der britischen Armee. Löste 1970 die vollig diskre- schüchterungsmorde'' an unbeteiligten Katholiken. Des weiteren gibt es auf protestantisch / loyalistischen Seite noch die ,,Ulster Volunteer Force'' (U.V.F.), eine ca. 1.500 Mann starke verbotene paramilitärische Gruppe, die 1966 als Nachfolgeorganisation der alten

Zur Erläuterung einiger Abkürzungen und Begriffe

U.D.R. (Ulster Defence Regiment): Paramilitärische Hilfstruppe, bestehend aus ca. 8.000 ,,part-time'' Soldaten, zur Unterstützung der offiziellen nordirischen Polizei (Royal Ulster Constabulary) und der britischen Armee. Löste 1970 die vollig diskreditierten ,,B-Specials'' ab, die sich aktiv an den sektiererischen, antikatholischen / antirepublikanischen Pogromen des protestantischen / loyalistischen ,,Mobs'' beteiligt hatte. Die ,,B-Specials'' galten damals international als Inkarnation des sektiererischen ,,Orange State''. Aufgrund ihrer gewachsenen Bedeutung innerhalb der Koalition der ,,Sicherheitskräfte'' wurde das ,,Ulster Defence Regiment'' zunehmend zu einer Zielscheibe von IRA-Attacken. Bislang wurden 146 U.D.R.-Mitglieder durch IRA-Anschläge getötet (die R.U.C. verlor 200 Polizisten, die britische Armee rund 600 Soldaten). Nach Plänen des Nordirlandministeriums soll das U.D.R.-Kontingent um weitere 3-4000 aufgestockt werden, im Rahmen der **,,Ulsterisierung''** des Konfliktes. Unter ,,Ulsterisierung'' versteht man, grob beschrieben, den Versuch, die Auseinandersetzung von der Ebene IRA versus britischer Imperialismus (vertreten durch die britische Armee) auf eine innenpolitische Ebene zu bringen: Nordirische ,,Sicherheitskräfte'' versus IRA-,,Terrorismus''. Neben den damit verbundenen politischen Effekten, soll auf diese Weise auch die britische Armee entlastet werden.

U.D.A. (Ulster Defense Association): Bei der U.D.A. handelt es sich um die größte und einzig legale paramilitärische Organisation in Nordirland. Sie soll über ca. 12 - 15.000 Mitglieder verfügen, bei denen wiederholt Waffen und Sprengstoff festgestellt wurden. Dennoch sahen sich Innenministerium und Nordirlandministerium bislang nicht dazu veranlaßt, den legalen Status der U.D.A. zu beenden. Unter dem legalen Deckmantel der U.D.A. tummeln sich Mördergangs wie die **,,Ulster Freedom Fighters''** (UFF), die in diesem Jahr u.a. für einen (gescheiterten) Attentatsversuch auf Gerry Adams verantwortlich zeichneten, und die *,,Protestant Action Force''* (PAF). Beide Gruppen sind berüchtigt ob ihrer ,,Abschreckungs-'' und ,,Einschüchterungsmorde'' an unbeteiligten Katholiken. Des weiteren gibt es auf protestantisch / loyalistischen Seite noch die **,,Ulster Volunteer Force''** (U.V.F.), eine ca. 1.500 Mann starke verbotene paramilitärische Gruppe, die 1966 als Nachfolgeorganisation der alten U.V.F., die eine der ersten faschistischen Gruppen Europas war, ins Leben gerufen wurden.

U.L.C.C.C. (,,Ulster Loyalist Central Co-Ordinating Committee''): Bei Gründung gehörten dem U.L.C.C.C. U.D.A., U.V.F., ,,Red Hand Commandos'' u.a.m. an. Das U.L.C.C.C. zerbrach u.a. am Bekanntwerden von Gesprächen einzelner Fraktionen mit der IRA bezüglich der Möglichkeit eines ,,unabhängigen Nordirlands''.

Unter **,,sektiererisch''** versteht man in Nordirland eine Politik, die entlang von Konfessionslinien formuliert wird. Unter einem ,,sektiererischen Mord'' versteht man z.B. die Ermordung einer Person, einzig und allein aus dem ,,Motiv'' heraus, daß diese einer anderen Konfession angehört. Als Beispiel seien hier die ,,Nacht und Nebelmorde'' von U.F.F. und anderen loyalistischen Terrorgruppen genannt. Ihre Opfer sind zumeist nicht IRA-Leute, sondern einfache Bewohner der katholischen / republikanischen Ghettos. Um nicht ihrerseits die Auseinandersetzung auf eine ,,sektiererische Ebene'' zu bringen, verzichtet die IRA weitestgehends auf militärische Aktionen gegen Angehörige von U.D.A., U.V.F. etc., sowie überhaupt protestantische Politiker. Ausnahmen wie Paisley-Intimus Robert Bredford und der ,,shankill butcher'' bestätigen die Regel. Bredford hatte wiederholt de physische Vernichtung der Katholiken propagiert, der ,,shankill butcher'' Lennie Murphy wurde als Anführer einer Terrorbande identifiziert, die für die Ermordung von 21 einfachen katholischen Bürgern verantwortlich zeichnete. Murphy wurde im November 1982 erschossen, nachdem ein weiterer Katholik Opfer der ,,butchers'' geworden war. Bereits Jahre zuvor hatte die Bevölkerung West-Belfasts nach Gegenaktionen der IRA verlangt. Die IRA hatte diese jedoch stets mit der Begründung abgelehnt, daß dadurch dem ,,Sektierertum'' Vorschub geleistet würde

dsm

Reise auf einen fünfzackigen Stern

Hier setzen wir den Reisebericht in die sowjetische Stadt Leningrad fort. Der I. Teil erschien im AK 249. Dieser Reisebericht gibt die Eindrücke von der Stadt, ihren Menschen, der Reisgruppe usw. weiter.

Die Fotos entstammen dem Buch: Leningrad — Gestern, Heute, Morgen; erschienen im Verlag der Presseagentur Nowosti, 1982

Serjoschka

Seinen Vater und seine Mutter
wohnhaft in einer der Vorstädte im Süden Leningrads
besuchten Ben und ich nach Kreuzfahrt mit U-Bahn und Bus
abends in ihrer Wohnung
herzliches Widersehen zwischen Ben und der Familie,
Geschenke
Tränen, Freude, Fleisch in Aspik, Kaffee, Wodka, Kuchen
Küche, Badezimmer, zwei kleine, ineinander übergehende
Zimmer für die Familie.

Serjoschka berichtet: Nach Abschluß seines Studiums als einer unter den zehn Besten habe er sich bei einer selbst ausgesuchten Firma beworben, wo er sein dreijähriges Praktikum absolvieren wollte. Zusage am Freitag. Am Montag Absage. Daraufhin habe man ihn in seinem Institut als Letzten wieder hinten auf die Liste der zu verteilenden Arbeitsplätze gesetzt. Das durch besondere Leistung erworbene Privileg, sich selbst den Betrieb aussuchen zu dürfen, war damit dahin. So landete er schließlich in einer Klitsche im Verteilungssektor (im realen Sozialismus Zwischenstück zwischen Produktions- und Konsumptionsbereich) als Vorarbeiter von einem Haufen idiots und drunkards, wie er sich ausdrückt. Er fühlt sich abgeschnitten durch ein blindes System, seiner Entwicklungsmöglichkeiten beraubt. Er kann niemand verantwortlich machen: Es ist eine Gerechtigkeit der Bürokratie und des Plans. I hate ist, sagt er. Lieber arbeitslos. Wir versuchen darzustellen, daß Arbeitslosigkeit bei uns keineswegs Freiheit bedeutet. Sprachschwierigkeiten! Arbeitszwang dort. Arbeitslosigkeit hier. Ratlosigkeit. Würdet ihr hier leben wollen? Nein. — Absturz! Würdet ihr bei uns leben wollen? Nein, wir sind hier geboren. — Absturz! Menschen auf zwei einander begegnenden Sternen winken sich zu. Unüberbrückbarkeiten!

Aber wir prosten uns zu. Man versteht sich. Auch wenn der Besuch einseitig bleiben muß, denn sie können uns hier ja nicht besuchen — jedenfalls nicht, solange die Verhältnisse sind, wie sie sind. Und wer wagt da schon von Veränderungen zu sprechen. Die geringe Zeit, die mensch bei einem solchen Besuch füreinan-

suchen — jedenfalls nicht, solange die Verhältnisse sind, wie sie sind. Und wer wagt da schon von Veränderungen zu sprechen. Die geringe Zeit, die mensch bei einem solchen Besuch füreinan-

der hat, läßt keinen Raum für nebensächliche Nachdenklichkeiten. Geweint wird nach dem Besuch. Mein husband, sagt die Mutter des Hauses, hat sich neulich fast einen Finger gebrochen. Nicht wahr, hast du, lächelt sie ihm zu. Beim Einkauf. Zeig doch mal. Das müßt ihr euch vorstellen. Weil er jemanden einen auf die Nuß hauen mußte. Mitten beim Einkauf. It's funny, isn't it?

Jaja. Wir lachen. Aber wieso denn?

Naja, der Typ hat Judenschwein zu mir gesagt, sagt der Vater auf russisch, Mutter übersetzt.

Wir sehen uns an, Ben und ich, beide auf einmal: Aber wie konnte der das wissen?

Ich sage: Wenn ich nicht wüßte von Ben und von euch selbst, daß ihr Juden seid, ich würd's doch nicht sehen.

Ja, wir sind voll assimiliert, auch keine Glaubensverbindungen, nichts, aber sie riechen es, sagt die Mutter. Ich rieche es auch, ob's welche sind.

erklären kann man das nicht.

Now stop it, mother, meint Serjoschka.

Wir verwickeln uns tief und über Stunden in ein Gespräche über die Situation der Juden in der SU, der assimilierten, totally, wie die Mutter noch einmal betont, die trotzdem erkannt und wie im beschriebenen Fall diskriminiert werden. Und auch der gläubigen, denen neben einer besonderen Juden-Republik im fernen Sibirien eine offizielle Synagoge in Leningrad zustehe, in die man aber nicht gern gehe. Eine jüdische Gemeinde gebe es nicht. Ebensowenig öffentlich zugängliches jüdisches Schriftgut. Jedenfalls nach Wissen der Familie. Man fühlt sich insgesamt unwohl bis diskriminiert. Wir berichten über den neuen Antisemitismus in der BRD, aber es fällt schwer, die Begriffe deckungsgleich zu bekommen. Die auswanderungswilligen Juden machen es den anderen, die hier leben, schwer, meinte Sonja tags zuvor: Weil die Juden Auswandererprivilegien haben und einige das nutzen, werden alle als schlechte Sowjetbürger und potentiell unzuverlässige Elemente angesehen. Dies sagte Sonja, obwohl sie das Vorhandensein von Diskriminierungen gleichzeitig weit von sich wies. Die Menschen sind eben auch in der UdSSR sehr verschieden.

Eins haben sie allerdings alle gemeinsam, zumindest die, die wir trafen, sowie auch diejenigen, von denen andere Mitglieder unserer Reisegruppe berichteten: Das verdeckte Verhalten, soweit es sich um Kontakte zu Westlern und kritische Gespräche über das System miteinander sowie mit Westlern handelt. In manchen Fällen sind es schon ausgewachsene Formen von Konspiration im privaten Verhalten.

Der Abschied ist hektisch. Ab halb zwölf geht kein Bus mehr rein in die Stadt. Küsse. Kommt wieder. Serjoschka kommt mit zum Bus. Wir rufen uns gegenseitig zu: Hab keine Angst vor dem Abgrund zwischen den Sternen! Wir sind ja noch da. Aber es ist schwer. Glücklicher Umstand: Der Bus kommt sofort. Wir schaffen nicht einmal mehr eine Umarmung. Jeder nimmt sein Schweigen mit. Und Grüße noch mal.

Ein wunderbarer Abend. Ein todtrauriger Abend. Die Raketen stehen mit den Spitzen aufeinander. Wir wissen alle, was es bedeutet.

Geweint wird später, sagt Ben.

Was soll man machen.

Freundschaftstreffen.

Im Haus der Freundschaft erwartet uns eine Gruppe der technischen Fakultät der Universität. Lampenfieber, tatsächlich. Unsicherheit, ob ich dem gewachsen bin? Ich glaube, die ganze Reisegruppe ist ziemlich aufgeregt. Man hat schon dies und das von den Freundschaftstreffen gehört. Manche waren und blieben dröge. Bei manchen soll es höllisch abgegangen sein, sodaß sich daraus auch noch weitere private Kontakte ergaben.

Wie dem auch sei: Zunächst gilt es, sich von dem formellen Rahmen nicht erdrücken zu lassen. Z.B. diese Geschenkzeremonie! Wann, um Gottes Willen, soll man die Mitbringsel zücken? Und wie soll das laufen? Gegenseitiger Austausch? Und wer fängt an? Diese Konventionalität! Hoffentlich läßt sich das schnell durchbrechen! Vorsichtshalber nehme ich meine ganze Tasche mit: Da sind meine beiden Schminkpäckchen, Lippenstift und Augenfarben, mit Liebe von einer ganz Falsches vermutenden Karstadtverkäuferin eingepackt. Das mit dem hellen Bändchen ist für einen blonden Typ, das mit dem dunklen für einen dunklen, unterwies sie mich lächelnd. Und dann die Bücher über Hamburg. Und die Postkarten. Und die Plaketten und Anstecknadeln. Na, wir werden ja sehen wie es läuft.

Risenkulturhaus. Man würde sich freuen, sowas bei uns zu haben. In einem großen Raum Aufforderung zu lockerer Gruppierung um einzelne Tische. Na bitte, erste Hürde genommen. Ich stelle fest: Die Lippenstifte werde ich nicht brauchen. Unsere Gastgeber bringen die Männer, wir bringen die Frauen.

Ich lande mit zwei jungen Männern mitten in den Problemen der modernen Physik und Naturwissenschaft, Fragen des Fortschritts, der technischen Zivilisation, der Grenzen wissenschaftlicher Erkenntnis, der gesellschaftlichen Bedingtheit von Wissenschaft. Oleg ist Vertreter der theoretischen Physik. Pjotr ist physikalischer Praktiker. Eins, zwei, drei haben wir die Kernpunkte beim Wickel: Atomphysik, Ökologie, Sonnenenergie, die Grünen in Bonn, „Die Welt im Jahr 2000" von I. Bestushew-Lada. Der „Kosmische Reigen" und „Wendezeit" von Fridjoff Capra, der, kommend vom amerikanischen Positivismus, die Grenzen der wissenschaftlichen Forschung, die Dialektik der Natur und eine ökologisch ausgelegte neue Spiritualität entdeckt. Kennen sie. Sind ihnen vertraute Probleme. Damit haben sich Heisenberg und Einstein ja auch schon rumgeschlagen. Ich erinnere an Lenins Buch über den „Empiriokritizismus". Ja, die Auseinandersetzung mit dem Machismus, darüber gibt's bei uns eine reiche Literatur.

Ja, sage ich, wie steht denn der sozialistische Forscher zu den aufgeworfenen Fragen bezüglich der Grenzen wissenschaftlicher Forschung und technischen Fortschritts?

Für uns kein Problem, antworten beide. Wissenschaft ist objektiv. Wissenschaft ist hier dieselbe wie in den USA. Heisenberg war ein Reaktionär, aber seine Mathematik zur Quantenmechanik ist reine Wissenschaft. Auf internationalem Niveau sind westliche und sowjetische Forschung austauschbar. Wir sprechen dieselbe Sprache: Mathematik.

Ich sage: Forschung wertfrei? Wir haben doch alle drei Marx, Engels, Lenin gelesen!

selbe Sprache: Mathematik.

Ich sage: Forschung wertfrei? Wir haben doch alle drei Marx, Engels, Lenin gelesen!

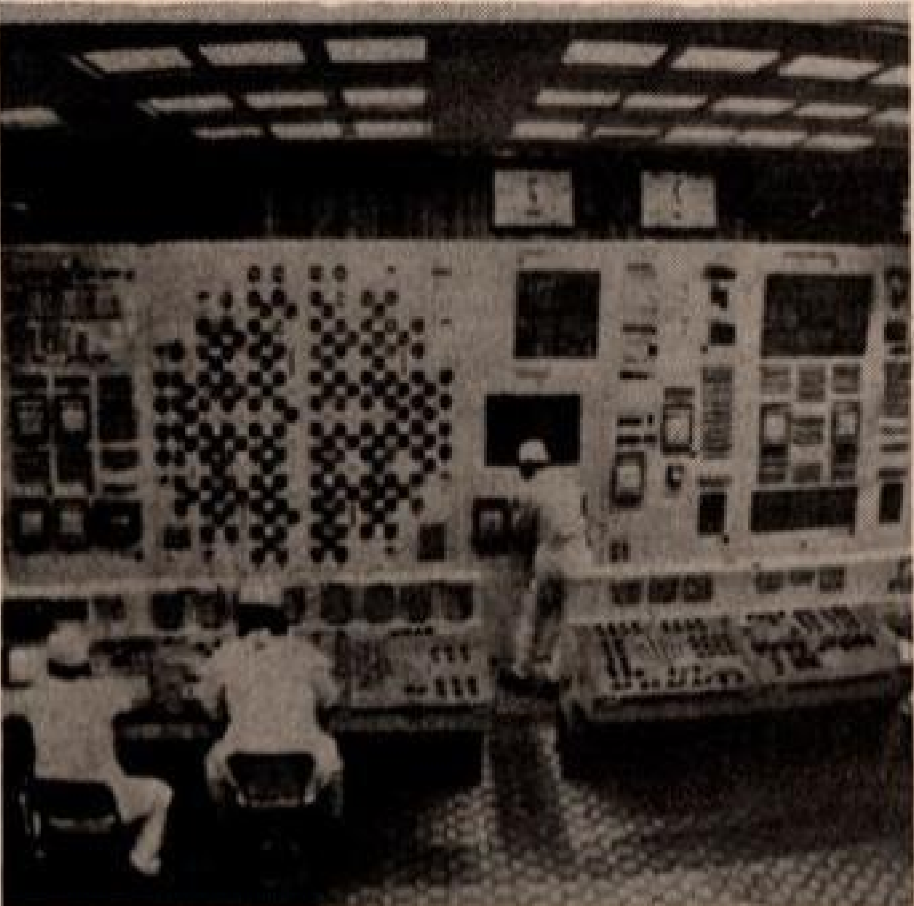
Ich habe nur mit meinem Bleistift zu tun, antwortet Oleg. Was unsere Offiziellen mit meinen Ergebnissen machen, ist nicht meine Sache.

Aber du mußt doch wissen wofür sie eingesetzt werden!

Das ist keine Frage. Für den Frieden selbstverständlich. Wir müssen nur besser sein als der Westen.

Ja aber, wollte ich noch einwenden, doch Oleg brach das Thema n diesem Punkt ab. Suchte ein anderes. Wie mir Leningrad gefällt? Wo ich in Hamburg wohne? Ach, am Hauptbahnhof, wie interessant usw. Der Abend schloß für uns drei mit dem Austausch von zwei Lenin-Broschen gegen zwei Hamburg-Bildbände und zwei Anti-AKW-Plaketten. Freundliche Worte. Konversation. Offenbar waren sich die Völker in unserem Fall nicht näher gekommen.

So auch in den übrigen Gesprächen, wo die Vorhänge aufs Ganze gesehen an derselben Stelle heruntergelassen wurden, auch wenn sich Vor- und Nachspiel anders gestalteten: Beim mitternächtlichen Plausch im Etagenvorraum des 3. Stocks in unserm Hotel kamen wir bei Vergleich unserer Erlebnisse zu dem Schluß: Sehr interessant viele Fragen, großes Interesse. Besonders beeindruckt waren alle von dem mit BRD-Verhältnissen verglichen hohen Allgemeinbildungsstand und den detaillierten Kenntnissen über die politische Situation in der BRD. Die Grünen, die Alternativen, deren Verhältnis zur SPD. Ihre Lebens- und Politikvorstellungen waren Hauptgegenstand der Fragen unserer Gastgeber. Andererseits wurde aber auch deutlich, daß ein Freundschaftstreffen mit einem Techniker-Kollektiv wie gehabt offenbar der beste Weg ist, vor allem systemtragende Ideologie und Meinung kennenzulernen.: AKWs sind notwendig und sicher. Sinn gesellschaftlicher Anstrengung ist es, besser zu werden als der Westen. Politische Auseinandersetzungen um diese Frage mit Westlern werden auf einem solchen Treffen freundlich, aber bestimmt unterbunden. Wie weit daraus auf die innersowjetische Diskussion geschlossen werden kann, bleibt offen. Das Erscheinen z.B. des Büchleins von I. Bestushew-Lada, der auf diese Fragen eingeht, deutet ja darauf hin, daß diesbezüglich eine Diskussion im Lande stattfindet.



Vera

War meine Adresse
mein Gepäck voll mit Geschenken an sie und ihre Freunde
gleich als ich angekommen war
rief ich sie an
am Morgen des ersten Tages erreichte ich sie
hallo hier, ich bin Ken ich soll dir Grüße von Iris bestellen
und soll dir was bringen
ja, da können wir uns sehen am besten, sagte sie
ich komme in deinem Hotel vorbei, das wird das Einfachste sein
und wie erkennen wir uns?
ja, ich trage einen Pelz, der macht mich etwas größer, weißt du
und eine Mütze aus Pelz
und ich bin groß und schlank und trage eine gelbe Hose
naja, wir werden schon sehen
am Mittwoch entstieg sie dem Taxi, Pelzmütze, Lachfalten
gar nicht sehr groß, sage ich
das ist auch keine gelbe Hose, lacht sie
und was machen wir jetzt?
ich muß dir sagen, ich bin heute ganz hektisch
es ist schade, aber ich habe heute doch nur ganz wenig Zeit
zu viel Arbeit, weißt du?
ich bin ganz kaputt
ich habe Kummer mit einem Onkel, er ist krebskrank
ich muß eine Behandlung in einer besonderen klinik für ihn besorgen
wenn er nicht sterben soll
das ist sehr schwierig
und mein Vater ist krank
und ein Buch muß ich beenden
an dem ich die letzten vier Monate gearbeitet habe
und dann ist da noch mein Sohn
und so entschuldigt sie sich ganz unglücklich
daß sie an diesem Abend nur ein kleines Stündchen Zeit habe.
Ich gebe ihr alle mitgebrachten Geschenke
sage o.k., dann nehme ich mir heute abend was anderes vor
vielleicht sehen wir uns morgen
ja, laß uns zusammen ein Stück mit dem Bus fahren, sagt sie
da können wir noch etwas sprechen
im Bus verabreden wir uns
morgen nachmittag dann
telefonieren wir doch
ob wir noch zwischendurch eine Möglichkeit finden
so geht es bis Samstag nacht als wir nach dem Fest bei ihren Freunden
uns verabschieden müssen
ich sage: Ich habe mich in dich verliebt, und in deine Freunde, und in eure Stadt
sie sagt: Wir können nicht viel machen, aber komm wieder
am besten im sommer
wenn die nächte weiß sind
wenn die Sonne nicht untergeht
da ist vieles ganz anders. Vieles ist leichter.

Das weitere offizielle Programm

Das weitere offizielle Programm

Besichtigung des Okhta-Plastik-Kombinats, Träger des Roten Banners der Arbeit, einer der ältesten, heute einer der größten Betriebe Leningrads. 1715 als Pulverfabrik von Peter, genannt dem Großen, gegründet. Rüstungsfabrik der Zaren, frühe und heftige Streiks. Revolutionäres Zentrum, Wirkstätte u.a. auch von Lenin. Dann Ausweitung zur Kunstoff-Produktion.

Wer allerdings eine Betriebsbesichtigung erwartet hatte, sah sich getäuscht: Es ging ins Betriebsmuseum. Das ausgebaute Gründungsgebäude gleich neben dem heutigen Fabriksgelände. Ein etwas sehr steifes Empfangs-Komittee. Ein kleiner Hörsaal, in den wir hineinkomplimentiert werden. Ein Herr im grauen Anzug, Flair wie bei uns die Gewerkschaftsfunktionäre, referiert über die internationale Wettbewerbsfähigkeit von Okhta-Plastic, die hohe Produktionskapazität, die internationale Kooperation, so mit den Leuna-Werken, DDR, sogar mit Bayer-Leverkusen. Gespannte Langeweile bei unserer Gruppe. Man fühlt sich vollgelabert. Ist man auch.

Dann der Höhepunkt: Eine leibhaftige Heldin der Arbeit wird uns vorgestellt. Uff! Da ist es schwer, die Fassung zu behalten: Ca. 50 Jahre alt, lieb lächelnd, aber knochentrocken, eine Mischung aus Verlegenheit, Gouvernante und etwas Dragoner. Sie erzählt über Arbeitsleistung, Prämiensystem, medizinische Versorgung und Kindertagesstätten, Umweltschutzmaßnahmen, Recycling-System usw. Sie bietet sich an, Fragen zu beantworten. Aber die Atmosphäre bleibt lustlos. Selbstverständlich ist in diesem Musterunternehmen auch die soziale Versorgung und Mitbestimmungsstruktur mustergültig. Was soll man bei so einer Mustervorführung anderes erwarten. Unzufriedenheit kommt nicht zur Sprache. Die Angaben bleiben vage. Eine frustige Stimmung breitet sich aus.

Ich versuche mir vorzustellen, wie diese Frau lebt. Als Heldin der Arbeit muß sie, wie ich weiß, verheiratet und Mutter von zwei Kindern sein: Arbeitseinsatz wie ein Tier: In der Fabrik immer die erste in der Kolonne. Freudige Normüberfüllung. Zuhause der Haushalt. Beim Einkauf die Schlange: Dreifachbelastung. Mir wird ganz traurig zumute, wie ich sie da in ihrem grauen Faltenrock zwischen die grauen Herren gedrückt sehe. Wert der Arbeit? An sich? Für sich? Für die Fabrik? Für den Fortschritt? Macht Arbeit frei? Wie denkt sie darüber? Ist sie stolz darauf, eine Heldin zu sein? Hat man sie nur zu einer gemacht? Fragen kann ich sie nicht. Nicht in dieser Situation. Man müßte sie vielleicht mal zuhause erleben. Mit ihren Kindern. Mit ihrem Mann. Ober bei einem Hobby, wenn sie so etwa Amerikanisches hat. Mich bedrückt diese Verhunzung des Sozialismus zu einem ökonomischen System der Normerfüllung und sozialer Kontrolle. Stumpfsinniger Ökonomismus. Was sagen die Kolleginnen und Kollegen dazu, die keine Helden sind? Sind sie sauer auf die Antreiberin? Blicken sie auf? Leuchtstern des Sozialismus? Oder sein Zerrbild?

Am Schluß der Vorführung verteilt sie, zögernd unterstützt von den Herren, vorbereitete Präsente an die Gruppe: Je eine durchsichtige Büro-Plastikmappe, darin ein Broschürchen über das Okhta-Kombinat und für jeden einen folklorisierten hölzernen Löffel. Ich werden die Heldin so schnell nicht vergessen.

Im übrigen zeigte sich die Gruppe verägert, daß im Programm eine Betriebsbesichtigung angekündigt, in der Praxis daraus aber ein Museumsbesuch mit politischer Unterweisung gemacht worden sei. Es gab Provokationen.
Einige bestanden reichlich ätzend darauf, man wolle den Betrieb nun aber auch tatsächlich sehen, oder ob es etwa etwas zu verbergen gäbe? Antikommunistische Vokabeln wurden laut: Propagandaschau. Ideologische Verdummung. Heimlicher Rüstungsbetrieb. Man solle wohl nicht Fotografieren? Schließlich habe man aber bezahlt usw. Auf der Rückfahrt bildete sich hinten im Bus eine Wolke antikommunistischen Gestänkers. Am nächsten Tag war die Gruppe in zwei klare Hälften geschieden. Man diskutierte nicht mehr miteinander, sondern ging nur noch miteinander um. Auch dies ist ein offenbar unvermeidliches und interessantes Produkt solch einer Reise. Für die einen brachte sie die Bestätigung dessen, was sie immer schon wußten. Für andere Beunruhigung, Betroffenheit und Neugier auf das nächste Erlebnis und den nächsten Programmpunkt.
Die geplante Visite in einer Schule entfiel allerdings wegen Grippe.
Dafür wurde der Abend im Ballett umso schöner.
Ein bißchen paradox ist es wohl schon, daß ich erst nach Leningrad fahren mußte, um zum erstenmal in meinem Leben live eine klassische Ballett-Aufführung zu sehen. Aber dies wird jetzt vielleicht doch zu subjektiv? Eine ganze Reihe von Leuten aus der Gruppe ist u.a. gerade deshalb nach Leningrad gefahren, um endlich mal das Kirow-Ballett, endlich die Stadt Dostojewskis, Puschkins und anderer russischer Dichter im Original zu sehen, d.h. sie so zu entdecken, wie die Dichter sie beschrieben haben. So immer auf der Suche nach bestimmten Ansichten der Stadt des 18. Jahrhunderts, jenem Platz oder diesem Gebäude. Im Widerstreit mit dem Zerfall, mit der Stadt von heute. Wie auch immer: Es war ein ästhetischer Genuß, wenn auch aus der klassischen Konserve. Besonders auch die bewußte Zusammenführung von Gestern und Heute. Ich hab's auch sehr genossen und mich dabei zugleich, ganz kongenial mit den Tänzerinnen des Balletts, in die Luft gehoben und pirouettiert gefühlt.
Dies vor allem auch, nachdem mir die Garderobiere in schnaufender Empörung und im Bewußtsein ihrer Erziehungspflicht zu verstehen gab, daß sie mir meinen Mantel nicht abnehmen werde. Sein Anhänger war zerrissen! Auch im Leningrader Ballett tut man sowas offenbar nicht. Nach mehreren vergeblichen Versuchen, sie doch noch zur Annahme zu überreden, mußte ich meinen Mantel schließlich in den einer Reisegefährtin stecken, Ärmel in Ärmel, sodaß nun beide Mäntel zusammen ordnungsgemäß am Anhänger aufgehängt werden konnten.

Zwischen Museum und Ballett

erklärt mir Vera ein bißchen Architektur
führt mich durch die Stadt
von Hof zu Hof vor die Türen ihrer Freunde
Pech. Keiner da. Dafür treffen wir einen Bekannten von ihr
immer ist es so, merkt sie an, wenn ich mit einem Ausländer gehe, treffe ich diesen Mann.
Es ist kalt. Wir suchen nach einem Café, vergeblich: Schlange oder geschlossen
Wir kriechen erst mal in eine der schmucklosen Schnellbars
Vera besteht darauf mich einzuladen
Als wir am Thresen deutsch miteinander reden (Vera sagt, der Flug kostet 70 Rubel) dreht sich eine Frau um, korrigiert: 700 Rubel, 2.000DM
danke, sagt Vera
zu mir: Laß uns nach hinten gehen, ich will nicht, daß sie uns
hört
sie ist von Intourist, weißt du
ich muß dann alle Einzelheiten erzählen von Iris
die mich zu ihr geschickt hat
und von den anderen und von mir
wie es Iris geht, was sie macht, warum sie nicht geschrieben hat
ich sage: sie hat es versucht, aber es kommt offenbar
nicht alles an
ich hatte auch Angst einen Brief mitzunehmen
aber ich kann für dich einen zurücktransportieren
jetzt weiß ich ja, wie das zugeht
dann: gegen Abend landen wir bei ihrem Freund Staschek
im Atelier
skulpturer, wie er sagt
obwohl zwei Schülerinnen bei ihm sind
begrüßt er mich herzlich, führt mich herum, zeigt mir
im Atelier
skulpturer, wie er sagt
obwohl zwei Schülerinnen bei ihm sind
begrüßt er mich herzlich, führt mich herum, zeigt mir
die Plastiken, die er im Auftrag der Stdt, des Kombinats
so und so
dieses Kulturheims oder jener Schule herstellt
Halbreliefs mit epischen szenen aus dem
gesellschaftlichen Leben
eine, wie mir scheint, unentschiedene Mischung:
Abstraktes, Futuristisches, sozialistischer Realismus
er erklärt mir den Arbeitsprozeß
lacht, lädt mich ein
am Samstag werden wir uns sehen
der unvermeidliche Wodka ist auch schon herbeigezaubert
aber leider muß ich nun in das blöde Hotel
im Vorbeigehen sehe ich eben noch eine 2x2 Leinwand
im taschistischen Stil
für Fragen bleibt leider keine Zeit mehr
Vera stoppt einen Privatwagen
das machen wir hier so, wenn's eilig ist
nur ist das eben teurer
wir fahren ein Stück zusammen, dann setzt sie mich auf die Färte zu meinem Hotel
drei Rubel mußt du ihm geben, sagt sie
angekommen, halte ich ihm drei Rubel hin, er will vier
scheiße, denke ich, gebe sie ihm

Nach Mitternacht, Gespräch im Hotel

Der Stachel dringt immer tiefer
aber es ist schwer zu beschreiben
die Reisegruppe sitzt fröhlich im 3. Stock beieinander
Marika, bei allen beliebt, als sie ins Hotel kommt, drückt sich vorbei
obwohl sie auch im Hotel wohnen muß, während sie die Reisegruppe betreut
sind private Kontakte ihrerseits zur Gruppe unerwünscht
ihr Chef vom Sputnik-Reiseunternehmen
hat auch ein Zimmer im Hotel
anders als alle andern
mit einem roten Telefon
lächerlich aber wir lachen nicht
man muß es begreifen
umwerfend ist die Offenheit, Intensität, Herzlichkeit privater Kontakte uns gegenüber;



„Löwenbrücke über dem Gribojedow-Kanal". Alter Kupferstich

DER ALLTAG

Interesse, Neugier, Wissensdurst in unglaublichem Maß
umgekehrt proportional dazu stehen Heimlichkeit, Gefährdung und vorgegebene
Begrenztheit der Kontaktmöglichkeiten
Angst ist immer da
Lebensgier gleichermaßen
je dichter der Kontakt
umso sichtbarer der Abgrund dazwischen
schockierend banal
Die erste Entdeckung: hier leben die Menschen nicht anders als überall auf der Welt. Was hat man bloß erwartet! Vorurteile werden gnadenlos sichtbar wie Filme im Entwickler. Gut. Man geht damit um.
Die zweite Entdeckung: Selbstbestimmung, Eigeninitiative, geistige Auseinandersetzung werden von den Verhältnissen blockiert. Die große historische Initiative ist in Stabilisierung des Erreichten, Sicherung des Bestehenden, Verteidigung gegen die Bedrohung von außen und Unterbindung innerer Unruhe übergegangen. Gut, man weiß ja, daß man als West-Besucher/in auf eine besondere Situation trifft, sicherlich nicht den Durchschnitt der Menschen kennenlernt. Aber, um Marxens und Lenins Willen, was ist in der Realität aus dem Marxismus als radikalster Infragestellung der bestehenden Verhältnisse geworden? Dieser Stillstand bei allem Fortschritt ist schon bedrückend. Nur gut, daß es immer wieder die Menschen selbst sind, die diese Stagnationen nicht ertragen.
Hat man es anders erwartet? Nein? Hat man es so erwartet? Nein. Trotzdem: man rennt sich den Kopf ein. Der offensichtliche Widerspruch zwischen individuellem Entwicklungswillen und dem Stillstand des historischen Fortschritts ist nicht zu ertragen. Eine bleibende Beunruhigung dieser Reise.
Die dritte Entdeckung: „menschliche Erleichterung" und Erleichterung des menschlichen Umgangs miteinander ist das erste, was einem hier als wünschenswert einfällt. Scheußlich — es ist ja schließlich das Stichwort der Reaktionäre bei uns. Es zielt genau auf die gegebene Situation. In Gesellschaft eines solchen Schlagworts muß man hier reisen, ob man will oder nicht.
Was also?
Den Vorhang sofort wieder zuziehn?
Wer das kann, soll es tun.

Am Telefon

Am Telefon

sagt Vera
ich muß dir eine dumme Frage stellen:
gibt es jemand, der Kleidungsstücke zu verkaufen hat
bei euch in der Gruppe?
eine dumme Frage, ich weiß
aber wo jetzt der Frühling kommt, muß man sie stellen
die Situation ist eben so dumm, sage ich
Lachen
ich erzähle der Gruppe von Veras Wunsch
besonders die Frauen freuen sich wie die Kinder mit mir
wie schön, daß du sie kennengelernt hast
ja, sage ich, und sie hat viele Freunde
Tini schüttet ihren Koffer aus
und ich dachte schon, ich werd's nicht mehr los
wo ich doch alles extra eingepackt hatte
DDR hoch drei hab ich mir gedacht
aber ich will auf keinen Fall irgendwas dafür haben
auch die andern Frauen kramen noch alles bisher
nicht Verschenkte zusammen
jetzt treffen wir ja doch niemand mehr, sagen sie
vollbepackt sehe ich mich losziehn: Reisetasche, Schulterbeutel, Plastiktüte
merkwürdige Wendung der Dinge, denke ich
aber das ist wohl einfach die Realität?
sie wird sich freuen, denke ich
aber es ist auch nicht einfach für sie
ich finde mich auch etwas komisch
außerdem bin ich etwas in Sorge, man könnte mich als
Schwarzhändler stoppen
Vera erwartet mich schon
Sag mal, was bringst du denn da?
ich sag's ihr, zeig's ihr, wir fassen es an
das geht doch nicht, sagt sie. So viele Sachen. So eine
große Tasche.
dann packen wir wieder ein
für Peinlichkeiten ist die Zeit zu kurz
die Tasche ist schwer, ich biete ihr an, sie ihr nach Hause rüber
zu tragen
nein laß nur, sagt sie, ist besser für mich
morgen früh kriegst du die Tasche zurück
und den Frauen werde ich etwas schenken
was, meinst du, kann ich ihnen schenken?
wir gehen morgen zusammen
wir kaufen etwas für die Frauen
und für Iris und Susanne, das nimmst du mit
und für dich

Freitagnacht

im steifen wind
auf der langen straße
zum finnischen meerbusen
an meinen arm gehängt
erzählt sie mir
von ihrem freund
den sie glaubt heiraten zu müssen
weil es besser so ist
von ihrer arbeit
die sie abbrechen mußte
am punkt wo sie den westen berührte
von den reisen
die sie unternehmen möchte
wenn sie könnte wie sie wollte
oben am hafen zeigt sie mir
wo ihr sohn zur schule geht
ich liebe rußland, sagt sie
ich bin hier zuhause
aber man hat mich vorgeladen
wegen meiner ausländischen freunde
es ist wie im gefängnis
dabei würde doch niemand sein land verlassen

Samstag früh

Eine Frau der Reisegruppe ist verlorengegangen. Sowas darf nicht passieren. Gleich bei der Ankunft setzte sie sich ab mit ihrem sowjetischen Mann oder Freund. Jetzt macht Sputnik Schwierigkeiten mit ihrem Ticket.
Hoffentlich meldet sie sich.
Wir können sie doch nicht einfach hierlassen.

Ethnographisches Museum

Beeindruckend zu sehen wie die Moden
der vielen Völkerschaften der Sowjet-Republiken
sich im Tuch- und Möbelstyling der aktuellen Massenproduktion niederschlagen
als planmäßiger Akt, der im Museum Ausstellung findet
es gibt ja wohl noch viel zu entdecken
auch das russische Museum habe ich nicht gesehen
und im Kino bin ich nicht gewesen
die Zeit ist zu kurz

Samstag nachmittag

Vera und ich machen Einkauf
es ist so schwierig in der Eile, sagt sie
es ist nicht immer alles dann da, wenn du willst
sondern vielleicht im Sommer oder so
da gibt es viel, da sind die Touristen hier
bei uns brauchst du Zeit zum Einkaufen
dann geht es schon
wir brauchen auch viel Zeit, sage ich: um Billiges zu suchen:
ist es nicht schrecklich, sagt sie
wir haben ja immer so wenig Zeit miteinander
komm, laß uns nachsehn
sie weiß bescheid, ich entdecke
was man als Fremder von außen nicht sieht:
die offenen Kuppeln, Hallen, Wandelgänge der Warenhäuser
die Konditorei im Hintereingang des Bäckers
vor dem eine Schlange, vierzig Meter mindestens, steht
die kleinen Tricks, wie man die Schlangen umgeht
Pelzmützen in ungeahnten Variationen
auch drinnen, niemand nimmt eine ab
viele wahrscheinlich synthetisch, aber doch vertrauenerweckend
kleine Gesichter, flinke Blicke, Augenerotik
ich lausche, wenn Vera verhandelt: sehr schöne Sprache
warum hab ich nie Russisch gelernt

Abends

Abends

Wird mit Freunden in kommunaler Gemeinschafts-Wohnung
gefeiert
gemeinsame Küche, Bad, Klo, Flur
über den man den Ausländer zügig hinüberbittet ins Zimmer
sie waren nicht darauf vorbereitet, daß du Ausländer bist,
erklärt Vera
du mußt wissen, es ist eine Wohngemeinschaft
das geht die andern nichts an —
anderthalb Zimmer für Eheleute
zum Bersten voll Möbel und ein Klavier und jetzt noch die Gäste
Essen, Trinken, Tanzen, Herzlichkeit aus dem Stand:
Prost, willkommen
leider hapert es mit der Sprache auf allen Seiten
Vera ist zu abgekämpft um dauernd zu übersetzen
zudem lassen sich Witze nicht nacherzählen
schon gar nicht nacherzählt übersetzen
prost auf den Frieden!
prost Freundschaft! prost!
und Vera und Staschek und alle!
wo ist deine Gruppe, fragt Vera
sie haben sich im „Troika" Tische bestellt, sage ich
wir alle zusammen, wäre noch schöner gewesen, meint Vera
aber du hast es schon richtig gemacht
es ist wie es ist
ich verteile die mir noch verbliebenen Mitbringsel
soweit sie nicht schon an Serjoschka und Vera gegangen
und für Marika und Sonja vorbehalten sind
ich muß selbst reichlich Geschenke annehmen
für mich, aber auch für viele Freunde in Germany
von uns für dich, ohne Brief
alle wissen, was das heißt
das meiste habe ich inzwischen schon erledigt
nun allerdings
bin ich selbst in der Situation
irgendwie
von meinem Stern
auf jenen hinüber
meine Grüße und Küsse transportieren zu müssen

Abflug

Vera blieb todmüde zuhaus
Marika stand tapfer bis zum Schluß
umarmem sollten wir sie lieber nicht, sagte sie
Sonja ließ grüßen. Ebenso Serjoscha und seine Familie

der Zöllner riß mir meine Geschenke auf
und brach einem Tonpferdchen ein Bein
erste Stufe der Leibesvisitation
in der Abflughalle
auf Video-Breitschirm: Kalinka und Kosakentänze
auf einem tisch ein stapel „Die sowjetische Frau",
daneben ein Schild: „nur mit russischem Geld zu bezahlen"
obwohl vorher alles eingetauscht werden mußte
die Sterne kollidieren
wo ist die Realität?
unsere verlorene Reisegefährtin ist wieder da
sie hat ihren Mann mitgebracht
er hat eine Ausreisegenehmigung
Leibesvisitation bei ihr
der Zoll hält ihn fest
er wollte eine Ikone mit rausschmuggeln
das Flugzeug startet ohne ihn
nichts fällt mir ein, absolut nichts
am Flughafen in Hamburg fing meine Freundin mich auf
sie war die erste, der ich zu erzählen versuchte
ich weiß nicht ob es mir gelang

Was fehlte

es gab keine Küsse auf der Straße
ebensowenig wie übrigens Samstagabend auf dem Fest
obwohl doch da eine ausgelassene Künstlerhorde zusammenkam
und schwofte bis zum Tanz auf dem Klavier
es gab keine Männer mit hochgeschlagenem Kragen
außer mir selbst, weil ich doch manchmal fror
dafür aber, ganz westlicher Standard, harmlose Passanten,
die plötzlich ihre Polizeimarke zücken
es gab nicht eine Person, die wirklich geglaubt hat
daß man sich wiedersehen wird
je intensiver die Begegnung
umso krasser das Ohnmachtsgefühl
es gab kaum ein Wort
das sich dort gleichgeblieben wäre:
scheinbar dasselbe
war keineswegs dasselbe
es gab kein Gespräch, das ohne Bruch lief
viele Gespräche bestehen zunächst nur aus Definitionen
man versucht sich gegenseitig einigermaßen
den Abstand zueinander verständlich zu machen

Was ich schließlich trotz allem Graben auch nicht fand: eine Büste oder Anstecknadel mit Marx- oder Engels-Kopf (ebensowenig übrigens wie einen Trotzki, hin und wieder mal einen vereinzelten Stalin), und zwar weder in den Kaufhäuser noch in den von mir besuchten Museen. Darauf werde ich beim nächsten Mal achten.

F.

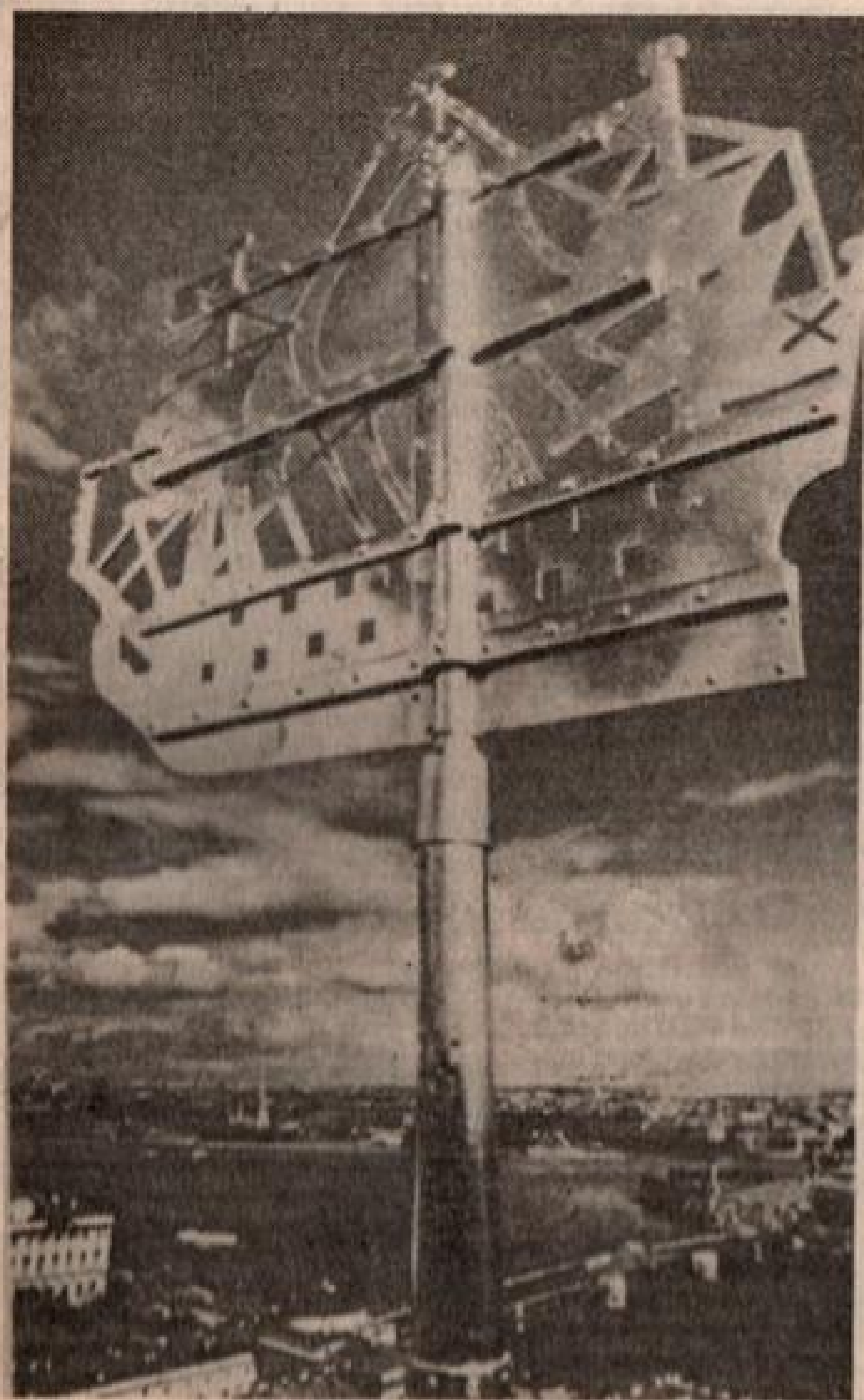
P.S.

P.S.

Bei einer Nachbesprechung, zu der sich ein Teil der Gruppe ca. vier Wochen später traf, stellte sich zu aller Überraschung heraus, daß trotz erheblich unterschiedlicher Startbedingungen und entsprechend unterschiedlicher sozialer Umgebung die Nach-Reise-Situation an zwei Punkten bei allen fast gleich war: zum einen hatten alle soviel erlebt, daß niemand seitdem in der Lage gewesen war, die Erfahrungen annähernd zu verarbeiten. Zum andern berichteten alle von ungewohnten Schwierigkeiten bei der Vermittlung der Eindrücke und gemachten Erfahrungen. Über Italien, Neuseeland, selbst Afrika oder Indien kann mensch hierzulande problemlos erzählen. Das hält sich irgendwie alles im Rahmen. Ist jedenfalls nicht gleich ein politisches Problem. Mensch muß es schon dazu machen. Berichte über die Reise nach Leningrad aber wurden bei allen flugs hochpolitisch, ob sie nun wollten oder nicht. Schließlich geht es um die Frage: sind die „Russen" nun so oder sind sie ganz anders? Schon ist man mitten drin in der politischen Auseinandersetzung mit Vorurteilen und Ängsten, die nach Lage der Dinge hierzulande nur antikommunistische sein können. Oder meinetwegen auch besonders prokommunistische. Aber das zäumt dasselbe Pferd nur von der andern Seite auf.

Wie dem auch sei — jedenfall ist so ein glatter neutraler Bericht offenbar einfach nicht möglich. Im Vordergrund steht die Beunruhigung. Und das ist wirklich das beste, was man von so einer Reise sagen kann.

Finde ich jedenfalls.



Fortsetzung von Seite 12

Bilanz der Wende

die faktische Durchsetzung der „Nachrüstungsbeschlüsse", die faktische Senkung des Lebensstanddards, die beginnende Abdrängung der Frauen aus der Öffentlichkeit in die Familien und auf ihre „Bestimmung" als Mutter, die faktische Vertreibung der ausländischen Mitbürger und Einengung der Asylmöglichkeiten, den faktischen weiteren materiellen und rechtlichen Ausbau des eh schon gigantischen militärischen und polizeilichen „Sicherheitsapparats" in Richtung des gewünschten perfekten Kontrollstaats usw. Aber es macht unmißverständlich deutlich, daß zur Durchführung des „Auftrags" der Krisenkonsolidierung und „Wiederherstellung" der Konkurrenzfähigkeit des BRD-Imperialismus auf dem Weltmarkt von der CDU/CSU/FDP-Regierung politisch seit ihrem Antritt in der Hauptsache eine generelle Konfliktvermeidungs- und Deeskalationslinie gefahren wird — mit dem Ziel, in der Sache knallharte Fakten und Kräfteverschiebungen im Interesse des großen und mittleren Kapitals zustandezubekommen, ohne überflüssigen Widerstand zu provozieren — und daß sie das nach Lage der Dinge auch kann. Das zeigen exemplarisch die Entwicklung der Auseinandersetzung um die „Friedenspolitik" zum einen und leider Ablauf und Ergebnis der Kämpfe um die 35-Stunden-Woche zum anderen.

Der Grund für eine derartige Befriedungspolitik, die von vielen als Unentschiedenheit mißverstanden wird, ist keineswegs eine unverhoffte Wandlung der Hauptpartei des Kapitals, wie wir sie früher kannten, zu einer „Partei des Ganzen", wie Kohl sie jetzt zu nennen beliebt, sondern das klare Bewußtsein der Herrschenden, daß die Krise erst begonnen hat und die wesentlichen Konflikte noch bevorstehen, bei gleichzeitig bestehenden strategischen Differenzen bzw. auch Ratlosigkeit,

Konflikte noch bevorstehen, bei gleichzeitig bestehenden strategischen Differenzen bzw. auch Ratlosigkeit,

wie der absehbaren Entwicklung mit größtem Nutzen für die eigene Tasche begegnet werden soll.

Im Gegensatz zur offenen Konfrontationslinie einer Thatcher oder eines Reagan, die eine klare Klassenkampflinie von oben steuern, scheinen größere Teile des westdeutschen Kapitals die Erhaltung des historisch gewachsenen Sozialstaats-Modells als die gegenwärtig günstigere Voraussetzung für die Erhaltung ihrer Konkurrenzfähigkeit auf dem Weltmarkt einzuschätzen, als es eine Konfrontationslinie mit entsprechenden inneren Unruhen wäre.

Je besser es gelingt, überflüssige Konflikte mit Mehrheiten der Bevölkerung zu vermeiden, je stabiler die innenpolitischen Verhältnisse sind, umso besser für die konkreten Maßnahmen der Krisen- und Kriegsrüstungspolitik und umso größer die Chancen für das BRD-Kapital, in den möglichen und befürchteten globalen oder nationalen Zuspitzungen der Krise und damit auftretenden Massenunruhen gerüstet zu sein.

Der geistige Stillstand

Daß die gegenwärtige Regierung sich bei aller „Mittelmäßigkeit" ihrer Politik voll und ganz auf diese Perspektive einstellt, zeigt über die konkreten Maßnahmen auf allen möglichen Sektoren des politischen und gesellschaftlichen Lebens der BRD hinaus das ständige, penetrante Provozieren an der Front der ideologischen Aufrüstung, die ja auch schon im Regierungsprogramm unter dem schönen Stichwort der „geistigen Erneuerung" einen wichtigen Platz hatte.

Man denke nur an die wiederholten Ausfälle des CDU-Generalsekretärs H. Geißler: die Diffamierung des Pazifismus als angebliche Ursache für den Sieg des Faschismus der Weimarer Zeit, die Hetze gegen die Gewerkschaften als angeblich kommunistisch unterwanderte Klassenkampforganisationen, die Angriffe gegen Pro-familia, die angeblich Staatsgelder für die einseitige Propagierung von Abtreibungen verschleudere u.a.m Oder man denke an einen weniger bekannten, aber deswegen nicht weniger penetranten Vorgang, der geradezu exemplarisch ist für den Nachdruck, mit dem die CDU an der „geistigen Wende" arbeitet: Mit 1,5 Millionen Postkarten und einer Broschüre, die sich der CDU-Landesverband 200.000 DM (!!) kosten ließ, startete Niedersachsens CDU im März 83 die Kampagne: *„Helfen kann jeder."* Über die Postkarten mit dem Aufdruck: *„Mir wurde geholfen — dafür möchte ich danken"*, sollen „Helfer" mit Namen, Adresse und Angaben über die Art der geleisteten Hilfe gemeldet werden. Die Broschüre verkündet Erkenntnisse wie: *„Lassen Sie sich nicht den Sozialstaat vorschreiben, seien Sie selbst sozial ... Besinnen Sie sich darauf, freier Bürger eines freien Landes zu sein"* usw. Das ganze ist natürlich als Preisausschreiben angelegt: 1. bis 20. Preis ist eine Fahrt zum Kaffeetrinken mit Ministerpräsident Ernst Albrecht, dem stellvertretenden Ministerpräsidenten Hasselmann und einem weiteren Mitglied des Landeskabinetts ... Beispiele dieser Art finden sich vermutlich bei näherem Hinsehen zuhauf. Ich finde es wert, in Zukunft darauf etwas genauer zu achten.

Ein besonders gelungenes Stück „geistiger Erneuerung" darf schließlich nicht übersehen werden, obwohl es wie alle anderen Bestandteile der „Wende" nur die konsequente Weiterentwicklung der schon von der SPD/FDP-Regierung her bekannten Auftritte ist: Reduktion bürgerlicher Politik auf ihren eigentlichen Kern, das Geschäft: die Regierungsmitglieder eine skandalgeschüttelte Riege unfähiger Meineider, Verleumder und Schieber, die politische Auseinandersetzung im Parlament ein Freistilringen ohne erkennbare Regeln! Ich nenne nur die Namen Zimmermann, Wörner, Lambsdorf, die „Kiesling-Affäre", den „Flick-Skandal", die zynischen und zutiefst demagogischen Auftritte eines H. Geißler und des von ihm und seinesgleichen produzierten geistigen Klimas. Die Wiederbelebung solcherart „alter Tugend" und „Tradition" — aus der deutschen Geschichte wohlbekannt — muß als ein Bestandteil mit in die Bilanz eingehen.

Fadenkreuz schärfer einstellen

Liebe Leserinnen, liebe Leser! Man/frau ist verblüfft über den aktuellen Kurs dieser Regierung. Was hatte man erwartet? Die Sozialdemokratie, einschließlich gewerkschaftlicher Kreise sah und sieht bereits Weimar marschieren ... Das hat sich auch nach anderthalb Jahren „Wende". nicht geändert und wird mit zuneh-

cher Kreise sah und sieht bereits Weimar marschieren ... Das hat sich auch nach anderthalb Jahren „Wende". nicht geändert und wird mit zuneh-

mender Penetranz wiederholt, obgleich es nur denen zu vermitteln ist, die eh daran glauben. Nun gut, abgesehen davon, daß manche Sozialdemokraten es ehrlich meinen, ist der Zweck dieser Art Schwarzmalerei allzu offensichtlich — insofern, als sich all die fortschrittlichen und oppositionellen Aktionen der SPD vor diesem Hintergrund wie eine schneeweiße Taube abheben.

Aber auch die Linke hat sich weitgehend in diesen Sog ziehen lassen und verbreitet verschwommene Vorstellungen von der angeblichen „Wende". Bleiben wir mal — nur exemplarisch — beim KB. Was wurde erwartet? — *„Grünes Licht für den verschärften Abbau des sozialen Netzes, Ausbau des Polizeistaats, forcierte Kriegsrüstung und Kriegspolitik ... grünes Licht für massenhafte Verelendung und Massenarbeitslosigkeit ... Die Klassenkämpfe in den 79er Jahren fast bis zum Nullpunkt versumpft, werden wieder an Schärfe zunehmen ... in vier oder sechs Jahren wird dieses Land nicht mehr dasselbe sein"* (11). In einem, allerdings namentlich gezeichneten Kommentar hieß es, ein Votum für die CDU sei ein Votum für den Krieg. „Noch in diesem Jahr" suchten die Vereinigten Staaten die Entscheidung usw.

Auch bei anderen Linken gab es hitzige Erwartungen dieser Art und entsprechend einen ziemlichen „Schock" nach der Wahl im Mai. Das Zurückbleiben der konkreten „Wende"manöver hinter der erwarteten Massivität und dem erwarteten Tempo hat den Schock tendenziell in eine Lähmung verwandelt: An den eigenen Erwartungen gemessen kam's dann ja viel softer daher. Die relative Stabilität und relative Ruhe der politischen Verhältnisse nach der „Wende" wurde verwechselt mit tatsächlicher. Man ließ sich einlullen und z.T. selbst zum Bestandteil dieses Stabilisierungs-, Deeskalierungs- und Konfliktdämpfungskurses machen. Siehe dazu exemplarisch den sog. Stuttgarter Staatsvertrag und anderes mehr. Sich von der zur Schau getragenen Friedfertigkeit der gegenwärtigen Regierungspolitik derart einlullen zu lassen, ist aber der Anfang der politischen Selbstaufgabe der Linken. Stattdessen gilt es m.E. klarzumachen:

— Der Wunsch der Regierung Kohl/Genscher nach Konsolidierung und Stabilität entspringt der Befürchtung und Erwartung des Kapitals und seiner Vertreter/innen auf eine mögliche Verschärfung der Krise und damit einhergehende Destabilisierung;

— der Wunsch nach Kalkulierbarkeit der gesellschaftlichen Konflikte entspringt der realen Unkalkulierbarkeit der globalen und auch nationalen Entwicklungen und Konfliktherde;

— der lautstark im Munde geführte Wunsch nach „sozialem Frieden" und „Solidarität" entspricht nur der real und bewußt betriebenen Verschärfung der sozialen Gegensätze: Je mehr Klassenkampf von oben betrieben wird, umso lauter wird das Geschrei der Herrschenden nach der „Gemeinschaft der Demokraten", der Verantwortung fürs „Ganze" und dergleichen mehr.

— Unter veränderten globalen Verhältnissen (ggf. auch bei einer unerwarteten inneren Zuspitzung, sollte so etwas unabhängig von globalen Veränderungen geschehen), sind die heutigen Deeskalations-Strategen — mit oder ohne Regierungsumbildung — zu einer abrupten Kursänderung in Richtung auf offene Konfrontation einschließlich offener Repression gegen Massen bereit und fähig;

— Die Linke muß sich unter diesen Umständen wohl an die zweifellos nicht besonders attraktive Pfadfinderlosung halten: „Allzeit bereit!" Unter diesem Gesichtspunkt ist es sehr belebend, die Forderungen bzw. Übereinkünfte des Stuttgarter Staatsvertrages versuchsweise einmal umzukehren. Das ergibt erstaunlich interessante Anregungen! — Ich darf aber wohl die Durchführung dieses Versuches getrost euch überlassen, die ihr es bis hierhin geschafft habt, zu lesen. Viel Vergnügen noch weiter!

F.

Anmerkungen

1) Siehe zu den folgenden Ausführungen dieses Abschnittes das Büchlein von Gert Hautsch: „Operation 82, 83 usw." (Pahl-Rugenstein-Verlag, 1984, DM 10,-), das ich passagenweise direkt wiedergebe. Dieses Buch ist einer der wenigen — m.E. gelungenen — Versuche, aus gewerkschaftlicher Sicht, nicht nur die Kontinuität der „Sparpolitik" von SPD zu CDU/CSU, sondern auch die Verantwortung der SPD für die Entwicklung herauszuarbeiten. Die übrigen Untersuchungen zum selben Thema neigen in der Regel dazu, die SPD aus der Verantwortung zu entlassen — und stattdessen von der Gefahr „Weimarer Verhältnisse" nach der „Wende" zu sprechen.

2) Siehe dazu AK 226, S. 7: „Was will die CDU/CSU mit der Übergangsregierung

„Weimarer Verhältnisse" nach der „Wende" zu sprechen.

2) Siehe dazu AK 226, S. 7: „Was will die CDU/CSU mit der Übergangsregierung

Kohl/Genscher?"

3) Siehe „Regierungserklärung des Bundeskanzlers vor dem Deutschen Bundestag", in: Bulletin des Presse- und Informationsamts der Bundesregierung vom 5.5.84.

4) Siehe 5

5) Siehe dazu 1.: „Ein Jahr Regierung Helmut Kohl: Es geht wieder aufwärts.", in: CDU-Dokumentation 39, 8.12.1983, sowie 2.: „Die Koalition der Mitte — eine Zwischenbilanz.", hrg. vom Pressedienst der CDU/CSU, Bonn, im Juli 1984.

Auf eine weitere Darstellung von CDU-Papieren habe ich verzichtet, weil sich alles, was seit dem 30. Bundesparteitag der CDU in Hamburg 1981 an angeblich weiterführender Programmatik vorgelegt wurde, entweder öde wiederholt oder für die Praxis derart vage bleibt, daß damit nichts anzufangen ist. Für die, die es interessiert, hier eine knappe Liste der überhaupt in Frage kommenden Papiere:

— 1981, Beschluß des Hamburger Parteitages: „Mit der Jugend — unser Land braucht einen neuen Anfang;"

— 1982, „Thesen der CDU zur Inneren Sicherheit";

— August 83, „Unser soziales System ist teuer und unwirtschaftlich", Thesen von E. Albrecht zur Arbeitslosigkeit;

— Dezember 83, Grundsatzpapier des CDU-Wirtschaftsrats;

— März 84, Entwurf der „Stuttgarter Leitsätze", die auf dem Parteitag der CDU im Mai als Fortschreibung der „Hamburger Beschlüsse" dienen sollten. Auf dem Parteitag wurde der Entwurf zerpflückt und bis zum Gähnen verwässert.

6) Siehe dazu: „Memorandum 84 — Gegen soziale Zerstörung durch Unternehmerherrschaft — Qualitatives Wachstum, 35-Stunden-Woche, Vergesellschaftung", Hrg. von der „Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik", Bremen, März 84.

Die folgenden Ausführungen zur wirtschaftlichen Entwicklung beziehen sich — soweit nicht anders angemerkt — auf diese Analyse. Ich habe mich dabei im wesentlichen auf eine Rezeption der Ergebnisse der Analyse beschränkt.

7) Siehe dazu: „Die Haushaltspolitik der Bundesregierung: Sozialabbau, Lohnverzicht, mehr Arbeitslose", hrg. vom DGB-Bundesvorstand im Sept. 83. (Wenn auch in diesem Artikel nicht zitiert, so ist aber doch ebenfalls zur Vertiefung zu empfehlen: „Die neue Armut: Ausgrenzung von Arbeitslosen aus der Arbeitslosenunterstützung", Graue Reihe der Hans-Böckler-Stiftung Nr. 4, Studien- und Mitbestimmungs-Förderungswerk des DGB, Köln, Nov. 83).

8) Siehe dazu AK 249, S. 4: „Auf dem Wege zu einer ‚neuen Sozialpartnerschaft'?", außerdem AK 248, S. 4: „Keine 35-Stunden-Woche!", sowie AK 247, S. 3: „Mit Antikommunismus gegen kampfstarke Gewerkschaften" und S. 4: „Aussperrung, Arbeitsgericht und Polizei — Verrechtlichung und Verstaatlichung des Arbeitskampfes".

9) Siehe dazu AK 248: „Thesen zur staatlichen Ausländerpolitik und zur Lage ihrer Gegner", S. 30 ff.

10) Siehe: „Antifaschistische Russell-Reihe Nr. 5 — Nach Schleyer: Sonderkommandos in der BRD — zügiger Ausbau der neuen GeStaPo". Für die jüngeren unter unseren Leser/innen sei darauf hingewiesen, daß gegen das Erscheinen dieses Buches derzeit ein umfängliches Verfahren wegen Staatsverleumdung, Verunglimpfung von Verfassungsorganen usw. auf Antrag des BKA eingeleitet worden war — was dann nach mehreren im Sinne der Anklage erfolglosen Verhandlungstagen eingestellt wurde.

11) Siehe dazu u.a.: AK 225, S. 1 ff.: „Das kleinere Übel verabschiedet sich ..."; AK 226, S. 1 ff.: „Die CDU verspricht: Blut, Schweiß und Tränen."; AK 229, S. 1: „Ein grünes Kreuz für die weiße Taube."

„Das Erlebnis, die Wahrheit des Lebens zu begreifen"

Zum Tod von Yilmaz Güney

Am 9. September ist Yilmaz Güney im Alter von 47 Jahren im französischen Exil gestorben. Im Oktober 1981 war ihm während eines Hafturlaubs zusammen mit seiner Frau und seinen Kindern die Flucht in die Schweiz gelungen. Für Güney war die Flucht aus der Türkei „schmerzhaft". Der Entschluß, fortzugehen, war *„der schwierigste Entschluß meines Lebens. Ich konnte mir nur schwer vorstellen, daß es für mich ein anderes Land als meine Heimat geben könnte ... Aber unter den gegebenen Verhältnissen kann ich nicht zurück. Ich bin zu 20 Jahren verurteilt und sie wollen mir noch 100 Sachen anhängen."* (taz, 3.6.82)

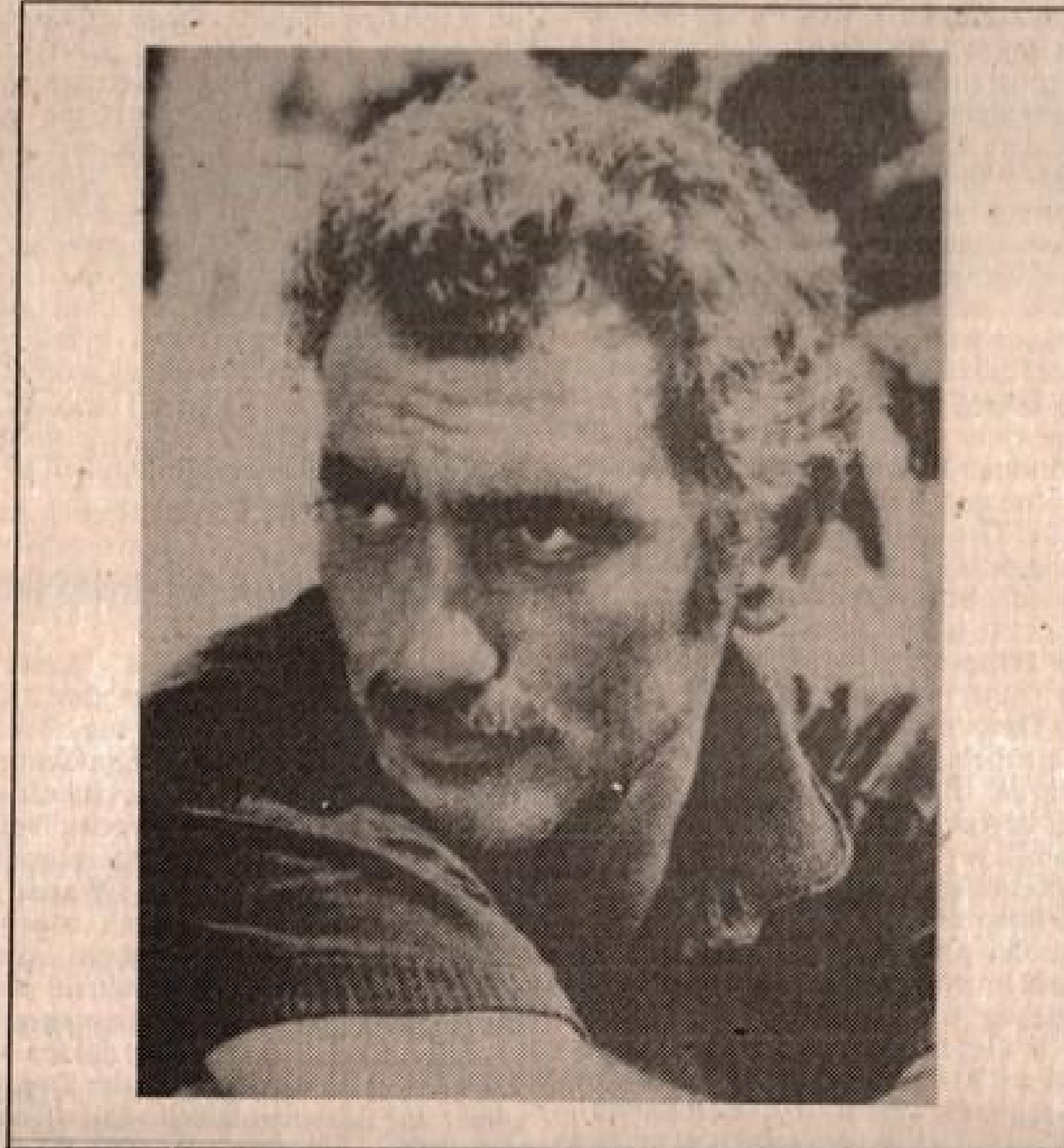
Wie bei Nazim Hikmet, so war auch Yilmaz Güneys Leben und künstlerische Arbeit geprägt durch die gesellschaftliche Gegenwart der Türkei und des türkischen Volkes. *„Es gibt wenig zeitgenössische Künstler, ... in deren Arbeiten ... sich eine Nation derart wiedererkennt, ermutigt und kritisiert sieht wie in seinen".* (FR, 7.10.83) Wie Nazim Hikmets Leben ist auch das Leben Yilmaz Güneys typisch für das Schicksal fortschrittlicher türkischer Künstler. Nazim Hikmet hat einen großen Teil seines Werkes im Gefängnis geschrieben; Yilmaz Güney konzipierte seine Filme, schrieb seine Drehbücher und leitete die Dreharbeiten durch exakte Regieanweisungen vom Gefängnis aus.

Viele seiner Filme wurden in der Türkei *„ganz, andere lange Zeit durch die Zensur verboten. Viele sind geschnitten, entleert und erst nach der Kastration freigegeben worden"* (Linkskurve, 1/81). Aufführungen von Filmen mußten abgesetzt werden, weil die Faschisten mit Anschlägen auf die Filmtheater drohten. Bereits der erste Film, den Güney in eigener Regie gedreht hatte, „Die Braut der Erde", wurde 1968 von der Zensur verboten, ebenso wie ein Jahr später „Die hungrigen Wölfe". „Ein häßlicher Mensch" (1969) und „Umut" („Hoffnung"), 1970 gedreht, wurden „nur" teilweise verboten. 1971 wurde Güney angeklagt, weil er auf eigenes Risiko den Film „Umut" zum Festival nach Cannes geschickt hatte. Dank internationaler Solidarität wurde er freigesprochen. „Sürü" konnte nach einem Verwaltungsgerichtsbeschluß kurzfristig in den Kinos laufen, die Aufführungen wurden dann aber endgültig verboten.

Nach der Flucht aus der Türkei und der Ausbürgerung versuchte das faschistische Regime alles, um den Namen und das Werk Yilmaz Güneys in der türkischen Öffentlichkeit vergessen zu machen: *„ ... positive Presseartikel über mich werden unterbunden, meine Bücher aus den Regalen verbannt und sämtliche Filme der letzten Jahre verboten. Doch, wie so oft, diese Maßnahmen bewirken genau das Gegenteil. Meine Filme kursieren auf Videokassetten, die Bücher und Artikel werden auf dem Schwarzmarkt gehandelt. Und ich bin, so zeigt sich mehr denn je, eine populäre Figur des Widerstands."* (FR, 18.4.83)

Güneys Wunsch, einmal unter *„normalen Umständen ... im bürgerlichen Sinne"* einen Film drehen zu können, hat sich auch im Exil nicht erfüllt. Da die faschistischen „Grauen Wölfe" und der türkische Geheimdienst hinter dem Ausgebürgerten her waren, mußten die Dreharbeiten zum Film „Die Mauer" an einem geheimgehaltenen und bewachten Ort in Frankreich stattfinden.

Seine Situation im Exil schilderte Yilmaz Güney in einem Interview so:



„Es gibt jetzt keine Ruhe mehr. Mein Aufenthaltsort muß ständig geheimgehalten werden. Ich habe von der französischen Regierung nur eine Sondergenehmigung, mich für die Dauer der Arbeiten an meinem neuen Film im Lande aufzuhalten, die unter großen Sicherheitsvorkehrungen ablaufen. Danach werde ich sofort in ein anderes Land gehen. Ich bleibe schon jetzt nie länger als zwei Monate am selben Ort, verlasse in der Zwischenzeit das Land, esse nie zweimal im selben Restaurant. Das gehört zu meinem Leben, das dem Kampf gegen die Faschisten gewidmet ist, die mein Land beherrschen. Sie haben es auf mich abgesehen und versuchen, mich auszuschalten, mit allen Mitteln ..." (FR, 18.4.83)

„Mein Lebensinhalt ist die Befreiung des Volkes"

Yilmaz Güney, 1937 in einem Dorf bei Adana (Südanatolien) geboren, wurde bereits 1961 wegen der Veröffentlichung seiner Erzählung „Ungleichung mit drei Unbekannten" das erstemal zu einer Gefängnisstrafe verurteilt: 18 Monate Gefängnis und sechs Monate Verbannung wegen „Verbreitung kommunistischer Propaganda" lautete das Urteil. 1972 wurde er erneut verurteilt, weil er Studenten bei sich hatte wohnen lassen, die als Anarchisten gesucht wurden. Wieder erreichten in- und ausländische Proteste, daß er freigelassen wurde.

1974 wurde er dann erneut verhaftet und zu achtzehn Jahren Gefängnis verurteilt. Das Gericht beschuldigte ihn, bei einer Besprechung während der Dreharbeiten zum Film „Endise" (Unruhe), einen Richter erschossen zu haben. „Bewiesen" wurde Güneys Schuld durch ein skandalöses Gerichtsverfahren, in dem wichtige Entlastungszeugen nicht zugelassen wurden und u.a. das Geständnis eines Tatbeteiligten als „Irreführung der Anklagebehörde" bezeichnet wurde. Um Güney den Mord anzuhängen, wurden ferner keine ballistischen Untersuchungen durchgeführt, die Identität der Tatwaffe blieb unbewiesen, Zeugenaussagen wurden manipuliert und vor Beginn des Prozesses der Staatsanwalt ausgetaucht.

Doch Yilmaz Güney „betrieb" — so hetzte die Zeitung „Hürriyet" gegen ihn — weiterhin *„kommunistische Propaganda aus dem Gefängnis heraus".* Hier schrieb er die Drehbücher zu den Filmen „Sürü" („Die Herde") und „Düsman" („Der Feind") und leitete die Dreharbeiten beider Filme. Ebenso bei „Yol", den Güney als einen der besten Filme ansah, den er je gemacht hatte. Güney konnte, da *„die Vorbereitungen zu dem Film ‚Yol' zu einer Zeit getroffen wurden, als die Militärs noch nicht an der Macht waren, nämlich unter Ecevit ... über Besuche des vertretenden Regisseurs und über Briefe aus dem Gefängnis heraus an ‚Yol' mitwirken".* (FR, 18.4.83) Er hat „Yol" — nach seiner Flucht in die Schweiz — selbst schneiden können. Mit „Yol" gelang ihm endgültig der internationale Durchbruch: der Film wurde in Cannes neben Costa Gavras' „Missing" mit der „Goldenen Palme" ausgezeichnet.

„Die Krankheit meines Volkes offenlegen"

Yilmaz Güneys Filme handeln von den Widersprüchen der türkischen Gesellschaft, einer Gesellschaft im Übergang von Feudalismus zum Kapitalismus. Neben der Darstellung und Kritik des faschistischen Unterdrückungsapparates zeigen sie vor allem den sozialen und wirtschaftlichen Rückstand Anatoliens, die Armut und Unterdrückung der Menschen auf dem Land und die Feudalstrukturen, insbesondere den Patriarchalismus. *„Im Osten der Türkei, den ich in ‚Yol' zeige, herrschen die jahrhundertealten Formen der Blutrache und grausamen Ehrbegriffe als Mittel der Unterdrückung. Solange diese nicht abgeschafft sind, werden die Familientragödien weiter bestehen."* (FR, 18.4.83) Familientragödien, wie sie Yilmaz Güney vor allem in den Filmen „Sürü" und „Yol" dargestellt hat. Die Gewalt der patriarchalischen Normen, die die Bedürfnisse der Menschen ersticken, ihren Anspruch auf Glück vernichten, ist für mich am konzentriertesten dargestellt in der Seyit-Episode des Films „Yol". Seyit treibt seine Frau auf einem Gang durch eine eisige Gebirgslandschaft in den Tod, weil nur so die durch die „Untreue" der Frau verletzten patriarchalischen Normen wiederhergestellt werden können. Als die Frau tot ist, bricht das durch den brutalen Ehrbegriff verleugnete Gefühl Seyits in verzweifelter, ohnmächtiger Gewalt durch. Nachdem er die Frau, die er liebt, in den Tod getrieben hat, versucht er, wieder Leben in ihren toten Körper zu prügeln.

Auf die Frage eines Interviewers, ob er nicht durch die Schilderung von Grausamkeit im türkischen Alltag vielleicht in die Gefahr gerate, deutsche Zuschauer in ihren Vorurteilen gegenüber seinen Landsleuten zu bestärken, antwortete Güney: *„Um einen Kranken zu heilen, müssen erst einmal die Ursachen seiner Krankheit aufgedeckt werden, schonungslos. Sollte ich schweigen, nur weil die Gefahr besteht, Vorurteile zu verstärken? Nein — meine Aufgabe sehe ich darin, die Krankheit meines Volkes offenzulegen"* (FR, 18.4.83). In einem anderen Interview sagte er Anfang 1981: *„Die Menschen fühlen, denken, ahnen und glauben. Meines Erachtens ist die Menscheit noch sehr jung. Sie hat sich noch nicht von der Primitivität befreit, deswegen ertrinkt sie in einer zu engen Praxis, in kleinen Problemen. Anstatt sich gegen die Kräfte, die sie in dieser Lage festhalten, zu wehren, beschäftigt sie sich nur mit sich selbst. Das Erlebnis, die Wahrheit des Lebens zu begreifen, zeigt sich als ein sehr dünner Faden."* (Linkskurve, 1/81)

„Yol" heißt der „Der Weg". Yilmaz Güney versuchte in seinen Filmen Wege aufzuzeigen, die aus dieser „zu engen Praxis" seines Volkes herausführen. Filme dürfen sich deshalb nach seiner Auffassung „nicht auf die Erzählung des objektiven Lebens" beschränken. *„Realität und Surrealität, Gegenwart und Zukunft, Geschehendes und Kommendes"* sollten *„gleichzeitig und ineinander dargestellt"* werden. *„So ist die Sache, wie ich sie mir abstrakt vorstelle, aber noch nicht erreiche. Denn der Mensch ist nicht auf den Zeitpunkt begrenzt, den er lebt. Er lebt den Moment, die Vergangenheit und die Zukunft ineinander. Man muß in die Tiefe des Menschen eintauchen. Wenn ich einmal wieder die Gelegenheit habe, mich hinter die Kamera zu stellen, wenn ich wieder Filme machen kann, werde ich versuchen, diese Gedanken als Drehbuchautor und Regisseur zu konkretisieren. Die Kunst hat einen gewissen Zauber. Und dieser Zauber macht die Kunst zur Kunst."* (Linkskurve 1/81)

Diesen Wunsch konnte sich Yilmaz Güneys nur noch einmal erfüllen — bei den Dreharbeiten zum Film „Die Mauer" im französischen Exil. Nach seinem Tod sagte Melike Demirag, Hauptdarstellerin in dem Film „Sürü" und ebenfalls vom faschistischen Regime ausgebürgert: *„Er ist viel zu früh gestorben. Sein Name ist heute in der Türkei verboten. Aber ich glaube, er lebt in den Herzen seiner Landsleute weiter. Und wenn wir eines Tages wieder zurückkehren können in unser Land, werden wir viel von ihm reden und seine Filme sehen. Er ist nicht tot. Er lebt weiter."* (zit. nach „Roter Morgen", 14.9.84)

Ge., Hamburg

Fortsetzung von Seite 1

Ohne Schadenfreude:

Abschied von der MOZ

Die Anzahl der vertriebenen Exemplare der MOZ hat die Deckungsauflage soweit unterschritten, daß alle Möglichkeiten der Subventionierung und des Stammkapitalverzehrs bei weitem überschritten wurden." Zwei Alternativen also: Entweder man macht schlicht pleite oder man liquidiert. Oder man findet einen Gönner, der die Schulden der MOZ bezahlt und zudem den MOZ-Autoren ein bißchen Raum und Nestwärme in einer anderen Zeitschrift verschafft. Als mögliche Gönner wurden das Sozialistische Büro/SB mit seiner „links" und die „Kommune" des EX-KBW ins Auge gefaßt. Bei „Kommune"-Chef Joscha Schmierer (dem ehemaligen Vorsitzenden des KBW, der jahrelang als alberne Figur durch den AK geisterte) wurden die Sondierer fündig. Ein Platz in der „Kommune"-Redaktion soll dem MOZ-Redaktionsstab zur Verfügung gestellt werden. Allerdings bittet Schmierer sich aus, daß hierfür eine Frau nominiert werden müsse. Dabei werden unsere alten Freunde leider alt aussehen. Daneben sollen MOZ-Leute mitarbeitend und mitbestimmend in der „Kommune" agieren können. Und über „die finanzielle Seite" scheint man mit Schmierer auch sehr menschlich und solidarisch reden zu können. Leider hängt alles noch ab vom Votum der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der alten KBW-Betriebe (heute selbstverwaltet) sowie der Überreste des KBW selbst, die sich demnächst zu einer (dann gewiß wirklich allerletzten) Mitgliederversammlung treffen wollen. Es kann also noch schief gehen, aber wir drücken unseren alten Freunden selbstverständlich alle verfügbaren Daumen-

Ganz angenehm wird das Aufgehen der MOZ in der „Kommune" nicht werden. Dazu sind die Unterschiede zwischen den beiden Zeitschriften denn doch zu groß. Während die MOZ sich bis zuletzt nicht völlig von dem kompromittierenden Verdacht reinigen konnte, sie wolle doch so etwas wie eine sozialistische Politik mittels der Grünen durchsetzen, gab es bei der „Kommune" diesbezüglich von Anfang an klare Verhältnisse. Absage an den Traditionssozialismus, Absage an die Arbeiterbewegung. Offenes Forum für jede Strömung der Grünen, die eindeutig anti-links ist. Viel Platz in erster Linie für die immer gewagteren Sperenzchen des Propheten Rudolf Bahro und seines Zirkels. Viel Platz auch für das gesamte Spektrum der sogenannten Realpolitiker. Das paßt zwar zum modischen Bahro-Kult wie die Faust aufs Auge, aber gerade das macht bekanntlich den Reiz der Vielfalt aus. Daneben serviert die „Kommune" auch die gute alte Hausmannskost, wie mensch sie vom KBW her kennt und schätzt: Das Ringen der Supermächte, die besondere Bösartigkeit des russischen Sozialimperialismus, das Elend der deutschen Teilung und die Notwendigkeit der Wiedervereinigung. Mit anderen Worten: die Positionen und das intellektuelle Niveau der „Peking Rundschau" von 1976.

Für die MOZ-Leute, denen der Verdacht sozialistischer Neigungen eben doch nicht völlig grundlos anhaftet, also vermutlich nicht gerade eine bequeme Heimat. Aber erstens sind sie anpassungsfähig (Und die, die es nicht sind, sollen gefälligst nach drüben gehen), und zweitens gibt es wirklich keine sinnvolle Alternative zu diesem Schritt. Es sei denn, man würde zur Abwechslung seine Bündnispartner einmal L i n k s statt rechts suchen wollen: eine Option, die so offensichtlich pervers und absurd ist, daß dagegen die „Kommune" schon wie ein rettender Hafen erscheinen muß.

Daß die MOZ-Leute ihr Aufgehen in der „Kommune" verbinden wollen mit einer Wiederbelebung und Stärkung der alten MOZ-Organisation ISP (Initiative Sozialistische Politik), ist wärmstens zu begrüßen. Darin drückt sich sehr viel Optimismus aus, und der ist oft wichtiger als Realismus und politischer Verstand. Mögen alle Wünsche unserer alten Freunde in Erfüllung gehen. Eine ständige „Kommune"-Rubrik mit den Derby-Ergebnissen für Langer. Ganzseitige Anzeigen für Willi. Ein linker Flügel in der grünen Bundestagsfraktion für Jürgen. Ein Bestseller für Rainer. Ein Zentralorgan gegen Wolschnerismus und Französisierung für Michael. Und eine revolutionäre Kaderorganisation für Uwe. Jungs, wir wünschen euch alles Gute. Doch, ehrlich.